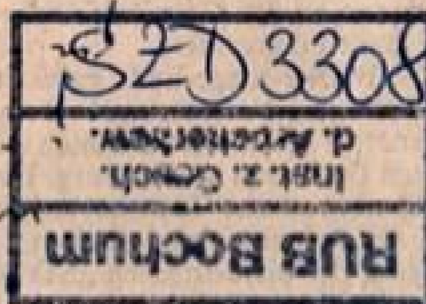


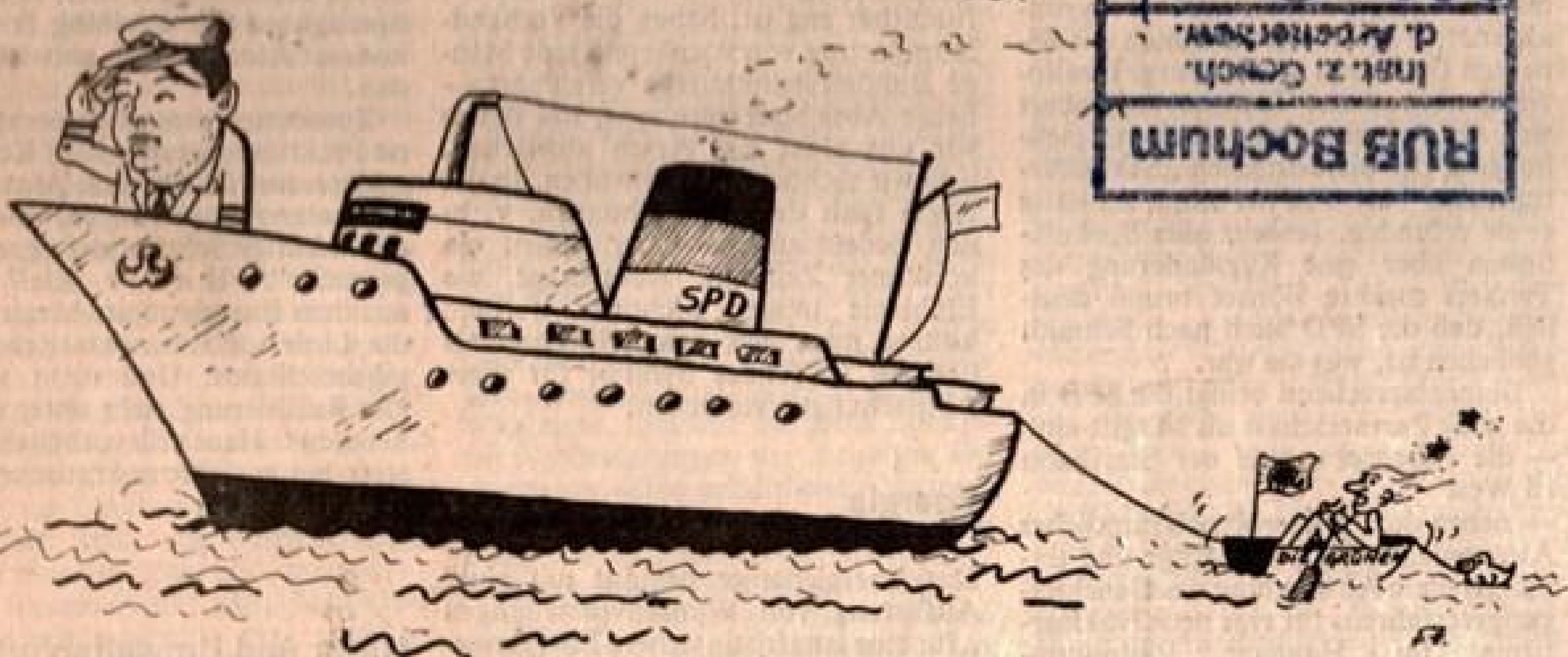
Brasilien: Reise durch ein Schwellenland S.33

Arbeiterkampf

Jg. 14, Nr. 242, 16.1.84 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Bissinger wieder in Pension
Klaus-Rainer Röhl zurück zu „konkret"
vertrauliche Informationen aus dem Hause Reemtsma im nächsten AK





Grüne Hessen gehn voran:

Nachtflug-Verbot für Pershing II

Das große Hauen und Stechen ist (vorerst) vorüber, und in Hessen hat sich wieder einmal die alte Volksweisheit bestätigt: Nichts wird so heiß gegessen wie es gekocht wird. Ohne Schlägereien verlief am 14./15.1.84 die Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen in Usingen, und auch die verbale Schärfe hielt sich in Maßen. Es bleibt dabei: Für Agressions-Entladungen ist die Sportschau zuständig, zu deren Gunsten die Diskussion am Abend rechtzeitig abgebrochen wurde. Am Ende entschieden sich die Grünen mit einem Stimmenverhältnis von 60 : 40 für die Billigung der mit der SPD erzielten Verhandlungsergebnisse. Sie werden als „Ausgangspunkt für eine kontunuierliche parlamentarische Zusammenarbeit von Grünen und SPD in Hessen" bewertet. Mit dem Beschluß wurde die Landtagsgruppe au-

ne kontunuierliche parlamentarische Zusammenarbeit von Grünen und SPD in Hessen" bewertet. Mit dem Beschluß wurde die Landtagsgruppe au-

torisiert, dem Haushalt 83 im nachhinein zuzustimmen, die Verhandlungen im bisherigen Stil fortzuführen sowie die mit der SPD vereinbarten und noch zu vereinbarenden (!) „politischen Vorgaben in Gesetzentwürfen, im Haushaltsentwurf für 1984, Verordnungen, Erlasse, Richtlinien, Anträge und andere parlamentarische Initiativen umzusetzen". Etwa Ende Mai wird eine weitere Landesversammlung darüber zu befinden haben, ob dem Haushalt '84 zugestimmt und eine SPD-Minderheitsregierung mitgewählt wird.

Mit sichtbarer Nervosität waren die Protagonisten grüner Realpolitik — die Mehrheit der Landtagsgruppe um Karl Kerschgens, die Frankfurter Spontis mit „ihrem" MdB Günter Fischer und die aus dem SB-Umfeld kommenden Sozialisten mit MdB Kleinert (Marburg) als Sprecher — in die Debattenschlacht gegangen. Besonders als der Bundesvorstand der Grünen einstimmig die Ablehnung der Verhandlungsergebnisse beschloß, zogen die Realpolitiker, von den Medien bis einschließlich der „taz" heftig unterstützt, alle Register. Gerüchte wurden kolportiert, die an Dummlichkeit kaum mehr zu überbieten waren, etwa das der Frankfurter Fundamentalist Zieran heimlich die BuVo-Beschlüsse schreibe, oder daß daran gedacht sei, den hessischen Landesverband „von oben herab aufzulösen".

Und noch etwas vernahm der erstaunte Beobachter in den letzten Tagen vor der Entscheidung: Es geht wieder aufwärts, will sagen: Wir werden wieder stärker. In Bonn, Hamburg oder Hessen sind anscheinend „klassische Positionen des Kommunistischen Bundes" (FR) auf dem Vormarsch. Die „Leninisten" (Pflasterstrand) haben es bei den Grünen verstanden, Schlüsselpositionen in der Partei zu besetzen. Schließlich liefert die „FAZ" den originellsten Beitrag zur KB-Geschichtsschreibung: Die Z-Fraktion hat sich nicht abgespalten, sie „entstammt" uns vielmehr. Da lacht der Kommunist, und der Ökologe wundert sich.

Die Message dieses scharfsinnigen Propagandamanövers an die grüne Basis war: Wer ein Zusammengehen mit

und der Ökologe wundert sich.
Die Message dieses scharfsinnigen Propagandamanövers an die grüne Basis war: Wer ein Zusammengehen mit

der SPD ablehnt, kann entweder nur ein Kommunist oder ein fundamentalistischer Öko-Spinner sein, dem die „Weiße Weste" wichtiger als die Politik ist. Auch daran kann man sehen, wie eifrig die Realos bemüht sind, ihre „Bringschuld" (Börner) an die herschende politische „Kultur" zu leisten.

Während sich die Befürworter sogenannter parlamentarischer „Politikfähigkeit" noch am 12.1. auf Veranstaltungen in Darmstadt und Frankfurt herben Kritiken der großstädtischen Szene ausgesetzt sahen, war die Zusammensetzung auf der LV in Usingen eine andere. Dort setzte sich vor allem das Argument von Kerschgens durch, die Grünen dürfen sich in einer „Fünf vor Zwölf"-Situation nicht der Übernahme von „Verantwortung" verweigern. Mit Apellen, neues auszuprobieren, Gegenmodelle zu schaffen oder die Politik mitzugestalten, wurden grüne Emotionen zum Schwingen gebracht. Es ist eben doch viel schöner, in der Annahme zu schwelgen, „entscheidender Faktor in der hessischen Landespolitik" (CDU) zu sein, als nüchtern Bilanzen zu prüfen. Wer diese Mechanismen noch von der SPD-Linken her kennt, wird einen freudigen Wiedererkennungs-Effekt gehabt haben. Oder aber er/sie wendet sich mit Grausen...

Die in Usingen unterlegene Ablehnungsfront ist z.T. guten Mutes, die jetzt getroffene Entscheidung später wieder korrigieren zu können. Dies freilich setzt voraus, daß Börner genauso treuherzig an die neue „Partnerschaft" herangeht, wie die Hessen-Grünen. Realpolitische Phantasten werden in diesem unserem Land in der Regel freilich nicht von linken Kritikern, sondern von rechten Regierungen auf den Boden der Wirklichkeit zurückgeholt. Auch in dieser Hinsicht lohnt sich eine Beschäftigung mit der Entwicklung der Jusos.

Das hessische Butterbrot S. 2
Zu den Verhandlungen zwischen SPD und GRÜNEN um die hessische Regierungsverantwortung

Die PLO nach Tripoli

Unter dem Schutz französischer und ägyptischer Kriegsschiffe konnte Arafat zusammen mit 4000 Genossen das eingeschlossene Tripoli verlassen. Sein kämpferisches Ausharren und seine geschickte Diplomatie haben ihn — ein zweites Ma[l] nach Beirut im September 1982 — aus einer fast ausweglosen Situation entkommen lassen. Dies war allerdings erst möglich, nachdem in einer für ihn und sein[e] Mitkämpfer immer bedrohlicher werdenden Situation wichtigste arabische Staaten sowie Frankreich und die USA sich für seine Rettung einsetzten und Israel diese schließlich duldete.

Arafat hat begonnen, dafür den Preis zu zahlen. Sein gut vorbereiteter und nu[r] für die Öffentlichkeit überraschender Besuch beim ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak legt ihn auf den amerikanischen „Friedensprozeß" im Nahen Osten fest. Und diese Linie scheint er auch gewillt, innerhalb der Gremien der PLO durchzusetzen. Die beiden obersten Fatah-Gremien haben sich bereits hinter ihn gestellt und durch geschickte Formulierungen in ihren Kommuniqués der inneren Opposition den Wind aus den Segeln genommen.

Als wichtigste Organisation der „loyalen" Opposition hat die Volksfront fü[r] die Befreiung Palästinas (PFLP) seit dem Ägypten-Besuch Arafats w i e d e r h o l t die Absetzung Arafats gefordert und solange die Mitarbeit in führenden Organen der PLO eingestellt. Im Augenblick ist nicht abzusehen, durch welch[e] Kompromisse die Spaltung der PLO noch verhindert werden könnte.

Klar ist auf jeden Fall, daß mit der Spaltung auch die Unabhängigkeit der PLO vorerst ein Ende haben würde, denn ein Taktieren zwischen verschiedenen arabischen Regimes würde dann kaum noch möglich sein. Arafat wird sich mit den reaktionären arabischen Staaten und den USA arrangieren müssen — ohne Garantie, daß er für das palästinensische Volk irgendein Zugeständnis herausholt. Die Arafat-Opposition könnte sich hingegen im wesentlich nur auf Syrien stützen, da[s] seit jeher die Unabhängigkeit der PLO bekämpft.

Arafat hatte sich Ende September nach Tripoli begeben, der Hochburg der loyalen PLO-Kämpfer im Libanon. Zu dieser Zeit fanden im Chouf-Gebirge südöstlich von Beirut schwere Kämpfe zwischen den Milizen des Drusenchefs und Vorsitzenden der Progressiven Sozialistischen Partei, Jumblatt, und den libanesischen Regierungstruppen statt. Die drusischen Milizen wurden von Syrien unterstützt, während durch amerikanische und französische Artillerie- und Luftunterstützung eine vollständige Niederlage der libanesischen Armee verhindert wurde (vgl. AK 238). Nach einem Besuch des amerikanischen Außenministers Shultz in Damaskus wurde schließlich ein Waffenstillstand geschlossen und eine Nationale Versöhnungskonferenz ins Leben gerufen, an der nicht nur die libanesischen Konfliktparteien, sondern auch die syrische Besatzungsmacht beteiligt wurde. Di[e] USA hatten, wenn auch spät, Syrien a[n] Verhandlungen über die Zukunft de[s] Libanon beteiligt (die allerdings bi[s] heute ohne Ergebnis sind), währen[d] zuvor die Verhandlungen über den Abzug a l l e r ausländischen Truppen au[s] dem Libanon nur von Israel, Libanon und den USA geführt worden waren.

Syrien mußte selbstverständlich fü[r] dieses Zugeständnis der USA einen Preis zahlen. Und liest man den nebenstehenden Protokoll-Auszug aus de[n] Gesprächen zwischen dem amerikanischen Außenminister Shultz und dem syrischen Präsidenten Assad und erinnert sich an die nun folgenden Ereignisse, so wird noch einmal deutlich, daß Syrien die „palästinensische Karte" nur für die eigenen machtpolitischen Interessen spielte.

Fortsetzung S.4

„Die Kinder von Karl Marx grüßen die Kinder

„Die Kinder von Karl Marx grüßen die Kinder von Sandino"

Bericht über die Ankunft der Arbeitsbrigaden in Nicaragua

Am 20.12. starteten 162 Arbeitsbrigadisten aus der BRD nach Nicaragua. Sie wollen durch ihre Beteiligung am Arbeitsleben der nicaraguanischen Bevölkerung ihre Solidarität mit dem von einer militärischen Intervention durch die USA bedrohten Volk zum Ausdruck bringen.

In einem ersten Bericht, der uns von einem Teilnehmer erreichte, werden die Ankunft, der Empfang durch Regierungsvertreter, die Fahrt zum ersten Ernteeinsatz sowie die politischen Eindrücke geschildert. S. 31

Ein weiterer Artikel in dieser Ausgabe befaßt sich mit der Situation der Frauen in Nicaragua nach der Befreiung, mit den Versuchen, die Frauen aus ihrer traditionellen Rolle zu befreien. S. 32

Interview mit einer Vertreterin des Rechtshilfebüros für Frauen S. 33



Nicaraguas Kulturminister Ernesto Cardenal begrüßt die Arbeitsbrigaden auf dem Flughafen in Managua

Das hessische Butterbrot

Nach acht Wochen beinharten Ringens mit der hessischen SPD präsentiert sich die Landtagsgruppe der Grünen im strahlenden Siegerglanz. Wenige Tage, bevor eine Landesmitgliederversammlung der Hessen-Grünen das Ausgehandelte zu bewerten hat, geben die grünen Abgeordneten und ihre Nachrücker in einem Schreiben an alle Parteimitglieder wertvolle Entscheidungshilfen: Den gewieften Taktikern der grünen Verhandlungskommission sei es gelungen, in allen wesentlichen Bereichen die eigenen Positionen gegen die SPD durchzudrücken. Und es kommt noch besser: Das bisher Erreichte sei in Zukunft sogar noch ausbaufähig. Hoffentlich kommt Holger Börner mit diesem Ergebnis in seiner Partei überhaupt noch durch ...

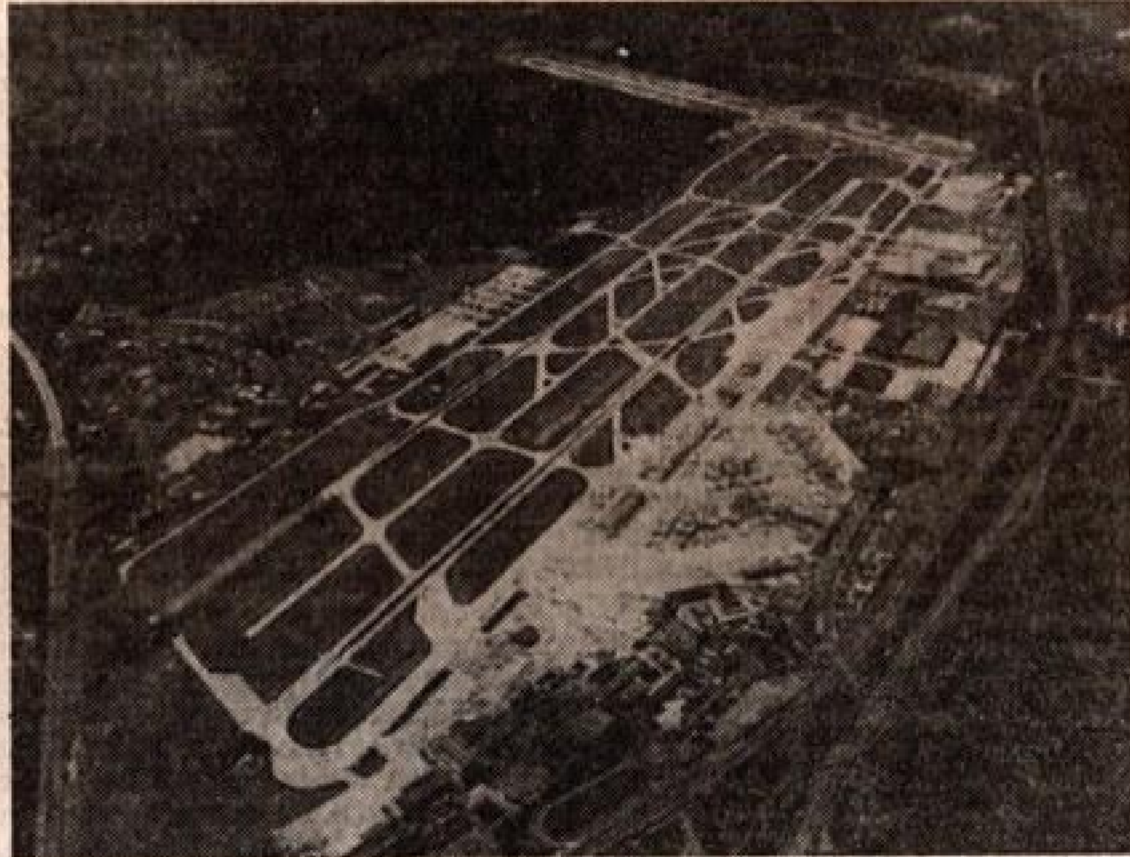
Und so sieht der grüne Durchmarsch im Einzelnen aus: Im Natur- und Umweltschutz konnte man sich „*weitgehend durchsetzen*", jedenfalls bei den „*großen Richtlinien*". „*Im Bereich Forstwirtschaft und Jagdwesen wurde ebenfalls im großen und ganzen den Forderungen der Grünen entsprochen*". Bei Luftreinhaltung/Wäldersterben enthalten die Vereinbarungen „*alles, was ... auf landespolitischer Ebene möglich und sinnvoll ist*". Im Strafvollzug „*sind unsere Forderungen im großen und ganzen als richtige Zielvorstellungen akzeptiert worden*". „*Praktisch alle unsere Forderungen*" sind in der Ausländerpolitik „*dem Grunde nach akzeptiert worden*", mit Ausnahme des Kommunalen Wahlrechts. In der Frauenpolitik „*gelang es uns nach einigem Hin und Her, unsere Positionen durchzusetzen*". Ja, sogar in der Energiepolitik „*werden wichtige Schritte auf unser Ziel hin gemacht*". Bei Jugendarbeitslosigkeit/Ausbildungsplätzen gab es — man ahnt es schon — „*keine grundsätzlichen Probleme*".

Der geneigte Leser ahnt förderhin, daß es sich bei diesen Einschätzungen aus berufenem Munde um Realpolitik handeln muß (die o. g. Zitate sind, zugegebenermaßen auf's Wesentliche verkürzt, Stellungnahmen grüner Delegationsmitglieder entnommen). Leute, kommt nach Hessen! Nur Grenada war schöner.

Eigenartig waren diese Verhandlungen schon, die im November und Dezember in fünf öffentlichen Plenarsitzungen und zeitweise beinahe täglich stattfindenden Unterkommissionen über die Bühne gingen. Für die SPD verhandelten Börner, Krollmann (Kultusminister), Winterstein (Fraktionsvorsitzender), Görlach (Vorsitzender der SPD Hessen-Süd) und als schweigsamer SPD-Landesgeschäftsführer Leo Giani „Controletti". Ihnen saßen vier Landesvorständler der Grünen gegenüber.

Holger Börner eröffnete mit einer prägnanten Beschreibung dessen, was sich die Sozialdemokaten vorgenommen hatten: „*Um zu einer Tolerierung unserer Regierung zu kommen, werden wir n i c h t bereit sein, die Identität unserer Partei in Frage zu stellen*". Mit Spannung durfte daher erwartet werden, wie sich sozialdemokratische Identität nach 120 Jahren Gesichtsverlust heute darstellt. Wir vernehmen zunächst, daß die SPD der Landesverteidigung und der allgemeinen Wehrpflicht positiv gegenübersteht; die NATO hält sie für ein „Bündnis freier Nationen". Zu dieser Klarstellung drängte es Börner, als die Grünen eine gemeinsame Entschließung gegen die NATO-Aufrüstung im hessischen Landtag vorschlugen. SPD-Identität, das heißt heute, abgeklärt zu sein — „*Gesellschaftskritik ist schön und gut, aber das nutzt der Jugend heute nichts*" —, aber auch aufgeklärt zu sein — „*es gibt eine ‚Urangst' der Menschen vor dem Atom und seiner Spaltung*" (Zitate aus den Verhandlungsprotokollen, die von der grünen Landtagsgruppe erstellt wurden). Eine Abschaltung laufender Atomkraftwerke ist trotzdem nicht verhandlungsfähig. Denn: „*Für uns ist die friedliche Nutzung der Kernenergie ein Segen für die Menschheit*". Ansonsten lautet das sozialdemokratische Prinzip: Was beschlossen ist, wird gebaut, was gebaut wird, wird fertiggestellt, und was fertiggestellt ist, wird in Betrieb genommen. Mit seiner sogenannten „ganzen Person" steht der Ministerpräsident zur Startbahn West. Alles andere würde SPD-Identität bis ins Mark treffen: „*Dort, wo Arbeitsplätze vernichtet werden, können Sie mit uns nicht reden*". So einfach ist das. Allerdings ist Börner dagegen, „*daß die Grünen den Kapitalisten Geld geben wollen*". Derartige Intimbereiche bleiben parlamentarischen Anfängern verschlossen, also den (eigenen) Profis vorbehalten. Freundliche Anteilnahme ernten die Grünen für ihre ersten unbeholfenen Schritte auf dem Weg zum Alternativ-Lobbyismus. „*Wir haben dafür tiefes Verständnis, wir sind ja alle an diesem Tisch früher durch den Bundesjugendplan gefördert worden*". „**Konsens**", vermerkt der grüne Protokollant an dieser Stelle lakonisch.

Die Jugend will die SPD fördern — na, die wird sich freuen —, aber auch erziehen. Börner wehrt sich „*gegen jede Taschengeldregelung, durch die Untätigkeit attraktiv gemacht werden könnte*". Gammeln is' nich'. Aber Eigeninitiative kommt gut an. „*Bei mir in der Gegend sammelt die Evangelische Jugend alle paar Monate das Altpapier. Wenn Sie das von der öffentlichen Hand machen und stellen einen Altpapiercontainer auf, dann brennt der doch ab, das ist doch klar*". Börner kennt seine Autonomen.



Börner kennt auch die Frauen. Da hat ihn Marie Schlei angelernt. Sie hat ihn von der Fristenregelung überzeugt, nicht aber von der ersatzlosen Streichung des § 218. „*Hier ist der Dissens festzuhalten*". Auch die anderen SPD-Politiker haben etwas beizusteuern. Görlach: „*Gibt es eine feministische Wissenschaft? Ich will das jetzt endlich mal wissen*". Kollege Krollmann klärt ihn auf: „*Ich kenne keine feministische Wissenschaft ... Ich bin gegen die Entstehung von Ghettos an den Universitäten, wo Männer nicht zugelassen werden. Das ist Unfug*". Die bevorzugte Einstellung von Frauen halten Sozialdemokraten schlicht für grundgesetzwidrig.

Hellwach wird die SPD-Mannschaft, wenn es um Polizei und Verfassungsschutz geht. Diese Seite sozialdemokratischer Identität ist so gut programmiert, daß die Antworten wie auf Knopfdruck abspulen. Da muß man sich in jedem Fall vor die Beamten stellen, „*die ihren schweren Dienst tun*". Auch wenn man die Vorgänge anläßlich der Blockade in Pershing-Hausen noch nicht einmal untersucht hat. Die Demokratie braucht nämlich Zähne, um sich (?) verteidigen zu können. So eine Zahnreihe ist z. B. der von Grund auf antifaschistische Verfassungsschutz, dessen Auflösung nicht nur weltfremd, sondern auch völlig unrealistisch wäre. Zur Polizeibewaffnung: „*Die Ganoven haben heute locker sitzende Knarren*". Empfehlung der Spezialdemokraten: „*Die Grünen sollten mehr mit Polizisten reden, besonders mit der GdP, damit sie dann präziser argumentieren können*". Ex-Polizeipräsident Krollmann warnt vor Reformwünschen. „*Die Polizisten, die sich früher als soziale Helfer sahen, gehören inzwischen zu den Scharfmachern*".

In der Ausländerpolitik ist man natürlich liberal, liberal und nochmals liberal — sozusagen per definitionem. Das darf aber nicht „*als Angebot nach außen aufgefaßt werden*". Kapazitätsmäßig sind wir nämlich „*an der Grenze angelangt*". „*Stellen Sie sich die Staubsaugerwirkung vor, die das nach Anatolien haben wird, wenn wir das hier beschließen*". Die letzte Aussage stammt von Börner. Eine Teilnahme der Herren Lummer, Geißler oder Zimmermann an den Gesprächen wurde in Wiesbaden dementiert.

Die Börner-Riege hatte es nicht einmal nötig, „Verständnis" für grünalternative Essentials zu mimen wie seinerzeit Dohnanyi in Hamburg. Ihre sozialdemokratische Identität offenbart sich als diejenige des typischen Spießbürgers, der die deutschen „Sekundärtugenden" vor sich her trägt, als hätte er sie erfunden. Jenseits aller Spekulationen über eine Kursänderung des Tankers machte Börner brutal deutlich, daß die SPD auch nach Schmidt geblieben ist, was sie war.

Dementsprechend bringt die SPD in die neue Partnerschaft als Mitgift ein:
— die Inbetriebnahme der Startbahn 18 West
— neben dem Weiterbetrieb sämtlicher Atomanlagen die planmäßige und termingerechte Abwicklung des Genehmigungsverfahrens für eine neue Nuklearfirma im Hanauer Plutonium-Komplex;
— selbstredend bleibt die Pershing-Montage in Frankfurt-Hausen unberührt;
— die A 66, den Moloch Stadtautobahn in Frankfurt;
— Baubeginn für die Giftmülldeponie Mainhausen;
— Fortbau der DB-Schnellbahntrasse Hannover-Würzburg und weitere „Kompromisse" ähnlichen Kalibers.

Bei der CDU macht sich Verbitterung breit, daß „*die Grünen zur entscheidenden politischen Kraft in diesem Land gemacht werden*" (W. Wallmann, zitiert nach „Frankfurter Rundschau" — „FR", vom 11.1.84). Nach Ansicht der Union steht Hessen „*vor einer verhängnisvollen Entwicklung*": dem Chaos.

„Politik ist Kuhhandel" (J. Fischer)

Daß die Grünen bei den „Knackpunkten" auf Beton, ja Granit seitens der SPD bissen, ist auch der Landtagsgruppe nicht entgangen. Diese harten Tatsachen werden nach dem Motto „small is beautiful" kompensiert. „*Es erscheint uns dabei wichtig, auch die angeblichen ‚Kleinigkeiten', all die ‚mickrigen' Einzelmaßnahmen im Naturschutz und die Kommazahlen bei den Smog-Werten genauso ernst zu nehmen, wie die ‚großen', ‚sichtbaren' Kontroverspunkte Startbahn, Biblis und Schnellbahntrasse. Auch bei der Umweltzerstörung wirken die vielen ‚kleinen' Vorgänge viel nachhaltiger als einzelne Großprojekte, mögen diese noch so gefährlich sein*". So wird denn eine „*fundierte und ins einzelne gehende Diskussion über die vorliegenden Vereinbarungen*" gewünscht. Als Grundlage dafür gibt es ein von der Landtagsgruppe zusammengestelltes Ergebnispapier der Verhandlungen zu den Bereichen
— Energie
— Naturschutz
— Luftreinhaltung
— Jugendarbeitslosigkeit/Alternativbetriebe
— Demokratie und Recht
— Aktionsprogramm für Frauen.

Im wesentlichen handelt es sich dabei um Papiere, die von je einem Vertreter der beiden Seiten gemeinsam ausgearbeitet und in den Verhandlungen abgesegnet wurden.

Ärgerlicherweise muß selbst unerfahrenen Laien die Machart ins Auge fallen: Alle Vereinbarungen, die Geld kosten, stehen unter einem generellen „Haushaltsvorbehalt", was bedeutet, daß sie in den Haushaltsberatungen neu verhandelt werden müssen. Dort werden die Grünen voraussichtlich mit einem weiteren Charakteristikum sozialdemokratischer Identität überrascht werden: der Machbarkeit. Alle Maßnahmen, die Gesetzesinitiativen, Verordnungen etc. betreffen, will die SPD zuvor auf ihre Zulässigkeit und die Gesetzeskompetenz des Landes Hessen hin prüfen. Weil diese so furchtbar eng ist, haben die Verhandlungspartner von vornherein jede Menge Bundesratsinitiativen vereinbart — hehre Absichtserklärungen, mit denen wir uns nicht den Arsch abwischen, weil wir sachlich bleiben wollen. In der Regel fehlt den Abmachungen, v. a. den bedeutsameren unter ihnen, ein konkreter Zeitplan. Heutzutage, wo Embleme immer wichtiger werden, könnte man sich den Schwamm als überaus treffendes Symbol für diese Abmachungen vorstellen.

Energie

Das Energiepapier beginnt mit einer Auflistung von Wunschvorstellungen „für eine langfristig sichere Energieversorgung Hessens", an denen aus ökologischer Sicht wenig zu kritisieren ist, wenn man einmal davon absieht, daß die Eigentumsfrage bezüglich der Energieversorgungsunternehmen ausgeblendet ist. Als wichtigen Erfolg verbucht die Landtagsgruppe für sich, daß der „*Ausbau der dezentralen Energieversorgung ... in dieser Legislaturperiode soweit und so schnell wie möglich*" vorangetrieben werden soll (Energiepapier von Holger Börner und Karl Kerschgens). Daß zu diesem Zweck Energieberichte angefertigt, (noch mehr) Informationsbroschüren auf den Markt geworfen, daß geforscht und natürlich Initiativen im Bundesrat ergriffen werden sollen, wird die derzeitige Energiepolitik nicht gerade nachhaltig verändern. Auch nicht die „*verstärkte Einbeziehung des Themas Energie in den Unterricht an den Schulen*". Daß ein hessisches Energieförderungsgesetz Investitionszuschüsse im Bereich regenerative Energien und dezentrale Kraft-Wärme-Koppelung regeln soll, klingt gut; unklar ist nur, was genau drinstehen soll. Kraft-Wärme-Koppelung soll zur Regel werden — leider aber nur dort, „*wo dies aus technischen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll ist*". Die Förderung der dezentralen Energieversorgung soll zukünftig gar ein Haushaltsschwerpunkt sein. Fragt sich bloß, wie „schwer" der Schwerpunkt wird, weil man nach Zahlen oder gegebenenfalls auch „Kommazahlen" vergeblich sucht. Aber immerhin: Der hessische Standortsicherungsplan soll aufgehoben werden (dort waren mögliche Standorte für Großkraftwerke ausgewiesen worden).

Die Begründung für diese vielfältigen Anstrengungen in der dezentralen Energieversorgung folgt später: „*Dadurch werden neue Atomkraftanlagen in Hessen, insbesondere der Block C in Biblis bzw. ein Atomkraftwerk in Borken, überflüssig*". Damit unterschreiben die Grünen de facto, daß ein zusätzlicher Bedarf besteht, der mit dezentraler Energieerzeugung abgedeckt werden soll, d a m i t neue AKWs „überflüssig" werden. Wenn Einsparmaßnahmen und dezentrale Energieversorgung optimale Ergebnisse zeitigen, deutet die SPD an, könne in den 90er Jahren über einen Ausstieg aus der Atomenergie nachgedacht werden. Auf diese Weise haben die Grünen das Märchen von der Energielücke mitunterschrieben. Wie wollen sie so noch glaubhaft machen, daß ein sofortiges Abschalten aller AKWs in der BRD völlig problemlos zu bewerkstelligen wäre?

Als „wichtige Schritte" auf dem Weg zum Ausstieg wertet die Landtagsgruppe, daß die Betriebssicherheit von Biblis A und B sowie die militärische Bedeutung der Hanauer Atomanlagen Gegenstand parlamentarischer „Diskussionen" werden sollen. Zu Biblis heißt es: „*Die vorhandenen hessischen Atomkraftwerke müssen nach den atomrechtlichen Bestimmungen so betrieben werden, daß die nach dem Stand von Wissenschaft und Technik erforderliche Vorsorge gegen Schäden sowie eine schadlose und sichere Beseitigung der radioaktiven Abfälle gewährleistet ist*". Erschüttert fragt sich der angegraute AKW-Gegner, was denn das geltende Atomrecht für die Sicherheitsfrage hergibt. Und von der schadlosen und sicheren Beseitigung der radioaktiven Abfälle war er bislang ähnlich überzeugt wie von der Existenz schwarzer Schimmel. Mensch lernt anscheinend nie aus ...

Was Hanau angeht, so ist es gewiß verdienstvoll, wenn das dortige Nuklearzentrum stärker ins öffentliche Bewußtsein gerückt wird. Freileich erscheint die von der SPD zugestandene grüne Forderung nach einer Diskussion darüber, „*ob dort möglicherweise* (!) *radioaktive Materialien hergestellt und exportiert werden, die als waffenfähig anzusehen sind*", britisch unterkühlt. Hochangereichertes Uran oder auch reines Plutonium, die dort in Tonnenstärke gelagert werden sollen, sind zweifelsfrei so waffenfähig, waffenfähiger geht's nimmer. **Erwiesen ist auch, daß z. B. die Nukleartechnische Gesellschaft Gelnhausen mit US-Laboratorien zusammenarbeitet, in denen der Sprengkopf für Pershing II wie auch andere Atomwaffen entwickelt wurden.**

Zusammenfassend bemerkt der grüne Fraktionssprecher Karl Kerschgens: „***Insgesamt ist das kein Maximalkatalog unserer Forderungen, aber es werden wichtige Schritte auf unser Ziel hin gemacht***". U n s e r Ziel? Was wir aus dem Energiepapier herauslesen, ist die Linie sozialdemokratischer Parteitagsbeschlüsse. Und nicht vergessen: Die Realisierung steht unter dem „generellen Haushaltsvorbehalt". Wie stets bei sozialdemokratischen Parteitagsbeschlüssen ...

Natur und Umweltschutz

Daß die von den Grünen geforderten „*gezielten Wiedereinbürgerungsversuche für die nachfolgenden Arten: Wanderfalke, Biber, Luchs, Weißstorch und Schwarzstorch, Kohlrabe, Erdorchideen und Eiben*" im Einigungspapier typisch sozialdemokratischen Unverbindlichkeiten zum Opfer fielen, muß betroffen machen. Dieser Verlust kann nur teilweise dadurch wettgemacht werden, daß die SPD einwilligte, die Waldwege „*zu artenreichen Saumbiotopen*" zu entwickeln. Dementsprechend sollen „*die im Rahmen der EG oder der Gemeinschaftsaufgaben geltenden Förderungsrichtlinien für den fortwirtschaftlichen Wegebau geändert werden*". Vielleicht kann beim Ausbau der gemeinsamen Basis zwischen SPD und Grünen auch noch verankert werden, daß die UNO mit diesem Thema behelligt wird.

Daß solche „Einzelmaßnahmen im Naturschutz" nach Auffassung der Landtagsgruppe „genauso ernst zu nehmen" sind wie die Startbahn, Biblis usw., hatten wir schon erwähnt. „Mickrigkeiten" wie das Verursacherprinzip tauchen in dem Einigungspapier nicht auf, waren aber dafür von den Grünen auch gar nicht erst gefordert worden.

Befriedigt darf zur Kenntnis genommen werden, daß die hessische Landespolitik in puncto Wasser von den allerbesten Vorsätzen geleitet sein wird. Auf den Bau der Ernstbachtalsperre soll verzichtet werden, mit dem Grundwasser soll so sparsam und schonend wie irgend möglich umgegangen und die Güteklasse der hessischen Gewässer soll selbstredend verbessert werden — freilich unter „Haushaltsvorbehalt". Leider beißt sich die Katze selbst in den Schwanz. Weil Verursacher wie etwa

Fortsetzung nächste Seite

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 5.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

die Hoechst-AG weder durch (gesetzlich mögliche) Einleitungsverbote noch durch umfassende Haftung für angerichtete Schweinereien zur Kasse gebeten werden, wird sich das Oberflächengewässer nicht regenerieren können. In diesem Zusammenhang bedeutet der Wegfall der Ernstbachtalsperre lediglich, daß die Wassergewinnung anderswo, nämlich im hessischen Ried und am Vogelsberg, intensiviert wird, um den Bedarf des Rhein-Main-Gebietes zu stillen.

Denn natürlich bleibt es nicht ohne Folgen, wenn rund um den Frankfurter Flughafen das Grundwasser im großen Stil verseucht ist. Hier haben sich Kerosin- und andere „Unfälle" im Laufe der Jahrzehnte zu einer mit herkömmlichen Methoden gar nicht mehr behebbaren Verunreinigung verdichtet, wie jeder „FR"-Leser weiß. Nichts darüber in den Vereinbarungen, daß die Flughafen AG als Verursacher den Schaden zu beseitigen hat, nichts über konkrete Fristensetzungen und finanzielle Aufwendungen, die zur Auflage gemacht werden müßten. Ist der grünen Landtagsgruppe denn gar nicht bewußt, wie die Probleme im Bereich Wasser miteinander vernetzt sind, genauer gesagt, wie sie sich in Form einer Kettenreaktion multiplizieren? Bei den Hamburger Verhandlungen zwischen GAL und SPD wurde immerhin soviel klar, daß die Elbe (so gut wie) tot ist, daß man, um überhaupt noch etwas zu retten, einer Reihe von Betrieben auf die Füße treten müßte, und daß spätestens an diesem Punkt sozialdemokratische Identität wieder mal berührt war. Die Hessen-Verhandlungen haben nicht einmal deutlich gemacht, was das Problem ist, wer es verursacht, und wie es behoben werden k ö n n t e. Brauchen die grünen Abgeordneten Nachhilfeunterricht in Ökologie?

Dieselbe Herangehensweise zeigt sich bei den Ergebnissen im Bereich Wäldersterben/Luftreinhaltung. So wurde bezüglich des Kraftwerkes Borken herausgehandelt, daß eine Entschwefelung der Emissionen um 50 % „erforderlich" und in einer zweiten Stufe eine Reduzierung um 90 % „anzustreben" sei.

Sollte dieses „Streben" tatsächlich in absehbarer Zeit von Erfolg gekrönt sein, so wäre Borken immer noch eine Dreckschleuder. Nachgerade peinlich wird es, wenn sich die Landtagsgruppe Börner gegenüber ausdrücklich von der Forderung der Bundes-Grünen distanziert, Borken zu schließen. Das wäre nicht nötig gewesen.

Demokratie und Recht

Demokratie und Recht

Dieser Bereich enthält neben einem Kapitel zum Strafvollzug eine höchst überraschende Positionsbeschreibung der Grünen *„zur Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes"*. Die Realpolitik schreckt nicht einmal vor einem „alternativen Verfassungsschutz" zurück (gewiß wird bald über Formen der alternativen Folter nachgedacht werden oder wo ist eigentlich die Grenze?). So nebenbei erfährt man, daß Spionageabwehr wichtig ist, weil Deutschland, also w i r , vor den bösen Feinden einiges zu verbergen haben. Die SPD war so begeistert davon, daß ihre grünen Gesprächspartner von der zunächst geforderten Auflösung des VS abrückten, daß sie die grünen „Reformvorstellungen" zwar nicht unterschrieb, aber als „lösungsbedürftig" und „lösungsfähig" lobte. Pragmatisch, wie Sozialdemokraten nun einmal sind, schlugen sie vor, *„daß diese Novellierung zweckmäßigerweise in Abstimmung* (!) *mit der ebenfalls anstehenden Novellierung des Bundesverfassungsschutzgesetzes stehen sollte"*. (das Ergebnisprotokoll vermerkt „Übereinstimmung" an dese Punkt) Unsere autonomen Freunde würden sagen: „linker Flügel des BKA". Doch wer wollte ihnen in d i e s e m Fall widersprechen?

Als Aktivposten verbucht die Landtagsgruppe die Abmachungen zur Ausländerpolitik. Und in der Tat: Wenn das, was hierzu niedergeschrieben wurde, verwirklicht würde, so wäre dies eine echte Wende in diesem Bereich — gerade, wenn man an die bisherige, von der SPD zu verantwortende Praxis in Hessen denkt. Allein, uns fehlt auch hier der Glaube an die gewandelte SPD. Denn zunächst einmal haben die „erfahrenen Pragmatiker" eine Reihe wichtiger Forderungskomplexe der grünen Vorlage mit bemerkenswerten Zusätzen versehen, z. B. *„Im Ziel wurde grundsätzliche Übereinstimmung festgestellt"* oder *„ ... wobei noch zu prüfen ist, wieweit dies rechtlich möglich ist"* oder *„in der Zielrichtung besteht weiterhin Übereinstimmung ..."*. Um diese Zusätze richtig einschätzen zu können, empfiehlt es sich, die Diskussionsbeiträge von Börner und Co. während der Verhandlungen heranzuziehen. Und da wurde von SPD-Seite eindeutig und wiederholt klargestellt: Die Zahl der Ausländer in Hessen dürfe auf gar keinen Fall ansteigen. Außerdem muß alles „bezahlbar" sein. Schließlich hat die SPD noch eine weitere Bremse eingebaut: *„Soweit die o. g. Zielsetzungen nur durch eine Änderung von Bundesrecht möglich sind, sind entsprechende Bundesratsinitiativen vorgesehen"*. Während also in allen anderen Bereichen einigermaßen präzise festgelegt wurde, was landespolitisch beabsichtigt ist, und war zur Ersatzbefriedigung im Bundesrat abgeschmettert werden soll, ist diese Unterscheidung hier einer späteren rechtlichen Prüfung anheim gestellt. Die SPD k ö n n t e also so gut wie alle genannten Initiativen zum Aufenthaltsrecht, zur Familienzusammenführung, zur Arbeitserlaubnis und zur Asylpraxis mit scheinheiligem Bedauern zur Bundessache erklären, ohne gegen die Abmachungen zu verstoßen. Unter Berücksichtigung sozialdemokratischer Identitätsprobleme befürchten wir, daß es genau so kommen wird. Abgelehnt hat die SPD ein aktives und passives Wahlrecht für Ausländer auf Gemeinde- und Landesebene. Hierzu vernimmt man von grünen Realpolitikern, entscheidend sei eben nicht das Wahlrecht, sondern die ganz konkreten Verbesserungen der Situation der Ausländer. Eine gefährliche Argumentation, die an vordemokratische Denkstrukturen erinnert. Auch grüne Caritas kann Demokratie nie ersetzen!

Mit dem Verzicht auf das Wahlrecht wird die entscheidende Karte aus der Hand gegeben. Von den sonstigen Punkten, die zweifellos den guten Willen der Grünen demonstrieren, kann man nur hoffen, daß sie nicht durch das neue Zimmermann'sche Ausländergesetz (über dessen Verhinderung eben nicht gesprochen wurde) wie ein Kartenhaus zusammenfallen.

Das vereinbarte Aktionsprogramm für Frauen zählt ebenfalls wohl zu den Aktivposten der Verhandlungen. Neben den leider auch hier zu verzeichnenden Allgemeinheiten und Schwammigkeiten fällt ins Auge, daß der konkrete Finanzierungsvorschlag der grünen Frauen, der eine Summe von 5,6 Mio. DM und zusätzlich „zahlreiche schwer quantifizierbare Punkte" nannte, im Ergebnispapier fehlt — ein weiteres Opfer des Haushaltsvorbehaltes.



Holger Börner beim Kampf mit den grünen Riesen

Dafür gibt es 7 Mio. DM für hessische Alternativbetriebe. Sie sind der einzige in den Vereinbarungen auftauchende Geldbetrag, der nicht ausdrücklich unter Haushaltsvorbehalt steht. Dies spricht eine zarte, aber deutliche Sprache. Winterschlußverkauf ist angesagt. Uns bricht das Herz, wie sich die Scene zu Billigstpreisen verschleudert. Nicht einmal ein Evangeliar könnte damit ersteigert werden, präziser gesagt: nicht einmal eine gelungene Fälschung von Hitler-Tagebüchern oder anderem deutschen Kulturgut.

Noch nicht verhandelte Komplexe sind nach Angaben der grünen Landtagsgruppe Verkehrspolitik, Sozialpolitik, Bildungs- und Kulturpolitik, Frieden (!), Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Wohnungsbau, Dorferneuerung/Raumplanung, Datenschutz, neue Medien/Verkabelung und Änderung der Hessischen Gemeindeordnung. Warum Wirtschafts- und Finanzpolitik — regiert durch den starken Mann Heribert Reitz — anscheinend gar nicht vorgesehen sind, ahnen wir, wissen es aber nicht, weil wir keine „Haushaltsexperten" sind.

Mit einem läppischen Witz müssen wir die geneigten Leserinnen und Leser dennoch behelligen: Dem sogenannten „Nachtflugverbot" am Frankfurter Flughafen, das Holger Börner angeblich unterstützen will.

„Hessische Regierung will Nachtflugverbot" vermeldet etwa die „taz" am 6.1., weil sie ja ihrem Ruf gerecht werden muß, sich *„zu einer der orginellsten Zeitungen der Bundesrepublik gemausert"* zu haben („Spiegel"). Tatsächlich hält Börner nur für die Startbahn-West ein Nachtflugverbot „für möglich". Ansonsten will er bei der Bundesregierung vorstellig werden, die bereits abgewinkt hat. Wir bieten jede Wette, daß am Frankfurter Flughafen keine einzige nächtliche Flugbewegung wegen dieser „Zusage" entfallen wird. Kläglich.

Realpolitik und Angst

Die Wiesbadener Feuertaufe machte deutlich, daß die sich selbst als Realpolitik definierende Strömung der Grünen Nerven zeigt. Koalitionsvereinbarungen vor dem Parteivolk zu vertreten, will gelernt sein. Und so üben denn Frankfurter Spontis die alte Kunst, Scheiße für Gold zu verkaufen. *„Auf Messers Schneide"*, weiß die Landtagsgruppe zu berichten, hätten die Verhandlungen gestanden, als man die Polizeiaktionen gegen die Friedensdemonstranten anläßlich der Hausener Blockade *„so scharf und ausführlich wie möglich"* zur Sprache gebracht habe. Es sei *„sehr unangenehm"* gewesen, einerseits weiterverhandeln zu m ü s s e n , weil das ja beschlossen war, andererseits aber zu wissen, *„daß die SPD sich von einem solchen polizeilichen Vorgehen ohne Aufgabe ihrer ‚rechtsstaatlichen' Identität nicht distanzieren k a n n"*. In solchen Konfliktsituationen entscheidet sich der Realpolitiker schweren Herzens dafür, auf die Empfindlichkeiten seines Gesprächspartners Rücksicht zu nehmen. Ganz süß bekennt die Landtagsgruppe: *„Vorerst ist uns allerdings weder völlig klar, wie es zu Polizeiaktionen dieser besonderen Härte kam — noch haben wir ein Rezept, wie eine Wiederholung in Zukunft verhindert werden kann"*. Dabei ist es doch sonnenklar, und der „Pflasterstrand" hat es schon x-mal erklärt: Bei der Realpolitik geht es um Machterwerb. Also lautet das Rezept, noch mehr Machterwerb! Mit einem grünen Staatssekretär im Innenministerium sähe vielleicht manches anders aus, oder?

Neben die Angst davor, der SPD zu nahe zu treten, tritt die Angst vor dem *„ungeheuren Mißtrauen auch an der grünen Basis"*. Deshalb wird die Mitgliedschaft beschworen: *„Unabhängig vom w i e der Verhandlungen war wohl kaum mehr zu erreichen"*. Vielleicht darf man trotzdem das „Wie" der Verhandlungen hinterfragen. Mit dem Marbacher Beschluß hatten sich die Grünen in Hessen eine Marschrich- [illegible]

der Verhandlungen hinterfragen. Mit dem Marbacher Beschluß hatten sich die Grünen in Hessen eine Marschrich-tung vorgegeben, die zwar einiges an *„unverzichtbaren Zielsetzungen"* nannte, aber jede Aussage darüber vermied, w i e v i e l davon verwirklicht werden muß, wenn die SPD eine Tolerierung durch die Grünen haben will. So nahm das Unheil seinen Lauf. Nach dem Motto „ausloten, was machbar ist" trug die Landtagsgruppe jede Menge richtiger Forderungen (wenn wir mal vom alternativen Verfassungsschutz und einigen anderen Schnitzern absehen) vor. Die SPD-Profis hörten zu und sagten NEIN, wo sie schon immer NEIN gesagt haben. Die grünen Diplomaten strichen diese Forderungen dann bereitwillig als „nicht machbar" von der Liste und gingen zum nächsten Tagesordnungspunkt über — in der trügerischen Hoffnung, dort vielleicht mehr rauszuholen. Prioritäten, Streitpunkte, um die wirklich gekämpft worden wäre, gab es im großen und ganzen nicht. Gewiß wurden die Forderungen nach Abschaltung des AKW Biblis und gegen die Inbetriebnahme der Startbahn-West vorgetragen. Aber an keiner Stelle machte die Landtagsgruppe klar, daß die Reaktion der SPD auf diese Forderungen entscheidend für das ganze Projekt einer Tolerierung sind.

Wer so „auslotet, was drin ist", gerät beinahe zwangsläufig in die Rolle des Bittstellers. Und so ging es bei den Verhandlungen auf einmal unwillkürlich darum, ob die SPD die Grünen toleriert, und nicht mehr darum, ob die Grünen die SPD tolerieren. Was herauskam, ist typisch sozialdemokratische Flickschusterei, also eine Politik, von der man nach 13 Jahren Bonner Regierungsverantwortung eigentlich annehmen sollte, daß sie gescheitert ist. Seltsam, daß Leute, die etwas ganz Neues ausprobieren wollten, so schnell bei Altbewährtem landen. Wer sich als Juniorpartner der SPD versteht, hätte zweckmäßigerweise schon 1969 den „langen Marsch durch die Institutionen" antreten können. Es scheint die Tragik der Frankfurter Spontis zu sein, daß sie erst jetzt zu ihrer eigentlichen Bestimmung finden. So verschenkt man seine besten Jahre.

th. und de./Ffm.

Deutsche Sprache

Die GRÜNEN im hessischen Landtag haben in einer umfangreichen Dokumentation die bisherigen Ergebnisse ihrer Verhandlungen mit der SPD vorgelegt. Wir lesen dort:

Zusätzliche **Maßnahmen** zur Vermeidung oder Verringerung der auch in Hessen nicht unerheblichen Waldschäden durch Rot-, Reh-, Dam- und Muffelwild werden für erforderlich gehalten. Die Fraktionen werden sich darüber verständigen, inwieweit zur Erreichung dieses Ziels eine Änderung oder Ergänzung **jagdrechtlicher** Vorschriften erforderlich ist ...

Es wurden ... **Maßnahmen** zur Verbesserung des Waldschutzes vereinbart. Sie orientieren sich an **naturnahem** Waldbau, biotechnischer Borkenkäfer**bekämpfung** und einer drastischen **Reduzierung** der Schalenwild**bestände**. Dazu sollen **Arbeitsplätze** im Forstbereich geschaffen werden ... Maßnahmen des Waldschutzes insbesondere:

- Erweiterung der biotechnischen **Bekämpfung** von Borkenkäfern sowie sonstige biologische Wald**schädlingsbekämpfungs** maßnahmen
- **Reduzierung** überhöhter, die Stabilität der Waldbestände gefährdender Schalenwild**bestände**.

Gemeint sind L e b e w e s e n. Die Dokumentation merkt an:

Im Bereich Forstwirtschaft und Jagdwesen wurde ebenfalls im Großen und Ganzen den Forderungen der GRÜNEN entsprochen.

NRW:

Grünes Schattenkabinett bereit zum Amtsantritt

Während in Hessen noch in der trauten Zweisamkeit von „Unterkomissionen" über „Ökologisches und soziales Gegengewicht zu Bonn" verhandelt wurde, war den Anführern des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der Grünen schon klar: Dieser Vorgang hat „Signalfunktion" auch für die Kommunal- und Landtagswahlen in NRW. Die Signale, welche man aus Wiesbaden herüberzutönen glaubte, wurden schon am ersten Tag des Siegburger Landsparteitags (16.-18.12.) in einer kurzen Presseerklärung an die Öffentlichkeit weitergegeben: *„NRW-Grüne wollen sich auf der Ebene politischer Macht nicht verweigern. Die nordrhein-westfälischen Grünen haben sich auf ihrem Landesparteitag in Siegburg deutlich zur Übernahme politischer Verantwortung als drittstärkste politische Kraft des Landes bekannt. Der Sprecher des Landesverbandes, Michael Happe, begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Ab-* [illegible]

*Der Sprecher des Landesverbandes, Michael Happe, begrüßte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Ab-**sicht der hessischen Grünen, mit der dortigen SPD zu einer konstruktiven Zusammenarbeit zu kommen und sprach in diesem Zusammenhang von einer Signalfunktion für die Kommunal- und Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. In der nordrhein-westfälischen SPD liefen jedoch noch viele starke Männer mit Dachlatten herum. Kohlevorrangpolitik und die Wirtschaftsinteressen des Ruhrgebietes zeigten ein deutliches Übergewicht der Ökonomie vor der Ökologie. Auch das umweltprofilierte Nordlicht Matthiesen muß erst noch beweisen, daß es mehr ist als das Feigenblatt vor der Scham der Männerregierung Rau."*

Das Presseecho hätte kaum besser sein können. Sämtliche Regionalblätter berichteten ausführlich und zitierten besonders gelungene Formulierungen wie über die „Signalfunktion", die „drittstärkste Kraft" und die „Übernahme politischer Verantwortung". Dennoch sah sich zwei Tage später die grüne Landsegeschäftsstelle veranlaßt, *„einige Mißverständnisse und zum Teil falsche Presseberichterstattung aufzuklären"*. Um die bundesweit entstandene Unruhe in den eigenen Reihen einzudämmen, wurde an alle Landtagsfraktionen und an die AL Westberlin eine Materialsammlung verschickt und ausdrücklich beteuert, daß der Parteitag ja noch gar keine Beschlüsse gefaßt habe. Die in der Materialsammlung enthaltene Rede des Landesvorstandssprechers Michael Happe sei allerdings Konsens im Landesvorstand und *„bei den Delegierten des Parteitages in der Aussprache begrüßt"* worden.

Diese Rede läßt in der Tat keinen Raum für Mißverständnisse. Die Notwendigkeit zum direkten Griff nach den Schalthebeln der Macht folgt für Happe zwingend aus den objektiven Bedrohungen (Kriegsgefahr, Arbeitslosigkeit, Waldsterben...). *„Konfrontiert mit solchen Problemen verblassen unsere eigenen zu Marginalien. Wir verschwenden zuviel unserer Kraft in interne Koordination, sind demgegenüber noch zu wenig politikfähig. (...)Politikfähigkeit heißt für mich, die eigenen Mittel so weit zu entwickeln, daß wir in der Lage sind, unseren Zielen gesellschaftlich zum Durchbruch zu verhelfen zu können."*

Um den auch bei den NRW-Grünen (noch?) Vorbehalte weckenden Begriff Koalition zu umgehen, führt Happe zusätzlich zur parlamemtarischen und außerparlamentarischen Arbeit noch eine dritte, gleichberechtigte Ebene für „verstärktes Eingreifen" der Grünen in die Debatte ein: die „institutionelle". Es müsse erreicht werden, daß *„die politische Landschaft nach den Kommunalwahlen in NRW hier mit einem grünen Beigeordneten, dort mit einem grünen Bürgermeister durchsetzt"* ist. Ein ganz offener Koalitionsbefürworter bei den NRW-Grünen, Norbert Kostede aus Bielefeld, hat in einem „taz"-Kommentar (1.12) die glänzenden Perspektiven ausgemalt, die sich nicht nur grünen Bürgermeistern, sondern auch Staatssekretären und Ministern eröffnen würden: ihre Ämter böten die Möglichkeit einer *„direkteren Kontrolle der Bürokratie, die überall dort, wo*

Staatssekretären und Ministern eröffnen würden: ihre Ämter böten die Möglichkeit einer *„direkteren Kontrolle der Bürokratie, die überall dort, wo*

dies möglich ist, ‚grüne' Vorhaben kleinhacken würde". Bei größeren Konflikten mit der Bürokratie empfiehlt Kostede: *„Notfalls politische Spitzenbeamte feuern"*.

So konkret will sich Happe das noch nicht vorstellen. Er sieht aber große, von den Grünen bewirkte Umwälzungen ihre Schatten vorauswerfen. Während sie *„den Anliegen sozialer Bewegungen auch auf institutioneller und staatlicher Ebene zum Durchbruch verhelfen"*, entwickeln sie sich zur stärksten der Parteien: *„Wir müssen unsere konzeptionelle Kompetenz —ähnlich wie in der Friedensfrage— so entwickeln, daß wir mittelfristig der SPD den Rang ablaufen"*. Dem Vernehmen nach haben die grünen Delegierten diesen zusammenphantasierten Verheißungen interessiert und aufmerksam zugehört.

Wie so oft in der (grün-alternativen) Politik, so hat auch hier das „Dementi" zum besseren Verständnis der sich vollziehenden Entwicklung beigetragen. In einem Leserbrief an die „FR" (4.1.) stellt Landesgeschäftsführer Thomas Hoof richtig, die von den Grünen an Rhein und Ruhr de facto beschlossene Koalitionsaussage („FR"-Kommentar vom 22.12.) sei nicht die Position des Landesverbandes NRW:

„Wir haben eine Verweigerung im Sinne von Fundamentalopposition ausgeschlossen und uns zu Gesprächen nach der Landtagswahl über eine konstruktive Zusammenarbeit mit der SPD bereit erklärt. Dies schließt weder Zusammenarbeit in Sachfragen noch Tolerierung oder Koalition aus; wir halten es allerdings für verfrüht, zumal angesichts der taktisch schroffen Ablehnung der NRW-SPD, bereits zum jetzigen Zeitpunkt eine Festlegung zu treffen.".

Das kennen wir von Parteien, die noch viel politikfähiger sind als die Grünen. Für schon amtierende —und natürlich auch für sich erst noch warmlaufende— Staatsmänner gibt es auf klare Fragen keine bessseren Antworten als „Gegenwärtig ist nicht der Zeitpunkt..."

Js./ Hamburg

Repressionstechnologie

BRD-Wasserwerfer nach Belfast?

Auf Einladung des Bundesinnenministeriums unternahmen Ende August 1983 Assistant Chief Constable Stanley Steenson von der nordirischen Polizei RUC und Oberleutnant John Bonell von der Britischen Armee eine Informationsreise durch die BRD (1). Neben Gesprächen in Bonn und einem Besuch des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden stand auch eine Materialvorführung bei der 1. Hessischen Bereitschaftspolizei Abteilung in Eschwege auf dem Programm. Besonderes Interesse fand eine Vergleichsvorführung der Wasserwerfer-Modelle WaWe 4 und 9. Nachdem bereits im Vorjahr zwei ausrangierte Wasserwerfer der Bauserie 4000 (WaWe 4) auf dem Trainingsgelände der Metropolitan Police im Londoner Stadtteil Greenwich starke Beachtung bei den Auszubildenden in Sachen riot-control gefunden hatten interessierten sich nun auch Spezialisten aus Englands (fast) letzter Kolonie für dieses Produkt westdeutschen Erfindergeistes.

Ein Jahr nach den '81er Unruhen in Toxteth (Liverpool) und Brixton (London) hatte das Home Office (Britisches Innenministerium) mehrere hochkarätige Polizeioffiziere durch Westeuropa geschickt, um die neuesten Polizeiwaffen für den Einsatz gegen Menschenmengen inspirieren zu lassen (2). In Westdeutschland fand die Delegation den passenden Ersatz für die antiken „Pig-Squirt"- und „all-British"-Wasserkanonen, deren Wirkung eher einem Rasensprenger denn einem Wasserwerfer gleichkommt. Im Rahmen eines Ausleih-Vertrages wurden daraufhin zwei WaWe 4, je einer aus Niedersachsen und aus Beständen des BGS, nach London verschifft.

Das aktuelle Interesse nordirischer Repressionsspezialisten verwundert nicht: Gilt das Land doch unter Experten als Testfeld für alle möglichen Er-

London verschifft.
Das aktuelle Interesse nordirischer Repressionsspezialisten verwundert nicht: Gilt das Land doch unter Experten als Testfeld für alle möglichen Er-

rungenschaften von Unterdrückungstechnologien, die später auch in anderen Ländern zur Anwendung kommen. In Nordirland wurde beispielsweise Ende der 60er Jahre erstmals in Westeuropa der Kampfstoff CS hochkonzentriert in geschlossenen Straßenzügen und Häuserblocks eingesetzt. Ein Baby starb damals in Derry an schweren Lungenschäden (3). Traurige Berühmtheit erlangten auch jene Gummi- und Plastikgeschosse, die seit 1972 insgesamt 14 Todesopfer und Hunderte von Schwerverletzten forderten (4). Die Reihe läßt sich fortsetzen: Der Armee-Computer in Lisburn beispielsweise, speichert nicht nur Namen, Daten und unveränderliche Kennzeichen der republikanischen Bevölkerung ab (was in einem Land ohne Meldegesetz und Personalausweise nicht weiter verwundert), sondern auch Informationen aus dem Alltagsleben der katholischen Minderheit wie Soziogramme ganzer Familien, Straßenviertel und Stadtteile, Psychogramme einzelner Personen bis hin zu Ergebnissen von Haussuchung, Möbel etc. Weit entwickelt sind auch Verhörmethoden, die 1978 durch einen Bericht der Menschenrechtsorganisation amnesty international als „Folter" klassifiziert wurden und die mittlerweile noch feiner ausgeformt sind: In der laufenden Kampagne gegen die Schauprozesse und bezahlten Kronzeugen wurde bekannt, daß in den Formularen der ersten Vernehmungsprotokolle bereits Felder zum Eintragen standardisierter Verhörmethoden für die weitere Untersuchung eingedruckt sind (5).

Das Interesse der Besucher aus Nordirland an Wasserwerfern und anderen Ausrüstungsgegenständen für Polizeieinheiten im geschlossenen Demonstrationseinsatz kehrt die bisherigen Erfahrungswege um. Nach dem jahrelangen gezielten Aufbau von Polizeikräften für bürgerkriegsähnliche Situationen und mit dem weltweiten Renommee im Rücken, die Massenbewegungen der Anti-AKW-Kampagne und an der NATO-Startbahn-West sowie aktuell die Friedensbewegung im Schach gehalten zu haben, schickt sich die bundesdeutsche Polizei an, diese Erfahrungen zu exportieren. In Sachen Polizeitaktik sind bundesdeutsche Spitzenbeamte gern gesehene Gäste auf Polizeiseminaren im Ausland (selbst in den USA hat ein Herr Stümper unter Fachleuten einen Namen), und die Entwicklung des WaWe 9 sucht international ihren Vergleich. Das Modell der Firmen Mercedes-Benz (Chassis) und Metz (Aufbauten und Spezialgerät) wurden erstmals im Februar 1981 bei der letzten großen Brokdorf-Demonstration eingesetzt (6). Eineinhalb Jahre später, anläßlich des Gorlebener „Tanz auf dem Vulkan" (eine Blockade des Zwischenlagergeländes im September 1982), zeigten die Wasserkanonen dann, was sie mit ihrem Wasserdruck von 17 bar anrichten können: Aus 5 bis 10m Entfernung trafen sie die Gruppen der Sitzblockade und verursachten u.a. Rippenserienbrüche, eine Lungenquetschung mit Herzryhthmusstörungen und mehrere großflächige Prellungen mit Blutergüssen (7). Auch an der NATO-Startbahn-West gehören die 600.000 DM teuren Fahrzeuge zum Arsenal der dort agierenden Hundertschaften. Das Fassungsvermögen von 9.000 Litern (plus Extra-Tank für elektronisch zumischbares CN oder CS) und die 65m-Reichweite der jeweils zwei Kanonen reiht dieses Modell unter die sogenannten polizeitypischen Distanzwaffen im oberen „Mittelstreckenbereich" ein.

Für nordirische Verhältnisse, so meinen westdeutsche Polizeibeobachter, sind die fahrbaren Wasserkanonen eher ungeeignet. Dort prallen ja Demonstranten und Polizeieinheiten nicht im Stil mittelalterlicher Schlachtformationen aufeinander, sondern im Straßenkampf. Zwar schützt ein Spezialanstrich die WaWe 9 gegen Brandflaschen, auch gegen Steine ist die Besatzung durch bruchsicheres Acrylglas gesichert, aber das Gesamtgewicht von 25 Tonnen und der Wendekreis von 17m

schen, auch gegen Steine ist die Besatzung durch bruchsicheres Acrylglas gesichert, aber das Gesamtgewicht von 25 Tonnen und der Wendekreis von 17m

lassen in den Straßenzügen von West-Belfast und Derry praktisch keine Manövrierbarkeit zu.

Schon einmal hatten Britische Armee und RUC sich von Wasserwerfern einen taktischen Vorteil versprochen, als sie Anfang der 70er Jahre mit Farbzumischungen jugendliche Demonstranten zum Zwecke späterer Festnahmen und Identifizierungen kennzeichnen wollten. Es blieb bei einigen fehlgeschlagenen Versuchen, die heute noch in Fachbüchern als kabarettistische Einlage am Rande vermerkt werden (8). Britische Armee und RUC werden weiterhin mit gepanzerten Sarazen-Jeeps und ihren schießwütigen mobilen Trupps und Snatch-Squads (Greiftrupps) auskommen müssen. Von denen könnten allerdings auch bundesdeutsche Spezialkommandos noch einiges lernen.

Quellen

1) „Bereitschaftspolizei heute", 10/83
2) „Tageszeitung", 25.8.82
3) Untersuchungsbericht der BSSRS — Brit. Soc. f. Responsibility in Science, zit.n. (8)
4) Gummigeschosse, Dokumentation, hrsg. v. AL-Westberin, DIE GRÜNEN - LV BaWü, GAL-Hamburg.; Hamburg 1983
5) Nach Informationen der Belfaster Bürgerrechtsorganisation ALJ - Association for Legal Justice, Nov. 83
6) Techn. Angaben aus: Uebe, Taschenbuch der Polizeitechnik, Boorberg Verlag, 1982
7) Dokumentation der Fraktion DIE GRÜNEN im nieders. Landtag, Hannover 1982; und: Straßenmedizin, 4-5/82
8) Ackroyd et alii, Technology of political Control, Pluto Press, 2nd Edition, London 1980

Die PLO nach Tripoli

Fortsetzung von Seite 1

Zeitgleich mit dem Abschluß des Waffenstillstandes wurden die PLO-loyalen Einheiten aus dem Bekaa-Tal in den Nordlibanon vertrieben, Voraussetzung für eine wirkungsvolle Belagerung der Arafat-Kämpfer in und um Tripoli.

In dieser zugespitzten Situation setzte sich kein einziges arabisches Land dafür ein, den freien Abzug der PLO-Truppen aus Tripoli zu ermöglichen. Obwohl sich Arafat mehrmals an die arabischen Regimes, insbesondere an Saudi-Arabien, um Unterstützung wandte, und obwohl sich nach einer gemeinsamen Sitzung in Aden Abu Iyad (Al-Fatah), Habash (PFLP) und Hawatmeh (DPLF) sowohl an Syrien als auch an Saudi-Arabien wandten, um einen Abzug Arafats aus Tripoli zu ermöglichen, blieb der Belagerungsring geschlossen (1). Der im Anschluß an den Abzug Arafats vorgesehene außerordentliche Palästinensische Nationalrat, auf dem die politischen und organisatorischen Widersprüche demokratisch gelöst werden sollten, konnte deshalb nicht stattfinden. Habash, der sich während des ganzen Konflikts strikt neutral verhalten und niemals die Autorität Arafats in Frage gestellt hat, betonte jedoch, daß die Anwesenheit Arafats in Nordlibanon ein Hindernis für die normale Wiederaufnahme der Arbeit der Führungsinstanzen der PLO sei (1). Auch innerhalb der Führung Al-Fatahs gab es an der Anwesenheit Arafats in Tripoli Kritik.

Am 16. Oktober gaben die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) und die Demokratische Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), die im Juni eine gemeinsame Führung gebildet hatten, ein „Programm für die Einheit und demokratische Reform in der PLO" heraus (nebenstehend abgedruckt), in dem eine weitgehende Übereinstimmung mit den Kritiken der Fatah-Opposition zum Ausdruck kommt, in dem aber ganz klar die *„Anwendung von Waffengewalt"* zur Lösung der innerorganisatorischen Widersprüche abgelehnt und als *„kriminneller Akt der angreifenden Partei"* betrachtet wird (2). An den unmittelbar danach ausbrechenden Kämpfen um die Palästinenserlager und um Tripoli beteiligten sich die Anhänger der PFLP und DFLP nicht, verurteilten aber in einer gemeinsamen Erklärung (zusammen mit der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF) und der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP)) die bewaffneten Auseinandersetzungen

men mit der Palästinensischen Befreiungsfront (PLF) und der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP)) die bewaffneten Auseinandersetzungen

als *„Verbrechen am palästinensischen Volk"*. Klar benannt werden in dieser Erklärung weder Angreifer noch Angegriffene; vor allem wird Syrien nicht ein einziges Mal als Aggressor erwähnt, sondern nur — gemeinsam mit der PLO — als Opfer amerikanischer und israelischer Angriffe. Sicher ist diese Erklärung auch diplomatisch gehalten, aber eine eindeutige Schuldzuweisung an die Opposition innerhalb Al-Fatahs kann man beim besten Willen nicht herauslesen. Deutlicher wurde der PFLP-Sprecher Bassam Abu Sharif in einem späteren Interview (siehe nebenstehend), in dem er das Vorgehen der Fatah-Opposition als destruktiv beurteilte und die Vorgehensweise der oppositionellen Gruppen (außer der Fatah-Opposition auch die Volksfront für die Befreiung Palästinas — Generalkommando (PFLP-GC), die Palästinensische Volkskampffront (PPSF) und die syrische As-Saika), interne Widersprüche gewaltsam zu lösen, verurteilte (2). Als einzige Organisation der PLO hat sich die Arabische Befreiungsfront (ALF), Arm des irakischen Regimes innerhalb der PLO und vor Jahren radikalster Ablehner innerhalb der palästinensischen Abwehrfront, voll hinter Arafat gestellt und sich keiner Kritik angeschlossen. (3)

König Hussein von Jordanien, der sich lange vor dem syrischen Regime als Palästinenserschlächter ausgezeichnet hatte (4), war der erste unter den arabischen Führern, der unmittelbar nach den Angriffen auf die Palästinenserlager bei Tripoli in einer Botschaft die arabischen Staaten aufrief, alles zu tun, um Arafat und seine Anhänger zu retten. Er intensivierte vor allem die Kontakte zum ägyptischen Präsidenten Mubarak. Als Arafat jedoch einen „palästinensisch-jordanischen Kompromiß" aus dem belagerten Tripoli ankündigte, hieß es in Jordanien, es sei etwas zu spät für diese Initiative. Wenn neue Gespräche aufgenommen würden, dann dort, wo sie im April abgebrochen worden seien (5). Sowohl Exekutivkomitee als auch Zentralrat der PLO hatten sich damals für einen Abbruch der Gespräche mit Jordanien ausgesprochen, weil in dem ausgearbeiteten Papier dem jordanischen König das Verhandlungsmandat für die Palästinenser übertragen werden sollte. Auf dem 16. Palästinensischen Nationalrat war dies jedoch abgelehnt worden — entsprechend den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz in Rabat 1974, die der PLO das Alleinvertretungsrecht für alle Palästinenser zugestand. Eine Konföderation mit Jordanien sollte nur nach Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates möglich sein.

Der saudische König Fahd verhielt sich zuerst zurückhaltend; Vermittlungsversuche der Golfstaaten, Syrien zur Durchsetzung eines Waffenstillstandes zu bewegen, scheiterten Anfang November (6), ebenso alle Vermittlungsversuche und Appelle arabischer Staaten und palästinensischer Organisationen. Erst Ende November, als die Lage Arafats nahezu aussichtslos erschien, wurde vom syrischen Regime der Angriff auf Tripoli gestoppt (7). Der PLO wurde der spektakuläre Austausch von sechs israelischen Kriegsgefangenen gegen rund 5.000 palästinensische Gefangene ermöglicht; ein deutliches Zeichen dafür, daß hinter den Kulissen eine Einigung erzielt worden war. Arafat, der eben noch endgültig in der Falle zu sitzen schien, konnte sein Image als Staatsmann wieder aufzupolieren beginnen.

Von Syrien und Saudi-Arabien wurde ein Abkommen vorgeschlagen, das die Voraussetzungen für den Abzug aus Tripoli schuf:

— ständiger und dauerhafter Waffenstillstand;

— Lösung der innerpalästinensischen Probleme durch politischen Dialog und politische Mittel, um die Einheit der PLO zu wahren;

— ein Komitee unter Vorsitz des libanesischen Politikers Karame soll Waffenstillstand und Abzug überwachen, ggf. mit Unterstützung Saudi-Arabiens und Syriens. (8)

Dieses Abkommen, das die Einheit der PLO ja angeblich wahren sollte, wurde nicht mit der PLO insgesamt, sondern nur mit Arafat ausgehandelt. Die „loyale" Opposition (PFLP, DFLP, PLF und PCP) kritisierten, daß dieses Abkommen *„außerhalb der legi-*

sondern nur mit Arafat ausgehandelt. Die „loyale" Opposition (PFLP, DFLP, PLF und PCP) kritisierten, daß dieses Abkommen „außerhalb der legi-

timen Gremien der PLO" zustandegekommen sei. die PLO müsse *„arbische Interventionen in ihre inneren Angelegenheiten"* verhindern.

Kurze Zeit später — Anfang Dezember — traf sich Arafat in Tripoli mit einer syrischen Delegation (9). Mindestens zweimal hatte er sich nach seiner offiziellen Ausweisung aus Damaskus außerdem mit dem Bruder des syrischen Staatspräsidenten, Rifaat Assad, getroffen, der immerhin als Chef der Elitetruppen und des Geheimdienstes eine nicht unbedeutende Rolle innerhalb des syrischen Regimes spielt (10).

Der Abzug Arafats aus Tripoli zögerte sich noch etwa drei Wochen hinaus: Insbesondere, weil israelische Schiffsartillerie immer wieder Stellungen der PLO beschoß. Arafat konnte in dieser Zeit Sicherheitsgarantien sowohl Frankreichs und der USA als auch des Sicherheitsrates der UNO erlangen, der einstimmig (also mit Stimme der USA) beschloß, daß Arafat und seine Anhänger unter der UN-Flagge abziehen konnten. Noch während der Verhandlungen legte Syrien eine Liste mit Namen möglicher Nachfolger Arafats vor. Khaled al Fahoum, Präsident des Palästinensischen Nationalrats, und Faruk Kaddumi, zuständig für die Außenbeziehungen der PLO, lehnten dieses Ansinnen ab. PFLP und DFLP sprachen sich entschieden gegen eine Absetzung Arafats aus (11). Gleichzeitig forderte der Chef der PFLP jedoch die Einberufung einer gemeinsamen Sitzung des Exekutivkomitees der PLO und der Führer der palästinensischen Guerillaorganisationen vor Einberufung des palästinensischen Nationalrats (12). Im Palästinensischen Nationalrat kann Arafat mit einer sicheren Mehrheit rechnen, während das bei der gemeinsamen Sitzung von EK und Guerillaführern und auch im Zentralrat der PLO nicht unbedingt der Fall ist.

Arafat in Ägypten

Arafat fuhr von Tripoli nicht in sein provisorisches Hauptquartier in Tunis, sondern steuerte Sanaa in Nordjemen an, wo er sein militärisches Hauptquartier einrichten will. Auf dem Weg dorthin traf er sich am 22.12. mit dem ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak. Dieses Treffen erfolgte keineswegs unvorbereitet: Der ägyptische Außenminister hatte es in Washington bei seinem letzten Besuch abgesprochen. Unmittelbar nach dem Treffen zwischen Mubarak und Arafat berichteten die Washingtoner Zeitungen, daß die USA prüfen, ob offizielle Beziehungen zur PLO aufgenommen werden könnten (14). Reagan gab sich zuversichtlich, daß der jordanische König Hussein und Arafat sich am amerikanisch gesteuerten „Friedensprozeß" beteiligen würden. Vor einem Jahr hätte Arafat Hussein fast den Verhandlungauftrag gegeben. — Folgende US-Bedingungen für die Aufnahme offizieller Beziehungen zur PLO waren dem ägyptischen Außenminister genannt worden: Anerkennung des Lebensrechts Israels, Anerkennung der UN-Resolutionen 242 und 338 (15). In diesen beiden Resolutionen wird zwar der Rückzug Israels aus den 1967 besetzten Gebieten gefordert, das Palästina-Problem jedoch nur als Flüchtlingsproblem behandelt. Von der PLO ist dabei als möglicher Verhandlungspartnerin nicht die Rede, auch nicht vom palästinensischen Volk oder gar von seinem Recht auf einen eigenen Staat. Beide Resolutionen sind — ebenso wie die einseitige Anerkennung Israels — in allen PLO-Gremien auf Ablehnung gestoßen.

Von einer möglichen offiziellen Anerkennung der PLO war bisher nur in den Reagan-Briefen (August 1982) die Rede, die über den im September offiziell vorgelegten Reagan-Plan in einigen Punkten hinausgehen: Die israelischen Siedlungen dürfen danach keine exterritorialen Außenposten sein, sie sollen verhandlungsfähig sein; die Palästinenser sollen die Autorität über sich selbst, das Land und die Ressourcen erhalten; auch die Autonomie in Verbindung mit Jordanien soll verhandlungsfähig sein (vgl. AK 231, S. 32). Während man hieraus vielleicht noch eine Einschränkung der ungehemmten Enteignungs- und Siedlungspolitik Israels in den besetzten Gebieten herauslesen könnte (von einem

noch eine Einschränkung der ungehemmten Enteignungs- und Siedlungspolitik Israels in den besetzten Gebieten herauslesen könnte (von einem

Siedlungsstopp ist allerdings nicht die Rede), werden im Reagan-Plan dazu gar keine Angaben gemacht. Und das wäre das M a x i m u m, was Arafat in Verhandlungen erreichen könnte.

Schon im Januar 1983 — also fast ein Jahr vor dem Treffen mit Mubarak — hat Arafat sich vehement für die Wiederaufnahme von Beziehungen zu Ägypten ausgesprochen. Er schlug ein Bündnis zwischen Ägypten, PLO, Jordanien Saudi-Arabien, Irak und Algerien vor, um *„der Verschlechterung der arabischen Situation ein Ende zu setzen und der unerbittlichen israelischen Expansion entgegenzustehen"*. Das Ziel *„im Augenblick und in naher Zukunft ist nicht, Israel den Krieg zu machen, sondern einzig und allein, sich zusammen in eine Verteidigungspolitik zu begeben." — „Derjenige, der von Ägypten einen Verzicht auf Camp David fordert, während zur Zeit ein erschreckendes strategisches Ungleichgewicht zugunsten Israels besteht, will tatsächlich nichts anderes als eine neue arabische Katastrophe provozieren"*. Ägypten müsse seinen Führungsposten in der arabischen Welt wieder einnehmen, den kein anderer ausfüllen könnte. *„Ich wünschte, daß Ägypten uns vor den zionistischen Wölfen und den arabischen Hunden schützt"*. (17)

Nun ja, Arafat hat spätestens seit dem Oktoberkrieg 1973 auf die Verhandlungslösung gesetzt. Unterstützung arabischer Staaten für eigenständige Ziele der PLO war auch kaum zu erwarten, weil alle Konfrontationsstaaten den Weg der Verhandlungen unter Schirmherrschaft der USA eingeschlagen hatten. Arafat wollte die PLO immer an diesem Weg beteiligen. Als Sadat vor dem ägyptischen Parlament seine Reise nach Jerusalem ankündigte, saß Arafat als Ehrengast dabei. Heute heißt es, aus Protest habe er damals Ägypten verlassen. Als sich aber nur wenige Monate später — als Antwort

auf diesen Besuch — die „Front der Staaten der Standfestigkeit und Konfrontation" bildete (Algerien, Libyen, Syrien, Südjemen und PLO sowie kurzfristig Irak), versicherte Arafat dem saudischen König umgehend, daß es sich hierbei nur um eine vorübergehende Sache handelte. Kontakte zu Ägypten wurden nicht nur von den arabischen Staaten weiter aufrechterhalten, sondern auch von Arafat.

Auf dem 16. Palästinensischen Nationalrat war auch die Wiederaufnahme der Kontakte zu Ägypten ein Thema. Arafat erhielt das Mandat, sich *„in dem Maße an Ägypten anzunähern, wie es sich von den Camp-David-Abkommen entfernt"*. (18)

Der ägyptische Staatspräsident Mubarak hat einiges getan — vor allem verglichen mit anderen reaktionären arabischen Staaten —, um Voraussetzungen für die Aufnahme von Kontakten zu schaffen: Er verurteilte die israelische Intervention in den Libanon scharf und zog seinen Botschafter zurück (eine Maßnahme, die immerhin schon im Sinne des oben genannten PNR-Beschlusses interpretierbar wäre); er kritisierte das israelisch-libanesische Abkommen vom Mai 1983; er verurteilte ebenso die strategi-



sche Allianz zwischen Israel und den USA; vor allem aber machte er noch während der Belagerung Beiruts zu-

sche Allianz zwischen Israel und den USA; vor allem aber machte er noch während der Belagerung Beiruts zu-

sammen mit der französischen Regierung einen Vorschlag zur Änderung der UN-Resolutionen 242 und 338. In dem Resolutionsentwurf wird besonders die *„gegenseitige und gleichzeitige Anerkennung"* Israels und der PLO und die Eröffnung von Friedensverhandlungen zwischen beiden gefordert (19). Dieser Resolutionsentwurf wurde wegen des Abzugs der PLO aus Beirut zunächst einmal mit fadenscheinigen Gründen zurückgezogen. Arafat setzt jetzt eindeutig auf einen erneuten Vorstoß in diese Richtung, was ja bedeuten könnte, daß sein Verhandlungsspielraum gegenüber dem jordanischen König größer würde...

Mubarak hat andererseits aber unmißverständlich erklärt, daß sich die jordanisch-palästinensischen Gespräche auf den „Nahost-Friedensplan" Reagans beziehen sollten. Auch der jordanische König bevorzugt diesen Plan; als Mitglied der Arabischen Liga (Ägypten ist noch ausgeschlossen) mußte er sich jedoch offiziell auf den Fez-Plan festlegen, der einen eigenständigen palästinensischen Staat im Westjordanland und auf dem Gaza-Streifen unter Führung der PLO vorsieht. Mubarak hat darüber hinaus i m m e r gefordert, daß die PLO Israel einseitig anerkennen soll.

Arafat hat mit seinem Besuch in Ägypten ermöglicht, daß Ägypten ins arabische Lager zurückkehrt. Sicher trägt das der realen Entwicklung Rechnung. Es ist allerdings zynisch, daß gerade Arafat als Vertreter der Palästinenser diesen Schritt macht. Schließlich hat Ägypten als einziger arabischer Staat in den Camp-David-Abkommen einen palästinensischen Staat ausdrücklich ausgeschlossen und den Palästinensern nur Autonomie zugebilligt.

N a c h dem Besuch Arafats erhielt Mubarak sogleich saudischen Besuch. Inoffiziell sind allerdings die Kontakte nie abgebrochen, und besonders das irakische Regime hat sich in der Vergangenheit offen für eine Rückkehr Ägyptens ins arabische Lager ausgesprochen. Während des irakisch-iranischen Krieges hat Ägypten an Irak für mehr als eine Milliarde Dollar Waffen geliefert.

Die Aussichten der PLO, eigenständig Verhandlungen über die besetzten Gebiete teilzunehmen, sind trotz der „Versprechungen" denkbar schlecht. Israel hat umgehend erklärt: *„Unsere Position hat nicht gewechselt. Wir haben bekräftigt, daß Arafat und die PLO keine Partner, direkt oder indirekt, für Friedensverhandlungen sind und es niemals sein werden"* (20). Der israelische Botschafter in den USA hat im Namen seiner Regierung den Wunsch Reagans zurückgewiesen, Arafat an Friedensverhandlungen zu beteiligen (21). Die Situation erinnert an 1977: Damals hatte die Carter-Administration der PLO auch etliche Zugeständnisse signalisiert. In einer gemeinsamen Erklärung setzten sich die USA und die Sowjetunion für eine umfassende Lösung des Nahost-Problems unter Beteiligung aller am Konflikt beteiligten Parteien, auch des palästinensischen Volkes, ein. Nur wenige Wo-

unter Beteiligung aller am Konflikt beteiligten Parteien, auch des palästinensischen Volkes, ein. Nur wenige Wo-

chen später reiste Sadat nach Jerusalem, und die Erklärung verschwand sang- und klanglos. Die Regierung Begin hatte ihrerseits zweiseitige Beziehungen zu Ägypten aufgenommen. Damals allerdings hatte die PLO abgewartet, während Arafat jetzt immerhin eine entscheidende Vorleistung gemacht hat. Er kann diesen Weg nur weitergehen.

Gleich nach seinem Besuch in Ägypten erklärte Arafat, er sei überzeugt, daß eine palästinensische Exilregierung gegründet werden müsse — ein alter Vorschlag des ägyptischen Präsidenten Sadat (22). Nur wenige Tage später machte Arafat einen Rückzieher: *„Wir haben bis jetzt die Bildung einer Exilregierung nicht in Erwägung gezogen"*. Die offizielle Kairoer Zeitung „Al-Ahram" hatte geschrieben: *„Die Gründung einer solchen Exilregierung in Kairo kommt jetzt nicht Frage"*. (23)

Kein Wunder: Sie würde die Pläne des jordanischen Königs Hussein empfindlich stören. Hussein hatte, noch während Arafat sich in Tripoli aufhielt, während seines Besuchs in Frankreich erklärt, Arafat sei immer o h n e Bedingungen in Jordanien willkommen. Er habe dauernd Kontakte mit dem in Tripoli eingeschlossenen legitimen Führer des palästinensischen Volkes unterhalten. Er hoffe, daß Arafat die Führung des palästinensischen Volkes behalten werde (23). Nach dem Treffen mit Mubarak lud Hussein Arafat erneut ein, die im April abgebrochenen Gespräche wiederaufzunehmen. Gründe dafür seien: die Vertreibung der Arafat-Anhänger aus dem Libanon, die Meuterei gegen Arafat in der PLO und die amerikanisch-israelischen Vereinbarungen über strategische Zusammenarbeit. Die USA hätten ihre Vermittlerposition aufgegeben. Alles müsse neu durchdacht werden. (25)

Mit diesen schönen Worten beschreibt Hussein allerdings nur die seit April 1983 weiter geschwächte Position Arafats und der PLO. Neu bedacht werden müssen nur die Zugeständnisse, die in dieser Situation die PLO oder Arafat zu machen bereit sind. Mit der Einberufung des jordanischen Parlamentes hat Hussein ebenfalls Tatsachen geschaffen. Das noch kurz vor der Besetzung Westjordanlands durch Israel (Juni 1967) gewählte jordanische Parlament tagte — ohne Neuwahlen, die wegen der Teilung Jordaniens nicht durchgeführt wurden — bis 1974. Dann wurde es von Hussein nach Hause geschickt, mit der Begründung, die arabische Gipfelkonferenz von Rabat habe der PLO das alleinige Vertretungsrecht der Palästinenser gegeben. Mit dieser Begründung hätte Hussein allerdings selbst auch abdanken können. Daß er jetzt Anfang Januar das Parlament wieder tagen läßt, das etwa zur Hälfte aus Palästinensern aus dem Westjordanland besteht, und die Regierung so umbildet, daß eine größere Zahl der Minister palästinensischer Herkunft ist, deutet daraufhin, daß Hussein ernsthaft der PLO das Alleinvertretungsrecht streitig machen will. (Er selbst hatte seine „Ansprüche" auf das Westjordanland niemals aufgegeben.) Durch die Reaktivierung des Parlaments hätte die „Konföderation" des Westjordanlands mit Jordanien doch fast schon eine Form erhalten.

Kritik innerhalb der PLO

Die Fatah-Opposition, As-Saika, PFLP/GC und PPSF, (also alle Gruppen, die gegen Arafat gekämpft hatten) bezeichneten das Treffen zwischen Arafat und Mubarak als Verrat. Die PFLP forderte die Absetzung Arafats und seine vorläufige Ersetzung durch den Präsidenten des Palästinensischen Nationalrats, Fahoum. PFLP-Vorsitzender Habasch sprach in Damaskus vom *„palästinensischen Sadat"*. Auch die PFLP verurteilte die Begegnung, machte jedoch die militärische Eskalation für die Schritte Arafats verantwortlich; dementsprechend forderte sie nicht wie andere Gruppen die Absetzung Arafats. Fahoum, gegen den inzwischen von Arafat-Anhängern als „prosyrisch" polemisiert wird, nannte das Treffen einen Verstoß gegen die kollektive Führung — eine Kritik, die z.B. die ZK-Mitglieder von Al-Fatah, Abu Iyad und Kaddumi, ebenfalls äußerten (26). Die Berufsvereinigungen innerhalb der PLO (z.B. Arbeiter, Studenten, Journalisten, Lehrer) und der Frauenverband bezeichneten durch ihren Generalsekretär in Tunis das Treffen Arafat-Mubarak als *„den Resolutionen des Palästinensischen Nationalrats entgegengesetzt"*. Kader innerhalb Al-Fatahs, die bisher loyal zu Arafat standen, erklärten: Wenn Arafat auf die Bildung eines unabhängigen Staates in Cisjordanien und Gaza verzichten muß, wie Präsident Reagan es wünscht, würden sie nicht zögern, sich

Staates in Cisjordanien und Gaza verzichten muß, wie Präsident Reagan es wünscht, würden sie nicht zögern, sich

in die Reihen der Opposition zu begeben. (27)

Mindestens die Hälfte der Nationalratsmitglieder in Jordanien sprachen sich gegen das Treffen aus. Sie verurteilten es als *„Verstoß gegen die Entscheidungen des Palästinensischen Nationalrates"* und als schädlich für die *„Einheit der PLO"* (28). Befürworter, wie z.B. der von Israel abgesetzte Bürgermeister von Halhoul, Melhem, äußerte: *„Arafat hat die Tür für alle arabischen Länder geöffnet, die die Beziehungen zu Kairo wiederaufnehmen wollen."* Die Minderheit dürfe der Mehrheit nichts mehr aufzwingen. *„Nach Tripoli ist alles, was Arafat macht, gerechtfertigt."* (28). In den besetzten Gebieten soll — nach kurzem Schock — das Treffen weitgehend gebilligt worden sein. Nur der Bürgermeister von Nablus, Bassam Shakaa, ebenfalls von Israel abgesetzt, erklärte, das das *„Treffen im Widerspruch zu den Beschlüssen des Palästinensischen Nationalrates und der Arabischen Liga"* stehe und *„eine noch tiefere Spaltung der PLO"* heraufbeschwöre. Auch die der PFLP nahestehende Zeitung „Al-Mihaq" kritisierte das Treffen. (28)

Die Befürworter des Treffens Arafat/Mubarak sind allerdings keineswegs nur PLO-Anhänger, sondern vor allem auch Jordanien nahestehende Notable. Die projordanische Zeitung „Al-Qods" schrieb: *„Die Rückkehr von Arafat nach Kairo war genauso wichtig wie der Besuch Sadats in Israel."* Der Direktor der palästinensischen Zeitung „Al-Fajr" erklärte, die Initiative Arafats sei erwartet worden, nur die Schnelligkeit habe überrascht. Die Einwohner Westjordaniens hätten mehr als je zuvor Vertrauen zu Arafat. (28)

In Tunis tagte das Zentralkomitee von Al-Fatah noch am 22.12. Es bezeichnete Arafats Besuch in Kairo als persönliche Initiative und Verletzung der kollegialen Führung. In Damaskus trafen sich die dort anwesenden Führer des Exekutiv-Komitees (wahrscheinlich nur die Arafat-loyale Opposition, evtl. auch der Vertreter von As-Saika und PFLP/GC) unter Vorsitz von Fahoum. Die DFLP soll an diesem treffen nicht teilgenommen haben. Habasch appellierte an die palästinensischen Massen, Arafat zu zwingen, zurückzutreten (29). Die PFLP forderte außerdem, den Zentralrat der PLO zu einer Dringlichkeitssitzung nach Aden einzuberufen. Das ZK von Al-Fatah stellte jedoch die Bedingung, PFLP/GC und As-Saika, aber auch den Präsidenten des Palästinensischen Nationalrates, Fahoum, auszuschließen, weil er in den Kämpfen eine prosyrische Haltung eingenommen habe. (30)

Ohne sich um irgendwelche Kritiken, Proteste und Forderungen innerhalb der PLO zu kümmern, machte sich Arafat daran, seine Politik innerhalb der PLO durchzusetzen. Gleich in Sanaa rief er den Militärrat der PLO ein. Nur die loyalen Al-Fatah-Mitglieder erschienen, außerdem der Vertreter der ALF. Die Mitglieder der sechs übrigen Organisationen (As-Saika, PFLP/GC, PFLP, DFLP, PLF, PPSF) boykottierten die Sitzung. Auch die Arafat-loyale Opposition hatte bis zur Klärung der Widersprüche jede Mitarbeit in den Führungsgremien der PLO eingestellt (31). Die Sitzung wurde verschoben.

Arafat reiste dann nach Tunis zu einer mehrtägigen Sitzung des Zentralkomitees der Fatah. Dort erklärte Arafat, er habe gar nicht anders gekonnt, als Mubarak einen Besuch abzustatten, schließlich hätte Ägypten vielfältige Hilfe geleistet, Waffen geliefert und Schutz beim Abzug aus Tripolis (Kriegsschiffe, Anruf beim israelischen Premier Shamir) gewährt. Er habe mit Mubarak nur die diplomatische Offensive Frankreichs und Ägyptens diskutiert. Er hoffe auf eine Neuauflage der Erklärung vom August 1982 (siehe oben) vor dem UN-Sicherheitsrat, um Verhandlungen zwischen Israel und der PLO in Gang zu setzen. (32)

Öffentlich war von ZK-Mitgliedern der Fatah bisher nur eine formale Kritik an dem Vorgehen Arafats geäußert worden. In dem am 4.1. herausgegebenen Kommunique schließt sich das ZK im Grunde den Auffassungen Arafats an (s. nebenstehend). Interessant daran ist, daß der Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel nicht erwähnt wird und daß ein B r u c h in den Camp David-Abkommen konstruiert wird: nur noch der Autonomie-Plan, „den das Camp David-Abkommen beinhaltet", wird abgelehnt. Von Ägypten wird folglich auch nicht mehr gefordert, die Camp David-Abkommen zu annulieren. Im übrigen beruft man sich auf die Beschlüsse des 16. Palästinensischen Nationalrates (in der Hoffnung (?), daß die Arafat-loyale Opposition die neue Einschätzung der Camp David-Abkommen schluckt) und versichert, daß man Alleingänge Arafats zukünftig verhindern werde. Auf in den letzten Monaten heftig geäußerte Kritik

chert, daß man Alleingänge Arafats zukünftig verhindern werde. Auf in den letzten Monaten heftig geäußerte Kritik

an der politischen Linie und an innerorganisatorischen Mißständen wird überhaupt nicht eingegangen, sondern die gesamte Auseinandersetzung als *„Putschversuch der syrischen und libyschen Regime"* bezeichnet, deren Geheimdienste schließlich den Krieg im Bekaa-Tal anzettelten.

Einige Tage später stellte sich der Revolutionsrat von Al-Fatah hinter die Beschlüsse des Zentralkomitees. Und schon am 5.1. rief Arafat erneut den PLO-Militärrat ein (wieder nicht in der vollständigen Zusammensetzung, s.o.) und schloß Abu Mussa und vier weitere Mitglieder aus (da die Arafat-loyalen Organisationen die Sitzung boykottiert haben, muß Arafat mit nur zwei Mitgliedern zusammengesessen haben, von elf Mitgliedern). (33)

Am 4.1. reisten Vertreter von PFLP, DFLP und PCP nach Tunis, um Verhandlungen mit Al-Fatah aufzunehmen und um festzustellen, ob das Treffen Arafat/Mubarak eine politische Wendung in Richtung Verrat bedeute (34). In einem kurzem Kommunique wurde eingeräumt, daß das Treffen das Risiko des Abgleitens in sich trägt, das die Zentrale von Fatah dazu führt, sich auf den Weg von Camp David und des Reagan-Planes zu engagieren. Es übergeht allerdings mit Stillschweigen die Förderung (aller) oppositionellen Gruppen, daß vor jedem Dialog die Absetzung Arafats erfolgen solle. An der vorgesehenen Versammlung der Führungen aller Organsationen sollen die Generalsekretäre, insbesondere Arafat, nicht teilnehmen. (35)

Inwieweit diese Vorstellungen umgesetzt werden, ist fraglich. Arafat hat sich jedenfalls der Zustimmung der beiden obersten Gremien seiner Organisation versichert, und aus den Reihen der Fatah-Führung ist zu hören, daß sie eine Abspaltung der Arafat-loyalen Opposition nicht scheut — mit den „Rebellen" und „Verrätern" wird sowieso jede Diskussion abgelehnt. *„Wir würden von Zwängen befreit, die unsere Partner uns aufzwingen, und wir allein würden eine realistische Strategie anwenden, die wenigstens 75% der Palästinenser verstehen und annehmen."* (34)

In Damaskus hat am 11.1. George Habash erneut die Ablösung Arafats gefordert und zur Bildung einer „gemeinsamen Front zum Ausschluß Arafats aus dem Exekutivkomitee" der PLO aufgerufen, weil er der von den USA initiierten Verschwörung nachgab, die die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes mißachtet. (36)

Mubarak hat schon geäußert, daß Arafat nicht zögern wird, sich von den Maximalisten zu trennen, wenn Israel mit dem gemäßigten Flügel verhandeln würde (37). Ägypten hat seine im Juni 1982 unterbrochenen Kontakte zu Israel wieder aufgenommen und Shamir gebeten, die 100 Nationalratsmitglieder im Februar zur Tagung des Palästinensischen Nationalrates ausreisen zu lassen, damit Arafats Position gestärkt würde (1983 hatte Israel dies verweigert).

Nur, Israel hat natürlich nichts gegen eine Spaltung und Schwächung der PLO, aber alles gegen Verhandlungen mit einer gemäßigten PLO. Der ehemalige Kommandant der israelischen Nordfront drückte das kürzlich in einem Radio-Interview so aus: Die innerpalästinensischen Kämpfe seien aus israelischer Sicht sehr begrüßenswert, genauso wie der iranisch-irakische Krieg für Israel gut sei, *„je länger desto besser"*. Die wirkliche Gefahr für Israel liege in einer Restrukturierung der PLO nach Arafats Evakuierung aus Tripolis, im Entstehen einer neuen Führung, die sich auf politische Schritte zur Erreichung politischer Ziele konzentriert. Friedensoffensiven, die von dieser Führung ausgingen, würden Israel in die Defensive drängen (38). Womit allerdings nur gemeint sein kann, daß dem ungeheuren Expansionismus Israels gewisse Grenzen gesetzt werden könnten, denn an den bestehenden Tatsachen in Israel und den besetzten Gebieten wird sich kaum etwas ändern.

Nahost-Kommission

Anmerkungen:

1) „Le Monde" (LM), 5.11.83
2) „taz", 5.12.83
3) „Frankfurter Rundschau" (FR), 5.11.83. Die ALF, von Irak gegründet, schloß sich der 1974 gebildeten Ablehnungsfront innerhalb der PLO an, während die „As-Saika", von Syrien gegründet, die Politik der PLO-Mehrheit (Verhandlungsweg) mittrug. Heute verhält es sich umgekehrt, genau entsprechend den jeweiligen Interessen der Regime. Bis zum Sadat-Besuch in Jerusalem setzte ja auch das syrische Regime auf die Verhandlungslösung.
4) Hussein ließ im jordanischen Bürgerkrieg 1970 und 1971 mindestens 20.000 Palästinenser ermorden. Daß
4) Hussein ließ im jordanischen Bürgerkrieg 1970 und 1971 mindestens 20.000 Palästinenser ermorden. Daß
er auch heute keine eigenständige PLO neben sich dulden wird, liegt auf der Hand. Schließlich sind etwa 60% der jordanischen Staatsbürger Palästinenser.
5) LM, 15.11.83
6) LM, 16.11.83, „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ), 10.11.83
7) FR, 30.11.83
8) „taz", 28.11.83
9) „taz", 8.12.83
10) LM, 11.10.83, am 9.10. in Tripolis, „taz", 28.6.83, Ende Juni in Tripolis, Rifaat Assad zeigte sich überrascht über die Ausweisung.
11) „Süddeutsche Zeitung" (SZ), 15.12.83
12) SZ, 16.12.83
13) „Welt", 27.12.83
14) LM, 27.12.83
15) FR, 27.12.83
16) Mit der Annahme des Fez-Planes hat sich der 16. Palästinensische Nationalrat zur Anerkennung Israels indirekt bereit erklärt.
17) LM, 19.1.83
18) LM, 23.12.83
19) LM, 5.1.84
20) LM, 31.12.83
21) FR, Weihnachten 83
22) SZ, 28.12.83
23) SZ, 5/6.1.84
24) LM, 15.12.83
25) NZZ, 5.1.84
26) „Palästina-Bulletin", 51/52, 83, LM, 31.12.83
27) LM, 10.1.84
28) LM, 28.12.83, FR, 28.12.83
29) LM, 24.12.83
30) „Welt", 24.12.83, SZ, 29.12.83
31) LM, 30.12.83
32) LM, 6.1.84
33) NZZ, 7.1.84
34) LM, 6.1.84
35) LM, 10.1.84
36) SZ, 13.1.84
37) LM, 31.12.83
38) „taz", 21.12.83

Dokument

Kommunique des Zentralkommitees von al-Fatah

Das Zentralkomitee (ZK) der Bewegung al-Fatah hat sich in der Zeit vom 21.12.83 — 4.1.84 versammelt. Das ZK diskutierte während dieser Sitzungen das Wesen und die Ereignisse der Verschwörung, die das syrische und libysche Regime und ihre Agenten in der palästinensischen Arena in den letzten sieben Monaten verfolgt haben, insbesondere nach der Schlacht um Tripoli und die Lager Nahr al-Bared und Baddawi, sowie die politischen und militärischen Folgen dieser Verschwörung. Weiterhin diskutierte das ZK die notwendigen Vorbereitungen und Maßnahmen, um den Erfordernissen der Phase nach dem Abzug aus Tripoli nachzukommen. Es diskutierte auch den Besuch von Bruder Abu Ammar in Kairo. Das ZK gibt folgende Erklärung ab:

Die Schlacht von Tripoli, die Verschwörung gegen die PLO und al-Fatah

Die PLO war nach der heldenhaften Schlacht der Standhaftigkeit im Libanon im Jahre 1982 mit einer weiteren Schlacht konfrontiert, die sich gegen Fatah selbst und die PLO richtete. In einem arglistigen und verräterischen Putschversuch, den das syrische und libysche Regime und von Haß erfüllte Gruppen, Agenten und Söldner in der palästinensischen Arena unter einem Schleier von betrügerischen und verlogenen Parolen und Erklärungen geplant haben, schlichen sich diese Gruppen ein, um die Errungenschaften unseres Volkes, die es seit Bestehen seiner Revolution im Jahre 1965 erzielt hat, zu zerschlagen und die Unabhängigkeit des palästinensischen nationalen Beschlußes zu verleumden; dies mit dem Ziel, unserem Volk, unserer Organisation und unserer Bewegung, unserer Beschlußfähigkeit, dem Kampf unseres Volkes und unserer nationalen politischen Identität Bevormundung und Unterordnung aufzuzwingen. Diese Verschwörung erreichte ihren Gipfel, als der syrische und libysche Geheimdienst den Krieg in der Bekaa-Ebene, in Baalbek und allen anderen Gebieten, wo unsere Streitkräfte auf libanesischem Boden standen, anzettelte, um das Bild der palästinensischen Revolution und den Kampf unseres Volkes vor der arabischen und internationalen Öffentlichkeit zu verzerren, um die Legitimität der palästinensischen Vorstellung des Kampfes zu zerschlagen, indem die Verschwörung als eine palästinensisch-palästinensische Auseinandersetzung vorgeführt wurde.

Unsere Revolution hat mit allen Mitteln versucht, diese Schlachten zu vermeiden durch all ihre arabischen und internationalen Beziehungen, um zu einer natürlichen Athmosphäre zurückzufinden und zur Gründung einer breiten Front im Libanon zwischen Syrien, den nationalen libanesischen Kräften und der palästinensischen Revolution. Aber unsere Bemühungen sind an die Mauer der Verschwörung gestoßen, die keine wirkungsvolle PLO wollte und es ablehnte, dem Prinzip des unabhängigen nationalen palästinensischen Beschlußes zuzustimmen.

internationalen Beziehungen, um zu einer natürlichen Athmosphäre zurückzufinden und zur Gründung einer breiten Front im Libanon zwischen Syrien,

Während der Auseinandersetzungen in den Bergen wurden unsere Streitkräfte dort und später in der Bekaa gezwungen, nach Norden auszuweichen unter der Drohung, sie mit allen Arten von Waffen anzugreifen. Noch bevor unsere Kämpfer ihre neuen Stellungen eingenommen hatten, war der Plan zur Durchführung der Verschwörung fertiggestellt. Somit fand die Aggression statt gegen die Flüchtlingslager Nahr al-Bared und Baddawi und gegen Tripoli, mit Kanonen und Raketen, mit allen Arten von Granaten, die auf unsere Bevölkerung in den Lagern und im heldenhaften Tripoli niedergingen. Dieses Bombardement verlief nach der gleichen Methode — dennoch mit einer bestialischeren und gewaltigeren Feuerkraft — wie das Bombardement der zionistischen Invasionstruppen auf Beirut und die palästinensischen Lager im Süd-Libanon. Dies bedeutete die Verleugnung aller Werte unseres Volkes und der Massen unserer Nation, die von Bestürzung ergriffen wurden. Und das nicht alleine in Bezug auf die Palästina-Frage, sondern in Bezug auf alle kulturellen und patriotischen Werte in der Geschichte der arabischen Nation.

Die Verschwörung dauerte in ihrer Bestialität an, und die Revolution war einerseits von den syrischen und libyschen Streitkräften und deren Agenten von Land her und andererseits von den zionistischen Streitkräften zu Wasser und aus der Luft belagert. Dieses Bild hat das arabische Schweigen ergriffen sowie Freund und Feind gleichermaßen. Es versetzte die ganze Welt in Ratlosigkeit und Betroffenheit. Die Verschwörung überschritt jeden Maßstab von Logik. Sie fand keine Grenze. Die syrisch-libysche Position vereinigte sich mit der amerikanisch-zionistischen Haltung in dem Ziel, die Führung von Fatah und die Streitkräfte der Revolution daran zu hindern, Tripoli lebend zu verlassen. Zu der Zeit, als der palästinensische Abzug wegen der zionistischen Belagerung und Bombardierung sich verzögerte, drohten Ghaddafi und seine Agenten, den militärischen Angriff fortzusetzen, um die Fatah-Führung und die Streitkräfte der palästinensischen Revolution zu liquidieren, wenn sie nicht innerhalb von 48 Stunden Tripoli verlassen würden.

In dieser bitteren Realität und der arabischen Unfähigkeit, den Krieg zu stoppen, waren wir gezwungen, den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen anzurufen, um eine Resolution zur Beendigung der Kämpfe um Tripoli und um die palästinensischen Lager zu erreichen. Dies gelang uns durch die Hilfe unserer Freunde, insbesondere Frankreichs. Unter der Bemerkung 'Mit großem Bedauern' müssen wir das Fehlen arabischen Drucks bei dieser Bemühung in dieser günstigen Zeit feststellen. Auch als Frankreich die Initiative ergriff, militärischen Begleitschutz für den Abzug zur Verfügung zu stellen gemäß seiner Verpflichtung zur Durchführung der Resolution des Sicherheitsrates, fand Frankreich bei den arabischen Staaten, die es kontaktierte, nicht die Zusage für eine symbolische Beteiligung am Begleitschutz der Fährschiffe. Niemand beteiligte sich mit Frankreich an dieser Operation außer Einheiten der ägyptischen Marine; diese ab einer bestimmten Position im Mittelmeer bis zu den Bestimmungshäfen.

Inmitten dieser tragischen Ereignisse stand das Volk von Palästina, seine gewerkschaftliche, kommunalen und Volksorganisationen in der besetzten Heimat und in der Diaspora und in allen Flüchtlingslagern wie ein Mann an der Seite der Revolution, nicht nur mit einer grenzenlosen Empfindung der Bitterkeit über das Geschehene, sondern auch mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, Erklärungen und Aktivitäten, um die palästinensische Revolution, die PLO, Fatah und den freien palästinensischen Willen zu schützen, um damit die Unantastbarkeit seines Kampfes, das Ansehen und die Legitimität seiner Führung und die Kontinuität und Unabhägigkeit des nationalen palästinensischen Beschlußes zu bewahren und um schließlich mit den Helden der Flüchtlingslager Nahr al-Bared und Baddawi und der Stadt Tripoli die Befreiung des palästinensischen Willens vom Zustand als ,,Geisel'' zu erringen, in den die PLO und der nationale palästinensische Beschluß in Tripoli gezwungen wurde. Diese Schlacht hat alles Schlechte aufgedeckt und zu Tage gefördert, was auf palästinensischer und arabischer Ebene existiert. Sie hat all diejenigen bloßgestellt, die für sich akzeptierten, auf der Seite der Feinde ihres Volkes zu stehen und zu Instrumenten in der Durchführung der Verschwörung gegen die Sache unseres Volkes zu werden. Die Schlacht um Tripoli war das Ende eines Weges und der Beginn eines neuen Weges. Die Pläne und die Voraussetzungen für diesen Weg wird die palästinensische Führung in der Fatah-Bewegung und der PLO erarbeiten, um die große Frage zu beantworten: Was wird nach Tripoli militärisch, organisatorisch, politisch und propagandistisch geschehen? Diese Fragen stehen auf der Tagesordnung unserer fortdauernden Sitzungen.

keit seines Kampfes, das Ansehen und die Legitimität seiner Führung und die Kontinuität und Unabhägigkeit des nationalen palästinensischen Beschlußes zu bewahren und um schließlich mit

Der Besuch in Kairo

Das ZK von Fatah wurde vom Besuch Abu Ammars in Kairo überrascht. Das ZK hat in seiner ersten Erklärung gegen diesen Besuch protestiert, ebenso in einer zweiten. Es wartete die Rückkehr von Bruder Abu Ammar ab, um seine endgültige Erklärung abzugeben. Das ZK hat sich mit allen Seiten und mit den Fatah-Basen in Verbindung gesetzt, um den Besuch in seinen richtigen Rahmen zu stellen, entsprechend der folgenden Festlegung:

Die Einschätzung dieses Schritts und die Beurteilung desselben geschieht auf der Grundlage von ‚Falsch' oder ‚Richtig' und nicht aus der Haltung der Anschuldigung, wie das die syrischen und libyschen Propagandaapparate darzustellen versuchten. Das ZK hat in Anwesenheit von Bruder Abu Ammar ausführlich den Besuch, seine Gründe, Verwicklungen und Folgen diskutiert, nachdem das ZK die Erläuterungen von Bruder Abu Ammar und seine Haltung zum Besuch in Kairo gehört hat. Er bekräftigte in seinem Bericht vor dem ZK folgende Punkte:

1. Er sieht in dem Besuch einen Bruch im Camp-David-Abkommen und nicht eine Zustimmung zu diesem Weg.

2. Die Rückkehr Ägyptens zur Arabischen Nation beschränkt sich nicht auf eine ägyptische Anstrengung, sondern erfordert auch arabische Anstrengungen, die die Möglichkeit in dieser Richtung vorbereitet.

3. Die Rückkehr Ägyptens zur arabischen Nation verdient einen solchen Besuch, um des ägyptischen Volkes willen und seiner Opfer in den Kriegen der arabsichen Nation. Demnach ist der Besuch keine Reaktion auf die Bitterkeit über die Haltung des syrischen und lybischen Regimes.

4. Aus dem Besuch ist keine politische Übereinkunft hervorgegangen. Es wurde nichts diskutiert, was im Widerspruch zu den politischen und organisatorischen Beschlüssen der Fatah steht. Er hat dem Präsidenten Mubarak die ablehnende Haltung zum Autonomie-Plan nach dem Camp-David-Abkommen und dem Reagan-Plan erläutert, ausgehend von ihrem Widerspruch zu den Beschlüssen unseres Nationalrates und des Gipfels von Fez. Er erläuterte außerdem die gegenwärtigen Judaisierungsmaßnahmen in der Westbank und im Gaza-Streifen und die Mittel ihrer Bekämpfung.

5. Bezüglich Jordaniens verlief das Gespräch entsprechend den Beschlüssen des Nationalrats und des Gipfels von Fez; einschließlich des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung.

6. Die Gespräche schlossen die Auseinandersetzung von Tripoli ein und die Verschwörung, der die palästinensische Revolution in den letzten Monaten ausgesetzt war, ebenso die schweigende Haltung der Mehrheit der arabischen Regime.

7. Bruder Abu Ammar erklärte, daß er die Verantwortung für diesen Besuch vor den legitimen Institutionen der Fatah und der PLO trägt und sich deren Beschlüssen fügt, weil es seine persönliche Initiative war, die er unternommen hat aus der Haltung des Ermessens und nicht der Preisgabe.

such vor den legitimen Institutionen der Fatah und der PLO trägt und sich deren Beschlüssen fügt, weil es seine persönliche Initiative war, die er unternommen hat aus der Haltung des Er-

Das ZK hat diesen Bericht im Laufe der vergangenen Tage diskutiert, in den Debatten und Beschlüssen ausgehend von der Einheit der palästinensischen Arena und der arabischen Haltung (so gering sie auch ist), die in der Bekämpfung dieser Veschwörung auf unserer Seite stand. Dies alles geschah auf der Grundlage der kämpferischen Einheit, die unser Volk innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete praktizierte und auf der Grundlage der Bewahrung der palästinensischen Legitimität und der palästinensischen Strategie zur Rückerlangung der nationalen Rechte unseres Volkes. Ausgehend von dieser Verpflichtung und Verantwortlichkeit verabschiedete das ZK die folgenden Beschlüsse:

1. Das ZK bekräftigt seinen Stolz über die Haltung unseres Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat und in allen Flüchtlingslagern angesichts seiner mutigen und ehrlichen Haltung, die es einnahm, um diese zu schützen und den unabhängigen nationalen palästinensischen Beschluß zu bewahren, sowie seine Ablehnung der Verschwörung des syrischen und libyschen Regimes und ihrer Werkzeuge gegen die Einheit und Unabhängigkeit der palästinensischen Revolution, ihre Errungenschaften und die Fortsetzung des Kampfes unseres Volkes.

2. Das ZK würdigt das syrische Volk und die nationalen syrischen Kräfte, die die Haltung des syrischen Regimes abgelehnt haben und sich an ihren Taten zu beteiligen. Außerdem grüßt das ZK die Kämpfer der PLA, die den Kampf abgelehnt und sich stattdessen den Reihen der Revolution angeschlossen haben. Das ZK grüßt auch die Kräfte und palästinensischen Organisationen, die hinter dem unabhängigen nationalen palästinensischen Beschluß standen und mit uns gekämpft haben, um diesen Beschluß zu verteidigen.

3. Das ZK bekräftigt, daß die qualitative und quantitative Steigerung unseres bewaffneten Kampfes an erster Stelle unserer kämpferischen Aufgaben steht und für die kommende Phase die Grundlage sein wird, um der Eskalation der zionistischen Arroganz und den willkürlichen Repressalien gegen unser Volk bis zum Schluß begegnen zu können. Die durchgeführte Verschwörung, um die Kämpfer der palästinensischen Revlution von der Front der Konfrontation gegen den zionistischen Feind zu entfernen, hat unsere Revolution nicht daran hindern können, ihren bewaffneten Kampf forzusetzen; dies stellt das ZK vor eine bestimmte Verantwortung, um alle Anstrengungen zu unternehmen, den bewaffneten Kampf mit allen Mitteln und Möglichkeiten zu steigern.

4. Das ZK bekräftigt seine absolute Ablehnung der syrischen und libyschen Politik gegen unser Volk und seine Sache durch Verschwörungen gegen die PLO und den unabhängigen nationalen palästinensischen Beschluß, die ein Ausmaß erreicht haben, daß sie die Waffen gegen unser Volk und seine Streitkräfte erhoben haben. Wir trachten nach einem arabischen Standpunkt, der die Sache auf ihren natürlichen Rahmen zurückführt , weil jegliche arabische Rolle gegenüber der palästinensischen Frage nicht getrennt werden kann von kämpferischen, ehrlichen Beziehungen mit dem palästinensischen Volk und seiner Führung.

6. Das ZK betrachtet alle Stimmen und Organisationen, die Waffen getragen und das palästinensische Blut vergossen und die Flüchtlingslager in Nord-Libanon und Tripoli bombardiert haben, als kriminell, für die kein Besuch (d.h. Teilnahme an Fatah-Sitzungen, d.Red.) erlaubt werden kann, damit sie ihre kriminellen Taten decken können.

6. Das ZK bekräftigt sein vollständiges Festhalten an den Beschlüssen des Nationalrats; jegliche Abweichung von diesen Beschlüssen wird von der palästinensischen Legitimität als abzulehnend betrachtet.

7. Das ZK bekräftigt unsere Ablehnung aller Pläne, die das Recht unseres Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung seines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Boden nicht anerkennen; dies bedeutet die Ablehnung der Initiative des Präsidenten Reagan und des Autonomie-Planes, den das Camp-David-Abkommen beinhaltet.

Boden nicht anerkennen; dies bedeutet die Ablehnung der Initiative des Präsidenten Reagan und des Autonomie-Planes, den das Camp-David-Abkommen beinhaltet.

8. Das ZK lehnt das israelisch-libanesische Abkommen ab, das als Fortsetzung der Kapitulationspläne in der Region und als ein durch die Anwendung von Gewalt aufgezwungener israelisch-amerikanischer "Friede" betrachtet wird.

9. Das ZK bekräftigt sein Festhalten an dem unabhängigen nationalen palästinensischen Beschluß, für den wir gekämpft und den wir im Bekaa, in Tripoli und in den palästinensischen Lagern und allen vorangegangenen Auseinandersetzungen verteidigt haben.

10. Das ZK bekräftigt seine Verpflichtung zum politischen und organisatorischen Programm der PLO, wie es vom Palästinensischen Nationalrat beschlossen wurde, und das Festhalten an den Beschlüssen von Fez als die Grundlage jeglicher arabischer und internationaler Aktivitäten. Das ZK bekräftigt seine Ablehnung jeder Lösung, die das Recht unseres Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung seines unabhängigen palästinensischen Staates auf seinem nationalen Boden unter der Führung der PLO nicht beinhaltet.

11. Das ZK bekräftigt die Ablehnung der Idee einer Ersatzheimat in Jordanien. Dieser Idee bedient sich Israel als Ablenkung von der Annektion der West Bank und des Gaza-Streifens. Das ZK betrachtet die vom zionistischen Feind verfolgte Politik der Umsiedlung der palästinensischen Flüchtlingslager in der besetzten Heimat ins Jordantal als Teil dieser Verschwörung.

12. Das ZK betrachtet die Beseitigung der arabischen Differenzen und die Verwirklichung der arabischen Solidarität als nationale Notwendigkeit und primäre Grundlage, um dem amerikanisch-zionistischen strategischen Bündnis zu begegnen und das bestehende Ungleichgewicht in der Region zu verändern. Ausgehend von dieser Überzeugung hat das ZK immer seine Bereitschaft erklärt, mit jeglicher Kraft und arabischen Regierung zusammenzutreffen auf der Grundlage der Begegnung des zionistischen Feindes und des Respektes vor dem palästinensischen Willen und dem unabhängigen nationalen palästinensischen Beschluß.

13. Das ZK drückt seine Hochachtung für die brüderlichen und befreundeten Staaten aus, die der Revolution in ihrer finstersten Zeit, insbesondere während der Kämpfe um Tripoli, beigestanden haben, die islamischen, afrikanischen, blockfreien und sozialistischen Staaten, an erster Stelle die Sowjetunion und die Volksrepublik China.

14. Das ZK bekräftigt die Erklärung des ZKs gegenüber dem Besuch von Bruder Abu Ammar in Kairo als organisatorischer Fehler und Verstoß gegen die Art, wie im allgemeinen Beschlüsse innerhalb von Fatah und der PLO verabschiedet werden. Dieser Besuch wurde aus persönlichem Entschluß von ihm unternommen. Das ZK hat ein Bündel von internen Beschlüssen verabschiedet , um den Weg der kollegialen Führung innerhalb des ZKs und den Institutionen der Bewegung zu festigen.

15. Die Haltung des ZK gegenüber dem Besuch und dessen Umstände ist nicht gegen die konstruktiven Bemühungen gerichtet, die die Rückkehr Ägyptens zum arabischen Lager anstreben, um die Politik von Camp David zu verlassen, damit Ägypten schließlich seine führende Rolle von neuem praktiziert, denn Ägypten, sein Volk, seine Geschichte und seine Fähigkeiten stellen aufgrund seiner Haltung, seiner Standhaftigkeit, seiner Entwicklung und internationalen Einwirkung eine Kraft dar in Richtung der Einheit der arabischen Nation.

16. Das ZK beschließt die Einsetzung einer Kommission aus seinen Mitgliedern, um die Art und Form der Beziehungen zu Ägypten zu studieren und zu bestimmen in Koordination mit dem Exekutivkomitee der PLO im Lichte der Beschlüsse des ZK, die in dieser Frage in seiner Sitzung vom 17.-18.3.83 verabschiedet wurden.

17. Die Ergebnisse, Studien und Arbeiten dieser Kommission werden dem kommenden palästinensischen Nationalrat vorgelegt, nachdem sie im Rahmen der Fatah-Organisation diskutiert worden sind.

18. Der Dialog mit Jordanien bezüglich der bilateralen Beziehungen oder der politischen Aktivitäten wird auf der Grundlage der Verpflichtung der Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrats und der Beschlüsse des Gipfels von Fez geführt werden. Für diese Aufgabe hat das ZK in Zusammenarbeit mit dem Exekutivkomitee der PLO eine Kommission gebildet. Das ZK von al-Fatah appelliert in diesen historischen Augenblicken an seine Mitglieder, an unser Volk, an die arabische Nation und seine Freunde in der Welt, mit ihm eine sachliche und aufrichtige Haltung einzunehmen, um die vorhandene Krise zu überwinden angesichts der weitverzweigten Verschwörungen, insbesondere die Evakuierung der palästinensischen Revolution aus Tripoli. Die jetzige Phase erfordert Beschlüsse mit klaren und definitiven Anweisungen, um die Fortsetzung des Kampfes und die Unabhängigkeit der Sache zu bewahren. Bei uns kann es keinen Platz für Heuchler und Schwächlinge geben, denn die Arena des Kampfes ist nur für die Standhaften. Wir müssen die Wunden übergehen und an uns glauben, damit wir der Verschwörung in einer Front begegnen. Wir haben keine andere Wahl als Standhaftigkeit, Festigkeit, einen klaren politischen Standpunkt und eine richtige organisatorische Vorstellung.

ne Kommission gebildet. Das ZK von al-Fatah appelliert in diesen historischen Augenblicken an seine Mitglieder, an unser Volk, an die arabische Nation und seine Freunde in der Welt,

Wir wenden uns an unsere Brüder in der palästinensischen Arena, die den unabhängigen nationalen palästinensischen Beschluß in Ehre und Verantwortung verteidigt haben, damit wir gemeinsam kämpfen und der zukünftigen Etappe begegnen, Hand in Hand die Last des Marsches mit reinen Herzen und klaren Köpfen tragen.

Den arabischen Brüdern, die unseren Marsch unterstützen, entbieten wir unsere Grüße und halten ihre Hände zur Errichtung einer nationalen arabischen Front, um unseren Feinden zu begegnen und die unveräußerlichen nationalen Rechte unseres Volkes wiederzuerlangen.

Grüße an unser Volk in den besetzten Gebieten und im Exil, Grüße der Dankbarkeit, Grüße der Kämpfer an die Standhaften, Grüße mit dem Versprechen an alle, daß die Fatah- Bewegung, Organisation und Führung, ihrem Versprechen und der Fortsetzung des Kampfes treu bleibt, bis unser Volk seine nationalen Ziele und seine Souveränität auf seinem nationalen Boden in Palästina verwirklicht.

Revolution bis zum Sieg!
ZK von al-Fatah, 4.1.84

Dokumente

„Programm für die Einheit und demokratische Reformen in der PLO"

Die „Volksfront für die Befreiung Palästinas" (PFLP) und die „Demokratische Front für die Befreiung Palästinas" (DFLP) gaben im Juni 1983 die Bildung einer Vereinigten Führung bekannt. Am 16. Oktober 1983 unterzeichneten beide Organisationen das „Programm für die Einheit und demokratische Reformen in der PLO". Es wird inzwischen auch von der „Palästinensischen Befreiungsfront" (PLF), der „Palästinensischen Kommunistischen Partei" (PCP), dem Präsidenten des Palästinensischen Nationalrates (oberstes Beschlußorgan der PLO), Khaled al-Fahoum und palästinensischen Bürgermeistern unterstützt (nach „Antiimperialistisches Informationsbulletin", 1/84).
Im folgenden geben wir eine Zusammenfassung dieses Programms von Reinhard Hesse aus dem Artikel „Demokratische Reformen" zur „Rettung der Revolution", aus „taz", 5.12.83, wieder.

Das Dokument geht von drei Gefahren für die palästinensische Befreiungsbewegung aus:

(1.) Die „imperialistisch- zionistisch-reaktionäre Allianz" habe nach dem Abzug der Palästinenser aus Beirut Ansatzpunkte gefunden, die „politische Liquidation der PLO" zu betreiben - und zwar insbesondere durch den Reagan-Plan. „Rechtsgerichtete Kreise" der Palästinenser hätten, mit Unterstützung der „arabischen Rechten" - ein Verweis auf das von Saudi-Arabien angeführte konservative arabische Lager - die PLO auf eine pro-amerikanische Linie festzulegen versucht.

(2.) Durch die Krise der Fatah sei die Gefahr einer Spaltung der gesamten PLO gewachsen. Die Gründe seien in der politischen Linie, in der Organisationsstruktur und in der internen Disziplin zu suchen.

(3.) Die Gefahr einer „Unterwerfung der PLO unter arabische Tutelage" drohe, die palästinensische Unabhängigkeit zu zerstören und die nationalen Rechte der Palästinenser zu beseitigen.

Eine „demokratische Reform" sei eine absolute Notwendigkeit, um eine Rettung der PLO zu erreichen.

Kritik der politischen Linie

Den politischen Positionen der PLO, kritisieren die beiden Organisationen, mangele es an „Klarheit und Beständigkeit", und zwar nicht erst seit dem Abzug aus Beirut: „Taktik wurde zu Manövern mit begrenzter Perspektive". Deutlich sei dies geworden an dem Willen, „mit US-Plänen zu kooperieren" sowie an der „Verwirrung der strategischen Erkenntnis", daß eine Koexistenz zwischen „palästinensischem Volk und arabischer Nation auf der einen und Zionismus auf der anderen Seite unmöglich ist." Auch habe die PLO die Beziehungen zur „arabischen nationalen Befreiungsbewegung" (gemeint sind „fortschrittliche" Kräfte in anderen arabischen Ländern) vernachlässigt und den Beziehungen zu „reaktionären arabischen Regimes" den Vorzug gegeben. Die PLO unterscheide nicht ausreichend zwischen „nationalistischen" und reaktionären arabischen Regimes, zu denen sie zwar insgesamt Beziehungen unterhalten sollte, jedoch in unterschiedlicher Qualität.

Kritik der Organisationsstruktur: für eine kollektive Führung

„Das allgemeine Erscheinungsbild auf der organisatorischen Ebene ist eines des exzessiven Individualismus'", heißt es in dem Papier. Politische Entscheidungen würden eigenmächtig getroffen (von Arafat - d. Red.), ebenso Personalentscheidungen. Der Individualismus gehe Hand in Hand mit der „Vorherrschaft einer Gruppe" (der „Fatah" - d. Red.), was dem Prinzip der „kollektiven Führung" Abbruch tue. In den PLO-Institutionen sei eine „bürgerlich-bürokratische Gruppe entstanden", in der „Opportunisten" und „einzig auf ihren Vorteil bedachte" Personen Platz gefunden hätten. „Korrupte Finanzpolitik" sei eine Folge, ebenso wie Personalentscheidungen, in denen nach Gruppenzugehörigkeit eher gefragt werde als nach Qualifikation und „militanter Erfahrung".
In dem Papier wird allerdings betont, daß diese „Mängel" zwar „schädliche Folgen" zeitigten, daß sie aber „nicht das vorherrschende Charakteristikum der palästinensischen Revolution" seien. Es sei ein „Irrtum" - dies an die Adresse der „Fatah"-Rebellen - die „Errungenschaften" der palästinensischen Revolution „geringzuschätzen und die Hoffnung auf Reform aufzugeben, um „in die Falle der Verzweiflung zu gehen".

Auch die „linken und demokratischen" Kräfte innerhalb der PLO hätten ihre Mitschuld an den organisatorischen Mängeln, da sie es versäumt hätten, ihre Kräfte zu einigen.
Eine „organisatorische Reform" müsse aufbauen auf dem Prinzip der „kollektiven Führung" aller PLO-Gremien, zunächst des obersten, des PLO-Exekutivkomitees. Nur dieses dürfe die politischen Entscheidungen der PLO treffen, wie ihm auch Beziehungen nach außen vorbehalten werden sollten. Die „Vorherrschaft einer Gruppe" müsse beendet, die Personalentscheidungen „überprüft" werden. Institutionen in den besetzten Gebieten bedürften dringend der Stärkung durch die PLO. Unbedingt müßte das „Prinzip des demokratischen Dialogs" anerkannt werden, als „einzige Methode, Probleme und Differenzen zu lösen". Eine klare Verurteilung der „Fatah"-Rebellen, die zum Teil gleichlautende Forderungen zur Veränderung der PLO erhoben hatten: „Jede Abkehr von diesem Prinzip, insbesondere die Anwendung von Waffengewalt, wird schärfstens verurteilt und muß als krimineller Akt der angreifenden Partei betrachtet werden."



Zentralisierung der Militär- und Finanzpolitik

Der „bewaffnete Kampf" sei die „Hauptoption der palästinensischen Revolution", militärische Aktivität gegen den „zionistischen Feind"; und im Libanon müsse „intensiviert werden", fordern die beiden Gruppen. Dazu sei die „Vereinigung aller Streitkräfte" in eine einzige „Palästinensische Nationale Befreiungsarmee" unerläßlich - eine Forderung, die auch von Arafats Militärchef Abu Jihad erhoben wird. Alle Formen von „Pflichtvernachlässigung und Fehlverhalten" palästinensischer Militärs während der israelischen Libanon-Invasion müßten von einem besonderen Gremium untersucht, des Fehlverhaltens Überführten müßte der Prozeß gemacht werden.
Vereinheitlicht werden müßten auch sämtliche Fonds der PLO - einzig das Exekutivkomitee, dem Vertreter aller relevanten Organisationen sowie Unabhängige angehören, dürfe über Ausgaben entscheiden. Auch müsse sichergestellt werden, daß dieser „Nationalfonds" alle finanziellen Verpflichtungen an die einzelnen Organisationen und „Berufsrevolutionäre", an die „Verwundeten und die Familien der Märtyrer" erfülle.

Eine Perspektive?

Insbesondere die politischen Forderungen dieses Papiers decken sich weitgehend mit den Stellungnahmen der „Rebellen" innerhalb der „Fatah". Es handelt sich dabei jedoch um Positionen, die namentlich die Volksfront - die größere der beiden Gruppen - seit je her vertreten hat. Verzichtet hat die Volksfront beispielsweise auf eine ihrer Grund-Positionen, nämlich die Forderung, die Revolution in den arabischen Ländern voranzutreiben. Das Papier ist also deutlich mit Blick auf Kompromißfähigkeit innerhalb der gesamten PLO geschrieben, die eindeutige Absage an die von Arafat in den letzten Wochen erneut betriebene Politik der Öffnung gegenüber den USA, Jordanien und dem israelischen Friedenslager kann darauf verweisen, daß diese Politik keine nennenswerten Erfolge eingebracht hat. Beide Gruppen betonen jedoch ihre Zustimmung zum „Politischen Programm" der PLO, das auf der 14. Sitzung des Nationalrats 1978 beschlossen wurde, und in dem u.a. ein palästinensischer Teilstaat auf der Westbank und im Gazastreifen als Teil der „Befreiung Palästinas" akzeptiert wird. Bemerkenswert, daß die Syrien betreffenden Passagen jeweils mit der Einschränkung versehen sind, daß die „Unabhängigkeit der palästinensischen Entscheidung" gewahrt und die Kooperation auf der Grundlage politischer Positionen gestaltet werden müsse. PFLP/DFLP halten eine Abstimmung der PLO mit der syrischen Führung für unerläßlich - jedoch nicht zu syrischen Bedingungen.

Die zehn Forderungen von 'Volksfront' und 'Demokratischer Front'

Nach Meinung der gemeinsamen Führung von 'Volksfront' (PFLP), und 'Demokratischer Front' (DFLP) sollten folgende Forderungen am Anfang einer Reform der PLO stehen:
— entschiedene Ablehnung des Reagan-Planes;
— Ablehnung aller jordanischen Pläne einer palästinensisch-jordanischen „Föderation" und aller Formen, „die Vertretungsrechte der Palästinenser" mit dem jordanischen Regime zu teilen, etwa König Hussein ein Verhandlungsmandat zu geben. Stattdessen sollten die palästinensisch-jordanischen Beziehungen auf die Grundlage gestellt werden, daß die PLO volle Bewegungsfreiheit erhält, politisch und militärisch in Jordanien zu operieren;
— Widerstand gegen jede Beziehung zum ägyptischen Regime, solange dies am Vertrag von Camp David festhält;
— Kampf gegen „rechte und reaktionäre Versuche", die Beschlüsse des arabischen Gipfels von Fes in eine „Brücke zu den US-Lösungen umzuformen";
— Begrenzung der Kontakte zu jüdischen Gruppen auf diejenigen Kräfte, die „in Theorie und Praxis gegen den Zionismus Widerstand leisten und das Recht des palästinensischen Volkes unterstützen, einen unabhängigen Nationalstaat unter der Führung der PLO auf dem Boden ihrer Heimat zu errichten";
— Verstärkung und Entwicklung des palästinensisch-syrisch-libanesischen Bündnisses gegen die imperialistisch-zionistischen Machenschaften;
— verstärkte Anstrengungen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung im Libanon, die volles Recht der politischen Organisation und der Bewaffnung genießen sollte;
— Stärkung der Beziehungen zu Syrien „auf der Grundlage der gemeinsamen Verpflichtung zur patriotischen und nationalen Frage".
— Wiederbelebung der palästinensischen nationalen Front in den besetzten Gebieten „als Arm der PLO im Inneren", um gegen jüdische Besiedlung, Vertreibung der Palästinenser und alle Versuche zu kämpfen, Alternativen zur PLO als einziger Vertretung des palästinensischen Volkes zu errichten;
— Ausbau der kämpferischen Beziehungen zur libanesischen Opposition, insbesondere gegen das libanesisch-israelische Abkommen vom 17. Mai;

Der syrische Staatspräsident im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Schultz über die PLO

In dem Artikel „Tripoli oder Have a nice war down there" von Michael Lichtwarck-Aschoff in „Palästina-Bulletin", 16.12.83, ist ein Auszug aus dem Protokoll der Diskussion zwischen Assad und Shultz, die in Damaskus unmittelbar vor dem am 25. September 1983 geschlossenen Waffenstillstand stattfand. Dieser Waffenstillstand beendete die Kämpfe im Chouf-Gebirge (südöstlich von Beirut) zwischen den drusischen Milizen und der libanesischen Armee, auf deren Seite französische und amerikanische Truppen mit Schiffsartillerie und Bombereinsätzen eingegriffen hatten, und war die Voraussetzung der in Genf stattfindenden „Nationalen Versöhnungskonferenz". Der Diskussionsausschnitt ist der Zeitung „Afrique-Asie" vom 24. Oktober 1983 entnommen und wirft ein bezeichnendes Licht auf die Haltung des syrischen Präsidenten zur PLO.

Anmerkung:

(1) Gemeint ist der Waffenstillstand zwischen der PLO und Israel nach dem 15tägigen Krieg im Juli 1983, an dem die israelische Luftwaffe erstmals auch Beirut bombardierte.

Georg Shultz: Ich halte es für wichtig zu betonen, daß der Vertrag zwischen Israel und Libanon (über den Truppenabzug, d.Red.) weder die Sicherheit noch die vitalen Interessen Syriens berührt oder bedroht. Weder Libanon noch Israel werden Handlungen unternehmen, die für Ihr Land ungünstig sein könnten. Sie müßten uns allerdings helfen, Israel zum Rückzug aus dem restlichen Libanon zu bewegen, indem sie Ihrerseits dafür sorgen, daß die Gebiete, die Sie und die Palästinenser besetzt halten, frei werden.

Assad: Weder die USA, noch Israel, noch Libanon, noch die Palästinenser, keine Macht der Welt, absolut niemand, darf und kann darüber hinwegsehen, daß Syriens Sicherheitsbelange es mit sich bringen, daß wir ein ganz besonderes und spezielles Interesse haben an allem, war sich im Libanon abspielt. Haben Sie etwa seit der Zeit, da wir die Bekaa-Ebene fest im Griff haben, auch nur einen einzigen Zwischenfall gegen israelische Truppen verzeichnen müssen? Sei es von unserer Seite aus, sei es von Seiten der Palästinenser selber? Nie im Leben werden wir den Palästinensern gestatten, von sich aus zu handeln, ohne vorher um unsere ausdrückliche Zustimmung nachgesucht zu haben. Aufgrund der Tatsache, daß sie diese unsere Zustimmung eben nicht haben, sind sie heute praktisch gelähmt und werden gelähmt bleiben, solange wir dies wünschen. Das wissen die Israelis zweifellos genauso gut wie sie. Erinnern Sie sich doch bitte an den Waffenstillstand, den die PLO im Südlibanon unterzeichnen mußte — dank des Drucks, den wir auf sie ausgeübt haben. (1) Damaskus ist und bleibt ein treuer Verbündeter des Friedens. Die USA sollten einmal einsehen, daß Syrien die einzige regionale Vormacht ist, mit der jede Großmacht hier rechnen und auf die jede Großmacht zählen kann. Die Franzosen haben es begriffen. Die Russen auch. Auch der ehemalige Außenminister Kissinger hatte das begriffen. Nun ist Ihre Reagan-Administration an der Reihe, das zur Kenntnis zu nehmen. Sie werden vergeblich nach Frieden und Stabilität in dieser Region ohne oder gar gegen uns suchen.

Shultz: Na ja, lassen wir das zunächst mal bei Seite. Vielleicht wäre es wirklich besser gewesen, daß unsere libanesischen Freunde und vielleicht sogar wir selber uns mit Ihnen abgesprochen hätten, bevor wir diesen Vertrag (zwischen Israel und Libanon) unterzeichnet haben. Eigentlich wichtig ist für uns aber etwas anderes: Wir hätten gerne Ihre Ansicht über die PLO erfahren, wir hätten gern gewußt, welche Art Beziehungen Sie zur PLO unterhalten und bis zu welchem Ausmaß Sie Entscheidung und Zusammensetzung der PLO beeinflussen können ... Alles weitere wird möglicherweise davon abhängen, welche Meinung Sie dazu haben. (...)

Assad: Kein Land der Welt würde es doch zulassen, daß eine Befreiungsbewegung wie die PLO, die auf seinem Boden stationiert ist, tun und lassen kann, was ihr gefällt, ohne Rücksicht auf die Möglichkeiten und Wünsche des Gastgeberlandes. (...) Die Realität sieht doch so aus, daß die gegenwärtige politische Richtung und Linie der PLO nicht mehr lange beibehalten wird, daß die PLO auseinanderbricht oder sich teilt und daß eine neue Organisation entstehen wird, deren Anführer sehr wohl Rücksicht nehmen werden auf die Interessen Syriens, des einzigen ‚Frontstaates' zu Israel, und daß diese neue PLO die alte, von Arafat geführte, ersetzen wird. Diese neue Organisation wird dann nicht mehr von der ‚Unabhängigkeit der palästinensischen Entscheidung' schwatzen, ganz einfach deswegen, weil es keine unabhängige Entscheidung für eine Bewegung gibt, deren Überleben und deren Möglichkeit, ihren Kampf fortzusetzen, so völlig von Syrien abhängt. Worin die Aussichten für Frieden und Stabilität in dieser Region bestehen, wollen Sie wissen? Dafür gibt es keine Aussichten, solange eine gerechte Lösung, — und dazu gehört die Rückgabe der Golan-Höhen an Syrien — , für das palästinensische Problem nicht gefunden ist. Sie wissen sehr gut, daß wir die Resolution 242 des UN-Sicherheitsrates angenommen haben, während die PLO sie ablehnt. Daraus folgt: In dem Umfang, in dem unsere Rolle als regionale Vormacht akzeptiert wird, in dem Umfang, in dem der Vertrag vom 17. Mai (israelisch-libanesisches Truppenrückzugsabkommen d. Red.) zurückgewiesen oder wenigstens eingefroren wird und wir an jeder Regelung, die das Problem der libanesischen Nation betrifft, Mitspracherecht bekommen — in dem Umfang wären wir dann auch bereit, Ihren amerikanischen Wünschen hinsichtlich der PLO entgegenzukommen."

Gemeinsame Erklärung der palästinensischen Linken zu den Ereignissen von Tripoli

Aufgrund der äußerst gefährlichen Lage, die durch die bewaffnete Auseinandersetzung im Nordlibanon und die Bombardierung der palästinensischen Flüchtlingslager entstanden ist, fand (am 6. November 1983 in Damaskus; d. Red.) eine gemeinsame Sitzung der Führungen der Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), der Befreiungsfront Palästinas (PLF) und der Palästinensischen Kommunistischen Partei (PCP) statt. Sie kamen zu folgenden Ergebnissen:

1. Sie verurteilen entschieden die bewaffneten Auseinandersetzungen und die Bombardierung der Flüchtlingslager, die als Verbrechen am palästinensischen und libanesischen Volk bezeichnet werden, und die die Einheit der PLO und die Revolution bedrohen. Dies dient den Zielen der Feinde unseres Volkes, dem Imperialismus und den Zionisten, die die totale Zerstörung der Errungenschaften unseres Kampfes und die Zersplitterung der Standhaftigkeit der PLO erreichen wollen.

2. Sie fordern dazu auf, sämtliche Kämpfe, das Beschießen und die Bombardierung der Flüchtlingslager, der Stadt Tripoli und der libanesischen nationalen Kräfte sofort einzustellen. Nur so wird eine Rückkehr der Massen, die zahlreiche Opfer durch diese zerstörerische Auseinandersetzung zu beklagen haben, zum normalen Alltagsleben möglich sein.

3. Diese blutige Auseinandersetzung findet zu einer Zeit statt, in der die Drohungen der USA und die Angriffe der Israelis gegen alle libanesischen nationalen Kräfte, die PLO und Syrien massiv zunehmen, und die nichts anderes darstellen als die Vorbereitung einer breiten Aggression gegen diese nationalen Kräfte. Diese Auseinandersetzung findet in einer Zeit statt, in der die Aufstände unseres Volkes in den besetzten Gebieten stark zunehmen. Trotz aller veröffentlichten Motive, die die bewaffnete Auseinandersetzung zu rechtfertigen versuchen, kann diese objektiv nur den Zielen unseres Feindes dienen.
Ganz gleich wie das Ergebnis der bewaffneten Auseinandersetzung aussehen wird, sie kann keinesfalls zu einer Lösung der politischen Meinungsverschiedenheiten in der PLO führen, sondern nur zur Zerstörung der Eigenständigkeit der PLO.

4. Wir fordern alle patriotischen und fortschrittlichen, arabischen und internationalen Kräfte und alle, die sich mit dem Kampf des palästinensischen Volkes solidarisieren, auf, alle ihre Kräfte dafür einzusetzen, dem Verbrechen Einhalt zu gebieten, die palästinensische Einheit im Rahmen der PLO zu festigen und die Unabhängigkeit der PLO und ihre Errungenschaften auf der Basis des PLO-Programms und der Beschlüsse des Palästinensischen Nationalrates zu schützen.

Die Bombe von „Harrods"


Gerry Adams (Mitte) nach seinem Wahlerfolg am 20. Oktober 1983

Eine Bombe zerriß am 17. Dezember vergangenen Jahres die vorweihnachtliche Atmosphäre in der britischen Hauptstadt und erinnerte allzu vergeßliche Gemüter an das nach wie vor einer Lösung harrende Nordirland-Problem. Ort des Geschehens: Das Londoner Renommier-Kaufhaus „Harrods". Ergebnis des Anschlags: 5 Tote und 91 Verletzte, darunter auch 11 Kinder. Als Täter galten sofort „irische Terroristen", konkret die I.R.A. Forderungen nach einem Verbot der SINN FEIN, des politischen Flügels der I.R.A., wurden laut. Die aufgeputschte Londoner Sonntagspresse sprach von einem „Holocaust" und bezeichnete die Täter in traditioneller anti-irischer Diktion als „teuflische Bastarde". Die „Iron Lady" entdeckte ein „Verbrechen an der Menschlichkeit" und ... „an Weihnachten". Die hiesige FAZ bewegte die Erkenntnis, *„daß die Bombe von Terroristen einer Partei stammt, deren Führer ins Unterhaus und ins nordirische Parlament gewählt wurden, die alle Ansprüche einer legalen Partei erheben, aber sich dennoch offen mit der Terrorwaffe I.R.A. brüsten. Die Frage lautet heute: Verdient solche Partei, die SINN FEIN des Gerry Adams, noch länger ihren Rechtsstatus?"* (FAZ, 19.12.83). Es ist noch gar nicht so lange her, da empfahl derselbe Autor, beeindruckt von den Wahlerfolgen der „Provos", der britischen Regierung, sich nicht länger zu zieren, sondern sich mit den „Terroristen" an einen Tisch zu setzen. Davon will Ulrich Grudinski heute nichts mehr



wissen: *„Die Labour-Opposition, die schon Kontakte zur SINN FEIN aufgenommen hat und unter ihrem neuen Parteichef Neil Kinnock eine noch weitere Verbindung für fortschrittlich hielt, wagt nicht mehr davon zu sprechen. Die Empörung über die IRA ist größer als der Schrecken, und jeder britische Politiker, der zur Stunde noch Unterschiede zwischen IRA und SINN FEIN aufzeigen möchte, würde alle Glaubwürdigkeit verlieren."* (s.o.)

Sicherlich: Wer das Kriegsgeheul der Londoner Sonntagspresse anläßlich des Malvinen-Abenteuers noch in den Ohren hat, wo kein Kriegsverbrechen zu schäbig war, um es nicht als „heroische Tat" zu preisen, wer um den alltäglichen Terror der britischen Besatzungstruppen in Nordirland weiß, die auch vor der gezielten Ermordung von Halbwüchsigen nicht zurückschreckt, der wird dies alles nur als Dokumente kaum zu übertreffender bürgerlicher Verlogenheit ansehen können. Und trotzdem: Auch jenseits dieser bürgerlichen Verlogenheit gibt es gute Gründe, die „Harrods-Bombe" zumindest für einen schweren politischen Fehler zu erachten.

Militärische Operationen der I.R.A. auf englischem Territorium sind keine Neuigkeit. Im Juli 1982 machten die Provos von sich reden, als sie in London Bomben gegen Leibgardisten der House-hold-Cavalry und eine Armee-Kapelle zündeten. Und wenige Tage vor der spektakulären „Harrods-Bombe" legte die I.R.A. einen 10-Kilo-Sprengsatz in einer Londoner Artillerie-Kaserne. Aus der Situation und Logik der Provos mögen militärische Aktionen auf dem „Territorium des Feindes" ihren wohlverstandenen Sinn und Zweck besitzen. Einen Sinn und Zweck, dem schon einmal mit dem Satz Ausdruck verliehen wurde, „eine Bombe in London ist soviel wert wie 100 Bomben in Belfast". Wer die diesbezüglichen Reaktionen der englischen Öffentlichkeit kennt, wird die Logik dieser Argumentation kaum bestreiten können. Bomben und Attentate in England nehmen der Tory-Regierung, aber auch der Bevölkerung, die Illusion, der Krieg zwischen I.R.A. und britischer Armee lasse sich auf Nordirland begrenzen. Und so paradox es auch manchem anmuten mag, sie verschaffen denjenigen Gehör, die einen Rückzug Londons aus Nordirland befürworten, da ansonsten ein Ende des „Terrors" nicht abzusehen sei. Der Bürgermeister von Groß-London, Ken Livingstone, hat diese Stimmung einmal treffend auf den Punkt gebracht, als er konstatierte, die englische Bevölkerung habe so lange mit I.R.A.-Gewaltakten in ihrem Land zu leben, wie England selbst Gewalt in Nordirland ausübe.

Bei der Bombe von „Harrods" überkommt einen allerdings ein fader Nachgeschmack: Von der Art und der Lage des Objektes und vom Zeitpunkt ihrer Zündung her, konnte sie überhaupt nur Zivilisten schädigen. Sie unterscheidet sich von den oben angeführten Aktionen der I.R.A. in London dadurch, daß sie sich gegen ein ziviles Objekt richtete. Auch die 40 Minuten vor der Explosion getätigte Warnung, versehen mit relativ detaillierten Angaben, kann diesen Tatbestand kaum relativieren, denn eine erfahrene Organisation wie die I.R.A. kann nicht davon ausge-

kann diesen Tatbestand kaum relativieren, denn eine erfahrene Organisation wie die I.R.A. kann nicht davon ausge-

hen, daß der britische Sicherheitsapparat umgehend reagiert. Schon gar nicht, wenn sich der zu erwartende Schaden in eine Gegenstrategie integrieren läßt. Schließlich wäre es nicht das erste Mal gewesen, daß der britische Sicherheitsapparat auf eine I.R.A.-Warnung untätig bleibt. Aber selbst wenn mensch den oben beschriebenen Sinn und Zweck von I.R.A.-Aktionen in England auf die Spitze treibt, was bedeuten würde, der entstandene Schaden wäre unter dem Aspekt der „Abschreckung" voll beabsichtigt gewesen, stellt sich die Frage, ob nicht ein solches Ausmaß an „Abschreckung" sich jenseits der Grenzen bewegt, an der diese kontraproduktiv umzuschlagen droht. Auch unter rein politisch-militärstrategischen Aspekten erscheint die „Harrods"-Bombe somit als fragwürdig. Ihre Folgen bestanden jedenfalls weder in einem politischen noch militärischen Terraingewinn gegenüber der britischen Armee und der Londoner Regierung.

Die I.R.A. bezieht Stellung

Wenige Stunden nach der „Harrods"-Bombe veröffentlichte das Dubliner „Irish Republican Publicity Bureau" ein Statement des I.R.A. - army councils folgenden Wortlautes: **„Die I.R.A. hat in der vergangenen Woche militärische Operationen in Britannien unternommen. Unsere 'Freiwilligen' legten die Bombe vor der 'Woolwich-Kaserne' und in dem Auto vor dem Kaufhaus 'Harrods'. Die Operation bei 'Harrods' war nicht durch die I.R.A. autorisiert. Wir haben umgehend Schritte eingeleitet, um eine Wiederholung dieser Art von militärischen Operationen zu unterbinden. Die 'Freiwilligen' gaben 40 Minuten vorher eine besondere Warnung aus, die adäquat erscheint. Aber aufgrund der Ineffizienz und dem Versagen der Londoner Polizei, die sich brüstet, über I.R.A.-Aktivitäten informiert zu sein, hatte diese Warnung keine Evakuierung zur Folge. Wir bedauern die zivilen Verluste, auch wenn unser Ausdruck von Beileid auf Ablehnung stoßen wird. Abschließend erinnern wir die britische Regierung daran, daß, solange wie sie irgendeinen Teil Irlands unter ihrer Kontrolle behält, die I.R.A. ihre militärischen Operationen in Britannien fortsetzen wird, bis das irische Volk in Frieden gelassen wird, um selbst über seine Zukunft zu entscheiden."** (ANPHOBLACHT/Republican News, 21.12.83) Die Provos erkannten somit an, daß die Bombe von I.R.A.-Leuten gelegt worden war, erklärten den Anschlag jedoch für unautorisiert und kündigten an, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um derartige Operationen künftig zu verhindern. Sie wollten diese Ankündigung allerdings nicht als eine Absage an militärische Operationen in England überhaupt verstanden wissen. Anders ist der letzte Satz nicht zu interpretieren.

Ende Dezember veröffentlichte die französische „Liberation" ein Exklusiv-Interview mit dem Chief of Staff der Provos, dessen zentrale Aussagen auch durch die westdeutschen Medien geisterten. Bezüglich militärischer Aktionen in England äußerte der Chief of Staff, daß *„die Ziele sehr sorgfältig ausgesucht werden"*. Es sei *„beschlossen worden, keine ökonomischen Ziele anzugreifen, wo eine Gefährdung der Zivilbevölkerung gegeben ist. (...) Alle republikanischen Operationen gegen militärische Einrichtungen in England werden automatisch von uns autorisiert. Die Einheit, die die 'Harrods'-Operation durchführte, handelte ohne Autorisierung. Ihr ist keine Order erteilt worden"*. — Auf die Frage, wie dies geschehen konnte: *„Es ist noch zu früh, um das zu sagen. Die Untersuchungen laufen noch (...). Aber die ersten Ergebnisse sprechen dafür, daß die Einheit diesen Anschlag auf eigene Initiative hin durchgeführt hat, überzeugt davon, daß es sich bei dem Objekt um ein akzeptables ökonomisches Ziel handeln würde."* „Libera-

hat, überzeugt davon, daß es sich bei dem Objekt um ein akzeptables ökonomisches Ziel handeln würde." „Libera-

tion": „Gegen die Ordnung der I.R.A. zu verstoßen, ist sicherlich ein schweres Vergehen. Werden hier Schritte unternommen?" Antwort: *„Der Army-Council ist dabei, diese Frage zu erörtern; was mich anbetrifft, so plädiere ich für effektive Sanktionen, sowohl gegen die Einheit wie den verantwortlichen Offizier."* „Liberation": „Welche Art von Sanktionen?" Antwort: *„Keine physischen. Entsprechend dem Ergebnis der Untersuchung kann es zur Degradierung des verantwortlichen Offiziers, seiner Suspendierung bis hin zum Verstoß aus der Armee kommen."* („Liberation", 29.12.83)

Dem Interview mit „Liberation" folgte Anfang Januar ein ausführlicheres Gespräch eines „autorisierten I.R.A.-Sprechers" mit der SINN-FEIN-Zeitung AN PHOBLACHT/-Republican News, der größten irischen Wochenzeitung. Dieses Interview richtete sich offensichtlich an das irritierte heimische Publikum, das sich nicht nur mit den Widersprüchlichkeiten der „Harrods"-Bombe, sondern zur gleichen Zeit auch noch mit der „Tidy-Affäre" (s.u.) konfrontiert sah. Im folgenden nun unwesentlich gekürzt die Passagen des Interviews, die die „Harrods"-Bombe betreffen: AP/RN: „Wie schwer war der Bruch der Instruktionen, die an die 'active service unit' in London gegeben wurden?" IRA: *„Laß uns zunächst die IRA-Strategie in London und Britannien allgemeiner verstehen. Zunächst einmal ist es die Absicht unserer Politik, den politischen und militärischen Einrichtungen des Gegners Schaden zuzufügen und die britische Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß ihre Regierung in einem Krieg in Irland engagiert ist, daß ihre Regierung dem irischen Volk nicht erlaubt, seine nationalen Rechte zu verwirklichen, und dies ist er Grund, warum eine Armee-Barracke in die Luft gesprengt wird oder auch manchmal Leute, die in der politischen Administration tätig sind, angegriffen werden. Eine derartige Strategie basiert auf der Prämisse, daß das britische Volk die von seiner Regierung unterstützten Mörder in Irland nicht unterstützt, daß es den Rückzug ihrer Truppen aus Irland wünscht, wie dies alle Umfragen bekunden, und daß es die Kraft besitzt, die britische Regierung diesbezüglich eventuell zu bewegen, aufgrund der Kosten, die der Krieg verursacht, oder aufgrund seines Abnutzungseffektes, oder aufgrund von Kriegsmüdigkeit. Diese Strategie erfordert den Glauben, daß, wenn das britische Volk tatsächlich wüßte, was in seinem Namen geschieht, es das Recht des irischen Volkes auf Selbstbestimmung unterstützen würde. In den 14 Jahren, die wir nun den Krieg schon führen, ist es uns oftmals gelungen, die britische Regierungspropaganda über den Charakter ihrer Intervention und der I.R.A. zu entlarven. Ohne alles andere provozieren Bomben in Britannien Debatten, jedoch zunächst hysterische und rassistische. Alle 'active service units' in Britannien wie auch in Irland sind sich bewußt über die Notwendigkeit, zivile Opfer zu vermeiden, und, in der Tat, auch die 40-minütige 'Vorwarnung' von 'Harrods' zeigt, daß es keine Absicht gab, Zivilisten zu verletzen und zu töten. Die britische Regierung hat versucht, die 'Harrods'-Operation als eine gegen Zivilisten gerichtete Angelegenheit darzustellen, obwohl sie weiß, daß die I.R.A., gesetzt den Fall, sie wollte Zivilisten töten, dies zu Hunderten machen könnte. Wir haben sogleich eine Untersuchung des Vorfalls aufgenommen."* AP/RN: „Eine ausländische Zeitung, die in der britischen Presse zitiert wird, schreibt, daß die Freiwilligen bestraft werden. Stimmt dies?" IRA: *„Alle 'Freiwilligen', einschließlich uns selbst, haben Rechenschaft über die Operation abzulegen, in die sie involviert sind, besonders dann, wenn etwas schief geht. Es ist selbstver-*

schaft über die Operation abzulegen, in die sie involviert sind, besonders dann, wenn etwas schief geht. Es ist selbstver-

ständlich, daß im Falle von Unfällen Untersuchungen aufgenommen werden. (...) Die I.R.A. entzieht sich nicht der Verantwortung für Operationen, die von ihren 'Freiwilligen' ausgeführt werden. Wir sind Kameraden in Waffen, die auf allen Ebenen in dieser Armee unter schrecklichem Druck arbeiten. Auch wenn der Army Council die Harrods-Operation nicht autorisiert hat, glauben wir trotzdem nicht, daß die 'Freiwilligen' die Tötung von Zivilisten bewußt erwogen haben. Die Untersuchung wird die Gründe dafür herausfinden, warum diese Operation so geschah, wie sie geschah, und die Führung, wie alle 'Freiwilligen', werden das Ergebnis dieser Untersuchung akzeptieren."

AP/RN: „Das Statement des Army Councils war sehr ungewöhnlich. Warum?" I.R.A.: *„Der Army Council traf sich zu einer dringlichen Sitzung und entschied über den Text des Statements. In allen I.R.A.-Statements bleiben wir bei der Wahrheit. (...) Wir verstanden und sahen voraus, daß der offene Charakter des Statements Schwierigkeiten mit Teilen unserer Basis hervorrufen würde, aber wir haben als Führung das Recht, aufgrund von I.R.A.-Bestimmungen und mit einer globaleren Sichtweise der Dinge, unsere Position zu jeder Operation, die nicht vom Army Council autorisiert wurde, unabhängig von den jeweiligen Umständen zu machen. Wir sahen voraus, daß aufgrund der Wildheit und Unmenschlichkeit der britischen Repression in den 6-counties, aufgrund der tatsächlichen Leiden der nationalistischen und republikanischen Leute, aufgrund der Art, wie die Medien I.R.A.-Statements verfremden, Konfusion folgen würde. Aber wir sind zuversichtlich, daß der demokratische Charakter der I.R.A. dazu beitragen wird, daß diese Konfusion verdunsten wird."* AP/RN: „Vielleicht sind einige Unterstützer der Auffassung, daß Bomben ohne Vorwarnung in London nichts Falsches sind, oder daß das I.R.A.-Statement dazu neigt, die active service unit zu verstoßen?" I.R.A.: *„Uns ist dies sehr bewußt, vor allem, nachdem die 'Irish News' unsere Kameraden als Renegaten bezeichnete, was sie nicht sind. Wir haben unsere Kameraden nicht verstoßen, aber das Statement enthielt sicherlich eine unbedingte Instruktion, zu einem Zeitpunkt, wo die Kommunikation sich extrem schwer gestaltete. Was das britische Volk zu bedenken hat, ist, daß aufgrund ihrer Apathie gegenüber Irland, die extrem frustrierend ist, und aufgrund der britischen Grausamkeiten in Irland, einige unterdrückte Iren und republikanische Unterstützer aus Verzweiflung Bomben ohne Vorwarnung befürworten, um die britische Öffentlichkeit und ihre Regierung aufzurütteln. Desweiteren, viele Leute, und nicht unbedingt Republikaner, sind so verärgert über die Heuchelei der britischen Medien, z.B. über die Leiden der Verletzten von 'Harrods', im Kontrast zu der Aufmerksamkeit, die den Tränen und gebrochenen Herzen der Nationalisten gewidmet wird, daß sie mit Verzweiflungstaten sympathisieren. Jedoch, ohne Rücksicht auf diese emotionalen Tendenzen und Reaktionen, wird die republikanische Führung eine derartige Strategie weder verteidigen noch unterstützen."* („AN PHOBLACHT/Republican News", 5.1.84)

Besonders die letzten zitierten Passagen aus dem Interview enthalten deutliche Hinweise auf Differenzen innerhalb der I.R.A. und der republikanischen Anhängerschaft bezüglich des Vorgehens bei militärischen Operationen (siehe hierzu Kommentar „Die Bombe von 'Harrods' — Dokument einer Spaltung?")

Verbot von SINN FEIN ?

Verbot von SINN FEIN ?

Die „Harrods"-Bombe veranlaßte einige Tory-Politiker und nordirische Unionisten, lauthals nach einem Verbot von SINN FEIN zu rufen. Frank Millar von der Official Unionist Party forderte die Wiedereinführung der „Internierung", wenn auch „nur" begrenzt. Harold McCusker erklärte: *„Nur weil 100.000 politische Delinquenten für Mörder und Anwälte von Mördern votieren, kann dies nicht bedeuten, daß diese Repräsentanten als legitimierte Politiker betrachtet werden können."* Gerry Fitt, „gemäßigter Katholik", dem kürzlich nicht die Peinlichkeit erspart blieb, den Titel eines „Lords" zu empfangen, quasi als „Trostpflaster" dafür, daß er anläßlich der letzten britischen Parlamentswahlen seinen Unterhaus-Sitz an Gerry Adams abtreten mußte, stellte die Behauptung auf, daß „SINN-FEIN-Mitglieder tagsüber Politiker und bei Nacht 'gunmen'" seien. Nordirland-Minister Prior, ein Unglücksrabe wie alle seine Vorgänger auf diesem undankbaren Posten, wies die Mitarbeiter seiner Einrichtung an, sämtliche Kontakte zu den Provos sofort abzubrechen. Es stellte sich allerdings recht bald heraus, daß die Wiedereinführung der „Internierung" oder ein Verbot von SINN FEIN in Prior's Haus vorerst nicht ernsthaft erwogen wird. Hierfür sprechen verschiedene Gründe: Zum einen läßt sich eine Partei, die bei den letzten Wahlen zum britischen Unterhaus nicht weniger als 42 % der katholischen/republikanischen Stimmen auf sich verbuchen konnte und somit als Repräsentantin der nordirischen Minorität gilt, nicht so ohne weiteres verbieten. Dazu gesellen sich noch die katastrophalen Erfahrungen mit der „Internierung" vom August 1971. Erklärtes Ziel der „Operation Demetrius" war es damals, die Provos zu zerschlagen. Doch der Schuß ging nach hinten los, denn tatsächlich gingen die Provos aus dieser Auseinandersetzung gestärkt hervor, während das

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ansehen der britischen Regierung schweren Schaden erlitten hatte. Der Geheimdienst der Provos hatte bereits Tage zuvor von der geplanten „Operation" erfahren, die wichtigsten Kader verschwanden über die Grenze oder in den Untergrund. Den Provos gelang es auf diese Weise, sich den Massenverhaftungen zu entziehen. Interniert wurden stattdessen unschuldige Familienväter, Mitglieder der Bürgerrechtsbewegung, die stets gegen die Gewalt gepredigt hatten, Mitglieder von Peoples Democracy, des gaelischen Sportverbandes, Leute, die kurzerhand anstelle ihrer Verwandten mitgenommen worden waren und Leute, von denen die Provos noch nie vorher etwas gehört hatten. Während die britische Regierung den „Erfolg" von „Operation Demetrius" bekannt gab, stellten sich die Führer der Provos mitten in Belfast der erstaunten Weltpresse und führten somit den angeblichen Erfolg ad absurdum. Die „Internierung" war vielleicht das krasseste Eigentor, das London jemals in Sachen Nordirland geschossen hatte; auf einer Woge der Empörung avancierten die Provos endgültig zur „Peoples Army". SINN FEIN analysiert die Möglichkeiten britischen Vorgehens denn auch wie folgt: *„Die Optionen der britischen Regierung lauten: selektive Internierung, Verbot von SINN FEIN und Abbruch aller Kontakte zwischen SINN FEIN und der britischen Administration — einschließlich der 'Housing executive', der DHSS etc. Da die ersten beiden Optionen im Moment von Prior und großen Teilen des Establishments für kontraproduktiv erachtet werden, wird Prior wohl die Dritte favorisieren, mit der versucht werden soll, Tausende von nordirischen Nationalisten ihrer effektivsten konstitutionellen Vertretung, die sie jemals hatten, zu berauben."* („AN PHOBLACHT/Republican News", 21.12.83)

Dies bedeutet, daß die britische Regierung noch rechtzeitig vor den Wahlen zum europäischen Parlament alles daransetzen wird, die Wahlerfolge der SINN FEIN von ihren konkreten positiven Auswirkungen für die republikanische/katholische Minorität her zu paralysieren. Denn die spektakulären Wahlerfolge für SINN FEIN sind mittlerweile nicht mehr nur allein als Ausdruck der Unterstützung der I.R.A. zu interpretieren, sondern sie sind auch Produkt beharrlicher politischer Basisarbeit in den von Arbeitslosigkeit, Wohnproblemen und dem Terror der britischen Armee heimgesuchten republikanischen/katholischen Ghettos der nordirischen Städte. SINN FEIN ist es gelungen, sich im Rahmen der vorgegebenen Möglichkeiten als effektiver Vertreter der sozialen Interessen der dort lebenden Menschen zu profilieren. Die

der vorgegebenen Möglichkeiten als effektiver Vertreter der sozialen Interessen der dort lebenden Menschen zu profilieren. Die

republikanischen/katholischen Viertel von Derry und Belfast wurden mit einem eng geknüpften Netz von „Advice-Centers" überzogen, in denen junge SINN-FEIN-Aktivisten der Bevölkerung mit Rat und Tat zur Seite stehen. Daneben betreibt SINN FEIN den Aufbau selbstverwalteter Projekte, die z.T. mit britischen Geldern finanziert werden. Bereits seit längerer Zeit übt die I.R.A. zudem in den republikanischen/ katholischen Vierteln die polizeiliche Gewalt aus, da die offiziellen loyalistischen Sicherheitskräfte hier kein Interesse an der Bekämpfung gewöhnlicher Kriminalität zeigen. Allerdings sind sie auch nicht erwünscht. Die schier unerschöpflichen finanziellen Ressourcen der I.R.A. standen bei dem Aufbau der Selbstverwaltungsstrukturen sicherlich Pate, wie John Hume, Führer der opportunistischen S.D.L.P., einmal nicht ganz ohne Neid bemerkte. Eine Partei wie die S.D.L.P. verfügt nicht über derartige Möglichkeiten, sie hat sich allerdings auch nie in dieser Vehemenz um die sozialen Interessen der republikanischen/katholischen Minderheit bemüht. Es ist nun das erklärte Ziel der SINN FEIN, bei den diesjährigen Wahlen zum europäischen Parlament die S.D.L.P. erstmals in der Wählergunst zu überflügeln. Und die Chancen stehen hierfür nicht schlecht. Nordirland-Minister Prior sah sich bereits in diesem Zusammenhang genötigt, vor dem Entstehen eines „britischen Kubas" zu warnen, *„wenn es der SINN FEIN gelinge, die S.D.L.P. bei den Katholiken Nordirlands auszustechen. (...) Prior sagte, es werde für Großbritannien bei einem solchen Wahlerfolg der SINN FEIN praktisch unmöglich, in Nordirland weiter zu regieren".* (FAZ, 15.11.83) Im Falle eines Wahlerfolges für SINN FEIN stünde die Regierung in London tatsächlich vor dem Problem, daß sie nicht länger einen seitens der Minorität durch Wahlen scheinbar legitimierten „gemäßigten Adressaten" ihrer Politik vorweisen kann. Das komplizierte Gebilde des „New Ireland Forum", das der imperialistischen Neuanbindung der Insel und ihrer Wiedervereinigung unter imperialistischen Vorzeichen dienen soll, würde einmal mehr wie ein Kartenhaus in sich zusammenbrechen. Es würde dasselbe unrühmliche Schicksal erleiden, wie alle seine Vorläufer. Deshalb wird London in enger Kooperation mit der Regierung in Dublin, die anläßlich der zu „Harrods" zeitgleichen „Tidy-Affäre" ebenfalls laut über ein SINN-FEIN-Verbot nachdachte, alles unternehmen, was zur Schwächung der SINN-FEIN-Basisarbeit und der stellvertretenden Wahrnehmung sozialer Interessen durch SINN FEIN in ihrer Effizienz führt. Wenn SINN FEIN keine konkreten Erfolge mehr vorzuweisen hat, die die Partei von der machtlosen S.D.L.P. unterscheiden, werden sich die Wähler, so die Spekulation des Nordirlandministeriums, wieder von ihr abwenden.

Gleichzeitig gilt es, die marode S.D.L.P. als neuen „Repräsentanten" zu protegieren und zu diesem Zwecke mit einem „Hauch von Macht" auszustatten. Dies setzt allerdings voraus, daß das in Dublin tagende „New Ireland Forum" endlich greifbare Erfolge seiner Arbeit aufzuweisen hat, wofür es wiederum überhaupt keine Anzeichen gibt. Zumal niemand weiß, für wen dort die S.D.L.P. eigentlich noch zu sprechen gedenkt. Der Mythos von der S.D.L.P. als „Repräsentantin" der in ihrer Mehrheit eigentlich gemäßigten nordirischen Minderheit ist seit den Unterhauswahlen dahin.

In diese Strategie passen auch die bereits seit Monaten zu registrierenden Bemühungen, personelle Identitäten zwischen der illegalen I.R.A. und ihrem legalen politischen Flügel SINN FEIN zu konstruieren. Auf diese Weise soll SINN FEIN kriminalisiert und gegenüber den zu Verhandlungen bereiten Fraktionen in England desavouiert werden. Periodisch ist von „Überläufern" die Rede, die nun endlich den Beweis erbringen würden, daß SINN-FEIN-Führer wie Adams und Morrison persönlich in die Vorbereitung und Durchführung einer Reihe von „Mordanschlägen" verstrickt gewesen seien. Gegenüber der republikanischen/-katholischen Bevölkerung wird gezielt das Gerücht verbreitet, daß aufgrund derartiger Enthüllungen in den nächsten Wochen ein Massen-Exodus republikanischer Kader in den Süden anstehen würde. Dies dient der Desillusionierung und Verunsicherung der Bevölkerung, obwohl greifbare Erfolge diesbezüglich bislang ausbleiben.

Ob diese „komplizierte Aktion" gelingt, hängt nicht nur von der Totalität der verordneten Quarantäne ab. Entscheidend wird vielmehr sein, ob sich die von SINN FEIN dominierten Basis- und Selbstverwaltungsstrukturen im Zusammenspiel mit der I.R.A. als Institutionen und Instrumentarien realer Gegenmacht erweisen können. Von einer Zerschlagung oder auch nur entscheidenden Schwächung der republikanisch-sozialistischen Bewegung wird dann wieder einmal nicht die Rede sein können.

dsm

Die Bombe von „Harrods"
Dokument einer Spaltung?

„Die Londoner Zelle der IRA, die scheinbar wahllos gegen Militärs und Zivilisten bombt, trifft politisch aber auch Gerry Adams, den neuen Sinn-Fein Führer. Adams, der mit randloser Brille, gepflegtem Bart und Fischgrätenjaketts nicht gerade aussieht wie ein Revolutionär, übernahm Mitte November die Leitung der Partei und löste den in Dublin ansässigen, vorwiegend mit Traditionen und öffentlichen Umzügen beschäftigten Sinn-Fein-Präsidenten O'Brady ab. Adams führte eine Gruppe radikalsozialistischer Neuerer an, die eine Doppelstrategie von 'Wahlurne und Kugel' propagiert — mit mehr Nachdruck auf Wahlerfolgen als auf Bombenanschlägen und Feuerüberfällen. Militärisch und vom Werbeeffekt her halten die Adams-Genossen Angriffe auf Unbeteiligte für sinnlos und den politischen Zielen — Abzug der britischen Truppen, Vereinigung der Ulster-Grafschaften mit der Republik Irland im Süden — nicht gerade zuträglich. Doch Adams, dem ein von 'Straßenkomitees' und 'Distrikträten' kontrolliertes Irland-Parlament vorschwebt, geriet durch die Londoner Attentate nur acht Wochen nach der Wahl zum neuen Sinn-Fein-Präsidenten doppelt unter Druck: Die fanatischen IRA-Bomber bewiesen vor 'Harrods', daß sie von Mäßigung nichts wissen wollen. Die Regierungen in Dublin und in London wiederum erwägen, Sinn Fein wegen der 'Harrods'-Bombe zu verbieten". (SPIEGEL, 52/83).

So wie der SPIEGEL vermuten viele bürgerliche Zeitungen im In-und Ausland hinter der "Harrods"-Bombe eine interne Auseinandersetzung der I.R.A. Dafür sprechen folgende Indizien:

— Das distanzierte Statement des I.R.A.-Army Coucils zur "Harrods"-Bombe, in dem diese Operation für "unautorisiert" erklärt wird.

— Der Verlauf des letzten SINN-FEIN-Parteitages, auf dem die Gruppe um Adams und Morrison, die ein Gleichgewicht von politischen und militärischen Kampagnen propagieren (und nicht, wie der "SPIEGEL" behauptet, ein Übergewicht der Wahlstrategie), endgültig die Führung der Partei übernahmen. Adams und Morrison stehen für eine junge Generation von Sinn Fein—Politikern, die sich Anfang der 70er Jahre den "Provos" nicht aufgrund deren diffuser programmatischer Philosophie anschlossen, sondern weil diese zu der historisch richtigen Erkenntnis gelangten, daß die britischen Besatzungstruppen nur die "Sprache der Gewehre" verstehen würden. Adams hatte in den frühen 70er Jahren maßgeblichen Anteil an der Reorganisation der Belfaster I.R.A.-Brigade. Es gibt nun Stimmen, die mit dem Machtantritt der Adams-Gruppe die Wiederholung der tristen Geschichte der "Officials" befürchten.

Die "Officials" waren einst mit dem Versprechen angetreten, der republikanischen Bewegung eine marxistische Sozialismusinterpretation näher zu bringen, segelten später aber „unter dem Banner des Sozialismus" in den biedersten Reformismus. Operationen ihres militärischen Flügels beschränkten sich ab Mitte der 70er Jahre darauf, führende Köpfe der Abspaltung I.R.S.P. physisch zu liquidieren. Adams und Morrison stehen jedoch, nicht zuletzt aufgrund ihrer politischen Sozialisation, die sich sowohl von der des "traditionalistischen" Provo-Flügels wie der des Official-Reformismus erheblich unterscheidet, für die Hoffnung, aus einer durch die irische Geschichte scheinbar wiederholt bestätigten Zwangsläufigkeit erfolgreich auszubrechen, die da lautet: Die stärkere Betonung des politischen Elementes führt unweigerlich in den Revisionismus/Reformismus.

Die "Harrods"-Operation bewegt sich allerdings trotzdem außerhalb dieser strategischen Überlegungen.

—In seiner Antrittsrede als frisch gewählter SINN FEIN -Präsident hatte Gerry Adams bezüglich des "armed struggle" u.a. ausgeführt: *„Während wir das Recht des irischen Volkes, den bewaffneten Kampf zu führen, verteidigen und unterstützen, ist es für diejenigen, die in diesen Kampf involviert sind, wichtig, sich der ständigen Notwendigkeit und Verpflichtung bewußt zu sein, daß sie ständig ihre Strategie und Taktik zu überprüfen haben. Revolutionäre Gewalt — und diese schließt sektiererische Gewaltanwendung aus — muß diszipliniert und kontrolliert ausgeübt werden, so daß sie deutlich als Symbol für den Widerstand unseres Volkes erkennbar bleibt".* ("AN PHOBLACHT"/"Republican NEWS", 17.11.83) Diese Ausführungen stehen in einem eklatanten Widerspruch zur Operation bei "Harrods". Die "Harrods"-Bombe steht aber auch im Widerspruch zu einer Auseinandersetzung, wie sie die Provos in Nordirland zur Zeit mit der "Irish National Liberation Army" führen: Als die I.N.L.A. im November in Strabane eine Autobombe ohne Vorwarnung zündete, erklärte Martin McGuiness, ehemals Chef der Derry-Brigade der Provos, heute Abgeordneter des nordirischen Parlaments und Mitglied der SINN FEIN-Führung: *„SINN FEIN unterstützt das Recht des irischen Volkes, Krieg gegen die königlichen Truppen zu führen; wir sind aber der Auffassung, daß die Freitag-Nacht von der I.N.L.A. ohne Vorwarnung gezündete Autobombe sowohl militärisch wie auch politisch nicht tragbar ist. Bomben ohne Vorwarnung in Wohngebieten unterscheiden nicht zwischen zivilen und legitimen militärischen Zielen. Die I.N.L.A. sollte anerkennen, daß Aktionen dieses Charakters ein nicht akzeptables Risiko für Zivilisten bedeuten und der britischen Armee und der politischen Administration in Irland nützen."* ("AN PHOBLACHT"/"Republican News", 10.11.83).

Aus den I.R.A.-Stellungnahmen nach der "Harrods"-Bombe geht hervor, daß es zwischen dem "Army Council" und Teilen der I.R.A.-Basis Differenzen über den Sinn und Zweck von "no-warning-bombs" gibt. Aber auch Teile der weiteren Anhängerschaft halten anscheinend in Anbetracht des britischen Terrors und der "shoot to kill"-Politik der loyalistischen "Sicherheits"kräfte, "no-warning-bombs" für legitim. Der "Army Coucil" hat jedoch zu verstehen gegeben, daß er diesem "Druck" nicht zu erliegen gedenkt.

Die aufgetauchten Probleme sind für die I.R.A. nicht ganz neu:

— Als Ende der 70er Jahre protestantische "Todesschwadrone" mit Hilfe der britischen Armee in die katholischen Viertel von Belfast eindrangen und dort Zivilisten massakrierten, wurde der Ruf nach Vergeltungsschlägen der I.R.A. laut. Die I.R.A. lehnte mit der Begründung ab, sie beabsichtige nicht, den Krieg in Nordirland auf die sektiererische Ebene einer konfessionellen Auseinandersetzung zu tragen. Vergeltungsschläge gegen protestantische Zivilisten würden eine solche Entwicklung jedoch zwangsläufig zur Folge haben.

— Als nach einem erneuten Massaker ein protestantischer Werkschutzangehöriger der Sirocco-Werke im Belfaster Stadtteil Short Strand erschossen wurde, kritisierte die Belfast Brigade der I.R.A. diesen Vergeltungsschlag und wiederholte, daß derart der nationale Befreiungskampf propagandistisch leicht als irrationale Auseinandersetzung zwischen Katholiken und Protestanten dargestellt werden könne.

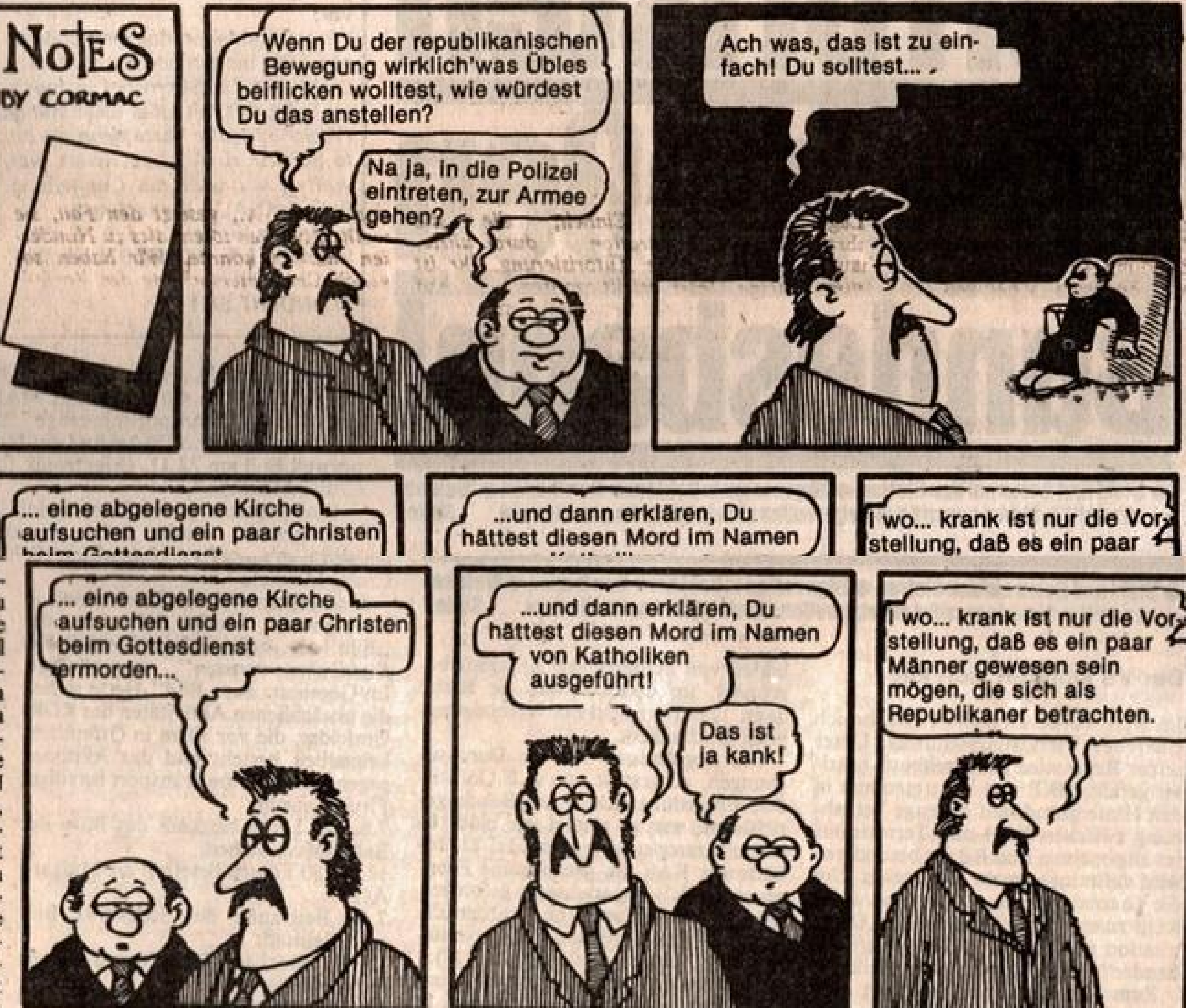
— Als die "Iron Lady" gegenüber dem Hungerstreik der republikanischen Gefangenen kein Einlenken zeigte, kam es in Belfast und Derry wiederholt zu schweren Ausschreitungen, bei denen auch Einrichtungen in den republikanischen/katholischen Vierteln in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die "Derry Brigade" der I.R.A. veröffentlichte damals einen Aufruf, in dem sie die rebellierenden Jugendlichen zur Disziplin ermahnte. Obwohl nach den ersten Toten des Hungerstreiks Rufe nach "Rache" unüberhörbar waren, blieb die I.R.A. bei ihrer Strategie kontrollierter militärischer Operationen, um die politsche Kampagne nicht zu torpedieren.

blieb die I.R.A. bei ihrer Strategie kontrollierter militärischer Operationen, um die politsche Kampagne nicht zu torpedieren.

In derartigen Situationen besteht immer die Gefahr, daß sich Kräfte von den "offiziellen Strukturen" autonom machen und sich die I.R.A. damit konfrontiert sieht, ihr "Gewaltmonopol" verteidigen zu müssen. Anscheinend existiert aktuell wieder eine derartige Gefahr. So erschoß vor einigen Wochen eine obskure Gruppe namens "katholische Reaktion" drei Protestanten bei ihrem Kirchgang. Der Name der Gruppe wie die Kulisse des Attentates lassen auf sektiererische Absichten schließen. Die I.R.A. versicherte damals glaubwürdig, keinerlei Verbindungen zu dieser Gruppe zu unterhalten. Auch die Aktionen der I.N.L.A., eine Gruppe, deren Auffassung vom Verhältnis Politik/"bewaffneter Kampf" sich früher eher rechts vom Verständnis der Provos bewegte, nehmen zunehmend fragwürdige Formen an.

Es läßt sich heute noch nicht mit letzter Sicherheit sagen, ob mit der "Harrods"-Bombe Akzentverschiebungen in der politischen und militärischen Strategie der Provos bewirkt werden sollten und damit die eigentlichen "Täter" in Dublin sitzen. Unsinnig ist es, von einer Spaltung zwischen SINN FEIN einerseits und I.R.A. andererseits, zwischen einem "politischen Flügel" und einem "militärischen Flügel" zu sprechen, wie sie durch bürgerliche Medien suggeriert wird. Die Auseinandersetzungen scheinen vielmehr quer zu den politischen und militärischen Strukturen der Provos zu verlaufen. Sicher ist heute nur, daß der republikanischen Bewegung insgesamt eine generellere Debatte über den Charakter und den Sinn und Zweck militärischer Operationen bevorsteht. Die Behauptung, daß diese Debatte organisatorische Abspaltungen von den Provos und einen Verlust an militärischer Hegemonie für die Provos innerhalb des republikanischen Lagers zur Folge haben könnte, ist nichts als pure Spekulation.

dsm



aus: An Phoblacht/Republican News (Zeitung der Sinn Fein), 24.11.1983

Aufruf

Es wäre sehr nett, wenn alle Leute oder Gruppen, die Material zu diesem Thema horten — insbesondere aus Süddeutschland — dieses an die Bremer Kontaktadresse schicken würden!

Faksimile aus der ‚BamS'

„KGB" – die Terroristen, die auf Züge schießen

Von HORST-GÜNTER TOLMEIN und ERNST LÜTCKE

Bremen/Hannover, 4. 12.

Mit einer Serie von heimtückischen Anschlägen auf den Eisenbahnverkehr im Raum Bremen-Hannover sind jetzt radikale Gegner der westlichen Nachrüstung zum Angriff übergegangen.

Menschenleben spielen ganz offensichtlich keine Rolle mehr in ihrem fanatischen Kampf gegen die NATO!

BILD am SONNTAG erfuhr aus zuverlässiger Quelle: Allein zwischen dem 3. und 24. November kam es zu elf Sabotageakten:

- **Es wurden Züge beschossen,**
- **durch falsche Weichenstellung umgeleitet,**
- **Gleise blockiert,**
- **magnetische Zugsicherungen, Signale und Schaltstellen zerstört.**

Ein Wunder, daß noch keine Menschenleben zu beklagen sind!

11 Sabotage-Anschläge

Terroristen beschießen Bundesbahn!

● Stahl und Beton auf den Gleisen ● Züge rasten in Schienen-Barrikaden ● Weichen verstellt ● Signale zerstört ● Jetzt wollen sie ein NATO-Lager stürmen! Seite 2

Der Arbeiterkampf erfuhr aus ebenso zuverlässiger Quelle: Bild lügt! Schon am nächsten Tag widersprach ein Sprecher der Bundesbahn: „Es könne sich um ‚Dumme-Jungen-Streiche' gehandelt haben. Einen politischen Zusammenhang mochte er nicht herstellen" (1). Ein typischer Hetzartikel der Bild, also Augen und Ohren zu? Aber — wo ist die „zuverlässige Quelle"? In der Redaktion selbst, oder — gar woanders?

Der Zusammenhang Munitionsgruppen (2) — Terrorismus geistert nun schon seit einem halben Jahr durch die Presse mit nur einem Ziel: eine terroristische Vereinigung herbeizufabulieren!

Doch der Reihe nach ...

Der „KGB"

Seit Herbst 1982 beschäftigt sich ein Teil der Bremer Friedensbewegung mit den Nachschubwegen der US-Army, denn ca. 300 Munitionszüge fahren pro Jahr durch Bremen, von Nordenham aus Richtung Süddeutschland. Nach niederländischem Vorbild (3) sollen auch hier die Bombenzüge gestoppt werden.

Zu diesem Zweck wurde Anfang 83 das Komitee gegen Bombenzüge (kurz

werden.

Zu diesem Zweck wurde Anfang 83 das Komitee gegen Bombenzüge (kurz

KGB) gegründet. Ein loser Zusammenschluß von rund 20 Initiativen, u.a. ‚Krieg dem Krieg', Gewaltfreie Gruppen, Grüne. Das gemeinsame Motto ist: **Beobachten, Begrüßen, Blockieren**. Obwohl von den radikaleren Kräften gegründet, stellen im KGB die gewaltfreien Gruppen eine knappe Mehrheit.

Die Bedeutung dieser Gruppen liegt auf der Hand. Im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung stellt die BRD die notwendige Infrastruktur zur Verfügung, damit US/NATO-Verbände schnell einreisen (4) bzw. weiterreisen können (5). Über die BRD wird auch Material direkt in Krisen- und Kriegsgebiete verschickt, so

- 1958 in den Libanon
- 1973 von Germersheim über Bremerhaven nach Israel (6)
- 1982 in den Irak
- 1983 nach Kurdistan (7)

Was nun, wenn in einer solchen Situation Hunderttausende nicht auf Landstraßen sondern auf den Zuggleisen Menschenketten bilden? Signale plötzlich auf Rot stehen, Kurzschlüsse in der Oberleitung sich häufen, oder Barrikaden auf den Schienen aufgebaut sind? Die langen Schienenstränge waren ja schon zu Winnetous Zeiten ein Hauptproblem der US-Army (8).

Der Staatsapparat, von Enthüllungen über die Munitionstransporte empfindlich getroffen, reagiert scharf:

- Am 30.10.82 wurde ein Fernsehteam von Radio Bremen beim Filmen in Nordenham von zehn Amis mit vorgehaltenen Waffen umstellt. Wenig später erschienen noch drei BKA-Bullen.
- Am 2.3.83 durchsuchten rund 100 Bullen sieben Wohnungen in Bremen. Anlaß war ein gefälschter Handzettel des Innensenators, in dem es um Katastrophenpläne bei Munitionstransporten ging (9). Die Innenbehörde stritt erstmal die Existenz der Bombenzüge ab und erstattete Anzeige.

Ein Gespenst wird geboren

Von nun an widmete sich die bürgerliche Presse diesem Problem. Immerhin geht es darum, Terroristen zu enttarnen.

Den Anfang macht die „FAZ" (10) und berichtet von einem Frankfurter Treffen: *„Vier Frauen erläutern den meist sehr jungen Anwesenden den von Bremer Gruppen ausgekundschafteten Weg amerikanischer Munitionszüge. Sie sprechen auch von ‚revolutionärem Widerstand', von der ‚RAF' sowie von ‚politischen Gefangenen'."*

Genauer wurde dann schon die „Bunte" (11): *„Auf den Nachschub kommt es an, heizt bereits der KB zögernde Gruppen an."* Die Bunte macht in vorderster Front KB und DKP aus. Unterstützung wird noch vom „RAF-Umfeld" und von den Revolutionären Zellen (RZ) erwartet. Geplant sind technische Blockaden und Anschläge: „ ‚Was ist mit dem Lokführer, wenn der Zug in die Luft fliegt?' Als einige Genossen verstohlen lachen, sagt der Frager: ‚Na ja, ich mein ja bloß'."

Insgesamt ist aber alles noch ein bißchen wirr und zu dick aufgetragen. Es wird also Zeit, daß die ganze Sache besser koordiniert wird.

Der VS schaltet sich ein

Der VS schaltet sich ein

Im Mai wurde Heribert Hellenbroich Chef des Verfassungsschutzes. Unter seiner Regie wird das Drehbuch präziser gefaßt; DKP und KB treten nun in den Hintergrund, auf die enge Verzahnung zwischen KGB und Terrorismus im allgemeinen und RZ im besonderen wird dafür umso mehr Wert gelegt. Um die Dramaturgie zu steigern, wird der KGB zu einer straff-gegliederten Organisation aufgebaut, die ihren „großen Bruder" fast in den Schatten stellt.

Zum Einstieg gibt Heribert der Quick ein Interview, das Anfang August erscheint (12): *„Am gefährlichsten erscheint den Verfassungsschützern das Bremer KGB mit Kontaktstellen im ganzen Bundesgebiet. Seine Mitglieder haben in einer beispiellosen Operation das ganze Land mit einem Netz von Spitzeln und Saboteuren überzogen. Mit der Präzision eines geheimen Nachrichtendienstes planen sie ihr Vorgehen ... Kein Signalmast, der nicht ausbaldowert ist, keine für Anschläge geeignete Brücke über ... Weser oder Mittellandkanal wurde ausgelassen. Von Brücken aus sollen Schiffe bombardiert werden, der Beschuß von militärischem Begleitpersonal mit Stahlkugeln ist vorgesehen, an unübersichtlichen Stellen sollen Stahltrossen unter Wasser gespannt werden ... Schließlich, als Phase drei, die Blockaden. Hier mischen sich KGB-Mitglieder direkt unter friedliche Protestler."*

In der eine Woche danach erscheinenden Ausgabe der Zeitschrift „Innere Sicherheit" (13) wird das Bremer BBA-Büro als Koordinationsstelle der Proteste gegen die Munitionstransporte ausgemacht und zu *„Aktivitäten terroristischer Kreise"* hochstilisiert: *„Personen aller Gruppierungen des terroristischen Umfeldes beteiligen sich an Aktivitäten zum Thema Munitionstransporte ... Es gibt Anhaltspunkte, daß terroristische Gewalttaten geplant werden."*

Natürlich kommt Heribert auch ins TV. Am 23.8. ist es soweit. Report: *„Bremen: (Hier) laufen die Fäden zusammen. 2.000 Sympathisanten versorgen die Zentrale laufend mit Informationen (14) Es gibt nur einen Gegner: Das Amerika Reagans ... Munitionstransporte sind, wie gesagt, sehr leicht vermittelbar, so daß wir befürchten müssen — und wir haben schon Hinweise — daß sich die Terroristen hier einklinken und dann natürlich auf ihr Arsenal zurückgreifen, sprich Sprengstoffanschlag."*

Mit diesem Interview nähert sich die Vorbereitungsphase ihrem Ende (15). Die Argumentationsmuster sind entwickelt, um den nächsten Schritt in Angriff zu nehmen.

Die Kriminalisierung beginnt

Mitten im heißen Herbst (am 14.10) wurden von BKA und LKA zwei Hausdurchsuchungen in Mannheim und fünf in Heidelberg durchgeführt. Einige Wochen vorher, am 23.8., waren die beiden Mannheimer schon erkennungsdienstlich behandelt worden, weil sie das Entladen von Munition im Mannheimer Hafen fotografierten. Die Festnahme im August wurde noch mit § 109 StGB (sicherheitsgefährdendes Abbilden von militärischen Anlagen) begründet, im Oktober war die Sache

bilden von militärischen Anlagen) begründet, im Oktober war die Sache

dann 129a (terroristische Vereinigung) hoch geschaukelt.

Die Begründung für die Durchsuchungen, ausgestellt von K.E.Gollwitzer, Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof, war so simpel wie blöd: In ihrem Strategiepapier vom Mai 82 (16) hätte die RAF die gemeinsame Front gegen den US-Imperialismus gefordert. Und in eben dieser Front würden die Beschuldigten durch das „Ausspionieren" der Militärstruktur stehen. (17).

Mit der gleichen Begründung sind am 19.10. noch drei Wohnungen in Stuttgart bei Leuten der Initiative „Rotes Signal" durchsucht worden (18). Ganz im Sinne der „Krefelder Strategie" werden hier die militanten Teile der Friedensbewegung rausgepickt und kriminalisiert. Dabei kommt dem Staatsschutz zugute, daß die Munitionsgruppen in Süddeutschland isolierteer sind als im Norden. So wurden z.B. auf einer Diskussionsveranstaltung der Grünen am 1.12. in Bremen diese Kriminalisierungsversuche von der Mehrheit der Teilnehmer verurteilt.

Ein weiterer inhaltlicher Strang des Staatsschutzes läuft über die Konstruktion eines „illegalen Infosystems" (19). Und auch hier wird gezielt nach Material zu militärischer Infrastruktur gesucht, so z.B. bei einer Hausdurchsuchung in Stuttgart am 14.7., wo gleich jede Menge Material der dortigen Initiative gegen Munitionstransporte beschlagnahmt wurde.

Da die Aktionen des Staatsschutzes so „erfolgreich" gelaufen sind, gibt es keinen Grund, die Taktik in der nächsten Phase zu ändern.

Die Raketenstationierung

Mit der völlig termingerechten Durchführung der Stationierung konfrontiert, greift die Friedensbewegung zu radikaleren Formen, der Wille zu effektiveren Behinderungen ist gewachsen, genannt seien nur Bonn am 21.11., Schwäbisch-Gmünd am 4.12. und Hausen 9.-12.12. Parallel dazu wird gegen die vorher so hochgelobte friedliche Friedensbewegung wesentlich härter durchgegriffen (20) und auch ein Günter Grass kriegt von der CDU sein Fett ab: *„Das ist doch eine ganz militante Vorbereitung für einen geistigen Bürgerkrieg, das Herstellen von Unfrieden"* (21).

Das Bundesinnenministerium befürchtet seit November schon wieder Anschläge von RAF und RZ auf Munitionstransporte (22). Die katholische „Deutsche Tagespost" weiß sogar, daß *„Munitionstransporter und Güterwagen mit Panzern in die Luft gesprengt werden sollen"* (23).

Am 4. Dezember erscheint der anfangs zitierte Bild-Artikel (24). Er zeichnet sich dadurch aus, daß er von vorne bis hinten erlogen ist. Tatsächlich stattgefundene Sabotageaktionen, wie z.B. die in der „Radikal" werden hingegen nicht erwähnt.

BREMEN

Drahtseilaktion

Derweil in Bremerhaven die Blockaden laufen und die Blockierer sitzen (gut Block, Genossen!) waren auch wir nicht faul und schlossen kurz. In der Nacht zum 15.10 machten wir uns auf die Socken (von wegen der Spuren) und nahmen einen kleinen Sabotageakt an der Bahnstrecke BHV/BH vor:

Wir verbuddelten das eine Ende eines 10m langen und 8mm starken Drahtseils ca. 50cm tief in feuchter Erde, das mit einer Eisenstange *(Welche Maaße hatte denn die bitte schön? d. Ä.)* beschwert war, warfen wir über die Oberleitung. BLITZ! KNALL! Kurzschluss.

in diesem Sinne:

STOPPT DIE BOMBEBZÜGE,TATSÄCHLICH!

PLÜNDERT SIE!

Ebenfalls nicht erwähnt wurden z.B. die Anschläge in Göttingen auf MAN am 20.11. (Transportfahrzeuge für Pershing II) und in Düsseldorf auf Honeywell Bull am 22.11. (Elektronik für Cruise Missile).

Eine geplante gewaltfreie Aktion in Kellinghusen wurde dafür in der „Bild" als *„offener Angriff von linken Eisenbahnterroristen"* angekündigt. Im Gegensatz zur „Bild"-Hetze stehen

„Bild" als *„offener Angriff von linken Eisenbahnterroristen"* angekündigt. Im Gegensatz zur „Bild"-Hetze stehen

die tatsächlichen Aktivitäten des KGB-Umfeldes, die vor allem in Öffentlichkeitsarbeit besteht und das Aktionen gegen am Munitionstransport beteiligte Firmen macht.

7.6.: 25 Leute besetzen das Büro des Bahnhofsvorstehers

13.6.: 30 Frauen besetzen die Midgard AG

7.10: Besetzung des Stellwerks Bremen-Neustadt

15.10.: Blockade des Midgard Hafens in Nordenham

21.11.: kurze Schienenbesetzung

11.12.: die Eingänge der Firmen Midgard, Rhenania und United States Lines werden verklebt

12.12.: eine Gruppe besucht die „Bild"-Redaktion, dabei fällt ein rotes Farbei in den Fernschreiber.

Wenn in der Presse so penetrant Gerüchte in die Welt gesetzt werden, tatsächliche Aktionen aber gar nicht erwähnt werden, so kann das nur einen Grund haben — neue Festnahmen werden vorbereitet.

Am 16.12. war es auch schon soweit. Hausdurchsuchungen in Rüsselsheim, Nauheim und Büttelheim, insgesamt vier Festnahmen (129a).

In der Presse wird die Zerschlagung einer völlig neuartigen Terrorgruppe, eine Mischung aus RAF und RZ gefeiert (25), die angeblich gerade eine Serie von Terroranschlägen plane. Den Festnahmen gingen „langfristige Observationen" von LKA und BKA und neuentwickelten Ideen voraus, als Beweismittel wurden diverse Haushaltssachen mitgenommen und eine Hessenkarte mit eingekreisten militärischen Einrichtungen. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft *„besteht spätestens seit Ende September eine Terroristische Vereinigung mit dem Ziel, Sprengstoffanschläge auf das Rüsselsheimer Bahngelände zu begehen"*.

Der Bahnhof Rüsselsheim ist zwar gar kein Umschlagplatz für NATO-Waffen, wie Bedienstete der Bahn erklärten (26), und die Landkarte war eine Wanderkarte der örtlichen Friedensbewegung — aber was soll's, die vier Gefangenen sitzen in Preungesheim in der 129a-Abteilung und die Observierung der Rüsselsheimer Szene durch das LKA geht auch weiter.

Diesmal gingen die Festnahmen aber nicht ganz so ruhig über die Bühne. Am nächsten Tag präsentierten 100 Demonstranten der Polizei eine „Terroristen-Grundausstattung", bestehend aus Spraydosen, leeren Benzinkanistern, Einmachgummis als Distanzwaffen und alte Wecker. In einer gemeinsamen Erklärung von Autonomen, Jusos, Grünen und FWG wird das polizeiliche Vorgehen scharf verurteilt.

Um was handelt es sich bei den neuentwickelten Ideen? Nicht uninteressant in diesem Zusammenhang ist die kürzliche Enttarnung des VS-Agenten Wolfgang Rosenthal alias Lutz Jung in Frankfurt. Er war seit Mai 82 im „Außendienst" — beteiligte sich u.a. aktiv an der Vorbereitung der Bremerhaven-Demo vom 15.10. — um *„terrorismusrelevante Kontakte zu bekommen"*. Sein Auftrag bestand darin, das Konstrukt „Legale RAF" durch seine Recherchen mit Inhalt zu füllen.

Übrigens, in den „Bremer Nachrichten" vom 9.1.84 wird kundgetan: „Die Geheimdienste rechnen schon in allernächster Zeit mit schweren Anschlägen von Terrorgruppen".

E. 9.1.84
Antimil., KB Bremen

Anmerkungen

1) „BN" vom 5.12.83
2) Initiativen gegen **Munitionstransporte**
3) am 18.-21.1.82 wurde ein Munitionstransport durch die Niederlande massiv behindert (AK 217, März 82)
4) Bei den jährlichen Reforger-Manövern werden bis zu 15.000 Soldaten aus den USA eingeflogen, die dann in der BRD ihre schweren Waffen in Empfang nehmen und ins Manöver ziehen.
5) Anti-Startbahn Info Nr. 5, KB
6) „Nordsee-Zeitung", 25.10.73. Ärger bereitete die Tatsache, daß der Nordhafen einfach zum militärischen Sperrgebiet erklärt wurde
7) AK 235 (Juni 83). Ende Mai übte eine Einheit der europäischen Eingreiftruppe AMF in Kurdistan, während gleichzeitig das türkische Militär einen Feldzug gegen die Kurden führte
8) schreibt der Arbeitskreis Wesermarsch in der „taz" vom 14.2.83 so schön

8) schreibt der Arbeitskreis Wesermarsch in der „taz" vom 14.2.83 so schön

9) „WK" vom 15.2.83
10) 29.4.83, Artikel von Paul Hefty
11) Juni 83, von Hellmut Rieber
12) 4.8.83, Autoren sind Heiner Emde und Paul Limbach
13) Nr. 68 vom 12.8.83
14) schön wär's
15) der „Spiegel" bringt am 26.9. den „liberalen" Abklatsch des gleichen Themas
16) gekürzt abgedruckt in der „taz" vom 2.7.82
17) ausführlicher dazu im AK 240 (28.11.), S. 21 und „Radikal" 123 (Dez.), S. 18
18) „taz" 27.10.83, „Radikal" 123 — Ihre Gefährlichkeit ist den „Spiegel"-Lesern schon lange bekannt: „Die Initiative ‚Rotes Signal' aus Stuttgart zeigt auf Flugblättern brennende Barrikaden"
19) Mit diesem Vehikel kann schon der Schriftverkehr mit inhaftierten Genoss(inn)en (trotz Zensur) unter den § 129a fallen
20) zu Hausen im AK 241 (19.12.83), S. 15
21) Staatssekretär Kurt Würzbach zu der Heilbronner Erklärung, „DTP", 21.12.83
22) „BN", 3.11.83
23) „DTP" vom 23.11.83. Autor ist Peter Hornung, Militärspezialist, Redakteur beim Bayernkurier und Referent des Wehrpolitischen Arbeitskreises der CSU. Zu seinen persönlichen Bekannten zählt Dr. J. Savimbi, Chef der angolanischen Terrorgruppe UNITA. Weiterer Redakteur der „DTP" ist auch ein gewisser Hendrik von Bergh, 13 Jahre lang Pressereferent des Bundesamt für Verfassungsschutz (aus: Braunzone, Buntbuchverlag)
24) Autor ist Horst Günter Tolmein. Er schreibt noch in einem Theorieblatt der Deutschlandstiftung, die am rechten CDU-Rand angesiedelt und von Alt- und Neufaschisten durchsetzt ist, z.B. zum Thema „Krawalle hüben — Einmarsch drüben"
25) „BN", „FR", „Welt" vom 20.12.83
26) „taz" vom 24.12.83

„Aufruf zur Mißachtung des Grundgesetzes"

Schriftsteller fordern zur Kriegsdienstverweigerung auf

Mitten in die friedliche Vorweihnachtsstimmung platzte sie, die „*ganz militante Vorbereitung ... für einen geistigen Bürgerkrieg*" (2): Unter der Überschrift „Wehrt euch!" hatten prominente westdeutsche Schriftsteller und andere Persönlichkeiten in der sog. ‚Heilbronner Erklärung' „*zur Verweigerung eines nach unserer Überzeugung verfassungswidrigen Wehrdienstes*" in einer Bundeswehr aufgerufen, die durch die Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen (i.e. Pershing II und Cruise missiles) „*zum Bestandteil eines Offensivkonzepts (werde), das den Verteidigungsauftrag unserer Verfassung pervertiert*". Dieser Widerstand solle geübt werden, „*bis die Bundesrepublik frei von Massenvernichtungs- und Angriffswaffen ist . . .*" (siehe die nebenstehend abgedruckte Erklärung).

Da nützte denn auch die in einer weiteren Resolution verabschiedete Aufforderung an die DDR, alle Behinderungen und Verfahren gegen die eigenständige DDR-Friedensbewegung einzustellen, nichts mehr: Eine ganze Flut wütender Verdammungserklärungen war die Folge: Von „*Aufhetzung der Bevölkerung*" (Mertes, CDU), „*Haßtiraden und Hetzparolen*" (Bötsch, CSU), „*ungeheuerliche(r) Diffamierung für alle Soldaten der Bundeswehr*" (Porzner, SPD) ist da die Rede. Vorläufiges

„*ungeheuerliche(r) Diffamierung für alle Soldaten der Bundeswehr*" (Porzner, SPD) ist da die Rede. Vorläufiges

Endergebnis: Der Strafantrag eines ‚Bürgers' beim Generalbundesanwalt wegen „*verfassungsfeindlicher Einwirkung auf die Bundeswehr*" und „*Störpropaganda*" (3).

Wie kam's?

Ursprünglich als Folgetreffen der seit zwei Jahren stattfindenden ‚gesamtdeutschen' Schriftstellertreffen geplant, trafen sich am 17.12.83 lediglich westdeutsche ‚Prominente' zu einer Demonstration am Atomwaffenlager Waldheide bei Heilbronn und der anschließenden Tagung unter dem Motto „Den Widerstand lernen". Die DDR-Autoren waren teilweise mangels Ausreisegenehmigung, teilweise wegen Bedenken gegenüber einer Teilnahme an der Demonstration zu Hause geblieben. Im Verlaufe der Diskussionen über das zukünftige Vorgehen der Friedensbewegung kam dann auf Anregung des Tagungsleiters Günter Grass jene Unruhe stiftende Erklärung zustande, die nach dessen eigenen Worten einem Ziel dienen solle, „*was nach hergebrachtem Sprachgebrauch ‚Wehrkraftzersetzung' genannt wird*"(4).

Die Heftigkeit der Reaktionen — auch der Vergleich mit den ‚Methoden der Nazis' wurde mal wieder bemüht (5) — und das völlige Fehlen von G e g e n - a r g u m e n t e n deuten darauf hin, daß die Unterzeichner dieser Erklärung durchaus einen empfindlichen Punkt getroffen haben.

Der ‚Verteidigungsauftrag'

Begründet wird der Aufruf der Schriftsteller (unter Berufung auf Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes (6)) mit der Verfassungswidrigkeit eines Offensivkonzepts, zu dessen Bestandteil die Bundeswehr mit der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen werde. Diese neue Strategie ‚mißbrauche' die Bundeswehr. Auf die Vorwürfe von Kriegsminister Wörner hin, er beschimpfe die Bundeswehr, erklärte Günter Grass ausdrücklich, „*er habe sich vor die Bundeswehr gestellt und vor ihrem Mißbrauch gewarnt*" (7).

Wie sagte er doch selbst in seiner persönlichen Erklärung auf dem Heilbronner Treffen: „*Viele Bürger ... nahmen die Bundeswehr und das NATO-Bündnis hin, weil sie der Versicherung glaubten, es seien alle Waffensysteme, Manöver und Einsatzpläne ausschließlich der Verteidigung dienlich. (...) Erst heute begreife ich zu spät, daß mich militärisch-strategische Begriffe wie der der sogenannten ‚Vorwärts-Verteidigung' hätten warnen ... müssen . . .*" (8). Sollte er erneut einer Täuschung erleben sein? Steht doch in der Präambel des gleichen Grundgesetzes, auf das er sich beim ‚Verteidigunsauftrag' der Bundeswehr bezieht, daß es nur für eine „Übergangszeit" gelte, für deren Beendigung nicht nur Politiker der CDU/CSU plädieren und die Bundeswehr seit ihrem Bestehen vorzubereiten suchen (9)!

Kritisch bemerkte auch der Schweizer Schriftsteller Otto F. Walter, daß seine Kollegen „*auf einem Umweg zu einem Bekenntnis zur Bundeswehr kommen*" und fragte, ob „*das denn noch in der Hauptstoßrichtung der Friedensbewegung*" liege (10) . . .

Nachspiel

Nachspiel

Sei dem, wie dem sei. Die aktuelle Entwicklung der NATO-Strategie läuft jedenfalls darauf hinaus, die Beendigung des ‚Übergangszustandes' mit militärischen Mitteln — und der Bundeswehr als stärkster konventionellen NATO-Armee in Europa — tatsächlich möglich zu machen. Und dagegen ist massenhafte Kriegsdienstverweigerung in der Tat ein wesentliches Mittel:

Alfred Mechtersheimer, der ebenfalls an dem erwähnten Treffen teilnahm, kündigte als Oberstleutnant a.D. bereits an, er werde die nachträgliche Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer beantragen, bis die BRD wieder ohne atomare und chemische Vernichtungswaffen verteidigt werde (11). Und das ist, wie in der Erklärung ebenso formuliert, durchaus weitergehender als der bisherige Minimalkonsens der Friedensbewegung.

Die Reaktion kam prompt: Kriegsminister Wörner verbot gemeinsam mit dem Inspekteur des Heeres, Meinhard Glanz — welcher immerhin Mitunterzeichner des Vorworts zum Airland-Battle-2000-Konzept ist — Offizieren der Bundeswehr die Teilnahme an einer geplante Tagung in Loccum unter dem Titel „Die Zukunft von Sicherheit und Frieden — Gespräche über Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer Neuorientierung", zu der neben u.a. Jo Leinen (BBU) auch Alfred Mechtersheimer eingeladen war. Studienleiter Calließ sagte die Tagung ab, erhielt allerdings nach eigenen Worten 22 Telefonanrufe von Soldaten und Offizieren (12), die die Entscheidung Wörners verurteilten.

Nun war die Stunde der SPD gekommen: Nchdem ihr Parlamentarischer Geschäftsführer K.Porzner für die SPD-Bundestagsfraktion die Behauptungen der Schriftstellererklärung als „*eine ungeheuerliche Diffamierung für alle Soldaten der Bundeswehr*" bezeichnet hatte, da sie „*den Soldaten und der Bundeswehr insgesamt (unterstelle), sie würden verfassungswidrig handeln ...*", brachte G.Schröder zum genannten Maulkorberlaß Wörners im Bundestag eine Anfrage an die Bundesregierung ein, in der er nach den Gründen, dem Urheber und der Abstimmung des Verbots mit Verantwortlichen der Militärseelsorge (13) fragte. Außerdem interessierte ihn, ob sich in dem Verbot eine „*Neuauffassung des Verhältnisses von Gesellschaft und Bundeswehr*" offenbare (gemeint ist der berühmte ‚Staatsbürger in Uniform') und auf welche Personen und Personengruppen sich das Verbot noch erstrecke (14). Das nennen sie dann vermutlich ‚Widerstand gegen den Militarismus' oder so . . .

Wir jedenfalls fordern dazu auf, dem Aufruf der Schriftsteller und dem Beispiel Mechtersheimers zu folgen und den Kriegsvorbereitern einen dicken Strich durch die Rechnung(en) zu machen: **Verweigert den Kriegsdienst!**

Antimil-Kommission
KB-Gruppe Göttingen

Anmerkungen

1) CSU-MdB A.Biehle, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses nach „FR", 24.12.83: „*Im übrigen sollte geprüft werden, ob nicht gerade durch den Aufruf zur Wehrdienstverweigerung und damit zur Mißachtung des Grundgesetzes strafrechtliche Tatbestände erfüllt werden . . .*"
2) Parl. Staatssekretär im Kriegsministerium K.Würzbach gegenüber dem NDR, zitiert nach „taz", 21.12.83
3) „FR", 5.1.84
4) „FR", 21.12.83
5) K.Würzbach nach „FR', 23.12.83: „*Nicht nur die Vokabeln, auch der Stil und die Art dieser Begegnung erinnern an die Frühzeit der nationalsozialistischen ‚Bewegung'.*"
6) „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. (...)"
7) „taz", 24.12.83
8) „FR", 21.12.83
9) s. AK 239, „Die Bundeswehr — ‚Heer für den Angriff' "
10) „Spiegel", 26.12.83, versehen mit dem süffisanten Kommentar: „*Gute Frage, nur, was für eine Friedensbewegung hat er bloß gemeint?*"
11) ebenda
12) lt. „taz" vom 5.1.84
13) Die Militärseelsorge spielt hier insofern eine Rolle, als Soldaten an von Militärseelsorgern ausgerichteten sog. ‚Rüstzeiten' teilnehmen können und dafür Sonderurlaub erhalten. Die Loccumer Tagung sollte eine solche darstellen.
14) „FR", 7.1.84

Deutsche Regierungssprecher und Bundestagsabgeordnete sollten Günter Grass nicht verunglimpfen, sondern froh sein, daß es noch deutsche Schriftsteller wie ihn oder Heinrich Böll gibt. Grass und das Schriftstellertreffen in Heilbronn, an dem ich leider nicht teilnehmen konnte, machen Deutschland in der Welt einen besseren Namen als ihre Verunglimpfer und können vielleicht dazu beitragen, das Land vor diesen und ihrem Großen Bruder doch noch zu retten.

Natürlich steht die Bundeswehr außer der Legalität. Ihre Führung und ebenso alle verantwortlichen Mitglieder der Bundesregierung müßten nach Ansicht namhafter englischer Juristen jetzt wegen „Vorbereitung eines Verbrechens gegen die Menschheit" gehängt werden, wenn es nach den Präzedenzen des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses ginge. Dazu muß allerdings gesagt werden, daß alle diese Juristen, ebenso wie Günter Grass, Böll und ich die Todesstrafe entschieden ablehnen und auch für eine zu selbstgerechte Justiz wenig übrig haben.

Erich Fried, London

(Leserbrief aus der „FR", 5.1.84)

Resolution der „Heilbronner Begegnung" der Schriftsteller

Wehrt euch!

Die Stationierung neuer Massenvernichtungswaffen, zu der Bundestag und Bundesrat die USA ermächtigt haben, macht die Bundeswehr zum Bestandteil eines Offensivkonzepts, das den Verteidigungsauftragunserer Verfassung pervertiert. Dagegen gilt es Widerstand zu leisten. Er muß sich gegen die „Enthauptungs"-Strategie richten, die im Pentagon offen diskutiert wird. Diese neue Strategie mißbraucht die Bundeswehr, weil ihre Soldaten in den Planspielen der Kreuzzugsmentalität als Ausfälle abgebucht werden.
Aus diesem Grunde rufen wir die Betroffenen zur Verweigerung eines nach unserer Überzeugung verfassungswidrigem Wehrdienstes auf. Wir appellieren ebenso an die Reservisten der Bundeswehr, sich aus Gewissensgründen nicht länger für Vernichtungsbefehle verfügbar zu halten, sondern bei den Kreiswehrersatzämtern ihre Weigerung vorzulegen. Diesen Widerstand wollen wir üben, bis die Bundesrepublik frei von Massenvernichtungs- und Angriffswaffen ist, durch die wir im Ernstfall nicht verteidigt, sondern dem Programm des Völkermordes ausgeliefert werden.

aus taz v. 19.12.83

Kreiswehrersatzämter wollen 17.000 Anträge unterschlagen

Am 1.1.84 traten das neue (alle mal herhören!) Kriegsdienstverweigerungsneuordnungsgesetz (KDVNG) und Zivildienstgesetz in Kraft (wesentliche Änderungen s. Kasten).

Lauthals wurde in der Öffentlichkeit die angebliche Abschaffung der Gewissensprüfung bei einer Verlängerung des Zivildienstes (ZD) von 16 auf 20 Monate abgefeiert. Der 30. Juni 83 wurde von der Regierung als Stichtag ausersehen. Wer v o r dem Stichtag seine Verweigerung beantragte, bekommt seine Gewissensprüfung nach dem alten Gesetz und leistet nach erfolgreicher Anerkennung 16 Monate Zivildienst. Alle Anträge von „ungedienten" Wehrpflichtigen ab 1.7.83 werden nach dem neuen Verfahren abgehandelt (s. Kasten). Nach der Anerkennung muß dann ein Zivildienst abgeleistet werden, der um ein Drittel länger als der Wehrdienst ist, also z.Z. 20 Monate.

Vom Frühjahr 83 an hatten die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SOdZDL) und einige andere Organisationen zu einer recht erfolgreichen Kampagne aufgerufen, vor dem 30.6.83 den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung einzureichen. Besonders interessant war eine Gesetzeslücke, die jetzt durch Gerichte nachträglich geschlossen werden soll. Nach dem alten Gesetz gab es keine Eingrenzung des Alters, ab wann der Antrag auf Kriegsdienstverweigerung gestellt werden durfte. Es hieß lediglich: „*Der Antrag eines ungedienten Wehrpflichtigen soll 14 Tage vor der Musterung eingereicht werden*" (WehrPfl.G. § 26(2)3. Durch den Stichtag ging es nun auf einmal um die Frage: 4 Monate länger dienen oder nicht. Die SOdZDL rief also auch alle Eltern auf, für ihre männlichen Sprößlinge, als Erziehungsberechtigte, den Antrag auf Kriegsdienstverweigerung vor dem 30.6.83 einzureichen. 17.000 dieser jetzt umstrittenen Anträge wurden gestellt.

Nachdem die Kreiswehrersatzämter anfangs teilweise recht verwirrt waren (bei teilweise gerade erst geborenen KDV'ern), reagierten sie dann einheitlich nach einer Anweisung durch das Kriegsministerium. Sie versuchten bei den 17.000 Antragstellern zu bluffen: Alle 17.000 Anträge wurden als „unstatthaft" zurückgesandt („FR", 11.11.83).

Laut Staatssekretär Würzbach vom Verteidigungsministerium bedeutet die Rücksendung der Anträge „*rechtlich keine Sachentscheidung, mithin auch keine Ablehnung*" („FR", 11.11.83). Es ist also der Versuch, die Antragsteller bewußt zu täuschen. Teilweise wurden die Anträge sogar ohne Eingangsstempel der Kreiswehrersatzämter zurückgesandt. „*In den Fällen, in denen der Antrag unter Hinweis auf die Rechtsunwirksamkeit der Antragstellung vor Vollendung des 18. Lebensjahres zurückgeschickt wird, erübrigt sich eine Eingangsbestätigung.*" (Parl. Staatssekretär Würzbach, nach „Ausbruch", Organ der SOdZDL, Nr. 13)

Damit handeln die Kreiswehrersatzämter gesetzeswidrig. Ihre gesetzliche Pflicht wäre es gewesen, die Anträge anzunehmen und an die zuständigen Ausschüsse für Kriegsdienstverweigerung weiterzuleiten. Wenn der Antragsteller dann gemustert worden ist, hätte ordnungsgemäß über den Antrag entschieden werden können. Die KDV-Organisationen reagierten prompt und empfahlen den Antragstellern, eine Kopie des Antrags mit Eingangsstempel vom Kreiswehrersatzamt (soweit vorhanden) anzufertigen und den Antrag dann postwendend zurückzuschicken. Ungefähr 2.000 Antragsteller folgten dieser Empfehlung („FR", 11.11.83). Mindestens 20 Antragsteller haben Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland eingereicht, um zu erreichen, daß die Anträge ordnungsgemäß angenommen, bearbeitet bzw. aufgehoben werden. Eine Klage ist bisher in 1. Instanz ablehnend entschieden worden. Sie ist

Fortsetzung nächste Seite

„*Damit wird der Zivildienst in Übereinstimmung mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ‚Postkartengesetz' vom 13. April 1978 zur einzigen Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung ausgebaut.*" (Heiner Geißler am 27.12.83 in Bonn, aus Pressemitteilung Nr. 163 BMfJFG)

Änderungen im Zivildienst

— Verlängerung der Dienstzeit, generell 1/3 länger als der Wehrdienst, z.Z. also auf 20 Monate
— Einberufung bis zum 32. Lebensjahr (bisher 28 Jahre)
— Ausweitung der Einsatzfelder über den sozialen Bereich hinaus, verstärkt sog. Umweltschutz, Naturschutz und Landschaftspflege (in diesem Bereich sollen ca. 10.000 arbeitsdienstähnliche Plätze geschaffen werden)
— generelle Neuanerkennung von Zivildienstplätzen nur noch mit Dienstunterkünften
— insgesamt Schaffung von 30.000 neuen Zivildienstplätzen
— Streichung von ca. 10.000 Zivildienstplätzen (sog. Sonnenscheinplätze in der Verwaltung, bei politisch unangenehmen Dienststellen und Plätzen ohne Dienstunterkünfte)
— Verschärfung der Disziplinarordnung (Jetzt ist es möglich, Rückstufungen in niedrigere Soldgruppen vorzunehmen)
— Genereller Einführungsdienst (in Zukunft unter immer größerer staatlicher Kontrolle)

„ *Eine Gewissensprüfung findet nicht mehr statt.*" (Heiner Geißler am 27.12.83 in Bonn)

Das neue KDV Verfahren

Antragstellung frühestens mit 17 1/2 Jahren, der Antrag soll 14 Tage vor der Musterung eingereicht worden sein.

Der Antrag soll gleich vollständig sein und enthalten
— Berufung auf Art. 4.3. GG
— Ausführlicher Lebenslauf
— Ausführliche Begründung
— Führungszeugnis

Entscheidung über diesen Antrag nach Aktenlage durch das Bundesamt für den Zivildienst (BAZ), ggf. mit ergänzenden Äußerungen durch den Kriegsdienstverweigerer. Entweder Anerkennung durch das BAZ, dann folgen 20 Monate Zivildienst. Bei Ablehnung durch das BAZ muß der Kriegsdienstverweigerer schon jetzt das Verwaltungsgericht anrufen.

Bei Zweifeln des BAZ wird der Antrag weitergeleitet an die Prüfungsausschüsse für Kriegsdienstverweigerer. Ab hier findet das „ganz normale Verfahren" durch drei Instanzen statt. Der Prüfungsausschuß kann (wenn er will, muß aber nicht) den Kriegsdienstverweigerer jetzt auch ohne mündliche Anhörung anerkennen.

Der Prüfungsausschuß ist jetzt neu zusammengesetzt: Statt bisher drei stimmberechtigten Beisitzern nur noch zwei. Der Ausschußvorsitzende (vom Kriegsminister ernannt) hat jetzt auch Stimmrecht. Anträge von Soldaten und Reservisten kommen gleich vor die Prüfungsausschüsse.

„Die Gewissensprüfung ist verschärft worden." (SOdZDL)

Fortsetzung von vorheriger Seite

jedoch in einigen Punkten nicht vergleichbar mit den anderen Klagen. Lediglich eine Aussage des Gerichtes berührt die anderen Verfahren.

Das „Hamburger Abendblatt" (28.12.83) schreibt über das Urteil des Kasseler Verwaltungsgerichts: *„Als Kriegsdienstverweigerer könne nur anerkannt werden, wer tatsächlich der gesetzlichen Wehrpflicht unterliege, heißt es in der Begründung. Jüngere Antragsteller könnten zum Beispiel überhaupt noch nicht wissen, ob sie später wehrpflichtig würden und auch wehrdienstfähig seien. Eine vorherige Antragstellung auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer sei daher nicht zulässig."*

Das Gericht scheint sich mit dieser fragwürdigen Argumentation an der Tatsache vorbeidrücken zu wollen, daß die Antragstellung rechtmäßig ist, weil das Alter im alten Wehrpflichtgesetz nicht eingeschränkt war. Eine Entscheidung über Anträge von 2- oder 15-jährigen will ja niemand erreichen.

Es geht um das gesetzwidrige Verhalten der Kreiswehrersatzämter, die Anträge überhaupt nicht zur Kenntnis nehmen, um damit den Antragstellern ggf. 20 statt 16 Monate Zivildienst aufzudrücken.

M., Hamburg

Reservisten, laßt Euch nicht verarschen — Jetzt erst recht den Kriegsdienst verweigern

Das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ließ am 3.1.83 verlauten, daß Reservisten der Bundeswehr (BW), die den Kriegsdienst verweigern, in Zukunft damit rechnen müssen, zu fünf Monaten Zivildienst herangezogen zu werden.

„Die Bestimmung habe ebenso schon bisher gegolten. In der Praxis habe man jedoch wegen der geringen Differenz zwischen 15 Monaten Wehrdienst und 16 Monaten Zivildienst darauf verzichtet, als Kriegsdienstverweigerer anerkannte Reservisten den einen Monat nachdienen zu lassen. Da es jetzt aber um 5 Monate gehe, sei diese Dienstpflicht nicht mehr zu vernachlässigen". („FR", 4.1.84)

Das Ministerium kommt darauf, weil die Verlängerung der Zivildienstzeit großenteils damit begründet wird, daß Soldaten theoretisch bis zu ihrem 45. Lebensjahr zu Wehrübungen herangezogen werden können. Mit dieser Milchmädchenrechnung wird auch das Grundgesetz verletzt, wo es heißt, das der Zivildienst nicht länger als der Wehrdienst dauern darf. Die Probleme, die sich aus der Einberufung von KDV-Reservisten ergeben, sind lt. Ministerium nicht unüberwindlich („FR", 4.1.84). Betroffen sind alle, die nach dem 30.6.83 ihren Antrag auf Anerkennung als Kriegsdienstverweigerung gestellt haben und noch nicht 28 Jahre (in manchen Fällen 32) alt sind.

Für Reservisten gilt im übrigen in jedem Fall das (alte) Prüfungsverfahren. Wieviele Reservisten hiervon betroffen sind, wurde nicht mitgeteilt. 1982 haben ca. 6.000 Reservisten nachträglich verweigert („FR", 4.1.84)

Bangemachen gilt nicht

Das Bundesministerium hat wohl in erster Linie laut nachgedacht. Die Kosten zur Unterhaltssicherung und zum Arbeitsplatzschutz dürften bei vielen Reservisten mittlerweile so hoch sein, daß eine tatsächliche Einberufung unrealistisch erscheint. Und nur die Billigeren einzuberufen, dürfte rechtlich bisher noch nicht möglich sein. Bleibt zu hoffen, daß möglichst viele Reservisten sich nicht durch solche Windeier abschrecken lassen, ihren Antrag auf Kriegsdienstverweigerung einzureichen. Dann hätte sich das laute Nachdenken des Ministeriums nämlich gelohnt.

Anträge auf Kriegsdienstverweigerung

	1982	1983	
1.1. — 31.03.	22.341	20.488	
Juni	2.930	16.975	
1.1. — 30.06.	34.566	46.241	+ 17.000
Juli	3.202	5.068	umstrittene
1.7. — 30.11.	21.482	17.511	Anträge
Insgesamt:	59.859 (12 Monate)	63.750 (11 Monate)	+ 17.000 umstrittene Anträge

Angaben nach „FR" v. 28.12.83 und „Ausbruch" Nr.12/83

Anträge auf Kriegsdienstverweigerung

	1982	1983	
1.1. — 31.03.	22.341	20.488	
Juni	2.930	16.975	
1.1. — 30.06.	34.566	46.241	+ 17.000
Juli	3.202	5.068	umstrittene
1.7. — 30.11.	21.482	17.511	Anträge
Insgesamt:	59.859 (12 Monate)	63.750 (11 Monate)	+ 17.000 umstrittene Anträge

Angaben nach „FR" v. 28.12.83 und „Ausbruch" Nr.12/83

Anti-NATO-Woche in Düsseldorf

„Wir werden hier in Düsseldorf Ende Januar/Anfang Februar 84 eine Anti-NATO-Woche mit verschiedenen Diskussionsveranstaltungen und einem großen Solidaritäts-Konzert für die ‚Krefeld-Gefangenen' durchführen.

Die Idee dazu entstand aus unserem Verhältnis zur ‚Friedenswoche' vom Oktober 83. Damals waren wir nicht in der Lage, von uns aus inhaltliche und praktische Beiträge gegen die dominierende politische Linie des bürgerlichen Spektrums innerhalb der Friedensbewegung zu formulieren und zu setzen. Wir wollen jetzt mit den Veranstaltungen die politischen Inhalte und Ziele, für die wir kämpfen, entwickeln, um so in eine offene Auseinandersetzung und Diskussion mit den verschiedenen Menschen und Gruppen in Düsseldorf zu kommen."

Autonomes Plenum Düsseldorf
Dezember 83

Am 28.1.84, 16 Uhr:
Ausländer- und Asylpolitik als Teil der NATO-Politik
1.2.84, 19.30 Uhr:
Politische Gefangene und Widerstand
4.2.84, 16 Uhr:
Anti-NATO-Veranstaltung
8.2.84, 19.30 Uhr:
Internationalismus-Veranstaltung
Alle Veranstaltungen finden im SP-Saal im AStA-Gebäude der Universität statt.

Am 11.2.84 ab 17 Uhr findet dann das Solidaritäts-Konzert für die Krefeld-Gefangenen statt.
Ort: „Die Börse", Wuppertal-Vohwinkel, Viehofstr. 125

Anmerkung der AK-Redaktion dazu:

Wir erhielten das Programm dieser Veranstaltungsreihe von einem AK-Leser aus Düsseldorf zugesandt. Wir würden uns freuen, mehr Material von solchen Anti-NATO-Aktivitäten und vor allem auch für die Publikation verwertbare Berichte von diesen und anderen, auch gelaufenen Aktivitäten zu erhalten, um solche Erfahrungen der AK-Leserschaft zugänglich machen zu können.

Bundeskonferenz der „Unabhängigen Friedensbewegung" geplant

Am 21. und 22.1.84 wird ein Bundeskongreß der Unabhängigen Friedenskräfte in Frankfurt statt finden (im Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12, Tel.: 0611/619058). Die Konferenz beginnt am Sonnabend um 13 Uhr, die Kasseler Koordinationen bittet (zur Übersicht und Planung) um vorherige Anmeldungen und um die Zusendung der Stellungnahmen zur Erstellung einer Konferenzmappe (Adresse: Koordination ziviler Ungehorsam, Bodelschwingstr. 13, 3500 Kassel, Tel.: 0561/772858)

Am 7.1. fand dazu in Kassel ein Vorbereitungstreffen statt, an dem 50 Personen aus den verschiedensten Gruppen teilnahmen. Neben dem Anliegen, einen Überblick über die Kriminalisierung von Kriegsdienstgegnern zu erstellen und Schlußfolgerungen für die Solidaritätsarbeit zu ziehen, wozu eine eigene Arbeitsgruppe eingerichtet wird, sollen vier Themenkomplexe in einzelnen Arbeitsgruppen aufgearbeitet und im gemeinsamen Plenum abgehandelt werden (so der Vorschlag des Vorbereitungstreffens):

1. **Zu den inhaltlichen Perspektiven**
soll der Versuch gemacht werden, gemeinsame Vorstellungen (aber auch Differenzen) in einem Grundlagenpapier festzuhalten. Es lag dazu (aus Osnabrück) ein erster Entwurf vor, der aber überwiegend für ungeeignet gehalten wurde, weil darin die Benennung der Kriegsursachen und -gefahren nicht geleistet würde und weil es kein Konsenspapier sei. Vertreter/innen der Hamburger Friedenskoordination wurden beauftragt, einen neuen Entwurf (zur Diskussionsgrundlage) zu erstellen. Der Themenbereich Verhältnis NATO-Warschauer Pakt und die Frage einer „blockübergreifenden Perspektive", wo die größten Differenzen bestehen, soll in einer eigenen Untergruppe diskutiert werden, Thesenpapiere sind dazu erwünscht.

2. **Aktionen und Kampagnen**
Die Verschiedenen Aktions- und Kampagnenvorstellungen sollen in einzelnen Arbeitsgruppen gesammelt und dahingehend überprüft werden, wieweit die Unabhängigen daraus gemeinsame und zentralere Aktivitäten entwickeln können. Bisher wurden dazu benannt:
a) *Solidarität mit dem Befreiungskampf in der 3. Welt:* Einen Schwerpunkt dazu wird sicherlich die Solidarität mit Nicaragua und Mittelamerika bilden, wozu das Wuppertaler Komitee insbesondere eingeladen ist.
b) *Störmanöver*: An erschiedenen Orten ist bereits der Vorschlag diskutiert worden, anläßlich der auch 1984 stattfindenden Herbstmanöver der NATO zu Demonstrationen und Störaktionen aufzurufen. Von osthessischen Gruppen kommt ein Vorschlag, sich zentral auf Aktivitäten im osthessischen Raum (Fulda-Senke) zu konzentrieren.
c) *Bombenzüge:* Schon seit längerer Zeit gibt es die Bemühungen vor allem aus dem Bremer und niedersächsischen Raum zu den Munitionstransporten und den Bombenzügen Enthüllungsarbei zu machen, aber auch Aktionen vorzubereiten.
d) *Kriegsdienstverweigerung:* Nach der Heilbronner Initiative von Schriftstellern und anderen Persönlichkeiten (s. dazu Artikel in diesem AK) soll beraten werden, wie sich das unabhängige Spektrum an einer solchen Kampagne beteiligen bzw. eigene Vorstellungen entwickeln will.
e) *Standorte:* Es soll ein Überblick über die Aktivitäten und Planungen an den Stationierungsorten und anderen zentralen Militäreinrichtungen (Ramstein, Hausen, u.a.) erstellt werden, um ggf. zentrale Aktivitäten dort ins Auge fassen zu können.
f) *Militäreinrichtungen und Ökologie:* Nicht nur an der Startbahn-West hat es vor allem von ökologischen Gesichtspunkten ausgehend Proteste gegen den Ausbau (auch) militärischer Einrichtungen gegeben; ein solcher Protest ist an verschiedensten Orten festzustellen, zumal der weitere Ausbau solcher Einrichtungen zur Kriegsvorbereitung im gigantischen Ausmaß stattfindet.

3. **Strukturen der Unabhängigen**
Es ist offensichtlich, daß eine bessere Organisation der Unabhängigen dringend erforderlich ist. In der dazu vorgesehenen Arbeitsgruppe soll auch über die weitere Existenzsicherung der Kasseler Koordination, die derzeit aus Spenden aber vor allem mit Geldern der GRÜNEN finanziert wird, diskutiert werden. Es soll über einen Beirat oder Koordinationsausschuß oder ähnliches beraten werden, um eine zentrale politische Handlungsfähigkeit auch zwischen Konferenzen zu ermöglichen. Die von der Hamburger Friedenskoordination herausgegebene Zeitung FriZ steht ebenfalls zur Diskussion. Die Redaktion sieht eine sinnvolle Weiterexistenz nur dann als möglich an, wenn ein größerer Träger- und Unterstützkreis aus dem unabhängigen Spektrum zustandekommt bzw. ein solches Projekt für sinnvoll ansieht.

4. **Minimalkonsens und Bundeskoordination**
Ein weiterer Kompelx ist die Zusammenarbeit und Bündnisarbeit in der bisherigen Gesamtfriedensbewegung. Zum Minimalkonsens legten die anwesenden Hamburger-Friedenskoordination-Mitglieder einen Entwurf vor, der nach der Einarbeitung von Anregungen des Treffens Grundlage der Beratung darstellen soll (s. Abdruck in diesem AK).
Ein Vorstoß zur militärischen Nutzung des Atomprogramms kommt von der Atommüllkonferenz (s. Abdruck des 'Offenen Briefes' dazu in diesem AK), die Vertreter zu der Konferenz entsenden will. Auf dieser Basis soll auch über die eventuelle (weitere) Mitarbeit in der Bonner Koordinationsrunde beraten werden.

Nachdem die Mehrheit der Bonner Koordination eine Volksabstimmungskampagne beschlossen hat, die ausdrücklich zugunsten der SPD und anderer Kräfte, die sich bisher strikt gegen eine Kampagne zur konsultativen Volksbefragung oder gar Volksentscheid gewendet hatten, auf jede Forderung zu einem Volksabstimmungsgesetz und einer tatsächlichen Volksabstimmung verzichtet, schält sich einhellig eine strikte Ablehnung dieser Scheinkampagne im unabhängigen Lager heraus. Hier soll ebenfalls der Versuch gemacht werden, eine gemeinsame Ablehnung zu formulieren. Mit dieser Vorbereitung soll auch ein besser koordiniertes Auftreten auf der nächsten bundesweiten Konferenz (Mitte Februar) ermöglicht werden.

Ergebnisse und Beschlüsse des Koordinationsausschusses

Am 12./13.1. tagte in Bonn der Koordinationsausschuß, um sich über die Vorbereitung des bundesweiten Treffens (am 11./12.2.84 in der Kölner PH; Beginn Samstag 13 Uhr) zu verständigen.

Entgegen der bisherigen Planung soll die „Generaldebatte" nun doch nicht ganz in den Mai verschoben werden, sondern auch schon am 1. Tag der Konferenz begonnen werden können. Es sind dazu einleitend 5 (halbstündige) Referate vorgesehen: Es sollen Sprecher von Aktion Sühnezeichen, dem

schluß des Ko-Ausschusses). Immerhin erhält der jetzt beschlossene Aufrufentwurf noch einen Satz für Volksabstimmungen, obwohl einige lieber gleich nur ein „Mitbestimmungsrecht" für die Bevölkerung haben wollten. Trotzdem erhofft die Koordinationsausschußmehrheit, diese Kampagne möglichst glatt und ungestört (mehrheitlich) durchziehen zu können.

Ein neuer Geschäftsführender Ausschuß bildet sich dazu heraus (nachdem der bisherige Gesamtgeschäftsführende Ausschuß aufgelöst wurde). Darin sind

schlossen, wozu sich der Koordinationsausschuß auf der letzten Aktionskonferenz hatte ermächtigen lassen. Neu aufgenommen wurden aus dem unabhängigen Spektrum die Koordinationsstelle ziviler Ungehorsam, ein Vertreter von Pax Christi und die Aktionsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (der SPD und dem KoFAZ) wurde damit als einzige Organisation eine derartige Zweifachbesetzung eingeräumt), Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen nein und die VVN, die bisher schon beide über das

Ergebnisse und Beschlüsse des Koordinationsausschusses

Am 12./13.1. tagte in Bonn der Koordinationsausschuß, um sich über die Vorbereitung des bundesweiten Treffens (am 11./12.2.84 in der Kölner PH; Beginn Samstag 13 Uhr) zu verständigen.

Entgegen der bisherigen Planung soll die „Generaldebatte" nun doch nicht ganz in den Mai verschoben werden, sondern auch schon am 1. Tag der Konferenz begonnen werden können. Es sind dazu einleitend 5 (halbstündige) Referate vorgesehen: Es sollen Sprecher von Aktion Sühnezeichen, dem Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ), den Unabhängigen, den Sozialdemokraten und den Grünen zu Wort kommen. Es sind dann zahlreiche (vor allem aktionsbezogene) Arbeitsgruppen vorgesehen.

Der 2. Tag soll dann der Kampagne ‚Volksabstimmung' gewidmet sein. Wie im letzten AK berichtet, hat das KoFAZ seine Volksabstimmungskampagne (in Betrieben/Straßen/Klos) und die Sozialdemokraten das Wahlgeschenk eines einmaligen Aktes einer autonomen Volksabstimmung bei den (sonst wenig beliebten) Europaratswahlen am 17.6.84. zustande bekommen. Eine konsultative Volksbefragung oder gar ein Volksabstimmungsgesetz ist aus der Kampagne als Forderung gestrichen worden (Mehrheitsbeschluß des Ko-Ausschusses). Immerhin erhält der jetzt beschlossene Aufrufentwurf noch einen Satz für Volksabstimmungen, obwohl einige lieber gleich nur ein „Mitbestimmungsrecht" für die Bevölkerung haben wollten. Trotzdem erhofft die Koordinationsausschußmehrheit, diese Kampagne möglichst glatt und ungestört (mehrheitlich) durchziehen zu können.

Ein neuer Geschäftsführender Ausschuß bildet sich dazu heraus (nachdem der bisherige Gesamtgeschäftsführende Ausschuß aufgelöst wurde). Darin sind die bisherigen 6 Gruppen (ohne BuKo = Bundeskongreß entwicklungspolitischer Gruppen) vertreten, zusätzlich ‚Kirche von unten' (eine Gruppe aus dem Spektrum der oppositionellen katholischen Kirchenkreise) und unter der Voraussetzung einer grünen Beteiligung die Grünen selbst und ein Sozialdemokrat (von der ‚Initiative für internationale Sicherheit' aus der SPD-Baracke (Biermann)).

Bei den Grünen (die eher auf Ablehnung eingestimmt sind) will man sich an die entsprechende Bundestagsfraktionsgruppe wenden, wo eine Zustimmung nicht ausgeschlossen ist (s. die öffentlich vertretene Zustimmung von Roland Vogt dazu).

Desweiteren wurde eine Erweiterung des Koordinationsausschusses beschlossen, wozu sich der Koordinationsausschuß auf der letzten Aktionskonferenz hatte ermächtigen lassen. Neu aufgenommen wurden aus dem unabhängigen Spektrum die Koordinationsstelle ziviler Ungehorsam, ein Vertreter von Pax Christi und die Aktionsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (der SPD und dem KoFAZ) wurde damit als einzige Organisation eine derartige Zweifachbesetzung eingeräumt), Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen nein und die VVN, die bisher schon beide über das KoFAZ als Trägerorganisation vertreten waren (die Forderung nach VVN-Mitgliedschaft war deshalb schon einmal aus einer bundesweiten Aktionskonferenz abgelehnt bzw. zurückgezogen worden).

Eine Solidaritätsresolution mit den in Krefeld und am Nollendorfplatz in Westberlin Inhaftierten und Verurteilten wurde auf Initiative aus dem unabhängigen Spektrum nach einigen Einsprüchen angenommen (die Resolution ist in diesem AK abgedruckt, s. zu den Krefeld Prozessen).

Auf dem kommenden Koordinationsausschußtreffen soll über die (unterschiedlichen) Positionen zur NATO diskutiert werden.

Eine Anti-Nato-Initiative

Namentlich getragen von Werner Rätz (Bonn) und Dietrich Schulze-Marmeling (Frankfurt), die bereits als Initiatoren einer Stellungnahme „Kein Frieden mit der NATO" hervorgetreten waren (abgedruckt im Arbeiterkampf), geht eine Initiative zu weiteren Anti-NATO-Aktivitäten aus. In einem Brief, mit dem zu einem Treffen am 14. (+15.)1. eingeladen wird, schlagen sie vor:

— Sofortige Herausgabe einer Broschüre zur Diskussion und Begründung der Forderung „Raus aus der NATO", die von einem möglichst großen Trägerkreis herausgebracht und getragen werden sollte.

— Planung und Erstellung eines Flugblattes in größerer Auflage dazu, das z.B. während der Osteraktivitäten verteilt werden könnte, um zu einer Diskussion überall in Friedensinitiativen und Gruppen beizutragen.

— Weiterhin schlagen sie vor, „mittel- bis langfristig" den Aufbau eines nationalen Komitees „Raus aus der NATO" („etwa nach dem Vorbild der holländischen Einrichtung 'uit de navo' ") ins Auge zu fassen.

Die Ergebnisse der Bonner Beratung sollen auch auf dem geplanten Bundeskongreß der Unabhängigen Kräfte vorgetragen werden.

Als Ergebnis des 1. Treffens wurde eine gemeinsame Broschüre (wie vorgeschlagen) beschlossen.
Ein 2.Treffen am 18.2.84, zu dem öffentlich (auf der Konferenz der 'Unabhängigen' eingeladen wird, soll folgen.

—Dokument—
„Offener Brief an die Friedensbewegung"

Es ist eigentlich ganz simpel. Die Atomkriegsplanung in Mitteleuropa ist eine Selbstmordoption. Daher müssen a l l e Atomwaffen in diesem Land bedingungslos abgelehnt werden.
Atomwaffen funktionieren nur, wenn der ihnen zugrundeliegende Rohstoff (vorwiegend Plutonium) erzeugt wird. Daher muß die Produktion und Abtrennung von Plutonium gestoppt werden.
Dies gilt weltweit und ist besonders akut in diesem Lande!
1985 ist in der Bundesrepublik das Stichjahr für den Einstieg in die Plutoniumwirtschaft. Dann soll —zeitgleich mit der Bonmner Grundsatzentscheidung zugunsten der Wiederaufarbeitung— der Grundstein für die erste großtechnische Wiederaufarbeitungsanlage der Bundesrepublik gelegt werden und er Schnelle Brüter in Kalkar in Betrieb gehen.
Wiederaufarbeitungsanlagen dienen der Abtrennung von Plutonium. Es handelt sich hierbei um eine militärische Schlüsseltechnologie, die in den USA und der UdSSR ausschließlich und in Frankreich und in Großbritanien teilweise zur Aufstockung der Nukleararsenale verwendet ird.
Schnelle Brüter erzeugen Plutonium von höchster Waffenqualität. In Frankreich sollen sie das dortige Atomwaffenarsenal versorgen und gleichzeitig die Kosten nuklearer Aufrüstung durch Abwälzung auf die Stromkunden reduzieren.

> (General Thiery, Militärberater des französischen Atomenergiekommissiariats (lt. Le Monde, 19.01.1978): „Frankreich ist in der Lage, Atomwaffen jeden Typs und jeder Leistung herzustellen. Frankreich wird sie mit geringen Kosten in großer Zahl herstellen können, sobald die Brutreaktoren das dazu notwendige Plutonium im Überfluß liefern.")

U.a. sollen auch Atomsprengköpfe für Kurzstreckenraketen gebaut werden, die auf das Gebiet der Bundesrepublik gerichtet sind.
Für den größten Brüder künftiger französischer Atombomben in Malville („Superphénix') gilt, daß er zu 11% von westdeutschen Stromkunden finanziert wird. Engagiert sind dort die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE), die 1000kg des in westdeutschen Reaktoren produzierten Plutonioums für die Erstbeladung des französischen Brüters zur Verfügung stellen.
ten Plutonioums für die Erstbeladung des französischen Brüters zur Verfügung stellen.
Schnelle Brüter und Wiederaufarbeitungsanlagen sowie Lagerstellen für Atomwaffenrohstoffe ermöglichen es, den größten Teil des Weges zur Atombewaffnung zurückzulegen, ohne offen einzugestehen, daß militärisch Absichten verfolgt werden.

> Die Bundesrepublik hatte 1954 nur gegenüber den Westmächten auf eine eigene Atomwaffenproduktion verzichtet. 1965 wurde mit deutschen Atomwaffen gedroht, falls die Bundesrepublik nicht an einer Multinationalen Atomstreitmacht (MLF) beteiligt werde. Und der Atomwaffensperrvertrag? Die Unionsparteien hatten seine Unterzeichnung zwischen 1966 und 1969 beharrlich abgelehnt. Die sozialliberale Bundesregierung unterschrieb ihn Ende 1969 unter dem Vorbehalt, daß eine westeuropäische Atomsteitmacht unter Einschluß der BRD weiterhin möglich bleibt. Hinzu kommt: Der Atomwaffensperrvertrag läuft in 11 Jahren aus. Seine Kündigungsfrist beträgt 90 Tage. Im sogenannten Verteidigungsfall tritt er automatisch außer Kraft. In diesem Fall könnten auch die „Mehrzweckwaffen" der Bundeswehr relativ schnell aus eigenen Beständen an Plutonium oder hochangereichtertem Uran (z.B. aus den Lagern in Hanau) aufgefüllt und eingesetzt werden.

Derartige Erwägungen mögen derzeit absurd klingen. Es sind aber zweifellos Entwicklungen in den nächsten Jahren denkbar, die die Frage einer westdeutschen Atombewaffnung erneut aufwerfen könnten.

Auch 1925 hätte niemand vorauszusagen gewagt, was 10 Jahre später Realität war.

Wesentlich ist, daß heute die technischen Voraussetzungen geschaffen werden, die die Weitergabe großer Mengen an Plutonium oder waffenfähigen Urans an NATO-Arsenale bzw. eigene Atomwaffen ermöglichen.
Von offizieller Seite wird eine Dikussion über die militärischen Aspekte der Atomtechnologie bis heute erfolgreich tabuisiert. Die Öffentlichkeit nimmt zur Kenntnis, daß unter kommerziellen Gesichtspunkten Wiederaufarbeitungsanlagen und Schnelle Brüter sinnlos sind, ohne jedoch weitere Fragen zu stellen.
Und die Friedensbewegung? Sie schweigt.

Damit wollen wir uns nicht länger abfinden.
Es darf nicht dabei bleiben, daß mit starrem Blick auf die Atomwaffen der Großmächte das Streben der eigenen Regierung nach nationaler Verfügung über Atombombenrohstoffe ausgeblendet wird. Wir fordern die unterschiedlichen Gruppen der Friedensbewegung auf, die „zivilitärischen" Nuklearplanungen der Bundesregierung in ihre Diskussionen und Publikationen und in ihre Aktionsplanungen mit aufzunehmen.

Wir lehnen die Atomenergienutzung aus militärischen u n d ökologischen Gründen ab, da sie neben Plutonium radioaktiven Atommüll erzeugt und ein ständiges Gefahrenpotential darstellt.
Von der Friedensbewegung erwarten wir, daß sie allen Plänen für eine bundesdeutsche Plutoniumwirtschaft entgegentritt und dies in ihren Minimalkonsens mit aufnimmt.

Jede weitere Produktion von Atombombenrohstoffen erhöht die Gefahr eines nuklearen Holocaust. Deshalb muß auch für die Friedensbewegung gelten:

Nein zu den Plänen einer großtechnischen Plutonium-Abtrennanlage in Dragahn und/oder Schwandorf.

Nein zur Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar.

Keine Finanzierung des Bombenbrüters in Malville durch westdeutsche Stromkonzerne.

Auflösung und Vernichtung der Lagerbestände an Plutonium und hochangereichertem Uran in Hanau.

Dieser offene Brief wurde beschlossen von der ATOMMÜLLKONFERENZ vom 3./4. Dezember 1983 in Amberg Bayern.

Atommüllkonferenz vom 3./4. Dezember

Anti-AKW-Initiativen berappeln sich

Mit etwa 80 Teilnehmern und BI-Vertretern aus etwa 25 Orten war die letzte Atommüllkonferenz von Anfang Dezember in Amberg/Bayern erstaunlich gut besucht. Berichtet wurde von BI-Neugründungen selbst in nicht unmittelbar betroffenen Regionen; etabliert hat sich außerdem eine zentrale Koordinationsstelle der Anti-AKW-Initiativen, das Anti-Atombüro im ehemaligen hessischen WAA-Standort Diemelstadt/Wethen. All das kann natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, daß Betreiber und Staat mit WAAs und Schnellen Brütern in die Plutoniumwirtschaft groß einsteigen können, ohne daß ihnen derzeit nennenswerte Hindernisse, geschweige denn überregionale Mobilisierungen in den Weg gestellt würden. Die im Ausland überwiegend m i l i t ä r i s c h e Nutzung der Plutoniumwirtschaft veranlaßte die Atommüllkonferenz dann auch zu dem Beschluß, als AKW-Gegner in Zukunft an Tagungen der Friedensbewegung teilzunehmen, um dort ebenfalls auf eine Berücksichtigung der militärischen Aspekte des Atomprogramms zu drängen (Siehe nebenstehenden „Offenen Brief" der Atommüllkonferenz an die Friedensbewegung). Immehin war vor einigen Wochen selbst der 'Frankfuter Rundschau' (FR) aufgefallen, daß die kürzlich von der Hanauer Firma NUKEM beantragte Lagermenge von sechs Tonnen hochangereichertem Uran für den Bau einiger Dutzend Atombomben ausreichen würde und im übrigen eine enge Zusammenarbeit zwischen Hanauer Nuklearfirmen und US-amerikanischen Atombombenherstellern besteht.

Es wird angestrebt, die Konferenz der unabhängigen Friedensbewegung (am 21./22.1.) für eine Unterstützung des „Offenen Briefes" zu gewinnen, das Anliegen soll drei Wochen später auf der Gesamtkonferenz der Friedensbewegung eingebracht werden. Ein vierseitiges Flugblatt zur militärischen Nutzung der Atomenergie und zum Widerstand der Unionsparteien gegen die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages wurde ebenfalls erstellt.

Wendlandblockade

In Sachen Aktionsplanung ist insbesondere ein in Lüchow-Dannenberg ausgeheckter „Drei-Stufen-Plan" zu nennen. Noch ist dieser Landkreis eine „atommüllfreie Zone". Mit den ersten Atommülleinlagerungen, die einen ganzen Rattenschwanz von Atomanlagen inklusive der WAA Dragahn nach sich ziehen dürften, ist jedoch ab Frühsommer 1984 zu rechnen. Mit groß angelegten Blockierungsversuchen und mit einer nationalen Mobilisierung zur Solidarität mit den Lüchow-Dannenbergern soll dieses Vorhaben nach Möglichkeit ebenso „politisch undurchführbar" gemacht werden wie 1979 die Gorleben-WAA. Als erste Stufe soll bereits am 24.März 1984 eine ca. 30.000-köpfige Menschenkette den in die DDR hineinragenden Landkreis von der Nord- bis zur Südgrenze symbolisch abriegeln. Einige Wochen später sollen alle Zufahrtsstrassen in den Landkreis per „Wendlandblockade" dichtgemacht werden. Stufe drei wäre die überwiegend regional durchzuführende Errichtung massiver Personal- und Materialsperren rund um die Gorlebener Atommüll-„Zwischen"lager aus Anlaß der ersten konkreten Einlagerungsversuche. Ein entsprechender Aufruf der BI Lüchow-Dannenberg wurde für Januar 1984 angekündigt.

Einen schweren Stand auf dieser Konferenz hatte der Vertreter der Bundesgrünen, der bayerische „Nachrücker" Wolfgang Daniels. Schallendes Gelächter provozierte seine Bemerkung, man verstehe sich in Bonn als parlamentarischer Arm der Anti-AKW-Initiativen.

Verwundern kann das nicht. Das Engagement der Bundestagsgrünen war in diesem Bereich monatelang annähernd null, für die Bearbeitug der Anti-AKW-Problematik wurde auf die Anstellung eines hauptämtlichen „Profis" im Rahmen des wissenschaftlichen Mitarbeiterstabes der Grünen verzichtet und erst nach Beschwerden der BI Lüchow-Dannenberg wurde überhaupt eine grüne Bundesarbeitsgemeinschaft Energie/AKW eingerichtet. Unter dem Strich läßt sich konstatieren, daß die aus den Anti-AKW-Protesten der 70er Jahre hervorgegangene Partei bereits vor Ablauf eines Bundestagsjahres von der SPD in Sachen Anti-AKW-Kompetenz und -Initiative überholt wurde.

Die AG-Protokolle der Atommüllkonferenz zu den Themen Militärische Atomenergienutzung, WAA, Atommülltransporte und Zwischen- bzw. Endlager sowie Akzeptanzforschung sind nachzulesen im bayerischen Landeskonferenz-Info (c/o A.Tobias-Gottschalk, Kesslerplatz 15, 8500 Nürnberg 20).

Das lesenswerte vierseitige Info der Atommüllkonferenz mit dem Titel "BRD: Heimlicher Atomwaffenstaat durch friedliche Atomenergie" ist zu beziehen über das Anti-Atombüro, Auf dem Ort 10, 3549 Diemelstedt/Wethen.

AKW-Nein-Kommission

Wie weiter ?

Wie weiter ?

Die Friedensbewegung nach der Stationierung

Mit dem erfolgten Einstieg in den Stationierungsprozeß hat die Friedensbewegung eine schwere, aber vorhersehbare Niederlage erlitten. Eine Niederlage zumindest dann, wenn mensch Erfolg und Niederlage an dem angegebenen Ziel bemißt. Und das Ziel lautete bekanntlich schlicht und einfach: „Keine Stationierung von Pershing II und Cruise Missile auf dem Boden der BRD". Die Friedensbewegung wird sich nun in den kommenden Wochen und Monaten in der Rolle des hilflosen Zuschauers sowjetischer Gegenmaßnahmen wiederfinden. Apelle an die Adresse der Sowjetunion, trotz „Nach"rüstung doch bitte von entsprechenden Gegenmaßnahmen abzusehen, werden folgenlos verhallen. Solange es der Friedensbewegung nicht gelingt, zu einem eigenständigen politischen **Faktor** diesseits der Blockgrenze zu avancieren, solange wird sich die Sowjetunion eben lieber auf die materielle Kraft ihrer Raketen und die davon ausgehende psychologische Wirkung auf das westdeutsche Massenbewußtsein verlassen. Denn der Grad an **Eigenständigkeit** und politischer **Kraft** läßt sich am leichtesten daran ablesen, in welchem Ausmaß der Friedensbewegung gelingt, **hier** Abrüstungsschritte gegen den Willen der Herrschenden durchzusetzen. Solange, wie sich die Friedensbewegung hierzu nicht fähig erweist, u.a. weil sie die **machtpolitische**Ebene mehr oder weniger bewußt ausblendet, ist die Sowjetunion, unter sicherheitspolitischen Aspekten, gut beraten, etwas intensiver Rüstungsforschung zu betreiben (ich gehe davon aus, daß es sich bei dem, was seitens der Sowjetunion nun als „Gegenmaßnahmen" ausgegeben wird, zu einem großen Teil um bereits länger geplante Modernisierungsmaßnahmen handelt, z.B. um den Austausch von mit flüssigem Brennstoff betriebenen Kurzstreckenraketen gegen entsprechende mit festem Brennstoff betriebene Systeme, analog zu den Modernisierungsmaßnahmen im Mittelstreckenbereich. Während der Austausch der alten SS-4 und SS-5 Systeme gegen die modernere SS-20-Version seinerzeit in den westlichen Medien arg dämonisiert wurde, neigt die Presse nun (allen voran die „FAZ") eher zur Verharmlosung der sowjetischen „Gegenmaßnahmen", auch was die Stationierung zusätzlicher Atom-U-Boote bei Kamschatka und vor der amerikanischen Ostküste anbelangt. Verständlich,... verständlich ... Denn viele Bundesbürger sitzen nach wie vor der Illusion auf, daß die Politiker die mit der Stationierung verbundenen Implikationen im Ost-West-Verhältnis schon wieder **politisch** in den Griff bekommen würden und nach erfolgter Stationierung das Ende des Wettrüstens in Sicht sei. Was nun, wenn sich herausstellt, daß dem nicht so ist, daß die Stationierung vielmehr Auftakt einer neuerlichen globalen Rüstungsrunde ist?

So makaber es auch anmuten mag: Daß es nach dem Ende des 2. Weltkrieges nicht alsbald zu einer direkten militärischen Auseinandersetzung zwischen den Großmächten kam, daß gewichtige Fraktionen im Lager des Westens in Anbetracht der sowjetischen Rüstung zur Auffassung gelangten, ein Krieg gegen die Sowjetunion berge ein zu großes Risiko für den Angreifer in sich, könnte am Ende zur **gegenseitigen** Vernichtung führen. Die Behauptung, die Fortsetzung des 2. Weltkrieges sei in den 50er Jahren am moralischen Widerstand der Weltöffentlichkeit gescheitert, läßt sich nach eingehender Analyse kaum halten. Mensch mag dies bedauern, aber die Welt ist nun einmal so schlecht. Und es gibt auch nicht die geringsten Anzeichen dafür, daß sich die Herrschenden in ihrer Moral den Maßstäben ihrer friedensbewegten Beherrschten anzupassen gedenken. Wenn die Sowjetunion sich bezüglich der NATO-Kriegsplanung lieber auf ihre Rüstung, denn auf eine unter machtpolitischen Gesichtspunkten bedeutungslose Friedensbewegung verläßt, verrät dies lediglich, daß im Kreml Realpolitiker sitzen und in der Friedensbewegung eine Menge Träumer.

Das „traditionelle Spektrum" der Friedensbewegung hat sein Versprechen gegenüber dem auf Radikalisierung drängenden Teil der Friedensbewegung nicht einlösen können: „Eine Million Menschen im Herbst auf den öffentlichen Plätzen und der Doppelbeschluß fällt", verkündeten KOFAZ-Führer vor noch nicht allzu langer Zeit. Wer ihrer „Strategie" nicht Glauben schenken wollte, wurde als „Defätist" denunziert, der sich ganz im Sinne der Herrschenden verhalte. Nun, wo sich ihre Versprechungen als pure Hochstapelei erwiesen haben und das Scheitern der Strategie des „traditionellen Spektrums" mehr als offenkundig ist, darf nicht sein was ist: Mit Beharrlichkeit wird versucht, die nicht zu leugnende Niederlage in einen Phyrrussieg der Herrschenden umzudeuten. Wer so verfährt, der intendiert letzten Endes nichts anderes, als die alte (gescheiterte) Politik jeder kritischen Auseinandersetzung zu entziehen, um ihrer Fortsetzung in neuen Schläuchen das Wort zu reden. Der neue Schlauch heißt „autonome Volksbefragung". Nun bin ich bekanntlich der letzte, der etwas gegen eine plebiszitärdemokratische Kampagne einzuwenden hätte. Mit einer solchen hat der im KA bereits verabschiedete Vorschlag von BBU, Jusos, IFAS u.a. allerdings nichts zu tun. Dem ganzen Unternehmen droht vielmehr die Gefahr, zu einer weiteren Unterschriftensammlung zu verkommen. Zudem legt der verabschiedete Text die Friedensbewegung auf die Unterstützung der SPD-Freeze-Forderung als quasi neuen „Minimalkonsens" fest, ohne daß dies die Friedensbewegung bereits ausführlicher diskutiert hätte. Die „Unabhängigen" und „Linken" werden nun in den kommenden Wochen und Monaten vor die Entscheidung gestellt, entweder mit einem eher „aktionsorientierten" Flügel zu gehen, der, was seine politische Praxis anbelangt, weiterhin in den ausgelatschten Pfaden „traditioneller" Friedenspolitik wandeln wird, ober aber sich auf eine sicherheitspolitische Strategiedebatte mit dem sozialdemokratisch hegemonisierten KA-Milieu einzulassen, von der heute schon feststeht, daß ihr Ergebnis nicht in der Forderung nach „Austritt der BRD aus der NATO" bestehen wird, sondern in der Unterstützung der „neuen" sozialdemokratischen Sicherheitspolitik. Einen Ausweg aus diesem Dilemma gibt es nur, wenn es den „Unabhängigen" und „Linken" gelingt, ihre eigenständige Position in **jeder**Hinsicht auszubauen.

Warum ist die Friedensbewegung gescheitert?

Will mensch dem Ausbruch eines 3. Weltkrieges zuvorkommen, kann er/sie **theoretisch** auf vier Varianten zur Kriegsverhinderung setzen. Die erste führe ich hier nur der Vollständigkeit halber auf, da sie nun einmal in der Diskussion ist. Sie unterscheidet sich von den anderen drei Varianten dadurch, daß sie bar jeder Realitätstüchtigkeit ist. Sie lautet: Aus den Bundestagswahlen geht 1987 eine Mehrheit „links von der Regierungskoalition" hervor. Nach Möglichkeit sollte sich diese, so hoffen wohl die sozialdemo-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

kratischen Propagandisten dieser Variante, auch ohne einen lästigen grünen Mehrheitsbeschaffer ergeben. Die SPD, zurückgekehrt an die Hebel der Macht, wird dann die „Nach"rüstung rückgängig machen und überhaupt die Unterstützung jeglicher NATO-Kriegsplanung aufkündigen. Wer weiß, wie fabelhaft sich die SPD vor Ausbruch des 1. Weltkrieges und vor Machtantritt der faschistischen Diktatur jeweils geschlagen hat, und vor allem wie „erfolgreich", sollte von dieser Variante unbedingt die Finger lassen. Selbst dann, wenn es zu einer „rot-grünen" Mehrheit käme, d.h. die SPD nur mit Unterstützung der GRÜNEN des Regierungsamtes walten könnte. Das Verhalten der SPD in den bisherigen „rot-grünen" Verhandlungen läßt nun beim besten Willen nicht darauf schließen, daß die SPD auch nur ansatzweise dazu bereit wäre, mit den GRÜNEN ein Bündnis unter der Verpflichtung einzugehen, die „Nach"rüstung und weitere Aufrüstungspläne rückgängig zu machen. Die SPD würde in einem solchen Falle wohl eher (dezent natürlich) wieder nato-olivgrün anlegen und mit der CDU/CSU eine staats- und bündnistragende große Koalition bilden. Damit soll keineswegs behauptet werden, daß die Herstellung einer „grün-roten" Mehrheit 1987 nicht ein erstrebenswertes politisches Ziel darstellen könnte.

Variante Nr. 2: Der Sowjetunion gelingt ein technologischer Schub auf dem Rüstungssektor, der **effektive** Gegenmaßnahmen zur Aufrüstung der NATO ermöglicht. Zeitgleich erleben die sowjetischen Ernteerträge einen deftigen Zuwachs, die Erdgaspreise steigen und die Arbeitsmoral im Ostblock wächst und gedeiht. Die Gegenmaßnahmen der Sowjetunion lassen es den USA und der NATO als geraten erscheinen, von der Realisierung ihrer Kriegspläne ersteinmal abzusehen. Die DKP spekuliert heute darauf, daß die Sowjetunion noch rechtzeitig in der Lage sein wird, den Kriegskurs der NATO **militärisch** zu paralysieren. Dies zu hoffen ist durchaus legitim, schließlich kann mensch behaupten, daß uns das „Gleichgewicht des Schreckens" bereits seit mehr als 30 Jahren den Frieden bewahrt. Kriminell wird es allerdings dann, wenn mensch **gleichzeitig** und wider besseren Wissens die Illusion schürt, nur durch eine gewaltlose Massenbewegung sei der Ausbruch eines neuerlichen Weltkrieges zu verhindern. Am Ende wird die DKP dann die **militärisch** bewirkte Abschwächung der

neuerlichen Weltkrieges zu verhindern. Am Ende wird die DKP dann die **militärisch** bewirkte Abschwächung der

Kriegsgefahr als Erfolg der gewaltlosen Massenbewegung ausgeben, die am Erfolg eigentlich überhaupt keinen Anteil hat. Dies geht nur solange gut, wie die Sowjetunion tatsächlich dazu in der Lage ist, dem Kriegskurs der NATO etwas **militärisch** entgegen zu setzen. Was aber ist, wenn sich die Sowjetunion diesbezüglich als unfähig erweist, bzw. ihre Gegenmaßnahmen nicht die intendierte Wirkung zeitigen? Somit enthält auch diese Variante einen nicht zu unterschätzenden Unsicherheitsfaktor.

Variante Nr. 3: Nachdem die USA, auf dem Weg zum Kriegsschauplatz Europa, bereits wiederholt aufsässige Völker an der Peripherie hingeschlachtet haben und dabei jeweils das Schlachtfeld als Sieger verlassen konnten, ereilt sie bei dem nächsten Unternehmen doch noch eine schwere Niederlage, die das Vietnam-Desaster vom Ausmaß her noch in jeder Hinsicht übersteigt. Der horizontale Eskalationsprozeß ist unterbrochen, die Kriegsgefahr an der „europäischen Zentralfront" vorübergehend gebannt.

Was Variante 2 und 3 zweifellos gemeinsam haben ist, daß sie, in Anbetracht der realen **Machtlosigkeit** der hiesigen Friedensbewegung, für realitätstüchtiger erachtet werden müssen, als alles das, was die Friedensbewegung bislang an Strategien zur Kriegsverhinderung zu bieten hatte. Nur: Beide enthalten Unsicherheitsfaktoren und machen, soweit mensch sich auf diese Varianten ausschließlich einläßt, das Überleben hier von Faktoren abhängig, die sich zum großen Teil dem Einfluß der Friedensbewegung entziehen (beim heutigen Stand der Bewegung würde sich die Einflußnahme darauf reduzieren, daß sie Geld zur Ausrüstung von antiimperialistischen und antiamerikanischen Befreiungsorganisationen sammelt. Vielleicht findet sich ja auch der eine oder andere aufrichtige und gewissenhafte Wissenschaftler, der sich bereit erklärt, technologischen Geheimnisverrat zu begehen. Schließlich wurde schon einmal auf diese Weise ein Weltkrieg verhindert). Und sie entbehren beide nicht eines gewissen Zynismus: In dem einen Fall muß die Opferbereitschaft der im Warschauer Pakt lebenden Menschen für die Bewahrung „unseres Friedens" herhalten, der Spielraum für oppositionelle Bewegungen im Machtbereich der Sowjetunion wird weitere Einengungen erfahren. Kritik am repressiven Verhalten der dortigen Regierungen wäre dann völlig unangebracht, da objektiv „friedensgefährdend". Im anderen Fall werden die Völker an der Peripherie des Weltsystems stellvertretend für die Europäer, die zwar den Willen zum Überleben besitzen, aber unfähig sind, ihr Überleben selbst zu sichern, zur Schlachtbank geführt. Von den europäischen Friedensbewegungen mit der Hoffnung begleitet, daß der Schlächter, spätestens nach dem zweiten oder dritten Gemetzel, auf jeden Fall aber noch rechtzeitig, irreparablen Schaden erleidet, durch den ihm zumindest mittelfristig die Lust und die Fähigkeit an der Abhaltung eines „jüngsten Gerichtes" in Europa, mit voraussichtlich infernalischem Ausgang, genommen wird.

Aber wie gesagt: Beide Varianten sind nicht frei von erheblichen Unsicherheitsfaktoren, weshalb es angesagt wäre, sich über eine 4. Variante Gedanken zu machen. Die Friedensbewegung täte gut daran, sich endlich **ernsthaft** zu überlegen, wie sie aus **eigener Kraft** die Kriegsplanungen und Kriegsvorbereitungen der NATO durchkreuzen kann, um sich aus ihrer passiven Zuschauer- und Kommentatorenrolle zu befreien. Dem steht überhaupt nicht entgegen, eine derartige 4. Variante mit den anderen vorgestellten Varianten, den „externen Faktoren" der Kriegsverhinderung, zu kombinieren.

ren vorgestellten Varianten, den „externen Faktoren" der Kriegsverhinderung, zu kombinieren.

Woran ist die Friedensbewegung gescheitert? Es ist der Friedensbewegung nicht gelungen, ein **innenpolitisches Abschreckungspotential** aufzubauen, das den Herrschenden **glaubhaft** (wir wissen ja:Abschreckung muß immer glaubhaft sein, sonst versagt sie) nahegelegt hätte, von ihren Stationierungsplänen abzulassen. Es ist der Friedensbewegung nicht gelungen, die Herrschenden in eine Lage zu bringen, in der sie tatsächlich hätten **abwägen** müssen, zwischen einem mit der Stationierung verbundenen Nutzen und einem dabei eventuell entstandenen Schaden für ihr gesellschaftliches Gemeinwesen. Der Einstieg in den Stationierungsprozeß war für die Herrschenden nicht mit einem unkalkulierbaren Risiko verknüpft. Die Spaltung der Gesellschaft, ihre Polarisierung bis hin zur politischen Blockade, ist ausgeblieben. Der im Zuge der „Nach"rüstungsdebatte entstandene Bruch im „ideologischen Massenkonsens", der von konstitutiver Bedeutung für die Stabilität und Funktionstüchtigkeit des bundesrepublikanischen Gesellschaftssystems ist, ist bei weitem nicht so tief ausgefallen, als daß ihn mensch als unumkehrbar bezeichnen könnte. Den Herrschenden ist es vielmehr pünktlich zum Stationierungstermin gelungen, den „ins Rutschen" geratenden und mancherorts schon verloren geglaubten „ideologischen Massenkonsens" zu rekonstruieren, wenn auch nur notdürftig und mit viel Flickzeug versehen, die Ansatzpunkte für eine Erneuerung des Bruchs bieten.

Die Friedensbewegung ist ihnen bei diesem Unterfangen sehr weit entgegen gekommen, anders wäre die Rekonstruktion auch nicht möglich gewesen, denn zum „Händereichen" gehören nun einmal zumindest 2 Akteure. Der Koordinationsausschuß hat hieraus keine positiven Lehren gezogen, im Gegenteil: Wie bereits erwähnt, wurde in puncto Volksbefragung ein Text verabschiedet, der, was seine politische Aussagekraft anbetrifft, noch hinter dem bisherigen Minimalkonsens zurückfällt. Als dies seinerzeit kritisch angemerkt wurde, äußerte Achim Maske (KOFAZ) völlig unbefangen, der Text müsse von seiner inhaltlichen Anlage her eben so gehalten bleiben, daß auch diejenigen ihr Kreutchen an die richtige Stelle setzen könnten, die heute noch der falschen Gleichung „Pershing II gleich SS-20" Glauben schenken. Wenn das **einzige** Ziel der Friedensbewegung ist, Mehrheiten zu organisieren (was ja im Prinzip völlig richtig ist), dabei aber nicht einmal gefragt werden darf, um was für Mehrheiten es sich handeln soll, die Frage der Qualität von politischen Aussagen völlig unter den Tisch fällt, kann sich die Friedensbewegung als gegenüber den etablierten Parteien formell eigenständiger Zusammenhang auflösen. Die größte Mehrheit erhält mensch natürlich, wenn er eine Befragung zu dem Satz durchführt: „Ich bin für Frieden schaffen mit immer weniger Waffen". Da kann dann endlich auch die große Masse der CDU/CSU-Mitglieder mitziehen. Nur: Benötigen wir für die Durchführung einer Befragung derartigen Charakters eine besondere Organisation der Friedensbewegung?

Grundvoraussetzung für eine gegen den herrschenden Block gerichtete, erfolgversprechende politische Strategie ist die Einnahme einer **„autonomen" und „außerstaatlichen"** Position durch die jeweilige Bewegung. Die noch junge Geschichte der „neuen sozialen Bewegungen" hat dies mehr als einmal bewiesen. Eine Position der **„Autonomie" und „Außerstaatlichkeit"**, auch und gerade gegenüber der SPD als staatstragender Integrationspartei. Eine derartige Strategie steht nicht im Widerspruch zu einer aktiven Bündnispolitik gegenüber dem sozialdemokratisch hegemonisierten Lager in der BRD. Wer an der bundesrepublikanischen Realität etwas verändern will, wird an der Sozialdemokratie sich nicht vorbeimogeln können. Aber: Er sollte seine Bündnisstrategie von einem ideologisch und organisatorisch eigenständigen Standpunkt aus betreiben. Das (vorläufige) Scheitern der Friedensbewegung erklärt sich nicht zuletzt aus dem Umstand, daß es ihr zwar gelungen ist, eine Mehrheit in der Bevölkerung gegen die „Nach"rüstung herzustellen, sie jedoch nicht im Stande war, diese Mehrheit auch sichtbar und meßbar zu machen, geschweige denn, auch nur einen kleinen Teil dieser Menschen für einen „autonomen" und „außerstaatlichen" (immer auch im Sinne von „antistaatlich"gemeint) Standpunkt in der „Rüstungsfrage" zu gewinnen. Dies nicht allein aus Gründen (nicht zu leugnender) objektiver Schwierigkeiten, sondern auch infolge **subjektiven „Nicht-Wollens"**.

Wie weiter?

Wie weiter?

Wenn die Friedensbewegung heute, trotz Stationierung, einen Erfolg für sich verbuchen kann, dann den, daß die herrschende „Sicherheitspolitik" von immer mehr Menschen in Frage gestellt wird, wenn auch z.T. noch auf sehr niedrigem Niveau. Viele Menschen halten die Politik der NATO mittlerweile in dem Sinne für „unglaubwürdig", daß sie im Falle einer militärischen Konfrontation an der Nahtstelle zwischen Ost und West dieses Land in Schutt und Asche legen wird. Die Diskussion um die „Nach"rüstung hat diesen Aspekt stärker denn je zuvor ins öffentliche Bewußtsein gerufen, mit dem Ergebnis, daß die Akzeptanz der NATO und ihrer Strategie schaden erlitten hat. Die Herrschenden haben dieses Problem erkannt. Die im Lager der NATO geführte Diskussion um die Zukunft des Bündnisses und seiner Strategie zeugt nicht nur von real existierenden Widersprüchen in der NATO, sie ist auch Ausdruck von Bemühungen, die verloren gegangene Zustimmung zum Bündnis und seiner Strategie wiederzugewinnen, um einen tiefen Bruch zwischen NATO und Bevölkerung zu verhindern. Denn auch im Zeitalter des „elektronischen Schlachtfeldes" ist die Frage der Massenloyalität in Sachen „Sicherheitspolitik" und Kriegsplanung nicht ganz überflüssig geworden. An die Spitze der Reintegrationsbewegung hat sich einmal mehr die SPD gesetzt, die eine Reform der Struktur des Bündnisses, seiner Strategie und seiner Bewaffnung fordert. Dies hindert die SPD allerdings nicht, dem „Rogers-Plan", als „europäischem Abfallprodukt" des berüchtigten „airland-battle"-Konzeptes, ihre Zustimmung zu erteilen und was die Frage der Aufrüstung der NATO anbetrifft, die Anschaffung von Waffensystemen zu fordern, deren Einführung ohnehin im Rahmen der Strategie des „deep strikes" auf der Tagesordnung steht. Wenn heute bestimmte Sektoren der Rüstung „rekonventionalisiert" werden, dann nicht aus Gründen der Kriegsverhütung, sondern vielmehr, um auch im Schatten nuklearer Overkill-Potentiale den Krieg wieder führbar und siegreich gestaltbar zu machen. Es ist ganz offensichtlich das Ziel der SPD, die Friedensbewegung zum Wurmfortsatz einer „NATO-Reformfraktion" zu degradieren, für eine NATO-interne Auseinandersetzung zu funktionalisieren, um darüber auch den „ins Rutschen" geratenen „ideologischen Massenkonsens" in Sachen „Sicherheitspolitik" zu rekonstruieren. Die Debatte um die Art zukünftiger „Sicherheitspolitik" **innerhalb** der NATO ist überhaupt **die** Schiene, auf der die ideologische Reintegrationsbemühungen der SPD und des Staates ablaufen. Die Friedensbewegung muß diesen Bemühungen entgegen halten: Ein Militärbündnis, das den Krieg vorbereitet, gehört nicht reformiert, sondern auseinanderdividiert! Kurz um: Raus aus der NATO! Eine Funktionalisierung der Friedensbewegung für eine NATO-„Reformfraktion", die Reintegration der Friedensbewegung in den „ideologischen Massenkonsens" der Herrschenden würde allen Hoffnungen auf eine Friedensbewegung als **eigenständige** Kraft ein vorzeitiges Ende bereiten. Sie würde die Friedensbewegung in ihrer Entwicklung um Jahre zurückwerfen. Sie würde die Friedensbewegung auch noch des letzten Momentes an „Außerstaatlichkeit" und „Autonomie" berauben. Es wird die Aufgabe der „Unabhängigen" und „Linken" sein, die Forderung „Raus aus der NATO" zu popularisieren und einen organisatorischen und ideologischen Gegenpol zu den diesbezüglichen Reintegrationsbemühungen der SPD zu errichten. In diesem Zusammenhang sollte auch der Aufbau eines nationalen Komitees „Raus aus der NATO" erwogen werden.

— Die Entscheidung des Bundestages vom 22.11.83 hat einmal mehr gezeigt, daß die Frage der Demokratie zu einer Überlebensfrage geworden ist. Der aus der Kollision von parlamentarischen und außerparlamentarischen Mehrheitsverhältnissen entstandene Konflikt, die Auseinandersetzung um unterschiedliche Demokratieverständnisse, darf nicht einschlafen. Sie muß weiter vorangetrieben werden in Richtung Erweiterung der existierenden Entscheidungsstruktur. Die Friedensbewegung darf bei der „konsultativen Volksbefragung" nicht Halt machen, schon gar nicht bei der Karrikatur derselbigen („Autonome Volksbefragung" am 17. Juni). Die Forderung nach Einführung des **Volksentscheides** steht auf der Tagesordnung. 60% der Bevölkerung votieren heute laut Umfragen für eine derartige Erweiterung der Entscheidungsstrukturen. Versteht die Friedensbewegung nicht, mit dieser Stimmung produktiv umzugehen, vertut sie eine riesige Chance.

ren. Versteht die Friedensbewegung nicht, mit dieser Stimmung produktiv umzugehen, vertut sie eine riesige Chance.

— Das NEIN zu Pershing II und Cruise Missile muß erweitert werden um die Forderung nach Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen. Und zwar ohne daß diese Forderung an entsprechende Schritte der „anderen Seite" geknüpft wird. Unter dem Begriff Massenvernichtungswaffen sind nicht nur die bekannten ABC-Waffen zu subsummieren, sondern auch die neuen „Errungenschaften" auf dem Sektor der konventionellen Rüstung, die es möglich machen, den Massenmord künftig auch konventionell zu bewerkstelligen.

— Die Friedensbewegung wird sich in Zukunft stärker, als dies bislang der Fall war, den sogenannten „kleinen Kriegen" an der Peripherie des Weltsystems zu widmen haben. Und sei es auch allein aus dem „egoistischen" Interesse heraus, ein „Durchschlagen" („horizontale Eskalation") derartiger Kriege auf den europäichen Kontinent zu verhindern. Denn in der Strategie der NATO sind diese „kleinen Kriege" „Vorboten" des „großen Krieges" in Europa. Wie es aber einer Friedensbewegung ergehen kann, die unfähig ist, über ihren eigenen Tellerrand hinaus zu blicken, zeigt das unrühmliche Beispiel der englischen Friedensbewegung während des Malvinen-Krieges. Die englische Friedensbewegung, die in der Vergangenheit tausende und abermals tausende von Menschen gegen die Stationierung von Cruise Missiles zu mobilisieren wußte, zeigte sich vollends paralysiert, als die englische Flotte den heimischen Hafen verließ, um nicht weniger als 12.000 Seemeilen von den eigenen nationalstaatlichen Grenzen entfernt eine längst zum Anachronismus verkommene Weltordnung mit militärischer Gewalt zu verteidigen. Die englische Friedensbewegung hat sich bis heute nicht von dieser schweren Niederlage erholen können. Es ist wohl nicht übertrieben, zu behaupten, daß es der westdeutschen Friedensbewegung heute im Falle einer NATO-Intervention im Nahen/Mittleren Osten nicht unbedingt anders ergehen würde. In einem solchen Falle würde die BRD der 2./3. Welle der „Rapid Deployment Force" als Transitstelle dienen. Aber auch eine direkte Beteiligung von Bundeswehreinheiten an einem imperialistischen Aufmarsch in der Region, etwa im unverfänglichen und „neutralen" Gewand einer UN-Friedenstruppe, steht weiter zur Diskussion. Wenn die BRD-Regierung heute noch nicht diesbezüglich ihr Plazet erteilt, dann u.a. deswegen, weil dann eine Überstrapazierung des ohnehin angekratzten inneren Konsens in Sachen „Sicherheitspolitik" befürchtet werden muß.

— Im Warenhaus des „zivilen Ungehorsams" ist die kollektive und politisch begründete (siehe Appell der Schriftsteller) Verweigerung des Kriegsdienstes sicherlich das attraktivste und realitätstüchtigste Angebot. So wie uns die offensichtliche Kriegsplanung und -vorbereitung zu einem bedingungslosen NEIN zur NATO zwingt, so zwingt sie uns logischerweise auch zur Propagierung der Verweigerung jeglicher „Wehrtätigkeit". Die viel beschworene „Wehrbereitschaft" muß einseitig zersetzt und geschwächt werden. Wer dem nicht zustimmen kann, der nimmt entweder den Willen der NATO zum Krieg noch immer als ein „janusköpfiges" Gebilde, das auch irgendwie der „Verteidigung" dient, oder aber er macht sich der Beihilfe an der Vorbereitung eines gigantischen Massenmordes schuldig. Wer nämlich nicht begriffen hat, daß die NATO tatsächlich den Krieg will, der wird kaum ein halbes Nein zur NATO und ein halbes Ja zur Verweigerung aussprechen. Das Leben stellt uns nun einmal Fragen, in denen Kompromisse auf halber Strecke beim besten Willen nicht mehr möglich sind.

— Die Debatte um die Methoden des Widerstandes muß ihrer ideologischen Kostümierung entkleidet und enttabuisiert werden. Wenn es stimmt, was die Friedensbewegung in all ihren Pamphleten immer wieder behauptet, nämlich, daß die Politik der NATO uns einem Krieg näher bringt, wenn es stimmt, daß ein solcher Krieg das Ende menschlichen Lebens in Europa bedeuten könnte, zumindest aber noch mehr Opfer fordern würde als der verheerende 2. Weltkrieg, wenn das alles richtig ist, dann muß es auch legitim sein, über sämtliche möglichen Methoden des Widerstandes offen zu diskutieren. Denn dann ist es geradezu unmoralisch, die Einhaltung eines bestimmten Widerstandsrituals über den intendierten Zweck desselbigen zu stellen.

Dietrich Schulze-Marmeling

George Orwell, heute gelesen, wird vor allen Dingen als Absage an den totalen Überwachungsstaat verstanden. Die Ohnmacht des einzelnen gegenüber einem übermächtigen Staatsapperat, eine vage Hoffnung auf die „Proles", ein diffuses Verständnis von Sozialismus, der Traum von der Liebe als Kraft, die Partei in Stücke zu sprengen, die Vorstellung, daß „die Supermächte" gleichermaßen zum Untergang der Menschheit beitragen — all dies spiegelt in großen Zügen auch das Bewußtsein eines großen Teils der heutigen Linken und „Bewegten" wider.
Vieles von seiner Utopie ist längst von der Wirklichkeit eingeholt: Die Aktivitäten des Staates, ein ganzes Volk zu verdaten und zu überwachen sind sicherlich noch effektiver als nur die Elite auf Linie zu halten. Potentielle Kriminelle schon bei der Geburt durch Daten herauszufiltern, ist schon kein Gedankenspiel mehr. Ganze Bevölkerungsgruppen ständig kontrollieren zu können ist kein technisches Problem. „1984" — nur eine Utopie?

Orwell: „1984"

„Welch ein Buch hätte dieser Mann vielleicht auf Hawaii geschrieben ...?"

Orwells Warnung vor „Totalitarismus"

In der Vision Orwells von 1984 gibt es nur noch drei Superstaaten, keine Nationalstaaten mehr.

„Eurasien umfaßt den gesamten nördlichen Teil der europäischen und asiatischen Landmassen von Portugal bis zur Behring-Straße. Ozeanien umfaßt die beiden Amerika, die Inseln im Atlantischen Ozean einschließlich der Britischen Inseln, Australien und den südlichen Teil von Afrika, Ostasien, kleiner als die beiden anderen und mit einer weniger festumrissenen Westgrenze, umfaßt China und die südlich davon gelegenen Länder, die Japanischen Inseln und einen großen, aber flukturierenden Teil der Mandschurei, der Mongolei und Tibets." (1)

Winston Smith, „Held" der Geschichte, lebt in Ozeanien. Die Beschreibung des Lebens in London, das zu Ozeanien gehört, ist die Abbildung des Lebens in einer Großstadt nach dem 2. Weltkrieg (für die Kalten Krieger wurde es die Beschreibung der Lebensumstände in den „Ostblock"-Ländern): Ein ständiger Geruch von gekochtem Kohl und feuchten Fußmatten, die Fahrstühle kaputt, die Häuser verwahrlost, Gebrauchsgegenstände sind häufig nur auf dem Schwarzmarkt erhältlich, von Luxusgütern wie Kaffee, Schokolade, Tee ganz zu schweigen. Die Menschen sind ärmlich gekleidet, nur eines gibt es reichlich: Victory-Gin, ein synthetisches, öliges Zeug (allerdings nur für Parteimitglieder).

An jeder Straßenecke, in jedem Hausflur ist ein Plakat angebracht. Es zeigt in Überlebensgröße *„das Gesicht eines Mannes von etwa fünfundvierzig Jahren, mit dickem schwarzen Schnauzbart und ansprechenden, wenn auch derben Zügen. Es gehört zu den Bildnissen, die so gemalt sind, daß einen die Augen überallhin verfolgen. ‚DER GROSSE BRUDER SIEHT DICH AN!' lautete die Schlagzeile darunter."*

Die Macht hat in Ozeanien DIE
DICH AN!' lautete die Schlagzeile darunter."

Die Macht hat in Ozeanien DIE PARTEI, herrschende Ideologie ist der „Engsoz" (englischer Sozialismus). Überall im Land sind die drei Wahlsprüche der Partei in die Wände gemeißelt: Krieg bedeutet Frieden, Freiheit ist Sklaverei, Unwissenheit ist Stärke. Die Partei ist in die Innere Partei und die Äußere Partei gegliedert. *„Der Große Bruder ist die Vermummung, in der die Partei vor die Welt zu treten beschließt. Seine Funktion besteht darin, als Sammelpunkt für Liebe, Furcht und Verehrung zu dienen, Gefühle, die leichter einem einzelnen Menschen als einer Organisation entgegengebracht werden. Nach dem Großen Bruder kommt die Innere Partei, die ihrer Zahl nach nur sechs Millionen Mitglieder oder etwas weniger als 2% der Bevölkerung Ozeaniens umfaßt. Nach der Inneren Partei kommt die Äußere Partei, die, wenn man die Innere Partei als das Gehirn des Staates bezeichnet, berechtigterweise mit dessen Händen verglichen wird. Danach kommen die dumpfen Massen, die wir gewöhnlich als ‚Proles' bezeichnen, der Zahl nach ungefähr 85% der Bevölkerung."*

Mitglieder der Partei werden ständig mit Hilfe von Televisoren überwacht. Das sind Bildschirme, die jedes Bild und jedes Geräusch in einem Zimmer aufnehmen und die nie abgeschaltet werden können, gleichzeitig dienen sie als Sender von Nachrichten, Mitteilungen, Musik etc. Außerdem fliegt in Abständen die Gedankenpolizei mit Hubschraubern an den Fenstern vorbei und sieht in jede Wohnung. Zwar gibt es keine Gesetze, aber für alle Parteimitglieder gibt es ungeschriebene Verhaltensmaßnahmen: Der Glaube, daß der Große Bruder allmächtig ist und die Partei unfehlbar, muß sie sozusagen instinktiv vor jedem anderen gefährlichen Gedanken zurückhalten. Das erfordert ein hartes Training, „Verbrechensstop" wird es in der amtlichen Neusprache genannt. Die freie Zeit wird nach diesen ungeschriebenen Gesetzen dem Dienst der Partei gewidmet, Beziehungen, Freundschaften sind nicht geduldet, Ehen werden zum Zweck der Fortpflanzung geschlossen. Für Gefühlsausbrüche wird eine tägliche zweiminütige „Haßsendung" über den Televisor gesendet, in der der überall lauernde Feind in Gestalt von Immanuel Goldstein sein Unwesen treibt. Vor dem Televisor üben sich die Leute in kollektiven Haßausbrüchen.

Die 85% der Bevölkerung, die „Proles" werden nicht mit der Parteiideologie vertraut gemacht, wichtig in Ozeanien ist die Elite. *„Es war nicht wünschenswert, daß sie* (die Proles — d.Verf.) *ein starkes politisches Bewußtsein hatten. Von ihnen wurde nur ein primitiver Patriotismus verlangt, an den man gegebenenfalls appellieren konnte, wenn sie sich mit einer Verlängerung ihrer Arbeitsstunden oder einer Kürzung der Rationen abfinden mußten."* Ansonsten lebten sie relativ unbehelligt von der Partei. *„Sie wurden geboren, wuchsen in der Gosse auf, gingen mit zwölf Jahren an die Arbeit, durchlebten eine kurze Blütezeit körperlicher Schönheit und sinnlicher Begierde, heirateten mit zwanzig, alterten mit dreißig und starben zum größten Teil mit sechzig Jahren. Schwere körperliche Arbeit, die Sorge um Heim und Kinder, kleinliche Streitigkeiten mit Nachbarn, Kino, Fußball, Bier und vor allem Glücksspiele füllten den Rahmen ihres Denkens aus. Es war nicht schwer, sie unter Kontrolle zu halten."*

Winston Smith, Mitglied der Äußeren Partei, arbeitet im Wahrheitsministerium, „Miniwahr" in der Neusprache. Seine Arbeit besteht darin, Vergangenheit immer der Gegenwart anzupassen. Nach dem Wahlspruch der Partei: „Wer die Vergangenheit hat, hat die Zukunft" wurde alles Vergangene korrigiert und der Gegenwart angepaßt. Lag Ozeanien mit Eurasien im Krieg, so mußte alles, was darauf hindeuten konnte, daß Ozeanien vor einem Jahr mit Ostasien im Krieg gelegen hatte, vernichtet werden. Alle Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Plakate, Flugblätter, Filme etc. wurden „korri-

hatte, vernichtet werden. Alle Zeitun-
gen, Bücher, Zeitschriften, Plakate, Flugblätter, Filme etc. wurden „korri-

giert", die alten Ausgaben verbrannt. Hatte der Große Bruder eine Prophezeiung ausgesprochen, so mußte, wenn die Prophezeiung nicht eingetroffen war, jede Rede neu geschrieben werden, damit die Prophezeiung richtig wurde.

Häufig verschwanden Personen, die „Gedankenverbrechen" begangen hatten. Sie wurden „vaporisiert", d.h. kein Bild, kein Zeitungsausschnitt verblieb von ihnen, sie hatten nicht existiert. Listen, auf denen sie zu irgendwelchen Zwecken gestanden hatten, hingen nach ihrem Verschwinden „korrigiert", d.h. ohne ihre Namen an den alten Plätzen.

Der Antiheld Winston Smith funktioniert schon seit längerem nicht mehr im Sinne der Partei. Er versucht — Gedankenverbrechen Nr. 1 — sich zu erinnern, fängt gar an, ein Tagebuch zu schreiben; er beginnt — Gedankenverbrechen Nr. 2 — ein Verhältnis mit Julia, einer Parteigenossin und versucht schließlich — Gedankenverbrechen Nr. 3 — Kontakt mit der „Brüderschaft", einer angeblichen Untergrundorganisation, geleitet von Immanuel Goldstein, aufzunehmen. Julia und er werden verhaftet und im „Minilieb", dem Folterzentrum, einer Gehirnwäsche unterzogen. Winston Smith soll nicht nur getötet werden (das ist die übliche Strafe für Gedankenverbrechen), er soll lernen, daß seine Erinnerungen falsch sind; daß sein vager Glaube an die Proles, die sich eines Tages erheben werden, Unsinn ist; er soll lernen, daß sagt die Partei, zwei und zwei sind fünf, dies stimmt und vor allem: Er soll davon überzeugt sein. Winston Smith lernt dies. Körperlich und seelisch zerbrochen, wird er entlassen. *„Zwei nach Gin duftende Tränen rannen an den Seiten seiner Nase herab. Aber nun war es gut, war alles gut, der Kampf beendet. Er hatte den Sieg über sich selbst errungen. Er liebte den Großen Bruder."*

Eigentlich „zerfällt" das Buch in mehrere Teile. Immer da, wo's menschlich wird — die Liebesgeschichte zwischen Winston Smith und Julia — ist es unfreiwillig komisch, an anderen Stellen — als z.B. Smith ein Manuskript des verbotenen (in Wahrheit aber von der Partei als Lockmittel hergestellten) Buches von Immanuel Goldstein liest und darin das, was er sich über Ozeanien zusammengereimt hat, bestätigt findet, ist es geradezu gruselig aktuell. Ebenso zu Denken geben sollten uns — allem reaktionären Deutschlehrergeschwafel zum Trotz — Orwells sarkastische Anmerkungen zur Verluderung der Sprache (Neusprache).



Orwell in Islington im Winter 1945 — aus: Bernhard Crick, George Orwell

Neusprache und Zwiedenken

Nur noch die „Neusprache" wird es nach Orwells Vorstellungen im Jahr 2050 geben. 1984 arbeitet man noch eifrig an der rigorosen Umgestaltung bzw. Kürzung der „Altsprache". Orwell gab seinem Buch eine „kleine Grammatik" bei, in der er erläutert, mit welchem Ziel die Sprache umgestaltet wird: Die Sprache *„hatte nicht nur den Zweck, ein Ausdrucksmittel für die Weltanschauung und die geistige Haltung zu sein, die den Anhängern des Engsoz allein angemessen war, sondern darüberhinaus jede Art anderen Denkens auszuschalten"* und die Reichweite des Gedankens zu verkürzen. So gibt es in der Neusprache zwar das Wort „frei" noch, aber nicht mehr im Sinne von „politisch oder geistig frei", sondern im Sinne von „dieser Hund ist frei von Flöhen".

Es gibt verschiedene Wortschatzarten, die streng voneinander getrennt sind: Wortschatz A gilt für die Wörter des täglichen Lebens. Der Begriff „warm" z.B. existiert nicht mehr, weil das Wort „kalt" mit allen Variationen alles notwendige beinhaltet. „Unkalt" entspricht dem altsprachlichen Begriff „warm", „pluskalt" bedeutet „sehr kalt", „doppeltunkalt" bedeutet „sehr warm", „doppeltpluskalt" heißt „überaus kalt".

Der Wortschatz B besteht aus Wörtern, die zu politischen Zwecken gebildet werden. „Gutdenk" z.B. ist eine „orthodoxe Haltung, Strenggläubigkeit an die Unfehlbarkeit der Partei". „Altdenker" ist jemand, der noch in der alten Welt und Sprache verhaftet ist. Viele Wörter haben, sozusagen aus dem System immanenten sprachpädagogischen Gründen, verschleiernden Charakter: „Lustlager" bedeutet „Zwangsarbeitslager", „Minipax" ist das Kriegsministerium, „Minilieb" das Folterzentrum, „Miniwahr" das Lügen-und Zensurministerium und „Minifluß" das Ministerium, in dem die täglichen Rationierungen ausgeknobelt werden (siehe zum Vergleich den Kasten mit heute üblichen Verschleierungsbegriffen).

Der Wortschatz C schließlich ist für wissenschaftliche und technische Zwecke bestimmt. Die Computersprache, das Ärztelatein u.a.m. ist ja heute auch in der Realität in diesen Bereichen Umgangssprache.

Ein typischer Satz lautet in der Neusprache: *„Altdenker unintus Engsoz"* (d.h. der „Altdenker" hat den „Engsoz" nicht begriffen — oder in der kürzesten Fassung einer annähernd korrekten altsprachlichen Wiedergabe: *„Diejenigen, deren Weltanschauung sich vor der Revolution geformt hat, können die Prinzipien des neuen englischen Sozialismus nicht wirklich von innen heraus verstehen."*)

Zu dieser Neusprache gehört das Zwiedenken. Von Orwell ursprünglich als Angriff auf die Dialektik gemeint, ist heute die „Gabe, gleichzeitig zwei einander widersprechende Ansichten zu hegen und beide gelten zu lassen", in diesem Lande eine ziemliche Selbstverständlichkeit. Familienminister Geißler propagiert die heile Familie, Zimmermann läßt türkische Familien nicht mehr zusammenkommen — und die Leute finden das normal. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Stationierung der Atomwaffen ab, die CDU befürwortet eine Stationierung und wird gewählt. Die CDU erläutert, daß sie unter „Sparen" versteht, daß die Mehrheit der Bevölkerung sparen soll und die Unternehmer Geld bekommen. Die Mehrheit der Bevölkerung wählt eine solche Regierung. Politiker sind käuflich und bestechlich, jeder weiß es, sie dürfen trotzdem weiter im Amt bleiben. Der Kleine Bruder „Neusprache" ist schon da.

Krieg bedeutet Frieden

Einer der Zwiedenken-Leitsprüche der Partei lautet: *„Krieg bedeutet Frieden".*

Orwell beschreibt in diesem Kapitel sehr eindrucksvoll die Funktion von Kriegen: Entstanden sind die drei Superstaaten Anfang der fünfziger Jahre. Zu der Zeit wurden einige hundert Atombomben auf Industriezentren abgeworfen, hauptsächlich im europäischen Rußland, Westeuropa und Nordamerika. Die dadurch erzielte Wirkung war, daß die herrschenden Gruppen aller Länder zu der Überzeugung gelangten, ein paar Atombomben mehr würden das Ende jeder geordneten Gesellschaft und damit ihrer eigenen Macht

den das Ende jeder geordneten Gesellschaft und damit ihrer eigenen Macht

bedeuten. Danach wurden keine Atombomben mehr abgeworfen. Trotzdem werden immer neue Bomben hergestellt, weil jeder Staat die Strategie hat, einen der Rivalen einzukreisen, dann einen Freundschaftspakt mit ihm abzuschließen und damit den Argwohn des Rivalen einzuschläfern, um dann die Atombomben aus allen Stützpunkten gleichzeitig mit so verheerender Wirkung abzuschießen, daß eine Vergeltung nicht möglich ist. Mit der übriggebliebenen Weltmacht wird dann genauso verfahren.

Orwell Von Hawaii aus ein anderes 1984

Da kam ein hustender, hagerer Mann mit Schreibmaschine und zweijährigem Sohn auf die schottische Insel Jura, eine Alptrauminsel: kalt, grau, ohne Strom, ohne fließendes Wasser, kein Telefon. Er wolle hier leben und schreiben, sagte der Mann den Schafzüchtern und Fischern, die hier lebten.

Tief hängen die Wolken das ganze Jahr über der Insel, naßkalte Schwaden. Der Mann pachtete im Norden einen verlassenen Bauernhof und stellte eine Hausgehilfin an. „Können Sie kochen?" Sie schüttelte den Kopf. „Macht nichts." 41 war der Mann. Er wirkte wie 60. Er schrieb Tag und Nacht, Haferkekse kauend und hustend. Wenn er das Fenster öffnete, hörte er die Schreie von Mauerseglern und das Bellen von Seehunden.

Frierend, hustend, Blut spuckend, beendete er schließlich 1948 sein Buch, drehte die letzten Jahreszahlen um und nannte es 1984. Es erschien unter seinem Pseudonym George Orwell. Zwei Jahre später, mit 46, starb Orwell, totgehustet; Tbc.

In diesem Jahr 1984 sprechen nun alle plötzlich von seinem Buch, seiner schrecklichen Vision vom überwachten Menschen, dem der Große Bruder (ein Andropow, ein Hitler) sogar ins Gehirn schaut. In jeder Wohnung steht bei Orwell 1984 ein Fernsehauge des Großen Bruders, das alles sieht.

Ein Buch vom verlorenen Menschen, so schwarz wie die Insel, auf der es entstand. *

Welch ein Buch hätte dieser Mann vielleicht auf Hawaii geschrieben, braun gebrannt, unter Palmen?

* Taschenbuch bei Ullstein, 7,80 DM.

Bild der Frau 9.1.84

Geforscht wird nach einem Verfahren zur Tötung von mehreren hundert Millionen Menschen in ein paar Sekunden ohne vorhergehende Warnung. Dieses Schema ist ein unmöglich zu verwirklichender Wunschtraum, meint Orwell. Leider schreibt er nicht, warum (oder ich hab's nicht verstanden).

Die Kriege, die bei Orwell die drei Superstaaten führen, zielen nicht auf die Neuaufteilung der Welt, weil die Staaten nicht die Macht besitzen, einander endgültig zu vernichten und durch keinen echten ideologischen Unterschied getrennt sind. Alle drei Staaten werden nach demselben hierarchischen Prinzip wie Ozeanien regiert.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Selbst wenn sich zwei der Staaten gegen den dritten verbünden würden, wäre es aufgrund der riesigen Landflächen oder der Ozeane, die dazwischen liegen nicht möglich, einen dieser Staaten endgültig zu besiegen.

Der Kampf um Absatzmärkte, Hauptursache früherer Kriege, findet nicht mehr statt, weil Produktion und Verbrauch innerhalb der Staaten aufeinander abgestimmt sind. (Orwells Worte in des Kapitalisten Ohr!) Gekämpft wird an den Grenzen, und zwar wesentlich um Arbeitskräfte, Hunderte von Millionen schlecht bezahlter und schwer arbeitender Kulis. Hauptziel der modernen Kriegführung liegt im Verbrauch der maschinellen Erzeugnisse. Zwar könnte man die Erzeugnisse auch den sie erzeugenden Menschen geben, aber dann wäre die Macht der Herrschenden nicht von langer Dauer, denn „sobald alle gleicherweise Muße und Sicherheit genossen, würde die große Masse der Menschen, die normalerweise durch Armut abgestumpft war, sich heranbilden und selbständig denken lernen. Und war es erst einmal soweit, so würden sie früher oder später dahinterkommen, daß die privilegierte Minderheit keine Funktion hatte, und würden sie beseitigen. Auf lange Sicht war daher eine hierarchisch geordnete Gesellschaft nur auf der Grundlage von Armut und Unbildung möglich." Man konnte auch nicht einfach die Produktion drosseln, also mußte man weiter produzieren, ohne den Wohlstand der Massen zu erhöhen.

Die wirkungsvollste Methode, Erzeugnisse zu vernichten, ist ein dauernder Krieg. Er hat zudem noch den Vorteil, daß man die Bevölkerung in ständiger Furcht, Haß und Opferbereitschaft halten kann. Deswegen werden die Herrschenden der drei Superstaaten immer weiter Krieg führen.

„1984" — eine Utopie? Die Periode des „Gleichgewichts des Schreckens" ist vorbei. Waffen, die ohne Vorwarnung Hunderte von Millionen Menschen töten können, gibt es; Erstschlagswaffen mit Vorwarnzeiten unter 5 Minuten sind stationiert.

Orwell, die Liebe, die Frauen, die Proles und viele Vorurteile

„Schau! flüsterte Julia. Eine Drossel hatte sich keine fünf Meter entfernt von ihnen auf einem Ast fast in ihrer Augenhöhe niedergelassen... Ihr Körper schimmerte weiß in der Sonne. Er kniete vor ihr nieder und nahm ihre Hände in seine...".

Die Liiiihiiiibäää ist eine Himmelsmacht. Daran ist nach der Lektüre von „1984" nicht zu zweifeln. Sie kann aber auch, wenn's um das profan Sexuelle geht, ein *„gegen die Partei geführter Schlag"* sein, ein *„politischer Akt"* gar. So rührend kitschig ist diese Liebesgeschichte, daß ein (von Orwell beabsichtigter) Höhepunkt des Buches — Winston Smiths Verrat an Julia unter der Folter — einen Teil seiner finsteren und bedrohlichen Wirkung einbüßt. Orwell hatte zeit seines Lebens ein schrulliges, puritanisches Verhältnis zu Frauen, und seine Bücher strotzen von weiß der Teufel wie vielen Vorurteilen (übrigens nicht allein gegen Frauen, sondern auch gegen Juden, Zigeuner, gegen stinkende Proles etc.; besonders haßte er übrigens Schwule), und zugleich war er zeit seines Lebens bemüht, sich wenigstens von einem Teil seiner snobistischen Erziehung zu lösen.

Die „Literatur-Konkret" (Ausg. 1983/84) wütet zwei Seiten lang gegen den Frauenfeind und Antikommunisten. Dem kann man kaum widersprechen; man kann höchstens zu bedenken geben, daß unter diesem Blickwinkel wahrscheinlich zwei Drittel der „Weltliteratur" auch nicht lesbar ist. Natürlich ist es ärgerlich, wenn Frauen bei Orwell entweder als quiekende, keifende Ziegen oder als voluminöse Weiber mit Armen wie Säulen und Ärschen, die an die Hinterbacken eines Pferds erinnern, dargestellt werden. Entweder wabbeln sie weich und nachgiebig wie Wasser oder sie keifen und neigen zum Denunziantentum oder sie sind, wie Winstons Freundin Julia, Weiberhasserin, die sich mit ein paar Tricks aus der modernen Kosmetikabteilung wieder in eine „richtige Frau" verwandelt.

Hohe Hacken und ein Röckchen, schon ist frau ein Individuum. Da freut sich auch das „Hamburger Abendblatt" (eine vergeblich moderate Springer-Zeitung) über ein solches Frauenbild: *„Seit dreißig Jahren leben sie* (die Chinesen, d.Verf.) *in einem Staat, der Orwells Modell am nächsten kommt. Der ‚Neue Mensch', die blaue Ameise, wird in totaler Isolation herangezüchtet. Und dann öffnet sich die Mauer einen Spalt breit, und nur wenige Wochen später wenden sich die Chinesinnen vor dem Spiegel in einer Bluse, die anders ist als die anderen, probieren einen Lippenstift und sind schlagartig wieder Individuum und unverwechselbare Persönlichkeit"* („HA", 31.12.83). Aber ob die Springer-Postille auch darüber jubelt, wie Orwells Julia den Zusammenhang von Unterdrückung der Sexualität und Machtausübung bis hin zur Kriegshetze erkennen läßt? Julia sagt: Die Parteidoktrin der Unterdrückung aller Sexualität außer zum Zweck der Fortpflanzung *„wurde aufrechterhalten, nicht nur weil die Sexualität sich eine Welt für sich zu schaffen verstand, die außerhalb der Kontrolle der Partei lag, so daß sie nach Möglichkeit unterdrückt werden mußte, sondern vor allen Dingen, weil die sexuelle Enthaltsamkeit zur Hysterie führte und damit ein erstrebenswertes Ziel erreicht wurde, denn diese Hysterie konnte in Kriegsbegeisterung und Führerverehrung umgewandelt werden".* — Der Zwiedenker Orwell bietet halt jedem etwas.

Wie mit den Frauen, so geht es Orwell mit den „Proles". Zeit seines Lebens hat er mit sich selber und seiner Erziehung gekämpft, um seine ihm anerzogenen Vorurteile gegenüber dem Proletariat zu überwinden. Aber selbst in seinem letzten Buch (knapp acht Monate nach Erscheinen von „1984" starb er) stellt er sich selbst immer wieder ein Bein. *„Wenn es noch eine Hoffnung gibt, so liegt sie bei den Proles, schrieb Winston Smith in sein Tagebuch. Wenn es eine Hoffnung gab, so mußte sie einfach bei den Proles liegen, denn nur dort ... konnte jemals die Kraft entstehen, die Partei zu zerschlagen ... Aber die Proles, wenn sie sich nur ihrer Macht bewußt werden könnten, hätten sie es gar nicht nötig, eine Verschwörung anzuzetteln. Sie brauchten nur aufzustehen und sich zu schütteln, wie ein Pferd, das die Fliegen abschüttelt. Wenn sie wollten, konnten sie die Partei morgen in Stücke schlagen. Sicherlich mußte ihnen früher oder später der Gedanke dazu kommen! Und doch —!"* Irgendwie kommen die blöden Proleten offenbar nicht auf diesen so wundervoll einfachen Weg, zanken sich stattdessen um so alberne Geschichten wie Kochgeschirr. Da hat sich der Intellektuelle wieder selbst ins Knie geschossen. Orwell läßt Winston und seine Freundin stapelweise Lügen und Verdrehungen, Kitschromane vom Fließband und Pornos billigster Sorte für die Proles herstellen, und dann jammert Winston noch darüber, daß die Proles auch darauf reinfallen. Das ist Orwells Widerspruch. *„Sie werden sich nie auflehnen, solange sie sich nicht ihrer Macht bewußt sind, und erst nachdem sie sich aufgelehnt haben, könnten sie sich ihrer Macht bewußt werden."* Das ist wohl wahr und ist ein langer Prozeß. Die Bourgeoisie hat bislang alles unternommen, damit sie sich nicht erst auflehnen und sich ihrer Macht bewußt werden.

I., Hamburg

Anmerkung:
(1) Alle Zitate zu „1984" sind aus: George Orwell, 1984, Verlag Ullstein 1983



Eric Blair (d.i. George Orwell) im Sommer 1919 (ganz rechts)

Eric Blair, alias George Orwell — Wie er wurde, was er ist —

Eric Blair, wie George Orwell mit bürgerlichem Namen heißt, wird 1903 in Bengalen geboren, er wächst mit seiner Mutter und Schwester in England auf. Der Vater kommt nur im Urlaub zu Besuch. Seine Eltern sind nicht reich, nicht arm. *„Unterer, oberer Mittelstand oder Stoßdämpfer der Bourgeoisie"* benennt er seine Klassenlage. Mit acht Jahren kommt er in eine dieser g u t b ü r g e r l i c h e n „Erziehungsanstalten", die die unteren, oberen Mittelständler auf eine angemessene Karriere mit Reitgerte und Psychoterror vorbereiten. Zwar hatte er dort immer das Gefühl, ein Versager zu sein, aber immerhin bekam er ein Stipendium für Eton (Eliteanstalt — auch heute noch erkennen sich die ehemaligen Absolventen an dem besonders näselnden Englisch und den feinen Manieren).

Polizeioffizier in Indien

In Eton tat er sich nicht besonders hervor und da er mit Sicherheit aufgrund seiner Noten kein Stipendium für die Universität bekommen hätte, verließ er mit 18 Jahren die Schule und fuhr im Oktober 1922 nach Burma, um in den Dienst der indischen Polizei zu treten. Schon während der Schulzeit hatte er erste Schreibversuche gemacht und so notierte er alles, was ihm in den fünf Jahren seines Dienstes als Polizeioffizier für das britische Empire auffiel.

Seine Tage in Burma waren ihm verhaßt, weil *„zu jener Zeit ich mir bereits im klaren darüber (war), was für eine schmutzige Sache der Imperialismus ist und daß es für mich das Beste wäre, so schnell wie möglich den Dienst zu quittieren und meine Koffer zu packen".* (1)

Ihn entsetzte das Elend der Gefangenen, die *„blutunterlaufenen Hintern derer, die mit Bambusstöcken gezüchtigt worden waren".* (2) Selbstkritisch schreibt er später: *„Zahllose Gesichter, an die ich mich erinnerte ... Gesichter von Bediensteten und Kulis, denen ich im Augenblick des Zorns einen Faustschlag versetzt hatte ... verfolgten mich unbarmherzig".* (3) In seiner Eigenschaft als Polizeioffizier mußte er auch bei Hinrichtungen dabei sein. Er beschreibt, wie ein gefesselter Inder zum Galgen gebracht wird und auf dem Weg dorthin einer Pfütze ausweicht: *„Seltsam, aber bis zu diesem Augenblick war mir nicht bewußt geworden, was es bedeutet, einen gesunden, denkenden Menschen zu töten. Als ich den Gefangenen beiseite treten sah, um der Pfütze auszuweichen, erkannte ich das Geheimnis, sah, welch ungeheuerliches Unrecht es ist, einem Leben gewaltsam ein Ende zu setzen, das in voller Blüte ist ..."* (4).

Im Kostüm des Landstreichers

Orwell quittiert seinen Dienst. Er will das Leben der Armen aus eigener Anschauung erleben, *„geradewegs zu den Unterdrückten (zu) gelangen, um einer von ihnen zu sein und auf ihrer Seite zu stehen gegen die Tyrannen".* (5)

Er geht nach Paris, verdient sich dort seinen Lebensunterhalt als Tellerwäscher und wohnt entweder in schäbigen Zimmern oder im Armenspital. Danach zieht er eine Weile als Landstreicher in England herum, schläft in den Landstreicherquartieren, arbeitet mit ihnen bei der Hopfenernte. *„Zur Zeit jedenfalls glaube ich, nicht mehr als nur den äußeren Rand der Armut kennengelernt zu haben. Und doch kann ich auf ein, zwei Dinge hinweisen, die ich wirklich in dieser schlechten Zeit gelernt habe. Ich werde niemals wieder denken, alle Tramps wären betrunkene Schurken, noch werde ich glauben, daß ein Bettler dankbar ist, wenn man ihm einen Penny gibt, noch überrascht sein, wenn Arbeitslosen die Energie fehlt, noch die Heilsarmee mit Beiträgen unterstützen, noch meine Kleidung verpfänden, noch Vergnügen haben an einem Essen in einem piekfeinen Restaurant. Das ist ein Anfang."* (6)

Obwohl er sich unter die Armen mischt, weiß er, daß dies — aufgrund seiner Stellung und seiner Familie, die ihn jedesmal wieder mit offenen Armen aufnimmt, — immer nur ein Ausflug ist. Er weiß, daß er zurück kann im Gegensatz zu den wirklich Obdachlosen.

Reporter unter Bergarbeitern

Mit seinen bis dahin veröffentlichten Reportagen hatte Orwell bescheidenen Ruhm erlangt und vor allem seine Position für sich selber geklärt. Er will sich auf die Seite der Armen und Unterdrückten stellen. 1936 erhält er das Angebot, für den „Linken Buchclub" eine Reportage über das Leben der Bergarbeiter im Norden Englands zu machen.

Zu der Zeit gab es über zwei Millionen Arbeitslose. *„Ich wußte nichts über die Lebensbedingungen der Arbeiter ... Das schreckliche Los eines ordentlichen Arbeiters, der nach einem Leben ununterbrochener Arbeit plötzlich auf der Straße steht, sein verzweifelter Kampf gegen ökonomische Gesetze, die er nicht versteht, die Auflösung der Familien, das nagende Schamgefühl — das alles lag außerhalb meines Erfahrungsbereichs."* (7).

Kurz vor seiner Abreise nach Wigan Pier heiratet Orwell Eileen O'Shaugnessy, eine Frau, die als Lehrerin und Sekretärin gearbeitet hatte und zum Zeitpunkt der Heirat an der Londoner Universität Psychologie studierte. Diesmal fuhr Orwell nicht kostümiert, sondern offiziell als Berichterstatter. Er wohnt und lebt für zwei Monate bei den Bergarbeitern, er ging mit ihnen in die Gruben, notierte mit verbissener Gründlichkeit ihre Wohnverhältnisse, Einkommen, Lebens- und Essensgewohnheiten, ihre Abhängigkeit von der Arbeitslosenunterstützung etc.

Orwell merkt bald, daß es schwieriger ist, von den Arbeitern als gleichgestellt anerkannt zu werden als von den Obdachlosen. Dort war eine bessere Herkunft nichts aufregendes, es geschah eben zuweilen, daß auch Leute aus oberen Schichten „herunterkamen". *„Aber unglücklicherweise löst man das Klassenproblem nicht, indem man sich mit Landstreichern anfreundet. Man wird dabei höchstens einige der eigenen Klassenvorurteile los."* (8) Obwohl er zwei Monate mit den Bergarbeitern lebte, blieb *„immer ... dieses verfluchte Jucken des Klassenunterschieds wie die Erbse unter der Matratze der Prinzessin. Es ist keine Frage der Abneigung oder des Widerwillens, nur des Unterschieds, aber dieser Unterschied reicht aus, um eine wirkliche Vertrautheit zu verunmöglichen."* (9)

Er weiß genau, daß er trotz aller Bemühungen immer noch Angehöriger des Mittelstandes ist. *„Wenn ich das begreife, begreife ich auch, daß es keinen Zweck hat, dem Proletarier auf die Schulter zu klopfen und ihn als ebenso guten Menschen wie mich selber anzuerkennen ... Ich muß mich so vollständig ändern, daß ich am Ende kaum noch als die gleiche Person zu erkennen wäre ...".* (10)

Gefühlssozialist

Im zweiten Teil seines Buches „Der Weg nach Wigan Pier" versucht Orwell zum ersten Mal, genauer zu erklären, was seine Vorstellungen vom Sozialismus sind, denn als Sozialist versteht er sich.

Erregt durch eine Rede des englischen Faschisten Oswald Mosley beruft er sich auf den „gesunden Menschenverstand" bei seiner Definition: *„.... jeder, der sein Gehirn gebraucht, (weiß), daß der Sozialismus, als weltweites System und aufrichtig angewandt, ein Ausweg ist. Er würde, auch wenn er uns alles andern beraubte, zumindest sicherstellen, daß wir genug zu essen bekämen. Tatsächlich ist der Sozialismus in einer Hinsicht etwas so elementar Vernünftiges, daß ich manchmal erstaunt bin, daß er sich nicht bereits durchgesetzt hat."* (11)

Da das so klar ist, muß der Fehler irgendwie in der Vermittlung liegen, denkt sich der intellektuelle Unter-Oberschichtler und holt kräftig zum Rundumschlag aus. Einerseits glaube er, daß die Fortschrittsgläubigkeit der Kommunisten/Sozialisten die Menschen erschreckt, andererseits hat der „eigentliche Arbeiter" eh nix mit der Theorie am Hut und versteht das alles gar nicht, außerdem würden so tiefenpsychologisch verankerte Dinge wie Patriotismus und Religion scheinbar oder auch wirklich angegriffen und die Massen verschrecken. Und schließlich würde der Sozialismus in England so gar *„nicht mehr nach Revolution und dem Sturz der Tyrannen riechen; er riecht nach Verschrobenheit, Maschinenverehrung und dem dämlichen Rußlandkult. Wenn wir diesen Geruch nicht wegbringen, und zwar sehr rasch, kann sich der Faschismus durchsetzen".* (12)

Damit nicht genug: *„.... manchmal bekommt man den Eindruck, daß die bloßen Worte ‚Sozialismus' und ‚Kommunismus' mit magnetischer Kraft jeden Fruchtsaftapostel, Nudisten, Sandalenträger, Sexverrückten, Quäker, Naturheil-Pfuscher, Pazifisten und Feministen in England magisch an sich ziehen."* (13) Die proletkulttreibenden Unter/Mittel-Klassen-Reporter hat er leider in dieser Revue vergessen.

Antifaschist

Aber trotzdem, er hat eine eindeutige Haltung zu den Faschisten und auch die Haltung zu den europäischen Staaten in ihrem Umgang mit Hitler sieht er sehr realistisch: *„Ich glaube, wenn es zum Äußersten kommt, besteht eine schreckliche Gefahr, daß sich der Großteil der Intelligentia zum Faschismus hin bewegen wird ... Das wird auch der Augenblick sein, wo jeder, der überhaupt etwas Verstand oder Anstand hat, in den Knochen spüren wird, daß er auf der sozialistischen Seite stehen sollte."* (14) *„Der Sozialismus ist der einzige wirkliche Feind, dem der Faschismus entgegentreten muß. Die kapitalistisch-imperialistischen Regierungen werden, obwohl sie selber im Begriff sind, ausgeplündert zu werden, nicht mit der geringsten Überzeugung gegen den Faschismus als solchen kämpfen."* (15)

Bei der englischen Linken stießen die zum großen Teil flapsigen Sprüche auf ziemlich einhellige Ablehnung. Sein Verleger mühte sich mit einem glättenden Vorwort. Die Kritik kam aber hauptsächlich aus der organisierten englischen Arbeiterbewegung. Er hatte die damaligen Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften und (wenn auch mit Abstrichen) die Labour Party schlichtweg ignoriert. Immerhin waren gerade die englischen Bergarbeiter zu jener Zeit die kampfstärksten und sie wehrten sich gegen die von ihnen gegebene Beschreibung.

Orwell machte sich auch nicht die Mühe, die konkreten Anstrengungen, Fehler und Versuche der Linken in Europa (oder England) zu analysieren, sondern reduzierte den Zustand mehr oder weniger darauf, daß es der englischen Bourgeoisie gelungen sei, die Arbeiter mit „Fish & Chips" zu bestechen.

Eine ähnlich oberflächliche Haltung kommt später in „1984" wieder der „Proles" gegenüber zum Ausdruck.

Im Spanischen Bürgerkrieg

Bei Erscheinen seiner Bergarbeiter-Reportage ist Orwell bereits unterwegs, um über den spanischen Bürgerkrieg zu berichten. Spätestens seit den gewonnenen Wahlen der Volksfront gab es einen latenten Bürgerkrieg (Februar 1936). Er brach offen aus, als Teile der spanischen Armee unter Franco in Marokko putschten.

Orwell kommt im Dezember 1936 in Barcelona an. *„Ich war nach Spanien gekommen, um Zeitungsartikel zu schreiben. Aber ich war fast sofort in die Miliz eingetreten, denn bei der damaligen Lage schien es das einzig Denkbare zu sein, was man tun konnte."* (16) Er ist maßlos beeindruckt vom revolutionären Leben in Barcelona, wo, wie ihm scheint, keine Klassengegensätze mehr existieren (in Barcelona waren viele öffentliche Gebäude in Händen der Kommunisten und Anarchisten); *„menschliche Wesen versuch-*

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

ten, sich wie menschliche Wesen zu benehmen und nicht wie ein Rädchen in der kapitalistischen Maschine.'' (17) *,,Es gab vieles, was ich nicht verstand. In gewisser Hinsicht gefiel es mir sogar nicht. Aber ich erkannte sofort die Situation, für die zu kämpfen sich lohnte. Außerdem glaubte ich, daß wirklich alles so sei, wie es aussah, daß dies tatsächlich ein Arbeiterstaat wäre und daß die ganze Bourgeoisie entweder geflohen, getötet worden oder freiwillig auf die Seite der Arbeiter übergetreten sei. Ich erkannte nicht, daß sich viele wohlhabende Bürger einfach still verhielten und vorübergehend als Proletarier verkleideten''.* (18)

Da er von Freunden in England eine Empfehlung mitbekommen hatte, schließt er sich der trotzkistischen P.O.U.M. an, teilt aber zunächst ihre politische Linie nicht. Er stellt die Situation in Spanien so dar: Zu Beginn des Bürgerkrieges hatten sich die lange unterdrückten Massen das geholt, was ihnen zustand (Landbesetzungen, Fabrikenteignungen, Rätebildungen). Diese erste Phase stand wesentlich unter dem Einfluß der Anarchisten und ihrer Gewerkschaft und der Trotzkisten (die wenig Einfluß in der Gewerkschaft hatten).

Ab Oktober 1936, als die Sowjetunion Waffenlieferungen zur Unterstützung der Republikaner nach Spanien schickte, wurde der Einfluß der Kommunisten stärker. Nach den neuen Richtlinien der Kommunistischen Internationale wurde bestimmt, daß alles zur Verteidigung der bedrohten Sowjetunion getan werden müsse (*,,entschuldbar, wenn man die Weltsituation betrachtet''*). Da aber Frankreich, das mit der SU verbündet war, niemals ein revolutionäres Nachbarland dulden würde, italienische Flugzeuge bereits auf Mallorca gelandet waren und Deutschland auf die Gelegenheit zum Eingreifen in Spanien lauerte, mußten alle revolutionären Bestrebungen in Spanien unterbunden werden und alles für einen Sieg einer bürgerlich-demokratischen Regierung gegen Franco getan werden. *,,Es leuchtete mir ein, daß sich die Kommunisten und die Liberalen vorgenommen hatten, die Revolution nicht weiter fortschreiten zu lassen. Ich konnte jedoch nicht begreifen, daß sie fähig sein könnten, sie zurückzudrehen.''* (19)

Von Anfang Januar 1937 bis April 1937 blieb Orwell an der Front, was er als Mischung aus Langeweile und körperlichen Strapazen beschreibt — ohne viel ,,Feindberührung'' und mit trostloser Ausrüstung. Als er nach Barcelona zurückkommt, hat sich viel verändert. *,,Es war wieder eine gewöhnliche Stadt, ein wenig vom Krieg gezwickt und zerstört, aber sonst ohne ein äuße-*

dert. ,,Es war wieder eine gewöhnliche Stadt, ein wenig vom Krieg gezwickt und zerstört, aber sonst ohne ein äuße-

res Zeichen der Vorherrschaft der Arbeiterklasse.'' (20)

Als das von Anarchisten besetzte Telefonamt von der Volksmiliz besetzt werden soll, kommt es zu Straßenkämpfen zwischen Kommmunisten, Trotzkisten und Anarchisten. Orwell ,,verteidigt'' das Komiteelokal der P.O.U.M. In den ausländischen Zeitungen, die Orwell verfolgt, *,,wurden die Straßenkämpfe in Barcelona als ein Aufstand illoyaler Anarchisten und Trotzkisten dargestellt, die ,der spanischen Regierung in den Rücken fielen' und so weiter. So einfach war die Streitfrage aber nicht. Wenn man mit einem Todfeind Krieg führt, ist es zweifellos besser, sich nicht untereinander zu streiten. Man sollte sich jedoch daran erinnnern, daß zu einem Streit zwei gehören und das Volk nicht beginnt, Barrikaden zu bauen, bevor es nicht der Ansicht ist, provoziert worden zu sein.''* (21) Nach Beendigung der Straßenkämpfe wurde der P.O.U.M. beschuldigt, Urheber der Kämpfe gewesen zu sein.

Orwell fährt noch einmal an die Front, kurz darauf wird er durch einen Halsdurchschuß schwer verletzt. Zur endgültigen Genesung kommt er nach dem Aufenthalt in verschiedenen Lazaretten nach Barcelona zurück, wo ihn seine Frau gerade noch unauffällig aus dem Hotel schleusen kann. Alle P.O.U.M.-Mitglieder und Sympathisanten werden verhaftet. Andres Nin, Führer der P.O.U.M., war schon am 15. Juni verhaftet und wahrscheinlich ermordet worden.

Orwell und seiner Frau gelingt es knapp, nach Frankreich zu entkommen. Er sagt am Ende seines Berichtes zwar noch: *,,Seltsamerweise hat das ganze Erlebnis meinen Glauben an die Anständigkeit menschlicher Wesen nicht vermindert, sondern vermehrt''* und warnt jeden Leser ausdrücklich vor seiner *,,lebhaften Parteinahme, seinen Fehlern in der Darstellung der Fakten und der Verzerrung, die unausweichlich dadurch verursacht wird, daß ich nur eine Ecke des Geschehens gesehen habe''* (22), trotzdem bedeutet dieses Erlebnis für ihn einen Wendepunkt.

Hoppla — ehemaliger Schulbuchautor — ein schlechter Umgang?

Während meiner Schulzeit gegen Ende des ,,Kalten Krieges'' mußte ich mich mühselig durch Orwells ,,Farm der Tiere'' quälen. Nicht allein Englisch sollte mir mit dieser Lektüre beigebracht werden, sondern vor allem die Moral von der Geschicht: Sozialismus lohnt sich nicht. Zwar kann eine Revolution erfolgreich sein, aber es werden immer welche da sein (im Buch die Schweine), die aus der ursprünglichen Losung: ,,Alle Tiere sind gleich'' ein ,,Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als andere'' machen würden. Das Buch war 1945 erschienen und im Westen ein Riesenerfolg.

Als 1949 Orwells ,,1984'' erschien, wurde es in der Zeit des Kalten Krieges mit ebensolcher Selbstverständlichkeit wie ,,Farm der Tiere'' für die Zwecke Dieses Unseres Freien Westens vereinnahmt. Mit ein paar Korrekturen, Auslassungen, Streichungen (1) versehen wurde es den umzuerziehenden Deutschen in Form von ,,Das Beste aus Readers Digest'' als Mahnung vor dem Totalitarismus Stalins unters Kopfkissen geschoben. Da die eigene Vergangenheit bekanntlch am Besten dadurch bewältigt wird, indem man auf die bösen Nachbarn zeigt, wurde alles ausgelassen, was zu dem Gedanken führen konnte, daß die Warnung vor totalitären Systemen auch etwas mit der Nazi-Vergangenheit zu tun haben könnte.

Orwell schrieb kurz vor seinem Tod 1950, daß er sein Buch nicht als einen Angriff auf den Sozialismus oder die britische Labour Party (die er unterstützte) verstanden haben wollte, sondern er wolle die Perversionen aufzeigen, zu denen eine zentralisierte Wirtschaft führen könne und die er teilweise schon im Kommunismus und im Faschismus verwirklicht sah. Er glaube, schrieb er, daß totalitäre Ideen sich bei Intellektuellen überall auf der Welt schon festgesetzt hätten und habe versucht, diese Ideen in ihren logischen Konsequenzen zu Ende zu führen. Er habe die Handlung des Buches nach England verlegt, weil die englischsprechende Rasse nicht besser sei als jede andere und daß Totalitarismus, wenn er nicht bekämpft werde, überall siegen könne.

Es half nicht viel: Seine beiden Bücher waren d i e antikommunistischen Dauerbrenner der 50er Jahre geworden. In mehr als 20 Millionen Exemplaren wurde seine ,,Warnung vor dem Kommunismus'' unter die Leute gebracht.

Nach der ,,Entspannungsphase'' (in der Orwell schon nicht mehr als Schulbuchautor aufgelegt wurde) hat die Popularität Orwells einen neuen Höhepunkt erreicht, aber anders als vor 34 Jahren: Jetzt warnt plötzlich Big Brother Franzl in seiner Neujahrsansprache vor Orwells Buch: *,,.... jene Geister, die von der Schlechtigkeit unserer Zeit durchdrungen sind, indem sie Orwells Buch wie die Apokalypse lesen und zu deuten sich bemühen''* suchten nach eingetroffenen Prophezeiungen. *,,Die Jahreszahl 1984 hat für Unbelehrbare nicht zeichenhafte Bedeutung, sie lesen vielmehr eine Beschreibung dessen heraus, was in den nächsten zwölf Monaten uns Europäern ihrer Meinung nach widerfahren muß ... ,Ich habe Angst','',* dieser Satz sei heute *,,zu einem fast modischen Bekenntnis geworden''* (,,FR'', 30.12.83).

Hingegen wird nun in der Sowjetunion (wo das Buch bislang offiziell noch nicht zu erhalten ist) Orwell als Kronzeuge gegen die Entwicklung im Westen zitiert: *,,Die in diesem Staat (Ozeanien, d.Verf.) herrschende Elite entwickelte ein effektives, auf ungeheuerliche Heuchelei gestütztes System der allseitigen Kontrolle seiner Bürger und der despotischen Verwaltung des Landes ... Orwells Voraussagen seien in den USA bereits Wirklichkeit geworden, denn ,die Führer der Vereinigten Staaten haben Kurs auf die Vorbereitung, Entfesselung und den Sieg in einem Atomkrieg genommen . . .'''* (2) Der Prophet gilt eben nichts in seinem eigenen Lande . . .

I., Hamburg

Quellen:

(1) Bernd-Peter Lange: George Orwell „1984", Uni-Taschenbücher 1158, Wilhelm Fink Verlag, München, S.12 ff.

(2) H.L. Arnold: Zur Wirkungsgeschichte von Orwells „1984", in: Der Orwell-Kalender 1984, S.167, Bund-Verlag

Lieber George Orwell,

das haben Sie nun wirklich nicht verdient. In Ihrem Testament haben Sie ausdrücklich festgesetzt, daß keine Biographie über Sie erscheinen soll. Und daß Sie nicht als George Orwell begraben werden wollen, sondern als Eric Blair, also mit Ihrem richtigen Namen.

Und was passiert? Jetzt sitzen Sie sogar in Madame Toussauds Wachsfigurenkabinett — und ausgerechnet neben Birne. Außerdem verdient der Axel Springer Verlag Ullstein nicht nur an Ihrer nicht gewollten Biographie, sondern auch noch an der 1021 - 1120 Tausendsten von ,,1984''.

Damit nicht genug gibt es T-Shirts, Kalender, Brettspiele, Plakate, Neuauflagen und Gesamtwerke (selbst Sachen, die Sie selbst blöde fanden, werden wieder veröffentlicht.

Sicher wird es bald einen Orwell-Fan-Club geben (vielleicht von den ,,Grünen'' initiiert?), sogar Pazifisten meinen, Gemeinsamkeiten mit Ihnen entdeckt zu haben (die würden sich ganz schön erschrecken, daß Sie alter Haudegen im Spanischen Bürgerkrieg mindestens einen Faschisten umlegen wollten).

Vielleicht kommt ja auch aus kirchlichen Kreisen noch eine Würdigung? (Die sollte man dann wohl auch warnen, daß Sie es ganz normal fanden, daß die Spanier die Kirchen zerstört und geplündert haben).

Sogar die ,,taz'' und ,,Konkret'' zanken sich schon Ihretwegen. Sie seien genauso schlimm wie Birne und der Cowboy sagt ,,Konkret''. Das ist nun wirklich nicht in Ordnung. Dafür kann die ,,taz'' dann aber endlich mal der ,,Konkret'' eins auswischen. Stalinistische Legendenbildung mit insgeheimem Standort in Nowosibirsk und Infamie kommt da gedreckschleudert. Da lob ich mir doch die ,,FAZ''. Die läßt ihren Lesern Zeit, Sie sogar in Fortsetzung zu genießen.

Selbst auf unseren Franz Josef können wir uns nicht mehr verlassen. Er liebt Sie auch nicht mehr. Irgendwie sitzen Sie offenbar auch 34 Jahre nach Ihrem Tod noch nicht auf dem richtigen Stuhl.

Das Leitenden Gremium des KB möge deswegen, bitte, beschließen, daß wir uns der Forderung eines Schweizer Aktionskomitees anschließen: Schafft das ,Orwell-Jahr' einfach ab!

I., Hamburg

Puppen mit ihren Orwell-Brillen werben für die «Big Brother»-Bücher von Springers Ullstein-Verlag

BILD-Kommentar

BILD-Kommentar

1984—Orwells Jahr ist es nicht
Von Bundesinnenminister FRIEDRICH ZIMMERMANN (CSU)

Vor 34 Jahren hat der englische Schriftsteller Orwell in seinem berühmten Roman „1984" den totalen Überwachungsstaat für das kommende Jahr vorausgesagt.

Seine Horror-Visionen sind nicht Wirklichkeit geworden. Weder haben wir 1984 einen Weltkrieg noch blikken Fernsehkameras in alle Intimbereiche der Menschen.

Die Bürger werden nicht bespitzelt, sie dürfen lesen, was sie wollen. Bei uns überwachen Menschen die Computer und nicht umgekehrt.

So frei wie heute konnten die Deutschen nie zuvor leben. Ich werde 1984 ein neues Datenschutzgesetz vorlegen. Es wird den Bürger noch mehr schützen, denn der Staat muß nicht alles vom Bürger wissen.

Bild 31.12.83

orwell — Die Vision wird Wirklichkeit

1984: Little Brother Is Watching You

Big Business mit Big Brother

Die Buchverlage sehen zuversichtlich durch die rosige Orwell-Brille

So wird Gruseln zum Jux: 'Orwell-Sprüche auf T-Shirts und Aufklebern

Schlüsselloch-Utopie: Titelblatt des amerikanischen Satireheftes «National Lampoon»

Antikommunist

Für ihn sind Faschismus und Kommunismus nur noch zwei verschiedene Spielarten eines totalitären Systems.

Im Januar 1938, im Spanischen Bürgerkrieg zeichnet sich langsam die Niederlage der Republikanischen Truppen ab (Mai 1939), versucht Orwell sein Manuskript oder einen Artikel mit der Hauptstoßrichtung gegen die SU drucken zu lassen. Niemand will seine Schriften veröffentlichen. Er entwickelt eine regelrechte Paranoia, sieht die gesamte englische Presse von Kommunisten unterwandert. ,,1984'' ist für ihn in seiner Vorstellung bereits angebrochen. Im April 1938 kommt das Buch schließlich heraus und wird ein Flop.

Nach diesen für ihn persönlich niederschmetternden Erfahrungen, nach dem Flop seines Buches ist er am Ende. Er war für Englands Linke der Buhmann Nr. 1 geworden, er war krank, teils noch aufgrund seiner Verletzungen aus dem Krieg, teils aufgrund einer erstmals festgestellten Tuberkulose; er hatte kein Geld mehr. Als er ein Darlehen erhielt, fuhr er mit seiner Frau für ein halbes Jahr nach Marokko und schreibt dort ein deprimierendes, hoffnungsloses Buch. Ein kleiner Versicherungsangestellter sucht die Stätten seiner Kindheit wieder auf und findet die Landschaft, in die er flüchten will, umweltverseucht, in der Stadt werden Bomben hergestellt, die ,,gute alte Zeit'' ist auch hier endgültig vorbei.

Zum drohenden Zweiten Weltkrieg hatte Orwell zunächst eine trotzkistische Variante der Einschätzung: *,,Wenn man eine kapitalistisch-imperialistische Regierung beim Kampf gegen den Faschismus, d.h. gegen einen konkurrierenden Faschismus unterstützt, dann läßt man den Faschismus einfach durch die Hintertür herein.''* (23)

Als im August 1939 Hitler und Stalin den Nichtangriffspakt abschlossen, klären sich für ihn die Fronten endgültig. Mit diesem Pakt sah er seine These vom ,,Totalitarismus'' bestätigt. Sein urenglischer Patriotismus erwacht, er versichert Mr. Chamberlain, England könne auf ihn zählen. Zwar wird er wegen seiner Gesundheit nicht eingezogen, er kommandiert dann aber eine Bürgerwehr, arbeitet im BBC, schreibt Essays (Im Innern des Wals). Seine Frau hatte inzwischen eine Arbeit bei der Zensurbehörde und hielt sie beide finanziell über Wasser.

Fortsetzung nächste Seite

Forderung aus der Schweiz: Schafft das „Orwell-Jahr" einfach ab Welt 30.12.83

Aktionskomitee wollte ursprünglich sogar Unterschriften für Verfassungsinitiative sammeln

WALTER H. RUEB, Bern
Eine schweizerische Aktionsgruppe „1984 Nein" reichte vier Tage vor Beginn des

Vision in der Einsamkeit

„Orwell auf Jura"—Dokumentarspiel über den Autor von „1984"

ZDF 22.20

Kein anderes Buch wird im kommenden Jahr so sehr im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen wie George Orwells weltberühmter Roman „1984" ... englische Autor, der eigentlich Eric Blair hieß und von 1903 bis 1950 lebte, entwarf 1948

mmentar — 1984—Orwells Jahr ist es nicht — Von Bundesinnenminister FRIEDRICH ZIMMERMANN (CSU)

Das große Interview, 2. Teil

Kanzler Kohl: So sehe ich 1984

Fortsetzung von vorheriger Seite

Noch während des Zweiten Weltkrieges glaubt Orwell daran, daß sich aus der bewaffneten englischen Bürgerwehr eine Volkserhebung, eine Revolution in England entwickeln würde. Wie so oft wurde er in seinem naiven Optimismus auch diesmal wieder enttäuscht. Selbstkritisch schreibt er: *„Die Annahme, 'Krieg und Revolution seien voneinander nicht zu trennen' war eine Falle, aus der ich mich nicht mehr befreien konnte."* (24)

„Farm der Tiere"

In dieser Zeit begann er sein Buch „Farm der Tiere". Er wählte die Form einer Tierfabel. Tiere befreien sich von ihren Ausbeutern, den Menschen. „Alle Tiere sind gleich" ist ihre revolutionäres Motto, etliche Gebote in Form von: Kein Tier soll jemals Alkohol trinken, in einem Bett schlafen, aufrecht gehen etc. werden im Lauf der Zeit von den klügsten der Tiere, den Schweinen, pervertiert und verfälscht, so daß am Ende die revolutionäre Formel lautet: *„Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als andere"*. Dies war Orwells endgültige Absage an den Sozialismus, d.h. die Überzeugung, daß die Menschheit sich weiterentwickeln könne. Zunächst wurde auch die „Farm der Tiere" von den Verlegern abgelehnt, aber der politische Wind hatte sich 1945 gedreht und man würde recht bald erkennen, welchen Wert ein solches Buch für die Reaktionäre hat.

Privat hatte er in der Zwischenzeit seine Frau — trotz ihrer Bedenken — überreden können, ein Kind zu adoptieren, sie nahmen ein drei Wochen altes Baby zu sich. Im März 1945 sollte Orwell als Kriegsberichterstatter nach Deutschland gehen, er wurde krank und erhielt im Krankenhaus die Nachricht, daß seine Frau an einer Operation gestorben war.

Eine Woche nach dem Abwurf der Atombomben der Amerikaner auf Hiroshima und Nagasaki erschien „Farm der Tiere". Es wurde in Dieser Unserer Westlichen Welt sofort ein Bestseller.

„1984"

„1984"

Orwell zog sich allerdings total zurück. Er war nach dem Tod seiner Frau noch eigenbrötlerischer geworden, machte, da er seinen Adoptivsohn auf jeden Fall behalten wollte, mehreren Frauen erfolglos Heiratsanträge und zog sich schließlich 1946 auf die Insel Jura, eine dem südwestlichen Schottland vorgelagerte Insel zurück. Seine Schwester betreute ihn und seinen kleinen Sohn. Im August begann er sein nächstes und letztes Buch, „1984".

Seine Arbeiten an dem Buch wurden durch Krankenhausaufenthalte unterbrochen. Er war besessen, diese letzte Warnung an die Menschen, diese hoffnungslos pessimistische bittere Warnung des „letzten Menschen auf der Erde" noch fertigzustellen. „1984" erschien am 6. Juni 1949. Die erste Auflage (25.000 Exemplare) war Ende Oktober 1949 fast ausverkauft. Am 13. Oktober heiratete Orwell seine Sekretärin. Er hofft noch auf Genesung in der Schweiz.

Am 21.2.1950 stirbt er im Alter von 46 Jahren an Lungenblutung.

I., Hamburg

Quellen:

1) George Orwell: Im Innern des Wals, Diogenes Verlag, Zürich, S. 26
2) a.a.O., S. 26
3) George Orwell: Der Weg nach Wigan Pier, Diogenes Verlag, Zürich, S. 145
4) George Orwell: Im Innern des Wals, Diogenes Verlag, Zürich, S. 20
6) George Orwell: Erledigt in Paris und London, Diogenes Verlag, Zürich, S. 286
7) George Orwell: Der Weg nach Wigan Pier, Diogenes Verlag, Zürich, S. 147
8) a.a.O., S. 150
9) a.a.O., S. 152
10) a.a.O., S. 157/158
11) a.a.O., S. 167
12) a.a.O., S. 210
13) a.a.O., S. 171
14) a.a.O., S. 205
15) a.a.O., S. 209
16) George Orwell: Mein Katalonien, Diogenes Verlag, Zürich, S. 8
17) a.a.O., S. 10
18) a.a.O., S. 10
19) a.a.O., S. 84
20) a.a.O., S. 139
21) a.a.O., S. 196
22) a.a.O., S. 286
23) Peter Lewis, George Orwell, Biographie, Ullstein Verlag, S. 124
24) a.a.O., S. 141

Information ist Macht

Daten — Datenbanken — Datennetze

Der folgende Artikel soll einen Uberblick über die heute bereits bestehenden und ständig sich im Ausbau befindlichen personenbezogenen Datenansammlungen geben.

In der BRD existieren mittlerweile ca. 100.000 automatisierte Dateien; jeder Einwohner ist durchschnittlich 200 mal bei Institutionen des Staates und der Wirtschaft erfaßt. Diese Zahlen klingen zunächst unwahrscheinlich, verlieren diesen Anschein jedoch, sobald man sich vergegenwärtigt, bei wievielen Gelegenheiten zumindest Name und Adresse, meistens jedoch viel weitgehendere persönliche Angaben verlangt werden. Auf jedem Antragsformular werden diese Daten verlangt, kaum jemals werden sie verweigert, selbst wenn es sich um freiwillige Angaben handelt, was allerdings immer nur aus dem Kleingedruckten zu erfahren ist.

Die Datenberge verteilen sich grob gegliedert auf vier Bereiche:

I. Sozialdatenbank
II. Dateien der öffentlichen Verwaltung
III. Polizeiliche und geheimdienstliche Dateien
IV. Nichtöffentliche Dateien.

Erst die elektronische Datenverarbeitung macht eine zielgerichtete und effektive Speicherung, Be- und Verarbeitung solcher riesigen Informationsmengen möglich. Über die ganze BRD verteilte Karteikästen mit Millionen von uneinheitlich angelegten Datensätzen wären beim besten Willen und mit dem größten Personalaufwand nicht an- und abzugleichen. Aber genau dieser Abgleich schafft eine neue Qualität von „Information". Ein Beispiel soll das verdeutlichen: Die Gebühreneinzugszentrale (GEZ), das gemeinsame Rechenzentrum der Rundfunkanstalten, glich mittels zweier Magnetbänder elektronisch ihre Kundendaten mit denen der Fenmeldeämter ab, weil sie davon ausgeht, daß beinahe jeder Fernsprechteilnehmer auch Radio- und Fernseh-Besitzer ist. Der Computer spuckte massenweise angebliche Schwarzhörer und -seher aus, woraufhin sich die Fahnder der Rundfunkanstalten auf den Weg machten, um den ausgedruckten Personen einen Besuch

hin sich die Fahnder der Rundfunkanstalten auf den Weg machten, um den ausgedruckten Personen einen Besuch

abzustatten. Die Information „Fernsprechteilnehmer/positiv" bedeutet für sich genommen nichts anderes als eben die Information, daß jemand ein Telefon besitzt, dasselbe gilt für das Merkmal „Radiobesitzer/negativ". Beides zusammen aber ergibt: „Verdächtig der Hinterziehung von Rundfunkgebühren".

Das ist aber nur ein vergleichsweise primitives Beispiel, wesentlich raffiniertere und auch mehrstufige Abgleiche sind möglich. Grundlage dafür ist aber eine möglichst große Datenfülle, die weit über das hinausgehen muß, was konkret für den Augenblick und den jeweiligen Anwender oder Ersteller der entsprechenden Datei von Bedeutung ist.

Das genau ist der materielle Hintergrund für die heute oft zitierte „Datensammelwut". Daß die daraus entstehenden Möglichkeiten der Massen-Kontrolle eine enorme Auswirkung z.B. auf die „kleine Alltagskriminalität" haben werden und damit erhebliche politische und soziale Konsequenzen in sich bergen, liegt auf der Hand. Welcher Art diese Konsequenzen allerdings sein werden, darüber läßt sich vorläufig nur spekulieren.

Der folgende Überblick umfaßt drei der oben genannten Daten-Komplexe. Die Behandlung des vierten, des nichtöffentlichen Bereichs — dazu gehören im wesentlichen die diversen Wirtschaftsdateien, also Personalinformationssysteme, Kundendateien, Inkasso-Dateien, die Datenbanken der Schufa usw. wird in einem späteren Artikel erfolgen.

I. Die Sozialdatenbank

Eines der umfassendsten Datensammlungssysteme ist die sogenannte Sozialdatenbank in Bonn. Sie ist dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung unterstellt. Begründet wurde die Einrichtung der Mammutdatenbank mit *„dem Gewicht der sozialpolitischen Aufgaben"*. Es handele sich dabei um ein unverzichtbares und zukunftsweisendes Planungs- und Entscheidungsinstrument *„zur Förderung der Transparenz des gesellschaftlichen Lebens in unserem Staate und der Fundierung staatlicher und privater Maßnahmen"*. Das Sozialinformationssystem könne wie kaum ein anderes dazu beitragen, *„die sozialen Belange unseres Staates zu analysieren, Probleme frühzeitig zu erkennen und die gerechte und ausgewogene Steigerung des Wohlbefindens in unserem Lande zu fördern"*. (1)

Die Sozialdatenbank umfaßt alle für das System der „sozialen Sicherung" relevanten Daten — das sind persönliche, soziale, wirtschaftliche und medizinische Daten. Sammler und Zuträger der Daten sind Renten-, Unfall-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen, die Arbeitsvermittlung, Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigungen, Versorgungs- und Gewerbeaufsichtsämter. An die Datenbank in Bonn dürfen die Daten nur anonymisiert weitergegeben werden. (Allerdings wollte Paul Winkler, 1977 Chef der Datenbank, bei einem Vortrag nicht ausschließen, daß künftig auch Namen und Anschriften gebraucht werden könnten! (2)). Es ist bekannt, daß die Entanonymisierung technisch keinerlei Problem mehr darstellt.

Bei dem gesamten Sozialinformationssystem handelt es sich allerdings nicht nur um eine zentrale Datenbank in Bonn bereits die Zuträger der Daten sind in sich hochkomplexe dezentrale Systeme. Das Ausmaß des sozialen Datenverbunds ist wohl bis heute nicht vollständig bekannt. So tauchte erst 1981 in Freiburg eine seit 12 Jahren bestehende Datei über rund 100.000 Patienten der psychiatrischen Landeskrankenhäuser Baden-Württembergs auf, von deren Existenz bislang weder Datenschützer noch die Öffentlichkeit

krankenhäuser Baden-Württembergs auf, von deren Existenz bislang weder Datenschützer noch die Öffentlichkeit

wußten (3). In der Sozialdatenbank sind ca. 90% der Bevölkerung, d.h. ca. 55 Millionen Personen mit ihren Daten erfaßt. Dabei handelt es sich um hochsensible Daten, die ständig auf dem aktuellsten Stand gehalten werden.

Die Datenflüsse werden durch die Datenerfassungs- und die Datenübermittlungsverordnung (DEVO/DÜVO) teilweise geregelt. Wer z.B. als Arbeitnehmer ein Beschäftigungsverhältnis eingeht, nimmt über die Anmeldung zur gesetzlichen Sozialversicherung automatisch an einem Meldeverfahren teil. Die Daten erhält zunächst der Arbeitgeber, der sie der zuständigen Krankenkasse weitergibt. Diese übermittelt sie entweder der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) oder der Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung (DSRV).

1. Rentenversicherung/DSRV

In Würzburg befindet sich die Datenstelle der Deutschen Rentenversicherung (DSRV). Die DSRV führt eine sog. Stammsatzdatei für sämtliche vergebenen Versicherungsnummern aller Versicherungsträger. In dieser Datei sind ca. 75 Millionen Datensätze gespeichert; eine weitere dort angesiedelte Datei — die der Unfallversicherungen (Berufsgenossenschaften usw.) — enthält noch einmal 48 Millionen Datensätze. Für den Zugriff auf diese Datenbänke durch andere Behörden ist gesorgt — dank des Sozialdatengesetzes vom September 1980. Eine neunzeilige Datenschutzvorschrift zum Sozialgeheimnis (§ 35 SGB AT) wird „ergänzt" von 5 Seiten Ausnahmeregelungen für die Erfassung und Übermittlung von Sozialdaten (§§ 67 — 85 SGB X. Buch). So stehen z.B. die Datensätze der DSRV im Rahmen der Amtshilfe, im Rahmen „sozialer Aufgaben" und für Forschungs- und Planungszwecke zur Verfügung. Für Polizeibehörden ist der Zugriff gleich in drei Normen geregelt und abgesichert, damit ihnen die Dateien mit ihrer Aktualität zum Abgleich mit ihren eigenen Dateien dienen können.

2. Krankenkassen

Ca. 1.500 Krankenkassen haben als Träger der gesetzlichen Sozialversicherung in ihren Dateien die Datensätze von 55 Millionen Versicherten gespeichert. Zwar ist in den DEVO und DÜVO teilweise geregelt, wohin die Daten „wandern" dürfen, nicht aber sind die Ziele der Speicherungen geregelt. So werden bei der „Arbeitsgemeinschaft für Gemeinschaftsaufgaben der Krankenversicherungen" (AGK) in einer gemeinsamen Datenbank DVDIS Angaben über Familienverhältnisse, Krankheiten und „psychosoziale Belastungen" u.a. gesammelt. Diese Daten, die zunächst verstreut bei einzelnen Ärzten vorlagen, dienen u.a. als Entscheidungsgrundlage für eine Vorladung zum Vertrauensarzt der Krankenkasse.

Ein anderes Beispiel: „Patient B.

dungsgrundlage für eine Vorladung zum Vertrauensarzt der Krankenkasse.

Ein anderes Beispiel: „Patient B.

wird zu seiner Krankenkasse bestellt. Leicht verwirrt läßt er sich belehren, daß sein Verhalten sozialschädlich sei und in einem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat, der auf der Verantwortung aller für den Erhalt desselben basiere, nicht geduldet werden könne. Patient B. müsse seinen Medikamentenverbrauch drosseln, außerdem habe er sich im vergangenen Jahr dreimal wegen Kreislaufstörungen von seinem Arzt behandeln lassen — ein Leiden, das dauerhaft so oder so nicht geheilt werden könne. Er wird aufgefordert, dem Staat zukünftig keine unnötigen Kosten mehr aufzubürden. Nun nicht mehr verwirrt, sondern voller Angst, beschließt Patient B., künftig nicht mehr krank zu werden, verbietet auch seiner Familie den Arztbesuch" (4).

Unter dem Namen „Transparenz-Untersuchung" soll oben beschriebene Vorladung in Baden-Württemberg zu einer Verhaltensänderung bei Versicherten und Medizinern beitragen. Dabei wird seit August '83 ein „Inanspruchnahmeprofil" der Versicherten erstellt, das mit dem durchschnittlichen, vom Sozialministerium für normal gehaltene Profil abgeglichen wird. „Auffällige" Kassenpatienten — z.B. solche, die wiederholt wegen Wetterfühligkeit zum Arzt gehen — fallen durch das Raster und werden zur Kasse bestellt und gerügt. Baden-Württembergs Sozialminister Schlee verspricht sich schon viel von der abschreckenden Wirkung derartiger Maßnahmen. Seine Rechnung wird wohl aufgehen in dieser Hinsicht. Nicht nur die Polizei übernimmt damit „gesellschaftssanitäre Aufgaben" was hier betrieben wird, das ist soziale Rasterfahndung.

3. Arbeitswesen

Weitere wichtige Datenträger für die Sozialbanken sind die Arbeitsämter und die Bundesanstalt für Arbeit.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat 30 Millionen Datensätze gespeichert. Hauptsächlich von der DSRV und der BfA werden ihr Beschäftigungsdaten (z.B. Anmeldung, Abmeldung, persönliche Stammdaten, Entgelthöhe usw.) übermittelt, aus denen sie Betriebs- und Beschäftigungsstatistiken erstellt.

Bedrohlicher sind jedoch laufende Modellversuche der Arbeitsämter, die Stellenvermittlung über Stellenangebotsdateien und schließlich auch über Bewerberdateien zu bewerkstelligen.

Die erste Ausbaustufe dieser Versuche wird bereits in mehreren Ländern angewandt. Dabei werden Stellenangebote in OCR-Schrift, d.h. maschinenlesbar an den Zentralrechner der Bundesanstalt für Arbeit weitergegeben. Automatisch aufgearbeitet erhalten alle Dienststellen der Arbeitsämter jeden Morgen per Post aktuelle Stellenangebote auf Mikrofilm. Mit Lesegeräten können sich dann Arbeitssuchende vorinformieren. Der Vorteil, heißt es, liege im größeren Stellenangebot. Dieser hängt allerdings kaum von der EDV ab, sondern beruht auf der wesentlich größeren Mobilitätserwartung den Arbeitnehmern gegenüber. Dies findet seinen Ausdruck in den neuesten gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der Zumutbarkeit von Arbeitsstellen.

Bei der zweiten Ausbaustufe mit Namen „Co Arb AA" (Computergestütztes Arbeitsvermittlungssystem des Arbeitsamtes) sitzt der Arbeitsvermittler an einem Terminal, an dessen Bildschirm die Stellenangebote abgelesen

an einem Terminal, an dessen Bildschirm die Stellenangebote abgelesen

werden können, die nachts per Telefonleitung vom Zentralrechner in Nürnberg abgerufen werden.

In der dritten Stufe, die seit April '83 in Gießen und Marburg erprobt wird, werden auch Daten von Arbeitssuchenden gespeichert. Dabei werden alle die Hinweise in die EDV übernommen, die *„für die Vermittlung von Bedeutung sind"*, ein *„Suchprogramm ermöglicht dann den automatischen Abgleich des Anforderungsprofils eines angebotenen Arbeitsplatzes mit dem Qualifikationsprofil des Arbeitssuchenden, der Computer druckt den Vermittlungsvorschlag"* (5).

Bislang werden Bewerberdaten noch dezentral verarbeitet. Einer Ausweitung dieser Art von Arbeitsvermittlung stehen noch technisch bedingte Kapazitätsprobleme entgegen. Aber die Lösung des Problems ist nur eine Frage der Zeit. Bei steigender Arbeitslosigkeit ist eine zentrale Speicherung auch der Bewerberdaten wahrscheinlich, womit

Fortsetzung nächste Seite



Das Rechenzentrum des BKA

Fortsetzung von vorheriger Seite

ein gigantisches Arbeitskräfte- oder Bundespersonal-Informationssystem entstehen würde, welche weltweit seinesgleichen suchen würde.

Während des Faschismus sollte eine „Reichspersonalkartei" eingeführt werden, die über alle Kenntnisse und Fähigkeiten der „Volksangehörigen" informiert, mit der die Möglichkeit eröffnet werden sollte, „*eine Bewirtschaftung der Arbeitskräfte eines Volksganzen zu versuchen aufgrund der Anlage und Verwertung einer Generalliste der Eignung der Volksangehörigen*". Aus technischen Gründen kam diese Idee nicht über einen Modellversuch in einer Stadt hinaus (6).

Das sind nur einige Beispiele der größten Dateien aus der Sozialverwaltung. Selbstverständlich legen auch kleiner Ämter und Behörden Dateien an, die dann mit ihren Informationen in die Sozialdatenbank einließen. Dateien führen auch die kommunalen Sozialämter, Bafög-Ämter, Drogenberatungsstellen usw.

II. Öffentliche Verwaltung

Auch im Rahmen der öffentlichen Verwaltung entstanden in den letzten Jahren einige Dateien, deren Umfang ständig zunimmt und für deren Verknüpfung mit polizeilichen Dateien der neue Personalausweis gute Dienste leisten wird.

1. Einwohnerinformationssystem

Das Meldewesen, das urspünglich als ausschließlich polizeiliches Kontrollinstrument zur Identitäts- und Wohnsitzfeststellung dienen sollte, hat sich inzwischen zu einem Einwohnerinformationssystem entwickelt, das durch den neuen Personalausweis bundesweit vernetzt werden wird.

1973 lag bereits ein Gesetzentwurf zur Reformierung des Meldewesens vor, der insbesondere die Einführung eines Personenkennzeichens (PKZ) vorsah, um ein Bundesadreßregister einführen zu können. Der Gesetzentwurf scheiterte, das PKZ wurde für verfassungswidrig befunden.

1978 erfolgte ein erneuter gesetzlicher Vorstoß, der zwar auf die Einführung eines PKZ verzichtete, aber auf die Einrichtung von Länderadreßregistern und Einwohnerämtern zielte, deren Dateien erheblich umfangreicher als die der bisherigen Meldeämter sein sollten. Vor allem war eine bundesweite Normierung des Einwohnerwesens vorgesehen mit zwölf einheitlichen Identifikationsmerkmalen in den Datensätzen und Direktanschlüssen an die INPOL-Computer des BKA. Dieser Gesetzentwurf scheiterte auch. Nichtsdestotrotz werden in einigen Ländern Länderadreßregister eingeführt. Insbesondere wurden in Hamburg, Bremen und Berlin jeweils eine zentrale Datenbank für die gesamte Verwaltung eingerichtet.

Inzwischen sorgt die Verabschiedung des neuen Melderechtsrahmengesetz (MRRG) von 1980 in Verbindung mit der Einführung des neuen Personalausweises faktisch für ein Bundesadreßregister. Die Meldeämter werden zwar dezentral geführt, aber bundesweit vernetzt durch die automatische Datenübermittlung. Vor allem für Anfragen der Polizei werden in den Meldeämtern stets Terminals rund um die Uhr besetzt sein. Das neue MRRG soll die Dateien der Meldeämter aktualisieren, indem sich z.B. die Ämter gegenseitig über Zu- und Wegzug von Einwohnern auch über Ländergrenzen hinweg informieren. Unter Androhung von Bußgeld muß innerhalb von einer Woche die An- oder Ummeldung erfolgen; zur Hauptwohnung darf nur diejenige Wohnung deklariert werden, die tatsächlich überwiegender Aufenthaltsort ist. Meldet sich der Mieter nicht selbst an, so ist der Vermieter zur Vornahme der Um- bzw. Anmeldung seines Mieters verpflichtet. Das länger als zweimonatige Bewohnen einer anderen Wohnung verpflichtet ebenfalls zur Anmeldung usw.

2. KBA Flensburg — ZEVIS

Das Kraftfahrzeugbundesamt in Flensburg hat ca. 30 Millionen Datensätze über Kraftfahrzeuge, KfZ-Halter mit Adressen und Punktekonten als Verkehrsregister derzeit noch in verschiedenen Dateien gespeichert. Ab Sommer '84 werden die Dateien in einer Datei mit Namen ZEVIS zentral erfaßt und über Terminals in der gesamten BRD direkt abgefragt werden können. Mit Hilfe des Namens kann nach Adresse und Anzahl der auf den Namen gemeldeten Fahrzeuge gefragt werden. H.-P. Bull, ehemaliger Bun-

Fortsetzung nächste Seite



Striche wirken Wunder

Die europäische Artikelnumerierung vor der Einführung

Die Europäische Artikelnumerierung vor der Einführung

Die folgenden Zeilen werden sich mit den dubiosen Zebrastreifen beschäftigen, die seit einigen Jahren mit steigender Häufigkeit die Verpackungen im Supermarkt oder sonstwo zieren. Allerdings handelt es sich hierbei nicht um Zebrastreifen im herkömmlichen Sinne. Sie sind keineswegs dazu gedacht, eventuellen Kriechtieren das Überqueren der Packungen zu erleichtern, geschweige denn weisen sie das beinhaltende Produkt als Steppenpferdefleisch aus.

Vielmehr handelt es sich bei dem vom Hersteller aufgedruckten Strichcode um die sogenannte **Europäische Artikelnummerierung (EAN)**, die von der europäischen Konsumgüterwirtschaft (europ. Industrie- und Handelsverband, besteht z.Zt. aus 13 Ländern) in Zusammenarbeit mit Australien und Japan nach amerikanischem Vorbild eingeführt wurde. Für die BRD und West-Berlin ist die „Centrale für Coorganisation" zuständig, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in deren Aufsichtsrat Vertreter von z.B. Hertie, Henkel, Edeka, Nestle usw. sitzen.

Normalerweise besteht der Code aus 13 Zahlen und einer Vielzahl von Strichen verschiedener Stärken. Dieser Aufdruck stellt eine verschlüsselte und damit maschinenlesbare Darstellung folgender Daten dar:
— Herstellungsland (1. u. 2. Ziffer)
— Herstellfirma (3.-7. Ziffer)
— genaue Artikelbezeichnung (8.-12. Ziffer)
Die 13. Zahl ist eine Prüfziffer.

Zur Zeit werden etwa 90 % aller Artikel (ca. 110.000 Stück) auf diese Weise gekennzeichnet. Doch hängt die EAN noch weitgehend in der Luft, denn es gibt erst ganze 97 mit den zugehörigen Scanner-Kassen ausgerüstete Geschäfte in der BRD (92) und West-Berlin (5).

Ganz anders in den USA, wo Ende 1982 schon etwa 35 % des Umsatzvolumens auf diese Weise erfaßt wurden (in der BRD sind es unter 1 %).

Die technischen Probleme sind weitgehend gelöst, Anfangsschwierigkeiten gelten als überwunden. Und selbst Frischwaren brauchen ihr kurzlebiges Dasein nicht mehr mit herkömmlichen Preisschildern zu vergeuden. Ein Einkaufswagen mit einer großen Nummer wirkt da Wunder. Diese Wagennummer wird einfach beim Abwiegen in die Waage eingegeben und beim Zahlen hernach an der Kasse abgerufen.

Wie sollen die zukünftigen Kassen funktionieren?

Jegliches Eintippen irgendwelcher Zahlen entfällt. Ein mit Laserstrahlen arbeitenden Lesestift tastet — unabhängig von der Bewegungsrichtung — die Hell-Dunkel-Unterschiede des Strichcodes ab und wandelt sie in elektrische Impulse um, die an den Computer weitergegeben werden. Dieser entschlüsselt den Code und ordnet einer bestimmten Artikelnummer einen zugehörigen (vorher eingegebenen) Preis zu. Gleichzeitig erledigt er die Buchhaltung, indem er das verkaufte Produkt vom Warenbestand abzieht. Der Lagerbestand wird automatisch überprüft.

Doch dieser Computer kann noch mehr: Die genauen Daten über einen Artikel (wann wo wieviele zu welchem Preis verkauft...) werden gespeichert und später dem Hersteller übermittelt. Als Nebenprodukt fällt dabei ein detaillierter, so unwahrscheinlich kundenfreundlicher Kassenzettel an. Auf Knopfdruck erstellen die Scanner-Kassen (to scan: abtasten) einen Kassenabschluß und übermitteln die Leistungsfähigkeit des Personals an den Computer.

Doch damit immer noch nicht genug: Eine Koppelung dieses Systems mit einer bargeldlosen Bezahlung (Scheckkarten) ist vorgesehen. Ein Scanner-Kassenterminal ist samt Lesestift bereits für lächerliche 12.000 DM zu erstehen. Für das gesamte notwendige Verbundsystem sind allerdings schon knapp 200.000 DM hinzublättern (und das steigert sich je nach Ausführung und Größe).

Eine herkömmliche Kasse kostet lediglich zwischen 1.000 und 2.000 DM. Allerdings bedarf es davon einer größeren Anzahl und zudem sind sie weitaus personalintensiver.

Warum das ganze?

Natürlich bietet dieses System **viele Vorteile.** Da dieser Strichcode allerdings von der Europäischen Konsumgüterwirtschaft eingeführt wurde und nicht von den Verbraucherzentralen oder Gewerkschaften, liegen diese fast ausschließlich auf Seiten der Hersteller und Händler.

Die Einführung der EAN stellt nach Abschaffung der Schaufensterwerbung, der Bedienung und anderer Serviceleistungen sowie auch dem Aufkommen der Personaleinsatzplanung (Personaleinsatz parallel zur täglichen/wöchentlichen Umsatzkurve) einen weiteren **Rationalisierungsschritt** im Handel dar, der im Zusammenhang mit der anhaltenden wirtschaftlichen Stagnation steht. Mit allen Mitteln wird versucht, Kosten zu sparen. Und das stellt sich in der Praxis als ein Abwälzen der Probleme auf die Arbeitnehmer heraus.

Das EDV-gestützte geschlossene Warenwirtschaftssystem

Der Strichcode ist nur ein kleiner Teil des EDV-gestützten geschlossenen Warenwirtschaftssystems, wodurch erstmals lückenlos sämtliche Warenbewegungen samt Zusatzdaten erfaßt werden können.

Dies geschieht durch Scanner-Kassen (Verkauf), mobile Lesestifte (Beschädigungen/Diebstahl (Inventur) und über Computerterminals im Lager, die alle mit dem Rechner der jeweiligen Filiale verbunden sind. Diese Daten gingen bislang entweder verloren oder konnten nur mit erheblicher Verzögerung aufgestellt werden (und wurden dadurch oft wertlos).

Saisonale Schwankungen des Absatzes, die Wirksamkeit von Verkaufsförderungsaktionen und Erfolg oder Mißerfolg von neu eingeführten Produkten können genauestens gemessen werden. Und vor allem kann der Hersteller oder der Händler rechtzeitig auf die Ergebnisse reagieren, denn solche Verkaufsdaten sind äußerst schnell verfügbar. Dem Hersteller sollen solche Informationen wöchentlich übermittelt werden. Der Hersteller oder Händler kann also in aller Ruhe die Register seiner ‚Verkaufsförderungsmethoden' durchprobieren und am Computerausdruck feststellen, auf welchen Trick am meisten Kunden hereinfielen. „Gerade diese Aktionen", schreibt das coop-Blatt ‚der Verbraucher', waren „mit den bestehenden Forschungsmethoden am schwierigsten zu erfassen."

Es gibt noch unzählige Beispiele, welche Informationen zur Erhöhung der Verkaufszahlen wichtig sind, und die bislang mangels Kenntnis gar nicht in die Verkaufsplanung mit einbezogen werden konnten: Wann wirkte sich der dem Händler gewährte Rabatt auf die Verkaufspreise aus? Wie hoch lag der neue Verkaufspreis? Hat sich der Rabatt aufgrund des erhöhten Absatzes gelohnt? Lag der Verkaufsanteil auch nach Beendigung der Sonderangebotsaktion (Werbeaktion, etc.) höher als zuvor oder fiel er wieder auf den alten Stand zurück?... Weitere Vorteile für Händler liegen in der niedereren Lagerhaltung (denn er weiß ja ziemlich genau, wieviel er verkaufen wird) und in der verbesserten Personaleinsatzplanung.

Warennachbestellungen laufen zukünftig von Computer zu Computer ab. Der Rechner einer Filiale ordert automatisch per Telefon-Nachttarif die fehlenden Bestände beim Computer des Herstellers. Festzuhalten bleibt weiterhin, daß durch den Einsatz der EDV fast sämtlicher Papierkram entfällt, aber natürlich ebenso die zugehörigen Arbeitsvorgänge.

Die Welt als Versuchslabor:

'Auch für die Marketingforschung erschließen sich ungeahnte Möglichkeiten, wie ein Forschungsbericht von 1981 zeigt. Das Kaufverhalten bestimmter Käuferschichten war für die Optimierung eines Produkts schon immer von großem Interesse. Solche Daten müssen allerdings auf recht mühsame Weise erhoben werden: Nach bestimmten soziologischen Gesichtspunkten ausgewählte Testpersonen führen zuhause Listen über ihre getätigten Einkäufe (Haushaltspanel).

In Zukunft kann auf solch enormen Aufwand verzichtet werden. Mit Hilfe von Identitätskarten sollen solche Daten automatisch beim Kassiervorgang erhoben werden. Die Vorteile sind enorm:

Es geht schneller (Daten quasi sofort verfügbar), birgt weniger Fehlerquellen in sich (nicht mehr von der Lust des Kunden zum Aufschreiben abhängig, keine Verluste durch Schlamperei), ist billiger (auf das „Heer von Außendienstlern", die bisher die Daten erhoben haben, kann verzichtet werden) und es können auch noch andere relevante Daten erfaßt werden (welches Produkt hat eine Testperson gekauft, obwohl ein anderes vergleichbares im Angebot war, welcher Artikel wird mit welchem anderen Artikel zusammen gekauft, evtl. welche Käuferschichten sind Kunden).

Das alles klingt nach Zukunftsmusik aus dem Jahre 2050, ist aber bereits **Realität:** In Nürnberg werden solche, oben beschriebenen, Testpersonen mit Wochenzeitschriften beliefert, in denen (als solche nicht erkennbare) Testanzeigen geschaltet sind. In einem mit Scannern ausgerüsteten Supermarkt wird anschließend das Kaufverhalten registriert. Natürlich fehlt auch nicht die Blindprobe mit Testpersonen ohne Wochenzeitschriftabonnement.

„Damit", so brüsten sich die Forscher, „wird eine ‚natürliche Laborsituation' realisiert." Herzlichen Glückwunsch.

Auch eine entsprechende statistische Absicherung existiert schon: So sollen 90 % der befragten Haushalte angeblich bereit sein, solche ID-Karten zu benutzen, während lediglich 15 % die Kinkerlitzchen mit dem Bogenausfüllen mitmachen wollen. Die Forscher sind optimistisch: Es „scheint die Prognose nicht gewagt, daß die Zukunft dem Scanner-Haushaltspanel gehört."

In den USA wird diese Marktforschungsmethode schon mit an Perversion grenzender Perfektion betrieben:

Da gibt es zwei ganze Städte, deren Geschäfte 100 %ig mit Scanner-Kassen ausgerüstet sind. Je 2000 Haushalte können „über Kabel-TV individuell mit Werbung" angesteuert werden. Hinterher können sich die Marktforscher dann genüßlich auf die entsprechenden Daten stürzen, denn ein erhebliches Problem, das hierzulande sich noch zu existieren traut, ist dort ausgeschaltet, nämlich die Lückenhaftigkeit der Erfassung, wenn nicht alle Läden mit Scanner-Kassen ausgestattete sind. Leider ist auch dies kein Einzelfall sondern nur ein Beispiel. Welch ein Fortschritt! Eine ganze Stadt voller Versuchskaninchen! Da auf diese Weise schnell erkannt wird, welche Produkte am meisten Umsatz und Gewinn bringen, wird ein Ausleseprozeß stattfinden. Selten gewählte Produkte werden vielleicht gar nicht mehr erhältlich sein. Im Forschungsdeutsch liest sich das so:

„Der Scanner wird letztendlich eine schnellere und vollständigere Trennung von Spreu und Weizen ermöglichen, wobei möglicherweise einige Unternehmen diesen Ausleseprozeß nicht überstehen werden." Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft wird sich also beschleunigen, zumal sich „die Informations- und Know how-Lücke zwischen großen und kleinen Handelsbetrieben vergrößern wird." Und auch nur große Unternehmen werden sich an Kabelprojekten beteiligen können, die einen zusätzlichen Vorsprung bringen. Überhaupt kommen Kenner gar nicht mehr aus den Lobpreisungen heraus: Der Fantasie seien „keine Grenzen gesetzt", die Perspektiven seien „erst teilweise überschaubar" und „völlig neu", usw.

Die Probleme eines solchen Einsatzes liegen derzeit noch beim Datenvolumen. Bei einem Scanner-Markt mit lediglich 5.000 Produkten (normaler Supermarkt: 20.000 bis 50.000 Artikel) fallen 300 Seiten Datenmaterial pro Woche an, und die sind wegen ihres Umfanges mit üblichen Methoden kaum vollständig auswertbar.

Auswirkungen auf Arbeitsplätze:

Nach einer amerikanischen Untersuchung ergibt dieses geschlossene EDV-gestützte Warenwirtschaftssystem eine Produktivitätssteigerung um bis zu 40 %. Das heißt, der gleiche Umsatz kann mit bis zu 40 % weniger Personal erzielt werden.

Der Manager eines Verbrauchermarktes in Ausburg, in dem dieses System bereits installiert ist, gibt offenherzig zu: „Dadurch konnten wir unseren Personalbestand im Lager und in der Verwaltung verringern und auch Kassiererinnen einsparen. An unseren Kassen geht jetzt alles doppelt so schnell wie früher."

Der Allgemeine Informationsdienst (AID, offizielles Organ des Bundeslandwirtschaftsministeriums) reiht in eine Vorteilaufzählung: „Es fallen die Auszeichnungskosten weg." Und damit ist sicherlich nicht nur das Geld für die Preisaufkleber gemeint. Der Computerhersteller Nixdorf sieht u.a. als Vorzüge an: „Höhere Leistung des Kassenpersonals", „exaktere Daten für die Personaleinsatzplanung".

Die „Rationalisierungsgemeinschaft des Handels" lobt in einer Broschüre Kostenersparnisse in folgenden Bereichen: „Im Bereich der Materialkosten: Verringerung der Kassenzahl, Verringerung der Auszeichnungsgeräte, Einsparung von Etiketten, usw.; im Bereich der Personalkosten: Verringerung des Personaleinsatzes an den Kassen (bedingt durch eine Beschleunigung des Kassiervorganges und des Kassenabschlusses), Verringerung des Personaleinsatzes bei der Wareneingangserfassung,... bei der Umzeichnung... bei der Inventur, bei der Disposition, usw."

Doch ein solcher Arbeitsplatzabbau ist noch nicht alles. ‚Der Verbraucher' sorgt sich um „die Qualität der Daten": Alle Artikel, die noch nicht mit dem Strichcode bedruckt sind, müssen an der Kasse von Hand über eine Tastatur in den Computer eingelesen werden. Da aber gerade die Genauigkeit der Informationen eine wesentliche Rolle spielt, genügt es nicht, bei z.B. Hundefutter nur „Tiernahrung" als Stichwort in die Kasse zu tippen, so wie es heute noch größtenteils üblich ist. Dadurch gingen unerläßliche Informationen über die Marke, die Produktart, die Packungsgröße und die Geschmacksrichtung nicht nur verloren, sondern es würde die ganze Statistik entwertet werden, da die Verkaufsverhältnisse der einzelnen Produkte zueinander verfälscht würden.

Aber — keine Sorge — ‚der Verbraucher' weiß Abhilfe: „Der Einzelhändler muß eine strenge Arbeitsdisziplin einführen." Besonders die „des Kassenpersonals" müsse sich „weiter verbessern".

Neben Streß befürchtet die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) folgende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen: Monotonie, Leistungsdruck, gesundheitliche Gefahren (Bildschirmarbeit, Laserstrahlen).

Da Computerterminals einfach zu bedienen sind, wird es immer weniger qualifizierte Tätigkeiten zu verrichten geben. Dadurch kann sich vielleicht eine Herabstufung in niedrigere Lohngruppen ergeben. Oder Vollzeitstellen für gelernte Arbeitskräfte werden in Teilzeitjobs für Anlernlinge umgewandelt (was natürlich eine wesentlich geringere soziale Absicherung nach sich zieht).

Und noch einen Vorteil birgt eine solche Umgestaltung: Das Rheinland-Pfälzische Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport hat in einer Untersuchung festgestellt: „Teilzeitkräfte können bei insgesamt kürzerer täglicher Arbeitszeit höhere Leistungen pro Zeiteinheit erbringen als Ganztagskräfte."

Deshalb fordern Ulrich Pagelsdorff und Helmut Thiel von der Gewerkschaft HBV auch konsequent: Die Durchführung dieser Maßnahmen der Arbeitgeber müssen wir mit allen Mitteln verhindern."

Natürlich ist es nicht sinnvoll, sich an jedem Arbeitsplatz krampfhaft festzuklammern. So hat z.B. schon die heutige Kassierer/innentätigkeit zumindest in umsatzstarken Zeiten nicht mehr viel mit menschlichen Arbeitsbedingungen gemein.

Rolf Westermann
Westberlin
(Der Text ist von der Redaktion leicht gekürzt).

Fortsetzung von vorheriger Seite

desbeauftragter für Datenschutz, bezeichnete ZEVIS als „*zentrales Adreßregister über 30 Millionen betroffene Bürger*". Kontrollmöglichkeiten sieht er hingegen nicht (7).

3. Bundeszentralregister Berlin

Das Bundeszentralregister speichert Daten von ca. 5 Millionen Personen. Dabei werden Strafen und Vorstrafen festgehalten, aber auch wegen Geistesschwäche, Drogensucht, oder Alkoholismus in geschlossene Anstalten Eingewiesene werden registriert. Angegliedert ist das Erziehungsregister, in dem Strafurteile, Entmündigungen und Ausweisungsverfügungen gespeichert sind; außerdem das Gewerbezentralregister, in dem Daten über Personen erfaßt sind, die im Zusammenhang mit dem Betreiben eines Gewerbes aufgefallen sind. An das Bundeszentralregister werden täglich 32.000 Ersuchen von Gerichten und Behörden gerichtet, täglich werden 20.000 polizeiliche Führungszeugnisse erstellt. Geplant sind direkte Anschlüsse für die Computer von INPOL.

Mit dem Löschen von Eintragungen im BZR gibt es wohl eher Probleme wie folgender Fall zeigt: „*H.R. ist passionierter Jäger. Er wollte einen Jagdurlaub in England machen. In derartigen Fällen verlangen die Engländer ein Führungszeugnis. Und H.R. beantragte es beim BZR in Berlin. Ein gewöhnlicher Brief kam, und er enthielt das Führungszeugnis. Leicht verdutzt las H.R., was das Zeugnis auswies: Fortgesetzte Untreue — 6 Monate Gefängnis. Richtig war, daß H.R. vor über 10 Jahren einmal wegen fortgesetzter Untreue verurteilt worden war. Die Strafe war allerdings zur Bewährung ausgesetzt und hätte nach den Fristen des BZR-Gesetztes schon vor über 5 Jahren gelöscht sein müssen. Nun, eine Lösung war nicht erfolgt ...*" (8). Dazu kam noch, daß das von H.R. vor drei Jahren verlangte Führungszeugnis keinen Eintrag hatte. Das liegt daran, daß das BZR verschiedene Arten von Zeugnissen erteilt; so erhalten Gerichte auch bei abgelaufenen Fristen komplette Auszüge.

4. Ausländerzentralregister in Köln

4. Ausländerzentralregister in Köln

In Köln ist das Ausländerzentralregister (AZR) angesiedelt, das ca. 5 Millionen Datensätze über Nichtdeutsche gespeichert hat. Die Datenbank dient zur Feststellung der Wohnsitze, insbesondere aber soll mit dieser Datei die Durchsetzung von Ausweisungsverfügungen ermöglicht werden. Herold hielt schon vor Jahren einen Anschluß des AZR an INPOL-Computer für unerläßlich. Seiner Auffassung wurde Folge geleistet. Inzwischen stehen die Daten für INPOL online, d.h. direkt über Terminal abfragbar zur Verfügung.

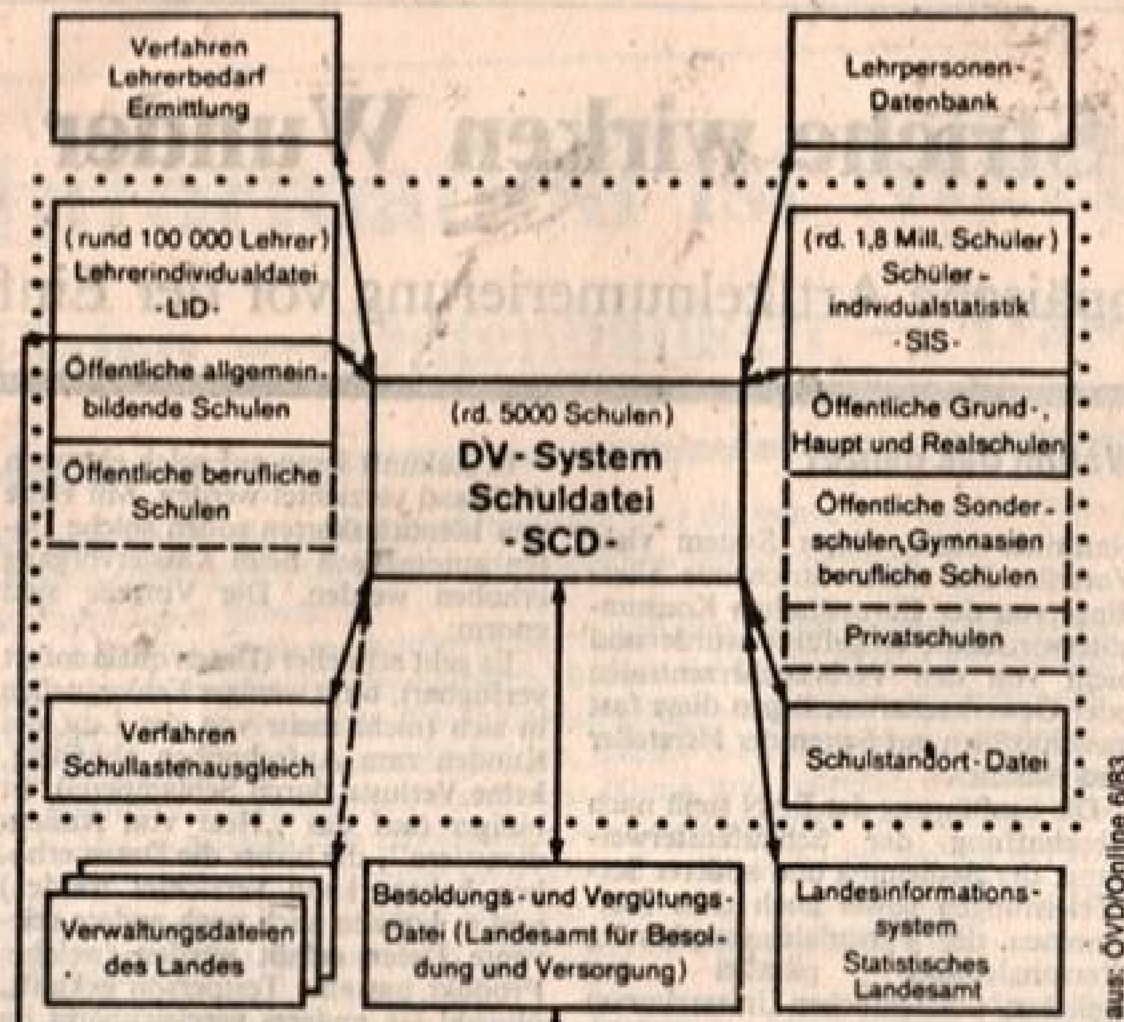
Darüberhinaus haben alle Kreisverwaltungen Ausländerbehörden, die Meldungen an das AZR machen. Den Ausländerbehörden gegenüber sind
- Meldebehörden
- Staatsangehörigkeits-, Paß- und Personalausweisbehörden
- Arbeitsämter
- Gewerbebehörden
- Finanzämter
- Polizeibehörden
- Justizbehörden

zu bestimmten, sehr weitgehenden Datenübermittlungen **verpflichtet.**

5. Schuldateien

Ein anderes Beispiel für eine Anhäufung hochsensibler Daten, die bei Übermittlung an entsprechende Stellen noch Jahre später unangenehme Folgen für Betroffene haben können, sind sogenannte Schüler-Individualdateien (SID). In der SID sind Daten gespeichert, die insbesondere für spätere Arbeitgeber von großem Interesse sein können (bis jetzt werden sie angeblich noch nicht zu solchen Zwecken weitergegeben): Die Daten geben eine Art Entwicklungsprofil der Schüler wieder. So informiert die Datei über persönliche Interessen, charakterliche Eigenschaften, politische Anschauungen, es werden periodische Zwischenberichte über den schulischen Werdegang angefertigt usw. Die Ordnungskriterien der SID sind mit dem Ordnungsmerkmal der Meldebehörden identisch. Die SID besteht aus einer Schülerstammdatei (Schülerbögen, Anwesenheitslisten ...), einer Kursdatei (Kurslisten, -übersichten, Themenübersichten ...) und aus einer Leistungsdatei (Zeugnisschreibung, Leistungsübersichten ...).

Das gesamte Schulinformationssystem enthält neben der SID eine Lehrerdatei und wird gleichzeitig zur Schulorganisation verwendet, was weitere Dateien über Stundenpläne und Schülertests bedeutet.



Aufbau der Schuldatei in Baden-Württemberg

III. Polizeiliche und geheimdienstliche Dateien — INPOL und NADIS

Polizei und Geheimdienste verfügen mit ihren Informationssystemen INPOL und NADIS mehr und mehr über ein Massenkontrollinstrument. Ihre Möglichkeiten werden allerdings weitgehend potenziert durch die idealen Zugriffsmöglichkeiten auf Dateien anderer Behörden wie die Sozialdatenbank usw. So ist es ihnen möglich, ganze Bewegungs- und Lebensprofile von einzelnen und Gruppen zu erstellen. Der neue Personalausweis wird hierfür ein ganz wesentlicher Schlüssel sein.

Das mit dem 1972 von der SPD entworfenen Programm zur „Inneren Sicherheit" ins Leben gerufene polizeiliche Informationssystem INPOL des BKA hat in den letzten Jahren einen ungeheuren Ausbau erfahren. Über ca. 12.000 Endterminals an Grenzstellen, Flughäfen, Polizeirevieren und in Streifenwägen können pro Jahr über 94 Millionen Anfragen beantwortet werden. Allein in den polizeilichen Dateien stehen ca. 10 Millionen Daten zur Verfügung. Tatsächlich verfügen Polizeibehörden jedoch über weit mehr Dateien als nur über ihre eigenen, denn im Wege der Amtshilfe können sie aus allen Dateien anderer Behörden, aber auch aus nichtöffentlichen Dateien Informationen abfragen. Das wurde jetzt durch das Personalausweisgesetz und das MRRG noch einmal besonders abgesichert.

INPOL sind mehrere Teilsysteme angegliedert, spezialisierte Unterdateien für unterschiedliche Fahndungs- und Überwachungsziele. Im folgenden stichwortartig eine Aufstellung der verschiedenen Unterdateien und ihrer Funktionen:

— **PIOS(TE)** — (Datei für Personen, Institutionen, Objekte und Sachen). Die Datei ist spezialisiert auf „Terrorismus" und Rauschgift und wird als Instrument für „vorbeugende Verbrechensbekämpfung" begriffen. Erfaßt sind Ausweisverlierer, Kritiker der Terrorismusbekämpfung, Anzeigenerstatter, Hinweisgeber und Zeugen. Es sind ca. 100.000 Personen als angebliche Terroristen oder Sympathisanten gespeichert.

— **PISA** — (Personenbezogene Infosammlung, Beobachtende Fahndung — BeFa). Die Datei enthält Daten über Zielfahndung, Häftlingsüberwachung und Alibiüberprüfung. Vor allem werden hier die verschiedenen BeFa-Dateien (Beobachtende Fahndung) geführt; so über „Mitglieder krimineller Vereinigungen" (befa 6), „Terroristen, Anarchisten und andere politische Gewalttäter" (befa 7), inzwischen auch wieder „Gewalttätige Demonstrationsstörer" — Landfriedensbruch-Datei (befa 9).

— **LISA** — (Länderbezogene Infosammlung, Auslandsstrafsachen). Diese Datei ergänzt PISA.

— **ZPI** — (Zentraler Personenindex). Hier sind überregional tätige Straftäter erfaßt mit Personalien, Aktenfundstellen, erkennungsdienstlicher Behandlung usw. Die Datei umfaßt ca. 3,5 Millionen Daten. Informationen sind innerhalb von drei Sekunden abrufbar.

— **SSD** (Straftaten-Straftäter-Datei). Daten über Personen und Straftaten, auch Tatverdächtige.

— **KAN** — (Kriminalaktennachweis). Diese Datei ist erst in den letzten Jahren entstanden und entwickelt sich zu einer Mammutdatei. Erfaßt werden im Prinzip alle Personen, die jemals etwas mit Polizei zu tun hatten, so jeder Anzeigenerstatter ebenso wie Personen, die Selbstmord begangen haben. Zu KAN gehören 60 Spezialdateien.

— **Diebstahl-Datei** für gestohlen ode verloren gemeldete Gegenstände, gespeichert werden auch die Eigentümer.

— **Haftdatei** für Daten wie Haftantritt, -ort und -entlassung.

— **Daktyloskopie** — Sammlung von ca. 4 Millionen Zehnfingerabdruckblättern; die Abdrücke werden digitalisiert und damit elektronisch vergleichbar.

Ebenso soll eine **Stimm-Datei**, eine sog. Sonogramm-Datei, aufgebaut werden. Für eine **graphologische Datei** wurden bereits 6.632 Schriftproben gespeichert, größtenteils von Hotelmeldezetteln und Besucherscheinen in Knästen übertragen, natürlich ohne daß die Betroffenen davon erfuhren.

Eine neue Datei wurde für „terroristisches und extremistisches Schriftgut" mit der Bezeichnung **TESCH** angelegt. Erfaßt sind hier alternative Stadtzeitungen, Kursbuch, Gewerkschaftszeitungen, usw. Die Datei soll angeblich literarisch unbedarften Durchsuchungsbeamten bei Razzien eine Orientierungshilfe geben. TESCH hat auch Namen und Autoren gespeichert; diese Datei wurde allerdings vom BMI zunächst nur für einen einjährigen Probelauf genehmigt.

Da der Datenverkehr innerhalb der Polizei die Datenfahndung in den Dateien anderer Behörden aus allen Nähten platzt, wird seit 1976 **DISPOL** stetig ausgebaut. DISPOL ist ein digitalisiertes integriertes Sondernetz der Polizei für Sprache, Bild und Daten, ein eigenes Kommunikationsnetz, das den Datenaustausch beschleunigen und damit erleichtern soll (Inzwischen sind die Postsysteme z.B. mit der Glasfaser dabei, Dispol in Qualität und Übermittlungsgeschwindigkeit zu überholen!).

Das Computersystem der Nachrichtendienste heißt **NADIS**; hier werden alle politisch relevanten Informationen über „Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung" gesammelt. Darunter fallen übliche Personalienspeicherung, Telefon-Nummern, KfZ-Kennzeichen, Konto- und Schließfachnummern und Aktenzeichen. Aufgrund von Anfragen bei NADIS wurden gegen 4.000 von 2,5 Millionen Bewerbern für den öffentlichen Dienst Berufsverbote verhängt.

A., KB/Gruppe Nürnberg

Quellen:

1) Herbert Schmidt, Das Sozialinformationssystem der BRD. Sozialinnovation durch Informationstechnologie, 1977, S. 9 ff.
2) G.E. Hoffmann, Erfaßt, registriert, entmündigt, Fischer, S. 20.
3) Das Datennetz, Computer bedrohen die Freiheit, hrsg. Monika Binas, S. 34.
4) ebd. S. 69.
5) ebd. S. 78.
6) W. Moede „Lehrbuch der Psychotechnik" 1930, zitiert nach: Das Datennetz, S. 80.
7) Datennetz, S. 36.
8) Frank A. Koch, Bürgerhandbuch Datenschutz, S. 30, Fall 6.

19. Deutscher Jugendgerichtstag:

Die Spezialisten diskutieren: Was tun mit der gefährdeten Jugend?

Vom 3. bis 7. Oktober 1983 fand in Mannheim der 19. Deutsche Jugendgerichtstag statt. Unter dem Generalthema „Jugendgerichtsverfahren und Kriminalprävention" diskutierte in 13 Arbeitskreisen mit ca. 500 Teilnehmer/inne/n die ausgewählte Fachwelt über das „unbekannte Wesen" Jugend.

Da trafen bei der eröffnenden Podiumsdiskussion „Jugendunruhen und Staat" der unvermeidliche Landespolizeipräsident Stümper und der altliberale Verfassungsrichter Dr. Helmut Simon aufeinander. Dr. Alfred Stümper, dessen Vorstellungen auf eine schleichende, aber gezielt betriebene Verpolizeilichung der Jugend- und Jugendsozialarbeit orientieren, sprach vor den „Spezialisten aus der Jugend- und Jugendsozialarbeit". (Siehe dazu auch AK 232 „Die Jugendlichen von heute, die Kriminellen von morgen?")

In den 12 Arbeitskreisen versammelten sich Sozialarbeiter, Bewährungshelfer, Sozialpädagogen, Vertreter der Jugendgerichtshilfe, Richter, Jugendrichter, Psychologen, Staatsanwälte, Aufseher aus Jugendknästen, Vertreter freier Wohlfahrtsverbände, Polizei-Führungsakademie-Hiltrup, Landeskriminalämter, Kriminologen . . . „Mit Bedauern" wurde festgestellt, „daß die Lehrerschaft nicht vertreten war."

Die Arbeitskreise bildeten sich zu speziellen Einzelthemen, u.a.:
AK 1: „Familie als Ort von Prävention und Kriminalisierung";
AK 3: „Prävention durch (Jugend)-Polizei: gegen/mit/ohne Sozialarbeiter?";
AK 10: „Kriminalität von sozial Randständigen (Arbeitslose, Ausländer usw.) zwischen Repression und Prävention";
AK 12: „Jugendproteste".

Nach dreitätigen Beratungen in den Arbeitskreisen wurden Ergebnisprotokolle vorgelegt. Der AK „Familie als Ort der Prävention" stellte fest, daß die Familie sowohl Mitverursacher von jugendlicher „Delinquenz" („abweichendem Verhalten"), als auch Ort „präventiver Maßnahmen" sei. Da die „Primärprävention vor allem an der Familie ansetzen soll", wird gefordert, „daß die staatlichen Familienhilfen umfassend sein müssen, ohne jedoch die erzieherische Freiheit der einzelnen Familie einzuschränken" (1). In der Tat sei die gegenwärtige Situation äußerst unbefriedigend.

Ein auf die FdGO staatlich geprüfter Familienvorstand ist wohl selbst bei der durchschnittlichen deutschen Familie nicht durchsetzbar.

Kritik übte der AK an der gegenwärtigen Praxis der „Sekundärprävention" (Rückfallverhütung), sprich Jugendstrafvollzug. Dieser würde in seiner gegenwärtigen Form nicht einmal vom Ansatz her dem Ziel dienen, „kriminalitätsfördernde Defizite bei den Jugendlichen zu verringern".

Der AK hatte aber auch keine Perspektive parat. Im Gegenteil: Die Jugendarbeitslosigkeit stelle nicht nur einen „erheblichen Risikofaktor" zur Festigung von Delinquenz dar, sondern erschwere auch 'erheblich" jeglichen therapeutischen Ansatz, wenn (er) ihn nicht gar unmöglich macht". Hilflosigkeit am Ende sozialliberaler Jugend- und Sozialpolitik angesichts der gemeinen realen Verhältnisse . . .

Polizei und Sozialarbeiter: Gemeinsames Ziel, aber unterschiedliche Methoden . . . ?

Wenn auch nicht als Teilnehmer, so war Dr. Alfred Stümper doch als Stichwortgeber im AK „Prävention durch (Jugend-)Polizei: gegen/mit/ohne Sozialarbeiter?" deutlich präsent:

„Der AK, der sich überwiegend aus Polizeibeamten und Sozialarbeitern zusammengesetzt hat", gab sich etwas schamhaft (was die Schamlosigkeit in der Sache selbst kaum vertuchen kann, der Verf.) und betonte, daß trotz der „guten Zusammenarbeit" im Einzelfall „in den Methoden Unterschiede existieren".

„Während die Polizeibeamten kraft ihres Auftrages dazu neigten, gezielte Maßnahmen als geeignet für die Verhütung von Straftaten zu betrachten, war für die Sozialarbeiter die Veränderung der Lebensbedingungen der Jugendlichen vorrangig."

Wegen dieser „Zielkonflikte" hielt der AK eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit Polizei/Sozialarbeiter weder für „wünschenswert noch vorstellbar". Es wird z.B. eine „gemeinsame Gremienarbeit" abgelehnt. Betont wird vom AK aber auch, „daß persönliche Kontakte zwischen Sachbearbeitern bei der Polizei und dem zuständigen Sozialarbeiter nützlich sind".

Selbstverständlich kann es den Sozialarbeitern nicht schmecken, direkt mit der Polizei in Verbindung gebracht zu werden, sehen doch die meisten Jugendlichen — vor allem die, die von Sozialarbeitern „betreut" werden — die Polizei am liebsten von hinten. An diesem Punkt kam Dr. Stümper den Sozialarbeitern aber auch gern entgegen: Er akzeptierte diejenigen Kritiker seines „Jugendpräventionsprogramms", „die mit sachlicher Berechtigung darauf hingewiesen, daß die eigentliche Jugendarbeit ... von Fachleuten betrieben werden muß — das Vertrauen der Jugendlichen zu diesen Personen (darf) nicht gestört werden ... durch eine zu enge Kooperation mit der Polizei ... In der Zusammenarbeit sollte man nicht zu schematisch und ‚ängstlich' vorgehen ... Schädlich wäre ein offizielles Gerangel darum, wer was machen darf, in etwa genauso, wie wenn Elternteile sich vor ihren Kindern um deren Gunst streiten wollten!" (2).

Ob diese Brücke von den Sozialarbeitern im Sinne Dr. Stümpers nur zaghaft oder zügig beschritten wird, hängt auch davon ab, ob sich die Sozialarbeiter mit der beispielsweise von diesem Arbeitskreis formulierten schwammigen und nichtssagenden Formulierung des „gemeinsamen Ziels" begnügen, das da heißt: „Die Ermöglichung einer ungestörten Entwicklung der jungen Menschen".

Wer mit der Polizei „Zusammenarbeit" sucht und täglich im Kleinen praktiziert, muß sich allerdings darüber klar werden, daß die Zielvorstellungen des polizeilichen Vordenkers Dr. Stümper selbst diesen schwammigen Aussagen des Arbeitskreises diametral gegenüberstehen.

* * *

Wer sich für den ausführlichen Gesamtbericht über den Verlauf des 19. Deutschen Jugendgerichtstages interessiert, bestelle diesen bei:

Deutsche Vereinigung
für Jugendgerichte und
Jugendgerichtshilfen e.V.
Veterinärstr. 1
D 8000 München 1
Tel.: 089/345374

AG-Jugend/Antifakommission HH

Quellenangabe:

(1) alle Zitate aus dem „vorläufigen Ergebnis der Arbeitskreise des 19. Deutschen Jugendgerichtstages in Mannheim"

(2) Zitat aus „Systematisierung der Verbrechensbekämpfung" von Dr. Alfred Stümper, S.80-82, Richard Boorberg Verlag Stuttgart, München, Hannover, 1981

Sechs Menschen im Westberliner Abschiebeknast verbrannt:

Tötung von Amts wegen?

Sechs Abschiebehäftlinge kamen in der Sylvesternacht bei einem Brand in der Westberliner Polizeikaserne Augustaplatz ums Leben. Während die Feuerwehr zunächst von einer „Selbsttötungsabsicht" der Häftlinge sprach, die Polizei von einer „Spontanaktion" der Zelleninsassen, deren tödlicher Ausgang von ihnen wohl weder beabsichtigt noch einkalkuliert worden sei, deuten die Indizien zunehmend darauf hin, daß allein das Verhalten des Wachpersonals den Tod der Gefangenen herbeiführte. Es muß als immer wahrscheinlicher gelten, daß die Häftlinge verbrannten, weil die Wachmannschaft bei Feuerausbruch die Zellentüren verschloß. Und es ist zu befürchten, daß dieser ungeheuerliche Vorgang niemals ganz aufgeklärt werden wird: Während die Alternative Liste noch die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission fordert, sind die Verantwortlichen bereits darangegangen, Zeugen dieses Vorfalls zu beseitigen: Bereits sechs der zum Zeitpunkt des Brandes im Abschiebeknast einsitzenden Häftlinge wurden nach richterlicher Vernehmung außer Landes geschafft! Mit der Abschiebung weiterer Zeugen wird gerechnet.

Verhindern wir die Abschiebung von Karam Khella!

Karam Khella muß Hochschullehrer in Hamburg bleiben!



Dokumentation

Zum **31. März 1984** soll — geht es nach dem Willen der Hamburger Innenbehörde — Karam Khella aus der BRD abgeschoben werden. Nach 25 Jahren studieren, arbeiten und politischem Engagement in der BRD droht hier einem Hochschullehrer ein neuer Fall von staat-
studieren, arbeiten und politischem Engagement in der BRD droht hier einem Hochschullehrer ein neuer Fall von staat-
licher Willkür gegenüber einem ausländischen Mitbürger. Die Entwicklung und die Hintergründe werden in dieser Broschüre ausführlich geschildert. Für alle Hamburger: Am 9. Februar findet in Hamburg eine Veranstaltung statt; Infos dazu in den Buchläden und an der Uni.

Die Broschüre ist zu bestellen bei: Komitee „Solidarität mit Karam Khella" c/o I. Beckmann, Schenkendorfstraße 19b, 2 HH 76.

Nach dem Brand: Polizei tischt unhaltbare Versionen des Tathergangs auf

Die erste Version des Vorfalls, die nach dem Brand im Abschiebeknast an die Öffentlichkeit gelangte, lautete folgendermaßen:

„Gegen 21 Uhr 15 bemerkt einer der Wachposten einen Brand in Zelle A. Er ruft ‚Feuer', holt einen Feuerlöscher und versucht, die Flammen zu bekämpfen. Er sieht, daß die Häftlinge Schaumstoffmatratzen bis zu einer Höhe von 1,50 Meter aufgeschichtet und in Brand gesetzt haben. Als er die Flammen löschen will, wird er von den Häftlingen durch eine im Innern der Zelle noch vor der massiven Zellentür angebrachte Gittertür bedroht.

Die sechs Häftlinge strecken dem Wachmann die Fäuste entgegen. Dann richten sie eine Matraze auf und stellen sie vor die Gitter, so daß die Löscharbeiten behindert werden. Dennoch gelingt es dem Wärter, die Flammen zu löschen. Als er auf den Gang zurückkehrt, bemerkt er einen Feuerschein aus Zelle B. Er öffnet die massive Zellentür. Da schlägt ihm beißender Qualm und ein Hitzeschwall entgegen. Die Häftlinge haben die Gittertür mit Handtüchern verknotet. Sie schreien.

Der Wachmann kommt wegen der Hitze nicht mehr an sie heran. Inzwischen hat einer seiner Kollegen über den Wachhabenden, der in einem anderen Gebäude auf dem ehemaligen Kasernengelände sitzt, Feueralarm ausgelöst. Bei der Feuerwehr geht der Notruf um 21 Uhr 31 ein, eine Minute später rückt sie aus" (Berliner Morgenpost vom 3.1.84).

Erst die Feuerwehr hat dann die **verschlossene** Gittertür der Zelle B mit einer Brechstange geöffnet. Die dort einsitzenden 6 Häftlinge, 3 Tamilen, ein Tunesier, ein Palästinenser und ein Libanese waren bereits tot: Gestorben an den Cyanidgasen, die sich beim Brennen der Kunststoffmatrazen gebildet haben, hieß es später im vorläufigen Obduktionsergebnis. Verwandte der Getöteten haben mittlerweile allerdings darauf hingewiesen, daß die Körper der Opfer völlig verkohlt waren.

2. Akt: Widersprüche, offene Fragen und Tatsachen — die Darstellung der Wachleute bricht in sich zusammen

bricht in sich zusammen

Als erstes leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen die Insassen des Abschiebeknastes ein; wegen besonders schwerer Brandstiftung und Gefangenenmeuterei. Ermittelt wurde und wird gegen die 36 übrigen Abschiebehäftlinge, die sich in der Sylvesternacht im Abschiebeknast Augustastraße befangen. Erst nachdem Zeugenaussagen der Gefangenen ergeben hatten, daß die vom Wachpersonal geschilderte Version des Tathergangs unter keinen Umständen haltbar ist, wurde auch ein Ermittlungsverfahren wegen „fahrlässiger Tötung" gegen die vier Angehörigen der Wachmannschaft eingeleitet. Oberstaatsanwalt Ulrich Noack wiegelte zunächst allerdings noch ab: Ein Verdacht gegen das Wachpersonal sei zwar vorhanden, aber *„der Grad dieses Verdachtes"* sei eher *„am untersten Ende der Skala anzusetzen"* („Berliner Morgenpost" v. 4.1.84). Doch auch eine derartige Bewertung ist heute nicht mehr zu vertreten. Im Zuge der weiteren Ermittlungen, über deren Ergebnisse freilich immer noch nur spärliche Informationen an die Öffentlichkeit gelangen, taten handfeste Widersprüche und Fakten zutage, die ausnahmslos geeignet sind, den Verdacht gegen das Wachpersonal zu erhärten:

1) Der Brand, so hieß es ja, sei gegen 21 Uhr 15 entdeckt worden. Sofort will dann die Polizei die Feuerwehr alarmiert haben. Bei der Feuerwehr ging der Notruf allerdings erst um 21 Uhr 31 ein. Wie konnte es dazu kommen, daß die Wachmannschaft ganze 16 Minuten verstreichen ließ, bevor sie den Alarm auslöste? Zwei überlebende Asylhäftlinge, die gegenüber der Todeszelle B untergebracht waren, haben ausgesagt, daß vom Ausbruch des Feuers bis zum Erscheinen der Polizei fast 35 Minuten vergangen sind. Vergeblich hätten sie in der Zwischenzeit den Klingelknopf betätigt.

2) Völlig unklar ist, wo sich die vier Wachleute (1 Schutzpolizist, 3 Wachpolizisten) während der Tatzeit aufgehalten haben. In ersten Darstellungen der Polizei wurde noch behauptet, daß sich lediglich 2 Wachleute — so auch die Vorschrift — auf dem Flur befunden hätten, der mit den Gitterzellen einen großen Raum bildet. Nach Angaben von Justizsprecher Königshaus sagten drei der vernommenen Wachleute allerdings aus, daß sie zu viert dort gewesen seien (laut „Tagesspiegel" v. 4.1.84). Nachdem das Ermittlungsverfahren wegen „fahrlässiger Tötung" eröffnet wurde, hüllen sich aller vier Beteiligten in Schweigen und machen von ihrem Recht auf Aussageverweigerung Gebrauch. Fakt ist jedenfalls, daß — wie eingangs dargestellt — lediglich ein Beamter bislang behauptet hat, an Rettungsarbeiten beteiligt gewesen zu sein.

3) Sämtliche Zellen besitzen frei einsehbare Gittertüren (Marke US-Knast), so daß das Feuer **sofort** von den Wachleuten sowie von den Gefangenen der gegenüberliegenden Zellen bemerkt werden mußte. Warum also wurden die Türen nicht sofort geöffnet? Geäußert wird die Vermutung, die Wachleute hätten einen Ausbruchsversuch befürchtet und daher die Zellentüren verschlossen gehalten. Der AL-Abgeordnete Kunzelmann behauptete auf einer Sondersitzung der Parlamentsausschüsse für Inneres und Sicherheit sowie für Ausländerfragen, daß Zeugen ihm gegenüber erklärt hätten, daß die Beamten den Schlüssel zur Todeszelle B weggeworfen hätten
Parlamentsausschüsse für Inneres und Sicherheit sowie für Ausländerfragen, daß Zeugen ihm gegenüber erklärt hätten, daß die Beamten den Schlüssel zur Todeszelle B weggeworfen hätten,
„weil ihnen die Fluchtgefahr der dortigen Insassen größer erschienen sei, als die Brandgefahr" („Berliner Morgenpost" vom 4.1.84). Dagegen Oberstaatsanwalt Noack: *„Von einem fehlenden Schlüssel weiß ich nichts. Mir liegt die Aussage eines Feuerwehrmannes vor, der berichtet, daß er den Schlüssel von einem Polizeibeamten am Eingang erhalten hat. Er sagt auch, daß er versucht habe, die Gittertür aufzuschließen. Aber die Hitze war so stark, daß er trotz Hitze-Schutz-Handschuhen das glühende Eisen nicht einmal zehn Sekunden lang anfassen konnte"* („BILD-Zeitung" v. 4.1.84).

So oder so: Die Wachleute hätten die Häftlinge retten können, denn bei Ausbruch des Feuers wäre die Zellentür zweifellos noch ohne Probleme zu öffnen gewesen. Aussagen vernommener Häftlinge zufolge wurde allerdings geradewegs umgekehrt gehandelt. Die Türen seien zunächst geöffnet gewesen und wurden erst **nach** Entdeckung des Brandes verschlossen!

Angesichts der vorhersehbaren tödlichen Folgen dieser Handlungsweise ist die angebotene Rechtfertigung, hiermit habe ein Ausbruchsversuch verhindert werden sollen, nur noch zynisch. Nach den vorliegenden Zeugenaussagen gibt es für den Verdacht, daß Häftlinge tatsächlich etwas derartiges vorgehabt hätten, außerdem nicht das geringste Indiz. Aber es kann ja auch ganz anders gewesen sein: Ein Zeuge hat jedenfalls ausgesagt, daß kurz **vor** Ausbruch des Feuers ein Beamter einen Feuerwerkskörper in eine Zelle geworfen habe ...

Doch selbst wenn weiterhin unterstellt wird, daß die Brände in den Zellen A und B des Abschiebeknastes Augustaplatz Ausdruck einer verzweifel-
Doch selbst wenn weiterhin unterstellt wird, daß die Brände in den Zellen A und B des Abschiebeknastes Augustaplatz Ausdruck einer verzweifel-
ten Protestaktion der Gefangenen gewesen sind, kann aus den vorliegenden Indizien nur geschlossen werden, daß die Tötung der Gefangenen auf das Konto des Wachpersonals geht. Dies aber ist selbst für die bekanntermaßen unmenschlichen Zustände der Abschiebehaft eine neue Qualität.

Nach Angaben der „Liga für Menschenrechte" haben im letzten Jahr zehn Asylbewerber in Westberlin Selbstmord verübt — spätestens nach den Geschehnissen im Polizeiknast Augustaplatz muß befürchtet werden, daß Abschiebehäftlinge im staatlichen Gewahrsam auch „geselbstmordet" werden.

Es ist kein Zufall, daß derart ungeheuerliche Vorgänge ausgerechnet unter einem Innensenator **Lummer** stattfinden, der mit seiner brutalen Ausländerunterdrückungs- und Abschiebepolitik auf Ebene der Bundesländer eine absolute Spitzenposition einnimmt. Bis Oktober 1983 wurden im vergangenen Jahr 1.255 Menschen aus Westberlin abgeschoben! (1982 waren es noch 756). Und es ist für die Westberliner Zustände ebenso bezeichnend, daß dieser Innensenator, dessen Weg schon vor den Ereignissen der Sylvesternacht mit Leichen gepflastert war (Rattay!, Altun!), sich immer noch unangefochten im Amt halten kann.

Der Name Lummer steht mittlerweile für eine bestimmte politische Qualität: Für die Etablierung faschistoider Methoden und Mentalität in der staatlichen Ausländerpolitik — und nicht nur dort.

Geradezu erschreckend ist es mit anzusehen, wie wenig die von Lummer vertretene Linie der Faschisierung als solche von der demokratischen Öffentlichkeit überhaupt wahrgenommen und bekämpft wird. Dies läßt sich sogar in Zahlen ausdrücken: Als Kemal Cemal Altun in den Tod getrieben wurde, gingen in Westberlin über 10.000, in Hamburg noch am gleichen Tag über 3.000 Menschen auf die Straße. Der Tod der sechs Abschiebehäftlinge brachte in Westberlin noch knapp 1.000, in Hamburg weniger als 300 Menschen auf die Beine. Auch daran läßt sich dokumentieren, wie wenig noch immer die herrschende Ausländerpolitik in den Köpfen der Linken und Demokraten als exemplarisch für den Demokratieabbau insgesamt begriffen wird; auch das Scheitern eines linken Antifaschismus, der — soweit er sich als solcher begreift — in der Beobachtung neonazistischer Schaftstiefel und NPD-Fossile verharrt, während Lummer, Zimmermann und ihresgleichen Schritt für Schritt darangehen, die Minderheitenverfolgung bis hin zur physischen Vernichtung zu perfektionieren.

AG Ausländer

Berlin (taz) Nach den Ermittlungen der taz wurde ein großer Teil der Ausländer, die in Berlin-Lichterfelde in einem Abschiebeknast verbrannt sind, gegen klare gesetzliche Bestimmungen in der Abschiebehaft festgehalten.

- **Rasasingam Jevakurem** (24) aus Sri Lanka war kein Asylant, sondern ein Berlinbesucher. Er besaß gültige Durchreisevisen für die Türkei und Griechenland. Er wurde verhaftet, **nachdem** er sich eine Fahrkarte am Bahnhof Zoo gekauft hatte.

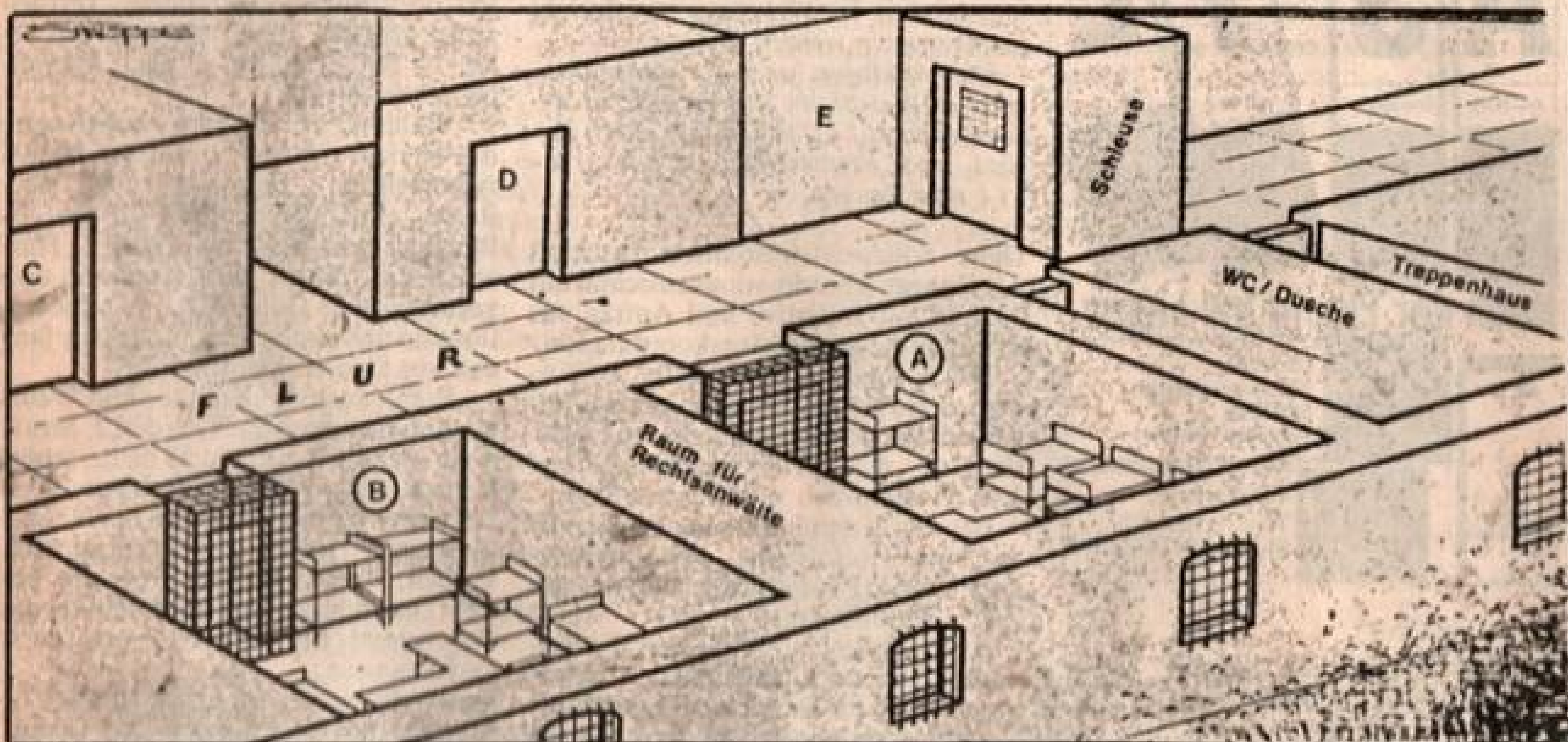
- **Hamed Djelassi,** lebt seit 22 Jahren in Frankreich und ist ebenfalls Berlinbesucher. Einen Asylantrag wollte er **nicht** stellen. Er hatte seine Papiere verloren.

- **Kuluanthaigopulu Thirunarukkaru,** seit dem 27 Dezember in Berlin. Er wird verhaftet, kann seinen Asylwunsch deutlich machen und unter Einzug seines Passes wieder freigelassen. Er verliert die „Paßeinzugsbescheinigung" und wird deswegen zum Augustaplatz in den Abschiebeknast verbracht.

- **Krishnapillai Velautpillai** (22) ist ohne Vernehmung durch einen Dolmetscher zum Augustaplatz verbracht worden.

- **Kassim Said** (19) und **Nzar Sleimann** (24) sind libanesische Palästinenser. Da eine Abschiebung nach dem Libanon gegenwärtig nicht möglich ist, schreibt das Gesetz bindend die **Freilassung** vor.

Innensenator Lummer hat eine Behörde zu verantworten, die sich mit ihren Greiftrupps scheinbar ausschließlich auf die Ausländerjagd konzentiert und es für eine ausreichende Lösung des Problems hält, die gefangenen Ausländer isoliert zu halten. Innensenator Lummer hat nicht nur die sogenannten „baulichen Mißstände", dh. menschenunwürdige und -gefährdende Bedingungen am Augustaplatz zu verantworten, er hat auch zu verantworten, daß die notwendigen gesetzlichen Prüfungen nicht stattfinden. Berlin, das heißt: kein Rechtsstaat für Ausländer.



In diesem Zellentrakt mit insgesamt 54 Plätzen starben in der Zelle B am Silvesterabend sechs Abschiebehäftlinge aus Sri Lanka, Tunesien und dem Libanon.

Wichtiger Hinweis:

Wichtiger Hinweis:

Am 20. Januar wird der „Flüchtlingsrat" in Westberlin ein dreitägiges Hearing zur Asylpraxis in Westberlin veranstalten, unter dem Thema „Ist die Menschenwürde teilbar?" Eine unabhängige Jury wird Berichte der Betroffenen und Experten über Anhörungsverfahren, soziale und medizinische Versorgung und Unterbringung zu einem Abschlußbericht zusammenstellen.

Weite Informationen:
Flüchtlingsrat Berlin
Handjerystr. 19/20
1000 West-Berlin 41



Bestellungen über: WIR — Internationales Zentrum · Schumacherstraße 94 · 2000 Hamburg 50 · Preis DM 3 (+ DM 1 für Porto)

Informationsbüro zum Schutz gegen Auslieferung und Abschiebung

Zu einem bundesweiten Arbeitstreffen gegen Auslieferung und Abschiebung lädt eine Arbeitsgruppe des Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnisses am 11.2.1984 nach Hamburg ein.

Ziel des Treffens soll es sein, eine bundesweite Zusammenarbeit aller interessierten Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die sich gegen Auslieferungen und Abschiebungen einsetzen, zu organisieren und das Projekt des Informationsbüros vorzustellen.

In den vergangenen Monaten sieht sich die demokratische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik und in Westberlin einer zunehmend brutaleren Ausländer-Raus-Politik der Bundes- und Länderregierungen gegenüber. Flüchtlinge aus diktatorischen Staaten werden unter fadenscheinigen Vorwänden von angeblichen Straftaten in ihre Verfolgerstaaten ausgeliefert, oder wie C.K.Altun, in den Tod getrieben. Das Asylrecht wird damit endgültig außer Kraft gesetzt.

Die schon jetzt menschenverachtende Praxis der behördlichen Verhinderung des Familiennachzuges und der Abschiebung von arbeitslos gewordenen, kranken und sozialhilfebedürftigen Ausländern soll nach den staatlichen Plänen noch weiter verschärft werden, u.a. durch die weitere Einschränkung des Nachzugs von Ehegatten und Kindern und durch die Verschärfung von „aufenthaltsbeendigenden Maßnahmen". Mit den entsprechenden gesetzlichen Veränderungen ist noch 1984 zu rechnen.

Die Zahl der Ausländer, die dann gegen ihren Willen die Bundesrepublik verlassen muß, ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage verlieren wird oder aufgrund politischer Verfolgung um ihr Leben fürchten muß, wird dann noch erheblich ansteigen. Angesichts der zunehmenden Zahl solcher Verfahren und der Notwendigkeit einer rechtzeitigen und umfassenden Unterrichtung aller derjenigen Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen, die bereit sind, sich gegen diese Zwangsmaßnahmen einzusetzen und ihre Durchführung zu verhindern, bedarf es dringend einer Stelle, von wo aus entsprechende Informationen gesammelt und schnell an alle Interessenten im gesamten Bundesgebiet und Westberlin weitergegeben werden können. Eine solche Stelle zu schaffen ist das Ziel einer Arbeitsgruppe, die sich auf Beschluß des Deutsch-Ausländischen Aktionsbünd-

gruppe, die sich auf Beschluß des Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnisses in Hamburg zusammengefunden hat.

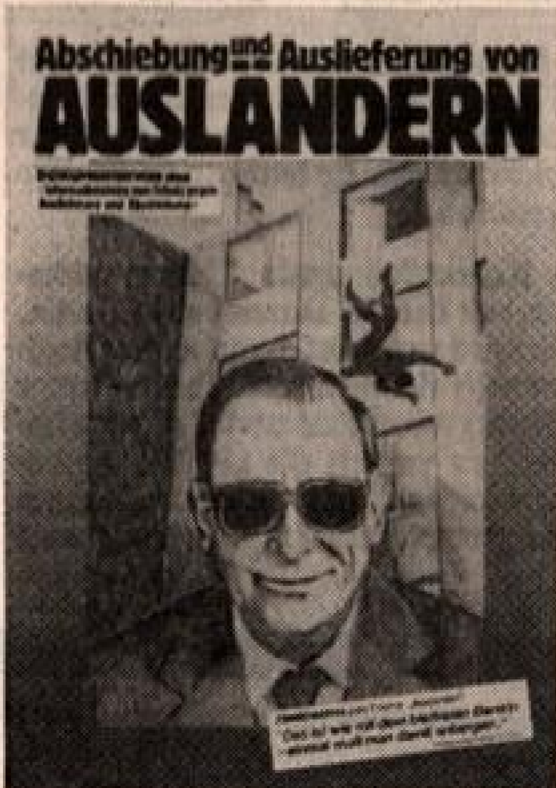
Das bundesweite Arbeitstreffen soll den folgenden Ablauf haben:
Ort: in der „Motte", Rothestr. 50, Hamburg-Altona
Zeit: Samstag, 11.2.84, 14-20 Uhr, falls erforderlich Fortsetzung am Sonntag, 12.2.84, 10-14 Uhr.
Vorschlag für die Tagesordnung:
— Vorstellung der bisherigen Arbeit,
— Aufgaben und Ziele eines Informationsbüros,
— Aufbau eines Info-Netzes und weitere Zusammenarbeit
— Finanzierung, Förderkreis und Einrichtung eines Beirats.

Kontaktadresse und Anmeldung über:

Franz Scheurer c/o DAAG
Wallgraben 37
2100 Hamburg 90
Tel.: 040/770873



Dokumentation:
Abschiebung und Auslieferung von Ausländern
Erschienen am 12.12.1983



Inhalt:
— Aufruf zur Errichtung eines zentralen Büros
— Rechtliche Erläuterungen und Kommentare zu Abschiebungen und Auslieferungen
— Zusammenarbeit BRD-Türkei gegen politische Flüchtlinge
— Auslieferungen (Dokumentation von 11 Fällen)
— Abschiebungen (Dokumentation von 7 Fällen)
— Abschiebung von Palästinensern in den Libanon und von Tamilen nach Sri Lanka
— Folter und Gerichtsbarkeit in der Türkei, „Demokratisierung"
— Geplante Verschärfungen des
der Türkei, „Demokratisierung"
— Geplante Verschärfungen des Ausländerrechts
— Dokumentation

52 Seiten, Preis: 5 DM
Einzelbestellungen nur gegen Vorauskasse (+ 1 DM Porto) zu richten an

Franz Scheurer c/o DAAG
Wallgraben 37
2100 Hamburg 90

Konto für Vorausbezahlungen und Spenden: H.C. Schulz, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Kontonr. 1037/763610

Krefeld-Prozesse:

Prozeßbeginn gegen Beate Wolter aus Hamburg

Am Montag, dem 9.1.84, begann vor der 3. Strafkammer des Landgerichts in Krefeld der Prozeß gegen Beate Wolter. Sie wurde am 25.6.83 in Krefeld bei der Demonstration gegen den Bush-Besuch nach Polizeiübergriffen festgenommen. Seitdem sitzt Bea in Köln-Ossendorf in U-Haft. Die Anklage lautet auf schweren Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand. Bea soll aus einer sechsköpfigen mit Holzknüppeln bewaffneten Gruppe heraus Straftaten begangen haben.

Der erste Prozeßtag war von einer eher „lockeren Stimmung" geprägt. Heftige Diskussionen zwischen den Anwälten (Scharmer und Weckmüller), dem Richter und dem Staatsanwalt bestimmten das Bild.

Bea stellte gleich am Anfang einen Antrag auf Einstellung aller Verfahren in diesem Zusammenhang. Sie begründete ihn damit, daß es in diesem Prozeß nicht darum ginge, Straftaten nachzuweisen, sondern bestimmte Teile des Widerstandes zu kriminalisieren. Dabei ging sie näher auf die Kriegspolitik der NATO, der Funktion des Bush-Besuches und der Propanda-Show darum ein. Der Prozeß sei eine Farce, da das Gericht nun einmal im Sinne des Staates urteilen werde.

Die Anwälte schlossen sich dann ebenfalls mit einem Einstellungsantrag an. Von der Verteidigung wurde dazu detailliert eine ganze Reihe von Gründen vorgebracht: Das Beweismaterial und die Akten seien unvollständig. Der Polizeibericht z. B., der über die Demonstration erstellt und später dem Landtag von NRW vorgelegt wurde, fehle in den Akten. Dieser könnte aber durchaus entlastend für Bea sein. Es fehlten 56 Vernehmungsprotokolle von Polizisten, die bei der Auflösung im Einsatz waren und somit etwas zur Festnahmesituation von Bea sagen könnten. Desweiteren bestände die Vermutung, daß der Hauptbelastungszeuge, Salmikeit, am Festnahmetag eine „dienstliche Äußerung" gemacht habe (wie es an diesem Tage üblich war), die aber noch nicht aufgetaucht sei. Seine Ausführungen schloß der Anwalt mit der Forderung nach Einstellung des Verfahrens oder zumindest der Aussetzung der Verhandlung. Da nicht abzusehen sei, wie lange die Vervollständigung der Akten dauern würde, stellte die Verteidigung einen Antrag auf Haftverschonung für Bea.

Sämtliche Anträge wurden vom Ge-
trag auf Haftverschonung für Bea.

Sämtliche Anträge wurden vom Gericht mit zum Teil lapidaren Begründungen abgelehnt. Diesem Beschluß folgte eine Gegenvorstellung der Anwälte. Doch das führte zu keiner Änderung: Das Gericht bestand darauf, die Anklageschrift verlesen zu lassen und damit der Verhandlung zu eröffnen.

Nach der Mittagspause folgte ein neuer Antrag der Verteidigung, den Beschluß des Gerichts zum Einstellungsantrag aufzuheben, da dieser nicht genügend begründet sei. Die Kammer lehnte abermals ab, worauf H. Scharmer nochal die Verfahrenssituation darstellte. Es sei unökonomisch, wenn der Zeuge jetzt gehört werden würde, da die Vernehmung nach Vervollständigung der Akten eventuell neu aufgerollt werden müsse. Was denn dagegen spräche, die Vernehmung zu verschieben. Darauf meinte der Richter, die Verteidigung solle doch an dem Beschleunigungsgrundsatz festhalten. Ein makabrer Spruch — sitzt Bea doch seit sechs Monaten in U-Haft!

Der erste Prozeßtag endete mit einer Anhörung des Zeugen Salmikeit durch das Gericht. Die Anwälte werden die Befragung ihrerseits am Montag, dem 16.1.84, beginnen. Der dritte Verhandlungstag findet am darauffolgenden Montag, dem 23.1., ebenfalls ab 9.00 Uhr im Landgericht Krefeld statt.

— Freiheit und Glück für Bea!
— Einstellung aller Krefeld-Prozesse!
— Sofortige Freilassung aller wegen der Krefeld-Demonstration Inhaftierten!

Soligruppe Bea



Dokument

Resolution des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung zu den Prozessen in Krefeld und Westberlin

Ein Jahr und neun Monate o h n e Bewährung lautete am 24. November 1983 das Urteil gegen Holger Deike aus Detmold; er hatte sich am 25. Juni 1983 an der Demonstration autonomer Gruppen gegen die deutsch-amerikanische „Freundschaftsfeier" in Krefeld beteiligt. Ein Jahr und vier Monate ohne Bewährung urteilt das Gericht drei Wochen später gegen Karin Gehrmann aus Köln. Sechs weitere Demonstranten/Demonstrantinnen sitzen seit Monaten in Untersuchungshaft.

Alois Leicht, Peter Noll, Minas Kontos, Ruth Christiansen und Rainer Kehres befinden sich bereits seit eineinhalb Jahren in Untersuchungshaft. Sie wurden während einer Demonstration anläßlich des Besuches von US-Präsident Reagan am 11. Juni 1982 in Westberlin verhaftet.

Der Koordinationsausschuß fordert die sofortige Freilassung der Inhaftier-

Der Koordinationsausschuß fordert die sofortige Freilassung der Inhaftierten und die Einstellung der Verfahren.

Er fordert ebenfalls die Zurücknahme der Urteile gegen Holger Deike und Karin Gehrmann, nicht zuletzt weil beide Urteile in Mißachtung geltenden Rechts gesprochen wurden. Das hohe Strafmaß wurde in beiden Fällen wesentlich mit der gewünschten abschreckenden Wirkung auf andere begründet.

— Holger Deike wurde wegen schwerden Landfriedensbruchs verurteilt, obwohl ihm eigenhändige Mitwirkung bei Gewalttätigkeiten nicht nachgewiesen wurde, wie dies der § 125a erfordert. Die Urteilsbegründung stützt sich im wesentlichen lediglich auf „Mittäterschaft durch Anwesenheit" und „psychische Unterstützung".

— Karin Gehrmann wurde wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte verurteilt, obwohl nicht einmal die Existanz des angeblichen Tatwerkzeugs vor Gericht nachgewiesen werden konnte.

Die Anklagen und die Prozeßführung in Westberlin stützen sich im wesentlichen auf offensichtlich durch Polizei und Staatsschutz m a n i p u l i e r t e Zeugen.

Diese Solidaritätsresolution beschloß der Bonner Koordinationsausschuß am 13.1.84 auf Initiative und Antrag aus der Hamburger Friedenskoordination.

Die Resolution soll mit der Aufforderung zur Solidarität und Spenden anläßlich der Pressekonferenz zur Auswertung des Widerstandstages am 30.1.84 öffentlich verbreitet werden.

Bei der Beschlußfassung mußte die vorgelegte Resolution „erwartungsgemäß" einige Federn lassen, selbst wenn der VDS-Vertreter mit seinen „Bauchschmerzen" bei der Freilassungsforderung alleine blieb. Aber ein ganzer Teil zur Bewertung dieses Vorgangs wurde gestrichen. Auf Antrag des Juso-Chefs Hartung wird noch einmal dieser Resolution ein Bekenntnis der Koordinatoren zur „Gewaltfreiheit" vorangestellt werden.



Au Backe ...

...haben wir wohl alle schon mal gedacht, wenn wir plötzlich im Wirkungsbereich polizeilicher Zwangsmaßnahmen waren und uns eine Kopfplatzwunde in die Arme fiel. Was tun? Darüber und weit darüber hinaus gibt die überarbeitete Neuauflage der „Sanibroschüre" Auskunft.

Ein mulmiges Gefühl bekommt frau schon, wenn sie liest, was so alles auf sie zukommen kann. Gerade durch die Aufrüstung der Polizeiaufrüstung in der letzten Zeit haben sich die schweren Verletzungen gehäuft. Die neuen Hochdruck-Wasserwerfer brechen aus 5 - 10 m Entfernung Rippen und quetschen innere Organe. Die CN/CS Technologie löst schwere Reizungen an Augen, Haut und Atemwegen aus, die Kampfstoffbehälter verletzen noch auf 50 m Entfernung allein durch den Aufprall. Klar, die „altbekannten" Demoverletzungen wie Hundebisse, Platzwunden bleiben natürlich trotzdem.

Die Broschüre gibt eine Einführung in die Erste Hilfe für alle typischen Demoverletzungen, von Fußblasen über Hundebisse und Gesäßverletzungen (die sich im „heißen Herbst" gehäuft haben) bis zum „Polizeischock". Dazu gehören Abbildungen, die das Anlegen von Notverbänden erklären, genauso, wie die Schilderung wie beim Auftreten bestimmter Symptone reagiet werden muß.

Egal, ob „militant" oder „gewaltfrei", diese Broschüre sollten sich alle zulegen — schließlich schützt Gewaltfreiheit nicht vor Fußblasen —, die auch dieses Jahr ihren Kampf nicht in die Stube verlegen wollen. Die Broschüre ist von 19 Sanigruppen und einem Ermittlungsausschuß herausgegeben worden.

ga.

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. legt Weißbuch zum Prozeß gegen Peter Jürgen Book vor

Das von dem Komitee vorgelegte 80 Seiten starke „Weißbuch" sieht in dem Prozeß gegen Book „eine Nagelprobe des bundesdeutschen Rechtsstaates" und appelliert an das Gericht: *„Der 2. Strafsenat des Oberlandesgerichs Stuttgart möge darauf achten, daß die Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland keinen Schaden nehme."* Der Prozeß gegen Book läuft nunmehr seit zwölf Monaten. Nachdem die Versuche der Bundesanwaltschaft gescheitert sind, Book in laufenden „Terroristenprozessen" als Kronzeugen auftreten zu lassen, wurde er nach Stammheim verschleppt.

Während des Prozesses beauftragte das Gericht den als „strammen Nationalsozialisten" bekannten Prof. Dr. Rauch, ein Gutachten über die Schuldfähigkeit von Book zu erstellen. Hinweise auf dessen oberflächliche und vorurteilsvolle Gutachten und seine nationalsozialistische Vergangenheit, fanden vor Gericht kaum Gehör.

Wenn auch das Komitee sein Weißbuch mit einem Appell an den 2. Strafsenat richtet, so ist doch heute schon festzustellen, daß auch in diesem Prozeß weder die elementarsten Spielregeln „unserer Demokratie" eingehalten werden, noch irgendein Interesse besteht, tatsächliche Straftatbestände, die Gegenstand der Anklage sind, auch nachzuweisen.

Das Weißbuch ist zu beziehen über:
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V., An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

„Die Bundesrepublik Deutschland ist eine weiße Gesellschaft: Ihre Asylpolitik ist in erster Linie ausgerichtet auf Volksdeutsche ... die Mehrheit der Deutschen (sei) gegen das Konzept einer vielfarbigen Gesellschaft." Außerdem ***„sind angesichts der herrschenden politischen Orientierung in der Bundesrepublik Deutschland Flüchtlinge aus rechtsgerichteten Systemen ... nicht willkommen."*** Dies erklärte der Leiter des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von Nieding (zit. nach „FR", 17.9.83).

Asylbewerber, die vor Verfolgung, Haft und Folter in der BRD Schutz suchen, sollen abgeschreckt und abgeschoben werden. — „Nach der Flucht ins Lager", so lautet der Titel einer neuen Broschüre des Hamburger Arbeitskreises Asyl, die in zehn Kapiteln sehr interessant und anschaulich die gängige Praxis bundesdeutscher Behörden zur „Lösung des Asylproblems" beschreibt und dokumentiert:
— Zwangsunterbringung in sogenannten Gemeinschaftsunterkünften mit bis zu 380 Asylbewerbern
— zweijähriges Arbeitsverbot für Asylbewerber, die nicht aus dem Ostblock kommen und damit einhergehend Beschleunigung des Asylverfahrens
— Beschneidung der Bewegungsfreiheit durch räumliche Beschränkung auf eine bestimmte Region
— keine Finanzierung von Sprachkursen;

alles Maßnahmen, die eine Integration von vornherein ausschließen und zur Isolation der Asylbewerber führen.

Für alle, die beruflich oder in ihrer Freizeit mit Asylbewerbern zu tun haben oder einfach Interesse an diesem Thema haben, ist dieses „Lesebuch" empfehlenswert. Im Anhang befinden sich neben Asylrechtsentscheidungen in der BRD und dem ersten UNHCR-Bericht zur Lage der Asylsuchenden in der BRD Informationen und Adressen von Verbänden, Initiativen etc. aus den Bundesländern, die zum Thema Asyl arbeiten.

ASYL
Nach der Flucht ins Lager
Nr. 3
Über die Schwierigkeiten, bei uns Asyl zu finden.
Im Anhang: Asylrechtsentscheidungen
Hamburger Arbeitskreis ASYL e.V.

Interessent/inn/en können diese Broschüre für 8 DM bestellen bei:

Hamburger Arbeitskreis Asyl
c/o Martin Garske
Heketweg 7
2000 Hamburg 61

Besetzer des türkischen Konsulats vor Gericht

Am 2.1. der Prozeß gegen die Besetzer des Kölner Generalkonsulats der Türkei im November 1982.

Wenige Tage vor der Abstimmung über die neue türkische Verfassung, die Kenan Evren teilweise aus Mussolinis Strafgesetzbuch hat abkupfern lassen, sollte diese Aktion der Weltöffentlichkeit „unsere revolutionäre Haltung gegenüber der faschistischen Verfassung'' zeigen (aus einem Flugblatt).

Mit Verbotsverfügung vom 27.1.83 wurden am 9.2.83 die Organisation Devrimci Sol (rev. Linke) und die HALK DER (Volksvereine) verboten. Zimmermann zog zur Begründung des Verbots die Konsulatsbesetzung sowie die „zunehmend gegen Bestandteile deutscher Politik gerichtete Agitation extremistischer Organisationen'' heran.

Seit dem Verbot der palästinensischen Organisationen GUPS und GUPA 1972 und den Verbotsversuchen gegen die türkischen Organisationen ATIF und ATÖF 1978-80 war dies der größte Schlag gegen linke ausländische Organisationen. Begründete Genscher sein Verbot 1972 noch mit der „Übertragung gewalttätiger Auseinandersetzungen in die BRD'' und stellte ausdrücklich fest, daß „mit dem Verbot... nicht die politischen Ziele dieser radikalen Gruppen bewertet (werden)'', so war Zimmermann 1983 schon deutlicher.

Mit seiner Verbotsbegründung ist j e d e antifaschistische Betätigung ausländischer Organisationen zu kriminalisieren — ob diese Strategie auch im Prozeß ihren Niederschlag finden wrd, bleibt abzuwarten. Politisch ist mit d i e s e r Verbotsbegründung auch die Grundlage für Kriminalisierungsversuche gegen westdeutsche Linke gelegt. Erste Anzeichen dafür sind in der Behandlung der autonomen Szene (Krefeld, Wuppertal u.a.), oder in den Kriminalisierungsversuchen gegen die Komitees gegen Bombentransporte (KgB) zu sehen.

Dem bisherigen Prozeß-Verlauf zufolge geht es der Kammer in erster Linie darum, den Angeklagten ihre politische Identität abzusprechen bzw. diese aus dem Prozeß herauszuhalten. Richter Liptow geht wohl davon aus, daß die türkischen Genossen ihre „Tat'' aus „niederen Beweggründen'' begangen haben und sie somit als gewöhnliche Kriminelle abzuurteilen sind. Für diese Strategie spricht auch die Wahl der ersten Kammer statt der für Demonstrationsdelikte zuständigen 12. Kammer.

Die erste Prozeßwoche mit drei Terminen war denn auch geprägt von Auseinandersetzungen um die Prozeßform, die im Wesentlichen um Fragen der Öffentlichkeit, der Zuständigkeit und Befangenheit der Kammer und der Rechte der Verteidiger und Angeklagten geführt wurden.

Am ersten Verhandlungstag wurde ein im Gerichtssaal anwesender Dolmetscher, der von Anwälten und Beklagten als Dolmetscher des Vertrauens hinzugezogen werden sollte, trotz zweier fehlender „geladener'' Dolmetscher vom Gericht wegen „politischer Unzuverlässigkeit'' abgelehnt. Diese Unzuverlässigkeit betrifft nachweislich nicht seine Fähigkeiten, sondern seine nicht vorhandene Bereitschaft zur Kollaboration mit dem Gericht. Andere Übersetzer unterschlagen z.B. Begriffe, wie „faschistisch'', was durch die anwesende Öffentlichkeit teilweise korrigiert werden konnte.

In diesen Prozeßtagen hat sich herausgestellt, daß die im Saal anwesende Öffentlichkeit eine wichtige Rolle für die Politisierung des Prozesses spielen kann. Waren die Kontrollen am ersten Tag noch vergleichsweise harmlos, so führten die verschärften Kontrollen am zweiten und dritten Tag zu einem weitgehenden Ausschluß der türkischen und kurdischen Öffentlichkeit. Nicht ohne Grund gehen die Genossen davon aus, daß die Fotokopien ihrer Pässe über den BND nach Ankara verschickt werden. Immerhin ist nachgewiesen, daß Asylanten-Anhörungen der Vorprüfungsgruppe A in Zirndorf direkt über den BND nach Ankara weitergeleitet werden (vergl. „taz'', 23./24.3.83).

Nachdem über diese Maßnahmen die türkisch-kurdische und ein Teil der deutschen Öffentlichkeit faktisch ausgeschlossen werden konnte, ging es im weiteren Verlauf von Seiten des Gerichts darum, die entsprechende Zahl an Provokationen zusammenzubringen, um die Öffentlichkeit komplett vom Verfahren auszuschließen. Über einen entsprechenden Antrag wird am nächsten Prozeßtag entschieden werden. So wird versucht, den politischen Charakter des Prozesses weiter zu entstellen. Hinzuzufügen ist jedoch, daß diese Absichten des Gerichts durch Ungeschicklichkeiten auf den Zuschauerbänken leichter durchsetzbar wurden. Da wäre mehr drin gewesen, ohne sich das Recht auf aktive Teilnahme nehmen zu lassen.

Die strategischen Absichten des Gerichts werden durch eine Arbeitsteilung von Staatsanwalt, Nebenkläger und Richter unterstützt. So tun sich Staatsanwalt Kurth und v.a. Nebenkläger Achter (für das Konsulat) durch ihre Ausfälle gegen die Verteidiger hervor.

Werfen wir einen Blick auf den politischen Zusammenhang: Die Besetzungsaktion war eine Demonstration gegen den Faschismus in der Türkei und seine Konsolidierung durch die Verfassung. Jeder Prozeß, der versucht, diesen Hintergrund auszuklammern, gerät notwendig zur Farce.

Erhöhte politische Brisanz erhält das Ganze dadurch, daß die BRD eine der wichtigsten Stützen und Nutznießer der gegenwärtigen Entwicklung der Türkei ist. Ökonomische und militärische Interessen von BRD/USA und NATO sind wesentliche Triebkräfte für Folter und staatlichen Terror in der Türkei. Mit der Verfassung wird der faschistische Charakter der Türkei festgeschrieben — auch wenn die Junta abdankt oder Evren nicht mehr Präsident ist — daraus ergibt sich eine besondere Notwendigkeit für den Kampf auch gegen die Verfassung. Die Abstimmung über die Verfassung wurde von der Junta zur Erfassung der Widerstandspotentiale genutzt: Ja- und Nein-Stimmkarten waren durch die Umschläge wegen ihrer unterschiedlichen Farbe zu erkennen; in Kurdistan und ländlichen Provinzen mußten die Wähler ihren Namen auf die Stimmkarten schreiben. (Informationen aus: „Spiegel'' 46/82). Genscher wertete die Verfassung als „ersten Schritt auf dem Weg zur Demokratie.'' Es kommt schon darauf an, die durchgängige Scheinheiligkeit dieser Argumentation bloßzustellen. Wer wie Genscher, Zimmermann, Matthöfer und Co. Faschismus für Siemens, AEG, Daimler Benz etc. organisiert, sollte sich nicht empören, wenn der Widerstand der Betroffenen auch vor ihrem weißen Kragen nicht haltmacht.

Die Öffentlichkeit hat auf den Prozeßbeginn mit Interesse reagiert. Quer durch alle Tageszeitungen wurde berichtet, Radio und Fernsehen sendeten ebenfalls. Zumindest von sozialdemokratischer Seite wurde der politische Charakter der Aktion angesprochen; völlig verschwiegen wurde er m.W. nirgends. Durch die gesamte Berichterstattung zieht sich jedoch die von der Anklage vorgenommene Konstruktion der Geiselnahme hindurch. Diese juristische Strategie zielt darauf ab, die Konsulatsbesetzer trotz eingereichter Asylanträge in die Türkei abschieben zu können. Bereits zwei Wochen nach der Konsulatsbesetzung erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Innenministerium, Spranger: **„Ich halte es für unerträglich, wenn — wie kürzlich gerade hier in Köln geschehen — -Extremisten ein Konsulat besetzen, Geiseln nehmen und im Anschluß an dieses Verbrechen in unserem Land Asyl begehren. Bei seiner gesetzlich vorgesehenen Beteiligung wird der Bundesminister des Inneren als ultima ratio auch einer Abschiebung in einen Verfolgerstaat in Fällen schwerster Kriminalität nicht widersprechen.''** (Mitteilungen des BMI, 18.11.82). Leider ist die derzeit vornehmlich am Prozeß interessierte fortschrittliche Öffentlichkeit außerstande, zumindest den Versuch zu starten, die Vorverurteilung und Abschiebe-Drohung zu verhindern. Teilweise richtet sich diese Kritik an die sektiererischen Vorstellungen von Solidarität bei den politischen Freunden der Angeklagten, anderenteils an den vom Null-Bock gerittenen Rest der Linken. Die „taz'' druckte zweimal lediglich dpa-Meldungen ab, Prozeßvorbereitungstreffen stoßen auf nur minimales Interesse. Auch ausländischen Genossen muß der Vorwurf gemacht werden, vor diesen wichtigen Ereignissen die Augen zu verschließen. Letztendlich geht es hier — wie beim Verbot von DEV-SOL und HALK DER auch — um das Recht der ausländischen Organisationen auf politische Betätigung. Es ist ein Fehler, die derzeitige Propaganda der Nachkommen von DEV-SOL, es gehe darum, die einzig senkrechte, revolutionäre Organisation zu kriminalisieren, zum Vorwand für nicht geleistete Solidarität zu nehmen.

Mit dem absehbaren Ausschluß der Öffentlichkeit aus der Hauptverhandlung ergeben sich neue, größere Probleme für die Solidaritätsarbeit. Meines Erachtens geht es darum, zukünftig in erheblich größerem Maß auf die vorhandene (Presse-) Öffentlichkeit einzuwirken. Außerdem müßte die Linke stärker als bisher in die Auseinandersetzung um die notwendige Solidarität hineingezogen werden.

Ein Genosse aus Köln, 9.1.

2.1.84

Anträge der Verteidigung:
Abgelehnt
abgelehnt
abgelehnt
bitte protokollieren: Die Zuschauer protestieren!

Interview mit einem Sympathisanten von DEV-SOL

„Die Konsulatsbesetzung war der Höhepunkt der Aktivitäten gegen die faschistische Verfassung''

AK: Was waren die Hintergründe für die Besetzungsaktion?

SDS: Die Besetzung des Kölner Konsulats durch Sympathisanten von DEV-SOL ist eine politische Protestaktion gegen die Verfassung, die von der faschistischen Evren-Junta vorbereitet und dem Volk mit Waffengewalt aufgezwungen wurde. Jegliche öffentliche Kritik war seinerzeit verboten und wurde verfolgt. Durch Wahlpflicht wurde das Volk zur Abstimmung gezwungen. Die Besetzungsaktion wurde von Sympathisanten der DEV-SOL als Medium für die Übermittlung ihrer politischen Botschaft benutzt, sowie zur Propaganda über ihr revolutionäres Verhalten gegen die Verfassung der faschistischen Junta. D.h., mit der Besetzung wollten die Sympathisanten der DEV-SOL den Massen ihr Verhalten zu den Wahlen vermitteln und in der Öffentlichkeit eine stärkere Diskussion über die Verfassung hervorrufen. Die Besetzungsaktion war keineswegs eine Aktion, die gegen die Personen der im Konsulat Beschäftigten oder gegen das Konsulat gerichtet war. Der Inhalt und das Ziel der Aktion war mit der Botschaft „Nein zur Evren-Verfassung'' an die Massen und der Aufforderung zur öffentlichen Diskussion über die faschistische Verfassung begrenzt. Die Besetzungsaktion hat dieses Ziel auch voll erfüllt.

AK: Warum ist diese Form der Aktion gewählt worden?

SDS: Es ist wichtig zu betonen, daß die Besetzungsaktion nicht alleine bewertet werden kann. Im Gegenteil. Sie ist eine Aktion in der Kampagne gegen die Verfassung der faschistischen Junta, die unsere Bewegung geführt hat. Sie ist aber ohne Zweifel die wichtigste. Unsere Bewegung hat mit Mitteln wie Flugblättern, Plakaten, Broschüren usw. in der Protestkampagne gegen die Evren-Verfassung eine reiche Propagandaaktion verwirklicht. Trotz allem hat sie in vielen Regionen legale und illegale Massenaktionen organisiert. Am Höhepunkt dieser Aktivitäten stand die Konsulatsbesetzung. Somit beantwortet sich die Frage: „Warum die Besetzungsaktion?'' von selbst. Wir konnten uns nicht mit einer begrenzten Aktionsform gegen die Verfassung, die die politische Grundlage des Regimes bildet, begnügen, denn sie ist eine faschistische Verfassung. Eine Aktion, die unsere Stimme gegen die Absichten der faschistischen Junta bis zu den uninteressierten Teilen der Bevölkerung der Türkei und der Weltöffentlichkeit bringt, wurde für uns unumgänglich. So ein Vorhaben machte die bewaffnete Besetzungsaktion zur Bedingung. Für uns ist es keine Diskussionsgrundlage, mit welchen Mitteln wir eine Aktion machen, da es für uns nicht wichtig ist, denn die Ziele der Aktion sind wichtig. In diesem Sinne müssen die zu benutzenden Mittel dem Ziel der Aktion nützen.

AK: Warum hat eures Erachtens der Staat gerade bei dieser Aktion zugeschlagen?

SDS: Die westdeutsche Regierung hat gegen die Aktion ein hartes Verhalten gezeigt. Im Grunde hat sie die Aktion zum Vorwand genommen, um gegen die Sympathisanten von DEV-SOL im politischen Rahmen einzuschreiten. Die Gründe hierfür sind für uns ziemlich offen. Der Kampf, den die DEV-SOL in der Türkei und im Ausland führt, macht das faschistische Regime unruhig. Die Junta, die in der Türkei harte Maßnahmen gegen die DEV-SOL durchführt, konnte im Ausland nicht direkt eingreifen. Darum bat sie Zimmermann, diese Aufgabe von der westdeutschen Seite anzupacken. D.h., die westdeutsche Regierung geht auf Wunsch der Junta gegen die Sympathisanten der DEV-SOL sehr repressiv vor. Die Tatsache, daß die DEV-SOL und einige demokratische Massenorganisationen *(gemeint sind die „Halk Der'', Volksvereine)* gleich nach dem Zimmermann-Besuch in der Türkei verboten wurden, macht dies deutlich.

AK: Habt ihr mit der Reaktion des westdeutschen Staates in diesem Ausmaß gerechnet?

SDS: Natürlich war die Reaktion der Bundesregierung, die eine der wichtigsten Unterstützer des Evren-Regimes ist, für uns keine Überraschung. Sie ist nur eins der vielen Beispiele für die gute Zusammenarbeit mit der faschistischen Junta. Wir machen uns keine falschen Hoffnungen, daß die Freunde der faschistischen Junta deren Gegner tolerieren werden.

AK: Wie ist das Verbot der Halk Der zu bewerten?

SDS: Die Halk Der sind demokratische Massenorganisationen, die im Rahmen des deutschen Vereinsgesetzes gearbeitet haben. Das Verbot der Halk Der und die Beschlagnahme ihres Eigentums ist keine demokratische Vorgehensweise. Dieser Entschluß soll die Mitglieder der Halk Der entmutigen und auseinanderbringen. Ich bin der festen Überzeugung, daß dieses antidemokratische Verhalten der Bundesregierung die gewünschten Ziele nicht erreichen wird. Im Gegenteil, ich glaube daran, daß die antifaschistischen Mitglieder der Halk Der ihren Kampf im Rahmen der Demokratie fortsetzen werden.

AK: Welchen Haftbedingungen unterliegen die Konsulatsbesetzer?

SDS: Die Bundesregierung wendet gegen die inhaftierten Konsulatsbesetzer im wahrsten Sinne des Wortes eine repressive Isolationspolitik an. Keines der gesetzlichen Rechte der Inhaftierten wird unseren Genossen zugesprochen. Ihre Tage vergehen außer den dreißig Minuten an der frischen Luft dreiundzwanzigeinhalb Stunden in den Einzelzellen. Die Kontaktaufnahme unter den einzelnen Häftlingen steht nicht zur Debatte.

AK: Welcher Bedrohung sind die Inhaftierten eurer Meinung nach ausgesetzt?

SDS: Es ist verständlich, daß sie in erster Linie die höchsten Strafen für unsere Genossen durchzusetzen versuchen. Hinzu kommt die ständige Gefahr der Auslieferung. Zur Zeit ist es uns unmöglich, feste Aussagen darüber zu machen. Ich bin der Meinung, daß nur der Kampf das Ende bestimmen wird. Die aktuellste Gefahr für unsere Genossen ist die Gefährdung ihrer Gesundheit durch die schlechten Haftbedingungen. Die Inhaftierten der Kölner Aktion sind nicht allein und sind genügend entschlossen, um diesen Repressionsmaßnahmen entgegenzutreten. Demzufolge ist eines der wichtigsten Kriterien für die Bestimmung des Entschlusses, mit dem antirepressiven Knastkampf anzufangen, die Solidarität.

AK: Welche konkreten Vorstellungen habt ihr zur Solidarität der westdeutschen Linken?

SDS: Die Unterstützung aller Antifaschisten, die im Kampf gegen den Faschismus verhaftet wurden, ist eine revolutionäre Aufgabe. Wir messen der Solidarität der westdeutschen Linken eine große Bedeutung zu. Die Zeit wird uns die verschiedenen Arten und Weisen der Solidarität der westdeutschen Linken zeigen. Dieser Prozeß, in dem das faschistische Evren-Regime und der BRD-Imperialismus verurteilt werden sollen, ist für uns, wie für die westdeutsche Linke von großer Bedeutung.

Dokument

Aufruf: Grüße an politische Gefangene

Die Situation der politischen Gefangenen hat sich in den letzten Monaten erheblich verschärft. Es häufen sich die körperlichen Angriffe und Mißhandlungen gegen Gefangene. Der Staat versucht jetzt, die Kontakte und Besuche, überhaupt jede Verbindung der Gefangenen untereinander und nach draußen zu kappen, und die Zellen dicht zu machen.

Gleichzeitig soll jede Öffentlichkeit - der einzige Schutz der Gefangenen - durch Kriminalisierung ausgeschaltet werden. Der Staat will sich die lebensnotwendigen Zusammenhänge und Auseinandersetzungen, Freunde und Genoss-inn-en, die den Gefangenen schreiben und sie besuchen, vom Halse schaffen. Damit will er sich die totale und unkontrollierbare Verfügungsgewalt über die Gefangenen sichern. Dies geschieht vor allem mit Hilfe der Konstruktion eines neuen Straftatbestandes nach § 129 a, das „illegale Informationssystem". Damit ist nichts anderes gemeint, als daß die politische Information der Gefangenen, und die Auseinandersetzungen mit uns draußen kriminalisiert und vollends zerstört werden soll. Diese Verschärfungen richten sich vor allem gegen die Diskussion der Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla und aus dem Widerstand in Gruppen.

Wir sind direkt davon betroffen und nicht bereit, das hinzunehmen. Dieser Situation können wir nicht individuell begegnen, sondern wollen gemeinsam mit den politischen Gefangenen diese beginnende Kontaktsperre durchbrechen.

Immer mehr Menschen werden eingeknastet, die aus der Legalität heraus Widerstand leisten. Bei vielen Demos bleiben jetzt auch einfach Leute im Knast. In dieser Situation, wo der Imperialismus die Lösung seiner Krise weltweit in offenen Kriegen sucht, hat sich hier eine breite Bewegung gegen Krieg und Kriegsvorbereitung entwickelt. Dagegen setzt der Staat Knast immer mehr als Waffe und Drohung, um den Widerstand zurückzudrängen. Für alle, die gegen Krieg und Unterdrückung sind und kämpfen, besteht die Notwendigkeit, sich intensiver und offensiver mit dem Kampf der politischen Gefangenen - mit Knast als Bedingung des Widerstands - auseinanderzusetzen. Die Bedingungen, die wir zusammen mit den Gefangenen erkämpfen, haben unmittelbare Bedeutung für alle, die sich jetzt im Widerstand gegen Krieg und das kapitalistische System und seine Auswirkungen wehren und organisieren. Für uns und die Gefangenen ist die freie Informatin und Diskussion unverzichtbar. So laufen die Auseinandersetzungen in Briefen und Besuchen mit Gefangenen über die Fragen, die für uns und sie wichtig sind, wie z.B. über die Mobilisierung gegen die Munititionstransporte, die Startbahn West, Krefeld, etc. verbunden mit der Frage, wie der Kampf für die Zusammenlegung mit dem Widerstand draußen zusammenkommen kann.

Deswegen machen wir diese Grußaktion, deren Ziel es ist, der beginnenden Kontaktsperre gegen die politischen Gefangenen etwas entgegenzusetzen und die Situation öffentlich zu machen. Ansprechen wollen wir damit alle, die im Knast den Widerstand gegen Unterdrückung und Isolation organisieren und diesen Widerstand als politischen begreifen. Mit der Veröffentlichung dieses Aufrufs in möglichst vielen linken Zeitungen, ist die Aufforderung an euch verbunden, uns die euch bekannten Adressen von politischen Gefangenen zuzusenden.

Schickt die Adressen bis spätestens:

31.1.1984 an:

stand als politischen begreifen. Mit der Veröffentlichung dieses Aufrufs in möglichst vielen linken Zeitungen, ist die Aufforderung an euch verbunden, uns die euch bekannten Adressen von politischen Gefangenen zuzusenden.
Schickt die Adressen bis spätestens:
31.1.1984 an:

***„Grußaktion pol. Gefangene"
c/o GAL, Barthelstr. 30
2000 Hamburg 13***

Diese Adressen werden wir ca. zwei Wochen später veröffentlichen.

Was wir erreichen wollen, ist, daß ihr, daß viele Basisinitiativen, Komitees und sonstige politische Gruppen in Zukunft (regelmäßig) ihre Informationen, Broschüren, Flugblätter etc. an die Gefangenen direkt selbst schicken und sich auch dafür einsetzen, daß diese bei den Gefangenen auch ankommen.

Wir selbst, die jetzt diese Aktion anfangen, haben uns aus verschiedenen Gruppen zusammengesetzt und wollen ein eigenes Informationspaket zu aktuellen Auseinandersetzungen in der Linken zusammenstellen und ab 9.1.84 mit einer Grußkarte verschicken.

Damit nicht wie sonst, dieses Informationsmaterial einfach mit einem Federstrich des „zuständigen" Richters oder Knastes beschlagnahmt werden kann, sind wir bei der Aktion auf größtmögliche Mobilisierung angewiesen.

Über zehn Jahre - Kampf gegen die Isolation

Aus einem Brief von Christian Klar an seine Mutter vom 17.3. '83:

„... ich will dir heute zu den Forderungen nach Zusammenlegung schreiben ... du weißt, daß ich nach Stammheim will und dort Hofgang und Umschluß mit den anderen Genossen, die da sind und noch hinkommen. Einige haben wohl schon Anträge gestellt mit dem gleichen Ziel. Ich hatte schon gemerkt, daß z.B. Martin von den unterschiedlichen 'Architekturen' der verschiedenen Knäste - er kennt jetzt Frankenthal, Stammheim und Straubing - sehr beeindruckt ist. Und tatsächlich gibt es zusätzlich auch in den täglichen Schikanen und Bedingungen noch Unterschiede. Ich selbst kenne jetzt Hamburg, Frankenthal und Straubing. Es ist schon etwas anderes, ob man Hofgang hat oder nicht, ob man Milchglas im „Fenster" hat oder nicht, ob man sich zu jeder Gelegenheit nackt ausziehen muß etc....

Es gab auch mal eine Zeitlang einen Kampf speziell gegen diese Sicherheitstrakte, diese Stahl- und Betonsärge. Aber das alles ist eben nicht der Kern der Isolation, die inzwischen eine monströse Institution geworden ist. Nämlich, daß es keinen selbstbestimmten Raum, kein politisches und soziales Leben gibt, kein ungehörtes Wort und jeden Meter aus der Zelle Bewachung. Es ist in den letzten Jahren, ebensolange wie Genossen schon damit konfrontiert sind, viel auch im einzelnen, in der Wirkung auf die Person, dazu gesagt worden. Es gab auch schon viele Gutachten usw. Ich will jetzt gar nicht so viel dazu schreiben.

Du kennst die Geschichte der Kämpfe der Gefangenen vielleicht auch. Die ersten Jahre, als nur Gefangene aus der RAF mit diesen Maßnahmen als direkten Angriff auf die Identität und Person damit konfrontiert waren, haben sie versucht- auch durch Streiks - den Normalvollzug für sich durchzusetzen. Grundsätzlich wurde das nicht erreicht. Da, wo einzelne mit „Normalvollzug" Erfahrungen machen, hat sich rausgestellt, daß da die Intitiative und Bestimmung, wie der aussehen soll, völlig beim BGH (Bundesgerichtshof) und den Knastleitungen blieb, daß alles Willkür und Schein war.

Im Gegenteil war es immer, und heute noch mehr, das Mittel zur Differenzierung und Spaltung der Gefangenen. Eine neuere Sache ist, daß manche gezwungen werden sollten, mit Gefangenen aus faschistischen Gruppen zusammenzusein.

Das sind einmal konkrete Erfahrungen. Es kommt aber dazu, daß sich auch die politische Situation verändert hat - worüber du vielleicht noch nicht so bewußt nachgedacht hast.

Indem immer mehr Menschen aus einem Antagonismus zum System heraus kämpfen, anstatt nur für ein bißchen weniger Unterdrückung, weniger Raketen, usw., eben weil sie alles anders wollen, und die Knäste mit politischen Gefangenen voller werden, kriegt der Knast auch gegen immer mehr Menschen die Funktion der Fabrik zur Vernichtung des Klassenwiderspruchs. Du siehst das auch, daß egal ob man aus dem politisch militärischen Kampf, der hier illegal organisiert ist, oder als legaler aus dem Bett oder von der Straße gefangengenommen wird, die meisten im Knast den gleichen Bedingungen unterworfen sind. Sie reagieren eben nicht auf die „Schwere des Verbrechens", sondern auf die politischen Ziele der einzlenen. Da bekommt, das zu sagen, um was wir hier drinnen kämpfen, außer daß es für jeden einzelnen existenziell ist, auch die Bedeutung einer Orientierung. Die Situation in den Knästen, die Schärfe des Drucks auf die einzelnen, hängt natürlich mit der Kraft und dem jeweiligen Standpunkt der revolutionären Politik draußen zusammen. An dem Kontaktsperregesetz wird das am klarsten, wo die Gefangenen nur noch unüberprüfbar den „Vorstellungen" des Staates ausgeliefert sind. Das ist ja nochmal ein ganz spezielles Problem. Ich will aber sagen, daß der Gedanke, „weniger Isolation, weniger Schikanen" etc. zu fordern, eben im Blick auf die gesamte Auseinandersetzung falsch ist. Dagegen ist die Perspektive der Zusammenlegung der Gefangenen in großen Gruppen der Schritt, uns ein Stück Selbstbestimmung und Kollektivität in diesen Bunkern zu erobern. Es ist der Punkt, von dem jede weitergehende Möglichkeit nur ausgehen kann.

Und es ist auch das politische Signal, daß die Weiterentwicklung der Auseinandersetzung draußen richtig interpretiert. Es gibt auch im einzelnen immer wieder viel dazu zu sagen. Gerade zu Genossen, deren Lage schon jahrelang unverändert ist, wie bei Bernd (Rössner) oder Rolf (Heissler) und Stefan (Wisniewski), die sich durch Trennscheibe angucken müssen - oder Günter (Sonnenberg).

Du wirst das auch wissen. Es ist aber auch immer wichtig zu sagen, daß die Beschreibung von Leid hilflos bleibt, wenn man nicht die Ziele klärt und ausspricht.

Leider wurde verhindert, daß ich mich über diese Fragen mit anderen Gefangenen austausche. Trotzdem bin ich da sehr zuversichtlich,

- oder Günter (Sonnenberg).
Du wirst das auch wissen. Es ist aber auch immer wichtig zu sagen, daß die Beschreibung von Leid hilflos bleibt, wenn man nicht die Ziele klärt und ausspricht.
Leider wurde verhindert, daß ich mich über diese Fragen mit anderen Gefangenen austausche. Trotzdem bin ich da sehr zuversichtlich,

daß sich viele das gleiche vorstellen. Es ist reif..."

Der Hochsicherheitstrakt wird neben den Bunkerzellen zur Drohung für andere Gefangene eines Knastes, wenn sie sich mit ihrer Kraft zur Wehr setzen und auf ihre Art im Knast Widerstand gegen ihre Bedingungen leisten. In vielen Knästen gibt es Ansätze von Gefangenen, aus der Vereinzelung im Knast rauszukommen und im größeren Zusammenhang Forderungen zu diskutieren und durch Kampfmaßnahmen durchzusetzen - wie zuletzt im Frauenknast Vechta.

Seit dem Anfang der 80-er Jahre wird der Ausbau des Trakt- und Knastsystems forciert, weil der Staat zurecht befürchtet, daß immer mehr Menschen die Ursache der Krise dieses Systems erkennen und sich daraus ein von vielen getragener Widerstand entwickelt, der sie beseitigen wird.

Das neue „illegale Informationssystem"

Kurz nach der Verhaftung von Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt wurde unter strengster Geheimhaltung eine bundesweite Zellenrazzia durchgeführt, angeordnet von der Bundesanwaltschaft. Einige Gefangenen wurden mehrere Tage einer faktischen Kontaksperre unterworfen, d.h. totalisoliert untereinander und nach draußen. Nicht mal ihre Anwälte konnten sie benachrichtigen. Dabei wurden Gefangene körperlich mißhandelt.

Am 8.4. 1983 hat das BKA erneut Zellenrazzien bei 32 Gefangenen durchgeführt, angeordnet vom Richter Gollwitzer vom BGH. Anlaß dieser Razzien war die lang vorbereitete Konstruktion eines neuen Strafbestandes. Ziel war es, die Verschärfungen im Knast in ein rechtsstaatliches Mäntelchen zu packen, sie weiter zu forcieren. Sie sagen, es bestehe ein „illegales Informationssystem" unter den Gefangenen und zu uns draußen. Als „Beweise" haben sie packenweise Material aus der Diskussion über die Zusammenlegung aus den Zellen geschleppt, also bereits zensierte Briefe, Zeitungsartikel usw.

Wieder waren die Gefangenen mehrere Tage lang wie unter den Bedingungen einer Kontaktsperre. „Beschuldigte" in dem Verfahren „illegales Informationssystem" sind 32 Gefangene gemeinsam mit Leuten draußen, bei denen gleichzeitig mit den Zellenrazzien und auch danach Hausdurchsuchungen waren (z.B. im Hamburger „Informationsburo politische Gefangene", bei Genoss-inn-en in Stuttgart, Frankfurt ...).

Sie werden allesamt beschuldigt, drinnen und draußen eine neue „terroristische Vereinigung" gegründet zu haben, nämlich die, die die Zusammenlegung diskutiert. 3 Tage nach diesen Razzien wurde unsere Genossin Inge Krobs aus Frankfurt verhaftet. Inge ist eine Genossin aus dem antiimperialistischen Widerstand, die schon seit Jahren mit den Gefangenen kämpft, ihnen schreibt, sie besucht.

In ihrem Haftbefehl steht unter anderem: „...daß die Beschuldigte seit längerer Zeit Kontakte zu inhaftierten „RAF"-Angehörigen unterhält ... sowie die wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung inhaftierte Helga Roos besucht hat. Die Beschuldigte ist deshalb (!) dringend verdächtigt, sich wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung strafbar gemacht zu haben..."

Die BAW vertritt die Kriminalisierung von uns draußen jetzt auch öffentlich: Anfang Juli fand die Halbjahrespressekonferenz der Bundesanwaltschaft statt. Rebmann verkündete dort, daß die Unterstützung der Forderung nach Zusammenlegung den „Verdacht der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" begründet. Medien, wie die Frankfurter Rundschau am 13.7. druckten dies kommentarlos ab. Andererseits herrscht über die Situation in den Knästen fast völlige Nachrichtensperre.

Die Konstruktion des „illegalen Informationssystem" hat außer Kriminalisierung ganz praktisch zur Folge:

Briefe werden beschlagnahmt, Besuche werden abgebrochen, in den seltensten Fällen gehen noch Flugblätter, Kopien, Durchschriften oder extra geschickte Zeitungsartikel (seien sie auch aus der FAZ oder FR) an die Gefangenen durch. Stattdessen flattern uns immer öfter Beschlagnahmebeschlüsse ins Haus, daß dieser oder jener Brief als „Beweismittel" für das „illegale Informationssystem" an die BAW weitergeleitet wird. Bei manchen Gefangenen ist es so, daß sie als Post nur noch solche Beschlüsse bekommen.

Es wird darüber nicht nur die Diskussion über die Zusammenlegung blockiert, sondern auch alle sonstigen politischen Auseinandersetzungen, z.B. über die Friedensbewegung, die Kampagne „Stoppt die Bombenzüge", Krefeld, Startbahn West usw. usw....

Siegfried Haag z.B. bekommt die taz nur noch ganz selten. Eine Beschlagnahmebegründung war z.B.: „die taz vom 27.7. gefährdet das Ziel des Vollzugs", denn „insbesondere auf den Seiten ... werden Blockadeaktionen lobend hervorgehoben, bzw. wird für bevorstehende Blockaden geworben, die als Blockaden zumindest als Nötigung strafrechtlich von Bedeutung sind..."

Oder die Gefangenen im Hochsicherheitstrakt in Celle bekamen die 'konkret' nicht ausgehändigt, weil darin die NATO „herabgewürdigt" würde.

Karlsruhe
-Gitter (Knastladen)
-Totalverweigerer
-Demo-Sanitäter
-Politische Filmgruppe (Ettlingen)
-Der Andere Buchladen
-Laden und Werkstatt Kooperative
-Bürgerinitiative Frieden aktiv sichern (BIFAS)
-Frauengruppe
-Besuchergruppe
-Volksfront (Ortsgruppe Karlsruhe)
-Autonome Gruppen KA
-Liste unabhängiger Studenten (Lust)

Stuttgart:
-Initiative gegen Munitionstransporte
-NATO-Infrastruktur Rotes Signal Stuttgart
-Autonome Gruppe Stgt.
-Autonome Gruppe Esslingen am Neckar
-Demokratische Sozialisten (DS) Esslingen a.N.

-Liste unabhängiger Studenten (Lust)
Stuttgart:
-Initiative gegen Munitionstransporte
-NATO-Infrastruktur Rotes Signal Stuttgart
-Autonome Gruppe Stgt.
-Autonome Gruppe Esslingen am Neckar
-Demokratische Sozialisten (DS) Esslingen a.N.

-Bürgerinitiative Umweltschutz und gegen Atomenergie Stgt.
-Guatemala-Gruppe Stgt.
-Krieg dem Krieg (KDK) Bietigheim
-Bücherwurm Leonberg
-S'Blättle (Stadtzeitung) Stgt.
-Solidaritätsgruppe für politische Gefangene Stgt.

Hamburg
-GAL Fachgruppe Knast und Justiz
-BI Osterstraße gegen Atomanlagen
-Aktionskreis Frieden der Christusgemeinde Wandsb.
-Anarchistische Liga Langenhorn
-Initiative gegen Überwachung und Verkabelung
-Schanzenviertel II
-Vobo-Inis Hamburg
-GAL-Stadtteilgruppe Hoheluft

Osterholz:
-AK Munitionstransporte Osterholz

Bremen
-Antiimperialistische Aktion (HB)
-Krieg dem Krieg (HB-Nord)
-SFE-Knastgruppe

Buxtehude:
-Friedensini Buxtehude

Münster:
-Frauen-Antimil-Gruppe Munster
-Ladengruppe des Umweltzentrums Münster
-Krefeld-Gruppe, Münster

So weit mal bis jetzt! Es kommen ständig noch Gruppen dazu.

Körperliche Angriffe und Mißhandlungen

Seit der Verhaftung von Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz und Christian Klar häuft sich die körperliche Folter, offen ausgesprochene Morddrohungen und sog. „Hausstrafen" gegen die Gefangenen. Ein besonders scharfes Beispiel dafür ist die Situation von Bernd Rössner. Bei den Razzien nach den Verhaftungen von Adelheid und Brigitte wurde er brutal zusammengeschlagen und bekam CS-Gas ins Gesicht gesprüht - vom Sicherheitsinspektor Stohmeier in Straubing persönlich.

Bernd hat hat als einer der ersten Gefangenen im Februar 1983 einen Antrag auf Zusammenlegung gestellt. Bernd will in die bereits bestehende Gruppe von vier politischen Gefangenen aus Celle. Als Reaktion darauf wurde er im März 1983 in der JVA Frankenthal von einem Rollkommando mißhandelt und total zusammengeschlagen, angeblich, weil er im Unterhemd sein Frühstück holen wollte. Im April kündigte das Justizministerium Rheinland-Pfalz seine Rückverlegung nach Straubing an, wo Bernd schon die letzten fünf Jahre seiner achtjährigen Gefangenschaft isoliert war. Daraufhin trat Bernd in den Schmutzstreik, d.h. er verrichtete seine tägliche Notdurft nicht mehr ins Klo, sondern auf den Fußboden seiner Zelle. Seit Beginn des Schmutzstreiks war Bernd zunächst in Frankenthal fünf Wochen lang - teilweise ohne Uhr - in einer Bunkerzelle eingesperrt. Einer völlig leeren, gänzlich weißgekachelten und neonbelichteten Zelle, die mit Heißluftumwälzung belüftet wurde. Nach seiner Rückverlegung im Mai 1983 nach Straubing war Bernd ebenfalls im Bunker, der ständig unterkühlt ist. Jetzt, nach fünf Monaten Dreckstreik, kann Bernd keine feste Nahrung mehr aufnehmen und hat daraufhin seinen Dreckstreik abgebrochen. Daß er keine feste Nahrung mehr aufnehmen kann, ist eine Folge seiner Haftbedingungen und des Dreckstreiks. Er wurde jetzt auf die Krankenstation der JVA Straubing verlegt. Anfang August hatte sich Christian Klar dem Dreckstreik angeschlossen, den er jetzt wie Bernd abgebrochen hat. Er sitzt ebenfalls in Straubing. Dort wurde er in die psychiatrische Abteilung des Knastes verlegt, weil er durch den Dreckstreik nichts mehr essen kann, alles wieder rauswürgt. Das wurde als Psychose bezeichnet. Aufgrund von mehreren Telegrammen an ihn und an die Anstaltsleitung von verschiedenen nationalen Treffen und Plenen und der Intervention einiger Ärzte aus dem gesamten Bundesgebiet wurde er jetzt in Isolationshaft zurückverlegt.

Ein anderes Beispiel ist die Situation der Gefangenen in Celle, wo Bernd hinwill. Lutz Taufer wurde von den anderen Gefangenen im Hochsicherheitstrakt isoliert. Die anderen drei Gefangenen aus der Kleingruppe verweigerten daraufhin den Einschluss nach dem Hofgang mit der Forderung der sofortigen Aufhebung der Maßnahme. Daraufhin wurden sie von einem Rollkommando von 30 Bullen mit brutaler Gewalt in die Zellen zurückgeschleppt. Nach zwei Wiederholungen dieses Vorgangs gab es für alle vier eine Woche Totalisolation.

Zwangspyschiatrisierung

Vor jedem Prozeß finden Untersuchungen statt, bei denen es um die Erstellung eines pychiatrischen Gutachtens über die Gefangenen geht. Gerade jetzt bei Adelheid Schulz und Rolf Clemens Wagner, deren Prozeß am 11.10.1983 in Düsseldorf anfing.

In Verfahren, in denen es gegen den revolutionären Widerstand und Kampf in der BRD geht, sollen Gefangene, die für diesen Widerstand und Kampf stehen, psychiatrisiert werden, um Widerstand hier als etwas Verrücktes, Durchgedrehtes erscheinen zu lassen.

Schon bei Ulrike Meinhof, Siegfried Haag und zuletzt Helga Roos wurden Pychiatrisierungsversuche unternommen, konnten aber wegen des entstandenen öffentlichen Gegendrucks nicht durchgesetzt werden.

Verhinderung der politischen Verteidigung

Das fängt an mit den vor Jahren schon eingeführten § 146 StPo, der besagt, daß *ein* Anwalt nicht mehrere Personen verteidigen darf, die wegen eines selben Vorwurfs angeklagt sind.

Verhinderung der politischen Verteidigung
Das fängt an mit den vor Jahren schon eingeführten § 146 StPo, der besagt, daß *ein* Anwalt nicht mehrere Personen verteidigen darf, die wegen eines selben Vorwurfs angeklagt sind.

Das bedeutet, daß es immer schwieriger wird, genügend Anwälte für die sich häufenden Prozesse gegen den Widerstand zu finden.

Wahlverteidiger werden mit fadenscheinigen Begründungen - zu großer Anreiseweg z.B. - entpflichtet. Das zielt gegen die materielle Grundlage der Anwälte, weil ihre Finanzierung und somit auch die Kontinuität der Verteidigung unmöglich gemacht wird.

Gegen den Vertrauensanwalt von Adelheid Schulz, Hannfried Mathies, soll ein Ehrengerichtsverfahren eingeleitet werden, wegen seines Antrages auf Zusammenlegung von Adelheid mit anderen gefangenen Frauen. Gegen ihn laufen bereits schon zwei anderen Ehrengerichtsverfahren und ein Strafverfahren. Das neue Verfahren soll ihn als politischen Verteidiger mundtot machen und speziell auch für den Prozeß gegen Adelheid ausschalten.

Bei Prozessen des Staatsschutzes werden inzwischen fast obligatorisch Zwangsverteidiger beigeordnet, die bewußt nicht das Vertrauen der Angeklagten haben. Sie sind oft sogar politische Gegner, wie beim Prozeß gegen Sieglinde Hoffmann, wo der Zwangsverteidiger ein bekannter Faschistenfreund war.

Die BAW hat das Verfahren gegen Adelheid Schulz, Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar und Rolf-Clemens Wagner in zwei Prozesse aufgeteilt, obwohl alle vier wegen den selben Aktionen angeklagt sind. Das ist justiziell völlig außergewöhnlich. Die BAW will damit verhindern, daß die Genoss-inn-en ihren Prozeß politisch führen können, denn dazu müssen sie zusammen sein, um gemeinsam daran arbeiten und sich vorbereiten können. Die vier Genoss-inn-en haben bis heute kein einziges Mal über ihren Prozeß reden können, der Briefkontakt untereinander fällt der Zensur zum Opfer. Es soll sich keine Öffentlichkeit mobilisieren an dem, was die Gefangenen sagen wollen. Die vier haben jetzt einen Antrag auf Zusammenlegung der zwei aufgesplitterten Prozesse gestellt: „...um das bißchen Möglichkeit, daß der Prozeß in diesem geschlossenen System noch ist, um unsere kollektive Verteidigung und um jeden Satz kämpfen wir und wie weit die Strategen in Karlsruhe mit allem kommen, das hängt von unserer Initiative ab." (Aus ihrem Antrag für die Zusammenlegung der beiden getrennten Prozesse.)

Der Kampf gegen die Isolationsfolter ist ein Kampf für die Revolution

Diese Verschärfungen - besonders die Konstruktion eines „illegalen Informationssystem" - läuft seit dem Zeitpunkt, wo Gefangene aus der RAF und dem Widerstand ihre Zusammenlegung fordern. Diese Maßnahmen sind konkrete Schritte des Staatsschutzes, die Gefangenen in einem politischen Vakuum zu ersticken. Für viele Gefangene sind unsere Briefe, das Informationsmaterial, das wir ihnen schicken und unsere Besuche die einzige Möglichkeit zur politischen und menschlichen Auseinandersetzung, da unter den Bedingungen der Isolationsfolter jeder menschliche und politische Kontakt fast abgeschnitten ist. So ist der Versuch, diese letzte Verbindung zu kappen, ein massiver Angriff auf die Identität und das Leben der Gefangenen.

Für uns heißt das ein Angriff gegen unsere politischen Verbindungen und die Auseinandersetzung mit den Gefangenen, die uns wichtig ist. Keine/r soll mehr über die Existenz der politischen Gefangenen reden, über ihre Bedingungen, Bedürfnisse und Forderungen. Und wer es trotzdem tut, wird mit Repression bedroht. Mittlerweile reicht diese Tatsache schon für einen Haftbefehl aus.

Die Gefangenen sollen schutzlos jeglicher Willkür und Repression des Staates ausgeliefert sein.

Gleichzeitig zielt diese Strategie gegen alle Menschen, die hier den Widerstand gegen Unterdrückung und Kriegsvorbereitung organisieren. Es ist das Ziel, daß unsere Angst vor den Unterdrückungsmethoden wie Isolationsfolter und Knast so groß wird, daß wir nicht mehr den Mut und die Entschlossenheit haben, die wir für unseren Kampf brauchen.

In den letzten drei Jahren hat sich unser Widerstand gegen Projekte des NATO-Staates BRD wie Startbahn-West, NATO-Gipfel, AKWs, Mittelstreckenraketen... immer mehr verbreitert und ist offensiver und gezielter geworden. In Krefeld z.B. verhinderten die verschiedenen Aktionen von autonomen/antiimperialistischen Gruppen und unabhängigen Friedensinitiativen in der Stadt, daß die vorbereitete deutsch-amerikanische Friedenspropaganda durchgeführt werden konnte. Krefeld ist nicht das Sinnbild dieser Kriegspropaganda geworden, sondern unseres Widerstandes dagegen.

Wir haben immer mehr begriffen, daß wir mit einem gemeinsamen Feind konfrontiert sind, und haben die Spaltung in verschiedene Bewegungen und Ebenen des Widerstandes ansatzweise durchbrochen. Darauf hat der Staat mit einer ganzen Reihe von repressiven Maßnahmen geantwortet: das fängt an mit der Kriminalisierung linker und antiimperialistischer Presse, geht über die Verschärfung des Demonstrationsrechts, Aufrüstung der Bullen (Gummigeschosse usw.) bis hin zu der mörderischen Ausweisungspraxis und den von uns beschriebenen Verschärfungen im Knast.

Die Maßnahmen gegen die Gefangenen jetzt sind eine Spitze der repressiven Offensive gegen den gesamten Widerstand. Seit Anfang dieses Jahres fordern die Gefangenen aus RAF und Widerstand ihre Zusammenlegung. Diese Forderung ist der bewußte Schritt der Gefangenen, sich die Einheit und Organisierung des revolutionären Widerstands auch im Knast zu erkämpfen.

Wir wollen, daß der Kampf für die Zusammenlegung, unsere Solidarität mit allen politischen Gefangenen ein zentraler Bestandteil im Kampf um unsere Befreiung wird, damit Knast nicht das schwarze Loch wird, wo man reinfällt und wir unseren Zusammenhang zur Bewegung, dem Kampf und dem Leben draußen verlieren. Das gibt vielen Menschen viel mehr Mut und Hoffnung, wenn uns die Knastmauern nicht trennen können, wenn der gemeinsame Kampf auch im Knast weitergeht

um unsere Befreiung wird, damit Knast nicht das schwarze Loch wird, wo man reinfällt und wir unseren Zusammenhang zur Bewegung, dem Kampf und dem Leben draußen verlieren. Das gibt vielen Menschen viel mehr Mut und Hoffnung, wenn uns die Knastmauern nicht trennen können, wenn der gemeinsame Kampf auch im Knast weitergeht

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS DER RAF UND DEM WIDERSTAND

FREIE POLITISCHE INFORMATION UND DISKUSSION FÜR ALLE GEFANGENEN



Bisher unterstützen folgende Gruppen den Aufruf/Aktion: (27.12.83)

startbahn bi bornheim ffm; startbahn prozeßinfo; startbahngruppe ffm; freiwerkverein rüsselsheim; lateinamerikagruppe rüsselsheim; startbahn bi sachsenhausen, ffm; angehörige der politischen gefangenen; waldgruppe wiesbaden; antiimperialistische initiative, wiesb.; friedensgruppe fachhochschule, wiesb.; bezugsgruppe „no konsens", wiesb.; autonomes tutorium „widerstand gegen krieg und ausbeutung" uni ffm; autonomes plenum ffm; redaktionskollektiv ffm der „dr. med. mabuse" zeitung im gesundheitswesen; ag frieden in der startbahn bi; dickworz, jugendzeitung rüsselsheim; bi gegen die flughafenerweiterung ortsgruppe rüsselsheim; aza ffm; initiative für den erhalt der jaegerpassage hamburg; antiimperialismusgruppe an der hochschule für wirtschaft und politik hamburg; asta der hochschule für bildende künste hamburg; antifaschistische aktion hamburg; frauenplenum gegen die munitionstransporte hamburg; plenum gegen die munitionstransporte hamburg; aktionskreis gegen die munitionstransporte dortmund; initiative gefangenenhilfe hamburg; grosse freiheit. zeitung für die erkämpfung der morgenröte hamburg; autonome frauengruppe hamburg; 3.welt-laden flensburg; aktionsgruppe st pauli hamburg; aktionsgruppe 3.welt altona, hamburg; autonome initiativgruppe hochtaunus; waldrat startbahngruppe darmstadt; 1/3 der bezugsgruppe „mephisto", wiesb.; bezugsgruppe „krumpel" mainz; komitee gegen die bombentransporte köln; solidaritätsgruppe für die krefelder gefangenen köln; autonome schülergruppe köln; autonomes plenum köln; autonome knastgruppe (fraktion) köln; arbeitskreis politische ökologie köln; verein zur förderung der sozialen und kulturellen kommunikation e.v. ffm; ag der friedenshetzer darmstadt; 1 bezugsgruppe der friedensgruppe, da.; arbeitskreis umweltschutz wiesbaden.

Die Adressenliste der Gefangenen erscheint am 10.1.84 in der taz.

Neue Kriminalisierungswelle gegen die Diskussion um Zusammenlegung

— „Illegales Informationssystem" —

„Illegales Informationssystem" heißt das neue Konstrukt, mit dem die Bundesanwaltschaft (BAW) versucht, die Auseinandersetzung der politischen Gefangenen, — untereinander sowie mit Angehörigen und Freunden außerhalb der Knäste — zur Forderung nach Zusammenlegung zu kriminalisieren (s. AK 233).

Am 8.4.83 fanden in einer bundesweit koordinierten Aktion der BAW Zellenrazzien bei 31 Gefangenen und Hausdurchsuchungen bei 5 Leuten draußen statt, um die Existenz eines „illegalen Informationssystems" zwischen den betroffenen Personen zu beweisen. Durchsucht wurden die Wohnungen von 2 Angehörigen politischer Gefangener, die Wohnung einer Rechtsanwältin, die Gefangene aus der RAF verteidigt und besucht, sowie die Wohnung einer ehemaligen Gefangenen, — die von 1973 bis 1982 inhaftiert war und in mehreren Hungerstreiks für die Zusammenlegung eintrat; seit ihrer Freilassung machte sie Öffentlichkeitsarbeit zur Situation der politischen Gefangenen. — Außerdem wurde das Informationsbüro Politische Gefangene in der BRD (in Hamburg) durchsucht.

In Folge der Durchsuchungen wurden gegen 13 Gefangene und 3 Leute außerhalb Ermittlungsverfahren nach § 129a eingeleitet. Mit den Verfahren soll die gesamte Auseinandersetzung um die Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen als „illegale Diskussion" kriminalisiert werden. Als Beweismittel für die „illegale Diskussion" deklarieren die Ermittlungsbehörden beschlagnahmte Briefe zwischen den Gefangenen sowie zwischen Gefangenen und den 3 Personen draußen, gegen die jetzt wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" ermittelt wird. Beschlagnahmt wurde auch eine Vielzahl von Verteidigerpost. Alle zur Ermittlung dienenden Schriftstücke hatten zuvor die üblichen Kontroll- und Zensurinstanzen durchlaufen.

Begründet wird der Vorwurf der „Unterstützung ..." damit, daß *„die Forderung nach Zusammenlegung der inhaftierten Unterstützer und Mitglieder der ‚RAF' zur Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts und der Fortsetzung des gewaltsamen Kampfes"* diene. Gegen die Gefangenen aus der RAF wird jetzt erneut wegen „Mitgliedschaft in einer tV" ermittelt. Das heißt nichts anderes, als daß die bereits auf viele Jahre Verurteilten noch länger in den Knästen verschwinden sollen. Faktisch wird hier die Sicherungsverwahrung aller Genoss/-inn/en vorbereitet, die sich trotz Haftbedingungen, die darauf abzielen, ihre politische Identität zu vernichten, noch immer in staatlich nicht geduldeter

cherungsverwahrung aller Genoss/-inn/en vorbereitet, die sich trotz Haftbedingungen, die darauf abzielen, ihre politische Identität zu vernichten, noch immer in staatlich nicht geduldeter

Weise äußern. Darüber hinaus bedeutet das Verfahren aktuell, daß alle 13 beschuldigten Gefangenen weder untereinander noch zu den Freunden, gegen die ermittelt wird, Briefkontakt haben dürfen, weil alle ein Verfahren in gleicher Sachen haben.

Mit besonderer Schärfe geht die BAW vor, um die Arbeit des Hamburger Info-Büros zu illegalisieren. Die Durchsuchung des Büros wurde damit begründet, *„daß die technische Einrichtung des ... Büros von den dort Tätigen ... und auch von weiteren Personen zur Durchführung des illegalen Nachrichtenaustausches benutzt wird."* Dort wurde laut Beschlagnahmebeschluß ein Brief mitgenommen, der an's Info-Büro gerichtet war und von dem eine Kopie bei der Festnahme von Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt gefunden worden sein soll. Fernen sollen bei der Hausdurchsuchung mehrere Exemplare einer Erklärung zum Sprengstoffanschlag gegen ein Gebäude der Firma Standard Electronic Lorenz (SEL) gefunden worden sein. Hieran knüpft die BWA ein Ermittlungsverfahren gegen Pastor Wolfgang Grell, in dessen Privatwohnung das Büro arbeitet. Die beschlagnahmten Sachen sollen als „Beweismittel" für seine **„Betätigung ... im Bereich des Terrorismus"** herhalten. — Die Arbeit des Info-Büros ist bedeutend für die Herstellung von bundesweiter und internationaler Öffentlichkeit zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD. Zentrale Punkte der Öffentlichkeitsarbeit waren außerdem die Prozesse gegen Karl Grosser und Jürgen Schneider(vgl. AK 225) sowie der Prozess gegen Helga Roos (vgl. AK 234), Gefangene aus dem ‚antiimperialistischen Widerstand'.

Die vielseitige Verwendbarkeit der Konstruktion

Auch ohne vorherige Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wird sowohl die Haftsituation der Gefangenen aus der RAF, als auch die anderer politischer Gefangenen, mittels dieser Konstruktion erheblich verschärft. So verfügte am 18.11.83 die Bruchsaler Knastleitung auf Weisung der BAW und des baden-württembergischen Justizministeriums, daß die Gefangenen aus der RAF Günter Sonnenberg und Roland Meyer zukünftig keine Druckschriften und Bücher mehr von Buchhandlungen und Verlagen beziehen können. Das Gleiche gilt für Bert Schlage, ‚Gefangener aus dem Widerstand', der in Karlsruhe einsitzt. Zu der Nichtgenehmigung von Anträgen auf Zusendung von Büchern durch Verlage oder Buchhandlungen heißt es in der Verfügung vom 11.11.83: *„Die Gefahr der zur Mitteilung illegaler Informationen mißbräuchlichen Verwendung entsprechender Genehmigungen ist als so hoch anzusehen, daß das Interesse der Gefangenen auf Information und Fortbildung mittels entsprechend zugesandter Bücher und Broschüren zurücktreten muß. Hinzu kommt, daß die Kontrolle derartiger Bücher einen nicht mehr zu vertretenden Kontrollaufwand verursacht."* Unter dem Vorwand „zu hoher Kontrollaufwand" wurde den Gefangenen auch die Zusendung von fünf bestellten Büchern im Umfang von 82 bis 388 Seiten verwehrt. Dazu heißt es: *„Derartige Zusendungen sind offensichtlich darauf angelegt, einen extrem hohen Kontrollaufwand zu verursachen und hierdurch die Übermittlung illegaler Information zu erleichtern."* Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und Broschüren können laut Anordnung nur noch im Rahmen des Stadteinkaufs eines Knastbeamten erworben werden. Welche Buchhandlung der Bedienstete aufsucht, liegt in seinem Ermessen. (Demokratisierung im Strafvollzug — oder? Anm. d. Verf.) *„Sollte er das erbetene Exemplar nicht vorfinden, kann grundsätzlich dessen Erwerb nicht erfolgen."*

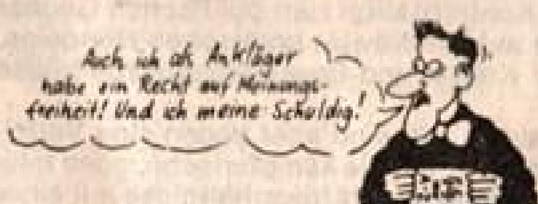
Diese Verfügung ist nur ein Teil der Unterbindung jeglicher politischer Auseinandersetzung der Gefangenen, sie stellt einen Schritt hin zur permanenten Kontaktsperre dar. Die BAW läßt aber auch von den Gerichten seit April 83 politische Diskussionen über Briefe und bei Besuchen als „illegal" erklären. Über die Diskussion zur Zusammenlegungs-Forderung hinaus sind laut BAW z.B. Diskussionen über die Friedensbewegung, über politische Prozesse, über die Krefelder Demo „illegal". Alles also, was die Information

sammenlegungs-Forderung hinaus sind laut BAW z.B. Diskussionen über die Friedensbewegung, über politische Prozesse, über die Krefelder Demo „illegal". Alles also, was die Information

und Meinungsbildung zur politischen Situation des Widerstandes betrifft, soll verhindert werden / wird aktuell verhindert. Es läßt sich nur unschwer erkennen, daß es den Staatsschützern um die völlige politische Desorientierung der Gefangenen geht.

Was ist neu an der Kriminalisierung der ZL-Forderung?

Kriminalisiert wurde die Solidarisierung mit der Forderung nach Zusammenlegung der politischen Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen schon immer. Das Kleben von Plakaten, Parolen, Sprühen, Flugblatt-Verteilen wurde / wird als „Werbung" oder „Unterstützung". verfolgt. Hierbei genügte bereits die lapidare Begründung zur Aburteilung von Personen, daß Parolen, die die Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF zum Inhalt haben, als „Werbung" zu betrachten sind, weil sie „.... *die RAF der Bevölkerung ins Bewußtsein rufen und diese für die RAF einnehmen"* sollen. (So z.B. im Urteilsspruch des OLG-Koblenz gegen fünf Frauen, Ende 81). Die Haftbedingungen wurden zu Zeiten, in denen sich Gefangene im Hungerstreik für die Zusammenlegung befanden, gleichfalls verschärft.



Neu ist allerdings, daß mittels der kompakten Konstruktion „illegales Informationssystem" schon allein die Diskussion um die Zusammenlegungs-Forderung — drinnen wie draußen — kriminalisiert werden soll. Mittels dieses Konstrukts soll — in altbewährter Manier — die Verschärfung einer ganzen Reihe von gesetzlichen Anwendungen durchgesetzt und legitimiert werden: z.B. die verschärfende Änderung des Kontaktsperre-Gesetzes und die Neuregelung des Zwangsernährungs-Gesetzes. Bei diesem Vorhaben hat es die CDU derzeit vergleichsweise einfach, weil sie auf den von der SPD geschaffenen Gesetzen und deren Anwendungspraxis aufbauen kann. Daß die CDU zu derlei verschärfenden Maßnahmen greift, ist im Sinne ihrer Wendepolitik logisch, denn die ohnehin schon menschenunwürdigen und vernichtenden Haftbedingungen haben nicht in ausreichendem Maße Theorie und Praxis bewaffneten/militanten Widerstands zerstört. Das Androhen starker Repressionen wirkte nicht in ausreichendem Maße abschreckend wie erhofft, was die große Anzahl der solidarischen Aktionen, vor allem zum Hungerstreik im Frühjahr 81 zeigte. Mittlerweile sind nicht mehr nur die Gefangenen aus der RAF von Knast betroffen, sondern auch Leute aus autonomen Gruppen verschiedener Bewegungen und aus den antiimperialistischen Gruppen. Besonders Letztere unterliegen zunehmend den gleichen Haftbedingungen: Totalisolation/ 24

tonomen Gruppen verschiedener Bewegungen und aus den antiimperialistischen Gruppen. Besonders Letztere unterliegen zunehmend den gleichen Haftbedingungen: Totalisolation/ 24

Punkteprogramm. Durch die Einknastung der verschiedenen Teile des ‚Widerstands' hat im Knast — und außerhalb — ein solidarischer Auseinandersetzungsprozeß um Zusammenlegung begonnen. Derzeit schließt die ZL-Forderung die Gefangenen aus der RAF gleichermaßen mit denen anderer Gruppen ein. Neben der Forderung nach — gemeinsamer — Zusammenlegung wird auch über die Einheit des Widerstands diskutiert. Ansätze einer neuen Bewegung sind erkennbar, die der Staat im Keim ersticken will.

O., München

Dokument

Presseerklärung der Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Im Oktober hat die Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht München gegen 5 Angehörige und 8 andere Leute Ermittlungsverfahren wegen „Werbung für die RAF" nach § 129 a eingeleitet.

Kriminell soll sein, daß wir die Haftbedingungen der politischen Gefangenen öffentlich machen, besonders jetzt die Situation von Bernd Rössner, Gefangener aus der RAF, und daß wir die sofortige Verlegung von Bernd Rössner in die Gruppe von politischen Gefangenen in Celle fordern.

Mit dieser Forderung hatte sich am 20.6.83 eine Gruppe der Angehörigen im bayerischen Justizministerium angekettet. Vor dem Justizministerium wurde die Öffentlichkeit durch Parolen, Transparente und Flugblätter auf die Aktion und unsere Forderung aufmerksam gemacht.

Das Ermittlungsverfahren gegen uns, 4 Monate nach der Aktion, wurde zur gleichen Zeit eingeleitet, als Bernd Rössner in die Psychiatrie verlegt wurde.

Bernd Rössner ist der politische Gefangene, der am längsten isoliert ist: seit 8 1/2 Jahren.

Als die Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand Anfang 1983 ihre Entscheidung öffentlich machten, daß sie von nun an ihre gemeinsame Zusammenlegung erkämpfen wollen, war Bernd Rössner der erste Gefangene, der im Rahmen dieser Initiative einen Antrag auf Verlegung in die Gruppe in Celle stellte.

Ihm wurde sofort der Hofgang gestrichen. Wenig später wurde er unter einem Vorwand in seiner Zelle von einem Rollkommando von 10 Beamten überfallen, gefesselt und mit gezielten Schlägen schwer mißhandelt.

Als Mitte April mitgeteilt wurde, daß sein Antrag auf Verlegung nach Celle abgelehnt würde, trat er am 18.4.83 in einen Dreckstreik. Während der Dauer dieses Dreckstreiks — 5 1/2 Monate lang — wurde er in einer Bunkerzelle eingesperrt: eine Zelle ohne Fenster, ohne frische Luft, ständig grell neonbeleuchtet, völlig geräuschisoliert.

Die Folgen dieser extremen Folter — Bernd Rössner kann kaum noch Nahrung zu sich nehmen — benutzten die verantwortlichen Behörden, um Bernd Rössner in die Psychiatrie zu verschleppen, um ihn endgültig zu zerstören. Dies geschah klammheimlich: seine Anwälte wurden nicht informiert. Ihm wurde selbst verboten, beim einzigen Besuch im Monat den Besucher darüber zu informieren. Als er es dennoch versuchte, wurde der Besuch abgebrochen.

wurde selbst verboten, beim einzigen Besuch im Monat den Besucher darüber zu informieren. Als er es dennoch versuchte, wurde der Besuch abgebrochen.

Weil wir dazu nicht schweigen, sollen jetzt auch wir Angehörigen kriminalisiert werden.

Der Schutz, den wir durch unsere Informationsarbeit, Öffentlichkeitsaktionen und unsere Besuche in den Gefängnissen für die Gefangenen sind, soll ausgeschaltet werden.

Der Angriff gegen uns Angehörige ist ein Angriff gegen die Gefangenen und ist ein weiterer Schritt in den Versuchen der Bundesanwaltschaft, eine permanente und heimliche Kontaktsperre gegen die Gefangenen zu errichten.

Fast alle Leute werden von Besuchen bei den Gefangenen ausgeschlossen, systematisch werden fast alle Briefe beschlagnahmt. In vielen Fällen sind wir Angehörigen noch die einzigen Menschen, die direkt mitbekommen können, was in den Gefängnissen geschieht. In den vergangenen Monaten haben wir immer wieder miterlebt, wie die isolierten Gefangenen auch körperlich mißhandelt werden.

Im November drohte die Bundesanwaltschaft das erstemal einer Mutter — der Mutter von Adelheid Schulz — mit Besuchsverbot, weil sie nicht schweigend zugesehen hat, wie ihre Tochter und Rolf Clemens Wagner im Gericht zu Boden geschlagen wurden, weil sie sich nebeneinander setzen wollten. Der vorsitzende Richter Arend läßt einen Justizbediensteten zwischen den beiden sitzen, der jedes Wort von ihnen kontrolliert und verhindern soll, daß sie über ihre Prozeßführung reden. Die Angehörigen sollen schweigen zur Situation der Gefangenen. Das will auch der Richter Arend. Er hat jetzt in einem Beschluß gedroht, daß er gegen Adelheids Mutter ein Besuchsverbot aussprechen wird, wenn sie in Zukunft nicht stille hält. Aufgrund eines Ermittlungsverfahrens nach § 129 a (Werbung für die RAF) wegen eines Infos der Angehörigen der politischen Gefangenen wurde am 15.12.83 die Wohnung der Schwester von Helga Roos vom LKA und BKA durchsucht.

Seit April 83 geht die Bundesanwaltschaft sogar so weit, gegen Angehörige und Freunde der Gefangenen Ermittlungsverfahren einzuleiten und Hausdurchsuchungen anzuordnen, weil in Briefen und Besuchen über politische Themen diskutiert wird, die den Staat stören.

Weil die politischen Gefangenen trotz Isolationshaft weiterhin für ihre Ziele kämpfen, für ein freies Leben ohne Unterdrückung, Unmenschlichkeit und Kriege, sollen sie durch diese totale politische Informationssperre gänzlich mundtot gemacht werden.

Bernd Rössner steht für diesen Kampf der Gefangenen. Alle Maßnahmen gegen ihn haben das Ziel, seine politische Identität und ganz konkret auch seinen Kampf für die Zusammenlegung zu brechen.

Er soll jetzt exemplarisch für alle Gefangenen mit aller Gewalt und Brutalität zerstört werden. Der Kampf für die Zusammenlegung soll sinnlos und aussichtslos erscheinen.

Breite Öffentlichkeit und Solidarität konnte zwar erreichen, daß Bernd Rössner am 15.11. wieder aus der Psychiatrie herausgelassen wurde. Seither ist er jedoch wieder in der sog. „Ab-

Breite Öffentlichkeit und Solidarität konnte zwar erreichen, daß Bernd Rössner am 15.11. wieder aus der Psychiatrie herausgelassen wurde. Seither ist er jedoch wieder in der sog. „Ab-

sonderungsabteilung" isoliert, d.h. wiederhergestellt sind die gleichen Vernichtungsbedingungen, gegen die Bernd Rössner schon seit Jahren kämpft.

Wir fordern:
die sofortige Verlegung von Bernd Rössner nach Celle
Zusammenlegung der Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand!
Einstellung der Ermittlungsverfahren!

Kontaktadresse: Annelie Becker
Postlagerkarte Nr. 062257 A
6000 Frankfurt

Zweieinhalb Jahre Knast für „Unterstützung der RAF"

Am 19.11.83 verurteilte der 5. Strafsenat des OLG Frankfurt die 29jährige Inge Krobs wegen „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" (§ 129 a) zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten. Mit dem Strafmaß folgte das Gericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

In der Anklageschrift hieß es, daß Inge Krobs in der Zeit vom 1.6. bis 9.7.81 insgesamt 59 Daten von Kraftfahrzeugen und deren Haltern gesammelt und an die RAF weitergegeben haben soll. Angeblich sollen die Daten 1982 in einem Depot der RAF, in der Nähe Frankfurts, gefunden worden sein. Die Datensammlung soll Inge in besagter Zeit, während eines Jobs als Stenotypistin bei der Versicherungsfirma „Scandia"., angelegt haben. Will mensch den gerichtlichen Angaben zur Datensammlung Glauben schenken, muß die Ermittlung recht einfach gewesen ein, denn die Kopien dieser Listen enthielten nicht nur den Briefkopf der Firma, sondern auch Inge Krob's offizielles Bearbeitungskürzel „Kr.".

Während der gesamten Hauptverhandlung konnte die Weitergabe der Daten an die RAF, also die bedeutende „Unterstützung der Logistik" — weil die RAF mit den Daten Doubletten für KFZ's zur Begehung weiterer „Straftaten" hätte herstellen können — nicht bewiesen werden.

Den Schluß, daß Inge die „Logistik der RAF unterstützt" habe, zog das Gericht aus ihrer „ideologischen Haltung" sowie aus Briefkontakten mit politischen Gefangenen, die sie auch besuchte.

Nach Auffassung des Gerichts nahm Inges „ideologische Haltung" ... „schärfere Konturen" an nach einer 7monatigen Haftstrafe wegen Verstoß gegen das BTM-Gesetz (Drogen), die sie in der JVA Frankfurt-Preungesheim absaß. Grund (?): Sie lernte Verena Becker und Helga Roos kennen, die ebenfalls zu dieser Zeit in Preungesheim einsaßen.

Obwohl die Polizei der Zugriff auf die Daten bereits im Oktober '82 gelungen sein soll, und nach bereits erwähnten Angaben auf der Kopie die Ermittlung der Person einen Arbeitsaufwand von maximal 15 Minuten darstellte, wurde Inge Krobs erst ca. sechs Monate später, am 12.4.83 festgenommen. Nicht nur der Zeitpunkt der Festnahme, 4 Tage nach den bundesweiten Hausdurchsuchungen und Zellenrazzien, mit der Begründung „illegales Informationssystem", sondern auch die Verfahrensweise der „Beweisführung" in der Hauptverhandlung, weisen mehr als Parallelen zu dieser Konstruktion auf. Faktisch stellt das Urteil die Kriminalisierung der durch Kontrollrichter und Gefängnisdirektoren zensierten brieflichen Auseinandersetzung und durch Knastpersonal überwachten Besuchsgespräche dar.

Mit der auf Abschreckung ausgerichteten Höhe des Strafmaßes steht dieses Urteil in einer Reihe mit den Terrorurteilen gegen Karl Grosser und Jürgen Schneider (vgl. AK 225) sowie gegen Helga Roos, die kurzerhand zum Mitglied der RAF gemacht wurde (vgl. AK 234).

Reiner Koch, der Verteidiger von Inge Krobs, hat wegen der nicht bewiesenen Übergabe der KFZ-Daten auf Freispruch plädiert und Revision angekündigt.

Inge Krobs, die seit ihrer Festnahme am 12.4.83 in Isolationshaft sitzt, unter den gleichen Bedingungen wie die Gefangenen aus der RAF, hat einen Antrag auf Zusammenlegung gestellt. Inge fordert ihre Zusammenlegung mit Gisela Duzi und Ingrid Barabas, zu einer interaktionsfähigen Gruppe.

O., München

Stellungnahmen zur Fallingbostel-Auseinandersetzung

Fallingbostel-Fraktion benutzt geklautes KB- Adreßmaterial

Nochmals müssen wir auf den Überfall der „Antifa-Gruppe" (Fallingbostelfraktion) vom 27./28. November auf die AK-Technik zurückkkommen. Pünktlich am 24.12. traf bei einer Reihe von Genossinnen und Genossen des KB ein Weihnachtspaket der „Antifa-Gruppe" ein. Der Inhalt: diverse Papiere zur Rechtfertigung ihrer Aktion. Nachforschungen ergaben, daß sämtliche Adressen von einer Liste stammen, die von der „Antifa-Gruppe" in der AK-Technik gestohlen worden waren. (Während der Erstellung des ARBEITERKAMPF 240 überfiel eine Gruppe von ca. 15 Leuten die Technik des AK, verlangten den Abdruck zweier Erklärungen und Verschwanden mit einem Sack voll Redaktionsunterlagen, internen Papieren und Briefen sowie einigen Adresslisten). Mit der Benutzung der Adressliste aus den geklauten Unterlagen hat sich die „Antifa-Gruppe" ein weiteres Mal der Lüge überführt:

— Gegenüber einem „taz"-Redakteur hatte die „Antifa-Gruppe" am 12.12. bekannt gegeben, daß sie alle entwendeten Materialien verbrannt hätte. Am 14.12. brachte die „taz" diese Meldung in Kurzform (unter „was fehlt?"); das ist offensichtlich gelogen, denn die Briefe sind allesamt am 23.12. abgestempelt worden. Als Absender dient der Schwarzmarkt, das Anschreiben ist unterschrieben mit „Antifaschistische Aktion Hamburg".

— In einer Erklärung, die auf dem norddeutschen Antifatreffen am 11.12. verteilt wurde, hatte die „Antifa-Gruppe" auf unsere öffentlich gestellte Frage, was sie mit den geklauten Materialien anfangen wolle, geantwortet: *„Klar war dagegen, daß sämtliche Materialien von uns ultimativ als Pfand genommen wurden mit der absolut eindeutigen Bedingung: Abdruck der vorgelegten Artikel im AK oder Vernichtung der mitgenommenen Unterlagen. Der Inhalt des Materials hat uns nicht* *gelegten Artikel im AK oder Vernichtung der mitgenommenen Unterlagen. Der Inhalt des Materials hat uns nicht* *interessiert — nur die Behinderung der Arbeit des AK und der HSV. Das Material wurde sicher vor jedem Zugriff aufbewahrt."* Auch dies entpuppt sich als Lüge, denn das Interesse der „Antifa-Gruppe" besteht offensichtlich darin, mit den geklauten Materialien zu arbeiten.

Auf weitere Lügen in diesem Zusammenhang haben wir schon im AK 241 hingewiesen: Unter den entwendeten Materialien befanden sich u.a. ein relativ wertvolles Buch sowie ein Pfeifenset, Dinge, die wohl kaum verbrannt worden sein dürften, die aber immer noch nicht zurückgegeben worden sind, entgegen beispielsweise der Behauptung der „Antifa-Gruppe" in ihrer Erklärung „KB-Technik besetzt" (abgedruckt in der „taz" vom 5.12.), wonach die Tabakspfeifen dem „rechtmäßigen Besitzer" zugegangen seien.

Die jetzige Entwicklung bestärkt uns in der Annahme, daß kein Stück von dem geklauten Material vernichtet worden ist bzw. höchstens bedeutungslose Papiere. Es wird damit unsere These bestätigt, daß es sich bei dem Überfall auf die KB-Technik unter anderem auch um eine „Beschaffungsaktion" gehandelt hat, mit der gezielt Adressen und anderes internes Material über den KB erbeutet werden sollte. Im Übrigen hat die „Antifa-Gruppe" noch einmal den Beweis geführt, daß man bei ihnen wirklich in jedem Satz mit einer hundertprozentigen Lüge rechnen muß. Wie irgendjemand unter diesen Umständen noch mit dieser Gruppe zusammenarbeiten mag, geht weit über unser politisches Einfühlungsvermögen hinaus.

Als Ergebnis bleibt: Von den geklauten Sachen haben wir nichts zurückbekommen. Alle politischen Interventionen haben im Ergebnis nichts gebracht, weil die politische Szene, die in der Lage gewesen wäre, Druck auf die „Antifa-Gruppe" auszuüben, sich rausgehalten hat. Das führt uns zu der Erkenntnis, daß, sollte es zu ähnlichen Fällen kommen, sofort alle Mittel der direkten Zurückbeschaffung eingesetzt werden müssen.

AK-Redaktion

Wir dokumentieren im folgenden noch einmal zwei Diskussionsbeiträge zu den Auseinandersetzungen um den NPD-Parteitag in Fallingbostel und die danach erfolgte Besetzung der AK-Redaktion. Beide Beiträge kamen zu spät, um noch im letzten, um eine Woche vorgezogenen, ARBEITERKAMPF abgedruckt zu werden. Vorab allerdings einige Anmerkungen:

1. Es ist nicht richtig, wenn in einem Beitrag davon gesprochen wird, der KB habe Lautsprecherwagen und Megaphone zugesagt; diese Behauptung geistert offenbar als Beleg dafür herum, daß „der KB" einen Erfolg der Aktion verhindert habe — so zumindest muß sie interpretiert werden, wenn z.B. in einer Göttinger Auswertung auch davon die Rede ist, daß insbesondere diese fehlenden Ausrüstungsstücke eine entschlossene Vorgehensweise verhindert hätten.

2. Offenbar ist bei einigen Lesern des Artikels „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft?" aus AK 239 der Eindruck entstanden, die Antifa-Kommission des KB Hamburg sei generell gegen direkte und militante Aktionen. Daraus wird dann der Vorwurf der „Sozialdemokratisierung" des KB abgeleitet. Wir wiederholen deshalb hier noch einmal, was wir auch schon in unserer als „KB-INFO" verbreiteten Antwort auf den „Offenen Brief" der Fallingbostel-Fraktion der Hamburger „antifaschistischen aktion" gesagt haben: Wir haben weder etwas gegen direkte Aktionen gegen Nazis noch in anderen passenden Fällen. Insofern kann jeder örtliche und regionale Faschistenaufmarsch geeignet sein für entsprechende Aktivitäten im Rahmen der Entwicklung antifaschistischer Politik vor Ort, regional oder in bestimmten Fällen sogar bundesweit. Wir sind ja bekanntlich auch nicht gegen entsprechende Aktivitäten in Fallingbostel aufgetreten, sondern haben im AK mit dazu aufgerufen. Obwohl das so auch in dem kritisierten Artikel in AK 239 zu lesen ist, hätte vielleicht das eine oder andere Mißverständnis vermieden werden können, wenn wie das noch deutlicher betont hätten.

Wir sind auch nicht gegen militante Aktionen, sofern darunter entschlossenes politisches Handeln verstanden wird, das in Konfrontation zum politischen Gegner und gegebenenfalls auch zur Staatsmacht auf Effektivität politischen Handelns, d.h. tatsächlicher Veränderung gegebener Kräfte- und Bewußtseinsverhältnisse durch eine Propaganda der Tat zielt.

Die Mittel sind von Fall zu Fall zu entscheiden. Wir sind aber gegen eine Vermischung der Begriffe „militant" und „militärisch", die die kämpferische, eben militante Massenagitation in Verkennung der gegebenen Kräfteverhältnisse mit einer militärischen Massenaktion oder — noch alberner — Stellvertreter-Scharmützeln gegen die bewaffnete Staatsmacht verwechseln. In diesem Sinne gibt es unabhängig von prinzipieller Bewertung von „direkter Aktion" und „Militanz" gerade bei der Fallingbosteler Aktion sehr wohl die von uns so genannte „Hirnlosigkeit" einiger besonderes kämpferischer Kämpfer zu kritisieren.

In dem Artikel geht es keinesweg um ein prinzipielles Ja oder Nein zu antifaschistischen Aktionen überhaupt oder zu „Militanz" und direkter Aktion", sondern um die Frage, ob mensch solche NPD-Aufmärsche wie jetzt in Fallingbostel zur „Nägelprobe" politischer Mobilisierung gegen diesen Staat machen kann, wie einige zu glauben scheinen, oder anders gesagt: Welche Politik kann z.B. in Hamburg mit einer Mobilisierung nach Fallingbostel gemacht werden? Es muß daran erinnert werden, daß in der Vorbereitung der Aktionen gegen das Stahlhelm-Treffen in Celle wie auch gegen den NPD-Parteitag in Fallingbostel von unseren jetzigen Kritikern jeweils mehrere Hundert bis 1000 Antifaschisten aus Hamburg angekündigt waren. Im Nachhinein die völlige Überschätzung des Mobilisierungspotentials auf ein nicht verteiltes Flugblatt auf einer Demo in Krümmel (bezüglich Celle) oder eben „den KB" zu schieben (Fallingbostel), der nicht mobilisiert habe, ist schlichtweg dümmlich.

3. Der wesentliche Auseinandersetzungspunkt, um den es in der Debatte gehen muß, ist aber die Frage, w i e unter den heutigen Bedingungen antifaschistische Politik gemacht werden kann. Hierzu wurden in dem Artikel einige Bedenken angemeldet, inwieweit h e u t e die NPD ein solcher Kristallisationspunkt antifaschistischer Arbeit sein kann wie sie es fraglich zu Zeiten von Rock gegen Rechts gewesen ist. Auf diese Überlegungen allerdings wird in den Beiträgen kaum eingegangen. Zu welchen merkwürdigen Konstellationen es kommen kann, wenn die konkreten Bedingungen nicht richtig berücksichtigt werden, hat sich u.a. bei einigen Aktionen anläßlich des Fußballänderspiels BRD-Türkei in Westberlin (Oktober 83) gezeigt: Indem dort nämlich große Teile der Linken einzig gegen die Nazis mobilisierten, fand sich so mancher plötzlich in einer Front mit dem sonntäglich herausgeputzten angeblichen Antifaschisten Lummer. Die mögliche Mobilisierung gegen den „Staatsrassismus", der den der Nazis überhaupt zur Gefahr werden läßt, unterblieb weitgehend.

Wir haben selbst auch kein Patentrezept für das W i e des antifaschistischen Kampfs. Wir würden uns freuen, wenn dazu weitere Diskussionsbeiträge eingesandt würden. Wir selbst werden in den nächsten Ausgaben des ARBEITERKAMPF die bisher innerhalb der organisierten Linken uns zugänglichen Positionen zusammentragen und zur Diskussion stellen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Erste Stellungnahme

Staatsschutz spaltet BKA!!!

Als I-Tüpfelchen der — in der letzten Zeit verschärft eskalierten — Einschätzungsdifferenzen über eine antifaschistische Politik wurde am 27./28.11. die KB-Technik von Autonomen besetzt.

Ein unproduktiver gegenseitiger Machtkampf ohne Niveau und mit den bürgerlichen Mitteln wie Verleumdung, Erpressung, Drohung mit Staatsgewalt sowie Drohung mit der Veröffentlichung von Interna hat die Auseinandersetzung um die eigentlichen inhaltlichen Differenzen zur Nebensache werden lassen. Diese Auseinandersetzung möchte ich aufgreifen (und erwarte i n h a l t l i c h e Stellungnahmen).

Die „Rechten"

Die „Rechten"

In diesem, unserem Lande, in dem die Rechte regiert, Gesetze statuiert, wo Gehorsam erste moralische Pflicht ist, in dem Bullerei, BGS usw. — sich hemmungslos nach altbekanntem Muster darauf berufend — diese „Rechte(n)" „schützen", in dem Nazirichter über uns „Recht(s)" sprechen, leben Regierung und Rechtsextremisten gütlich in gegenseitigem Einvernehmen und Profit von- und miteinander. Die Rechtsextremisten dienen der Regierung als Vorfechter neuer (alter) Regierungspolitik. Sie testen die Durchsetzbarkeit von zumindest latent bei der **Mehrheit** der Bevölkerung in großem Ausmaß vorhandenen rassistischen, antikommunistischen, frauenfeindlichen etc. Anschauungen im Vorfeld aus, bzw. ebnen den Weg vom latenten Vorhandensein zur offenen Forderung. (Im Hamburger „KB-Info" wird diese Einschätzung als *„resignativ ..., sektiererisch ... und feindlich ... den Massen"* gegenüber bezeichnet. Dabei vergißt der KB m.M. nach zu unterscheiden zwischen a) dem Nationalsozialismus, der in der Bevölkerung tatsächlich Empörung größerer Teile hervorruft und b) Faschismus allgemein, der sich an ganz anderen Dingen hier im System entwickelt. Diese Grundpfeiler des Faschismus überschneiden sich zwar mit denen des NS, werden aber oft nicht von der Bevölkerung als solche erkannt, da sie in anderer Form auftreten, genau wie ein evtl. Faschismus in anderer Form als der NS auftreten wird). Für die Regierung bedeutet dies, daß sich eventuelle Widerstände nicht gegen sie richten, sondern gegen die „Nazis", während sie die gleichen Forderungen nach einer Zeit der alltäglichen Gewöhnung daran, übernehmen kann. (So sind z.B. die Forderungen der HLA/KLA etc. seit geraumer Zeit schon Regierungsprogramm geworden.)

Für die Rechtsextremisten bietet sich durch das Aufnehmen ihrer Forderungen durch die Regierung eine Rückendeckung, die ihnen die Möglichkeit zu noch offenerer Faschismuspropaganda schafft. (Das Verbot der ANS/NA möchte ich in diesem Zusammenhang nicht diskutieren, außerdem sind noch die Folgen für die Linke daraus zu erwarten ...) Die Forcierung traditionell in der Bevölkerung verankerter faschistischer Denkmuster begleitet den Rechtsrutsch der Regierung, was ihr weiterhin die Möglichkeit bietet, ihre Politik als „Politik der Mitte" zu verkaufen und das Feindbild der „Nazis", **nämlich das des Nationalsozialismus als das des Faschismus**, herzustellen und aufrecht zu erhalten. Insofern sind die Rechtsextremisten propagandistisches Instrument des selbst sehr viel subtiler agitierenden und geschickter taktierenden Staatsfaschismus, der aber über ganz andere Möglichkeiten verfügt als die Rechtsextremisten.

In Fallingbostel (Fal.) ist die NPD zu d e r G e f a h r stilisiert worden, dabei ist es, abgesehen von ihrem abnehmenden Einfluß in der Rechten, auch nicht die NPD, die die Massen indoktriniert. Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen scheinen unwesentlich, auch nicht die NPD, die die Massen indoktriniert. Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen scheinen unwesentlich, wenn man/frau auch noch die propagandistischen Möglichkeiten, denen des Staates gegenüberstellt. Da sind die Kapitalisten, die Medien, die Staatsfinanzen, der „Sicherheits"apparat, die Schulen und Universitäten ... die alle dem Staat verfügbar sind. Was sind Volkszählung, Verfassungsschutz, Türkeihilfe, Antidoppelverdienerkampagne, Pershings, Sozialkürzungen, AKWs ... anderes als Ausdruck der unzähligen Möglichkeiten und Auswüchse der faschistoiden Staatspolitik? Das bedeutet, daß wir jede unserer Aktionen auch in diesem Gesamtzusammenhang „Faschisierung" sehen müssen und nicht isoliert betrachten dürfen. D.h. z.B. daß der Widerstand gegen die NPD nicht völlig isoliert auf die NPD konzentriert werden darf, sondern daß die NPD immer auf ihre Relevanz und ihren Einfluß auf den Faschisierungsprozeß überprüft, und danach unser Einsatz und die Energie, die wir auf sie verwenden, gemessen werden muß.

Grundsätzlich halte ich den Kampf gegen die Staatsfaschisierung und der Wegbereiter (z.B. NPD, ANS ...) für wesentlich wichtiger, als den gegen deren „Ausflüsse", denn das Eine ist ein Kampf gegen die Ursachen, letzteres aber ein Kampf gegen die Wirkung (!), der aber parallel notwendig ist, weil die Wirkungen, speziell Demostrafrecht, 129a, Vermummungsverbot ... unseren Widerstand erheblich behindern. Das bedeutet aber auch, daß wir uns nur dann effektiv wehren können, wenn unser Haß sich nicht nur auf die Wirkungen kanalisieren läßt, sondern dem System als solches gilt.

Im größten Teil der „Friedensbewegung" fehlt dieser Ansatz aber, einerseits wird das Einverständnis mit den Staatsschergen um des lieben Friedens und der Akzeptanz willen gesucht, andererseits werden „Auswüchse" isoliert kritisiert. Auf dieser Ebene des großen toleranten Bündnisses gegen ein abgetrenntes Ziel finden nationalistische Parolen ebenso Einlaß wie der „Friedenskämpfer" Franz Alt. Dieses relativ bedingungslose Bündnis gründet sich hauptsächlich auf Emotionen, — Angst, Betroffenheit, Unsicherheit —, die die Gemeinsamkeit primär darstellen. Diese Gefühle lassen sich aber nur kurzfristig aufrechterhalten, bröckeln sehr schnell wieder an ihren unterschiedlichen Ursprüngen auseinander. Ein permanenter Widerstand läßt sich m.M. nur durch das Schaffen einer inhaltlichen Basis für diese Emotionen aufrechterhalten, eine Kombination der verschiedenen Angst- und Repressionserfahrungen mit Hintergrundwissen, Information und Auseinandersetzung zur fundierten (eben inhaltlichen) Systemkritik. D.h., daß wir der unbequemen Infoarbeit und der inhaltlichen Diskussion einen größeren Wert beimessen müssen, wenn wir langfristig auch nur klitzekleine Erfolge verbuchen wollen und den aus dem Boden sprießenden Rechten nicht wie Windmühlenflügeln hinterherrennen wollen.

Wir können nicht von dem „politischen Bewußtsein", was vielleicht (?) die „Linken" in der „Bewegung" haben, ausgehen, auch wenn's uns in un- schen Bewußtsein", was vielleicht (?) die „Linken" in der „Bewegung" haben, ausgehen, auch wenn's uns in un- serem linken Ghetto immer so vorkommt, als ob alles klar und logisch sei.

Im Verhältnis zur Mobilisierungsbreite waren wir wenige in Fallingbostel. Wir müssen uns aber, besonders in Anbetracht der Tatsache, wieviel sich die Regierung den Schutz von Faschisten kosten läßt (bzw. später einige von uns kosten kann) auf eine breite Basis stützen können und damit schützen können. Die ist in Bezug auf Antifaschismus aber wohl eher mit high life und dicke Füße wie bei Rock gegen Rechts zu mobilisieren, als mit noch dazu m.M. nach schlechten Flugblättern. Antifaschismus steht nirgends auf der Tagesordnung, aber wer sollte es auf die Tagesordnung setzen, wenn nicht wir??? Wie lange sollen wir uns noch von den Faschos die Termine für unser „antifaschistisches aus den Löchern kriechen" setzen lassen???

Wenn also was an Fallingbostel zu kritisieren ist, dann nicht die grundsätzliche Militanz, sondern der taktische Einsatz dieses Mittels in der gegebenen Situation, wo die letzten noch aus'm Bus klettern, während die ersten Steine schon fliegen, wo kein Zusammenhalt und nicht mal die Klarheit der meisten über die Lage da war, und die Frage der Angemessenheit der Mittel und damit des Risikos jedem selbst überlassen blieb. Effektiv hat uns dies ein vielfaches mehr gekostet (und wenn es nur Demoralisierung war), als es m.M. nach an Wichtigkeit besaß. (Und für mich muß das, wofür ich mir eins auf die Nuß hauen lasse, schon Sinn und Zweck haben).

Autonom?

Im Gegensatz zur Organisation kann autonom für mich niemals heißen, daß jede/r (jede Gruppe) macht, was er/sie will, im Gegenteil: In einer Situation, in der die Autonomen wohl eines der „unbeliebtesten Kinder" unseres Systems sind, wie auch bei den Friedensbewegten und Teilen der „Linken" auf eine nur allzu große Distanzierungsbereitschaft stoßen, heißt das für mich, daß Chaos nicht angesagt ist. Vielmehr stellt Autonomie m.M. nach einen größeren Anspruch an jede/n Einzelne/n, Einigung in konkreten fundierten Zielen zu finden, um geschlossen und energisch vorgehen zu können und die Mittel angemessen und sinnvoll einzusetzen. Die Bereitschaft zur Militanz ist eine geile Sache (wenn sie oft auch ätzende Gründe hat), nutzen wir sie effektiv!!! Was in Bezug darauf völlig daneben ging, war m.M. nach die

Besetzung der KB-Technik

Alle dafür genannten Gründe (später dazu) rechtfertigen diesen Schritt m.M. nach in keinem Fall (wo eine Springer-Besetzung wirklich angebrachter, aber auch problematischer wäre, gelle?!), genausowenig wie die Erpressung durch das Klauen von internem Material sowie der Drohung mit Veröffentlichung, und der Forderung nach Spaltung. Erstens sind das absolut bürgerli- rial sowie der Drohung mit Veröffentlichung, und der Forderung nach Spaltung. Erstens sind das absolut bürgerli- che Druckmittel zur Durchsetzung von Interessen (ja, wo sind wir eigentlich?) und zweitens dient das Ganze nur den Herrschenden, die sich jetzt nicht mal mehr schmutzige Finger beim Spitzeln und Spalten machen müssen, ja besser noch, wir veröffentlichen unsere Internas gegenseitig und w i r f o r d e r n unsere Spaltung, jawoll.

Viel seriöser ist die Antwort des KB leider auch nicht. Hier wird gleichermaßen mit bürgerlichen Druckmitteln wie Bullen rufen und Rechtsmittel einlegen etc. gedroht. Seit Jahren setzt sich der AK/KB mit unseren „Rechts"organen auseinander, droht dann aber selbst damit, diese trotz der Erkenntnis ihrer Funktion zu bemühen. Wie peinlich ... Haut Euch doch lieber eins auf die Schnauze, wenn ihr nicht fähig seid, das vorläufig anders zu klären!!!!

Zum Inhalt:

1. Der unkommentierte Abdruck des Hetzartikels sowie der **absolut ungenügend und beschissen retouchierten** Fotos aus der „Lüneburger Landeszeitung" bedarf, egal ob irgendwo eine Fahndung schon läuft oder nicht, denke ich, keines Kommentars. Die Anmerkungen im AK 240, S. 30 sind dazu nur eine schlappe Selbstkritik. Der BKA-Vorwurf scheint mir allerdings leicht übertrieben, eine vernünftige Anmache hätte es auch getan. Aber „wie Du mir, so ich Dir" da fällt uns doch gleich der Staatsschutz als Antwort ein (TAZ vom 7.12.83, S. 13) und schon ... peng ... 1:1 unter der Gürtellinie.
2. Im AK-Artikel ist mit keinem Wort eine grundsätzliche Diffamierung militanten Widerstandes enthalten. Die Verfasser hielten die Militanz in Fallingbostel für unangemessen. Natürlich bleibt die Frage nach Militanz und/oder Öffentlichkeitsarbeit der eigentliche Streitpunkt. Es ist ja wohl grundsätzlich eine absolute Notwendigkeit, eine Aktion abschließend auf ihren Erfolg, ihre Berechtigung und ihre Begründung zu untersuchen. Daß verschiedene Gruppierungen zu verschiedenen Einschätzungen kommen, ist ja wohl nur logisch.

Da hilft nur eines: Diskutieren statt spalten.

A. aus Fl.

Zweite Stellungnahme

Genossen und Genossinnen des KB!

In Eurem Artikel „Schlagt die Faschisten, wo Ihr sie trefft?" stellt Ihr den Kampf gegen den NPD-Bundestagsparteitag infrage (*„Solange die NPD selbst nicht in der Öffentlichkeit Politik macht, solange sie nicht tatsächlich organisiert in Erscheinung tritt, sollten wir uns sehr genau überlegen, wieviel Kraft wir in solche Aktivitäten stecken"* — AK 239).

Ferner bezweifelt Ihr die Rolle der NPD als „Durchlauferhitzer" von neofaschistischen Banden (was sie zweifelsohne noch ist — siehe JN Berlin, Motorradclubs Stander Greif, National etc.) und bezichtigt somit die Antifaschistische Aktion Hamburg der „Propagandalüge".

Ich teile diese Auffassung nicht, sondern meine, daß gerade der NPD-Parteitag als größter Faschistenaufmarsch (ca. 1.000 Teilnehmer in diesem Jahr) sehr wohl dazu angetan ist, durch Zur-Schau-Stellen eigener Stärke Selbstbewußtsein zu tanken und unter entwurzelten Kleinbürgern und desorientierten Jugendlichen um Anhang zu werben. Das offene Auftreten von Faschisten ist im Kontext mit den konkreten Widerwärtigkeiten in diesem braunen Landkreis (Soltau/Fallingbostel) zu sehen:

— 6 Stadtratssitze der Freien Union, die mit der Konservativen Aktion eng verbunden ist und die gegen den „roten Mob" hetzt;

— 1 Kreistagsabgeordneter der NPD, Klaus Hoffmann, der schon mal mit Hämmern nach neugierigen Journalisten (Poelchau von „konkret") — 1 Kreistagsabgeordneter der NPD, Klaus Hoffmann, der schon mal mit Hämmern nach neugierigen Journalisten (Poelchau von „konkret") schmeißt, als Vorsitzender der örtlichen „Bürgerinitiative Ausländerstop" zu Hausbesetzungen aufruft — damit dort keine „Asylanten" einziehen können —, der als Vorsitzender der örtlichen schlesischen Landsmannschaft zusammen mit reaktionären Bundeswehroffizieren und Vertretern der „Gesellschaft für Wehrkunde" die Panzerlawine aus dem Osten beschwört, gegen die Friedensbewegung hetzt ...

— Die CDU-Funktionäre Fenner und von Löwis, die unabhängige Jugendarbeit zerschlagen, die Stadtsanierung und Häuserabriß in brutallegalistischem Terror durchziehen (*„unsere Stadt soll schöner werden"*);

— britische Truppen verwüsten allwöchentlich Felder und Heideflächen;

— Wiking-Jugendliche verteilen regelmäßig in Munster und Walsrode Flugblätter, veranstalten jährlich Zeltlager und Wehrsportübungen;

— der „Technische Notdienst", TENO, Bergen (WSG Jürgens) probt den Bürgerkrieg in Munsters Wäldern;

— der „Filmclub e.V." in Hetendorf (Wietzendorf) zeigt regelmäßig alte Nazi- und Wehrmachtsfilme, Verbindungen zur WSG Jürgens und zu Rieger und Dems aus Hamburg bestehen;

— und, und, und ...!!

Wie Ihr also wißt, gibt es hier reichlich braune Sumpfpflanzen, denen Faschistenaufmärsche und andere Provokationen nur zu gelegen kommen! In Eurem Artikel (AK 239) stellt Ihr das Vorgehen der Antifaschistischen Aktion Hamburg als hirnlose Hau-drauf-Politik dar. Richtig ist, daß sich Genossen/-innen der Antifa-Aktion bei der konkreten Vorbereitung von Widerstandsaktionen und an der Herstellung von Öffentlichkeit zum NPD-Treffen sehr aktiv und engagiert beteiligten (diese z.T. anregten). Wir kannten diese Genossen/innen vom Stahlhelm-Treffen in Celle, und ihre Politik, durch konkreten Widerstand Öffentlichkeitsarbeit und antifaschistisches Bewußtsein zu schaffen, erschien uns als Beweis für eine vernünftige Verbindung von „direkter Aktion" und Massenarbeit.

Traurig, aber wahr, ist leider auch, daß uns diese Genossen/innen von reformistischen Gruppen wie der GAL Hamburg und dem ZK des KB selbst als „Hau-Drauf-Combo" angekündigt wurden (die angeblich „nichts in der Birne hätten") und deshalb auch auf Mißtrauen bei Antifaschisten stießen, die die Politik der Antifa-Aktion nicht aus gemeinsamer Praxis kannten. Es waren ferner die Freunde aus Hamburg, mit denen wir konstruktive und solidarische Erfahrungen bei der konkreten Vorbereitung von Widerstandsaktionen zum NPD-Treffen und bei deren Ausführung am 1.10.83 machten. So kam auf Initiative der Antifa-Aktion die Plattform zustande, mit der alle beteiligten Gruppen umgehen konnten: Erstes Ziel ist die Behinderung — oder falls möglich, die Verhinderung des Fascho-Treffens; die verschiedenen Gruppen bestimmen ihre Vorgehensweise selber ohne Distanzierungen von anderen Aktionsformen (vorher und nachher!), entscheidend für die Durchführung von Protest- und Widerstandsaktionen ist das Kräfteverhältnis vor Ort, das Bewußtsein der Beteiligten.

Aufgrund eines Vorschlags der Antifa-Aktion Hamburg wurde ein Rockkonzert ins Auge gefaßt, ebenso ein Zeltlager, diverse Musik-Kulturgruppen waren schon angesprochen und Büchertische angemeldet worden. Dieser Wunsch nach begleitender Öffentlichkeitsarbeit wurde nicht verwirklicht, weil die örtliche Initiative und auch die beteiligten Gruppen anderer Städte wenig Interesse zeigten, die VVN bestimmte Zusagen nicht einhielt und damit zu große technische Schwierigkeiten entstanden. Das Verhalten des KB aus Hamburg war dagegen, daß Ihr als Organisation während der gesamten Vorbereitung und am 1.10.83 selber nichts von Euch hören ließt (obwohl mehrmals angeschrieben), den NPD-Parteitag mit wenigen Zeilen im AK 238 erwähnt habt, um Euch im letzten Moment noch anzuhängen, zugesagte technische Hilfe wie Lautsprecherwagen und Megaphone zurückgezogen habt. Außerdem verfälscht der AK in dem Artikel „Schlagt die Faschisten ..." frühere antifaschistische Aktionen, indem er sie verkürzt darstellt und denunziert insgesamt militanten und antifaschistischen Widerstand.

Der Arbeiterkampf stellt künstlich einen Gegensatz zwischen einer „politischen" Vorgehensweise (Protest) mit einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit (die der KB nicht leistet) zu einer hirn- und sinnlosen Militanz her, die einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit (die der KB nicht leistet) zu einer hirn- und sinnlosen Militanz her, die angeblich ins Nichts führt, da ihrer politischen Inhalte entleert. In Wahrheit ist praktischer Antifaschismus, der sich nicht nur gegen alte und neue Nazis, sondern auch gegen den Faschismus des Staates BRD richtet, der reformistischen Anbiederung des KB an Grüne und gewaltfreie Friedensbewegung im Wege — die „Sozialdemokratisierung" des KB (diese Kritik wird ja auch intern im KB geäußert). Infolgedessen reduziert der KB selber Aktionen gegen Nazis und Staat auf müden Protest und sucht sich sein autonomes Ausgrenzungsopfer (diesmal die Anti-Faschistische Aktion Hamburg). Diese Denunzierung von militantem Widerstand hat diesmal vermutlich deshalb die Antifa-Aktion HH getroffen, weil diese Genossinnen und Genossen z.Z. politisch und personell in der Lage sind, antifaschistische Arbeit zu leisten (im Gegensatz zur Antifa-Kommission des KB).

Die Hinzunahme eines zugeordneten Polizei-Fotos, das noch nicht einmal dpa verbreitete, kann nur noch als Unterstützung einer Polizeifahndung verstanden werden. Es gibt nie einen Grund, Fotos von Gesuchten Genossen/innen zu verbreiten. Das Foto ist im Zusammenhang mit dem vorliegenden Text (des Artikels) zu sehen, sinngemäß die bildhafte Unterstützung der erfolgten Denunzierung: *„Soweit kommt es, wenn hirnlose Randale-Politik gemacht wird!"* Solche Hetze kannte ich bislang nur aus bürgerlichen Schmierblättern (Spiegel, Pflasterstrand). Infolgedessen halte ich auch die Besetzung der Redaktionsräume des Arbeiterkampf für notwendig und richtig, um eine Gegendarstellung oder den Abdruck eines Offenen Briefes zu erzwingen, dessen Veröffentlichung der Arbeiterkampf verweigert hatte. Die nachfolgende verlogene Hetzkampagne des LG beweist nur seine Bereitschaft und Fähigkeit, die Auseinandersetzung in der Linken mit allen Mitteln bürgerlicher Repression zu führen.

Trotz alledem, daß sich dennoch **nicht wenige** einzelne KB-Genossen/innen in Fallingbostel blicken ließen (am 1.10.), läßt mich für die **Basis des KB hoffen**. Ich kann hier nur an alle Genossen/innen in den Grundeinheiten des KB appellieren:

— nehmt die antifaschistische Arbeit (wieder) auf;
— seht den Zusammenhang von antifaschistischer Arbeit im Widerstand gegen den imperialistischen Staat, BRD, gegen die Nato;
— sucht die Zusammenarbeit mit den Freunden anderer antifaschistischer Gruppen;
— setzt Euch gegen die reformistisch-sozialdemokratische Politik des LG des KB zur Wehr;
— bombardiert das bürgerliche Hauptquartier!

Für einen militanten antifaschistischen Widerstand!

M.H., örtliche Initiative zur Verhinderung des NPD-Parteitags

Was nun, Zimmermann? Kühnen macht weiter!



Anfang Dezember hatte Bundesinnenminister Zimmermann unter lautem Getöse die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) des Michael Kühnen verbieten lassen, nachdem zuvor aus seinem Hause nur Abwiegelei zu hören gewesen war. Den Braten riechend, hatte die SPD ihre Bedenken ins Feld geführt, die — merkwürdig genug — das Verbot dahingehend kritisierte, daß zum einen der ehemals führende Nazi Kühnen nur unnötig aufgewertet würde und zweitens ein Verbot die Nazis in einen schwerer zu kontrollierenden Untergrund treibe.

Zumindest was dies zweite anbelangt, brauchen diese Kritiker des Verbots sich allerdings keine Sorgen zu machen: So offen wie die Kühnen-Bande hat in der letzten Zeit keine Nazibande ihr jeweiliges Verbot ignoriert (Verboten wurden die ANS-Vorläufer VSBD und WSG-Hoffmann):

— Schon am 14.12.1983, also eine Woche nach dem Verbot, gründete die Frankfurter ANS sich als „Freundeskreis Germania" neu und gibt sogar ein Infoblatt heraus („Mitteilungsblatt des kreis Germania" neu und gibt sogar ein Infoblatt heraus („Mitteilungsblatt des ..."). Verantwortlich zeichnet das ehemalige VSBD- und ANS-Mitglied Gumpricht (Mersburger Str. 1, Frankfurt-Hechenheim). Gegen diese Neugründung wurde von Seiten der VVN Strafantrag gestellt; ein erneutes Treffen der Gruppe, bei deren Gründung 32 Mitglieder anwesend gewesen sein sollen, ist für das Wochenende der Drucklegung dieses ARBEITERKAMPF angekündigt.

— Auf dem traditionellen Silvesterlager der **Wiking-Jugend** in Hilders in der Rhön soll erneut ANS-Führer Thomas **Brehl** aufgetaucht sein. Schon im letzten Jahr sollen Brehls Kameraden der „ANS-Kameradschaft Fulda" auf dem **Wiking-Jugend**-Lager gewesen sein — eine Behauptung, die von der WJ dementiert worden war. Nicht dementieren allerdings kann die WJ, daß das aus der NPD rausgeflogene ANS-Mitglied aus Dillenburg/Sieg, Michael **Krämer**, Mitglied und wahrscheinlich Funktionsträger dieser rechtsradikalen Jugendorganisation ist. Es ist überhaupt zu fragen, wie lange denn noch die Wiking-Jugend ungeschoren weitermachen darf, deren Mitglieder seit Jahren die härtesten Kader der offenen NS-Szene abgeben. (Mensch denke dabei nur an das nazistische Machwerk „Jude ärgere Dich nicht", das innerhalb der Wiking-Jugend kursierte oder an die Kühnen/Rohwer-Bande, die 77/78 diverse Überfälle beging usw.)

— Auf einer Pressekonferenz in einer Würzburger Wienerwald-Gaststätte erklärten Anfang des Jahres Kühnen, Jürgen Bock, Thomas Brehl und Peter Müller (ANS-Frankfurt und Freundeskreis Germania), daß sie bei den bayerischen Kommunalwahlen zumindest in Würzburg (eventuell auch in Neu-Ulm) kandidieren würden. Spitzenkandidat in Würzburg wird Jürgen Bock sein, „Standortführer" der ANS in Würzburg und Vorsitzender der ehemaligen „Aktion Ausländerrückführung" (AAR), die mit der ANS zusammen verboten worden war. Sollte eine Kandidatur eines „Unabhängigen Wählerkreis Würzburg — Arbeitskreis für Wiedervereinigung und Volksgesundheit" (UWK) abgelehnt werden, werde Bock als Einzelkandidat auftreten. Mit 30 bis 50 „Wahlhelfern" wolle man den Wahlkampf aus anderen Bundesländern unterstützen und es sei nicht sicher, ob man Linke, die die ANS an ihrer Propaganda hindern wollen, in demselben Zustand der Polizei übergeben werde, in dem man sie aufgegriffen hätte ...

Treffen dieser Art wie in Frankfurt, Würzburg etc. haben in den letzten Wochen viele stattgefunden. Das Verbot der ANS hatte überhaupt keine Konsequenzen. Unter allerlei Phantasienamen traf man sich wieder und Kühnen verfiel für ein neues Kaderblatt auf keinen sinnigeren Namen als „Die Neue Front", nachdem „Die innere Front" als ANS-Blatt nicht mehr herausgegeben werden darf — es lebe der kleine Unterschied!

Lediglich am 4.1.84 wurde die Bande gestört, als sie im „Preussischen Adler" in Oldersum (Ostfriesland) ein weiteres dieser Treffen abhielt. Interessant: Dieses Treffen belegt, daß die vielfachen Meldungen über Kontakte zwischen Kühnen und der ostfriesischen Nazi-Szene um die beiden ANS-Nazis Bayerer und Hamphoff (die beide am Treffen teilnahmen, aber früher verschwanden) und Apel aus Emden, zutrafen. Offenbar der Führer dieser ostfriesischen Gruppe soll allerdings ein aus München zugereister Mann sein, dessen Münchner Wohnung im Rahmen der Polizeiaktion durchsucht wurde. Spät abends am 4.1. wurden die zu diesem Zeitpunkt noch anwesenden 12 Nazis kurzfristig festgenommen, darunter Kühnen, derg direkt von einer Veranstaltung des nicht verbotenen ANS-Ablegers „Hilfsorganisation für Nationale Gefangene" angereist war. Offenbar koordiniert durch die Staatsanwaltschaft Oldenburg und mit Unterstützung des niedersächsischen LKA wurden Wohnungen in Emden, Wilhelmshaven, Pinneberg, Hamburg und München durchsucht. 3 Schreckschußpistolen und nazistisches Propagandamaterial wurden beschlagnahmt.

Nun, mensch wird sehen, ob Zimmermann nun das tut, was logischerweise aus dem ANS-Verbot und seiner offensichtlichen Mißachtung folgen müßte, oder ob er sich seine nächste antifaschistische Pose für den Nikolaustag aufhebt. Kühnen jedenfalls scheint das ANS-Verbot lediglich als lautes Gebell einzustufen.

Die SPD hat sich zum Thema Neonazismus wieder mal etwas ganz besonderes ausgedacht: Sie hat einen jahrelang verstaubten Gesetzesentwurf aus dem Dachboden vorgekramt, demzufolge in Zukunft die Leugnung der Nazi-Verbrechen strafbar sein solle. Leider gäbe es dazu Bedenken im Bundesrat — geradeso, als ob es nicht die SPD im Verein mit der jetzt von ihr in Person des Justizministers Engelhardt kritisierten FDP selbst gewesen wäre, die diese Uraltklamotte des regierungsamtlichen Antifaschismus hatte einstauben lassen. Ein bißchen mehr wird sie sich schon einfallen lassen müssen, um sich gegenüber der CDU als antifaschistische Kraft profilieren zu können.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Aufruf

an alle Berufsverboteopfer

Seit der Wende 1972 wurden ca. 10.000 mal unter Bruch des Art. 3.3 unserer Verfassung Berufsverbote erteilt.
Dafür, daß Ihr aufrechte Demokraten und Kommunisten seid, wurde Eure berufliche Existenz vernichtet. Viele von Euch haben jetzt eine Nische gefunden und das ihnen angetane Unrecht geschluckt.
Das Unrecht geht aber weiter, die Verfassung wird weiterhin gebrochen und immer weiter eingeschränkt. Noch ist der Abbau der Demokratie aufzuhalten, noch dürfen Flugblätter verteilt und linke Bücher veröffentlicht werden, doch nur mit Eurer Hilfe kann dies geschehen. Denn:
Die Opfer sind die besten Ankläger!
Dem gilt unser Bemühen, daß Eure Richter auf die Anklagebank der Öffentlichkeit kommen, indem wir — die Düsseldorfer Initiative gegen Berufsverbote — erstmals seit deren Einführung in großem Maßstab das Ausmaß der Berufsverbote in Buchform bekannt machen.
Deshalb fordern wir j e d e s Berufsverboteopfer auf, mit uns Kontakt aufzunehmen und uns die Gründe ihrer Verfolgung und Gegenmaßnahmen und deren Erfolg mitzuteilen.
Nur dadurch besteht die Hoffnung, daß Eure Richter endlich Berufsverbote bekommen.

Schreibt uns und sagt es weiter:
Initiative gegen Berufsverbote
c/o Sabine Schulte
Richardstr. 50
4000 Düsseldorf-Lierenberg

Frauen

Aufgrund der voranschreitenden Rationalisierung und steigenden Arbeitsproduktivität muß davon ausgegangen werden, daß die volkswirtschaftliche Produktion mit einem auch weiterhin sinkenden Arbeitsvolumen zu bewältigen ist. Angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit (1982 jahresdurchschnittlich 1,85 Mio 1983 ca. 2,35 Mio., ohne die „stille Reserve" von schätzungsweise 700.000 nicht registrierten Arbeitslosen) bei gleichzeitig steigender Arbeitsbelastung und ihren gesundheitsgefährdenden Folgen scheint Arbeitszeitverkürzung d i e Alternative zu sein.

Die Kapitalisten hatten bisher jede Form der kollektiven, tarifvertraglichen Arbeitszeitverkürzung an die erste Stelle in ihrem Tabu-Katalog gesetzt. Nun sind sie dabei, ihr Konzept der individuellen Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen, die sog. „freiwillige Teilzeitarbeit". Zu den flexiblen Arbeitszeitformen zählen sowohl Verkürzung als auch Verlängerung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit.

Die Kapitalisten argumentieren: „freiwillige Teilzeitarbeit" und Verkürzung der Lebensarbeitszeit seien die einzigen Formen der Arbeitszeitumverteilung, die zugleich arbeitsmarktwirksam, finanzierbar und gesellschaftspolitisch wünschenswert sind. Im Einzelnen wird versprochen:

- Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit, v.a. der Frauenarbeitslosigkeit;
- Beschäftigungschancen für leistungsgeminderte und ältere Arbeitnehmer;
- Kostenneutrale Durchsetzung, dadurch keine verschärften Rationalisierungsmaßnahmen (im Gegensatz zur 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich);
- flexible Beschäftigungszeiten entsprechen sowohl betrieblichen Erfordernissen als auch den Wünschen der Arbeitnehmer.

Waren die Arbeitszeiten aber bisher starr? Fangen wir vorne an:

Die 40-Stunden-Woche — ein unverwirklichter Traum!

Der tarifvertragliche 8-Stunden-Tag sowie die garantierte 5-Tage-Woche scheinen heute weitgehend durchgesetzt zu sein. Nach wie vor ist jedoch die faschistische Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938 in Kraft, und das bedeutet: Trotz der tarifvertraglichen Zugeständnisse des Kapitals in den 50er bis 70er Jahren hat es sich seine „Flexibilität" der Arbeitszeitgestaltung erhalten. Eine Orientierung der Arbeitszeit an den jeweiligen betrieblichen Belangen ist möglich: also Mehrarbeit/Überstunden und Kurzarbeit, je nach Bedarf.

Trotz Massenarbeitslosigkeit gibt es eine erhebliche Spanne zwischen tariflicher und effektiver Arbeitszeit. Rein rechnerisch entspricht das von allen Arbeitnehmern im Jahr geleistete

bis 70er Jahren hat es sich seine „Flexibilität" der Arbeitszeitgestaltung erhalten. Eine Orientierung der Arbeitszeit an den jeweiligen betrieblichen Belangen ist möglich: also Mehrarbeit/Überstunden und Kurzarbeit, je nach Bedarf.

Trotz Massenarbeitslosigkeit gibt es eine erhebliche Spanne zwischen tariflicher und effektiver Arbeitszeit. Rein rechnerisch entspricht das von allen Arbeitnehmern im Jahr geleistete

Mehrarbeitsvolumen einer Anzahl von rund 1,1 Millionen Arbeitsplätzen (1). Nicht selten kommt es auch zu einem Wechselbad von Überstunden undKurzarbeit oder es werden in einem Unternehmen sogar in verschiedenen Abteilungen gleichzeitig Überstunden und Kurzarbeit gefahren.

Ein anderes Beispiel dafür, wie herkömmliche 40-Stunden-Arbeitsverträge unter die Zeitbelange des Kapitals gepreßt werden können, sind Schichtarbeit und Teildienst. Schichtarbeit wird praktiziert, um die Kapazitäten möglichst intensiv auszunutzen. Die Schichtarbeitsquote liegt bereits bei 27% aller Beschäftigten.

Teildienst wird z.B. im Gastgewerbe eingesetzt: Einigen Arbeitsstunden um die Mittagszeit folgt eine lange Pause, dann wird vom Nachmittag bis spät in den Abend gearbeitet — ein 8-Stunden-Arbeitstag. Und dennoch ist der Arbeitstag überproportional verlängert, es wird nur zu Spitzenkundenzeiten gearbeitet, was dauernde Höchstbelastung abverlangt. Sämtliche negativen sozialen und gesundheitlichen Folgen müssen von den Lohnabhängigen in Kauf genommen werden.

Das waren die wesentlichsten Beispiele dafür, daß das Kapital auch unter geltendem Recht zur 40-Stunden-Woche und zum 8-Stunden-Tag durchaus zu einer Flexibilität der Arbeitszeit gemäß seinen Interessen in der Lage ist.

Nun zu den verschiedenen alten und neuen Formen der

Teilzeitarbeit

„Der Begriff Teilzeitarbeit meint alle Arbeitsverhältnisse, die weniger als 38 Stunden wöchentlich betragen" (2). Unter diesen Begriff fallen diejenigen Beschäftigungsverhältnisse, die tariflich und sozialversicherungspflichtig entsprechend voll abgesichert sind, für

Teilzeitarbeit
Krisenlösung auf dem Rücken der Frauen

Die Unternehmer haben endlich die Lösung für alle Probleme unserer Wirtschaft gefunden. Das Zauberwort heißt: INDIVIDUELLE ARBEITSZEITFLEXIBISIERUNG. Dauer, aber auch Lage und Verteilung der Arbeitszeit sollen damit individuell gestaltet werden können. Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit verkauft dies als wichtigen Beitrag zur Lösung der Frauenarbeitslosigkeit. Das Angebot ist verlockend: Eigene Einteilung der Arbeitszeit, Familie, Kinder und Beruf endlich vereinbar — wer, und vor allem welche Frau, würde sich das nicht wünschen?

Daß ausgerechnet die Kapitalisten das Modell der individuellen Arbeitszeitflexibilisierung so preisen und schon mit allen Mittel durchzusetzen versuchen, ist dagegen verdächtig.

Die Gewerkschaften stellen der individuellen Regelung die Forderung nach kollektivvertraglicher Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich entgegen.

Was bedeutet das alles für Frauen?

die der Betriebsrat zuständig ist und die an den freiwilligen sozialen Leistungen eines Betriebes gleichberechtigt teilnehmen.

Darunter fallen jedoch auch eine ganze Reihe von Beschäftigungsformen, für die diese Absicherungen nicht zutreffen. Die Soziologin Carola Möller unterscheidet deshalb bei der Teilzeitarbeit „geschützte" und „ungeschützte" Beschäftigungsformen (3). Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die für das Kapital so kostengünstigen und attraktiven „ungeschützten" Arbeitsplätze. Diese machen nach Schätzung derzeit ca. 3 Millionen aller Frauenarbeitsplätze aus. (4).

1) Leiharbeit:
Dabei ist zu unterscheiden in
a) illegale Leiharbeit: meist in Form von Scheinwerkverträgen. Trifft vor allem Männer, speziell Ausländer.
b) legale Leiharbeit: Ein Unternehmer (Verleiher) stellt Arbeitskräfte ein, die er an einen anderen Unternehmer (Entleiher) ausleiht. Die Vermietung darf nicht länger als 3 Monate an einem Stück beim selben Entleiher dauern. Nachteile für die Arbeiter/innen: Sie sind zwar sozialversicherungspflichtig und nach Tarif bezahlt, müssen aber ständig den Arbeitsplatz wechseln und haben keine Möglichkeit, einem Betriebskollektiv anzugehören, keine Weiterbildungs- und Aufstiegsschancen. Außerdem erhalten sie meistens kein 13. Gehalt.

er an einen anderen Unternehmer (Entleiher) ausleiht. Die Vermietung darf nicht länger als 3 Monate an einem Stück beim selben Entleiher dauern. Nachteile für die Arbeiter/innen: Sie sind zwar sozialversicherungspflichtig und nach Tarif bezahlt, müssen aber ständig den Arbeitsplatz wechseln und haben keine Möglichkeit, einem Betriebskollektiv anzugehören, keine Weiterbildungs- und Aufstiegsschancen. Außerdem erhalten sie meistens kein 13. Gehalt.

Neben der Anwendung von Überstunden werden in wachsendem Umfang zur Bewältigung von saisonal oder konjunkturell anfallender Mehrarbeit ganze Arbeitskolonnen von Fremdfirmen angeheuert. *„Leih- oder Zeitarbeitsfirmen (...) ermöglichen den Kapitalisten, zusätzliche betriebliche Kosten zu senken und die Personaldecke erheblich zu reduzieren. Mit der Legalisierung dieser modernen Form des Sklavenhandels ist heute eine zweite Front der industriellen Reservearmee geschaffen worden, die jederzeit einsetzbar ist, ohne auf die Arbeitslosen zurückgreifen zu müssen"* (5)

Zu den herkömmlichen Formen flexibler Arbeitszeit und „ungeschützter" Beschäftigung zählen außerdem:

2) G e r i n g f ü g i g e Beschäftigung/Aushilfen:
Weniger als 20 Stunden Arbeitszeit in der Woche, sogenannte 390-DM-Verträge, die Steuer- und Sozialabgabenfrei und damit für den Arbeitgeber besonders günstig sind.

3) Gelegentliche Beschäftigung:
Das kann eine Vollzeitbeschäftigung mit 8 und mehr Stunden täglich sein, aber nicht kontinuierlich; Saisonarbeit.

4) Befristete Beschäftigung:
Besonders im öffentlichen Dienst. Bei diesen Arbeitsverträgen ist das Ende der Beschäftigung vertraglich festgelegt; der Betriebs- oder Personalrat hat auf die Beendigung bzw. Verlängerung keinen Einfluß. In der gesamten Wirtschaft waren 1978 6% aller Beschäftigungsverhältnisse befristet (6). Soziale und arbeitsrechtliche Absicherungen sind z.T. außer Kraft gesetzt; die persönliche Abhängigkeit ist größer.

5) „Freie" Mitarbeit und Werkvertrag:
Diese ebenfalls rechtlich und materiell ausgehöhlte Form der Beschäftigung findet sich häufig im Rundfunk-, Fernseh-, Zeitungs- und Wissenschaftsbereich. Nachteile: Verdienst ungesichert, Risiko bei eigenen Investitionen



groß, persönliche Abhängigkeit vom Auftraggeber. Die Jagd nach neuen Aufträgen verschlingt enorm viel Kraft und Zeit (7).

6) Heimarbeit:
Diese sehr alte Beschäftigungsform wird in der Zukunft zunehmende Bedeutung erlangen. Es ist für die Unternehmen eine ideale Form, sich kostengünstig eine ständig zu mobilisierende Arbeitsmarktreserve zu halten. Die hoch entwickelte Bürotechnologie gibt dieser Beschäftigungsform ganz neue Chancen. Stichwort „elektronische Heimarbeit", der Computer in der Küche! 1979 gab es ca. 150.000 Heimarbeiter, davon 92% Frauen (8). Die Statistik beruht auf freiwilligen Meldungen der Unternehmer, wird der Realität also sicher nicht gerecht.

Nach diesen herkömmlichen Formen „ungeschützter" Beschäftigungsverhältnisse folgen nun die neuen Teilzeitarbeitsformen, die gerade besonders viel Beachtung in der Diskussion um flexible Arbeitszeiten finden.

7) Job-sharing:
Zwei oder mehr Frauen teilen sich einen Arbeitsplatz. Sie verpflichten sich zur Ganztagsbesetzung eines Vollzeitarbeitsplatzes und regeln die Aufteilung der Arbeitszeit untereinander in Absprache mit dem Unternehmer (9).

Die beiden bekanntesten Modelle zur arbeitsvertraglichen Regelung von Jobsharing liegen vor vom Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der Deutschen Chemischen Industrie (November 1980) sowie von der CDU-Frauenvereinigung vom 1. Mai 1981. Nach dem Arbeitgeber-Modell ist der Job der einen Arbeiterin voll an das Schicksal der anderen gebunden. Kommt die eine nicht (Krankheit, Krankheit der Kinder, Urlaub, etc.), so m u ß die andere einspringen und voll arbeiten. (Im CDU-Modell heißt es in schwacher Abmilderung „in der Regel"). Was das für Frauen mit kleinen Kindern heißt — für die dieses Modell angeblich wie geschaffen ist —, kann mensch sich vorstellen. Betriebliche Personalreserven (z.B. Springerinnen) werden abgebaut, da jede Jobsharerin eine 50%ige Arbeitszeitreserve darstellt. In ungeheuer großem Ausmaß müssen die Frauen sich selbst und sich gegenseitig disziplinieren: um die Partnerin nicht zu schädigen, wird auf Krankenstand, Bildungsurlaub, Kuren etc. verzichtet. Damit spart der Betrieb sonst übliche Fehlzeiten. Die Vertretungspflicht führt dazu, daß Jobsharing praktisch nicht Teilzeitarbeit, sondern nur „als Teilzeitarbeit bezahlte Ganztagsarbeit auf Abruf" (10) ist.

Gibt eine Frau ihren Job auf, so kann der anderen ebenfalls gekündigt werden. Das bedeutet ständige Angst und gegenseitige Disziplinierung des Verhaltens. Kündigt die eine, so kann die verbliebene Jobberin sich gezwungen sehen, möglichst schnell wieder eine geeignete Partnerin zu finden, um nicht selbst gekündigt zu werden. Sie übernimmt also unbezahlt Funktionen des Arbeitsamtes und Aufgaben des Kapitalisten.

Die arbeitsrechtliche Situation dieser Frauen verschlechtert sich drastisch. In den letzten Jahren wurden fast ausschließlich Vollzeitarbeitsplätze in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt, also keine neue Arbeitsplätze geschaffen. Die neuen Teilzeitjobberinnen werden dadurch gezwungen, sich zusätzlich auf die arbeitsorganisatorischen Strukturen der Vollzeitarbeitsplätze einzustellen. Vor einigen Jahren noch z.B. machte die Besetzung der unbeliebten Nachmittagsschichten den Betrieben Probleme — mit dem Job-sharing-Modell haben die Unternehmer ein Zwangsmittel gegen die Frauen in der Hand, die unbeliebten Nachmittagsschichten zu besetzen (11). Außerdem wird durch Job-Sharing die Arbeitsintensität erheblich gesteigert. Tarifvertragliche Pausen können unterlaufen werden (12).

Das CDU-Modell mildert die Kapitalisten-Vorschläge nur geringfügig ab. Die Frauen werden aber auch damit auf niedrig qualifizierten, monotonen, arbeitsintensiven Arbeitsplätzen gehalten und führen eine Gastrolle am Rande des Erwerbslebens.

8) Kapovaz:
Ausschließlich den Interessen der Kapitalisten dient ein Teilzeitarbeitsmodell, das speziell für den Bereich des Einzelhandels entwickelt wurde, die **kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit**. Das bedeutet: Es wird ein Arbeitsvertrag geschlossen über die jährlich oder monatlich zu leistenden Arbeitsstunden sowie über das für diese Zeit vereinbarte Gehalt. Die Frauen sind verpflichtet, dem Unternehmen j e d e r z e i t abrufbereit zur Verfügung zu stehen (während der Öffnungszeiten). Wann und wie lange sie arbeiten sollen, erfahren sie kurz vorher per Telefon. Bezahlt wird nur die abgeleistete Arbeitszeit, nicht aber — auch nicht teilweise — die ständige Arbeitsbereitschaft.

Das bedeutet: die Frauen warten zu Hause auf den Anruf. Einkaufengehen, ja sogar ein längeres Telefongespräch wird zum Problem. Sind sie ein paarmal nicht erreichbar, droht Kündigung, oder die Frauen werden einfach nicht mehr angerufen. Kommt der Anruf, muß die Frau sofort alles liegen und stehen lassen, die Kinder irgendwo unterbringen, zur Arbeit hasten, meist in ein Großkaufhaus. Dort ist natürlich Spitzenkundenandrang; das bedeutet Höchstleistung für kurze Zeit. Für die dort vollzeitbeschäftigten Lohnabhängigen hat sich die Arbeit ebenso intensiviert. Sie haben keine Verschnaufpausen mehr, in Nicht-Spitzenkundenzeiten ist die Belegschaft so reduziert, daß trotzdem Arbeitshetze besteht. Stammbelegschaft und Kapovaz-Arbeiterinnen haben nie Gelegenheit, sich in ruhigeren Arbeitsphasen kennenzulernen; das Gefühl eines Betriebskollektivs kommt erst gar nicht auf.

9) Davupep
Durch den Einsatz von elektronischen Datenkassen und EDV-gestützten Warenwirtschaftssystemen wird im Einzelhandel die sogenannte **datenverarbeitungsunterstützte Personaleinsatzplanung** möglich: durch die präzise Erfassung des Umsatzvolumens pro Quadratmeter/Filiale/Abteilung, der Kundenfrequenz, des Arbeitsanfalls und -volumens kann eine längerfristige, exakte Vorausplanung des Personaleinsatzes vorgenommen werden. Auch hier: geringe, voll ausgelastete Vollzeitstammbelegschaft, billige Teilzeit- und Aushilfskräfte. Die Personalkosten sind so niedrig wie irgend möglich, die Arbeitskraft der Lohnabhängigen wird bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit und darüber hinaus ausgebeutet. Einziger Unterschied zu Kapovaz: die Teilzeitarbeiterinnen erfahren ihre Arbeitsstunden im voraus.

Alle Teilzeitarbeitsplätze sind schlechter bezahlt, weniger qualifiziert, körperlich belastend und bieten keine Aufstiegschancen. Hinzu kommt die schlechtere soziale und rechtliche Absicherung:

- Tarifverträge enthalten in der Regel besondere Bestimmungen, die Teilzeitbeschäftigte von Leistungen ausschließen, z.B. von der Sparförderung.
- Wer weniger als 20 Stunden in der Woche erwerbstätig ist, ist nicht in der Arbeitslosenversicherung.
- Wer weniger als 15 Stunden in der Woche erwerbstätig ist oder pro Monat weniger als 390 DM verdient, ist nicht sozialversicherungspflichtig.
- Wer weniger als 10 Stunden in der Woche bzw. 45 Stunden im Monat erwerbstätig ist, hat keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (13).

Teilzeitarbeit in Zahlen

1980 betrug der Anteil der Teilzeitarbeitenden in der BRD 7,9% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dabei sind alle, die unterhalb der Sozialversicherungsgrenze liegen, nicht erfaßt, schätzungsweise 500.000 - 800.000 Frauen in geringfügiger Beschäftigung sowie die in der Statistik nicht vertretenen teilzeitarbeitendenBe-

Teilzeitarbeit in Zahlen

1980 betrug der Anteil der Teilzeitarbeitenden in der BRD 7,9% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dabei sind alle, die unterhalb der Sozialversicherungsgrenze liegen, nicht erfaßt, schätzungsweise 500.000 - 800.000 Frauen in geringfügiger Beschäftigung sowie die in der Statistik nicht vertretenen teilzeitarbeitendenBe-

amten, Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen. Teilzeitarbeit ist eine Domäne weiblicher Lohnabhängiger.

Teilzeitquote (nur sozialversicherungspfl. Teilzeitarbeitnehmer)

	Männer	Frauen
1960	0,6%	6,4%
1980	0,85%	19,1%

Die Anzahl der Teilzeitarbeitsplätze ist im Vergleich mit den Vollzeitarbeitsplätzen in den letzten 4 Jahren überproportional gewachsen:
Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze: 16,1 %, Anstieg der Vollzeitarbeitsplätze: 4,6 %.

Der größte Teil der Teilzeitarbeitsplätze liegt im Dienstleistungssektor. So stellen an Teilzeitarbeitenden:

Reinigungsberufe	20,9 %
Verkäuferinnen	14,1 %
Schreibkräfte	20,9 %.

Diese drei Berufsordnungen machen damit allein über 55 % aller Teilzeitstellen aus (14).

Teilzeitarbeit — Weg zur Berufstätigkeit der Frauen?

Von Teilzeitarbeit sind hauptsächlich Frauen betroffen. Frauen stellen 39 % aller Erwerbstätigen. Rund ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen arbeitet heute weniger als 40 Stunden, davon wieder ein Viertel unterhalb der Versicherungspflichtgrenze. Teilzeitarbeit wird fast ausschließlich, nämlich zu 97 %, von Frauen ausgeübt; fast 60 % der teilzeitarbeitenden Frauen haben Kinder zu versorgen (15).

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite



Kommt Teilzeitarbeit also den Bedürfnissen der Frauen entgegen? Wir müssen nach den Lebensbedingungen der Frauen fragen. Teilzeitarbeit scheint für viele Frauen die einzige Möglichkeit zu sein, Familie und Arbeit zu verbinden, ohne zerrieben zu werden. Frauen sind in dieser Gesellschaft alleinverantwortlich für das Aufziehen der Kinder, für die Reproduktion der Arbeitskraft, für den Haushalt. Diese geschlechtsspezifische Arbeitsteilung hat bisher schon immer Frauen mit betreuungsbedürftigen Personen in „ungeschützte" Arbeitsverhältnisse gezwungen. Auch in Zeiten der Vollbeschäftigung hatten Frauen eine schlechtere Ausbildung, schlechtere Arbeitsplätze und ein Lohnniveau, das 25 % bis 30 % unter dem der Männer lag.

Die Zeiten der Vollbeschäftigung sind vorbei. Die Arbeitslosenquote für Männer lag Ende Mai 83 bei 8 %, die der Frauen bei 10 % (obwohl Frauen nur insgesamt 39 % der Erwerbstätigen stellen). Die Lage der Mädchen ist noch katastrophaler. 59 % der Mädchen erhielten keinen Ausbildungsplatz. Und 85 % der Mädchen mit Lehrstelle sind in nur 25 von insgesamt ca. 400 Ausbildungsberufen — und es sind immer dieselben, Friseuse, Verkäuferin, Arzthelferin ...(16).

Bedingt durch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die miserable Ausbildungssituation der Frauen arbeiten gerade sie am meisten in Bereichen, wo schlecht bezahlte und schlecht qualifizierte Arbeitsplätze sind, die am ehesten in Teilzeitarbeitsplätze umgewandelt werden können.

Dazu kommt noch daß bis 1990 nach Schätzungen rund 2,4 Millionen Angestellte ihren Arbeitsplatz verlieren werden, darunter wieder überproportional Frauen. Das Batelle-Institut errechnete, daß Frauen in den Branchen Handel, Kreditinstitute, Versicherungen über 70 % automatisierbare und damit rationalisierungsfähige Funktionen ausüben. Das heißt aber: Vollzeitarbeitsplätze werden auf neue, ungeschützte Teilzeitarbeitsplätze umgestellt, klassische (20-Stunden)-Teilzeitarbeitsplätze wegrationalisiert. Dazu kommt Computerheimarbeit. **Dadurch wird es zwar mehr Teilzeitarbeitsplätze, aber insgesamt weniger Arbeitsplätze geben** (17)!

„Es wird Frauen in Zukunft gar nichts anderes übrigbleiben, als sich mit einem (womöglich auch noch ungeschützten) Teilzeitjob abzufinden, weil die Alternative dazu nicht die Vollzeitarbeit, sondern die Arbeitslosigkeit ist" (18).

In Familien mit geringerem Einkommen waren 2/3 der erwerbstätigen Frauen voll beschäftigt, während in Familien mit höherem Einkommen und gleicher Kinderzahl die Teilzeitarbeit überwiegt. Auch bei unverheirateten Müttern ist die Teilzeitarbeitsquote geringer. Teilzeit muß frau sich leisten können! Gerade für schlechter verdienende Familien und alleinstehende Mütter bietet die Teilzeitarbeit häufig keine Möglichkeit zur Lösung der finanziellen Probleme. So suchen immerhin noch 2/3 der arbeitssuchenden Frauen einen Vollzeitarbeitsplatz und noch mehr würden lieber eine Vollzeitarbeit aufnehmen, wenn es genügend und bessere Kinderkrippen, -gärten-, tagesstätten, Ganztagsschulen, annehmbare Versorgungsstätten für Alte und Kranke gäbe sowie Männer, die die Hälfte der Hausarbeit machen!

„Teilzeitarbeit für Frauen ist und bleibt ein trojanisches Pferd. Sie hebt die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung nicht auf, im Gegenteil, sie trägt dazu bei, sie zu zementieren: weil sie darauf angelegt ist, Frauen zu ermöglichen, Beruf und Haushalt zu vereinbaren" (19).

Gerade den unverheirateten Müttern und den Frauen aus gering verdienenden Familien sowie Frauen, die sich ökonomisch auf eigene Füße stellen wollen/müssen, wird mit der Forderung nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen — wie sie z.B. die Grünen in ihrem Wirtschaftsprogramm vertreten — ganz klar geschadet, da sie damit zu wenig verdienen, in untergeordneten Positionen gehalten werden und der Ausbau der Teilzeitarbeitsplätze negative Folgen auf die Vollzeitarbeitsplätze hat.

ver Intensivierung der Arbeit und Arbeitsplatzabbau! (21)

Wenn wir diese Wirkung der individuellen Arbeitszeitflexibilität zusammensehen mit der verstärkten privaten unbezahlten Reproduktionsarbeit der Frauen, so erkennen wir eine der wichtigsten Kapitalstrategien heute: **die Arbeit von der gutbezahlten über die schlechtbezahlte zur unbezahlten Arbeit hin umzuverteilen.**

Das ist nicht nur eine kurzfristige Krisenlösungsstrategie des Kapitals, sondern *„eine konsequente und notwendige Weiterentwicklung der Kapitalverwertungsform"* (22).

35-Stunden Woche absolut notwendig

Was stellen nun die Gewerkschaften dieser umfassenden Bedrohung der Lohnabhängigen gegenüber? Die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Aber die Durchsetzung der Unternehmerstrategie läuft bereits auf vollen Touren, ganz unabhängig von den Tarifverhandlungen. Durch die individuellen Regelungen ist die ganze Frage der Arbeitszeitverkürzungen nicht mehr Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmern und der Gesamtheit der Beschäftigten, sondern wird in den einzelnen Betrieben im jeweiligen Einzelfall ausgehandelt und somit aus den kollektiven Bezügen herausgelöst. Die/der einzelne Lohnabhängige steht dem Kapital direkt und weitgehend schutzlos gegenüber. Die Unternehmer haben sich einen breiten Raum geschaffen für Arbeitsverträge, die nicht den Tarifverträgen entsprechen müssen. Das heißt aber: kollektiv und gewerkschaftlich erkämpfter Schutz wird nicht nur schrittweise zurückgedrängt, sondern fällt für Teile der Beschäftigten plötzlich ganz weg, kann total umgangen werden.

Die Belegschaften werden gespalten in eine vollzeitarbeitende Stammbeleg-

Da lacht das Kapital — auf Kosten der Frauen

Teilzeitarbeit ist kein Randproblem der Beschäftigung. Sehen wir uns nochmal die globalen Zusammenhänge an.

Frauen als Hausarbeiterinnen

fällt für Teile der Beschäftigten plötzlich ganz weg, kann total umgangen werden.

Die Belegschaften werden gespalten in eine vollzeitarbeitende Stammbeleg-

Frauen als Hausarbeiterinnen

Teilzeitarbeit ist kein Randproblem der Beschäftigung. Sehen wir uns nochmal die globalen Zusammenhänge an.

Betrachten wir nun das Leben der Frauen als Hausarbeiterinnen. In Zeiten der kapitalistischen Krise wird den Frauen verstärkt das Recht auf einen Arbeitsplatz, der sie und ihre Kinder ernähren könnte, abgesprochen, sie werden als „Randgruppe" des Arbeitsmarktes behandelt. Die ideologische Begleitkampagne läuft seit Jahren: Der Haushalt und das Muttersein erscheinen wieder als der „natürliche" Arbeitsplatz der Frau. Die „sanfte Macht der Familie" soll uns wieder locken. Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht über unseren Körper, die Verschärfung des § 218, helfen dieser sanften Macht mit Gewalt nach.

Die kapitalistische Krise bedingt einerseits die Verdrängung der Frauen aus dem Berufsleben und gleichzeitig eine verstärkte Verlagerung der Krisenlasten in den privaten Reproduktionsbereich. Ein Teil der Verschlechterungen, die durch Arbeitsplatzverlust, Lohnabbau und Rotstiftpolitik im sozialen Bereich entstehen, sollen unter dem Stichwort „Selbsthilfe", „Eigenleistung", etc. von den Frauen durch vermehrte kostenlose Haus- und Reproduktionsarbeit aufgefangen werden. Bereits vergesellschaftete Dienstleistungen wie Alten- und Krankenpflege, Versorgung der Kinder, etc. werden wieder in die Familie zurückverlagert. Auch durch gesunkene Reallöhne und verteuerte Preise müssen die Frauen größere Eigenleistungen erbringen, um die Familie durchzuziehen. Das vom Kapital produzierte Elend wird so ghettoisiert und privatisiert. Frauen dienen als billiger Puffer für die Auswirkungen der Krise, sowohl als Hausarbeiterinnen als als billige Arbeitskräfte und Arbeitskraftereserve. Das ist Krisenbewältigung auf dem Rücken der Frauen, die in der Praxis vor allem ein Ansteigen der unterbezahlten und unbezahlten Arbeit für Frauen bedeutet.

Teilzeitarbeit ist jedoch auch ein Schichtproblem, ein Problem der Existenzsicherung.

Die Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals haben sich verschärft. Billigst produzieren ist die Devise, und das heißt: Rationalisierung und Verbilligung der Arbeitskraft. In dieser Unternehmerstrategie spielt die Ausweitung verschiedenster Formen „ungeschützter" Beschäftigungsverhältnisse eine wichtige Rolle.

Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse verbilligen die Arbeitskraft enorm. Arbeitsanfall und Arbeitszeit können genau aufeinander abgestimmt werden. Arbeitsbereitschaft außerhalb des Betriebes muß nicht bezahlt werden. Viele Risiken des Unternehmers können wieder auf die Lohnabhängigen abgewälzt werden (Arbeitsausfall bei Krankheit, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, etc.). Gewerkschaftlich erkämpfte Schutzbestimmungen können unterlaufen werden (z.B. Pausen an Bildschirmarbeitsplätzen). Teilzeitarbeitskräfte leisten mehr als Ganztagskräfte — bis zu 35 %. Durch flexible Arbeitskräfte werden Vollzeitarbeitskräfte ersetzt. Zusätzlich wird die Leistungsnorm der Teilzeitarbeitskräfte oft zur Leistungsnorm für alle Beschäftigten. Dies führt zu einer enormen Intensivierung der Arbeit. Außerdem wurden durch den Einsatz von Computern, Automaten, Bildschirmen und anderen Techniken die Anforderungen an den Arbeitsplätzen bereits erhöht (20).

Ergebnis ist:
— indirekte Senkung der Löhne durch Arbeitsintensivierung (für mehr Arbeitsleistung gleicher Lohn)
— optimale Ausnutzung der Produktionsmittel
— Abbau von sozialversicherungspflichtigen, somit teuren Vollzeitarbeitsplätzen.

Das Zusammenwirken der verschiedenen Faktoren bewirkt eine Steigerung der Ausbeutungsrate, auf die es dem Kapital entscheidend ankommt. Individuelle Arbeitszeitflexibilisierung bedeutet: **Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bei gleichzeitiger massi-**

schaft und teilszeitarbeitende Randbelegschaften. Ihre Interessen sind unterschiedlich. Die Teilzeitarbeitenden haben kaum Möglichkeiten, die Zusammenhänge des Betriebs oder Kolleg/inn/en kennnenzulernen. So erleben sich die Arbeitenden immer weniger als Kollektiv. Diskussionszusammenhänge werden zerrissen oder entstehen erst gar nicht. Das Potential, mit dem sich der Unternehmer auseinandersetzen muß, wird immer geringer, die kollektive Gegenwehr geschwächt.

Dies gelingt um so leichter, als das Kapital bei der bestehenden geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung ansetzt und die Schwächsten und am schwächsten Organisierten, die Frauen und die Ausländer, in „ungeschützte" Beschäftigungsverhältniss drängt.

Individuelle Arbeitszeitflexibilisierung bedeutet: Spaltung, Individualisierung, Vereinzelung der Lohnabhängigen. Damit wird auch der Gewerkschaft tendenziell der Boden entzogen.

Die Gewerkschaften scheinen diese Gefahr zu unterschätzen. Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich muß viel massiver propagiert werden — auch unter den gewerkschaftlich Organisierten. Statt ihre Forderung unerbittlich durchzusetzen, fallen einzelne Gewerkschaften auf Bundesarbeitsminister Blüms Köder zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit herein und ihren Mitgliedern damit in den Rücken. Oder wie Günter Döding, Vorsitzender der Gewerkschaft NGG, der erklärte, für 1984 könne es eine *„Einigung mit den Arbeitgebern auf eine Arbeitszeitverkürzung um 2,5 Stunden pro Woche geben. Dafür seien die Arbeitnehmer zu einem vollen Verzicht auf Lohnerhöhung bereit"*. (21)

Bei solchen Manövern bleiben nicht nur die Lohnabhängigen insgesamt, sondern speziell die Frauen auf der Strecke. Vor allem die Frauen, die von „ungeschützten" Beschäftigungsverhältnissen betroffen oder demnächst bedroht sind. Auch die Gewerkschaften haben sich nie ernsthaft gegen die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung gewandt. Ihre Hausmacht ist der männliche Facharbeiter. Frauenprobleme, Leichtlohngruppen, Teilzeitarbeit, etc. waren immer Stiefkinder der Gewerkschaftspolitik. Zwar wird seit 100 Jahren in Gewerkschaftsprogrammen die Einrichtung von Kindergärten gefordert. Aktiv dafür eingesetzt wurde sich selten.

Trotz allem kann ich mir Hilfe und Schutz für teilzeitarbeitende Frauen nur von der Gewerkschaft denken Woher sonst? Die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ist auch für Frauen ein Schritt in die richtige Richtung — wenn auch ein viel zu kleiner —, wenn dies gleichzeitig mit der Forderung nach Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung verbunden wird.

Zu fordern ist also mit den Delegierten des 12. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses:
— **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn-/Gehaltsausgleich**
— **soziale Absicherung aller Teilzeitbeschäftigten durch die generelle Einbeziehung in die Sozialversicherung**
— **Verhinderung der Einführung von 'Jobsharing'**
— **Übernahme aller Kapovaz-Arbeitnehmer in tarifvertraglich gesicherte Arbeitsverhältnisse**
— **Absicherung aller betrieblichen und tariflichen Leistungen auch für Teilzeitbeschäftigte** (24).

Und darüber hinaus:
— **Entlastung der Frauen von privater Reproduktionsarbeit**
— **Ausbau von öffentlichen Einrichtungen in Selbstverwaltung der Benutzer/innen auf Kosten der Unternehmen, z.B. Kindertagesstätten, Einrichtungen kostenloser öffentlicher Kantinen, Küchen, Wäschereien und anderer gesellschaftlich sozialer Einrichtungen**
— **Ganztagsschulen**
— **Ausbildungspflicht für alle**
— **Anerkennung der Kindererziehungsjahre bei der Rente**

lich sozialer Einrichtungen
— Ganztagsschulen
— Ausbildungspflicht für alle
— Anerkennung der Kindererziehungsjahre bei der Rente

— **Abschaffung des § 218.**

In diesem Zusammenhang finde ich den bundesweiten Aufruf der Frauen der Demokratischen Sozialisten, „Frauen für die 35-Stunden-Woche", wichtig. Darin wird die Problematik der Teilzeitarbeit für Frauen umfassend dargestellt. Die DS-Frauen rufen zur Bildung von örtlichen Aktionskomitees auf, die mit der Gewerkschaft und darüber hinaus Öffentlichkeit schaffen sollen für die Belange der Frauen und zur Verhinderung der langfristig angelegten Krisenlösungsstrategie des Kapitals auf dem Rücken der Frauen.

H., Tübingen

Anmerkungen:

1) Gewerkschaftsinterner Ordner des WSI des DGB zu „Arbeitszeitflexibilisierung", November 1982.
2) Möller, Carola: Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse — Verstärkte Spaltung der abhängig Arbeitenden. — In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10 (Neue Verhältnisse in Technopatria. Zukunft der Frauenarbeit), Köln, 1983, S. 7-15. Hier S. 10.
3) ebd.
4) ebd.
5) AK 225, „40-Stunden-Woche und die Wirklichkeit", S. 16.
6) Möller, S. 9.
7) ebd.
8) Möller, S. 10.
9) Zitat aus dem Arbeitgeber-Modell: „Wichtigste Voraussetzung für das Funktionieren in der Arbeitsplatzeinteilung ist, daß die am Job-Sharing beteiligten Arbeitnehmer die ständige, ganztägige Besetzung des Arbeitsplatzes sicherstellen. Ist dies nicht möglich, berechtigt dies den Arbeitgeber zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses wegen einer **Leistungsstörung, die aus der Sphäre der Arbeitnehmer kommt.**" Zitiert nach: Der Gewerkschafter 3/81.
10) AG Gewerkschaftspresse Bonn (Hg.): Neue Arbeitszeiten — wer profitiert. Materialien zu Jobsharing und Teilzeitarbeit. (o.J.), S. 6.
11) Vera Slupik: Die eine kommt ... die andere geht. — In: Emma 4/83, S. 16-18. Hier S. 18.
12) „Nach § 18 der AZO dürfen weibliche Arbeitnehmer bis zu einer Dauer von 4 1/2 Stunden ohne Pause durcharbeiten. Im Job-sharing System wären das 2mal 4,5 Stunden gleich 9 Stunden innerhalb der betriebsüblichen Anwesenheitszeit einer Schicht (8 Stunden Arbeitszeit + 1 Stunde Pause). Die Maschinen- und Anlagekapazitäten können so leicht um 12,5 % mehr genutzt werden. Die gleiche Mehrausnutzung müßte bei einem Vollzeitarbeitsplatz zum zusätzlichen Preis eines Mehrarbeitszuschlags von einer Stunde pro Tag erkauft werden." Zit. nach: Der Gewerkschafter 3/81.
13) Linker Extradienst, 29.5.83, S. 3.
14) alle Zahlen aus: gewerkschaftsinterner Ordner des WSI zu „Arbeitszeitflexibilisierung", Nov. 1982.
15) ebd.
16) Ingrid Strobl: Teilzeitarbeit. Netz oder Fessel. — In: Emma 9/83, S. 28-33. Hier S. 31.

zeitflexibilisierung", Nov. 1982.
15) ebd.
16) Ingrid Strobl: Teilzeitarbeit. Netz oder Fessel. — In: Emma 9/83, S. 28-33. Hier S. 31.

17) Vgl. Emma 9/83, S. 31
18) Emma 9/83, S. 31
19) Emma 9/83, S. 33
20) Linker Extradienst, 29.5.83, S. 3
21) ebd.
22) Möller, S. 11
23) SWP 2.11.83
24) Linker Extradienst, 29.5.83, S. 3

Blüm plant drastische Verschärfung der Arbeitszeitbedingungen

Ein noch vertraulicher Referentenentwurf aus Blüms Bundesarbeitsministerium plant ein neues Arbeitszeitgesetz. Das derzeit geltende Recht stammt noch aus der Nazizeit (1938). Die Referenten betitelten ihr Werk **„Entwurf eines Arbeitszeit- und Frauen-Arbeitsschutzgesetzes"**

Nach diesem Entwurf
— *„soll es bei einer wöchentlichen Regelarbeitszeit von 48 Stunden bleiben, obwohl für 96% der Beschäftigten bereits die 40-Stunden-Woche tarifvertraglich vereinbart ist;*
— *wird auf eine gesetzliche Regelung der Mehrarbeit und der Zuschläge verzichtet;*
— *kann die tägliche Arbeitszeit durch Tarifvertrag, Betriebsvereinbarung oder auch einzelvertraglichen Regelung verlängert werden, unter bestimmten Voraussetzungen (Bereitschaftsdienst) bis zu* ***84 Stunden in der Woche,*** *Ausnahmegenehmigungen der Gewerbeaufsichtsämter sollen nicht mehr notwendig sein;*
— *soll der Arbeitsschutz für Frauen insbesondere bei den Ruhepausen, bei der Nachtruhe und beim sog. Frühschluß vor Sonn- und Feiertagen abgebaut werden."* („Zeit", 9.12.83)

Das bedeutet, es soll der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften ans Eingemachte gehen: statt kollektiver Tarifverträge einzeltarifliche, betriebliche und sogar einzelvertragliche Vereinbarungen. Die Tarifautonomie würde durch dieses Gesetz unterlaufen, und die einzelen Lohnabhängigen stehen fast ungeschützt dem Kapital gegenüber. Der kontinuierlichen Schichtarbeit, wie sie beispielsweise für elektronische Datenverarbeitungsanlagen wichtig wird, wird Tür und Tor geöffnet.

Und was heißt dieses Arbeitsschutz für uns Frauen? Da hat Blüm diesmal nicht unsere „natürliche" Bestimmung als Hausfrauen und Mütter entdeckt, sondern zur Abwechslung mal die Emanzipation, insbesondere den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau: der Arbeitsschutz für Frauen wird abgebaut und dem der Männer angepaßt!

Wenn dieser Entwurf Gesetz werden kann, haben wir alle zusammen wenig zu lachen.

Und was sagt — neben anderen kritischen Stimmen aus der Gewerkschaft — der Vorstand der IG-Metall dazu? *„Der Entwurf bringt keine Verbesserung der auf die Belange der Rüstungswirtschaft zugeschnittenen, aber zur Zeit immer noch geltenden NS-Arbeitszeitordnung (AZO)"*. (zit. nach „Zeit" vom 9.12.83)

H. Tübingen

Streikwoche an den Hochschulen

Vom Protest zur Lethargie



„Das Votum einer ganzen sozialen Gruppe ..."

Vom 5. bis 12. Dezember fanden auf Beschluß der VDS an vielen Hochschulen Aktionen gegen die NATO-„Nachrüstung" statt (AK 240). Im Mittelpunkt standen dabei zwei miteinander verbundene Aktionsformen, nämlich Streik und eine Urabstimmung gegen die US-Raketen, die von der VDS-Mehrheit als „Pilotprojekt" für die ganze Friedensbewegung verstanden wurde, als erster Schritt zur „Volksbefragung von unten". Was real an den Universitäten in dieser Woche ablief, spottet jeder Beschreibung. Vom Protest zum Widerstand hieß es hier keineswegs, eher zur informativen Debatte. Es ist nur der Gipfel, daß in Hamburg eine Veranstaltung mit C.F. Weizsäcker am 7.12. den beherrschenden Höhepunkt ausmachte. 4.000 Studenten nahmen daran teil. Die einzige politisch ernstzunehmende Aktion in der Aktionswoche war die an über 120 Hochschulen durchgeführte „Volksbefragung von unten". Diese wird von den sog. GO-Kräften (MSB, SHB und Stamokap-Flügel der Jusos) als voller Erfolg gefeiert, als historisch bedeutsame Pionierleistung, die in unserem Lande eigentlich nur von DKP-Parteitagen an Bedeutung übertroffen wird. Gerade weil diese Kräfte, die innerhalb des „traditionellen" Spektrums der Friedensbewegung eher noch zum linken Teil zählen, der Urabstimmung an den Unis einen Pilotcharakter zusprechen, lohnt es sich, diese Erfahrungen auszuwerten.

Volksbefragung von unten — Gerödel bis zum Umfallen

An den Urabstimmungen gegen die US-Raketen nahmen bundesweit 262.000 Studenten teil, von denen etwa 88% gegen die Raketen stimmten. Bestätigt wurde damit sicherlich der bereits durch demoskopische Umfragen bekannte Umstand, daß rund Dreiviertel der Bevölkerung gegen die Stationierung zum jetzigen Zeitpunkt sind. **Diese Beteiligung von 262.000 allerdings entspricht nicht einmal einem Fünftel der bundesdeutschen Studenten und sie liegt nur ganz knapp über**

tel der Bevölkerung gegen die Stationierung zum jetzigen Zeitpunkt sind. Diese Beteiligung von 262.000 allerdings entspricht nicht einmal einem Fünftel der bundesdeutschen Studenten und sie liegt nur ganz knapp über

der gängigen Beteiligung an Studentenparlamentswahlen, die meistens politisch ziemlich irrelevant sind. Es gelang mit der „Volksbefragung von unten" nicht, neue Kreise zu aktivieren. Es ist politischer Betrug, wenn der MSB im Nachhinein diese Urabstimmungen als „Votum der ganzen sozialen Gruppe" ausgibt und wider alle Zahlen behauptet: *„Die Mehrheit war aktiv, und nicht nur einige Aktivisten"* (Auswertung der Streikwoche durch die Hamburger GO-Kräfte). Gerade Hamburg ist anschauliches Beispiel dafür, was tatsächlich ablief, denn Hamburg hat wohl den stärksten und stabilsten GO-ASTA der Republik. Hier haben die GO-Verbände ihre mehrere hundert Mitglieder starke Personaldecke ins letzte Gefecht geschickt. Vier Wochen lang mußte diese buchstäblich bis zum physischen Knock down Tag und Nacht Stimmen sammeln — in Seminaren, Fluren, Kneipen ... Es war tatsächlich der Einsatz aller Kräfte. Das Ergebnis konnte sich dann auch sehen lassen: Von rund 40.000 Studenten beteiligten sich — bzw. wurden beteiligt! — 15.477 gegenüber einer SP-Wahlbeteiligung unter 8.000. Es stimmten davon 90% gegen die Raketen, 87% für eine Volksbefragung und 64% für einen einwöchigen Streik. Nun mag man sagen, das sei ein großer Erfolg. Aber das muß stark relativiert werden. Denn der Streik fand nicht statt, politische Aktionen nach außen oder innerhalb der Universität selber unterblieben fast völlig. Und dies ist leider symptomatisch für die ganze Streikwoche quer durch die BRD. Wir werden das in diesem Artikel an zwei Beispielen deutlich machen. Erstens an Hamburg, weil dies eine der größten Unis überhaupt ist, die zudem einen riesengroßen GO-Block hat und ein eindeutiges Streikvotum aufwies. Zweitens an Göttingen, weil das eine der traditionell linkesten Unis ist, die einen schwachen MSB hat und gegen den Streik votierte.

Die Hamburger Streikwoche — Austerlitz oder Waterloo?

Es ist einige Jahrhunderte her, da gelang es Alchemisten mit dem Versprechen, aus allem und jedem Gold herzustellen, Fürsten anzupumpen und das Volk zu begeistern. Der MSB hat diese Masche kultiviert und macht aus jeder Niederlage einen gigantischen Erfolg. Das ist in studentischen Kreisen bestens bekannt; so war es schon vor Beginn der Aktionen klar, daß diese ein einmaliger Erfolg werden würden. Kann man dies für die Hamburger Urabstimmung noch mit gewissem Recht behaupten, wird es in der Streikauswertung gänzlich skurril. Über 2000 Studenten hatten auf einer Uni-VV im Oktober das Startsignal für einen politischen Streik gesetzt, fast 9000 stimmten für Streik. Eine solche Truppenstärke klingt beeindruckend. Was dann real ablief, enttäuschte alle, auch die GAL-Studentengruppen. Es lief nichts. Zwar fielen viele Seminare aus, liefen Dutzende von Alternativveranstaltungen, gab es sogar punktuelle Versuche, Streikposten für einen effektiven Boykott einzusetzen. Aber alle politischen Aktionen wurden zum Fiasko. An der Veranstaltung zur Bafög-Streichung nahmen ganze 50 Kommilitonen teil (47 Organisierte, 2 Erstsemester und einer, der Schutz vor dem Regen suchte); an der Veranstaltung zum Politischen Mandat und den Verbotsprozessen gegen den Hamburger AStA nahmen 100 Leute teil, und an der Demonstration zur Bundeswehr-Hochschule mit der der studentische Protest nach außen getragen werden sollte, beteiligten sich

Mandat und den Verbotsprozessen gegen den Hamburger AStA nahmen 100 Leute teil, und an der Demonstration zur Bundeswehr-Hochschule mit der der studentische Protest nach außen getragen werden sollte, beteiligten sich

40 Kommilitonen.

Und wie bewertet der Hamburger MSB dies? *„Noch nie wurde so klar das Votum der ganzen sozialen Gruppe Studenten nach außen zum Ausdruck gebracht"* (Auswertungsflugblatt der Hamburger GO). Sancta ...

Tatsächlich machte der Verlauf der Aktionen in diesem Semester deutlich,daß es zwar eine große Mehrheit gegen die Stationierung gibt, daß diese aber durch den Bundestagsbeschluß weitgehend paralysiert wurde. Zudem hatte die restlose Mobilisierung der letzten Kräfte durch die GO-Verbände für die Urabstimmung wenig Raum für die Streikvorbereitung gelassen — und der Streik begann zwei Tage nach dem Ende der Urabstimmung. Die einzige erfolgreiche Veranstaltung der Streikwoche ist weder der Linken noch dem Widerstand zu verdanken, sondern der Universitätsverwaltung. Diese hatte einen „dies akademicus" beschlossen, d.h. einen offiziellen Lehrausfall für einen Tag zwecks Friedensdiskussion. Der Höhepunkt dieses Tages war just jene Veranstaltung mit Herrn C.F. Weizäcker, dem es gelang, was der Linken versagt blieb: die Massen zu mobilisieren. Doch sogar das gilt den GO-Kräften als Erfolg, *„denn das große Interesse an der Veranstaltung spricht Bände über das positive politische Gesamtklima"*.

In der Gesamtauswertung der Streiks kommt der GO-Block zu dem Schluß, daß die Aktionen in einer „komplizierten Zeit und Situation" stattfanden, mitten in einem „Aktionsloch" zwischen Stationierungsbeginn und *„neuen Aufschwüngen der Friedensbewegung"*. Man habe sich *„verdammt weit vorgewagt"*, aber: *„Eine Gruppe muß ja schließlich den Neu-Anfang beginnen. Diesmal waren wir es."* Denn die „Volksbefragung von unten" weise *„die Richtung für eine neue Offensive der Friedensbewegung"*.

Man muß wohl davon ausgehen, daß die Aktionsform Streik auf absehbare Zeit an den Unis diskreditiert ist, daß auf solcher Plattform keine Bündnisse mehr zustandekommen werden. Es gab bereits vor den Aktionen dieses Semesters weitgehende Ressentiments gegen Streik — aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit den GO-Kräften. Dennoch sah es zunächst so aus, als gäbe es real ein großes Potential für eine politische Aktion gegen die NATO-„Nachrüstung" (vgl. AK 240). Das war im Oktober und selbst Ende November, als während der Bundestagsdebatte, auch von Hamburger Studenten aus, durchaus gut besuchte Aktionen liefen. So beteiligten sich einige hundert Studenten gemeinsam an den Straßenblockaden am 21.11. u.a.m. Alle Kräfte in Hamburg haben die Wirkung des Bundestagsbeschlusses und des Beginns der Stationierung unterschätzt. (sagen wir mal: f a s t alle — Anm. d. Red.). Am 12.12., als die Hamburger Friedensbewegung in einmaliger Entschlossenheit die Außenalster umzingelte, beteiligten sich nur wenige hundert Studenten an dem Studentenblock. (Auch die vorhergehende Veranstaltung zu den Perspektiven der Friedensbewegung war sehr schlecht besucht).

Es hat in der ganzen Streikwoche in Hamburg nicht eine einzige Aktion stattgefunden, die politischen Druck hätte entfalten können. Nicht einmal der Protest wurde deutlich in einer Aktion artikuliert. Ein vollständigeres Fiasko ist kaum denkbar.

Uni Göttingen: Das Desaster

Uni Göttingen: Das Desaster

Für die Urabstimmung zum Streik hatten sich alle politischen Gruppen der Linken übereinstimmend zum Ziel gesetzt, eine Abstimmungsbeteiligung von 40% und ein Ja-Stimmen-Quorum von 75% zu erreichen. Bei einer Beteiligung von 45% stimmten 68% für einen Streik, 31% stimmten dagegen. Absolut fehlten ca. 700 Stimmen, um die geforderten 75% zu erlangen.

Dieses Ergebnis veranlaßte den AStA (Juso/GO/LBL) zu der Schlußfolgerung: *„Wir sind der Auffassung, daß trotz der negativen Tatsache, daß das sehr hohe Ja-Stimmen-Quorum nicht erreicht wurde, eine große Streikbereitschaft an der Uni besteht. Daher wird es keinen Streik in der ursprünglich geplanten Form geben."* Während die Jusos mit einer ihnen anzumerkenden Erleichterung über das Urabstimmungsergebnis in die Uni-VV am ersten Tag der geplanten Streikwoche kamen, hatten einzelne Fachschaften mit der Parole „Der Streik findet nicht statt" zur Uni-VV mobilisiert. Statements der Jusos auf der Uni-VV wie „Alles findet wie geplant statt — außer dem Streik" waren beileibe nicht dazu angetan, eine Stimmung des „Jetzt erst recht" zu erzeugen. Die Fachschaften, die sich in den Wochen vorher schon im Kampf mit dem AStA um die inhaltliche Ausrichtung des Streiks verzehrt hatten und dementsprechend auf die Durchführung ihrer Alternativveranstaltungen konzentriert waren, meldeten sich völlig resigniert bei der Auswertung des Ergebnisses gar nicht mehr zu Worte.

Der MSB, als einsamer Kämpfer in der Wüste, hatte da schon andere Interpretationen und Aktionsvorschläge bereit: *„Die Arbeit, die vielen Diskussionen und die Durchführung der Urabstimmung haben sich gelohnt. Die Volksbefragung und die Urabstimmung zum Streik waren ein sehr großer Erfolg. — Diese Antwort mag befremdlich erscheinen ..."* In der Tat, befremdlich. Noch befremdlicher allerdings erschienen uns die Aktionsvorschläge, nachdem es nun schon mit dem Streik nicht so recht klappen wollte: ersatzweise Streik am 12.12.; oder: Menschenkette zwischen den beiden in Göttingen bekannten Kriegsforschungsinstituten; oder: Volksbefragung in einem Stadtteil. Aber auch diese „Ersatzhandlungen" waren als Vorschläge nicht dazu angetan, die Lethargie und den Frust auf der Uni-VV aufzubrechen. Und die Linke hatte diesem Frust nichts, aber auch gar nichts entgegenzusetzen. Alles was vorher unter der Parole „Den Alltag verweigern!", „Wir wollen keinen Überzeugungsstreik, sondern einen Proteststreik!" von den Fachschaften propagiert worden war, schien plötzlich vergessen. Und so ist diese „Streik"woche im nachhinein am treffensten mit „Vom Widerstand zur Informationsveranstaltung" zu charakterisieren. 700 fehlende Stimmen hatten die Stimmung total gedrückt und zogen eine politische Lähmung der Linken nach sich...

Die Ursachen liegen tiefer

Diese 700 fehlenden Stimmen, oder, wie es aus dem Basisgruppenspektrum kommt, die Urabstimmung an sich für das Scheitern des Streiks verantwortlich zu machen, wäre allerdings zu kurz gedacht. Folgendes mag dazu beigetragen haben:

Aus heutiger Sicht war es ein Fehler, den Streik in eine Zeit zu legen, in der ein direkter Anlaß fehlte. Die Bundestagsdebatte zur „Nachrüstung", die diesen Anlaß hätte bieten können, fand 2 Wochen vorher statt. Damit war die lange vorbereitete Entscheidung für die „Nachrüstung" definitiv gefallen. Die „Lärm-Demonstrationen" in Göttingen hatten stattgefunden, die Raketenstationierung begann, die Friedensbewegung hat/te über das weitere Vorgehen noch nicht entschieden. Wir lagen also mit unserem Zeitvorschlag quer zur Strömung des Geschehens und den Abläufen der Bewegung. Die entscheidenden Fehler für das Scheitern des Streiks sind allerdings in der Vorbereitung gemacht worden.

Der Streik als stärkstes Kampfmittel?

Der Streik als stärkstes Kampfmittel?

Der Streik wurde als stärkstes Kampfmittel bezeichnet. Diese Behauptung blieb völlig unbewiesen. Ein Streik der Studenten ist schließlich zunächst nicht mehr und nicht weniger als ein massenhaftes Fernbleiben von den Lehrveranstaltungen. Nur, wem schadet das Fernbleiben und wo erzeugt es politischen Druck? Den Dozenten schadet es offensichtlich nicht, und der Boykott erzeugt noch keinen politischen Druck. Diese Überlegungen spielten allerdings in der Streikvorbereitung keine Rolle; die Diskussion blieb auf der Stufe stehen, daß man sich entschlossen hatte, Streikposten aufzustellen.

Vernachlässigt wurde auch jede öffentliche Debatte über den Vorschlag, mit dem Streikvorschlag eine Konfrontationsstrategie einzuschlagen, um unseren Protest auch deutlich zu machen, um zu einem kollektiven politischen Handeln zu kommen. Letztendlich beinhaltet politischer Druck immer die Konfrontation mit dem Gegner, der diesem Druck nicht nachgeben will. Aber an der Göttinger Uni wurde der Gegner gar nicht erst gesucht, obwohl die Uni-Leitung selber den Anlaß bot mit einem präsidialen Hirtenbrief (Offener Brief an die Studentenschaft vom Präsidenten der Uni), indem von der „Schutzbehauptung" des Zusammenhanges von universitärer und Kriegsforschung zur Legitimierung eines sowieso unrechtmäßigen Streiks gesprochen wurde. Nachdem wochenlang getrommelt worden war: „Wir haben jetzt die Schnauze voll", gab es um den Präsidenten-Brief keine Auseinandersetzung. Auf der anderen Seite hatten sich Wochen vorher mehrere Hundert Göttinger Wissenschaftler gegen die Raketen öffentlich ausgesprochen; der Widerspruch wurde nicht aufgegriffen. Geschweige denn, daß diejenigen behelligt worden wären, die tatsächlich in ihren Laboratorien sitzen und das eine oder andere Teilchen für das eine oder andere Bömbchen oder Trägersystem basteln und entwickeln. Und der MSB schlägt eine Volksbefragung in einem Stadtteil vor...

Es hat auch keine Diskussionen um Besetzungen und Go-Ins gegeben. Der geplante Streik wäre weitgehend studentenschaftsintern geblieben, ohne eine Aussicht auf kollektive Aktionen, die sich mit der Uni (-Leitung) und der staatlichen Politik auseinandersetzen oder gegen sie gerichtet wären. Der Streik ist nicht unser stärkstes Kampfmittel, wenn der Einzelne entscheidet, die Lehrveranstaltung nicht aufzusuchen, und gleichzeitig der Forschungsbetrieb ungehindert weiterläuft. Dieses Verharren auf dem individuellen Protest ist jedoch zu verstehen, wenn man/frau bedenkt, daß in den letzten sieben Jahren jeweils im Herbst von der VDS die Aufforderung ergangen ist, dem Lernbetrieb fernzubleiben, zu streiken, ohne ernsthaft eine Behinderung des Lehr- ,aber vor allem des Forschungsbetriebes zu wollen. Die einzigen Aktionen, der vom VDS propagiert wurden, waren sog. Alternativveranstaltungen, deren Stattfinden einen (Nur-)Streik zu einem „aktiven Streik" machen sollte.

Letztendlich kann der Streik nicht viel mehr als Rahmenbedingungen schaffen für direkte Aktionen; über diese kann der Streik zum geeigneten Kampfmittel werden, wenn er gut vorbereitet ist. Aktionen, Konfrontation, Behinderungen, GO-, Sit-, Die-Ins sind aber auch ohne Streik möglich, der Uni-Alltag läuft, für den nächsten Krieg wird geforscht, getestet, probiert, die Raketen sind bald einsatzbereit. Wer hindert uns, über Institutsbesetzungen nachzudenken?

Rien ne va plus

Nicht sehr sinnvoll ist es, jetzt a l l e i n die GO-Kräfte und ihre Strategie für das Scheitern der Streikwoche verantwortlich zu machen. Denn tatsächlich waren a l l e Aktionen ein Schlag ins Wasser. Selbst die Demonstration zur Bundeswehr-Hochschule in Hamburg, zu der mit einem von der GAL-Hochschulgruppe erstellten Aufruf mobilisiert wurde, der weit über den üblichen „Minimalkonsens" hinausging und die Militarisierung der BRD aufs Korn nahm.

GAL-Hochschulgruppe erstellten Aufruf mobilisiert wurde, der weit über den üblichen „Minimalkonsens" hinausging und die Militarisierung der BRD aufs Korn nahm.

Die nicht-GO-Linke an der Hamburger Uni, die immer wieder Profilierung links vom MSB fordert und proklamiert, hat diese Demonstration nicht genutzt, um der Streikwoche einen linken Akzent zu geben, sondern ebenso wie der Rest sich dem holden Nichtstun hingegeben. Die Streikwoche war schlicht deplaciert, niemand war zu politischen Anstrengungen bereit, keine politische Strömung machte sich den Streikbeschluß wirklich zunutze. Der Unterschied zwischen den GAL-Gruppen und ihrem Spektrum an der Uni und dem GO-Block liegt darin, daß die GO aufgrund ihrer Mitgliederstärke und ihrer recht guten Organisationsdisziplin Aktivitäten der Studenten tatsächlich weitgehend ersetzen kann. (Dies soll nicht etwa heißen, daß es ein anstrebenswertes Ziel wäre, auch als GAL eine derartige Politik zu machen). Der Preis, den insbesondere der MSB als politisch und organisatorisch tragende Kraft der GO dafür zahlt, ist zunehmender Realitätsverlust. Man schickt seine Mitglieder ins Gerödel bis zum physischen Ruin, indem man die Bedeutung von bestimmten Aktivitäten schamlos übertreibt, und muß hinterher selbstverständlich große Erfolge für diese Schlachten vorweisen. Dieses Wechselspiel, könnte man sagen, geht nur den MSB etwas an, denn es hat ja jeder das Recht, seine Zeit sich zu vertreiben, wie es ihm beliebt. Aber die Politik des MSB hat Auswirkungen für die ganze studentische Linke, weil der MSB immer noch mit Abstand die größte Organisation ist (über 6000 Mitglieder bundesweit). Und der MSB behindert mit seinen Auswertungen die notwendigen Diskussionen und um die Ursachen der Niederlage dieser Streikwoche und um die nötigen Konsequenzen. Seitens des MSB ist geplant, die bereits laufende Kampagne *„Mach mit im MSB"* noch zu forcieren und voranzuschreiten auf dem Wege zum „Massenverband". Dieser Versuch, die Reste der Studentenbewegung aufzusaugen, hat entgegen üblicher Mitgliederwerbung der DKP einige Erfolge, weil der MSB die bestorganisierteste Kraft an den Unis darstellt. Sie ist zugleich eine Antwort auf zunehmende bündnispolitische Isolierung des MSB, die sich in einem Abrücken der Jusos vom GO-Bündnis und erheblichen Ressentiments im grün-alternativen Spektrum ausdrückt und die nach dieser Streikwoche sicher noch zunehmen wird. Vom MSB wird kein Impuls für eine neue linke Politik ausgehen, die den Teufelskreis aus langweiligen Standardaktionen und politischer Resignation durchbrechen könnte. Andrerseits scheint nach der Schlappe dieses Semesters auch nichts für die Herausbildung einer politisch relevanten linken Alternative zu sprechen. Der Niedergang der Studentenbewegung nimmt seinen Lauf.

**J./Hochschulzelle Hamburg
(der Teil zu der Göttinger Uni stammt von der KB-Uni-Gruppe Göttingen)**

Am 20.12.83 verabschiedeten sich in Bonn 162 Arbeitsbrigadisten, die sich aus verschiedenen Städten der BRD kommend, gemeinsam auf den Weg nach Nicaragua machten. Sie sind mit der Absicht losgefahren, zwei Monate lang als Erntehelfer Kaffee zu pflücken und ein Zeichen der Solidarität im Kampf gegen den Imperialismus zu setzen. Sie wollen den USA klarmachen, daß jede Intervention bedeuten würde, daß sie auch auf Deutsche, US-Amerikaner, Italiener, Franzosen, auf Menschen aus der ganzen Welt schießen werden.

Die Brigade „Juntos venceremos" und ihre Verabschieder, die sich auf dem Bonner Kaiserplatz versammelten, erhielten vorweihnachtliche, offizielle Ehren: Mit chemical mace und Schlagstockeinsatz (TAZ, 21.12., 22.12.83) wurde die „unerlaubte Ansammlung" aufgelöst. Zwei Brigadisten mußten ihre Personalien aufnehmen lassen.

Diese Form der Verabschiedung erhält einen umso zynischeren Anstrich, bedenkt man, daß die FAZ einen Tag nach diesem Ereignis fordert: „*Was immer die Bundesregierung dem Revolutionsregime an Wohltaten zugedacht haben sollte, sollte in jedem Falle als Rücklage hierbehalten werden, bis der letzte der ‚Arbeitsbrigadisten' heil und gesund auf deutschem Boden steht.*" (FAZ, 21.12.83)

Es ist schon ein starkes Stück,
1. die Bundesregierung zu belobigen, daß sie seit 1981 Nicaragua Millionen an Entwicklungshilfe nicht auszahlt
2. auf diese Weise dazu aufzufordern, dies auch weiterhin zu tun und auf alle Bereiche, gemeint können nur auf konkrete Projekte bezogene Gelder wie z.B. die Überholung einer Kraftwerksturbine in Managua sein, auszudehnen und
3. dies mit dem zu erhaltenden Wohl der 162 Anti-Imperialisten zu begründen, denen staatlicherseits vor ihrer Reise ‚gesundheitsfördernd' chemical mace und Schlagstock überreicht werden.
Soweit zur Abfahrt der Brigadisten. Der folgende Bericht schildert die Ankunft in Nicaragua.



Die Kinder von Karl Marx grüßen die Kinder von Sandino"

Bericht über die Ankunft der internationalen Arbeitsbrigaden in Nicaragua

Upe Mira Flores, 25.12.

„Los hijos de Marx saludan los hijos de Sandino" (Die Kinder von Marx grüßen die Kinder von Sandino) — Das Transparent wurde eiligst in der von rund 170 westdeutschen und holländischen Brigadisten kurzzeitig besetzten Luxemburger Flughafenhalle zusammengeklebt und bei der Zwischenlandung in Havanna fertiggestellt. Jetzt wird es von zwei Münsteraner Brigadisten neben der soeben gelandeten IL-62 der Aeroflot aufgespannt — auf dem Flughafen C. Sandino in Managua. Am Fuße der Gangway steht Ernesto Cardenal, ein Kulturminister mit schwarzer Baskenmütze, Jeans und langem weißen Baumwollhemd. Er schüttelt jedem zur Begrüßung die Hand. In der Flughafenhalle heißt er uns wenig später im Namen der Regierung willkommen. Es sei einmalig in der Geschichte, daß Menschen aus

langem weißen Baumwollhemd. Er schüttelt jedem zur Begrüßung die Hand. In der Flughafenhalle heißt er uns wenig später im Namen der Regierung willkommen. Es sei einmalig in der Geschichte, daß Menschen aus

Ländern, die seit Jahrhunderten Kaffee aus der 3. Welt trinken, ohne zu ahnen, unter welchen Strapazen er geerntet wird, nun nach Nicaragua kommen, um unter den gleichen harten Bedingungen zu leben und zu arbeiten wie die Campesinos.

Alles geht unheimlich schnell, am nächsten Morgen sollen wir schon in unsere Einsatzgebiete im Norden gefahren werden. Pressekonferenz, Interviews, Fernsehaufnahmen, die Fahrt durch Managua zu dem Guesthouse der FSLN, wo wir zusammen mit einer 70-köpfigen US-Brigadistengruppe schlafen sollen, vorbeifliegende Eindrücke von phantastisch bunt bemalten Steinmauern, armseligen Hütten und Häusern, winkenden Menschen (wir haben die Fahne der FSLN aus unserem Bus gehängt) und bewaffneten militianos.

Nachmittags — wir haben kaum unsere Quartiere belegt — spricht ein Vertreter der Landarbeitergewerkschaft ATC. Sein Vortrag ist erfrischend schonungslos. Er idealisiert nicht das Landleben nach der Revolution, sondern beklagt die armseligen Verhältnisse, unter denen die campesinos in den Bergen immer noch leben müssen. Er spricht über die Errungenschaften der Revolution, über die Anstrengungen, die in den letzten vier Jahren auf dem Gebiet der schulischen Bildung, der Ernährung, der Bewässerung, der Gesundheitsfürsorge und beim Bau sanitärer Einrichtungen unternommen worden sind. Aber nur, um die Unzulänglichkeiten der geleisteten Arbeit und die gewaltigen Aufgaben, die noch angepackt werden müssen, zu unterstreichen.

„Die Revolution hat den campesinos bisher noch kein Leben verschaffen können, wie sie es verdient hätten. Aber die Revolution hat ihnen ein Leben in Würde ermöglicht."

Und immer wieder — wie so oft in den folgenden Vorträgen und Reden — der eindringlich vorgetragene Wunsch, endlich in Frieden, ohne Contra-Überfälle, Terroranschläge und Sabotageakte die Lebensbedingungen des Volkes verbessern zu können.

„Wir wollen den Frieden, um Krieg gegen die Armut zu führen."

Gegen 17 Uhr werden wir ins „Regierungsviertel" gefahren. Eine offizielle Begrüßung und Kundgebung für die internationalen Arbeitsbrigaden ist angesagt. Rund 500 Brigadisten aus vielleicht 20 Ländern marschieren Parolen rufend, fahnenschwingend mit unzähligen Transparenten auf dem Platz. Vier riesige Lautsprecher sind aufgebaut, aus denen lateinamerikanische Musik tönt. Nach einiger Zeit fangen die Amis an zu tanzen, während die Westeuropäer eher schüchtern, ab und zu das unvermeidliche „NO PASARAN" rufend, hinter ihren Transparenten stehen — allerdings — erstaunlich angesichts der Zusammensetzung

gen die Amis an zu tanzen, während die Westeuropäer eher schüchtern, ab und zu das unvermeidliche „NO PASARAN" rufend, hinter ihren Transparenten stehen — allerdings — erstaunlich angesichts der Zusammensetzung

der Gruppe — relativ geordnet. Nach etwa einer Stunde kommen unsere Gastgeber. Gewerkschaftsvertreter, Ernesto Cardenal, Commandante de la Revolution Jaime Wheelock (Mitglied der Regierungs-Junta und Agrarminister). Die Rede von Wheelock geht unter die Haut, selbst bei jenen, die ihren Inhalt nicht verstehen. Wir haben sie mitgeschnitten und übersetzt. Ich zitiere den Schluß:

„Jetzt steht ihr hier an unserer Seite, mit euch sind die Zeichen der Solidarität aller Völker hier angekommen, und wir fühlen uns wahrhaftig dankbar und bewegt, von Euch in dieser Situation unterstützt zu werden. Wir wissen, daß, wenn es eine gerechte Sache gibt, und wenn ihr bereit seid, diese gerechte Sache zu verteidigen, dann gibt es keine Kraft, die in der Lage ist, diese gerechte Sache zu überwinden.

Das einzige, was uns wirklich besorgt, ist, daß ihr nicht an diese Art von Arbeit gewöhnt seid. Ihr werdet unter sehr harten Bedingungen arbeiten, ihr werdet möglicherweise schlecht essen. Wir haben immer noch nicht alle Probleme des Volkes bewältigen können. In wenigen Jahren kann man nicht die Armut beseitigen, unter der unser Volk zu leiden hatte, und durch die ökonomische Krise, durch die Bedrohungen, Aggressionen, die wirtschaftliche Erpressung ist diese Aufgabe des Wiederaufbaus noch schwieriger geworden. Trotzdem ist das Symbnol, das ihr heute auf eure Fahnen geschrieben habt, das allerwichtigste. Ihr werdet wenig Kaffee und Baumwolle ernten, aber dennoch zeigt eure bloße Anwesenheit hier für uns eine moralische Unterstützung von großer Bedeutung. Mit dieser Geste, Eure Arme diesem Lande entgegenzustrecken, macht ihr einen großen Schritt, um den Fortschritt dieser Revolution zu unterstützen, macht ihr einen Schritt der Brüderlichkeit und der Solidarität.

Dies zeigt uns und eröffnet uns die Perspektive, daß ihr eines Tages nach Nicaragua kommt, nicht nur als Staatsbürger, sondern als Männer und Frauen der Regierung, wenn das Volk und die Regierung nicht mehr voneinander getrennt sind, wenn die Interessen des Volkes mit den Interessen der Regierung nicht mehr voneinander getrennt sind und wenn wir eine Welt haben werden, in der tatsächlich der Frieden herrscht, in der wir keine Stellungen bauen müssen, sondern Schulen und Häuser, wo nicht Priester entführt werden, sondern wo es Kirchen gibt, die voll von Kindern und Alten sind, wo Kooperativen nicht von den Imperialisten in Blut ertränkt werden, sondern wo es gedüngte Felder gibt, die von nicaraguanischen Companeros bearbeitet werden, unterstützt von Technikern aus den USA, von Technikern der Regierung der USA und aus der BRD, und wo wir Nicaraguaner auch in die USA und in die BRD kommen können,

caraguanischen Companeros bearbeitet werden, unterstützt von Technikern aus den USA, von Technikern der Regierung der USA und aus der BRD, und wo wir Nicaraguaner auch in die USA und in die BRD kommen können,

d.h. wo es einen wirklichen Frieden, wo es Harmonie und Brüderlichkeit gibt.

Wir verpflichten uns vor Euch, die ihr hier anwesend seid, dieses Ziel bis zu unserem letzten Blutstropfen, hier in Sandinos Nicaragua, zu verteidigen, und wir öffnen dieses Land für euch als sei es euer eigenen Heimatland."

Nicaragua befindet sich im Krieg. Wenige Tage vor unserer Ankunft haben Contras eine Kooperative in El Coco, im Norden des Landes niedergemacht. Neun Menschen wurden bestialisch umgebracht, die Gebäude angezündet.Am Tatort wurde NATO-Munition gefunden. Am Donnerstag haben Überlebende des Massakers vor der amerikanischen Botschaft in Managua demonstriert. Sie hatten die NATO-Munition dabei. Das ist die NATO! Offiziell sind es nur die Yankees, die sich in Mittelamerika die Hände in Blut waschen, während die anderen NATO-Länder sie in Unschuld tauchen, von Lösungen schwätzen, die auf dem Verhandlungswege gefunden werden müßten. In Wirklichkeit töten ihre Kugeln aus ihren Waffen die Campesinos, jene Campesinos, in deren Namen sie Pluralismus, Freiheit und Democracy fordern.

Nicaragua befindet sich im Krieg. Zur selben Zeit, als wir in Göttingen auf dem Bahnhof verabschiedet wurden (Montag, 19.12.) überfielen die Contras eine Misquito-Gemeinde im

und Democracy fordern.

Nicaragua befindet sich im Krieg. Zur selben Zeit, als wir in Göttingen auf dem Bahnhof verabschiedet wurden (Montag, 19.12.) überfielen die Contras eine Misquito-Gemeinde im

Nordosten. Die ganze Gemeinde (rund 1.000 Menschen) wurde nach Honduras geschleppt. Unter ihnen ein Bischof namens Schlaefer. Der Bischof ist zwar ein konservativer Mann, aber — so wird uns berichtet — kein Parteigänger der Contras. Die „Barricada" macht am Tag unserer Ankunft mit der Schlagzeile auf: „Schlaefer von Contras entführt". Am Abend hören wir, der Bischof sei tot aufgefunden worden. Wieso haben die Contras den Bischof ermordet?! Politisch ein glatter Wahnsinn! Denn dieser Mord dürfte den reaktionären Klerus in arge Schwierigkeiten bringen. Offenbar haben die Contras ein Stadium erreicht, wo sie völlig blindlings zuschlagen. Werden sie dann Rücksicht auf einen Haufen linker Brigadisten nehmen?

Am nächsten Morgen meldet die „Barricada" Misquitos bezeugen: „Schlaefer wurde entführt". Von seiner Ermordung ist keine Rede.

Der Hintergrund ist folgender: die Amis haben über die internationalen Presseagenturen verbreiten lassen, daß die 1.000 Misquitos samt Schlaefer freiwillig nach Honduras gezogen sind, um hier ein besseres Leben führen zu können. Drei Misquitos bezeugen das Gegenteil: das Dorf sei von Contras überfallen und die Einwohner samt Schlaefer mit Waffengewalt über die Grenze gezwungen worden. Wahrscheinlich ist die Sache so abgelaufen: Die Contras sind in das Dorf eingefallen, haben die sandinistischen Milizen umgebracht und die Bewohner dann unter dem Eindruck der Waffen —und diese Brüder sind vom CIA mit dem modernsten Vernichtungswaffen ausgestattet— gebeten, doch mit nach Honduras zu ziehen. Eine Reihe Mosquitos haben sich geweigert, die „überwiegende" Mehrheit ist „freiwillig" gegangen. Schlaefer ist nicht tot und der Überfall keine Wahnsinnstat, sondern ein wohlkalkulierter, blutiger Schachzug. Aus folgendem Grund: Im Rahmen der Zugeständnisse, die die FSLN in den letzten Wochen zur Abwehr der Invasionsgefahr gemacht hat, wurde auch ein Amnestieangebot an die Mosquitos erlassen, die ihre Dörfer verlassen haben, nach Honduras über Grenze gegangen sind und sich den Contras angeschlossen haben. Es wurde ihnen Straffreiheit und völlige Bewgungsfreiheit zugesichert. Tatsächlich haben zahlreiche Mosquitos in den letzten Wochen von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Der Überfall auf das Dorf sollte zeigen: Die Mosquitos kommen nicht nach Nicaragua zurück, sondern fliehen im Gegenteil vor den „Kommunisten" nach Honduras.

Die FSLN hat diese propagandistische Aktion klug gekontert. Sie hat in ihrer Zeitung verbreitet, die Bewohner seien gewaltsam entführt, Bishof Schlaefer brutal verschleppt worden. Prompt kam das Dementi. Und von wem! Von dem Botschafter der USA in Managua! Reingefallen. Woher weiß der Botschafter das? Immerhin lebt er in Managua, 400 km vom Ort des Geschehens entfernt, war also keineswegs Augenzeuge eines jubelnden Aufbruchs der Mosquitos ins gelobte Land. Der Beweis war erbracht, daß die „Flucht" der Mosquitos vom CIA organisiert worden war.

Donnerstag,

Wir fahren nach Esteli, rund 150 km nördlich von Managua. Mit uns fahren

Donnerstag,

Wir fahren nach Esteli, rund 150 km nördlich von Managua. Mit uns fahren

die Amis, die Frankfurter Gruppe und die Holländer. Die restlichen Brigadisten werden in Matagalpa, südlich von Esteli, eingesetzt. Esteli gehört zu den Provinzen, die am frühesten befreit worden sind. Die Nationalgarde Somo-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

zas wurde vertrieben und die Region zur befreiten Zone erklärt. Kurze Zeit später hat Somoza die Stadt wahllos bombadieren lassen.

Ein Regierungsvertreter der Region hält einen Einführungsvortrag über die Region. In den Nordprovinzen leben auf 7000 Quadratkilometern 300.000 Menschen. 70% sind Bauern. Die Grenze zu Honduras ist 250km lang. Faktisch das ganze Grenzgebiet ist umkämpft. In der Region halten sich rund 1500 Contras auf, deren Bewegungen allerdings von den Sandinisten kontrolliert würden. In der Region wird vorwiegend Kaffee angebaut. Während der Kaffeernte arbeiten rund 40.000 Menschen hier, feste Arbeitsplätze gibt es nur für 3000 Menschen. (Landarbeiter auf den staatlichen Gütern UPE und auf den Privatbesitzungen). Das Ziel der Regierung ist die Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft, um zum einen die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln sicher zu stellen und um durch den Kaffeexport die notwendigen Devisen zu bekommen.

40.000 ha Land ist den Bauern allein in diesem Jahr übergeben worden („*Das ist die Agrarreform!*"). Aber die Bevölkerung hat einen Zweifrontenkampf auszufechten, einmal gegen die Armut und Unterentwicklung, zum anderen gegen die vom CIA befehligten Contras. Ca. 4000 Familien mußten in diesem Jahr ihre Besitzungen verlassen, weil sie ständig Gefahr liefen, von Terroranschlägen der Konterrevolutionäre getroffen zu werden. 4000 Familien —das sind über 20.000 Menschen, die in sichere Regionen umgesiedelt werden mußten.

In der Grenzregion kann kein Reis angebaut werden. Die Contras haben sich in ihrem „Befreiungskampf" darauf spezialisiert, die Ernährung der Bevölkerung durch Überfälle auf Koope-
auf spezialisiert, die Ernährung der Bevölkerung durch Überfälle auf Koope-
rativen und auf den Feldern arbeitenden Campesinos zu sabotieren. Allein in diesem Jahr konnten deshalb über 7000 Tonnen Reis, das wichtigste Grundnahrungsmittel, nicht geerntet werden. Es wird versucht, duch Kartoffelanbau diesen Verlust aufzufangen. Auch dabei werden wir helfen.

In die Region sind 1500 Contras eingedrungen (andere offizielle Angaben: 3000).

Zwei LKWs warten auf uns. Auf den kleineren werden die Amis und die Westberliner verladen. Unser Fahrzeug erinnert verdammmt an einen Transporter, auf dessen Ladefläche sich normalerweise Schweine drängen. Einige Witzbolde haben Gelegenheit zu dem, was sie Scherze nennen: „Jetzt geht's zum Schlachthof". Die Rucksäcke werden verladen. 30 bis 40 finden auf der Ladefläche dicht zusammengedrängt Platz, der Rest klettert auf das durch einige Bohlen zusammengezimmerte Dach. Der LKW rast durch Esteli. „NO PASARAN! NO PASARAN!" wird der Bevölkerung entgegengeschmettert. Wahscheinlich erwarten wir, daß uns, kaum daß man uns erblickt, die Fäuste zum antiimperialistischen Gruß entgegengereckt würden. Der Nicaraguenser ist, so scheint es, nur verblüfft, und bevor er das Ganze halbwegs glaubt, was da durch seine Strassen brüllend, knatternd und fahnenschwingend rauscht, ist der seltsame Zug an ihm vorbeigerauscht. Hier und da winken uns einige Nicas zu. Fortan winken wir lediglich. Die Stadt Esteli entpuppt sich als gefährliches Pflaster —zumindest für jene, die oben auf den Dach hocken. Über den Strassen sind allerlei Leitungen gespannt, auch Stromleitungen, verdammt tief, und der Blick nach rechts oder links kann üble Folgen zeitigen. Alle dreißig Sekunden schreit einer von vorn „Achtung!" —20 Köpfe und Rücken biegen sich blitzschnell nach vorn, die Leitung oder die tiefhängenden Äste eines Baumes zischen über uns hinweg. Großes Hallo beim Auftauchen; die Stimmung ist ausgezeichnet und erreicht jeweils ihren Höhepünkt, wenn sich das Auftauchen als zu früh herausstellt, weil die nächste Leitung schon unser harrt.

Die Gegend wird bergiger. Wir fahren in einen unbeschreiblichen Sonnenuntergang, vorbei an zahlreichen, verstreut liegenden Hütten, vor denen sich im Verhältnis zur Behausung unglaublich viele Menschen, insbesondere Kinder, versammelt haben. Die Hütten sind armselig, gerade so gebaut, daß sie den notdürftigsten Schutz vor den Regengüssen während der Regenzeit bieten. Hat die Revolution diesen Menschen ein „Leben in Würde" verschafft? Nach dem ersten Eindruck zu urteilen, hat sich hier in den Bergen für die Campesinos nichts geändert. Später erfahren wir, daß alle diese armseligen Hütten zu einer Comunidad —einer Gemeinde— zusammengefaßt sind. Jede Comunidad verfügt über eine Schule, in der Kinder und Erwachsene zwei Stunden am Tag unterrichtet werden. Vor der Revolution konnte kaum jemand hier in den Bergen lesen und schreiben.

Eine Gesundheitsstation sorgt dafür, daß Kranksein nicht mehr —wie so oft unter der Somoza-Diktatur— den Tod bedeutet. Früher war die Gesundheit eine Ware und unerschwinglich für jene, die den Somoza-Clan auf ihren Schultern tragen mußten. Heute ist die medizinische Versorgung kostenlos. Vor zwei Tagen wurde ein Junge, der von einer giftigen Schlange gebissen worden war, mit einem Armeehubschrauber ins Kankenhaus von Managua geflogen. Vielleicht ein Einzelfall, nur eine Demonstration, die einem Menschen das Leben gerettet hat — aber symptomatisch für den sozialen Inhalt der Revolution, die der Imperialismus nicht dulden kann.

Es wird blitzartig dunkel. Der Regierungsvertreter aus Esteli hat uns erzählt, unser Einsatzort läge 10 Km nördlich der Stadt. 25 km sind wir bisher mindestens gefahren — Richtung hondurenische Grenze. Der LKW stoppt vor einer Finka. Ein halbes Dutzend mit Acras bewaffnete militianos stehen vor dem Gebäude. Schon seit einiger Zeit ist uns aufgefallen, daß sämtliche Finkas, an denen wir vorbeifahren, bewacht sind. Wir befinden uns in einem Gebiet, das gelegentlich von Contra-Überfällen heimgesucht wird. Einer der bewaffneten Männer spricht mit dem LKW-Fahrer. Wir verstehen kein Wort. Plötzlich fallen zwei Schüsse. Es wird merklich stiller im und auf dem Laster. Unser Fahrer wollte an der Kontrollstation vorbeifahren, was wohl nicht auf Zustimmung der Wachposten stößt. Es wird verbreitet, daß die militianos überhaupt nichts von unserer Ankunft wüßten, und wenn in der Dunkelheit in diesem Gebiet ein mit merkwürdiger Fracht beladener LKW fährt, werden sie eben nervös. Nach 15 Minuten geht es trotzdem weiter. Es ist empfindlich
sie eben nervös. Nach 15 Minuten geht es trotzdem weiter. Es ist empfindlich
kühl geworden; immerhin dürften wir uns mittlerweile in 14- 1500 Meter Höhe befinden. Zum ersten Mal, seitdem ich mich entschlossen hatte, nach Nicaragua zu fahren, wird mir etwas mulmig in der Magengegend. Auf dem Dach geben wir für Contras hervorragende Ziele ab. Gegen 19.30 Uhr erreichen wir endlich „unsere" Finka: UPE Oro Verde, eine staatliche Farm. Die Rucksäcke werden im Schein der Taschenlampen abgeladen; elektrisches Licht gibt es hier oben nicht. Das Abendessen ist bereits fertig. Mais-Tortilla, Bohnen, Reis. Für die nächsten Wochen: morgens, mittags, abends. Der Witz „Na, was gibt es heute zu essen?" ist schier unausrottbar.

Die Frauen auf der Finka beginnen morgens um vier mit der Essenszubereitung. Wir werden vom Klopfen des Teigs für die Tortilla geweckt, können allerdings noch zwei Stunden weiterschlafen. Um sechs Uhr aufstehen, Waschen, entweder an verschiedenen Wasserhähnen rund um das Haus oder in zwei Duschen. Auf dem Vorplatz stapelt sich Brennholz, zwei Schweine wälzen sich im Schlamm, diverse Hunde laufen umher. Wir (die Frankfurter, die Hamburger Gruppe und die Holländer) sind in zwei Räumen untergebracht. Wir Göttinger schlafen mit rund 50 anderen Leuten auf dem Boden, wo normalerweise Kaffee- und Maissäcke untergebracht sind. In den Ecken stehen noch einige Maissäcke, was für allerlei Ratten und Mäuse eine schlichte Provokation bedeutet. Nachts —von wegen, Wolfgang Borchert— herrscht jedenfalls munteres Treiben zu unseren Füssen.

Morgens um 7 Uhr geht es in die Kaffeeplantage; sie liegt direkt hinter der Finka. Jeder kriegt einen Korb und einen Leinensack in die Hand gedrückt und hat für die nächsten acht Stunden dafür zu sorgen, daß sie mit den roten Kaffeekirschen gefüllt werden. Die Arbeit ist ziemlich einfach und macht Spaß — bislang, nach zwei Arbeitstagen.

Gestern war Heiligabend. Die Nicas haben ein Rind geschlachet. Das Tier wird zerlegt und sämtliche Stücke werden in der Küche auf Wäscheleinen aufgehängt. Im Schein der Kerze ein romantisches Bild —ein vollwertiger Ersatz für einen Weihnachtsbaum. Statt Weihnachtslieder zu singen, üben wir abends die sandinistische Hymne: „*Adelante, marchemos companeros* ...".

Am Montag erfahren wir, werden wir allerdings für eine Woche erstmal zum Kartoffelanbau marschieren. Die Saatkartoffeln müssen unbedingt gesetzt werden, sonst verfaulen sie...

Soweit erstmal. Mitte Januar fährt jemand aus der Gruppe zurück in die BRD, dann folgt der zweite Bericht. Seid alle herzlich gegrüßt und umarmt, macht Flugblätter, schreibt Wandzeitungen, organisiert Veranstaltungen, sammelt Geld; tut also das, was ihr eh machen wollt. Die Menschen hier haben es verdient. Kl.

Frauen in Nicaragua

„Vorher hatten wir gar nichts, jetzt haben wir die Zukunft"

„Die Praxis, die kämpferische Aktivität, läßt die Frau die wirklichen und vollkommenen Ausmaße des Problems unserer Unterdrückung erkennen, die ökonomischen Grundlagen, die sozialen Grenzen und deren ideologische Rechtfertigung. Das läßt uns verstehen und erkennen, daß unsere, der Frauen Befreiung, nicht allein unser Werk sein kann, sondern von Mann und Frau gemeinsam erkämpft werden muß. Dabei spielen wir als Angriffsspitze eine wichtige Rolle, indem wir uns unserer Bedingungen bewußt werden, sie einordnen und für ihre Veränderung kämpfen".
(Lea Guido, Gesundheitsministerin von Nicaragua)

Diese Bedingungen, unter denen die Frauen Nicaraguas für ihre Rechte kämpfen, sind äußerst hart: Zum einen der in ganz Lateinamerika tief verwurzelte Machismo, zum anderen die US-Kriegspolitik, die Nicaragua zwingt, die im sozialen Bereich dringend benötigten Gelder für die Verteidigung des Landes auszugeben. Nur vor diesem Hintergrund sind die Erfolge und realen Verbesserungen für die Frauen zu beurteilen.



Eine Landarbeiterin in Nicaragua lädt ihre Waffe — heute ein unerläßliches Werkzeug bei der Arbeit auf den Feldern zum Schutz gegen Angriffe durch CIA-Söldner.

Arbeitssituation

Im Vergleich zu dem prozentualen Anteil der Frauen am Produktionsprozeß in Lateinamerika — 20 % weibliche Berufstätige — sind die Zahlen in Nicaragua mit 35 % außerordentlich hoch. Aber „*wenn wir die Art der Arbeit untersuchen, die die Frau ausführt, stellen wir fest, daß ein hoher Prozentsatz von ihnen in Wahrheit unterbeschäftigt ist und ein anderer Prozentsatz dem Bereich der Hausarbeit unterzuordnen ist, eine Aufgabe, die ganz sicher nicht produktiv ist und in Zukunft geregelt und vermindert werden muß*", so Thomas Borge in einer Rede zur Feier des 5. Jahrestages der AMNLAE (die Frauenorganisation Nicaraguas).

In Managua machen Frauen 70 % der im Haushalt Beschäftigten und 55 % der Händler aus, aber nur 14 % der Industriearbeiter. Die wirtschaftlichen Aktivitäten der städtischen Unterschicht sind durch den Kleinhandel geprägt. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung gehören hier zum Alltag. Das führt dazu, daß meist mehrere Familienmitglieder arbeiten müssen. Oft tragen die Frauen die ganze Verantwortung für den Haushalt. Nach Angaben von Thomas Borge in der bereits zitierten Rede sind 83 % der berufstätigen Frauen Familienvorstände. Z.B. in Managua haben 49 % der Familien eine Frau als alleinigen Familienvorstand — landesweit 26 % — von diesen Frauen sind 85 % berufstätig. Die vom Mann verlassene Frau, die dann allein verantwortlich ist für den Unterhalt der Familie, die Versorgung und Erziehung der Kinder, die ganze Hausarbeit erledigen muß, diese Frau ist eine Realität in ganz Nicaragua, besonders in der städtischen Unterschicht.

Ein Grund für den Familienzerfall ist der Machismo. Da bildet Nicaragua keine Ausnahme. Noch immer zählen die Männer, die mit verschiedenen Frauen möglichst viele Kinder haben, am meisten. Dieser Machismo hat eine Kette von Verantwortungslosigkeit zur Folge: Der Mann trennt sich von seiner ersten Frau und den Kindern, um sich mit der zweiten Frau zusammenzutun, der gegenüber er seine Verpflichtungen zu erfüllen versucht, bis das Kind seiner dritten Geliebten geboren ist ...

Auf dem Land wirkt sich der Machismo seltener so aus, daß der Mann die Familie verläßt, da seine Mobilität durch die Feldarbeit eingeschränkt ist. Hier ist die Frau zur Bedeutungslosigkeit innerhalb der Familie verdammt, der Mann spielt in jeder Hinsicht „Herr im Haus".

„*Wie oft sind wir in ein Landarbeiterhaus gekommen, wo die Frau nicht mit uns redete, weil sie immer nur in der Küche war*", erinnerte sich Jaime Wheelock in seiner Rede beim ersten Treffen der Landarbeiter im April 83.

Gesetze

Die wichtigsten Veränderungen für die Frauen liegen im Bereich der Gesetzgebung. So wurde schon einen Tag nach der Revolution die Prostitution verboten und der Mißbrauch der Frau als Sexualobjekt für Propagandazwecke in den Massenmedien. Am 21.8.79 wurde das Statut der Rechte und Garantien der Nicaraguaner veröffentlicht, das die bedingungslose Gleichstellung aller Bürger erklärt und entsprechend gleichen Lohn für gleiche Arbeit garantiert. Um diesen Anspruch umzusetzen, insbesondere unter einer so benachteiligten Schicht wie den Bauern, wurde veranlaßt, daß „jede Person, Mann oder Frau, die das 14. Lebensjahr vollendet hat, in der Lohnliste als Arbeiter eingetragen wird". Vorher erhielt nur das „Familienoberhaupt" das Gehalt für die ganze Familie. Frauen und Kinder galten nicht als arbeitende Personen und gingen entsprechend oft bei der Geldverteilung leer aus.

Die weitere Entwicklung der Gesetze zugunsten der Frau ist auf die Einwirkung der AMNLAE als Bewegung, die die Frau im Staatsrat vertritt, zurückzuführen. Die Frauenorganisation legte zwei bedeutende Gesetzentwürfe vor: Das Gesetz über „die Beziehungen zwischen Mutter, Vater und Kindern" regelt die Gleichheit der Rechte und Pflichten von Mutter und Vater gegenüber den gemeinsamen Kindern. Es ersetzt das alte Konzept der „väterlichen Gewalt", das dem Mann die absolute Herrschaft über die Familie garantierte und nur die in der gesetzlichen Ehe ge-
Gewalt", das dem Mann die absolute Herrschaft über die Familie garantierte und nur die in der gesetzlichen Ehe ge-
borenen Kinder berücksichtigte.

Das „Gesetz der Alimente" bedeutet eine Konkretisierung: Es verpflichtet den Vater und die Mutter, zusammen für Erziehung, Essen, Kleidung, Gesundheit und Unterkunft ihrer Kinder auszukommen. Die Familiensolidarität gegenüber allen abhängigen Mitgliedern — Kinder, Behinderte, alte Menschen — wird gefordert. Dies Gesetz ist im Nov. 82 nach langen Diskussionen und Anfechtungen — vor allem seitens der Männer — im Staatsrat verabschiedet worden. Der umstrittenste und interessanteste Aspekt dieses Gesetzes ist: „*Zum Unterhalt der Familie sollen, jeweils im Umfang ihrer Möglichkeiten, alle ihre Mitglieder beitragen, die arbeitsfähig sind, durch Geld, Waren oder Hausarbeit. Zu der Hausarbeit sollen alle beitragen, die dazu die Möglichkeit haben ohne Unterschiede im Geschlecht.*" Die gesetzliche Verpflichtung der Männer zur Hausarbeit hat nicht nur für lateinamerikanische Verhältnisse Pioniercharakter. Gesetze allein bewirken aber noch keine sozialen Veränderungen — die Umsetzung scheitert häufig an den finanziellen Mitteln. Auch wenn die Prostitution verboten ist, kann sie nicht per Dekret abgeschafft werden — auch nicht in Nicaragua. Die Fauen brauchen in erster Linie Arbeitsalternativen, um ihre Armut zu überwinden. Bisher gibt es erst zwei durch AMNLAE angeregte Produktionskollektive im kunsthandwerklichen Bereich, die von ehemaligen Prostituierten gebildet werden. Die schwierige wirtschaftliche Situation und die hohe Arbeitslosigkeit erlauben es nicht, ausreichend Arbeitsplätze für die Frauen zu schaffen.

Frauenselbsthilfeprojekte

Maria, die jetzt 3 Jahre in dem Ausbildungszentrum in Leon lebt und arbeitet, wo ehemalige Prostituierte als Näherinnen ausgebildet werden, berichtet in einem Interview im September 1983: „*Eine Compagnera von AMNLAE gründete 1980 mit 15 von uns dieses Zentrum. Wir suchten ein Haus, und als wir es endlich gefunden hatten, erklärte sich der Staat bereit, die Kosten zu übernehmen. Auch die Möbel bekamen wir bezahlt. Heute können hier durchschnittlich 20 Frauen arbeiten. Unser größtes Problem ist: Das Haus ist viel zu klein, es fehlen Nähmaschinen, Stoff, Nadeln und auch mit dem Nachschub an Ersatzteilen sieht es schlecht aus ... Es gibt eine Reihe Frauen, die heute noch illegal als Prostituierte arbeiten. Wenn sie geschnappt werden, bestraft man sie nicht mehr: Die Compagneros haben gelernt, daß man damit das Problem nicht aus der Welt schaffen kann. Sie informieren die Frauen über das Zentrum. Es gibt ca. 30 Frauen, die einmal in der Woche zu unserem Gesprächsabend kommen.*

Fortsetzung nächste Seite



Wir versuchen, sie davon zu überzeugen, daß sie diese entwürdigende Art des Geldverdienens aufgeben. Viele Frauen halten sich für schlecht und unmoralisch. Wir sprechen darüber, daß es nicht ihre Schuld ist, wenn sie Prostituierte geworden sind, daß es die sozialen Verhältnisse waren, das System. Die Revolution gibt uns die Möglichkeit, diese Vergangenheit hinter uns zu lassen. Wir sind keine Ausgestoßenen mehr, wir leisten unseren Beitrag zum Aufbau!"

Seit dem 8. März 1983 gibt es in Managua ein weiteres bedeutendes Frauenprojekt: das Rechtshilfebüro. Die Aufgaben dieses von AMNLAE gegründeten Projekts sind:

- juristische und psychologische Beratung der Frauen, wenn sich der Mann der Unterhaltspflicht für seine Kinder entzieht;
- Sorgerecht für Minderjährige;
- Scheidungen;
- Hilfe für mißhandelte Frauen;
- juristische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit;
- Ausarbeitung neuer Gesetze zugunsten der Frauen.

Sechs Monate nach Bestehen des Rechtshilfebüros wurde eine erste Auswertung vorgenommen, um die Nutzung und Effektivität zu prüfen. Nach der Versorgung von 132 Fällen im ersten Monat ist eine Steigerung um 500 % zu verzeichnen. Insgesamt haben in diesem halben Jahr schon 2.223 Frauen die Hilfe des Büros in Anspruch genommen. Dies, obwohl keine Werbung dafür gemacht wurde, da der zu erwartende Ansturm dann nicht zu verkraften gewesen wäre. Die Frauen arbeiten unter äußerst schwierigen Bedingungen: Alles spielt sich in 2 Räu-

Werbung dafür gemacht wurde, da der zu erwartende Ansturm dann nicht zu verkraften gewesen wäre. Die Frauen arbeiten unter äußerst schwierigen Bedingungen: Alles spielt sich in 2 Räu-

men à 14 qm ab. Im ersten Zimmer werden die Fälle aufgenommen, gleichzeitig ist dies der Warteraum — zeitweise drängen sich bis zu 10 Frauen in diesem Zimmer. Die minimale notwendige Intimität für jede Frau ist also absolut nicht gewährleistet. In dem anderen Raum sitzt Maria Lourdes, die Rechtsanwältin. Hier findet die konkrete Einzelfallberatung statt — gleichzeitig wird der Raum für administrative Zwecke genützt. Von hier aus ist auch der Zugang zum Klo, wo aus Platzmangel das Archiv untergebracht ist.

Ein Ausbau des Rechtshilfebüros ist also dringend notwendig! Der Nicaraguanische Staat kann die notwendigen Gelder und Materialien zur Zeit nicht zur Verfügung stellen. Deshalb bitten die Frauen die internationale Öffentlichkeit und Frauenbewegung, dieses für die Emanzipation der Frauen in Nicaragua so wichtige Projekt zu unterstützen.

Kontakt:
Oficina legal de la mujer/Managua
für die BRD:
M. Müller
Humboldallee 1 a
3400 Göttingen

Familienplanung

Eine von europäischen Frauen häufig gestellte Frage ist: Wie geht Nicaragua mit dem Problem der Familienplanung und Abtreibung um?

Dazu schreibt AMNLAE: „Ein Element, das die Haltung von AMNLAE wenigstens teilweise verständlich macht, ergibt sich aus der Abhängigkeit eines 3.-Welt-Landes und den diesbezüglichen Befreiungsbemühungen Nicaraguas. Immer waren es die mächtigen Länder, die den abhängigen Ländern die Geburtenkontrolle auferlegt haben, häufig als Bedingung für Entwicklungshilfe. In Nicaragua gab es bedeutende nordamerikanische Programme, die für die Sterilisation warben und sie durchführten. Die Familienplanung hatte den Charakter einer weiteren Kontrollmaßnahme seitens des Imperialismus.

In Bezug auf die Abtreibung muß man die Lebensbedingungen und -anschauungen des nicaraguanischen Volkes berücksichtigen, die enge Beziehung zwischen Mutter und Kind und die Idealisierung der Mutterrolle. Deshalb ist man im Anfangsstadium eines allgemeinen Umbruchs zurückhaltend mit einer Debatte über die Abtreibung, die voraussichtlich vor allem Verwirrung und Ablehnung auslösen würde. Wir sind uns dieser Probleme aber bewußt. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsministerium und dem Institut für Statistik und Erhebung läuft eine Untersuchung, die als Grundlage für eine der politischen Situation in Nicaragua angemessene Familienplanung dienen soll. Nach Informationen der Gesundheitszentren und des Mutter-Kind-Hospital in Managua besteht gerade unter den jungen Frauen wachsendes Interesse an der Kenntnis von Geburtenkontrollmethoden. Am weitesten verbreitet sind die Pille und Spirale, die Sterilisation wird auf Antrag durchgeführt — bestimmte Bedingungen müssen allerdings erfüllt sein.

Abtreibungen sind nicht erlaubt, auch wenn das Gesetz nur denjenigen bestraft, der die Abtreibung durchführt.

Viel notwendiger ist aber die Sexualerziehung. Sie wurde 1983 als Unterrichtsfach ab dem 4. Schuljahr eingeführt. Die Gesundheitszentren und das Familienschutzbüro bieten Informatio-

Viel notwendiger ist aber die Sexualerziehung. Sie wurde 1983 als Unterrichtsfach ab dem 4. Schuljahr eingeführt. Die Gesundheitszentren und das Familienschutzbüro bieten Informatio-

nen an und halten Sprechstunden ab. Seit Februar 1983 veröffentlicht AMNLAE in ihrer Zeitung „Somos" regelmäßig eine Seite unter dem Titel „Lernen wir unseren Körper kennen". Auch die sandinistische Jugendzeitung befaßt sich mit dem Thema und versucht, auf eine neue Beziehung Mann/Frau hinzuwirken". (aus „envio", Juli 83)

Wehrpflicht

In den letzten Monaten waren die Auseinandersetzungen um die Wehrpflicht in Nicaragua ein zentraler Punkt für die Frauen. Die unmittelbare Kriegsgefahr und die ständigen Kämpfe — im August fanden allein 97 Kämpfe zwischen Aggressoren und Sandinisten statt — machen eine Institutionalisierung des Heeres notwendig. Deshalb fand eine Kampagne für die allgemeine Wehrpflicht statt. Diese Tatsache an sich war erstmal nichts besonderes — außer in erzkonservativen Kirchenkreisen wurde die Wehrpflicht von allen als zwingende Notwendigkeit aufgefaßt.

Die Kampagne ist auch sehr erfolgreich gewesen — innerhalb weniger Tage haben sich viele tausend Männer gemeldet. Die AMNLAE und viele Frauen in Nicaragua haben sich dagegen gewehrt, daß die Wehrpflicht nur für Männer eingeführt werden soll und so die Frau von der militärischen Landesverteidigung ausgeschlossen werden. Und das, obwohl während des Befreiungskampfes ca. 30 % der Guerilla Frauen waren. Nach heftigen Kontroversen, bei denen häufig die konservativsten Argumente aufgefahren wurden — ‚auch der soziale und familiäre Bereich ist wichtig für die Verteidigung', ‚die Frauen können zu Hause mehr für die Revolution tun', ‚sie müssen die Kinder versorgen', wir kennen diese Sprüche ja zur Genüge — haben die Frauen wenigstens erreicht, daß sie sich freiwillig für die Wehrpflicht melden können.

Die Diskussionen um die militärische Beteiligung der Frauen an der Verteidigung Nicaraguas haben einmal mehr bewiesen, wie schnell der Verdienst ge-

können.

Die Diskussionen um die militärische Beteiligung der Frauen an der Verteidigung Nicaraguas haben einmal mehr bewiesen, wie schnell der Verdienst ge-

rade der Frauen an der sandinistischen Revolution in Vergessenheit gerät.

Informationen nach
„envio" Juli 83 und Sept. 83,
„Somos" März 83
die Interviews wurden von einer Göttinger Genossin gemacht.

E. Göttingen

Auszüge aus einem Interview mit Maria Lourdes, Leiterin des Frauenrechtshilfebüros in Managua, 25.9.83

Auf wessen Initiative hin wurde das Büro gegründet?
Es entstand aus einer Forderung der Frauen. Vor 2 1/2 Jahren hat die Frauenorganisation AMNLAE im Staatsrat das erste Gesetz eingebracht, das ein Schritt auf dem Weg zur Veränderung des geltenden nicaraguanischen Familienrechts ist. Es handelt sich um ein Gesetz, das die Beziehungen zwischen Mutter, Vater und Kind neu regelt, die väterliche Gewalt abschafft. Die Frauen identifizieren sich mit dieser Art von Gesetzen. Danach wurde das Gesetz über die gegenseitigen Versorgungsansprüche in der Familie, Alimente-Gesetz genannt, verabschiedet. Die Diskussion über dieses Gesetz mobilisierte ebenfalls die weibliche Bevölkerung, aber nicht nur die, sondern alle Nicaraguaner, da es schließlich sie alle betraf. Aber was geschah daraufhin? Die Frauen kamen massenhaft in die Büros von AMNLAE und sagten, gut, jetzt haben wir also diese Gesetze. Darin steht: mein Mann muß für das Kind Unterhalt zahlen, aber er tut es nicht. Was kann ich tun? Theoretisch kann jede zum Gericht gehen, aber parktisch ist es komplizierter, da brauchst du einen Anwalt, und der kostet Geld. Die wenigsten Frauen verfügen über die notwendigen ökonomischen Mittel, um einen teuren Anwalt zu bezahlen, wenn sie Hausfrauen sind, sowieso nicht. Dann kommt noch hinzu, daß eine Frau, die sich an das Gericht wendet, von den Leuten schief angesehen wird. All das führte dazu, daß die Frauen in Wirklichkeit nicht die Möglichkeit hatten, ihre Rechte einzuklagen.

Kannst du ein bißchen die Situation vor der Revolution schildern?
Ich habe vor der Revolution schon 12 Jahre als Anwältin gearbeitet. Es war sehr schmerzlich für mich, zu sehen, wie diskriminiert die Frau vor dem Gesetz war. Unter Somoza bekam sein Recht, wer den Richter besser „bezahlen" konnte, die Justiz war durch und durch korrupt, insofern traf es natürlich auch die Masse der mittellosen Männer. Aber die Frau war durch die diskriminierenden Gesetze von vornherein benachteiligt ... Nehmen wir z.B. das alte Scheidungsrecht. Demnach gibt es zwei Arten von Scheidungen: die erste ist im gegenseitigen Einverständnis und wird normalerweise durchgeführt, wenn beide Partner schon lange getrennt leben. Der bestehende Zustand wird also nur legalisiert. Dann haben wir noch die Scheidung, die „verschuldet" ist und ihre Ursprünge im napoleonischen Familienrecht hat. Dieses Scheidungsgesetz

schon lange getrennt leben. Der bestehende Zustand wird also nur legalisiert. Dann haben wir noch die Scheidung, die „verschuldet" ist und ihre Ursprünge im napoleonischen Familienrecht hat. Dieses Scheidungsgesetz

spricht Recht mur im Interesse des Mannes. So wird z.B. beim Ehebruch zwischen Mann und Frau unterschieden: eine Frau begeht Ehebruch, wenn sie zweimal mit demselben Mann in einem Restaurant essen geht, weil man dann vermutet, daß sie auch mit ihm schläft; das reicht, um sie als Ehebrecherin schuldig zu scheiden. Für den Mann gibt es praktisch keinen Ehebruch. Erst wenn er seiner Freundin ein Haus baut, wenn er mit ihr zusammen lebt oder wenn für alle Welt offensichtlich ist, das er bei ihr lebt, dann kann die Frau Scheidung beantragen. Eine Revision dieser Gesetze ist dringend erforderlich. Im Statut über die Grundrechte der Nicaraguaner ist vorgeschrieben, daß alle Gesetze, die eine Benachteiligung aufgrund des Geschlechts beinhalten, zu verändern sind.

Wird AMNLAE demnächst einen Gesetzentwurf über ein neues Scheidungsrecht im Staatsrat vorlegen?
Es wird an einem Gesetzentwurf gearbeitet.

Was sind die häufigsten Gründe, aus denen die Frauen ins Rechtshilfebüro kommen?
Zunächst einmal Unterhaltsfragen. Die stehen ganz oben. Dann aber Scheidung, und da spielt das Problem der Mißhandlung hinein. Viele Frauen wollen sich wegen körperlicher Mißhandlung scheiden lassen, es gibt auch Frauen, die kommen, weil sie von ihrem Freund geschlagen wurden.

Wie helft ihr diesen Frauen?
Wir hätten gerne ein Programm zur Vorbeugung, aber im Augenblick haben wir weder Geld noch Personal dafür. Die Frauen müssen zunächst mal ihre Rechte kennenlernen. Bei vielen Frauen ist noch der Gedanke verankert, daß der Mann ein Recht hat, sie zu schlagen. Im ganz konkreten Fall suchen wir Schutz für die Frau bei der sandinistischen Polizei, d.h. wir geben ihr einen Brief an die Polizei mit. Außerdem schalten wir die Familienberatung ein.

Hilft die Polizei denn der Frau?
Am Anfang gab es da Probleme. Bei vielen Polizisten herrschte noch die Auffassung, das sei Privatangelegenheit, da solle man sich nicht einmischen, die vertragen sich wieder. Wir hatten eine Reihe von Diskussionen mit den Compagneros. Inzwischen hat sich da vieles geändert. Wir haben ihnen klargemacht, daß es ihre Pflicht ist, die Frau vor dem gewalttätigen Mann zu schützen. Die Männer haben übrigens vor der sandinistischen Polizei großen Respekt. Das war anders vor der Revolution mit der somozistischen Guardia. Wenn die Frau oder die Nachbarn damals die Polizei riefen, weil der Mann randalierte, dann kam die Streife, der Mann bestach sie mit einem Geldschein, und sie fuhren wieder. Die san-

lution mit der somozistischen Guardia. Wenn die Frau oder die Nachbarn damals die Polizei riefen, weil der Mann randalierte, dann kam die Streife, der Mann bestach sie mit einem Geldschein, und sie fuhren wieder. Die san-

dinistische Polizei ist nicht korrupt, sie läßt sich nicht kaufen. Es hat Fälle gegeben, wo sie einen gewalttätigen Mann für zwei Tage ins Gefängnis gebracht haben ...

Brasilien

vor dem wirtschaftlichen und sozialen Zerfall

Die Aktionen der Arbeiter und Unterdrückten in Brasilien zeugen von einem neuen politischen Bewußtsein gegenüber der dienstältesten Militärdiktatur in Lateinamerika: Verstärkte Streikaktionen gegen Arbeitslosigkeit; die Gründung der CUT, der ersten zentralen landesweiten und unabhängigen Gewerkschaftsbewegung seit 1964; Plünderungen in den Industriezentren von Sao Paulo und Rio de Janeiro; Hungermärsche und bewaffnete Landkonflikte. Die Militärs in Brasilien haben ähnlich wie ihre Kollegen in Chile und Argentinien jegliche Verankerung in der Gesellschaft verloren, selbst die einheimische Bourgeoisie, die sie beim Putsch 1964 noch unterstützt hat, kritisiert jetzt in massiver Form die katastrophale Wirtschaftspolitik der Regierung.

Die Mehrheit der Bevölkerung wählte schon 1982 bei den Gouverneurs- und Gemeindewahlen die Oppositionsparteien. Heute fordern sie direkte Wahl des Präsidenten durch das Volk. Brasiliens Militärs werden diese Wende zu einem parlamentarischen System nicht mehr verhindern können, fraglich ist nur, ob die größte bürgerliche Oppositionspartei PMDB eine Kraft darstellt, die Brasilien aus dem Elend wieder herausführen kann. Der einsetzende Dialog mit den Militärs, der Einsatz von Polizei gegen Demonstranten in PMDB-regierten Bundesländern und die Konzeptlosigkeit in Wirtschaftsfragen lassen für die Zukunft keine grundlegenden Veränderungen erwarten. Und die Linksparteien, wie zum Beispiel die „Arbeiterpartei" PT? Sie sind noch viel zu schwach, um die überall spontan aufflackernden Kämpfe zusammenzufassen und zu organisieren.

Durch den US-amerikanischen und europäischen Imperialismus wurden der brasilianischen Gesellschaft Entwicklungsrichtungen diktiert, die gegenwärtig in eine Sackgasse weisen. Anders gesagt: Die brasilianische Gesellschaft bildet einen Sprengsatz im lateinamerikanischen Kontinent von einigem Ausmaß.

Hunger und Verzweiflung im Nordosten

„Die Menschen hier essen gebratene Calangros (eine Art Eidechse), *weil es nichts mehr zu essen gibt, da die Dürre alles zerstört hat"*, sagte der Bürgermeister von Apuiares (115 km östlich von Fortaleza) weinend im Fernsehen. *„Wir aßen drei. Es war Donnerstag. Reimondo ging früh an den Fluß, aber zur Zeit des Mittagessens kehrte er ohne Fisch zurück. Da tötete er drei Calangros, die sich in der Hütte aufhielten. Ich schnitt ihnen den Kopf und die Beine ab, danach teilte ich sie in Stücke und briet sie in der Pfanne. Dann wälzte ich sie in Farinha* (Art Mehl aus Mandioka) *und das Mittagessen war fertig. Die Nachbarn nebenan essen sie ebenfalls."* (1)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Solche und ähnliche Berichte hört man überall im Nordosten Brasiliens. In einem Gebiet — fünfmal so groß wie Italien, leiden 24 Millionen Menschen an den Folgen einer fünfjährigen Dürreperiode, die ihre geliebte Heimat des „Sertao" in eine Mondlandschaft verwandelt hat. Das Wasser ist längst tief in der aufgesprungenen Erde versickert und nur noch scharfes, dorniges Gestrüpp erinnert an vergangenes Leben der Natur. Diese Region ist das Armenhaus Brasiliens. Und diese Region wird durch Großgrundbesitz und kleine Parzellen-Wirtschaft geprägt, die der Selbstversorgung der Bevölkerung dient. Jedoch haben der ausbleibende Regen und die Ausdehnung des Großgrundbesitzes dem größeren Teil der Bevölkerung die Lebensgrundlage entzogen.

Die brasilianische Regierung weiß um diese Entwicklung; seit Jahren warnten Wissenschaftler vor diesen Konsequenzen. Die Regierung begnügt sich jedoch mit kosmetischen Maßnahmen — das von ihr entwickelte „Emergencia-Programm" (Notprogramm) gleicht einem Wassertropfen auf diesem ausgedörrten Boden.

Vier bis fünf Stunden täglich schleppen die geschwächten, ausgemergelten Menschen — Frauen, Männer, zuweilen auch Kinder, die ihre Mütter begleiten müssen — schwere Steine, legen kleine Staudämme an, bessern Straßen aus. Sie erhalten dafür 15.300 Cruzeiros (Cruz.) monatlich vom Staat, die Hälfte des monatlichen festgelegten Mindestlohnes.

Bei dieser staatlich verordneten Arbeit herrscht eine militärische Strenge und Disziplin, die den Menschen schmerzlich in Erinnerung ruft, daß ihr Land immer noch von Militärs regiert wird. Um zu einem Projekt des „Emergencia-Programms", das in Rio Grande do Norte betrieben wird, zu gelangen, müssen die Arbeiter einen bis zu zehn Kilometer langen Anmarsch in Kauf nehmen, da sie das Busgeld nicht bezahlen können. Kommen sie jedoch 5 Minuten zu spät, oder rauchen sie während der Arbeit oder ruhen sich außerhalb der festgesetzten Pausen aus, so wird ihnen der Tageslohn gestrichen.

Bei der Lohnauszahlung, oft 2-3 Monate verspätet, warten bis zu 500 Menschen bei einer Hitze bis zu 38 Grad in langen Reihen auf ihr Geld und müssen dabei „Haltung" bewahren. Menschen, die gegen diesen militärischen Drill protestieren, werden mit der Streichung ihres gesamten Monatslohnes bestraft. Ein Arbeiter hier verließ das

schen, die gegen diesen militärischen Drill protestieren, werden mit der Streichung ihres gesamten Monatslohnes bestraft. Ein Arbeiter hier verließ das

Notprogramm, da er Angst hatte, eine „Uniform" (Aufseher) umzubringen, da er die ständigen Schikanen nicht mehr ertragen konnte. Die meisten aber fügen sich dieser Willkür, um zu überleben.

Von den 15.300 Cruzeiros im Monat (500 Cru. pro Tag, was ungefähr dem Gegenwert einer Schachtel Zigaretten entspricht) kann eine 8-10 köpfige Familie wie das Beispiel Franziscos zeigt, sich nur wenige Tage ernähren.

Franzisco, verheiratet, 41 Jahre und 10 Kinder, wohnt 473 km von Recife entfernt in der Dürrezone. Auf seinem kleinen Landbesitz pflanzte er Bohnen, Mais und Baumwolle, was jedoch durch die anhaltende Trockenheit verkümmerte. Durch Mitarbeit im Notprogramm bekam er im August 15.300 Cru., davon bezahlte er sofort 13.120 Cru. an den Supermarkt, wo er im vergangenen Monat einen Kredit aufnehmen mußte, um Lebensmittel kaufen zu können. Vom Rest kaufte er für seine Familie ein: 4 kg Bohnen, 4 kg Reis, 4 kg Zucker, 4 kg Farinha, eine Dose Öl, 1 Stück Seife, 250 gr Kaffee und ein halbes kg Makkaroni.

Mit neuen Schulden von 4.378 Cru. verließ er den Supermarkt mit Lebensmitteln, die einige wenige Tage reichen. (2)

Um den Magen für längere Zeit zu täuschen, werden die Lebensmittel „gestreckt". Eine Tasse Farinha mit Zucker oder Salz, Bohnen ohne Beilagen oder eine Handvoll Reis sind typische Tagesportionen im Nordosten.

„Am Morgen", sage Jose Domingo aus dem Bundesstaat Sergipe, *„trinke ich eine Tasse Kaffee und esse eine Handvoll Farinha, den Tag überstehe ich durch Arbeit. Daran habe ich mich gewöhnt."* (3) Seine Frau ernährt die 15 köpfige Familie zunehmend mit Viehfutter, wie z.B. dem Kaktus Mandacaru, andere essen inzwischen selbst Ratten und Mäuse.

Täglich sterben hunderte von Menschen an den Folgen der Unterernährung. Von 1.000 Kindern, die im Nordosten geboren werden, sterben 200 im ersten Jahr nach der Geburt. 90 % der brasilianischen Kinder unter 5 Jahren (insgesamt 15 Mio.) leiden Hunger. Pro Minute stirbt ein Kind in Brasilien. In der Nähe Petrolinas, im Bundesstaat Piaui, brachte eine Mutter ihr 8 Monate altes Kind zu dem einzigen Gesundheitsposten im Umkreis von 80 qkm. Zwei Tage litt das Kind unter Durchfall, da entschloß sich die Mutter, die etwa 5-stündige Reise auf dem Maulesel anzutreten, um krankenschwesterliche Hilfe zu bekommen. Doch sie kam zu spät, am Morgen des folgenden Tages starb das Kind, eine brennende Kerze in der Hand haltend, um nach dortigem Glauben in den Himmel aufzufahren. Viele Kinder sterben hier an den kleinsten Infektionskrankheiten, da sie überhaupt keine Widerstandskräfte mehr besitzen. Waren diese Infektionskrankheiten schon früher durch unsoziale, unhygienische Verhältnisse nicht einzudämmen, so steigen sie jetzt durch den akuten Wassermangel sprunghaft an.



Täglich bringen zwei kleine Tanklastwagen aus 100-200 km Entfernung Wasser in die umliegenden Dörfer, wovon sich jede Familie ungefähr 18 Liter abzweigen darf, zum Trinken, Kochen und Waschen. Dieses Wasser ist zusammen mit den kläglichen Restbeständen, aus denen die Frauen aus kilometerweit verstreuten Tümpeln schöpfen, mit Bakterien verseucht und stark salzhaltig, so daß Wurmkrankheiten,

den, aus denen die Frauen aus kilometerweit verstreuten Tümpeln schöpfen, mit Bakterien verseucht und stark salzhaltig, so daß Wurmkrankheiten,

Gelbsucht, Nierenleiden und Durchfall sich massiv ausweiten.

Eine Behandlung dieser Krankheiten ist aus vielerlei Gründen nicht möglich. Zum einen können sich die Menschen einen Arztbesuch aus finanziellen Gründen nicht leisten, zum anderen gibt es fast keine Ärzte auf dem Lande. Folglich gehen viele in eine Apotheke und lassen sich von unerfahrenen Verkäufern teure Medikamente aufschwatzen, die sie nur unter Verzicht auf Lebensmittel kaufen können. Wegen dieser gesunden Geschäfte sprießen die Apotheken überall wie Pilze aus dem Boden.

So sind viele Menschen auf die staatlichen Gesundheitsposten angewiesen, die meist nur aus einem Raum bestehen, ausgestattet mit fachlich unkundigem Personal, das weitgehend nur in der Lage ist, Fieber zu messen, und selbst in diesen Stationen sind Medikamente nur spärlich vorhanden.

In dieser verzweifelten Situation verloren immer mehr Menschen den Glauben an die Hilfsbereitschaft ihrer Herrschenden und deren Fähigkeit, Auswege aus dieser Situation zu schaffen. Spontane Plünderungen von Supermärkten und Lebensmittellagern waren die Folge. Die Regierung antwortet zum einen mit brutalen Polizeieinsätzen und zum anderen mit Zusagen über neue Hilfsgelder; im September '83 wurde zudem durch das staatliche Fernsehen eine Spendenkampagne durchgeführt.

Gleichzeitig wandern Teile der Bevölkerung in die Städte ab — in der Hoffnung auf Brot und Wasser, obwohl in den Städten Fortaleza, Recife, Belem und Salvador ebenfalls längst die Gewalt des Hungers wütet. Überall auf den Busbahnhöfen im Nordosten sieht man abgemagerte Familien in zerschlissener Kleidung, kaputten Sandalen und mit aufgerissenen Füßen. Sie schlafen auf den Bahnsteigen zwischen ihrer Habe. Ihr „Besitz" besteht in Bündeln aus wenigen Tüchern, Pappkisten oder beschädigten Koffern (mit Bindfäden zusammengebunden). Sie beobachten müde und niedergeschlagen die ankommenden Reisenden, um sie um Lebensmittel oder Geld zu bitten. Den Kindern reichen sie zuerst die Blechdosen, in denen sie die „Opfergaben" der **„Noch-Essenden"** sammeln.

Arbeitslosigkeit und Gewalt in den Städten

In den Städten angekommen erhöhen sie weiter die Zahl der Bettler und Slumbewohner. Von 1970 bis 1980 stieg die Einwohnerzahl Recifes von 1,7 Millionen auf 2,3 Millionen, davon lebt heute mindestens eine Million in den Favelas; in Fortaleza stieg der Zuwachs im gleichen Zeitraum von einer Million auf anderthalb, eine halbe Million lebt heute in den Slums: Auf engem Gebiet, häufig an Flüssen und Flußmündungen, in selbstgebauten provisorischen Hütten aus Holz, Pappe, Plastik und anderen zusammengesuchten Materialien — in ein bis zwei Räumen mit zehn Personen und mehr.

Nach einem starken Tropenregen verwandeln sich die Favelagegenden in tiefe und unbefahrbare Schlammwege, treten die offenen Abwassergräben über und überspülen die Hütten mit ihrem durchdringenden Gestank.

Kanalisation, Wasseranschluß und asphaltierte Straßen gibt es nicht, häufig auch keinen Stromanschluß. Abwässer werden auf die Straße oder in die offenen Abwassergräben geschüttet; Müllberge, auf denen sich die Rat-

asphaltierte Straßen gibt es nicht, häufig auch keinen Stromanschluß. Abwässer werden auf die Straße oder in die offenen Abwassergräben geschüttet; Müllberge, auf denen sich die Rat-

ten tummeln, häufen sich. Inmitten dieser erbärmlichen, von Bakterien verseuchten Gegend spielen die zerlumpten Kinder barfuß mit Blechdosen oder alten Ketschupflaschen, verrosteten Fahrradgestellen oder ähnlichen „Abfällen".

Die meisten Bewohner sind arbeitslos, Arbeitslosenunterstützung, Sozialhilfe oder Krankenversicherung kennen sie nicht, die wenigen Busse, die nur bis an die Ränder der Slumviertel fahren, können sie nicht bezahlen. Täglich, besonders nach Einbruch der Dunkelheit, werden Menschen überfallen, beraubt, ermordet, vergewaltigt, spielen sich erschütternde Familientragödien ab, wo betrunkene Männer ihre Frauen und Kinder schlagen, nicht selten auch erschlagen.

Recife gleicht zunehmend einer belagerten Stadt von Hungernden und Arbeitslosen. Es gibt Schätzungen, nach denen 70 % der arbeitsfähigen Bevölkerung arbeitslos sind. Wenn man kurz vor Sonnenaufgang durch die Straßen fährt, sieht man überall in den Häuserecken der Hochhäuser, unter den Holzgestellen der Marktstände, an den Straßenrändern und im Busbahnhof zusammengekrümmt Menschen liegen, zugedeckt mit Pappe oder Zeitungen.

Bei Tagesanbruch beginnen sie zu betteln oder versuchen wie zehntausende andere durch Verkauf irgendwelcher Waren wie Eis, Kaffee, Kokusnüsse, Zigaretten, Süßigkeiten, geschälte Apfelsinen oder alte Zeitschriften, zu überleben. Der Markt, der Straßenverkauf in Recife mit seinen unzähligen Marktständen, Bauchläden, schiebbaren Ständen und einfach auf der Straße ausgelegten Waren, nimmt dschungelhafte Dimensionen an.

Nach Marktende suchen die Menschen in den stinkenden Abfällen zusammen mit den herumstreunenden Hunden nach Eßbarem. Sie sammeln verfaultes Obst, verdorbene Fleischreste, schlechte Fische, leere Kokusnüsse und Sonstiges, um ihren Hunger zu betäuben.

Kinder im Alter von fünf oder sechs Jahren sind längst Teilnehmer in diesem Existenzkampf. Sie putzen Schuhe, waschen Autos, verkaufen Zeitschriften, Süßigkeiten, tragen für die wohlhabenderen Schichten die Einkaufskörbe, arbeiten als Laufburschen und Lastenträger, sammeln Getränkeflaschen am Strand ein und bieten bis spät in die Nacht in den Bars Erdnüsse an. oft schließen sie sich in kleineren Banden zusammen, da ihnen sonst die größeren Kinder oder Jugendlichen die schwer verdienten Cruzeiros wieder abpressen. Doch auch in diesen Banden bestimmen die Größeren und treten die Älteren als Zwischenhändler auf. Diese Banden verstehen sich sehr auf kleine Diebstähle, was sie oft in Konflikt mit der Polizei kommen läßt. Die verprügelt sie, wirft die Kinder zur Abschreckung ins Gefängnis, wo sie von den Älteren in den überfüllten Zellen vergewaltigt werden.

Zehn elfjährige Mädchen arbeiten als Dienstboten bei reichen Leuten rund um die Uhr; putzen, kaufen ein und betreuen die Kinder. Nicht selten müssen sie dem Hausherrn oder den männlichen Familienangehörigen sexuell „zu Diensten" sein. Oft ist dies die Vorstufe zur Prostitution. Überall sieht man schon am frühen Vormittag die Mädchen und Frauen an den Straßen stehen, die sich für ein-, zweitausend Cruz. verkaufen, um ihre Kinder ernähren zu können. Andere warten je-

sieht man schon am frühen Vormittag die Mädchen und Frauen an den Straßen stehen, die sich für ein-, zweitausend Cruz. verkaufen, um ihre Kinder ernähren zu können. Andere warten je-

den Abend in etwas teureren Bars auf Touristen, für 10.000 bis 20.000 Cruz. die Nacht. Während die Touristen am nächsten Morgen von den temperamentvollen brasilianischen Frauen schwärmend ins Flugzeug steigen, gehen diese Frauen leer und ausgepumpt in ihre Hütten, um ihre 6 bis 8 Kinder zu versorgen.

Eine hohe Prozentzahl brasilianischer Frauen (über zwei Millionen) — die ihre Kinder alleine erziehen müssen oder deren Männer arbeitslos sind, arbeiten als Prostituierte. Arbeitsmöglichkeiten gibt es für sie nicht, höchstens als Dienstmädchen oder unter Arbeitsbedingungen, die so schlecht sind, daß sie selbst die Prostitution vorziehen.

Der Ausverkauf des Landes und die Folgen . . .

Brasilien durchlebt heute eine seiner größten sozialen und wirtschaftlichen Krisen seit der Unabhängigkeit im Jahre 1822. Während der fast 20 Jahre dauenden Herrschaft der Militärs ist das Land weitgehend ruiniert worden: Weit über 25 Millionen Brasilianer sind arbeitslos (Quote von 25%), negative Wachstumsraten, eine Inflationsrate von über 200% und eine Auslandsverschuldung von über 100 Mrd. US-Dollars. Anfang der 60er Jahre waren die Militärs noch angetreten mit dem Motto, Brasilien aus dem Kreis der Entwicklungsländer herausführen zu wollen.

Am 1. April 1964 wurde Joao Goulart von den Militärs mit Hilfe des VCIA und unter Billigung der einheimischen Großgrundbesitzer gestürzt. Goulart hatte nicht eine Reformpolitik angestrebt, sondern sowohl versucht, eine Agrarreform durchzuführen als auch den Kapitalabfluß ins Ausland einzudämmen. Nach diesem Militärputsch wurden die Parteien aufgelöst, der Ausnahmezustand ausgerufen, faschistische Todesschwadronen geduldet und unterstützt, 12.000 politische Gefangene eingekerkert. So wurde jenes „günstige Investitionsklima" vorbereitet, das zusammen mit der wirtschaftlichen Öffnung des Landes dem ausländischen Kapital eines seiner größten „Wirtschaftswunder" bescherte.

Die brasilianischen Militärs befreiten die ausländischen Firmen von fast jeglichen Zollabgaben, während sie die einheimische Industrie mit einer hohen Besteuerung (über 20%) belasteten. 1974 waren 70,76% aller Importe Brasiliens zoll- und steuerfrei, wie Brasiliens Staatssekretär für Steuerwesen, A. Gomes de Oliveira dem brasilianischen Parlament im Juli 1975 mitteilte. Die Folge war, daß die nationale Industrie völlig zusammenschrumpfte und sich oft nur durch „Einverleiben" in multinationale Firmen retten konnte, wobei die Multis mit Dumpingpreisen, Boykott, Korruption und selbst mit Sabotage nachhalfen.

„1966 befanden sich noch 46% des Kapitals der fünfzehn größten Gesellschaften der Elektroindustrie Brasiliens in brasilianischen Händen, 1976 waren es noch nicht einmal mehr als 4 Prozent! Dafür waren die Importe bis 1976 auf mehr als 1,3 Mrd. Dollar jährlich geklettert, ..." (4)

Hinzu kam, daß die Militärs den lokalen Unternehmen die Kreditmöglichkeiten beschränkten bei gleichzeitig hohen Zinsen, während sie dem internationalen Kapital fast zinsfreie Kredite gewährten.

„Die Jahreszinsrate (für die Multis 1966 — Anm. d. V.) *betrug 12%, während einheimische Unternehmer 55 und 60% Zinsen im Jahr bei einer Inflationsrate von 40% zu zahlen hatten"* (5). Für die ausländischen Multis brachte diese Politik natürlich traumhafte Gewinne. Der Reifenhersteller Firestone überwies im Zeitraum von 10 Jahren 48 Millionen US-Dollar an das Mutterhaus bei eigenen Investitionen von nur 4,1 Millionen US-Dollar und einem Reinvestment der lokal erwirtschafteten Gewinnen von 44,5 Mill. US-Dollar (6). Gleichzeitig zerstörten die Multis die ehemals großen Produktionskapazitäten der brasilianischen Industrie. Dieser Prozeß mußte zu steigender Arbeitslosigkeit und einer verstärkten Abhängigkeit von Importen und dem Know-How aus dem Ausland führen.

Die restriktive Kreditpolitik im eigenen Land führte auch dazu, daß Staatsgesellschaften und die Privatwirtschaft immer mehr Auslandskredite aufnahmen.

. . . Verschuldung, . . .

. . . Verschuldung, . . .

Die Bankiers aus aller Welt, besonders aber aus den USA, machten in Brasilien großzügige Angebote aus der Geldmasse, die in den Metropolen keine Anlage mehr fand. Gigantische Projekte des Staates, wie der Bau des Stausees Itaipu, der mehr als 11. Mrd. US-Dollar kostete, das Industrieprojekt Carajas im Ost-Amazonasgebiet, das Atomprogramm, der Bau der Transamazonica, etc. wurden aus den ausländischen Krediten finanziert. Oft waren die Kredite an Auflagen gebunden, z.B. ausländische Firmen an bestimmten Projekten zu beteiligen. Dadurch wurde wiederum der Import nach Brasilien angeregt, und so in der Realität die Importsubstitution unterlaufen, die von der Regierung Geisel (74-79) versprochen wurde. Die Wachstumsrate konnte duch diese Projekte bis 1979 relativ hochgehalten werden (ungefähr bei 7%),wodurch aber nur eine kleine Schicht (Techniker, Ingenieure, etc.) durch hohes Einkommen profitierte, während die Masse der brasilianischen Arbeiter längst erhebliche Reallohneinbußen hinnehmen mußte. Heute sind die Wachstumsraten negativ geworden, wodurch auch die dünne Mittelschicht von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht wird.

Diese Großprojekte, die ständig steigenden Preise für die Einfuhr von Erdöl, eine ständige Verschlechterung der Austauschverhältnisse zwischen Investitionsgütern und Rohstoffen (terms of trade) und Importe, wie z.B. Pharmazeutica, die durch die Zerstörung der nationalen Industrie immer höher wurden, stieg die Auslandsverschuldung von 1964 mit 3 Mrd. Dollar auf 12 Mrd. Dollar (1973) und liegt heute bei 100 Mrd. Dollar. Obwohl die Regierung Geisels und ab 1979 Figueiredos die Importe einschränkten (z.B. wurde ein Teil der Erdölimporte durch Alkoholproduktion aus Zuckerrohr zu Lasten der Nahrungsmittelproduktion ersetzt), wurden die Zölle für 1.200 Konsumgüter um 100% erhöht, andere Waren sogar verboten, wurde die Zollfreiheit für Kapitalgüter- und Grundstoffimporte eingeschränkt (7), blieben diese Maßnahmen doch bewußt unzureichend, um das ausländische Kapital

Fortsetzung nächste Seite

Lateinamerika



Im Abfall der Oberschicht ...

Fortsetzung von vorheriger Seite

nicht zu verärgern, wie ein aktuelles Beispiel verdeutlicht.

Seit Ende 1982 liegt der brasilianischen Regierung ein Plan vor, um die Auslandsabhängigkeit der nationalen Pharmaindustrie zu verringern. 85% der im Land konsumierten Pharmaka werden importiert, 70% des Sektors liegt in den Händen der Multis, 3% der Pharmaproduktion kommt aus staatlichen Berieben.

Die deutsch-brasilianische Handelskammer schrieb daraufhin an die brasilianische Regierung im Mai 1983:

In der Bemühung, Tendenzen und Intentionen entgegenzutreten, die die guten Beziehungen zwischen Brasilien und der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen können, erklärt die Handelskammer hiermit ihre vehementeste Ablehnung der Dekretvorlage, die die Schaffung eines ‚Nationalen Programmes der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie' vorsieht ... Die Dekretvorlage erscheint uns verfassungswidrig und in höchster Weise diskriminierend gegenüber der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie,die seit Jahrzehnten in diesem Lande tätig ist. Das Programm — sollte es in seiner jetzigen Form umgesetzt werden — wird zweifelslos ein dauerndes Hindernis für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen Brasiliens bedeuten, insbesondere derjenigen mit der Bundesrepublik Deutschland." (8)

Um die hohe Auslandsverschuldung abbauen zu können, benötigte Brasilien Deviseneinnahmen durch Verstärkung des Exports.

... Exportanstrengungen, ...

Hier spielte die Ausweitung landwirtschaftlicher Produkte wie Zuckerrohr, Soja, Kaffee, Kakao, Fleisch und Apfelsinen zu lasten des Nahrungsmittelanbaus für die eigene Bevölkerung eine besonders große Rolle. Der Anbau von Reis, Bohnen, Mais, Kartoffeln und Mandioka ging in erschreckendem Maße zurück.

Großgrundbesitzer und multinationale Firmen wurden für den Export landwirtschaftlicher Produkte subventioniert durch Steuererleichterung oder -befreiung, während bei den Kleinbauern die Kreditschraube angezogen wurde und landlose Bauern millionenweise in die städtischen Favelas vertrieben wurden. Durch die anhaltende weltweite Wirtschaftskrise verpufften allerdings auch diese Maßnahmen, denn die Industrieländer schützten durch einen immer stärker werdenden Protektionismus ihre Märkte vor den Produkten aus den Entwicklungsländern und drosselten gleichzeitig, bedingt durch ihre rückläufige Produktion, die Einfuhr von Rohstoffen, etc., wodurch auch noch deren Preise gewaltig fielen.

Diese Entwicklung führte zusammen mit der 1979 einsetzenden hohen Zinspolitik der USA schließlich dazu, daß

fuhr von Rohstoffen, etc., wodurch auch noch deren Preise gewaltig fielen.
Diese Entwicklung führte zusammen mit der 1979 einsetzenden hohen Zinspolitik der USA schließlich dazu, daß

Brasilien seine Zahlungsverpflichtungen von 11 Mrd. Dollar Zinsen und 14 Mrd. Dollar Tilgung für 1983 nicht mehr aufrechterhalten konnte.

... IWF-Intervention

Um den offiziellen Offenbahrungseid nicht leisten zu müssen, nahm Brasilien Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) auf. Der IWF gewährte Brasilien unter harten Auflagen einen 4,3 Mrd. US-Dollar Kredit. Der IWF forderte eine drastische Verringerung der öffentlichen Ausgaben, die Senkung der Inflationsrate auf 70% und die Erreichung eines Handelsbilanzüberschusses von 6 Mrd. US-Dollar für 1983 (die brasilianische Wirtschaft sollte demgemäß für 6 Mrd. US-Dollar mehr exportieren als importieren). Da diese Ziele nicht in der gewünschten Weise zu realisieren waren — z.B. kletterte die Inflationsrate über die 70%-Schwelle — stoppte der IWF zunächst die Ratenauszahlungen des '83er Kredites und konkretisierte nochmals seine Forderungen: Die öffentlichen Ausgaben sollten um 10 Mrd. Dollar gesenkt werden, d.h. der Anteil der öffentlichen Institutionen an dem gesamtgesellschaftlich erwirtschafteten Bruttosozialprodukt sollte von 16 auf 8% runtergedrückt werden. All dies sollte wie folgt erreicht werden:

„1. Den Staatsunternehmen werden Ausgaben-Kürzungen für Investitionen um 8-10% vorgeschrieben." (9) Diese Maßnahme führt zu höherer Arbeitslosigkeit, weiteren Konkursen einheimischer Unternehmen, die mit den staatl. Unternehmen zusammenarbeiten, Entlassungen in den Staatsunternehmen und zu einem immer geringer werdenden sozialen Dienstleistungsangebot.

„2. Die Weizenpreissubventionierung soll gedrosselt werden." Eine Preiserhöhung des Weizen um 40%, Preissteigerungen bis zu 270% bei einzelnen Produkten des alltäglichen Konsums, wie Brot und Makkaroni, ist die Folge.

„3. Die Lohnangleichungen an die Inflationsrate soll nicht mehr um 100%, sondern nur noch um 80% erfolgen. Weiterhin soll der Konsumindex (INPC), der der Berechnung der Mindestlöhne zugrundegelegt wird, insofern verändert werden, als wichtige Produkte keine Berücksichtigung in der Rechnung mehr finden."

„4. Die Subventionierung von Erdölderivaten soll gekürzt werden." Die Folge ist, daß ein Liter Benzin innerhalb eines Jahres von 144 Cru. auf 445 Cru. (209%), ein Liter Alkohol-Treibstoff von 84 Cru. auf 300 Cru. (257%) und eine Gasflasche mit 13 Litern (wird überall zum Kochen benötigt) von 780 Cru. auf 3200 Cru. (310%) gestiegen sind (lt. „Istoe" Nov.83). Dadurch erhöhen sich außerdem sämtliche Fahrpreise für den Nah- und Fernverkehr und viele andere Produkte, da alles auf der Straße transportiert wird, da es trotz der reichlichen hydroelektrischen Energie kaum Eisenbahnen gibt. Neben weiteren konkreten Forderungen des IWF, der damit direkt die Wirtschaftspolitik in Brasilien diktiert, werden die Lebensbedingungen der brasilianischen Bevölkerung derart verschlechtert, daß der Vorsitzende der Oppositionspartei PMDB von einem „ökonomischen Vietnam" sprach.

Die Folgen der Großprojekte: ...

Die Folgen der Großprojekte: ...

Die von den brasilianischen Militärs durchgesetzten Großprojekte sind keine auf mangelnden Sachverstand zurückzuführende Fehlentscheidungen, sondern planmäßige Infrastrukturmaßnahmen im Interesse des ausländischen Kapitals, wie z.B. das Projekt „Carajas" verdeutlicht.

Das von der Regierung gepriesene „Jahrhundertprojekt Carajas", das den brasilianischen Staat insgesamt 62 Mrd. Dollar (10) kosten wird, wurde durch Satellitenaufnahmen der USA im Jahre 1967 initiert. Damals entdeckten die Amerikaner im östlichen Amazonasraum, in den Bundesstaaten Para, Goias und Maranhao, phantastische Mengen begehrter Bodenschätze: 18 Mrd. t Eisenerz, 1 Mrd. t Kupfer, 60 Mio. t Mangan, 50 Mio. t Bauxit, 47 Mio. t Nickel, 100 t Gold, etc.

Die Militärs stellten daraufhin einen Entwicklungsplan unter dem Namen „Projekt Carajas" für den ganzen östlichen Amazonasraum auf, der neben dem Abbau der Mineralien, infrastrukturelle Maßnahmen, Weierverarbeitungsindustrien, selbst großangelegte Agrarprojekte vorsah.

So wird eine 890 km lange Eisenbahn gebaut, die das Eisenerzabbaugebiet mit dem Hafen „Ponta de Madeira" in Sao Luis am Atlantik verbindet. Die Seehäfen Sao Luis und Belem werden als Erzumschlaghäfen ausgebaut; Schiffswege erweitert und vertieft; Binnenhäfen in Tucurui und Maraba angelegt; zwei Aluminiumhütten in der Nähe Belem und Sao Luis errichtet; ein Stahlwerk auf der Basis von Holzkohlehochöfen bei Maraba und Verhüttungsindustrie für Erze in der Nähe der Stadt Carajas geplant und das Wasserkraftwerk Tucurui gebaut.

Darüberhinaus sind große Landwirtschafts- und Viehzuchtprojekte geplant. Diese sollen jährlich 10 Mio. t Reis, Mais und Sojabohnen, 1 bis 5 Mio. t Mandioka als Viehfutter, 5,4 Mrd. Liter Alkohol aus Mandioka für den Export produzieren. Außerdem sollen angesichts steigender Preise für synthetischen Gummi Kautschukplantagen angepflanzt werden, die bis zu 900.000 t Kautschuk liefern sollen. (12)

Obwohl das Projekt nach Aussagen der Regierung gerade dazu dienen soll, die Auslandsverschuldung durch den Export der Rohstoffe und Agrarprodukte abzubauen, erreicht sie das genaue Gegenteil.

So soll ein Drittel der Gesamtkosten durch ausländische Beteiligungen (überwiegend in Bergbau und Weiterverarbeitungsindustrie) aufgebracht werden, für den Rest hat der Staat Kredite aufgenommen: „beispielweise 600 Mio. Dollar bei der EG (das größte Darlehen, das von der EG jemals an Drittländer vergeben wurde). Weitere Kreditgeber sind die japanische Export-Import Bank, Weltbank, KfW. Die Kredite haben durchschnittlich einen Zinssatz von 12% und eine Laufzeit von 10-12 Jahren. Weiter wurden bereits feste Lieferverträge für Eisenerz abgeschlossen (Japan 13 Mio. t, EG 12,9 Mio. t) und diese Länder an der Vorfinanzierung beteiligt." (13)

Der brasilianische Staat finanziert also durch Kreditaufnahme Infrastrukturmaßnahmen, wie z.B. die Errichtung des Wasserkraftwerkes Tucurui, das billige Energie für die Aluminiumherstellung spenden soll, die in erster Linie den ausländischen Firmen dazu dienen, die Rohstoffe, weiterverarbeitete Rohstoffe (Bauxit und Alu) und Agrarprodukte möglichst billig und schnell außer Landes zu schaffen. Das Argument, daß z.B. der Eisenerzexport die nötigen Devisen beschaffen wird, um die Auslandsverschuldung zu senken, ist völlig unrealistisch. Die Militärs sind bei der Planung ihrer Großprojekte immer von hohen Wachstumsraten in Brasilien und der Welt

die nötigen Devisen beschaffen wird, um die Auslandsverschuldung zu senken, ist völlig unrealistisch. Die Militärs sind bei der Planung ihrer Großprojekte immer von hohen Wachstumsraten in Brasilien und der Welt

ausgegangen, ohne jemals an eine Wirtschaftsflaute zu „denken", die heute ihre Pläne ins Absurde führen.

So werden die erhofften Deviseneinnahmen durch Eisenerz bei dem weltweiten Rückgang der Stahlproduktion zumindest in den nächsten Jahren nicht in Erfüllung gehen, genausowenig wie ihre falschen Prognosen über den Energiebedarf, der sie riesige Wasserkraftwerke (wie Itaipu) hat bauen lassen, deren Kapazitäten heute nur zum geringen Teil ausgelastet werden können. Nutznießer ist allein die Großindustrie, überwiegend in ausländischen Händen, die diese Energie billig bezieht, mit der Folge, daß z.B. VW seine Produktion immer mehr rationalisiert und den Einsatz energiefressender Roboter plant, während die Arbeitslosen die Favelas von Sao Paulo zum Zerbersten bringen und keinen Strom besitzen, da sie ihn nicht bezahlen können.

Das Projekt Carajas dient dem ausländischen Kapital als Vorratskammer, auf das es bei gegebenem Bedarf, bei Erholung der Weltwirtshaft, Kriegssituationen, etc. jederzeit zurückgreifen kann, während die dortige Bevölkerung ins Elend gestoßen wird.

... Landspekulationen und Vertreibung

Durch das Projekt setzte eine riesige Landspekulation und -konzentration in den betroffenen Gebieten ein. Der Bau des Tucurui Staudammes, der viertgrößte der Welt, wird einen 210.000 ha großen See aufstauen, wodurch 5.000 Familien und einige Indianergruppen, wie die Parakana und Asuriri, vertrieben werden (14). In der Nähe von Sao Luis mußten 6.000 Familien, in Barcarena mehr als 3.000 Familien wegen des Baus der dortigen Alu-Hütten ihr Land verlassen. Durch die geplanten Agrarprojekte, so wird z.B. 3 Mio. ha Land alleine für Viehzuchtprojekte vorgesehen (15), die jährlich riesige Mengen Fleisch exportieren sollen, kaufen die Großgrundbesitzer immer mehr Land auf und verdrängen dadurch tausende von Familien, die teilweise vorher von der Regierung aus dem Nordosten angeworben wurden, um einer Agrarreform auszuweichen. *„In Brasilien gehören gerade einem Prozent der Farmen über 43% des gesamten bebaubaren Landes — und dazu noch das beste Land. Im brutalen Kontrast dazu bleiben für 50% der Farmen weniger als 3% des Landes übrig. Darüberhinaus besitzen wenigstens 7 Millionen der ländlichen Familien überhaupt kein Land — und das in einem Staat, in dem, selbst ohne das Amazonasgebiet in Betracht zu ziehen, potentiell für jede Familie zehn bebaubare Acres zur Verfügung stünden."* (16)

Anstatt eine Landreform durchzuführen, die den landlosen Familien und Kleinbauern dringend benötigtes Land geben würde, um sich zu ernähren und

re Acres zur Verfügung stünden." (16)
Anstatt eine Landreform durchzuführen, die den landlosen Familien und Kleinbauern dringend benötigtes Land geben würde, um sich zu ernähren und

die einheimischen Märkte mit Lebensmitteln zu beliefern, entschied sich die Regierung für eine noch schärfere Konzentration des Landes in den Händen der Großgrundbesitzer und multinationalen Firmen, denen sie durch Subventionen das Land geradezu schenkt. Das verfügbare Land soll nicht der Bevölkerung zur Ernährung dienen, sondern als Devisenquelle.

So dehnten z.B. die Großgrundbesitzer im Nordosten Brasiliens ihre Viehzuchtflächen und Zuckerrohranbaugebiete immer mehr zu Lasten der Kleinbauern aus, die bis dahin noch ihre „rocas" oder „sitios" (kleine Anbauflächen) besaßen, pachteten oder nutzten, auf denen sie einen Teil ihrer Ernährung sicherstellen konnten. Heute werden sie vom Land in den Hunger getrieben, da sie sich durch Arbeitslosigkeit, etc., die aus dem 3.000 km entfernten Sao Paulo eingeflogenen teuren Lebensmittel kaum noch leisten können.

Dieselbe Entwicklung findet im „Carajas-Gebiet" statt, wobei die Großgrundbesitzer bei der Vertreibung nicht zimperlich sind. Sie führen teure Prozesse gegen Kleinbauern, deren Beweismittel sie anzweifeln, zuweilen fälschen sie eigene Titel, bedrohen ausharrende Bauern und greifen immer häufiger zu bezahlten „Pistoleiros" (Killer), die Widerstandleistende kaltblütig ermorden. In den letzten Jahren gab es hunderte von bewaffneten Landkonflikten, bei denen sich die betroffenen Bauern auch immer mehr bewaffnet zur Wehr setzten. International bekannt wurde eine Auseinandersetzung, wo Kleinbauern bezahlte „Pistoleiros" der Großgrundbesitzer erschossen, woraufhin Militär anrückte und 2 französische Priester und 13 Kleinbauern verhaftete. Im Juni 1982 wurden die Priester in Belem zu 10 und 15 Jahren Haft verurteilt, da sie die Kleinbauern angeblich gegen die Großgrundbesitzer aufgewiegelt haben sollen. Die Bauern wurden zu jeweils 9 Jahren verurteilt. Der Staat setzt zur Durchführung seiner Pläne nach wie vor sehr repressive Gewalt ein, die auch zunehmend ein Teil der katholischen Kirche zu spüren bekommt, da diese die landlosen Familien und Kleinbauern unterstützt.

Durch diese Methoden sind hunderttausende in die Städte Belem oder Sao Luis vertrieben worden, wo sie das riesige Arbeitslosenheer vergrößern, was den Unternehmen wiederum ein niedriges Lohnniveau garantiert und die für ihre hochmodernen Industrieanlagen, mechanisierten Plantagen und Viehzuchtfarmen nur einen geringen Teil derjenigen, die sie vertreiben, wieder beschäftigen.

Außerdem entstehen große ökologische Schäden. So wird zur schnelleren Rodung der riesigen Waldbestände, die dem Stausee Tucurui im Wege stehen, „Agent Orange" verwendet, das bekanntlich in Vietnam von den USA eingesetzt wurde und dort bis heute grausame Schäden an Mensch und Natur

Rodung der riesigen Waldbestände, die dem Stausee Tucurui im Wege stehen, „Agent Orange" verwendet, das bekanntlich in Vietnam von den USA eingesetzt wurde und dort bis heute grausame Schäden an Mensch und Natur

bewirkte. (17)

Im Bundesstaat Para werden ebenfalls riesige Waldgebiete gerodet, zur Produktion von Holzkohle für die geplanten Holzkohlehochöfen und den Export, die nur zum kleinen Teil wieder durch fragliche Aufforstungsmethoden (Kiefern und Eukalyptusbäumen) ersetzt werden, was Erosion und Klimaveränderungen zur Folge haben wird. Ebenfalls werden die Alu-Hütten, die fast ohne irgendwelche Umweltauflagen gebaut werden (mensch denke nur an Reynolds), weite Landstriche verseuchen, ganz abgesehen von der zu erwartenden Wasserverschmutzung durch Industrie- und Abfallprodukte durch die geplante Alkoholgewinnung durch Mandioka, was den Fischbestand in den Flüssen reduzieren wird, wodurch eine weitere Ernährungsquelle der Menschen dort vernichtet wird und der Hunger wird bald das ganze Land erfassen.

C., c/o Imperialismus-Kommission

Anmerkungen:

1) „Diario de Pernambuco", 23.8.83
2) „Veja", Aug.83
3) ebenda
4) „Die Diktatur der Kartelle", K.R.Mirow, S.109
5) ebenda, S.46
6) ebenda, S.47
7) „Brasilien 1974-81", G.Calcagnotto
8) „IZ 3 Welt", Nr.113, Nov.83
9) „Brasilien Nachrichten", 79/83 und alle folgenden Zitate
10) Aus „FASE BELEM", einer PT(Arbeiterpartei)-nahen Infoschrift
11) ebenda
12) ebenda
13) „Brasilien Nachrichten", 78/83
14) ebenda
15) siehe (10)
16) „Vom Mythos des Hungers", J.Collins, Fr.Moore Lappe, S.59
17) „Brasilien Nachrichten", 78/83

... suchen die Menschen nach Mitteln fürs Leben

Hamburger Anzeiger, 3. August 1953

Ein gescheiterter Aufstand
Baptista sitzt fest im Sattel

Wie Oberst A. Chaviano bekanntgab, waren die Rebellen unter ihrem Führer Fidel Castro in langer Autokolonne aus Havanna nach Santiago de Cuba zu einem dortigen Volksfest gekommen, wo sich etwa 280 Verschwörer unter die Feiernden mischten. Sie bevölkerten die Cafes und tanzten in den Straßen. Aber in den frühen Morgenstunden des folgenden Tages griffen sie mit Maschinengewehren, Karabinern, Gewehren und Bomben überraschend die Moncardo-Kaserne an. Sie konnten einen Teil der Gebäude in ihre Gewalt bekommen und besetzten dann den Justizpalast sowie zwei Krankenhäuser in dem benachbarten Saturnio Lora. Die Stellungen waren nicht zu halten, die Revolutionäre zogen sich kämpfend zurück.





Linkes Bild: Camilo Cienfuegos und Fidel Castro beim Einzug in Havanna nach dem Sieg der Revolutionsarmee. — Rechtes Bild: Celia Sanchez und Vilma Espin in der Sierra Maestra; heute ist Vilma Espin Vorsitzende des cubanischen Frauenverbandes.

Neue Zürcher Zeitung, 4.12.1956

Die Aufstandsbewegung auf Kuba
Tod des Rebellenführers Castro

Santiago (Kuba), 3. Dez. (United Press) Die kubanische Regierung hat am Sonntag Flugzeuge und Truppen zur Bekämpfung der Aufständischen eingesetzt. 40 Mitglieder der revolutionären Bewegung sind dabei getötet worden, darunter Fidel Castro, der Führer der Rebellen. Insgesamt hat die Regierung eine Einheit von 600 Fallschirmsoldaten nach Santiago geworfen. (..) Ein revolutionärer Führer, Fidel Castro, erklärte kürzlich in Mexico, daß man diesen Monat eine „Invasion" Kubas unternehmen werde, um Präsident Batista zu stürzen.

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

1. Januar 1959 Kuba ist frei!

★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★★

Frankfurter Allgemeine, 12. April '58

Kubanische Wirren ... politisch wachsen dem Rebellenführer langsam Kräfte zu. Was der jugendliche Studentenführer will, läßt sich nur vage sagen. Genaue Vorstellungen hat er wohl selbst nicht und braucht der „Held" einer lateinamerikanischen Revolution auch nicht, um junge Anhänger zu begeistern. Er will vor allem eine saubere demokratische Regierung auf der Insel. Er will die Korruption ausfegen und denkt an sozialistische Reformen (..) Unter Castros bewaffneten Leuten sind vor allem Studenten. Er genießt aber auch die Sympathie, wenn nicht die Unterstützung des Bürgertums und der Intellektuellen. Manche ausländischen Beobachter meinen gar, die Mehrheit der Bevölkerung sei auf seiner Seite. Eine faire Kampfweise, die sorgfältig auf Leben und Eigentum der Nichtkämpfer Rücksicht nimmt, hebt ihn vorteilhaft von der Brutalität ab, mit der Batistas Polizei ihre Opfer in den Gefängnissen mißhandelt.

den Gefängnissen mißhandelt.

Neue Zürcher Zeitung, 5. Okt. 1958

Die Aktivität der kubanischen Rebellen

Havana, 2. Okt. (UPI) Wie aus zuverlässigen Kreisen verlautet, ereignete sich am vergangenen Samstag zum zweitenmal innert kurzer Zeit der Fall, daß kubanische Regierungstruppen den angreifenden Rebellen keinen Widerstand entgegensetzten. Als eine Gruppe von Rebellen eine Zuckerfabrik in der Provinz Oriente angriff und teilweise zerstörte, zogen sich die Regierungstruppen widerstandslos in ihre Kantonnement zurück.

Neue Zürcher Zeitung, 3. Jan. 1959

Umschwung in Kuba

(..) *2. Jan. (UPI)* In den Vereinigten Staaten sind am Donnerstag mit Flugzeugen und Schiffen Hunderte von Flüchtlingen aus

sind am Donnerstag mit Flugzeugen und Schiffen Hunderte von Flüchtlingen aus

Kuba eingetroffen. Die Flüchtlinge wurden teilweise von kubanischen Emigranten mit feindlichen Demonstrationen empfangen. In Miami sowie in New Orleans und Jacksonville mußte die Polizei aufgeboten werden, um die auf dem Luftweg eintreffenden Vertreter und Nutznießer des gestürzten Batista zu schützen.

Die Welt (Hamburg) 30. Dezember 1958

Fidel Castro marschiert auf Santiago de Cuba
Aufständische wollen Gegenregierung bilden — Erfolg im dritten Jahr der Revolution?

Nachrichtendienst der WELT

Havana, 29. Dezember

Der seit zwei Jahren schwelende kubanische Bürgerkrieg scheint einem neuen Höhepunkt entgegenzutreiben. Die Rebellen Fidel Castros marschieren nach einer Meldung ihres Rundfunks vom Montag nach siegreichen Gefechten mit den Regierungstruppen in vier Marschsäulen auf die Hauptstadt der ostkubanischen Provinz Oriente, Santiago de Cuba, um dort ihren vorläufigen Regierungssitz zu errichten.

In der zentralkubanischen Provinz Las Villas haben die Regierungstruppen Batistas nach einer Reihe von Niederlagen unter Einsatz von schwerer Artillerie, Panzern und Bombern zum Gegenschlag ausgeholt, nachdem die Provinzhauptstadt Santa Clara in den letzten Tagen von den Rebellen ernsthaft bedroht wurde. Bereitstellungen der Rebellen um Santa Clara waren das Ziel schwerer Bombenangriffe.

Aus der Provinz Oriente melden die Rebellen die Einnahme der Stadt Palm Soriano an der Hauptverkehrsstraße zwischen Bayamo und Santiago. Die Straße soll sich auf einer Länge von mehr als 100 Kilometern unter Kontrolle der Rebellen befinden.

Die Aufständischen wollen den Richter Manuel Urrutia zum Präsidenten ihrer Regierung ausrufen. Urrutia war vor kurzem aus den Vereinigten Staaten nach Kuba zurückgekehrt, um sich der Aufstandsbewegung Fidel Castros anzuschließen.

Die Rebellion hatte in letzter Zeit wieder an Kraft gewonnen, nachdem sie im Juli schwere Niederlagen erlitt. Fidel Castro verfügt über fünf- bis siebentausend „Soldaten", doch gibt es vielleicht 35 000 bewaffnete Zivilisten im ganzen Land, die ihn unterstützen. Es gibt keine rechten Fronten in diesem Krieg, den die Fidelisten nun auch ins Zentrum der Insel getragen haben. In der Bergkette von Escambray scheint sich der Argentinier Dr. Guevara mit 800 Mann festgesetzt zu haben, der als einer der fähigsten Guerillaführer Castros bezeichnet wird. Durch die Einnahme des Ortes Alto Songo in der Ostprovinz wurde auch die nordamerikanische Marinebasis auf kubanischem Gebiet in der Bucht von Guantámano von ihren Landverbindungen abgeschnitten. Dagegen haben die Amerikaner protestiert.

Das amerikanische Außenministerium hatte auch andere Gründe zum Protest. Schon drei Kursflugzeuge sind im Fluge von den Fidelisten „gestohlen"



Fidel Castro
Zeichnung: Kroll (N. Y. Herald Tribune)

worden. In den Vereinigten Staaten besteigt ein unschuldig aussehender Passagier die Maschine, und über Kuba wird der Pilot mit der Pistole in der Hand zum Landen auf Castro-Gebiet gezwungen. So scheint der reiche Sohn des Zuckerpflanzers Rodriguez Villegas vorgegangen zu sein, der im Flugzeug plötzlich seine olivgrüne Uniform zeigte und sich als Rebell zu erkennen gab. Die Viscount-Maschine der „Linea Aerea Cubana" aber zerschellte beim Landen auf einem abgeernteten Zuckerrohrfeld, und sechs Passagiere (auch Rodriguez) kamen um.

Ein anderes Flugzeug derselben Linie stürzte an der Küste ab, wahrscheinlich ebenfalls als Folge dieses seltsamen Luftkrieges. Als die Fidelisten wieder anfingen, Nordamerikaner zu entführen (sie hatten im Juni 47 Amerikaner drei Wochen lang als Geiseln festgehalten), wurde das amerikanische Außenministerium so böse, daß es damit drohte, das Waffenembargo zugunsten Batistas aufzuheben. Dieses besteht für beide Kriegsparteien. Batista scheint nun aber von den Engländern 17 Marineflugzeuge zu bekommen. Castro überließ über seinen Rundfunk feierlich sein „Gesetz Nr. 4", das die Beschlagnahme von britischem Eigentum auf „seinem" Territorium erlaubt.

Miami im amerikanischen Staat Florida ist Zentrum der fidelistischen Tätigkeit in den Vereinigten Staaten. Die sehr starke kubanische Kolonie, meist Hotelangestellte, macht den Behörden des Staates Florida viel zu schaffen. Sie schmuggeln die Waffen, die Castro zu seinen Guerilla-Offensiven befähigen. Es gibt Nacht-und-Nebel-Morde. Castro rühmt sich, daß er acht Kandidaten für den kubanischen Kongreß „umgelegt" habe. Es ist ihm auch zu verdanken, daß die wichtigste Autobuslinie Kubas nach Zerstörung von 23 Bussen stillgelegt werden mußte.

Castro versucht, das Geld für seinen Krieg durch eine Steuer auf den Zucker zu beschaffen. Er sandte Rechnungen an 41 Pflanzerfirmen, darunter der US-Firma United Fruit eine über 186 000 Dollar. Washington empfahl den betroffenen US-Firmen, der Erpressung nicht stattzugeben.

Noch kontrolliert Staatspräsident Batista die Zone von Havana, wo er auch mit der Unterstützung der Gewerkschaften rechnen kann. In der Oriente-Provinz aber regiert Castro fast unumschränkt. Gelingt es ihm, die Hauptstadt Santiago de Cuba zu besetzen, ist auch Batistas Festung Havana nicht mehr sicher vor der Revolution des Fidel Castro, die nun schon in ihr drittes Jahr geht.

Neue Zürcher Zeitung, 29. Okt. 1959

Stimmungsmache in Havana

Vor rund 250.000 Personen, die er zu einer Massenkundgebung vor dem Präsidentschaftspalast aufgeboten hatte, erging sich Ministerpräsident Fidel Castro in scharfen Anklagen gegen die Vereinigten Staaten. (..) An der Massenkundgebung erklärte Major Raul Castro: „Wir werden das Volk bewaffnen, mag uns dann angreifen wer will!" Diese Erklärung wurde von der Menge mit donnerndem Beifall aufgenommen. Major Ernesto Guevara, ein Held der Kubanischen Revolution, rief seinerseits aus: „Kuba wird kein neues Guatemala. Nicht einmal eine Invasion von Marinefüsilieren könnte die kubanische Nation unterwerfen."

In seiner Schlußrede fragte Fidel Castro die Menge: „Sollen die Feinde, die in Kuba einzudringen versuchen, erschossen werden oder nicht?" Die Menge schrie: „An den Galgen mit den Verrätern!"

Neue Zürcher Zeitung, 21. Jan. 1959

Nach dem Umsturz in Kuba

Die Berichte aus Kuba ließen während der Herrschaftszeit (Batistas) wohl die chaotischen Zustände ahnen, die sich im Schatten der Willkür entwickelt hatten. Aber niemand war angesichts der Polizei- und Terrormaßnahmen Batistas in der Lage, die Geschehnisse völlig zu überblicken und in ihrer Furchtbarkeit genau zu schildern. Die heute herüberdringenden Nachrichten spiegeln nun das erschütternde Bild eines nicht nur korrupten, sondern eigentlich verbrecherischen Regimes ...



Der Einmarsch in Havanna.

Die Welt (Hamburg) 1. Januar 1959

Kubas Diktator geflohen Mob plündert Havanna

Castros Radikale marschieren auf die Hauptstadt

Havanna, 1. Januar (dpa-AP-UPI)

Der Bürgerkrieg in der mittelamerikanischen Inselrepublik Kuba hat in der Neujahrsnacht eine dramatische Wendung genommen. Staatspräsident Batista ist mit seiner Familie mit einem Flugzeug in die Dominikanische Republik geflüchtet. In der Hauptstadt Havanna herrschen schwere Unruhen. Die linksradikalen Rebellen rücken auf Havanna vor.

Vor seiner Flucht übergab Batista seine Machtbefugnisse unter dem wachsenden militärischen Druck der Rebellen einer Militärjunta, unter Führung von General Cantillo, die unverzüglich den ältesten Richter des Obersten kubanischen Gerichtshofes, Carlos Piedra, zum



Zeichnung: Werner Schmidt

vorläufigen Präsidenten ernannte. Die Rebellen erkennen ihn jedoch nicht an.

Piedra ernannte Dr. Rubio zu seinem Ministerpräsidenten und ordnete die sofortige „Feuereinstellung an allen Fronten" an. Rebellenführer Castro hat ein Waffenstillstandsangebot mit der Erklärung zurückgewiesen, daß der Triumph der Revolution absolut vollkommen sein müsse.

Freudendemonstrationen in der kubanischen Hauptstadt Havanna aus Anlaß der Flucht des ehemaligen Präsidenten Batista verwandelten sich am Donnerstag in Unruhen, Plünderungen und Brandstiftungen. Wenige Stunden, nachdem Batista das Land verlassen hatte, wurden Geschäfte gestürmt und das Kasino in Brand gesetzt. Nach einer New Yorker Rundfunkmeldung soll die Polizei das Feuer auf die Plünderer eröffnet haben, die auch in ein Hotel in der Hauptstadt eingedrungen seien.

Das Hauptquartier der Aufständischen hat die Bürger der Hauptstadt über den Rundfunk aufgerufen, die Plünderungen einzustellen und die Ordnung aufrechtzuerhalten. Eine der Rundfunkstationen des Aufständischen-Führers Castro in der Provinz Havanna hat zu einem Generalstreik gegen die Militärjunta aufgefordert.

Batista flog mit seiner Maschine in die dominikanische Hauptstadt Ciudad Trujillo. Vor seinem Abflug erklärte er, er trete zurück, um seinem Lande weiteres Blutvergießen zu ersparen.

Unterdessen haben weitere kubanische Politiker und Offiziere das Land verlassen, unter ihnen der kubanische Generalstabschef Tabernilla, Polizeichef General Pilar Garzia.

Die militärische Lage ist nach den vorliegenden Meldungen unklar. Der Sender der Rebellen berichtete, daß sich die Stadt Santa Clara in den Händen der Aufständischen befindet.

Washington will sich nicht einmischen

Kabelbericht unseres Korrespondenten

bo. **Washington, 1. Januar**

Die amerikanische Regierung ist sorgfältig bemüht, eine Haltung der Neutralität, oder genauer der „Nicht-Verwicklung" gegenüber dem kubanischen Bürgerkrieg einzunehmen. Berichte über amerikanische Absichten, mit Waffengewalt einzugreifen, sind völlig unzutreffend. Der Leiter der Südamerika-Abteilung im Außenministerium, Rubottom, hat diese Berichte soeben vor einem Senatsausschuß dementiert.

Etwas anderes ist es, ob die Vereinigten Staaten die Flotte einsetzen, um amerikanische Staatsbürger, deren Sicherheit gefährdet ist, aus Kuba zu evakuieren. Bis jetzt ist kein solcher Beschluß gefaßt worden.

Obwohl die Bewegung Fidel Castros als linksgerichtet gilt, hat Rubottom doch in seinem vertraulichen Referat im Senat erklärt, das State Department glaube nicht, daß sich in der Castro-Bewegung organisierte kommunistische Elemente befänden, noch daß de Castro selbst unter kommunistischem Einfluß stünde.

wurden Geschäfte gestürmt und das Kasino in Brand gesetzt. Nach einer New Yorker Rundfunkmeldung soll die Po-

Elemente befänden, noch daß de Castro selbst unter kommunistischem Einfluß stünde.

Die Zeit, 29. Juli 1959

Stippvisite auf Castros Kuba

... Am nächsten Tag sollte ich von Castro empfangen werden. Ein junger — und bartloser — Hauptmann der Revolutionsarmee, angetan mit Kampfanzug und Käppi, brachte mich zum Außenministerium. Als ich mich durch das Gewühl von Bittstellern und Photographen vorgearbeitet hatte, schob mich eine fette Negerin beiseite: „Du willst mit Fidel sprechen, Genosse? Bitte sehr, aber ich war zuerst hier!" Ein schwitzender Minister schob mich schließlich nach vorn und stellte mich dem Ministerpräsidenten vor.

Einmal fuhr ich im Bus nach Pinar del Rio, rund 150 Kilometer von Havanna entfernt. Unterwegs kamen wir durch ein Dorf. Wer stand dort? Castro, umringt von Bauern. Er hielt eine Rede...

Tagesspiel (W-Berlin), 2. September 1960

Der Jesuitenzögling Fidel ...

Unter den Rhythmen des „Pachanga" und des „Cha Cha Cha" haben sie die Leiche des Yankee-Imperialismus zu Grabe getragen. Am Morgen, nachdem Fidel Castro im überfüllten Stadion stockheiser und mit krächzender Stimme die Enteignung der amerikanischen Firmen verkündet hatte, war aus der Befreiungstat eine karnevalistische Orgie geworden. Im Verwaltungsgebäude der nationalisierten Telephonkompanie lag zwischen feierlichen Kandelabern auf einem Katafalk, von den grinsenden Gefolgschaftsmitgliedern bewacht, „Tonito Kling Kling" aufgebahrt, der kleine Telephonboy, den die amerikanischen Publicity-Manager seit Jahren als Propaganda-Figur ihrer Reklamefeldzüge bemüht hatten. Auch die sterblichen Überreste von „Mr. Kilowatt", dem Symbol der konfiszierten Elektrizitätsgesellschaft, wurde in einem Jux-Begräbnis von einer singenden, tanzenden und gröhlenden Trauergemeinde durch die Straßen Havannas geleitet und an der Mole ins Meer versenkt. Doch nicht alle Kubaner sticht so der Übermut. „Cuba si — yankees no", röhren die Revolutionäre — aber „Cuba si — Rusia no" tönt das Echo aus den Kirchen zurück. Man hat es lange kommen gesehen, daß der Jesuitenzögling Fidel auf einen Konflikt mit dem Klerus zusteuerte, der seit Monaten mit wachsender Unruhe beobachtete, wie das Regime immer mehr unter den Einfluß Moskaus geriet.

Welt, 12. August 1960

Im Hafen von Havana wurden die USA auf demonstrative Weise verspottet und beleidigt: Vor einer riesigen Menschenmenge wurden 26 Särge im Hafenbecken versenkt. Die Särge sollten die 26 enteigneten amerikanischen Firmen symbolisieren.



Welt, 26. Februar 1960

Welt, 5. 2. 1959

Welt, 26. Februar 1960

Wer sind die Gefolgsleute Castros?

Raul Castro, dem Bruder und Verteidigungsminister, wird nachgesagt, er stände dem Kommunismus chinesischer Spielart nahe. Der für die Wirtschaftspolitik des Regimes ausschlaggebende Mann, Ernesto Guevara, jetzt Präsident der Nationalbank, sei wiederum ein ungebundener Titoist. Nunez Jimenez, der die Agrarreform befehligt, wird als Mann Guevaras angesehen. Damit hätten wir einen Maoisten und zwei Titoisten in Schlüsselstellungen unter Castro.

Neue Zürcher Zeitung, 29.11.1959

Regierungsumbildung in Kuba

Völlig überraschend hat Ministerpräsident Fidel Castro Major Ernesto Guevara zum Präsidenten der Nationalbank ernannt. (..) Major Guevara, der bis heute für das Landwirtschaftsprogramm verantwortlich war, ist als Anhänger der extremen Linken und für seine antiamerikanische Haltung bekannt.

Welt, 5. 2. 1959

Strenge Sitten auf Kuba

Polizisten müssen ihre Zeche wieder selbst bezahlen

Die strengen Gesetze der neuen revolutionären Regierung bedeuten für viele Kubaner den Bruch mit mancher lieben Gewohnheit. (..) Da ist zum Beispiel das populäre Glücksspiel „Bolito". Früher ging man zum Zigarrenhändler an der Ecke und spielte eine Nummer. Offiziell war das Bolito verboten, dennoch gab es zu Batistas Zeiten fünf Bolito-Ziehungen täglich. Jetzt ist alles anders. Dieses Volksvergnügen ist aus dem kubanischen Leben verschwunden. (..) Zwanzig Prozent Provision bezahlten die Bolito-Spieler. An Polizisten freilich wurden die Lose gratis abgegeben. Außerdem veranstaltete die Polizei gelegentlich „Sammlungen" bei den Losverkäufern, die sicherlich sehr einträglich waren.

Der nächste Punkt auf dem Säuberungsprogramm sind die öffentlichen Häuser und Rauschgiftzentralen. Auch sie florierten unter Batista und genossen — so jedenfalls versichern die neuen Herrscher — gegen Bezahlung den Schutz der Regierung. Ferner wird mit der Sitte ausgeräumt, Journalisten, die im Sinne der Regierung schrieben, finanziell zu unterstützen. Es gab Journalisten, die einen Teil ihres Gehalts direkt von der Regierung bekamen.

Der Beschluß der Regierung, daß von jetzt an nur noch der, der für die Regierung arbeitet, vom Tisch der Regierung essen soll, bedeutet für viele Kubaner eine böse Überraschung. Batista hatte Tausende von „Klienten", die keinen anderen Beruf hatten, als Regierungsgelder in Muße zu verzehren. Das Ministerium für öffentliche Arbeit soll nach Angaben der jetzigen Regierung monatlich 400.000 US-Dollar an regierungstreue Müßiggänger ausgezahlt haben.

Als Fidel Castro verkündete, daß jeder Polizist künftig seine Zeche in den Bars selbst bezahlen müsse, waren die Polizisten nicht sonderlich entzückt, aber die Bodegabesitzer atmeten erleichtert auf. Für sie war der Gratisausschank an die Hüter der öffentlichen Ordnung kein gutes Geschäft gewesen.



Che Guevara als kubanischer Repräsentant während einer Rede bei den Vereinten Nationen.

Neue Zürcher Zeitung, 29.11.1960

Loblied Guevaras auf den Kommunismus

Tokio, 28. Nov. (UPI) Der Präsident der Kubanischen Nationalbank, *Major Ernesto «Che» Guevara*, erklärte am Montag in Schanghai, Kuba sei «unwiderruflich» mit der *kommunistischen Welt* verbunden. An einer Massenkundgebung führte Guevara vor rund 10 000 Personen aus, der Kommunismus habe den Kapitalismus «auf allen Gebieten» besiegt, und das kommunistische Lager gewinne von Tag zu Tag an Stärke. «Von Osten bis Westen haben die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas eine *einige antiimperialistische Front* errichtet. China und Kuba stehen an der gleichen Front im Kampfe gegen die imperialistische Aggression».

Guevara pries den Vorsitzenden der chinesischen Kommunistischen Partei, Mao Tse-tung, als «einen der größten Führer der heutigen Welt» und fuhr fort: «Das kubanische Volk kann das chinesische Volk am besten verstehen, denn wir beide waren der Blockade, der Plünderung, der Verleumdung und der Aggression durch die *amerikanischen Imperialisten* ausgesetzt. Der erbarmungslose Haß des Imperialismus gegen die Völker unserer beiden Länder und gegen unsere großen Aspirationen der völligen Befreiung und des Friedens haben uns seit langem als Brüder vereinigt.»



Vor 1959 undenkbar: Eine alte Arbeiterin liest Zeitung! Sofort nach der Revolution begann eine umfassende Alphabetisierungskampagne. Heute kann jede Cubanerin schreiben, rechnen und lesen, auch die alten Leute. Jede/r hat den Schulabschluß der 6. Klasse. — Die Bauern und Arbeiter können wieder lachen: Endlich haben sie genug zu essen!

Welt, 18. Februar 1960

Was geht auf Kuba vor?

Fidel Castro, seit dreizehn Monaten revolutionärer Chef der tropischen Insel Kuba, regiert wie noch nie ein Ministerpräsident ein Land regiert hat. Er hat kein festes Büro, keine Kanzlei in der Hauptstadt Havana, dafür aber 14 kleine Häuser, über die ganze Insel verstreut, in denen er absteigt, je nachdem wohin ihn seine Regierungsgeschäfte führen. (..) Nur wenige Personen wissen jeweils, wo sich der Ministerpräsident aufhält. Er kommt immer zu spät. Überall redet er, ein Rhetoriker von gewaltigen Gaben, zu gläubigen Massen.

Wenn jemand, dann verkörpert heute Castro die permanente Revolution. Der bewaffnete Bürgerkrieg ist zu Ende, aber der intellektuelle Bürgerkrieg ist in vollem Gange. Wohin er die Hauptfigur dieser Umwälzung noch tragen mag, ist nicht vorauszusagen.

Castro hat gesagt, unter Anspielung auf seine Partisanenuniform: „Wir sind nicht rot, wir sind olivgrün". Beobachter, die Castro gut kennen, meinen, er könne auch deshalb nie ein Kommunist sein, weil er in erster Linie ein ‚Fidelista' ist, ein Parteigänger seiner eigenen höchst individualistischen Natur.

Zusammenstellung: Imperialismus-Kommission, Januar 1984

Rainer Werning

Japan

Die wachen Träume von der „grösseren ostasiatischen gemeinsamen Wohlstandssphäre"

„Wenn das ‚Imperialismus' war, dann war das ein glorreicher Imperialismus." (1)

„Es ist an der Zeit für uns farbige asiatische Rassen, sich neuerlich zusammenzuschließen. Ich glaube, das Konzept der vor dem Kriege verkündeten ‚Größeren Ostasiatischen Koprosperitätssphäre' war richtig. Wir müssen in erster Linie die Interessen gerade unseres Landes im Auge behalten." (2)

Reichlich 38 Jahre nach der Kapitulation Japans und nach 12monatiger Amtszeit des Ministerpräsidenten Yasuhiro Nakasone vollzieht sich in diesem fernöstlichen Inselstaat ein Prozeß, der — obgleich vom Wiedererstarken eines Militarismus noch weit entfernt — auf eine aktivere Rolle im Rahmen amerikanischer Pazifik-Politik verweist.

Demonstrationen der Friedensbewegung im Westen, Reagans bevorstehender Swing durch Ost- und Südostasien, eine für die kommenden 5 Jahre angepeilte Aufstockung des jährlichen Verteidigungsbudgets um mindestens 8% bei gleichzeitig 10%igem Kappen anderer Haushaltsposten bieten Anlaß genug, der Fährte von „Roß und Reiter" nachzuspüren. Dieses Bild hatte in den 60er Jahren der in Tokio akkreditierte US-Botschafter Edwin O. Reischauer bemüht, um die gemeinsame Strategie beider Länder zu unterstreichen. Mit dem Reiter war natürlich Washington gemeint, das dem japanischen Roß Sporen und Richtung gibt.

Pazifisches Power-Play

Durch den Friedensvertrag von San Francisco (1951) erhielt Washington das Recht, auf japanischem Boden militärische Stützpunkte zu installieren und zu unterhalten. Im Gegenzug garantierte es die „Sicherheit" Japans. 1960 wurde dieser Vertrag durch den sog. „Pakt für gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit" abgelöst,

1960 wurde dieser Vertrag durch den sog. „Pakt für gegenseitige Zusammenarbeit und Sicherheit" abgelöst,

welcher 1970 automatisch um weitere 10 Jahre verlängert wurde. Zumindest implizit richteten sich diese Abkommen gegen die Anrainerstaaten (VR China, KVDR) und sicherten die US-Aggressionen gegen Vietnam, Kampuchea und Laos ab.

Erst vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Niederlage der USA in Indochina und dem ökonomischen Erstarken Japans ließ sich das Sato-Nixon-Kommuniqué (November 1969) als Ausdruck der „neuen Asienpolitik" Washingtons begreifen. Damals wurde vom Ende der „Nachkriegsära" gesprochen und die „pazifische Region als ganze" habe eine „neue Ära" betreten. Japan wurden Aufgaben delegiert, die vordem von den USA selbst erfüllt worden sind. Premier Eisaku Sato wies sodann auf die Notwendigkeit hin, durch Sicherheit und Stabilität in Taiwan und Südkorea die eigenen Sicherheitsbelange zu regeln.



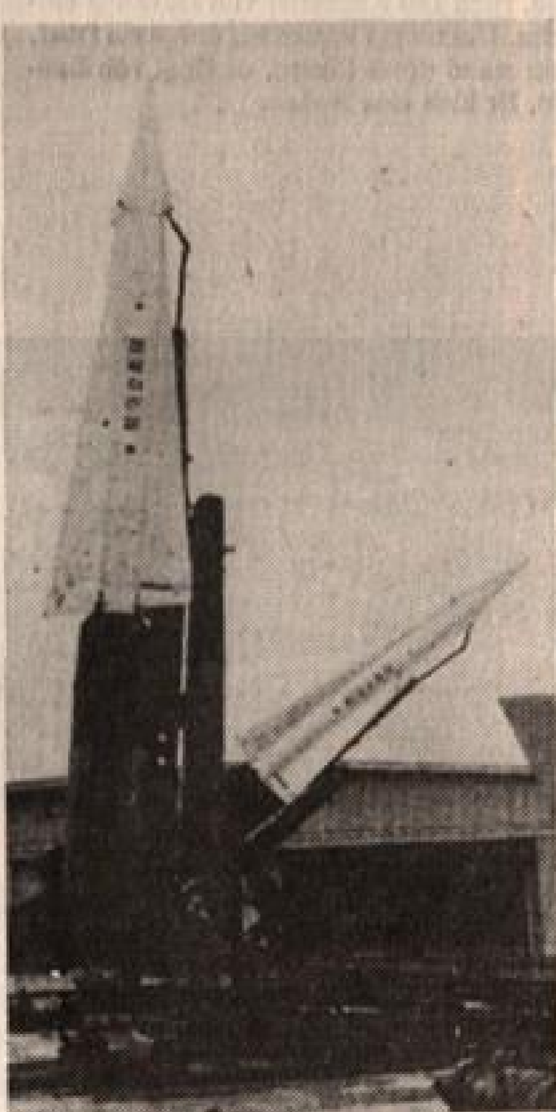
Nakasone



Tanaka

Diesen Kurswechsel begründete der spätere Ministerpräsident Kakuei Tanaka in seiner Regierungserklärung treffend mit den Worten, er glaube, „die Strömungen der Zeit genau zu spüren." Die „Strömungen", die Tanaka im Visier hatte, lagen in der Tatsache begründet, daß durch den Sieg im Volkskrieg der Völker Indochinas sämtliche Varianten amerikanischer „Roll Back"-Politik — von der „massiven Vergeltung" und „flexiblen Antwort" bis hin zum „Geheimkrieg" und „begrenzten Krieg" — in ein Debakel hineinschlitterten.

Nixon hatte die angekratzte Vormachtstellung der USA als Weltmacht in seinem Bericht an den amerikanischen Kongreß am 18. Februar 1970 (3) selbst ausgesprochen und die straffere Kollaboration mit Japan gefordert. In Asien, so Nixon, werde Japan „eine einzigartige und notwendige Rolle zu spielen" haben, und die „Partnerschaft mit Japan" werde „der Schlüssel zum Erfolg der (1969 auf Guam verkündeten — R.W.) Nixon-Doktrin in Asien" sein.



Wiederbewaffnungsverbot?

Daß hier gleichsam ein Bruch (insbesondere des Artikels 9) der japanischen Verfassung bzw. die zügige Wiederbewaffnung impliziert wurde, ist von

Verfassung bzw. die zügige Wiederbewaffnung impliziert wurde, ist von

amerikanischer Seite niemals bestritten worden. Eugene Black, ehemaliger Weltbankpräsident, schrieb 1969: *„Ich halte es für sicher, daß Japan in nicht allzu ferner Zukunft ein großer Waffenproduzent wird. Dieses Vorhaben wird in Japan sicherlich als eine wirtschaftliche Notwendigkeit ausgegeben werden. Ich schließe nicht aus, daß eine solche Entwicklung den amerikanischen Interessen zuwiderläuft."* (4) Edwin O. Reischauer, Ex-Botschafter und als einer der einflußreichsten Asienexperten im State Department angesehen, offerierte als aktiver Protagonist der engen US-japanischen Allianz eine simple Erklärung — gemeinsamer Interessenausgleich. (5)

Bereits damals zeigte dieser sehr deutliche Konturen. Im 1. japanischen „Weißbuch für nationale Verteidigung" aus dem Jahre 1970 sind die in ihm zum Ausdruck gebrachten „drei Grundpfeiler" der japanischen Verteidigungspolitik wie folgt zusammengefaßt:

1) „Marine und Luftwaffe müssen die Vorherrschaft in der Umgebung" — ein nicht näher eingegrenzter Begriff — „als Lebensnerv Japans sichern." Ohne Umschweife wurden hier expansionistische Ambitionen gegenüber angrenzenden Ländern angesprochen. Nicht zuletzt bekräftigte man diese Absicht durch die Einverleibung der chinesischen Insel Tiaoyu im Rahmen der Rückgabe der Ryukyu-Inseln an Japan. Hinzu kam, daß die Malakka-Straße nunmehr als Lebensnerv eingestuft wird!

2) Ferner hieß es im Weißbuch: „Die Aggression soll im Anfang ausgeschaltet werden." Nicht nur blieb die Frage offen, wann sich eine Aggression „im Anfang" befindet; in Bezug auf den Vietnamkrieg liefert eine solche Erklärung die Grundlage der Rechtfertigung eventueller japanischer Aggressionen.

3) Als weiterer Punkt wurde ein „Entgegentreten der indirekten Aggressionen" hervorgehoben. Dieser „Grundpfeiler" — so das Weißbuch — ergänzte die unter Punkt 2 angeführte Erklärung.



Cordon Sanitaire

Japans Stärke im militärischen Dreierallianzsystem (USA, Japan und Südkorea), welches sowohl auf dem bilateralen, aus dem Jahre 1960 datierenden „Japanisch-amerikanischen Kooperations- und Sicherheitsvertrag" (1.10.1953) (6) basiert, hat zugenommen. Mitte der 60er Jahre, als Japan dem Seouler Regime mit ersten umfangreichen Finanzhilfen unter die Arme griff, tauchte in Tokio nicht zufällig der sog. „Three Arrows" („Drei Pfeile")-Plan auf, der ausschließlich strategischen Charakter trug. Er ging — um im Jargon des Weißbuchs zu bleiben — von der Bedrohung des „Lebensnervs" der nächsten „Umgebung" aus und beinhaltete drei Etappen: a) Südkorea zu okkupieren; b) in Nordkorea einzumarschieren und c) jeglichen Widerstand in Japan selbst niederzuschlagen. *„Der Plan wurde 1964 in Form der Operation ‚Flying Dragon' und anschließend in der Operation ‚Bull Run' weiterentwickelt. Im März 1969 entsprach das Szenario noch ganz einer Neuauflage des Korea-Krieges, und in der Übung ‚Focus Retina' wurde die gesamte 82. US-Luftlandedivision aus den USA via Okinawa nach Südkorea verlegt, um dort mit südkoreanischen Truppenverbänden Kriegsspiele zu proben, die nach den Worten des Korrespondenten der ‚Asahi Shimbun' (7) von einem simulierten Angriff gegen Stellungen am 38. Breitengrad ausgingen."* (8)

Manöver ähnlicher Art sind zu späteren Zeitpunkten wiederholt worden. Dabei wurde jeweils auch die Schlagkraft der japanischen Truppen getestet (auf Okinawa, Honshu und Hokkaido), obgleich Washington wie Tokio peinlich darauf bedacht waren, derartige Übungen einzig als dokumentierte Waffenbrüderschaft für die südkoreanischen Armeeeinheiten im Falle einer „Invasion Nordkoreas" auszugeben, von vornherein also einer Kritik am Erstarken des japanischen Militarismus den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Bereits 1967 entsandte Tokio als einen neuen Militärattaché Tsukamoto Shoichi nach Seoul, der einst zusammen mit Park Chung-hee die Schulbank in der Japanisch Kaiserlichen Militärakademie gedrückt hatte. William Bundy, damals stellvertretender US-Außenminister, ließ an der künftigen Rolle Japans keinen Zweifel, als er in Anspielung auf das Entstehen eines neuerlichen Brandherdes in Korea anmerkte, daß „dann die japanische Armee gehen muß." Chong Il-kwon, einst südkoreanischer Premierminister, verschanzte sich hinter der UNO, um Japans Rolle im Eventualfall herauszustreichen. *„Ich glaube"*, so führte er aus, *„daß Japan als ein Mitglied der UN unter dem Befehl des US-Hauptquartiers in Korea unverzüglich zum Eingreifen aufgerufen ist, wenn dort erneut eine kommunistische Aggression droht."* (9) Noch vor wenigen Monaten wurden am Berg Fuji amerikanisch-japanische Großmanöver abgehalten, in denen über ein Testen japanischer Schlagkraft hinaus ein derartiges Kalkül in das Szenario miteinbezogen wurde. (10)

Ökonomische Interessen

Stellvertretend für die einflußreichsten Repräsentanten des japanischen Finanzkapitals äußerte sich Kono, Chef der mächtigen Mitsubishi Heavy Industries, mit einem Zungenschlag, der dem Chongs verblüffend ähnlich war. Er schlug vor, Japan solle den amerikanischen Nuklearschutz vergüten, um theoretisch nicht-nuklear zu bleiben, durch an Washington gerichtete Zahlungen zur Ausgleichung der US-Zahlungsbilanz beizutragen und Japan bei der Produktion der von ihm gewünschten Waffensysteme freie Hand zu lassen. (11) Die damaligen Spitzen der Keidanren (Vereinigung der Wirtschaftsorganisationen), Toshio Doko und Kogoro Uemura, vertraten ganz offen die Ansicht, daß Investitionen riesigen Umfangs der militärischen Absicherung bedürften. Südkorea fiel und fällt in diesem Sinne zweifelsohne eine Schlüsselposition zu. Nakasone, selbst einmal Chef der Selbstverteidigungs-Behörde, unterstrich dies wenige Wochen nach seiner Amtsübernahme durch zwei spektakuläre Maßnahmen. Noch bevor er zu Reagan reiste, widmete er seine erste Auslandsvisite dem südkoreanischen Diktator Chun Doo-hwan, vor dessen Augen er u.a. ein für die kommenden sieben Jahre 4 Mrd. US-Dollar umfassendes Hilfspaket aufschnürte. (12)

„Okinawaisierung" Japans

An den vom Allianzsystem um und auf Taiwan und Südkorea organisierten militärischen Operationen beteiligten sich zunehmend japanische Truppen. Im März 1971 hatte der damalige Außenminister Kiichi Aichi im Parlament erklärt: *„Taiwan hat seit langem zu Japan gehört. Die Frage des Eigentumsrechts ist noch nicht entschieden worden...* (13) Die japanische Marine hat Taiwan mehrmals einen Besuch abgestattet und gemeinsam mit Kriegsschiffen Taipehs Manöver abgehalten.

Die Mitte Mai 1972 erfolgte Rückgabe Okinawas an Japan stellte eine — gemäß dem Rückgabeabkommen vom 17. Juni 1971 — administrative Übernahme und Verantwortung Tokios über die Inseln dar, war folglich nichts anderes als eine Entlastung der USA von ihren „internationalen Verpflichtungen" im Sinne der Nixon-Doktrin („Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen"). (14)



1. Auch nach der formalen Rückgabe an Tokio bleibt Okinawa mit den Philippinen der größte US-Stützpunkt außerhalb Amerikas und fest in dessen Asienstrategie integriert. 2. Washington behält 88 seiner 134 militärischen Anlagen auf den Ryukyus. Sämtliche anderen US-Basen verbleiben in amerikanischem Besitz. 3. Ohne Kontrolle der japanischen Regierung dürfen die USA ihre auf Okinawa stationierten Truppen trainieren. 4. Die von hier aus betriebenen Spionageaktivitäten („Aufklärungsflüge") werden nicht eingestellt. 5. Der Sturm-und-Donner-Sender „Voice of America" strahlt weiterhin seine Programme aus. 6. Ferner enthielt der Rückgabevertrag keinerlei Klausel, welche den Amerikanern den Abtransport der auf Okinawa lagernden Atomwaffen (sowie B- und C-Waffen) zur Auflage machte. 7. Okinawa bleibt eine vorgeschobene Kriegsbasis der US-Strategie in Ostasien/Nordpazifik. 8. Trotz des Untersuchungsberichts des japanischen Nationalrats vom 23. Juni 1971 und der

tionalrats vom 23. Juni 1971 und der

Recherchen des sozialistischen Abgeordneten Kosuke Uehara im Oktober 1971, aus denen hervorging, daß auf Okinawa über 1.000 Atomwaffen lagerten (15), widersetzte sich die Sato-Regierung dem vom Parlament geforderten Abzug dieser Waffen. Nakasone legte sich damals mit dem Argument ins Zeug, Atomwaffen würden von Japan nicht erworben, solange die Amerikaner den über die Inseln gespannten „Atomschirm" glaubwürdig geöffnet ließen. Anders ausgedrückt: Japan wird Atomwaffen produzieren, wenn es aus strategischen Erwägungen geboten scheint. 9. Die exterritorialen Rechte der USA — auf Okinawa kontrollieren sie allein 13% der Gesamtfläche; zudem verfügen sie auf der Hauptinsel Honshu über weiträumige Basen in Iwakuni und Yokosuka — blieben ungetastet. Und schließlich wurde die Zahl der nach Okinawa abkommandierten japanischen Soldaten von Jahr zu Jahr aufgestockt.

Kurz nach der Rückgabe befanden sich dort 3.000 Soldaten. 1977 protestierte die Bevölkerung Okinawas gegen die Verlängerung des Gesetzes aus dem Jahre 1972 um weitere 5 Jahre, das es Washington erlaubt, in Japan fortgesetzt Militärstützpunkte zu un-



Überall in Japan: Protest gegen die US-Kriegsschiffe mit Atomwaffen



Die Einwohner der umliegenden Ortschaften des USA-Luftwaffenstützpunktes Yokota fordern die Auflösung aller USA-Militärbasen in ihrem Land

terhalten und neue zu errichten. Tokio ist es im Rahmen dieses Gesetzes jederzeit gestattet, Bauern zu enteignen, um das Land für militärische Zwecke verfügbar zu machen. Den Hintergrund des Okinawa-Abkommens bildeten der Sicherheitsvertrag und die japanisch-amerikanische gemeinsame Erklärung. Der Übergabevertrag band Japan fest an die USA, verwandelte er doch den Sicherheitsvertrag in ein Militärbündnis (16), was im Einklang mit der japanischen Stoßtruppenfunktion im Rahmen der US-Strategie steht (17)

Im Juli 1976 wurde die Gründung eines gemeinsamen Verteidigungsausschusses beschlossen, der praktisch die Aufgaben eines integrierten Generalstabs der US-Armee und der japanischen Truppen wahrnimmt. Gleich seinem Vorgänger Gerald Ford, der in seiner Ostasien- und Pazifik-Deklaration die Rolle Japans hervorhob, maß Präsident Carter Japan in Fernost eine ,,besondere Rolle'' zu und wertete den Sicherheitsvertrag als ,,fest und unerschütterlich''.

,,Alles was im eigentlichen Japan existiert'', so Kishi damals, *,,kann auch weiterhin auf Okinawa existieren.''* (18) Im Klartext: Mit der ,,Okinawaisierung'' Japans konnte begonnen werden. Diese Äußerung war vor dem Hintergrund des ,,US-Japan-Geheimpakts'' vom 25. April 1971 bedeutungsvoll, erlaubt er doch die ,,Lagerung von Nuklearwaffen und Landung nuklearer Patrouillenboote der USA in Japan.'' Vor Vertragsschluß wurde ein Teil der auf Okinawa befindlichen Atomwaffen nach Japan transportiert, die heute auf Okinawa ebenso wie im eigentlichen Japan gelagert werden dürfen, da Tokio ja den Bedingungen des Sicherheitsvertrages unterliegt. In ihm unterstützen die USA den japanischen Verzicht auf Atomwaffen. Der Okinawa-Vertrag gestattet Washington zwar nur, Atomwaffen auf Okinawa zu lagern, wenn die japanische Regierung dies erlaubt. Zur Genehmigung ist Tokio indes verpflichtet, wenn die ,,Sicherheit'' in Ostasien bedroht ist — ein im übrigen leicht eruierbarer Fall! (19) Inspizieren darf es die Atomwaffen — noch — nicht? Obgleich Japan den USA für die Übernahme von 46 militärischen Anlagen und den partiellen Abtransport von Atomwaffen 320 Mio. US-Dollar zahlte, hatte Verteidigungsminister Melvin Laird die Japaner brüsk beschieden, wenn sie nun schon den atomaren Schutz der USA wünschten, sollten sie sich gefälligst aller Fragen über deren Lagerung in Japan enthalten. (20)

Aspekte zur Restauration des japanischen Kapitalismus

Die ökonomischen Bedingungen für das Wiedererstarken Tokios lassen sich wie folgt skizzieren: Wie wohl in keinem anderen kapitalistischen Land erfolgte das rasche Tempo der Kapitalakkumulation auf der Basis eines engmaschigen Systems von Regierungskontrollen an der Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen. Prof. Chitoshi Yanaga (21) u.a. haben nachgewiesen, daß über 90% der Regierungsaktivitäten unmittelbar für die Beherrschung und Aufsicht der Wirtschaft angewandt werden. Die Ausgaben im sozialen Sektor sind extrem niedrig gehalten worden, und das Steuersystem ist mit Recht als eines der ungleichsten in der Welt charakterisiert worden. Die Disparität zwischen Schwer- und Leichtindustrie ist markant; direkter Ausfluß davon ist die ausgeprägte Rohstoffabhängigkeit vom Ausland. Die Schwergewichtsverlagerung der japanischen Wirtschaft auf die Schwerindustrie hat den Prozeß der Konzentration und Zentralisierung des Kapitals, die Bildung von Mono- und Oligopolen immens beschleunigt. Tatsächlich sind die zur Zeit des japanischen Vorkriegsimperialismus bestehenden Barrieren zwischen den ,,Zaibatsu'' (,,Geldclique'') wesentlich gefallen. Die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital konnte aufgrund der US-Nachkriegspolitik — eingebettet im politischen Bezugsrahmen des ,,Roll Back'' — rasch in die Praxis umgesetzt werden. Einst bestehende Rivalitäten zwischen Mitsui, Sumitomo oder Mitsubishi sind erheblich in den Hintergrund gerückt. Sie kollaborieren heute in Form von ,,Joint Ventures''. Regierung wie das Ministerium für Handel und Industrie (MITI) haben in den verflossenen Jahren alles daran gesetzt, den Konzentrationsprozeß des Kapitals zu ermuntern, was dazu führte, daß die einst 10 größten Zaibatsu (Vorkriegsstand) auf 6 ausgedünnt wurden (22)

Die ausgreifende Konzentration hat auf dem Stahl-, Automobil-, Bank-und Computersektor stattgefunden. Angesprochen sind hier vorrangig Nippon Steel (Zusammenschluß zwischen Fuji und Yawasata), Toyota und Nissan, Bank of Japan sowie Nippon Electric Co., Toshiba, Hitachi und Mitsubishi Electrics Corp. Die besonders seit 1971 von Washington arg in die Bredouille gestoßene japanische Textilindustrie (Importquoten, Kontingentierung etc.) paßte sich den neuen Bedingungen an. Zusammenschlüsse fanden in dieser Branche statt und es erfolgten systematische Produktionsverlagerungen ins Ausland (z.B. in die USA selbst und nach Macao, das nicht amerikanischen Importquoten unterliegt).

Ferner waren die schnellen Wachstumsraten ein Produkt hoher Investitionssummen in Schlüsselindustrien. Diese Industrien, mit einer nur schmalen Kapitalbasis ausgestattet, liehen sich hierfür von den mit ihnen verflochtenen Banken in starkem Maße Geld aus. ,,Banken für langfristige Kredite'' haben sich auf die mittel- und langfristigen Unternehmensfinanzierungen spezialisiert und nennenswerte Beträge des Marktes absorbiert, indem sie Bankobligationen auflegten und dadurch die Industrien mit Geldern versorgten. Dieses System indirekter Finanzierung spiegelte sich in der Finanzstruktur japanischer Gesellschaften wider. Das Eigenkapital einer japanischen Gesellschaft ist in der Regel relativ gering. Nach dem ,,Capital International Perspective'', einer im Dezember 1971 in der Schweiz publizierten Aktienanalyse, betrug das Eigenkapital (Grundkapital zuzügl. Reserven) von 742 namhaften japanischen Firmen außerhalb des Finanzsektors, deren Aktien öffentlich an den Börsen in Japan gehandelt wurden, ganze 19,4% der gesamten Bilanzpassiva. Die Vergleichszahl bei US- und britischen Gesellschaften lautete 45,7%. Tokio hat außerdem eine Billiggeld-Politik praktiziert, und Zinsen für Bankkredite wurden niedrig gehalten.

,,Da die japanische Wirtschaft nach ernsthaften Zerstörungen und Verlagerungen neu beginnen mußte, mußten die Finanzierungskosten für die Industrie so niedrig wie möglich gehalten werden. Wäre eine freie Zinsbildung erfolgt, so wären die Kapitalkosten sehr hoch gewesen, da die auf dem Markt verfügbaren Gelder begrenzt und die Nachfrage sehr groß war.'' (23)

Frosch im Brunnen

Die extreme Konzentration gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einiger Oligopole hat gleichsam der Militarisierung der Wirtschaft eine Bresche geschlagen. Im ,,Komitee der Verteidigungsproduktion'', in dem die 80 größten Rüstungsfabriken vertreten sind, ist die Einrichtung einer ,,Staatssicherheitskonferenz'' wie auch der Aufbau eines ,,Verteidigungsrates'' realisiert worden, der als ständiges Gremium des Verteidigungsministers zur effektiven Durchsetzung von Zaikai (Geldkreise)-Interessen fungiert. Mit reichlich 40% vereingt dabei allein Mitsubishi den Löwenanteil militärischer Aufträge auf sich. Über die Etablierung des ,,Forums über Waffen und Ausrüstung'' vollzog sich die intensivierte wissenschaftliche Forschung auf dem Militärsektor, deren bedeutsamstes Produkt die Kernforschung ist. Der ,,Atomindustrie-Rat Japans'', welcher mit der Verteidigungsbehörde eng zusammenarbeitet, geht in seinen Berechnungen von der Produktion von 280 nuklearbetriebenen Schiffen zur Jahrhundertwende aus!

Die direkten Militärausgaben (also exklusive Forschungsprojekte etc.) des 4. Aufrüstungsprogramms (1972-76) übertrafen mit mehr als 6 Billionen Yen (ca. 60 Mrd. DM) das Volumen sämtlicher drei vorheriger Programme zusammen. Heute verschlingen die sog. Selbstverteidigungsstreitkräfte jährlich 12 Mrd. US-Dollar. Diese Summe liegt mit 0,98% des Bruttosozialprodukts noch knapp unter der von japanischen Politikern lange Zeit als unantastbar geltenden 1%-Marke. Doch seit Ende 1981 wird laut über die Möglichkeit nachgedacht, das Land — wie Nakasone es anläßlich seines Washington-Besuchs im Januar dieses Jahres ankündigte — in einen ,,großen Flugzeugträger'' zu verwandeln. (24)

Dies deckt sich augenfällig mit den Plänen des Generaldirektors der Selbstverteidungsbehörde, Soichiro Ito, wie des Chefs der Wirtschaftsplanungs-Behörde, Toshio Komoto und Ichiro Nakagawas, welcher der Wissenschafts- und Technologie-Behörde vorsteht. Während eines Treffens des Nationalen Verteidigungsrates am 4. Dezember 1981 haben sie unter dem Vorsitz Suzukis, Nakasones Amtsvorgänger, eine drastische Erhöhung künftiger Verteidigungsausgaben anvisiert. (25)

Gegenwärtig beträgt die Iststärke der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte ca. 250.000 Mann. (26) Damit ist nahezu der sog. Hattori-Plan des gleichnamigen Oberst Takushiro Hattori realisiert, der zu Beginn der 50er Jahre die seinerzeit als kühn eingestufte Aufstellung eines 300.000 Mann starken Heeres, einer Kriegsflotte von 300.000 Tonnen sowie die Verfügbarkeit von 3.000 Kampfflugzeugen erträumte. (27) Entscheidend ist freilich, daß aufgrund des technologischen Know how eine in allen Belangen durchgreifende Schlagkrafterhöhung der japanischen Streitkräfte quasi aus dem Stegreif verwirklicht werden kann.

Chauvinistische Propaganda

Ergänzt wurden und werden diese Ambitionen durch chauvinistische Breitseiten, die von Leuten wie Yoshio Kodama, Yukio Mishima, Bin Akao, Fusao Hayashi, Ikki Kita etc. abgefeuert wurden. Reaktionäre Parteien und Organisationen greifen sie zunehmend auf und benutzten sie als Versatzstücke ihrer Rekrutierungspolitik: so die ,,Dai Nippon Aikokuto'' (Größere japanische Patriotische Partei), die ,,Gijinto'' (Märtyrer-Partei), das ,,Gokoku Dan'' (Vaterländisches Verteidigungskorps) und die buddhistische ,,Soka Gakkai'', deren politisches Instrument, die ,,Komeito'' (Saubere Regierungspartei), immerhin die 3. größte Partei des Landes ist. Ihr Vorsitzender Takeiri hat allen Grund, die gegenwärtigen Aufrüstungsbestrebungen der Regierung als positiv und im Sinne seiner Parteianliegen erfolgend zu würdigen. (28)

Südostasien im Schnittpunkt japanischer Interessen

Der Aufbau der Rüstungsindustrie sowie die Aufstockung der Militärausgaben verfolgen eindeutig den Zweck, über die Dämpfung der in den letzten Jahren gewachsenen Krise hinaus die Absicherung der seit Beginn der 70er Jahre sprunghaft in die Höhe gekletterten Kapitalinvestitionen in Ost- und Südostasien vorzunehmen. 1971 hatte das Gesamtvolumen japanischer Auslandsinvestitionen 3,596 Mrd. US-Dollar betragen. Heute sind knapp 10 Mrd. US-Dollar allein in Südostasien als direkte Kapitalinvestitionen eingesetzt. Anfang der 70er Jahre ging das MITI in seinen Prognosen von einer Steigerung dieser Summe auf weltweit 26 Mrd. US-Dollar bis zu Beginn dieses Jahrzehnts aus (29), was denn auch tatsächlich eingetreten ist.

Auf militärischem Gebiet würden im Falle künftiger regionaler Auseinandersetzungen die USA für nukleare und strategische Operationen verantwortlich sein, während Japan Operationen mit konventionellen Waffen zufielen. Das engmaschige Kommunikationsnetz auf Japan und Okinawa, die 5. US-Luftstreitkraft und 7. US-Kriegsflotte und schließlich die sich herunter nach Australien (z.B. Cockburn Sound bei Perth) über die Philippinen (Subie und Clark) und Guam (Mikronesien) erstreckende Stützpunktkette bleibt ein für die USA unverzichtbares Fundament ihrer Asien- und Pazifikpolitik.

1971 wurde angesichts der sich abzeichnenden Niederlage in Indochina auf der ASEAN-Konferenz (30) in Kuala Lumpur das Projekt der ,,Neutralität und Blockfreiheit'' aus der Taufe gehoben. Dieses Projekt, unterbreitet von offen reaktionären Regime, die der Kontrolle Washingtons unterstehen, zielt(e) eindeutig auf die Aufschüttung eines konterrevolutionären Damms gegen die Befreiungsbewegungen in der Region ab. Was die innenpolitische Lage in der ASEAN betrifft, so sind die Repressionsmaßnahmen in den jeweiligen Ländern verschärft worden. Vor alles trifft dies auf die Philippinen zu, wo US-Geheimdienststellen — nicht einmal zu Unrecht — die Stärke der Nationalen Demokratischen Front (NDF) als ,,bedrohlich'' einstufen und Vorkehrungen treffen, um ihren asiatischen ,,Hinterhof'' sauber zu halten.

Tokio spekuliert verstärkt auf einen Status quo ante — sprich: die Verwirklichung des Traums von einem größeren Japan — im Windschatten der USA. Dieses bildet den Kernpunkt ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und Verwendung. Auf sich allein gestellt ist Tokio zu schwach, was indes nicht bedeutet, daß diese Abhängigkeit ein Zustand von Dauer sein muß.

Eine westliche Friedensbewegung, die eine Ausklammerung der Anliegen von Befreiungsbewegungen im Osten betriebe, liefe Gefahr, sich zu borniertem Provinzialismus auszuwachsen. Mehr noch: sie würde sich eines Gutteils eigener Glaubwürdigkeit berauben.



„Angehörige einer nationalistisch religiösen Sekte"

Anmerkungen

1) Außenminister Etsusaburo Shiina in einer Verteidigungsrede der japanischen Kriegspolitik im Jahre 1966 vor dem Parlament in Tokio.
2) Chujiro Fujino, Präsident der Mitsubishi Trading Company. Zit. nach: Albert Axelbank, „Black Star Over Japan: Rising Forces of Militarism", Tokyo 1973, Ch.E. Tuttle Co., S. 33
3) Er trug den Titel: „United States Foreign Policy for the 1970's — A New Strategy for Peace".
4) Zit. nach: „The Business Viewpoint." University of the Philippines/Quezon City 1970, College of Business Adminstration, S. 29
5) Ebenda
6) ROK = Republic of Korea (Südkorea)
7) Zit, nach: „AMPO: Japan-Asia Quarterly Review" (Tokyo) 7/8:36
8) Jon Halliday/Gavan McCormack, „Japanese Imperialism Today: ‚Co-Prosperity in Greater East Asia' ", Harmondsworth (Penguin Books Ltd.) 1973, S. 97/8
9) Zit. nach: Obata Misao in: „Japan Quarterly" (Tokyo) 9.2 (1968): 255
10) S. „TIME" v. 1. August 1983, S. 29
11) Ausführliche Hintergrundinformationen in: Rainer Werning, „Hintergründe der US-Außenpolitik in Ostasien", Bonn 1977, S. 81ff
12) „TIME", op. cit. S. 29/30
13) „Beijing Rundschau" v. 27. April 1971, S. 20
14) R. Werning in: „links" Nr. 28 (1971) und Nr. 35 (1972), Offenbach/M.
15) Entgegen Beteuerungen Washingtons und Tokios haben US-Kriegsschiffe beim Anlaufen japanischer Häfen wiederholt Atomwaffen an Bord geführt, was unter der Bevölkerung Proteststürme hervorrief — vgl. u.a. A. Axelbank, op. cit., S. 50
16) Im Art. 4 des Sicherheitsvertrages wird der Einsatz japanischer Truppen vorgesehen, „wenn Friede und Sicherheit im Fernen Osten bedroh sind."
17) Z.B. bilden Japan und Südkorea eine strategische Einheit mit einem der Kontrolle Washingtons unterstellten gemeinsamen Luftraumwarnsystem. Tokio hat zudem seine „Air Defense Identification Zone" auf die Tiaoyu-Inseln (von ihm Senkaku genannt) ausgedehnt, die rechtlich zur VR China gehören.
18) Zit. nach „Beijing Rundschau", Nr. 19/1971
19) R. Werning, „Hintergründe ...", a.a.O., S. 81 ff
20) „Der Spiegel", Nr. 48/1971, S. 126
21) Ch. Yanaga, „Big Business in Japanese Politics", New Haven 1968, Yale University Press
22) „Who's Who in the Zaibatsu", „Pacific Imperialism Notebook", Vol. 3, No. 1, Dez. 1971 - Jan. 1972
23) Tadahiro Asami in: „Finanzierung und Entwicklung" Nr. 4, Hamburg, Dez. 1972, S. 52
24) S. „TIME" v. 1. Aug. 1983, S. 28
25) „Defense Spending Sharply Boosted Under U.S. Pressure" in: „Japan Quarterly", Vol. XXIX, No. 2, Tokyo (April-June) 1982, S. 156
26) „Massive boost for Japan's forces" in: „The Observer" (London) v. 12. Sept. 1982
27) Hattori war einst persönlicher Militärberater von Premierminister Shigeru Yoshida und Sekretär des faschistischen Generals Hideki Tojo sowie Mitglied der Operationsabteilung beim Generalstab. Als Verantwortlicher des Demobilisierungsprogramms nach dem 2. Weltkrieg war es ihm möglich, mit zahlreichen Ex-Offizieren in Kontakt zu bleiben
28) R. Werning, „Hintergründe ...", a.a.O., S. 90
29) Hakan Hedberg, „Die japanische Herausforderung", München/Zürich 1972
30) Der 1967 in der thailändischen Hauptstadt Bangkok gegründeten ASEAN (Vereinigung südostasiatischer Nationen) gehören Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand und die Philippinen an.
Japans Wirtschaftshilfe an die ASEAN ist kontinuierlich ausgeweitet worden. Nach Nakasones ASEAN-Besuch im Mai dieses Jahres wurde vor allem für die Philippinen die Hilfe substanziell erhöht — von 50 Mrd. Yen im Jahre 1982 auf nunmehr 65,5 Mrd. Yen (ca. 655 Mio. DM). Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" vom 16. Mai 1983

Kapitalinteressen und der Übergang zum deutschen Faschismus

Der Text behandelt die Frage der Situation der deutschen Großindustrie in der Weltwirtschaftskrise 1929 und der Interessenkonzentration ihrer wesentlichen Teile, aufgrund derer sie sich aus der Krise zu befreien suchten. Erst diese Konzentration der Interessen machte den Übergang zum deutschen Faschismus möglich, wenn nicht notwendig. Mit der Einigung auf diese sogenannten Agrarkartellierung als Kernstück der nun verfolgten Wirtschaftspolitik waren zwar bestehende Differenzen zwischen den einzelnen Kapitalgruppen nicht aufgelöst, aber es war ein Programm gefunden, auf dessen Grundlage die vorhandenen Widersprüche regulierbar wurden. Es soll hier nicht einer Theorie des allmächtigen Drahtziehers in Gestalt des Monopolkapitals, das die Nazis als bloße Marionetten zur Durchsetzung seiner Ziele benutzt hätte, das Wort geredet werden. Aber es gab diese Drahtzieher, die den Umschlag zum Faschismus herbeiführten, ihn beabsichtigten, wenn sie auch durchaus von der ihnen selbst in Gang gesetzten Entwicklung überrollt werden konnten.

Das Großkapital war in der Krise Anfang der 30er Jahre in zwei Lager mit gegensätzlichen Interessen gespalten: Auf der einen Seite die Gruppierung, die aufgrund ihrer finanziellen, produktiven und wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Lage war, den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt mit rein wirtschaftlichen Mitteln zu führen. Die andere Seite bildete die Gruppe mit einem chronischen Kapitaldefizit, mit einem minimalen Auslastungsgrad in der Krise und einem ungeheuren Kostendruck, verursacht durch die hohe organische Zusammensetzung, und damit verbunden mit einem unbedingten Produktionszwang.

Der konkurrenzfähige Teil der deutschen Großindustrie

Zu der Gruppierung, die es sich leisten konnte, abzuwarten und auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft zu hoffen, zählten vor allem der Maschinenbau, die Textilindustrie, andere Aktivposten der Deutschen Verarbeitungsindustrie, der Siemenskonzern und die IG Farben. Sie bildeten die wesentlichen Stützen des Brüning-Kabinetts. Die IG-Farben stellten sogar ihr eigenes Direktionsmitglied Warmboldt als Wirtschaftsminister. Ihr Einfluß ging soweit, daß, wenn dem Wirtschaftsministerium zu einer anstehenden Maßnahme zwei Entwürfe vorgelegt wurden, einer von der Regierung und einer di-
me zwei Entwürfe vorgelegt wurden, einer von der Regierung und einer di-
rekt von den IG-Farben, dann im Zweifelsfall dem der IG-Farben der Vorzug gegeben wurde. Keine Regierung konnte an den Interessen dieses Konzerns vorbei. Die unterschiedliche Zusammensetzung dieses Konzerns ließ keine eindeutige Bestimmung seiner Interessensrichtung zu, es kam immer darauf an, welche Gruppe ihre Interessen in der jeweiligen Situation in den Vordergrund schob. So vertrat Carl Duisberg, der bis September 1932 Vorsitzender des Generalrates der IG-Farben war, den vorwiegend pharmazeutischen Bereich von Bayer, das seine Produkte auf dem Weltmarkt an Händler, Apotheken, Hospitäler und Ärzte absetzte. Also ein typischer Markt mit der Struktur des Konkurrenzkapitalismus. Anders Carl Bosch, sein Nachfolger. Er repräsentierte einen Bereich, der hauptsächlich staatliche Abnehmer seiner Sprengstoffe und künstlichen Düngemittel hatte. Dies war ein Markt, der wesentlich durch zwischenstaatliche Verhältnisse und politische Umstände bestimmt war.

Die Interessen des Siemens-Konzerns waren dagegen recht eindeutig gelagert, auch in ihren Gegensätzlichkeiten zu den bankrotten Konzernen der „Harzberger Front". Dieser Konzern war nicht denkbar in einer Beschränkung auf den Binnemarkt, er war auf den Weltmarkt angewiesen. Für Siemens war nicht der Absatz elektronischer Massenartikel ausschlaggebend, sondern staatliche Aufträge wie Errichtung von Kraftwerksanlagen, Elektrifizierung eines Eisenbahnnetzes, der Bau von elektrischen Straßenbahnen, usw. Diese Aufträge schlossen natürlich Aufträge an Unterlieferer ein (Stahlwerke, Konstruktionsfirmen, Maschinenbauanstalten, ...). Zu diesem Zweck bildete Siemens ein Konsortium (Siemens-Bau-Union) mit anderen Großfirmen, die dann ebenfalls von der guten Weltmarktstellung profitierten. Doch durch den Verlust des Auslandskapitals nach dem 1. Weltkrieg war die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt entscheidend im Nachteil. Internationale Bankenkonsortien, aus denen Deutschland nach dem verlorenen Krieg ausgeschlossen worden war, finanzierten die großen staatlichen Aufträge, sie hatten deshalb auch Einfluß auf ihre Vergabe. Siemens war deshalb an einem guten Verhältnis zu den Mächten interessiert, die den internationalen Finanzmarkt beherrschten.

Diese Mächte konnten ohne weiteres den Wiederaufstieg des deutschen Kapitals im internationalen Maßstab zunichte machen. Auf diesen Wiederaufstieg zu einer Weltstellung, die das deutsche Kapital durch den Krieg verloren hatte, kam es den Leuten von Siemens an. Ihre Interessen waren also nicht weniger imperialistisch als die irgend einer anderen Kapitalfraktion in Deutschland, nur daß Siemens es sich leisten konnte, mit wirtschaftlichen Mitteln, mit dem Mittel der Preiswürdigkeit und der wissenschaftlichen Höchstleistung, den Kampf auf dem Weltmarkt wiederaufzunehmen.

Siemens war an einer Senkung des deutschen Kostenniveaus interessiert. Doch nach dem Machtantritt der Nazis kamen die Rationalisierungen zur Senkung der inneren Kosten der einzelnen Werke ins Stocken. Die Erhöhung des nationalen Preisniveaus geschah ohne währungspolitischen Ausgleich wie etwa in den USA oder England und hatte katastrophale Folgen für den deutschen Export.

Mit Hilfe wissenschaftlicher Höchstleistung versuchte der Siemenskonzern, sich Lizenzgebühren zu sichern, die eine beträchtliche Einnahmequelle auf dem Weltmarkt bildeten, oft größer als der eigentliche Auftrag. Durch die nationalsozialistische Rassenpolitik ging dem Konzern mancher jüdische Professor und mit ihm freiwillig das ganze Personal eines Laboratoriums verloren. Engländer und Amerikaner hatten
sor und mit ihm freiwillig das ganze Personal eines Laboratoriums verloren. Engländer und Amerikaner hatten
eigens zu dem Zweck, diese Leute aufzufangen, ein Büro in Berlin eingerichtet.

In enger Verbindung zur wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit steht die Arbeitsqualität und -organisation, die bei Siemens so hoch war, daß eine japanische Delegation von der Organisation und Leistungsfähigkeit bei Siemens so beeindruckt war, daß sie von ihrem Vorhaben, in nächster Zukunft einen japanischen, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähigen Elektrokonzern zu gründen, freiwillig Abstand nahm. Siemens hatte sich einen Arbeiterstamm geschaffen, dem es optimale Bedingungen zu schaffen bemüht war: Lange Arbeitsverhältnisse, relativ hohe Löhne, Ausbildung der Facharbeiter auf Betriebskosten, usw. Der ganzen Interessenlage von Siemens nach war die nationalsozialistische Politik eine einzige Katastrophe. Nicht lange nach 1935, etwa zu selben Zeit, als auch Bayer und Agfa ihre Agenturen in Ostasien und Südamerika schließen mußten, war auch Siemens gezwungen, wichtige Vertretungen im Ausland aufzugeben. So hörte nun auch Siemens etwa um diese Zeit auf, den sinnlos gewordenen Kampf auf dem Weltmarkt mit wirtschaftlichen Mitteln fortzuführen.

Der defizitäre Teil der deutschen Großindustrie

Im wesentlichen war das die Eisen- und Stahlindustrie, mit Ausnahmen wie Krupp zum Beispiel. Nach dem Krieg hatte sie die führende Rolle abgeben müssen an die Elektroindustrie, Großchemie, an den Maschinenbau, usw. Der Wiederaufbau der deutschen Industrie in manchen Zweigen war auf viel zu großer Stufenleiter, gemessen an den reellen Absatzmöglichkeiten, besonders eben in der Eisen- und Stahlindustrie, erfolgt. Diese Tatsache kam lange nicht offen zum Ausdruck aufgrund der Umstellung auf die Friedenswirtschaft und dann nach 1923 aufgrund der Sachlieferungen der Reparationen, an denen die Eisen- und Stahlindustrie wesentlichen Anteil hatte. Dann setzte in der Hochkonjunktur von 1924/25 bis 1929 eine Rationalisierungswelle ein, vor allem in den Produktionsmitteln erzeugenden Industrien, da es sich in erster Linie um eine Investitions- und Baukonjunktur handelte, erst in zweiter Linie um eine Verbrauchsgüterkonjunktur. Diese Rationalisierungswelle kennzeichnete die Anwendung von verbundwirtschaftlichen Methoden in allen industriellen Großanlagen. Besonders in der Eisen- und Stahlindustrie geschah das in einer besonders starren Form. Durch die Ökonomie der Gichtgase wurden die ganzen Produktionsstätten zu einem riesigen Uhrwerk verschmolzen, das nur, wenn alle Teile genügend ausgelastet waren, funktionierte. Die Arbeitsproduktivität wurde enorm erhöht genau wie die Produktionskapazität, Produktionskosten und Arbeitskosten pro Produktionseinheit wurden beträchtlich gesenkt. Gleichzeitig erhöhten sich jedoch die fixen Kosten um ein Vielfaches. Im Zuge dieser Rationalisierungen fusionierten vier oder fünf der größten deutschen Firmen der Eisen- und Stahlindustrie 1926 zum Stahlverein, dem größten Industrieunternehmen des damaligen Europa. Am Stahlverein läßt sich die Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie besonders deutlich machen. Der wunde Punkt war die wesentlich erhöhte organische Zusammensetzung, also die enorm hohen fixen Kosten. Dem Stahlverein war dieses Verbundsystem nur zum Vorteil, wenn die Kapazitäten ausgelastet waren. Mit einer 80%igen Auslastung konnte der Konzern bereits optimal arbeiten, es war die durchschnittliche Auslastung in der Hochkonjunktur. Das Mindestmaß des technisch möglichen Ausstoßes lag bei 66-68%, eine weitere Verlangsamung der Produktion war gleichbedeutend mit ihrem Stocken. D.h. in der Weltkrise, die dann auch 1929 einsetzte, machten diese Anlagen nicht nur keinen Profit, sondern drohten ihr eigenes Kapital aufzufressen. Diese Werke stehen unter Produktionszwang, gleichgültig, ob eine echte Nachfrage auf dem Markt ist oder nicht. Die Produktionsökonomie löst sich von der Marktökonomie, sie verselbständigt sich, gehorcht eigenen Gesetzen. Die Kapazitätsauslastung entsprechend dem Auftragsbestand betrug im Herbst 1931 beim Stahlverein 40%, Anfang 1932 nur noch 20%, unregelmäßig über die Produktionsabteilungen verteilt. Der Stahlverein war gezwungen, auf Lager zu produzieren, was die Marktkonjunktur natürlich weiter verschlechterte. Schließlich entschloß man sich, die Werke umschichtig alle 14 Tage stillzulegen, obwohl die Anlaufkosten so hoch waren wie die Einsparungen durch die Stillegung. Aus dieser Verzweiflungslage konnte sich der Stahlverein nur befreien, indem er anstelle der fehlenden Nachfrage nach reproduktiven Werten eine Nachfrage nach nicht-produktiven Werten setzte, das sind Werte, die nicht eingehen in die Erhaltung menschlicher Arbeitskraft oder Erneuerung materieller Produktionsmittel — wie Rüstungsgüter, Luxusgüter, Verschwendung (etwa die moderne Raumfahrt). Die einzige Möglichkeit, dem totalen Bankrott zu entgehen, war für die Eisen- und Stahlindustrie die Produktion von Rüstungsgütern, eine vom Staat betriebene, entschlossene Aufrüstungspolitik. In der Krise wurde das Interesse der Investitionsindustrien an einer Erweiterung des Binnenmarktes wieder akut. Der deutsche Binnenmarkt war für die vorhandenen Produktionskapazitäten viel zu klein, um auf dem Weltmarkt mit Amerikanern, Engländern oder Japanern mithalten zu können. Ihre Dumpingpreise beispielsweise konnte die deutsche Industrie nur mithalten, wenn sie über ein Hinterland als Binnenmarkt verfügte, das genügend groß war, und auf dem die Produkte zu Überpreisen abgesetzt werden konnten, um den restlichen Teil der Produktion zu Unterpreisen in den Weltmarkt zu geben. Bereits 1931 wurde ein erster Vorstoß zur Vergrößerung des Binnenmarktes gemacht mit dem deutsch-österreichischen Zollunionsprojekt, das dann allerdings von Frankreich verhindert wurde. Ein weiterer Vorstoß folgte 1932, als Mussolini ein Plan unterbreitet wurde, der die Aufteilung ganz Mittel- und (Süd-)Osteuropas in deutsche und italienische Interessensgebiete vorsah, mit dem Hintergedanken der Deutschen,
dem Hintergedanken der Deutschen,
daß das industriell schwache Italien mit der Zeit von Deutschland automatisch ebenfalls aufgesogen würde. Dieser Plan mußte jedoch in der Form aufgegeben werden, da er den Engländern bekannt geworden war. Je weniger Aussicht auf eine Geschäftsankurbelung eines rechtzeitig wiederbelebten Weltmarktes bestand, wegen zunehmender währungs- und kreditpolitischer Nachteile für das deutsche Kapital, wegen zu hoher Kostenbelastung für das Exportgeschäft, umso interessanter wurden auch für die Konzerne der Verarbeitungs- und Exportindustrie diese Pläne einer Binnenmarktexpansion.

Interessenskonzentration

Die Konzentration der Interessen der wesentlichen Teile des Großkapitals beruhte auf dem Sieg der defizitären Teile der Kapitalgruppen über die konkurrenzfähigen. Die Entwicklung zwischen Brünings Sturz und Hitlers Machtantritt war geprägt von dem Versuch dieser Interessenskonzentration. Die ganze Konstellation läßt sich so zusammenfassen, daß die ökonomisch intakten Teile des Kapitals politisch paralysiert waren, sie konnten einerseits nur abwarten und alles vermeiden, was ihrer Stellung auf dem Weltmarkt schaden könnte, andererseits was das aber angesichts der 7 bis 8 Millionen Arbeitslosen und der Lage der Schwerindustrie, die nicht nur sich selbst, sondern die gesamte nationale Wirtschaft in die Katstrophe zu stürzen drohte, ein immer unhaltbarerer Kurs. Dagegen besaßen die ökonomisch paralysierten Teile politische Bewegungsfreiheit, die jedoch nur zum Ziel führen konnte, wenn der Interessensgegensatz ausgeräumt war.

Die hervorragende Rolle bei den Bemühungen zur Konzentration der Interessen spielte der Mitteleuropäische Wirtschaftstag (MWT) in Berlin, auch Büro Hahn genannt. Er wurde 1931 vom Essener Lagnamverein übernommen bzw. völlig neu gegründet, die Gründergruppe war der Stahlhof in Düsseldorf. Durch diese Umgründung sollten mit aller Macht die alten imperialistischen Mitteleuropaziele durchge-
Gründergruppe war der Stahlhof in Düsseldorf. Durch diese Umgründung sollten mit aller Macht die alten imperialistischen Mitteleuropaziele durchge-
setzt werden, um aus der Wirtschaftskrise herauszukommen. Geschäftsführer des MWT war Dr. Max Hahn, enger Mitarbeiter von Schlenker's (Essener Lagnamverein), Vorsitzender war Freiherr von Wilmowski, der Leiter der Krupp AG in Berlin. Beide erweiterten die Mitgliederzahl des MWT rasch auf alle nennenswerten Konzerne und Gruppen des deutschen Finanzkapitals: IG-Farben, Stahlverein, Elektroindustrie, Dresdner Bank, Verarbeitungsindustrie, Großagrarier, Deutscher Städtetag, usw. Hahn hielt ständige, enge Verbindung zur Reichswehr, speziell zum Kriegswirtschaftsamt (Oberst Thomas) und zum Heeresverpflegungsamt (General Kaamann), zur Abwehr-Abteilung und zum Auswärtigen Amt. Wilmowski hatte als ehemaliger Landrat gute Beziehungen zur Großlandwirtschaft, er war zugleich Präsident des Reichskuratoriums für Technik in der Landwirtschaft. Diese Kontakte waren wesentlich für die Aufgabe, die sich der MWT gestellt hatte, insbesondere bei dem Programm der Agrarkartellierung. Überhaupt war Krupp AG geradezu prädestiniert für eine Vermittlerrolle zwischen den unterschiedlichen Interessen aufgrund der einzigartigen Struktur ihrer Betriebe: Vertikaler Aufbau von der Grundlage des Bergbaus und der Schwerindustrie bis zur Spitze der verarbeitenden Produktion. Krupp war nicht verschuldet, deshalb unabhängig von Finanzinstitutionen. Deshalb auch die Distanz zur „Harzburger Front" und die Abneigung gegen die Nazis, bis kurz vor 1933 wenigstens. Krupp konnte nicht nur als Vermittler zwischen Schwerindustrie und Großlandwirtschaft fungieren, sondern stand wegen der eigenen starken Exportinteressen im genauen Schnittpunkt der Interessengegensätze innerhalb der Großindustrien.

Die spezifische Rolle des MWT war die, daß er den wesentlichen Inhalt des Interessenantagonismus, der eine Interessenkonzentration des deutschen Finanzkapitals bisher verhinderte, nämlich den Widerspruch zwischen Exportindustrie und Landwirtschaft, durch seine Initiative überbrücken konnte. Eines der Kernstücke der Wirtschaftspolitik des MWT war die Agrarkartel-



Stützen der Gesellschaft: „Alles in schönster Ordnung"
aus: Wieland Herzfelde: „John Heartfield"

Fortsetzung nächste Seite

Springer Tribunal, bitte melden!

Noch nicht einmal drei Monate sind vergangen — und schon ist die bei weitem großartigste Blockade der Herbstaktionen höchstens noch ein Thema für Kneipengelaber zu vorgerückter Stunde. Wir leben wirklich in einer schnellebigen Zeit, wie Kulturphilosophen immer wieder gern mal feststellen.

Gemeint ist die Hamburger Springer-Blockade vom 22. Oktober. Man wird sich noch an die damaligen Versuche erinnern, gerade d i e s e r außerordentlichen Aktion einen weit über den Herbst hinausreichenden „politischen Stellenwert" zuzuschreiben. Nicht einfach bloß ein selbstbefreiender Ausbruch aus dem Trott der Friedensbewegung. Sondern auch Denkanstoß und Auftakt für eine Kampagne gegen „die Medienzentrale der Kriegsvorbereitung". — Nein, dieses reichlich bombastische und übrigens auch gar nicht recht zutreffende Wort habe ich mir nicht ausgedacht. Es steht in der „taz" vom 19.10.83 als Überschrift zu einem Interview mit den Z-Grünen Stamm und Ebermann.

Freilich: jeder, der es wissen w o l l t e , wußte auch damals schon, daß hinter der Blockade-Aktion nicht mehr stand als ein taktisches Kalkül des Augenblicks, und daß es bei niemandem von den Organisatoren ernsthafte Denkansätze — geschweige gar noch Konkreteres! — für eine weiterführende Kampagne gegen den Springer-Konzern gab. Das taktische Kalkül bestand lediglich in dem Versuch, mit der Hamburger Aktion einen spezifischen „grün-alternativen" Profilierungsversuch gegen das Einerlei der von SPD- und DKP-nahen Kräften dominierten Friedensbewegung zu setzen: gerade eben noch radikal genug, um sich von den sogenannten Latschdemos deutlich abzuheben, aber auf der anderen Seite auch gewaltfrei bis zur Bewußtlosigkeit, wie es der Mode der Saison entsprach.

Nach der Blockade ließ dann der eine und der andere Z-Prominente hier und da noch ein Sprüchlein fallen, daß nunmehr, anknüpfend an die erfolgreiche Aktion, ein „Springer-Tribunal" geplant werde. So unter anderem Thomas Ebermann in der November-Ausgabe des Hausblattes „Moderne Zeiten": **„Der richtige Anschluß an solche Springer-Blockade ist a l s o das Anti-Springer-Tribunal. Aber Bedingung dafür, daß das Anti-Springer-Tribunal eine große Öffentlichkeit erreicht, ist wiederum die Springer-Blockade."** Die also gut war, weil sie richtig war.

Ich habe weder in den „Modernen Zeiten" noch in der Hamburg-Ausgabe der „taz" (die mitunter ähnliche Funktionen wahrnimmt wie jene) auch nur einen einzigen Satz finden können, der entfernt darauf hindeutet, daß praktische Vorbereitungen zu einem „Anti-Springer-Tribunal" bereits in Gang sind, oder daß es hierfür seitens der Gruppe Z (oder irgendeiner anderen politischen Strömung) einen öffentlich (oder halböffentlich) gehandelten Vorschlag gibt, oder daß zum Allermindesten unter der Hand irgendwelche vorbereitenden Gespräche mit irgendwem geführt werden. Daß immerhin solche klammheimlichen Gespräche, ob man nicht könnte und sollte und wenn ja wie, vielleicht doch schon stattgefunden haben oder gerade in diesem Moment stattfinden, soll damit nicht bestritten werden. Es könnte ja sein. Dann müßten es aber schon außerordentlich geheime Gespräche gewesen sein. — Die e r n s t h a f t e Vorbereitung eines solchen „Tribunals" würde es erfordern, ein Konzept dafür öffentlich zur Diskussion zu stellen, um breite Beteiligung zu werben, auch Widersprüche zum Vorhaben überhaupt wie zu den konkreten Einzelpunkten des Plans zu ermöglichen.

Es gibt, so behaupte ich, keinen denkbaren vernünftigen Grund, inhaltliche und praktische Vorstellungen zur Führung einer Kampagne gegen den Springer-Konzern ein Vierteljahr nach der Blockade-Aktion immer noch geheimzuhalten, w e n n , w e n n , w e n n es solche Vorstellungen wirklich gäbe. Und ich behaupte darum: es gibt solche Vorstellungen gar nicht. Die entsprechenden vagen Andeutungen waren nichts als der Versuch, einem taktischen Winkelzug das Flair der großen, langfristig angelegten P o l i t i k zu verleihen.

D i e s e r Umstand scheint mir verächtlich, aber nicht die Tatsache, daß den Organisatoren der Blockade zu Springer nichts mehr einfällt. Denn so sehr auch eine solche Kampagne nicht bloß sinnvoll, sondern brennend notwendig erscheint, so stellen sich einer Umsetzung in die Praxis doch erfahrungsgemäß große Hindernisse und Schwierigkeiten entgegen. Sie liegen zum einen in den Problemen der Vermittlung ‚nach außen': es macht nicht so wahnsinnig viel Sinn, wenn sich im Wesentlichen nur d i e Leute gegenseitig von Springers Säuereien erzählen, die sich sowieso darüber schon weitgehend einig sind. Und sie liegen zum anderen wohl auch in Hemmungen der Linken und des „grün-alternativen Spektrums" sich systematisch, umfassend und in koordinierten Arbeitszusammenhängen auf das Thema einzulassen. Also beispielsweise die „ideologische Kriegsvorbereitung" (vielleicht fällt uns dafür noch ein zutreffenderer Begriff ein?) zum Gegenstand von gründlichen, planmäßigen (und nicht nur punktuellen) Untersuchungen und Darstellungen zu machen. Wobei man bald sehen wird, daß jene kein Sonderauftrag der Medien des Springer-Konzerns ist, sondern ebenso über andere Träger und Vermittler stattfindet. Der Mangel an Veröffentlichungen zu diesem Thema hängt vermutlich auch mit der verbreiteten Abneigung vieler Linker und Friedensbewegter zusammen, sich anders als höchstens völlig abstrakt dem Umstand zu stellen, daß wir in einer typischen Vorkriegsphase leben, in der von den Zuständigen zielstrebig auf den kommenden Krieg hingearbeitet wird.

Kt., Hamburg

Fortsetzung von vorheriger Seite

lierung, deren Erfinder der Essener Lagnam-Verein mit ihrem Vorsitzenden von Knebel war.

In der Landwirtschaft stand der Getreide und Kartoffeln anbauende Großgrundbesitz den Vieh- und Veredelungslundswirtschaft betreibenden Bauern gegenüber. Die internationale Preissenkung, wesentlich ausgelöst durch die englische Pfundabwertung, verschärfte den Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Industrie. Die deutsche Industrie erlitt erhebliche Exporteinbußen, da sie die internationale Preissenkung vom gleichbleibenden deutschen Kostenstand aus mitmachen und deshalb hohe Verluste hinnehmen mußte. Diese Preissenkung aber veranlaßte die Landwirtschaft, auf eine Sperrung der Agrarimporte und auf eine Preiserhöhung für Lebensmittel zu drängen. Diese Preiserhöhungen aber widersprachen dem industriellen Interesse an Kostensenkung ebenso wie die Einschränkung der Agrarimporte den Industrieexport in die betreffenden Länder gefährdete. Doch diesen Agrarprotektionismus fallenzulassen, konnte sich auch die Industrie nicht leisten,

Industrieexport in die betreffenden Länder gefährdete. Doch diesen Agrarprotektionismus fallenzulassen, konnte sich auch die Industrie nicht leisten,

wäre damit doch das gesamte Sparkassen- und Versicherungswesen in Gefahr, das auf der landwirtschaftlichen hypothekarischen Neuverschuldung basierte. Außerdem wäre die Landwirtschaft als innerer Käufer verloren. Die verarbeitende Industrie war durch die Exportverluste genauso betroffen wie die Schwerindustrie, der sie sich dennoch nicht anschließen wollte, da diese ihr Auslandsgeschäft noch in ganz anderem Umfang schädigen würde. In dieser nahezu aussichtslosen Situation sah die Schwerindustrie eine weitere Möglichkeit, ihre Pläne einer Binnenmarktexpansion zu verwirklichen. Unter dem Stichwort der „Umlagerung des deutschen Außenhandels" sollten die wesentlichen Einfuhren von Übersee nach Europa verlagert werden, um im Kriegsfall nicht von diesen Einfuhren abgeschnitten werden zu können. Dieser Aspekt brachte auch die Reichswehrführung dazu, dieses Projekt zu unterstützen. Deutschland sollte seine wesentlichen Bezugsreserven an industriellen Rohstoffen in der näheren Umgebung haben. Unter führender Beteiligung der IG-Farben wurde in den unteren Donauländern Ölsaaten angebaut, auch um die Erzeugung synthetischer Rohstoffe kümmerten sich die IG-Farben. In der Frage der Rohstoffversorgung begannen die IG-Farben die wesentliche Rolle zu spielen. Die „Umlagerung des deutschen Außenhandels" sollte auch eine erhöhte Agrareinfuhr aus den Donauländern mit sich bringen, im Gegenzug wollte die Schwerindustrie Industrieanlagen liefern, um schließlich das Monopol über die gesamte Industrialisierung dieser Länder zu gewinnen. Der Plan war, eine agrar-industrielle Ergänzungswirtschaft Deutschland-Südosteuropa aufzubauen, aus der sich die Donauländer nicht mehr befreien sollten. Dieses Projekt der Agrarkartellierung, über den MWT ausgehandelt, brachte Schwerindustrie und Großlandwirtschaft enger zusammen. Denn die Produkte der Überseeländer (Getreide, Futtermittel) konkurrierten mehr mit denen der Großlandwirtschaft, während die europäischen Länder einen Überschuß an Veredelungsprodukten (Molkereiprodukte, Gartenbauerzeugnisse) hatten, also mehr mit den Erzeugnissen der deutschen Bauern konkurrierten. D.h. die Außenhandelsverlagerung ging zu Lasten der Bauern, während der Großlandwirtschaft volle Protektion für ihre Rohprodukte zugesagt wurde. Für bäuerliche Agrarprodukte mußte der Einfuhrspielraum jedoch erheblich erweitert werden, und die Großlandwirtschaft sagte ihre Unterstützung zu, den Bauern die Agrarkartellierung aufzuzwingen.

Die Agrarkartellierung war zwischen Schwerindustrie und Großlandwirtschaft im August 1932 ausgehandelt. Sie war ein Programm, das als Grundlage der verschiedenen Kapitalgruppen dienen konnte. Die Perspektive einer Handelspolitik, durch die die Ost- und Südosteuropaländer in völlige Abhängigkeit geraten sollten, nahm deutliche Formen an und gewann das Interesse der verarbeitenden Industrien, die hinter Brüning und mit Einschränkungen auch noch hinter Papen gestanden hatten. Dies um so mehr, als vom Weltmarkt in absehbarer Zukunft keine genügende Belebung für das deutsche Kapital zu erwarten war, da die Exportindustrien währungs- und kreditpolitisch stark benachteiligt und ihre Kostenbelastungen zu hoch waren. Die deutsche Industrie hatte seit 1932 die skandinavischen Märkte an England verloren,

stark benachteiligt und ihre Kostenbelastungen zu hoch waren. Die deutsche Industrie hatte seit 1932 die skandinavischen Märkte an England verloren,

genau wie den polnischen, und viel empfindlicher den dänischen, holländischen und belgischen Markt, alles wichtige Exportmärkte der deutschen Industrie. Das Programm dieser imperialistischen Gruppen schien das einzige zu sein, das der deutschen Industrie aus der Krise heraushelfen konnte. Auch engagierten sich die IG-Farben in diesem Programm zur Binnenmarktexpansion allmählich recht stark, wie oben schon hinsichtlich der Rohstoffragen erwähnt. Im Dezember 1932 stimmten die IG-Farben dem Programm der Agrarkartellierung zu. Vor allem ein Ereignis gab den Anlaß: Die Erfahrung im Leunawerk. 1929 hatten die IG-Farben mit dem Rockefeller-Trust (Standard Oil of New Jersey) einen Kartellvertrag abgeschlossen, der den IG-Farben die Weltmarktrechte für synthetische Produkte, dem Rockefeller-Trust die für natürliche Produkte zuerkannte. Die IG-Farben hatten die Amerikaner glauben gemacht, daß sie die synthetische Bezin- und Bunaherstellung in solchem Umfang beherrsche, daß die englische und amerikanische Monopolstellung gefährdet sei. Tatsächlich war die Synthese in einem Versuchswerk erpropt worden und auch gelungen. Als jedoch die Produktion im Großen im für 500 Millionen RM erbauten Leunawerk anlaufen sollte, stellte sich heraus, daß die Randbedingungen der Produktion noch so wenig beherrscht wurden, daß eine Bezinsynthese in dieser Größenordnung völlig fehlschlagen mußte. Dieses Ergebnis entzog 1932 allen Plänen der IG-Farben den Boden. Die Verluste wurden auf den Staat abgewälzt, die IG-Farben versprachen sich jedoch Extraprofite von einer staatlich finanzierten Forschung zur synthetischen Bezinherstellung.

Mit der Zustimmung der IG-Farben war die Voraussetzung geschaffen, aus den Regierungsprovisorien herauszukommen und eine stabile Regierung bilden zu können. Diese Regierung mußte den Charakter einer faschistischen Diktatur besitzen, die zum einen in der Lage war, die organisierte Arbeiterbewegung zu zerschlagen, um die absolute Mehrwertproduktion durchzusetzen, und die zum anderen eine Wirtschaftspolitik verfocht, die ökonomisch wie politisch nur mit Zwangsgewalt durchzuhalten war.

Ruth Fischer/West-Berlin

MOZ funkt SOS

„Wir verkaufen die MOZ an unsere Leser", lautet die irreführende Überschrift eines Hilfeschreis, mit dem die Redaktion der „Modernen Zeiten" (MOZ) dazu aufruft, den drohenden Bankrott des Unternehmens durch eine Spenden-Kampagne abzuwenden. Irreführend ist der Spruch vom Verkauf der Zeitung an ihre Leser, weil sich — zweifelsfrei — den Erfolg der Spendenkampagne vorausgesetzt — an den politischen Machtverhältnissen in und um die MOZ gar nichts ändern wird und gar nichts ändern soll: die MOZ würde das Organ der ISP (Initiative Sozialistische Politik) bleiben und durch deren Strukturen bestimmt werden. Vom Verkauf der Zeitung an die Leser zu schwätzen, wo es lediglich darum geht, ihnen eine Spenden-Kampagne recht schmackhaft zu machen, ist ein bekannter Trick aus etablierten Kreisen. Man merkt die Absicht, und man ist verstimmt.

Die MOZ muß, so wird mitgeteilt, „in wenigen Wochen" rund 50.000 DM aufbringen. Gelingt dies nicht, so

Die MOZ muß, so wird mitgeteilt, „in wenigen Wochen" rund 50.000 DM aufbringen. Gelingt dies nicht, so

muß sie angeblich ihr Erscheinen einstellen. Hintergrund: Die MOZ mußte bisher vom SOAK-Verlag — als dem nominellen Eigentümer der Zeitschrift — ständig bezuschußt werden. Die Schuldensumme der MOZ bei der SOAK soll sich mittlerweile auf 80.000 DM belaufen. Da entgegen früheren optimistischen Erwartungen die wirtschaftliche Entwicklung der MOZ keine Aussicht bietet, in Zukunft die hohen Schulden abtragen zu können, und da der SOAK-Verlag es sich offenbar nicht leisten will oder kann, den Kredit an die MOZ einfach als verloren abzuschreiben, soll durch Spenden eine Teil-Rückzahlung ermöglicht werden. Und zwar soll, falls 50.000 DM an Spenden zusammenkommen, die SOAK mit 40.000 DM abgefunden werden. Die übrigen 10.000 DM sollen als „Startsumme" — in diesem Zusammenhang wohl doch ein etwas makabrer Begriff? — für das Weitererscheinen der MOZ verwendet werden. Eine ISP-Versammlung zu Beginn des neuen Jahres 1984, so heißt es jedenfalls in dem Spendenaufruf, soll entscheiden, ob die Weiterführung der MOZ als politisch und wirtschaftlich sinnvoll anzusehen ist. (Falls nicht, wird Rückzahlung der Spenden zugesichert).

Die Argumentation der MOZ-Redaktion läßt einige interessante Fragen offen: So fragt man sich beispielsweise, wie ein Schuldenberg von 80.000 DM überhaupt entstehen konnte, wenn — wie im selben Aufruf behauptet — die MOZ im wesentlichen kostendeckend arbeitet. Was übrigens auch gleich wieder dementiert wird durch die Aussage, die MOZ brauche eine verkaufte und bezahlte Auflage von 4.000 Stück, um kostendeckend zu arbeiten; gegenwärtig seien es aber nur 3.700 Stück, bei leicht sinkender Tendenz (Auflage laut MOZ-Impressum: 10.000!). Das wiederum läßt darauf schließen, daß auch bei Weitererscheinen der MOZ eine Kostendeckungslücke bleiben würde. Es ist also selbst auf dieser äußerst vordergründigen — nämlich rein finanziellen — Argumentationsebene rätselhaft, woher Thomas Ebermann (Gruppe Z) die Zuversicht nimmt, in einem Bittbrief an die Hamburger ISP-Gefolgschaft zu behaupten: **„Eine auf eigener ökonomischer Grundlage erneuerte MOZ hat nach unserer Überzeugung eine sehr gute Chance, sich wieder zu stabilisieren und mittelfristig auch wieder zu e x p a n d i e r e n ."**

Dieser in Z-Kreisen immer gern zur Schau gestellte professionelle Optimismus erscheint nur noch makaber, wenn man die Hintergründe der MOZ-Krise kennt. Das Problem wird in den für die Öffentlichkeit bestimmten Verlautbarungen auf ausschließlich finanzielle Schwierigkeiten reduziert. Daß es um die MOZ auch p o l i t i s c h e und organisatorische Probleme gibt, die wahrscheinlich noch ernster sind als die Finanznöte, kann man nur dem intern gehandelten ISP-Zirkular (Nr. 3/1983; 31.10.83) entnehmen. Unter anderem wird dort benannt:

+ **Geplante Schritte zur organisatorischen Festigung des ISP-Zusammenhangs sind nicht vorangekommen; die Auflösung der ISP-Organisationszusammenhänge in die Grüne Partei hinein hält an.**
+ „Der Kontakt zu den MOZ'lern im Bundestag läuft so gut wie gar nicht". „Die ehemals wichtige Schiene politischer Kommunikation zu den linken Grünen in Hamburg

Bundestag läuft so gut wie gar nicht". „Die ehemals wichtige Schiene politischer Kommunikation zu den linken Grünen in Hamburg

existiert faktisch nicht mehr".
+ Die verkaufte Auflage der MOZ sinkt langsam, aber stetig. Sie müßte aber eine verkaufte Auflage von 4.800-4.900 (öffentlich ist jetzt nur von 4.000 die Rede) haben, um kostendeckend zu sein. Es müßte „in absehbarer Zeit" eine Auflagensteigerung erreicht werden, „um die MOZ ökonomisch zu halten". **Für eine solche eigentlich notwendige Auflagensteigerung sei aber kein Weg erkennbar.**
+ Die Trägerschaft der MOZ — nur durch die ISP — sei zu eng. Es müßten zusätzliche Träger („breiteres Spektrum") gefunden werden; die MOZ müsse „durch eine Öffnung der Thematik zusätzliche Zielgruppen ansprechen." Die MOZ müsse „wieder mehr zum Bewegungsorgan werden,, und neue Kreise enger an sich binden. Konkret genannt wurden AKP, IZ3W, ILA, Atom-Expreß, wie auch örtliche Alternativzeitungen.

Auf einem ‚Aktivistentreffen' der ISP/MOZ, bereits im September 83, gab es drei unterschiedliche Modelle für die Suche nach einem Ausweg aus der Krise:

I. Eine sogenannte **„Überwinterungsstrategie"**. Nämlich *„die U m o r i e n t i e r u n g der ISP auf einen lockeren Förder- und Freundeskreis der MOZ, dessen H a u p t a u f g a b e in der Finanzierung der Zeitung bzw. der Runtersubventionierung des Verkaufspreises auf ein absatzfähiges Niveau besteht. Das heißt gleichzeitig: vorübergehender Verzicht auf einen aktiven politischen Arbeits- und Kommunikationszusammenhang in der ISP."* Das sei nicht so schlimm, weil *„die angestrebte politische Arbeit im ISP-Zusammenhang faktisch gar nicht existent"* sei.

II. **„Das MOZ-Image nutzen und aufpolieren"**. Es gebe eine politische Strömung um die MOZ herum. Aufgabe sei es, *„die MOZ in Zukunft so zu gestalten, daß die politischen Konturen deutlicher werden; u.a. durch stärkeres Herausstellen von prominenten ‚Zugpferden', die ISP-Mitglieder sind, bei Veranstaltungen und in der Zeitung"*. Ferner durch *„gezieltes Abarbeiten"* der MOZ an *„Gegenpositionen, hinter denen relevante politische Strömungen stehen."*

3. *„Aktivisten-Sammlung"*. Das *„MOZ-Image"* a l l e i n reiche nicht aus, *um ein weiteres Auseinanderlaufen von Aktivisten aufhalten zu können"*. Notwendig sei der Aufbau von *„Arbeits- bzw. Kommunikationsstrukturen"*.

Die meisten der geschilderten Schwierigkeiten und der präsentierten Lösungsoptionen waren auch schon früher Gegenstand von ISP-Debaten. Der ISP ist es nicht gelungen, sich Organisationsstrukturen zu schaffen. Im Gegenteil: die in das Bündnis eingebrachten Organisationsstrukturen — vor allem der Gruppe Z — sind weitgehend (offiziell sogar total) zerfallen. Dieser Gang der Dinge ist logisch und natürlich, weil die MOZ erklärtermaßen eine Strömung repräsentieren will, die sich „jenseits vom linken Ghetto" befindet und die eine o r g a n i s i e r t e politische Intervention für Teufelswerk hält. Auf der anderen Seite hat ihr kokettmodisches Image der Zeitschrift aber auch nicht die breiten linksundogmatischen Lesermassen zugeführt, auf die man einmal bei Gründung des Unternehmens spekuliert hat-

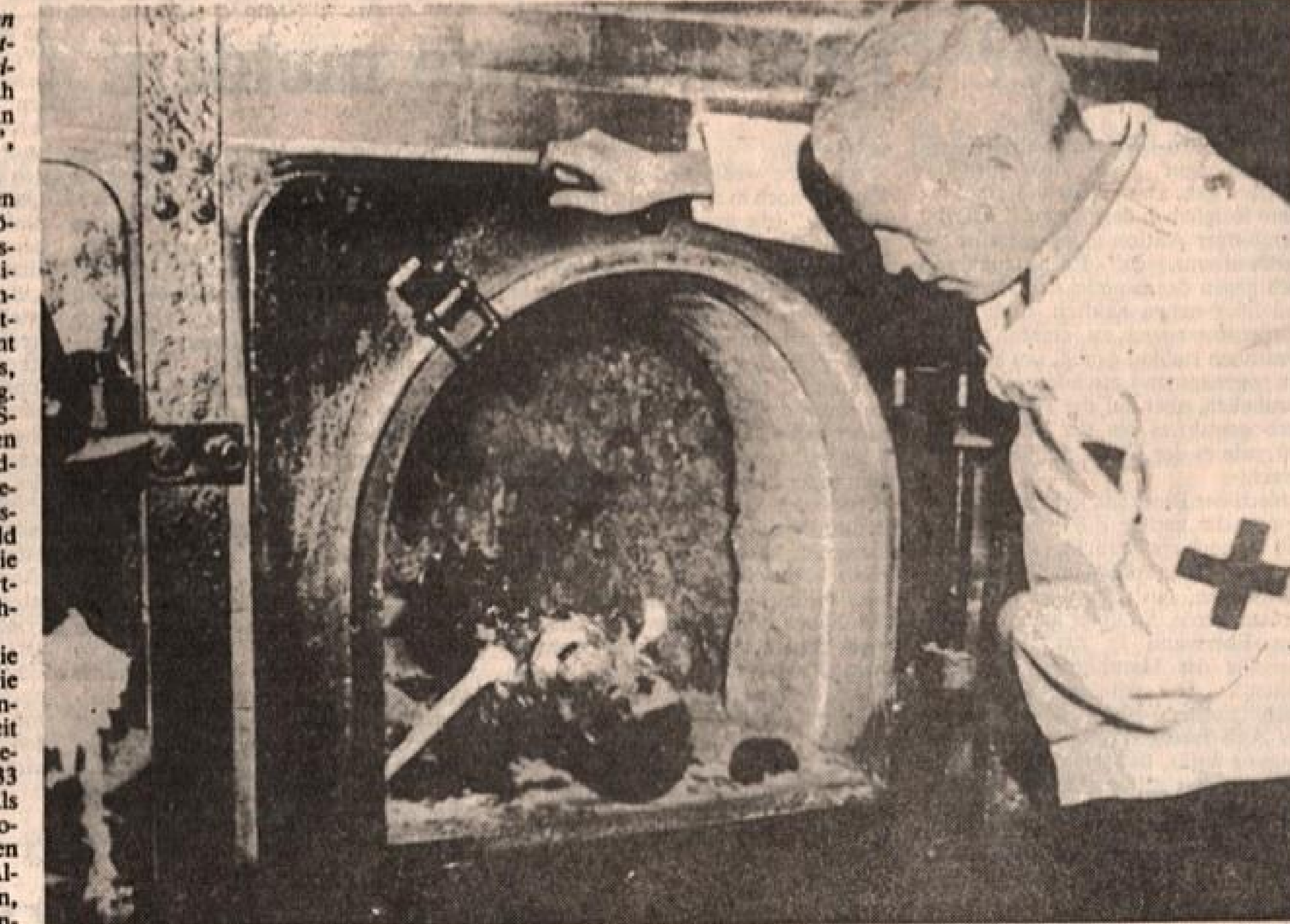
aber auch nicht die breiten linksundogmatischen Lesermassen zugeführt, auf die man einmal bei Gründung des Unternehmens spekuliert hat-

te. Einesteils werden die speziellen Bedürfnisse d i e s e s Publikums besser durch eine noch offenere Zeitschrift wie die „Kommune" des KBW (verkaufte Auflage: 2.800 mit steigender Tendenz) angesprochen. **Anderenteils ist bei diesem Publikum vermutlich der Wunsch nach einer politisch-theoretischen Zeitschrift überhaupt nur minimal entwickelt.**

Die Krise der MOZ ist, wie ein auffallend nüchterner Genosse ihrer Kernredaktion im ISP-Zirkular analysiert, letzten Endes „als eine Frage schwindender Resonanz sozialistischer Positionen in dieser Gesellschaft zu begreifen, die zum Zerbröseln der Reste unabhängiger, sozialistischer Organisiertheit geführt hat."

Die jetzt zu vernehmenden Beschwörungen — „Rettet ganz schnell die MOZ, sonst geht die linke Strömung in der Grünen Partei über den Jordan!" — haben nur scheinbar die Logik der Tatsachen auf ihrer Seite. In der Wirklichkeit liegen die Dinge eher umgekehrt: die Nöte der MOZ dokumentieren das sinkende Interesse an organisierter, fraktioneller (pfui, das schlimme Wort!) sozialistischer Arbeit in der Grünen Partei. **Wieviel Genossinnen und Genossen der Gruppe Z beteiligen sich denn heute überhaupt noch inhaltlich an und in der MOZ**, um das Problem mal ganz penetrant zuzuspitzen?

Nein, dies ist nur zuallerletzt a u c h eine finanzielle Krise, aber weit mehr als das. Wer einige der ISP-Wortführer aus jahrelanger politischer Zusammenarbeit kennt, wird ihnen sogar zutrauen, daß sie jetzt die finanzielle Lage bewußt ü b e r dramatisieren („Sofort Geld, oder die MOZ krepiert!"), um die noch vorhandenen Funken von politischem Überlebenswillen im Einzugsbereich von ISP/MOZ zu mobilisieren, und um noch einmal eine kollektive Trotz-Reaktion zu erzeugen. 50.000 DM sind eigentlich eine relativ bescheidene Summe, und es ist sicher damit zu rechnen, daß das Geld zusammenkommt, und noch ein bißchen darüber hinaus. Aus ISP-Kreisen ist sogar schon zu vernehmen, daß das Geld bereits zusammen sei, wobei 25.000 DM allein aus Westberlin gegeben worden sein sollen. Man wird dann allerdings in ein paar Monaten sehen, daß von den p o l i t i s c h e n Problemen der MOZ/ISP keines einer Lösung nähergekommen ist.



Zur Geschichte des Antisemitismus Teil XII

Der Vernichtungsprozeß 1939 — 1945

„Mit anderen Worten, auch wenn achtzig Millionen Deutsche getan hätten, was Sie getan haben, wäre das keine Entschuldigung für Sie". (Hannah Arendt, „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht über die Banalität des Bösen", S.328).

Einer der wichtigsten organisatorischen Schritte zur Vorbereitung der „Endlösung" war die Fusion des Sicherheitsdienstes der SS mit der regulären Sicherheitspolizei des Nazi-Staates, einschließlich der Gestapo. Daraus entstand das Reichssicherheitshauptamt (RSHA), zunächst unter Heydrichs, später unter Kaltenbrunners Leitung. Das RSHA war eines der 12 SS-Hauptämter, von denen die wichtigsten in diesem Zusammenhang die Ordnungspolizei (unter General K.Daluege) und das Wirtschafts-Verwaltungs-Hauptamt (WVHA, unter Oswald Pohl) waren. Das WVHA war für die Konzentrationslager und die „wirtschaftliche" Seite der Massenvernichtung verantwortlich.

Im September 1939 marschierte die deutsche Wehrmacht in Polen ein. Die Konzentration des polnischen Judentums wurde mit größter Zielstrebigkeit durchgeführt. 10% der polnischen Bevölkerung, also 3,3 Millionen der 33 Millionen Polen, waren jüdisch. Als Deutschland und die Sowjetunion Polen aufteilten, gerieten zwei Millionen Juden unter deutsche Herrschaft. Allein in Warschau lebten 400.000 Juden, d.h. fast genauso viele wie 1933 im ganzen Reich lebten — und mehr, als 1939 dort übrig geblieben waren.

Die Konzentration des polnischen Judentums vollzog sich in zwei Phasen:
- Während der ersten Phase sollten ca. 600.000 Juden aus den eingegliederten Gebieten in das Generalgouvernement abgeschoben werden;
- während der zweiten Phase sollten die nun zwei Millionen im Generalgouvernement lebenden Juden in Ghettos zusammengefaßt werden.

Auch Juden und Zigeuner aus dem Reichsgebiet wurden ins Generalgouvernement abgeschoben.

Die so entvölkerten Gebiete sollten mit „Volksdeutschen" aufgefüllt we-
Die so entvölkerten Gebiete sollten mit „Volksdeutschen" aufgefüllt we-
den. Im Oktober 1941 setzten im Reich die Massendeportationen ein, die bis zum Ende des Vernichtungsprozesses andauerten.

Ziel dieser Deportationen war von Anfang an die Vernichtung der Juden. Zu diesem Zeitpunkt waren die Massenvernichtungszentren aber noch nicht bereitgestellt. So wurde beschlossen, bis zu ihrer Fertigstellung die deportierten Juden in Ghettos zusammenzupferchen.

Die Errichtung der Ghettos

Zwischen Herbst 1939 und Herbst 1941 fanden drei Abschiebe-Bewegungen von Westen nach Osten statt:

a) Juden und Polen aus den eingegliederten Gebieten in das Generalgouvernement,
b) Juden und Zigeuner aus dem Reichs- und Protektoratsgebiet ins Generalgouvernement,
c) Juden und Zigeuner aus dem Reichs- und Protektoratsgebiet in die eingegliederten Gebiete.

Die Jahre 1939-1941 bildeten den Übergang von der forcierten Vertreibungs- zur Endlösungspolitik.

> *„Ich weiß noch, daß im Anschluß an diese ‚Wannsee-Konferenz' Heydrich, Müller und meine Wenigkeit an einem Kamin gemütlich saßen ... nicht um zu fachsimpeln, sondern uns nach den langen, anstrengenden Stunden der Ruhe hinzugeben"* (Eichmann-Protokolle, zit. bei H.Arendt, „Eichmann in Jerusalem", S.149).
>
> *„Hitler mag hundertprozentig unrecht gehabt haben, aber eins steht jenseits aller Diskussion fest: Der Mann war fähig, sich vom Gefreiten der deutschen Armee zum Führer eines Volkes von fast 80 Millionen emporzuarbeiten ... Sein Erfolg allein beweist mir, daß ich mich ihm unterzuordnen hatte"* (ebenda, S.163).

Die Ghettoisierung wurde mit Kennzeichnungsmaßnahmen, Bewegungsbeschränkungen und der Errichtung jüdischer Kontrollräte vorbereitet. Die ersten Ghettos entstanden in den eingegliederten Gebieten im Winter 1939/1940. Das erste große Ghetto wurde im April 1940 in Lodsch errichtet. Im Oktober 1940 entstand das Warschauer Ghetto, Krakau folgte im März 1941 und Lublin im April 1941.

Ende 1941 war die Ghettoisierung im Großen und Ganzen abgeschlossen. Das heißt, daß fast alle Juden der eingegliederten Gebiete und des Generalgouvernements in Ghettos lebten. Die Ghettos stellten eine Art Stadtstaat in Gefangenschaft (Hilberg) dar. Wenngleich sie nicht alle hermetisch abgeriegelt waren, war es doch keinem Juden erlaubt, sich außerhalb ihrer jeweiligen Begrenzungen aufzuhalten. Selbst innerhalb der Begrenzungen mußten die Bewohner den Stern tragen und die nächtliche Ausgangssperre respektieren.

Während im Reichs- und Protektoratsgebiet Enteignungen und Beschlagnahmungen dem Konzentrationsprozeß vorausgingen, wurde in Polen umgekehrt vorgegangen. Da die polnischen Juden in ihrer überwiegenden Mehrheit arm waren, lag ihre wirtschaftliche Bedeutung für die Deutschen vor allem in ihrer Zahl: 2 1/2 Millionen Menschen stellten ein beträchtliches Arbeitskräftereservoir dar. So wurde zunächst Zwangsarbeit zum allgemeinen Prinzip.

Die Vernichtungsphase vollzog sich in zwei großen Operationen. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurden kleine Einheiten von SS und Polizei in die besetzten sowjetischen Gebiete geschickt. Ihr Auftrag war, alle jüdischen Bewohner an Ort und Stelle zu töten. Nach diesen mobilen Tötungs-Operationen setzte die zweite Phase ein, in deren Verlauf die jüdische Bevölkerung aus Mittel-, West- und Südosteuropa deportiert wurde.

Zunächst gingen die Täter zu ihren Opfern, später holten sie sie sich.

Die mobilen Tötungseinheiten

Als die Einsatzgruppen von SS und Polizei in die SU einmarschierten, lebten 5 Millionen Juden im sowjetischen Staatsgebiet, vor allem in den westlichen Landesteilen und dort in den Städten konzentriert. 4 Millionen lebten in den von der deutschen Wehrmacht überrannten Gebieten. Innerhalb von 5 Monaten brachten die Einsatzgruppen 500.000 Juden um. Zugleich fielen über 5.700.000 Sowjetische Soldaten in deutsche Hände. Mehr als 40% von ihnen kamen während der Gefangenschaft um. „Bolschewisten" und Juden unter den Kriegsgefangenen wurden von den Nazis ausgesondert. Ende 1941 waren 22.000 Gefangene ausgesondert und davon 16.000 liquidiert worden (Hilberg, S.243). Die erste Tötungswelle dauerte bis Dezember 1941; die zweite Tötungswelle begann im Herbst 1941 im baltischen Raum und dehnte sich in den folgenden Jahren aus.

Die unvollständigen Zahlen ergeben 900.000 getötete Juden; insgesamt wird von einer Zahl um 1,5 Millionen ausgegangen (Hilberg, S.277).

Die Deportationen

Im Januar 1939 verkündete Hitler: *„Und eines möchte ich an diesem vielleicht nicht nur für uns Deutsche denkwürdigen Tage nun aussprechen: Ich bin in meinem Leben sehr oft Prophet gewesen und wurde meistens ausgelacht. In der Zeit meines Kampfes um die Macht war es in erster Linie das jüdische Volk, das nur mit Gelächter meine Prophezeiungen hinnahm, ich würde einmal in Deutschland die Führung des Staates und damit des ganzen Volkes übernehmen und dann unter vielen anderen auch das jüdische Problem zur Lösung bringen. Ich glaube, daß dieses damalige schallende Gelächter dem Judentum in Deutschland unterdes wohl schon in der Kehle erstickt ist.*

Ich will heute wieder ein Prophet sein: Wenn es dem internationalen Finanzjudentum in und außerhalb Europas gelingen sollte, die Völker noch einmal in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentum sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" (zit. n. Hilberg, S.278).

Schon wuchs im Generalgouvernement (Polen) die Irritation über die dortige Konzentration der Juden. *„Es besteht in diesem Winter die Gefahr, daß die Juden nicht mehr sämtlich ernährt werden können. Es ist ernsthaft zu erwägen, ob es nicht die humanste Lösung ist, die Juden, soweit sie nicht arbeitseinsatzfähig sind, durch irgendein schnellwirkendes Mittel zu erledigen. Auf jeden Fall wäre dies angenehmer, als sie verhungern zu lassen"* klagte Sturmbannführer R.-H. Höppner gegenüber Eichmann (Brief vom 16.7.1941). Bereits zum Jahresende wurden Juden im Vernichtungslager Kulmhof getötet.

Im Juli 1941 wurde der Vernichtungsprozeß gegen die Juden im europäischen Maßstab beschlossen: *„In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24.1.1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.*

Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen", lautete die von Göring am 31.7.1941 unterzeichnete Vollmacht an Heydrich.

Bevor mit der physischen Vernichtung der Juden angefangen werden konnte, mußte eine Reihe von Fragen geklärt werden. Es bestanden Probleme bezüglich der „Mischehe"-Juden, der Juden in der Rüstungsindustrie und der ausländischen Juden. Folglich fand am 29.11.41 eine erste Endlösungs-Konferenz statt.

In der Einladung hieß es, angesichts der außergewöhnlichen Bedeutung, die diesen Fragen beizumessen sei, und im Interesse der Herbeiführung eines einheitlichen Standpunktes aller Zentralbehörden, die mit der noch verbleibenden Arbeit im Zusammenhang mit der Endlösung befaßt seien, sollten diese Probleme in einer Konferenz erörtert werden, zumal die Juden bereits seit dem 15. Oktober 1941 in fortlaufenden Transporten aus dem Reichsgebiet und dem Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert würden (Hilberg, S.284).

Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung sollte, so Heydrich, Europa „vom Westen nach Osten durchkämmt" werden. 30 Abschriften des Konferenzprotokolls wurden in Umlauf gebracht. Allmählich sickerte die Neuigkeit der Endlösung in die Bürokratie ein.

Am 30. September 1942 wandte sich Hitler selber an das deutsche Volk und an die Weltöffentlichkeit: *„Ich habe am 1. September 1939 in der damaligen Reichstagssitzung zwei Dinge ausgesprochen: Erstens, daß, nachdem man uns diesen Krieg schon aufgezwungen hat, keine Macht der Waffen und auch nicht die Zeit uns jemals niederzwingen werden, und zweitens, daß, wenn das Judentum einen internationalen Weltkrieg zur Ausrottung etwa der arischen Völker Europas anzettelt, dann nicht die arischen Völker ausgerottet werden, sondern das Judentum. ... Die Juden haben einst in Deutschland über meine Prophezeiungen gelacht. Ich weiß nicht, ob sie heute auch noch lachen, oder ob ihnen nicht das Lachen bereits vergangen ist. Ich kann aber auch jetzt nur versichern: Es wird ihnen das Lachen überall vergehen. Und ich werde mit diesen Prophezeiungen recht behalten"* (Hitler-Rede, 30.9.1942, „Völkischer Beobachter").

Goebbels schrieb in seinem Tagebuch: „*... Von den Juden selbst bleibt nicht mehr viel übrig ... An den Juden wird ein Strafgericht vollzogen, das zwar barbarisch ist, das sie aber vollauf verdient haben. Die Prophezeiung, die der Führer ihnen für die Herbeiführung eines neuen Weltkriegs mit auf den Weg gegeben hat, beginnt sich in der furchtbarsten Weise zu verwirklichen"* (Eintragung vom 27.3.1942, zit. nach Hilberg, S.286).

> *„Ja, meine Familie hatte es in Auschwitz gut. Jeder Wunsch, den meine Frau, meine Kinder hatten, wurde erfüllt. Die Kinder konnten frei und ungezwungen leben. Meine Frau hatte ihr Blumenparadies ... Ihre* (der Kinder — Anm. AK) *größte Freude war jedoch, wenn Vati mitbadete. Der hatte nur wenig Zeit für all die Kinderfreuden. Heute bereue ich es schwer, daß ich mir nicht mehr Zeit für meine Familie nahm. Ich glaubte ja immer, ich müsse ständig im Dienst sein. Mit diesem übertriebenen Pflichtbewußtsein habe ich mir das Leben selbst schwerer gemacht, als*
> *mer, ich müsse ständig im Dienst sein. Mit diesem übertriebenen Pflichtbewußtsein habe ich mir das Leben selbst schwerer gemacht, als*
> *es an und für sich schon war. Meine Frau hat mich oft und oft gemahnt: Denk nicht immer an den Dienst, denk auch an deine Familie".*
> (Rudolf Höss, Lager-Kommandant in Auschwitz; nach dtv-dokumente, S.134)

Der Apparat zur Durchführung der Endlösung bestand aus einer Vielzahl von deutschen und nicht-deutschen, von militärischen und zivilen, von zentralen und lokalen Instanzen und Dienststellen. Zwei Behörden standen im Zentrum des Deportationsprozesses: Die Abteilung IV-B-4 des RSHA und die Reichsbahn. Das Referat IV-B-4 wurde von Adolf Eichmann geleitet und war für den gesamten Deportationsprozeß außerhalb Polens (wo SS und Polizei die Auflösung der Ghettos besorgten) zuständig. Das Verkehrsministerium war für den Zugverkehr im Europa der Achsenmächte zuständig.

1941 war Eichmann 35 Jahre alt. Bei seinem Prozeß in Jerusalem betonte er, nichts gegen Juden zu haben. Er habe sogar einen Rabbi für Hebräisch-Unterricht bezahlt. Blut habe er nicht sehen, Ermordung nicht ertragen können. In seiner Abteilung gab es ein kleines Musik-Ensemble, wo er Geige spielte . . .

Fortsetzung nächste Seite


BUCHENWALD

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die Transporte wurden von der Reichsbahn durchgeführt. 1942 zählte die Reichsbahn 500.000 Beamte und 900.000 Arbeiter. Die Reichsbahn spielte, ob beim Transport von Rüstungsgütern oder von Truppen oder bei der Deportation der Juden, eine bedeutende, unverzichtbare Rolle. Wobei der Transport der Juden korrekt abge-

Deportationsstatistik für das Reichs- und Protektoratsgebiet

	„Evakuiert" (deportiert)	Am 1.1.43 noch verblieben	Für weitere Deportationen vorgesehen	In Mischehe
Altreich	100.516	51.327	34.567	16.760
Österreich	47.555	8.102	3.299	4.803
Protektorat	69.677	15.550	9.339	6.211
Gesamt	217.748	74.979	47.205	27.774

(Zahlen aus: „Die Vernichtung der europäischen Juden", R. Hilberg, S.329)

wickelt wurde: Obwohl sie in Güterwagen transportiert wurden, wurden sie in der Bürokratie wie normale Reisende geführt. Basistarif war 3. Klasse, Fahrpreis 4 Pfennig pro Kilometer. Kinder unter 10 Jahren bezahlten den halben Preis, Kleinkinder unter 4 reisten „umsonst". Gruppentarife wurden ab 400 Personen gewährt. Antragsteller war das RSHA, das die Fahrkarten auch zu bezahlen hatte. Judentransporte firmierten als Sonderzüge, für die auch die Fahrpläne geändert werden mußten. Nennenswerte Störungen gab es allerdings nie. Jeder Zug erreichte pünktlich sein Ziel.

Die Deportationen nahmen im Reich ihren Anfang, wo die anti-jüdische Vernichtungsmaschinerie entwickelter und leistungsfähiger war als im übrigen Europa. Wie weiter oben genannt, bestanden noch einige heikle Probleme, wie die der Mischlinge und der Mischehen, die allesamt auf „befriedigende" Weise im Verlauf verschiedener Konferenzen erörtert und gelöst werden konnten.

Der erste Judentransport in Frankfurt fand im Oktober 1941 statt — als am hellichtem Tage unter den Augen der Öffentlichkeit 1.200 Juden durch die Stadt getrieben wurden.

Für die verschiedenen Ämter stand fest, daß es sich hierbei um eine Reise ohne Rückkehr handelte. Deshalb bemühte man sich auch um eine korrekte Handhabung der Hinterlassenschaft der Deportierten: Wohnungen, Konten, Wertpapiere, Pensionen, Versicherungen und Erbschaftsangelegenheiten. Auf die verschiedenen Maßnah-

Für die verschiedenen Ämter stand fest, daß es sich hierbei um eine Reise ohne Rückkehr handelte. Deshalb bemühte man sich auch um eine korrekte Handhabung der Hinterlassenschaft der Deportierten: Wohnungen, Konten, Wertpapiere, Pensionen, Versicherungen und Erbschaftsangelegenheiten. Auf die verschiedenen Maßnah-
men hierzu gehen wir aus Platzgründen nicht ein (siehe Hilberg, S.334-338).

In Polen wurde nach der ersten Endlösungskonferenz ebenfalls eine außerordentliche Sitzung abgehalten. Dort verkündete Generalgouverneuer Frank: „*Mit den Juden, das will ich Ihnen auch ganz offen sagen, muß so oder so Schluß gemacht werden ... Ich weiß, es wird an vielen Maßnahmen, die jetzt im Reich gegenüber den Juden getroffen werden, Kritik geübt. Bewußt wird — das geht aus den Stimmungsberichten hervor — immer wieder versucht, von Grausamkeit, von Härte usw. zu sprechen. Ich möchte Sie bitten: einigen Sie sich mit mir zunächst, bevor ich weiterspreche, auf die Formel: Mitleid wollen wir grundsätzlich nur mit dem deutschen Volke haben, sonst mit niemanden auf der Welt. Die anderen haben auch kein Mitleid mit uns gehabt*". Weiter: „.... *Meine Herren, ich muß Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist*" (Besprechung vom 16.12.1941; zit. n. Hilberg, S.338 f.).

Deportationen aus Westeuropa

Beim „Durchkämmen Europas vom Westen nach dem Osten" stand Frankreich Priorität zu. Dazu benötigten die Nazis nicht allein die Zustimmung der Kollaborateurs-Regierung von Vichy, sondern auch die aktive Mitarbeit der französischen Polizei. Während des Sommers/Herbstes 1942 wurden 27.000 staatenlose Juden (18.000 aus Paris, 9.000 aus dem Vichy-Frankreich) nach Auschwitz deportiert. Als im Sommer 1943 Deutschland für „judenrein" erklärt wurde, waren aus Frankreich 52.000 Juden deportiert worden. Insgesamt starben 75.000.

Es folgt eine Auflistung nach Ländern:

Polen	bis zu 3.000.000
UdSSR	700.000
Ungarn	über 300.000
Rumänien	270.000
Reichs- und Protektoratsgebiet	bis zu 250.000
Litauen	130.000
Niederlande	100.000
Frankreich	75.000
Lettland	70.000
Slowakei	70.000
Jugoslavien	60.000
Griechenland	60.000
Belgien	25.000
Italien (einschl. Rhodos u. Albanien)	unter10.000
Estland	2.000
Norwegen	unter 1.000
Luxemburg	unter 1.000

Jugoslavien	60.000
Griechenland	60.000
Belgien	25.000
Italien (einschl. Rhodos u. Albanien)	unter10.000
Estland	2.000
Norwegen	unter 1.000
Luxemburg	unter 1.000

Todesfälle nach Ursachen

Ghettoisierung	800.000
Erschießungen im Freien	1.300.000
Lager	3.000.000
Auschwitz	über 1.000.000
Treblinka	über 750.000
Belzec	bis zu 600.000
Sobibor	bis zu 200.000
Kulmhof	150.000
Lublin	50.000
Weitere Lager (Bergen-Belsen, Buchenwald, Mauthausen, Dachau, Stutthof und andere)	150.000

Die Statistiken sind ebenfalls Hilbergs Werk entnommen (S.811 f.). Es versteht sich von selbst, daß sie Irrtümern ausgesetzt und zwangsläufig unvollständig sind.

Die Vernichtungszentren

Sie arbeiteten schnell und effektiv. Ein Mensch stieg morgens aus dem Zug. Abends war seine Leiche verbrannt. Und seine Kleidung stand bereits eingepackt für den Abtransport nach Deutschland.

Eine solche zügige Arbeitsweise ist Produkt einer sorgfältigen Planung, wo jeder Schritt methodisch durchdacht ist. Die sechs Vernichtungszentren wurden 1941-1942 errichtet. Sie arbeiteten mit Gas.

Gaswagen waren bereits in der Sowjetunion und in Serbien eingesetzt worden. Sie wurden zur Tötung von Frauen und Kindern verwendet. Erwähnt haben wir das erste Vernichtungszentrum in Kulmhof, das 1941 in Betrieb genommen wurde.

Bereits 1939 waren die ersten Gaskammern als Folge eines Hitler-Erlasses gebaut worden, wonach „unheilbaren Kranken der Gnadenstoß gewährt werden kann". Vom Dezember 1939 bis zum August 1941 wurden mindestens 50.000, wenn nicht 100.000 Deutsche, sogenannte „Geisteskranke", mit Kohlenmonoxyd-Gas umgebracht. Die Gaskammern in den „Heil- und Pflegeanstalten" waren wie später in Auschwitz als Dusch- und Baderäume getarnt.

Die Vernichtungszentren waren zwar ständig in Betrieb, sie existierten jedoch nur verhältnismäßig kurze Zeit. Als erstes Lager wurde Kulmhof am 17./18. Januar 1945 aufgelöst; das jüdische Leichenbeseitigungskommando wurde erschossen und das Gebäude in Brand gesetzt. In Treblinka wurde ein Gut gebaut, in Belzec wurden Kiefern gepflanzt. Ende Juli 1944 wurde Lublin von der Roten Armee überrannt. Ihre Entdeckungen wurden der Weltpresse mitgeteilt.

In der zweiten Jahreshälfte von 1944 war nur noch Auschwitz in Betrieb; noch zu dieser Zeit wurden ungefähr 600.000 Juden nach Auschwitz gebracht. Als die Rote Armee schließlich auch dort einmarschierte, waren noch 7.000 Häftlinge am Leben. Ähnlich verhielt es sich bei den übrigen Vernichtungszentren: Erst der Vorstoß der sowjetischen Truppen führte zu ihrer Auflösung.

Indessen wußte die Weltöffentlichkeit schon länger vom Schicksal der Juden unter den Nazis. Bereits 1942 wurde in einem Bericht der „New York Times" (5.11.42) über die Existenz der Lager Belzec, Sobibor und Treblinka geschrieben. Im gleichen Bericht wur-

sowjetischen Truppen führte zu ihrer Auflösung.

Indessen wußte die Weltöffentlichkeit schon länger vom Schicksal der Juden unter den Nazis. Bereits 1942 wurde in einem Bericht der „New York Times" (5.11.42) über die Existenz der Lager Belzec, Sobibor und Treblinka geschrieben. Im gleichen Bericht wur-
den auch Krematorien in Auschwitz gemeldet. Dokumente wurden der amerikanischen und britischen Regierung, insbesondere über Auschwitz, zur Verfügung gestellt. Diese Berichte wurden anderen Ländern ebenfalls zur Kenntnis gegeben.

Am 4. April 1944 erschien gar ein alliiertes Aufklärungsflugzeug über Auschwitz. Bombardiert wurde nicht die Gaskammeranlage, sondern eine Ölraffinerie. Es gab Vorschläge zur Bombardierung der Zufahrtswege bzw. der Vernichtungsanlagen; sie wurden der britischen und amerikanischen Regierung unterbreitet. Es geschah nichts.

E., KB-Frankfurt





Alexis Korner beim „Kinderhaus"-Solidaritätskonzert in Hamburg, Oktober 1978

GOOD Bye, Alexis!

GOOD Bye, Alexis!

1984, nicht nur Orwell-Jahr, sondern auch noch ein Stückchen weiter weg von der Aufbruchstimmung der 60er Jahre. Der Tod Alexis Korners Anfang des Jahres schließt ein weiteres Kapitel der Vergangenheit. Die Entwicklung des weißen Rhythm-and-Blues vor allem in England ist verbunden mit dem Schaffen eines John Mayall und des Alexis Korner.

Unbestreitbar hat Korner mit vielen jungen Musikern gearbeitet, die heute noch zu den Größen des "Show-Biz" zählen. Wen das interessiert, der möge dazu die diversen Nachrufe der Presse studieren, besser: Mal in den Schallplattenarchiven rumstöbern und sich mal anhören, wie und was für Musik gemacht wurde. Es lohnt sich!

Im Unterschied zu vielen seiner von ihm geförderten Nachwuchstalente wurde er nie ein Massenidol. Ich erlebte ihn dreimal:

Sowohl auf dem ersten großen Rock-Festival in der Hamburger Ernst-Merck-Halle über die Ostertage 1970, als auch auf dem berühmt-berüchtigten Fehmarn-Festival 1971 übernahm Alexis die Rolle des Improvisateurs. Drohten auf Grund der zu langen Umbaupausen — verursacht sowohl durch schlechte Organisation als auch durch arrogante Allüren der sogenannten Superstars — die Leute unruhig zu werden, sprang er ein und spielte allein auf der großen Bühne den Blues.

Waren die Leute auch nicht immer begeistert, so dankten sie ihm am Ende dieser Groß-Festivals. Er hatte den Ruf, eine "ehrliche Haut" zu sein, dem es wichtig war, das Publikum zufrieden zu stimmen.

Das letzte Mal erlebte ich ihn auf einem der Solidaritätskonzerte für das Kinderhaus Heinrichstraße im Oktober 1978.

Trotz eines riesigen Künstleraufgebotes blieben seine beiden Kurzauftritte bei vielen, die dabei gewesen sind, in bester Erinnerung: Neben dem denkwürdigen Konstantin- Wecker-Auftritt strahlten seine Konzerte die nachhaltigste Intensitiät und Atmosphäre aus. Die Kinderhäusler erinnern sich gern an ihn:

Alexis, selber Vater von drei Kindern, wollte nicht nur Solidarität üben, indem er fürs Kinderhaus spielte, sondern ließ sich am Morgen nach dem Konzert auch den täglichen Kinderhausbetrieb zeigen. Er nahm sich auch Zeit, mit den Kindern bei Kaffee und Kuchen zu klönen. Dabei brachte ihm ein Kind so viel Zuneigung entgegen, daß er versprach, bei seinem nächsten Hamburg-Besuch sich mit dem Kind zu treffen. Tatsächlich schickte er Freikarten für sein nächstes Hamburger Konzert, sah sich aber wegen vieler Verpflichtungen nicht in der Lage, das Kind zu sehen. Als Alexis dann in Hamburg erfuhr, daß das Kind maßlos traurig darüber war, ihn nicht treffen zu können, lud er es zu Kakao und Kuchen in sein Hotel ein und nahm sich Zeit zum Klönen.

Er hat sich von einem Kind in die Verantwortung nehmen lassen!

Kein alltäglicher Vorgang im "Show-Biz"; ein bemerkenswerter Mensch.

Bj.

Aus dem Leben gegriffen

Wir werden es ja erleben

„Aber in bester Laune" ist Kanzler Kohl sowieso ständig. Und schon gar, wenn er der BILD mitteilt, wie er sich das neue Jahr vorstellt:

> „Ich bin sicher, daß es ein friedvolles Jahr wird — zumindest bei uns in Europa ... Gerade in den Tagen vor Weihnachten sollten wir daran denken: Wir in Mitteleuropa leben in einer der sichersten Zonen der Welt."
> (Bild, 22.12.83)

Sein Außenminister Genscher, der besser als jeder andere Deutsche weiß, wie es draußen in der Welt aussieht, denkt genauso wie der Bundeskanzler:

> „Viele Bürger machen sich Sorgen um die Erhaltung des Friedens. Auch mich, der ich als 18jähriger nur noch das Ende des zweiten Weltkriegs erlebt habe, läßt diese Frage nicht los. Aber gerade deshalb sage ich als Bürger und in meiner Verantwortung als Außenminister: Niemand muß Angst vor einem neuen Krieg haben."
> (Bild der Frau, 28.11.83)

Aber der Innenminister, der schließlich keine Verantwortung als Außenminister trägt, ist vielleicht abweichender Meinung? Nicht doch! Zimmermann gibt zu Protokoll:

> „Weder haben wir 1984 einen Weltkrieg noch blicken Fernsehkameras in alle Intimbereiche der Menschen."
> (Bild, 31.12.83)

Auch Altbundeskanzler Schmidt hat eine Meinung, die er BILD selbstverständlich nicht verschweigt:

> „Es gibt keinen Grund zur Angst vor Kriegen in Europa. Wir haben eine lange Friedensperiode, wie sie die Deutschen in diesem Jahrhundert noch nie hatten — und es sieht nicht danach aus, als ob sie in den nächsten Jahren zu Ende ginge, ganz im Gegenteil."
> (BILD, 24.12.83)

Der BILD-Leser könnte beruhigt ins neue Jahr blicken, wäre da nicht jener fatale Bericht vom **„Erzengel, der als Anhalter fuhr"**. Die 30jährige Krankenschwester Magda Peters (Name von der Red. geändert) hatte den Erzengel in Gestalt eines jungen Mannes mit Vollbart in ihr Auto einsteigen lassen. Dann geschah das Unheimliche:

> Nach zehn Minuten sagte der junge Mann: „Ich bin der Erzengel Gabriel. **Im Jahre 1984 wird die Welt durch eine Atomkatastrophe untergehen.** Sie sind dazu auserwählt, diese Botschaft weiterzugeben."
> (BILD, 28.12.83)

Vier Politiker-Statements stehen gegen das Wort eines Erzengels. Wer von ihnen hat denn nun gelogen? Angesichts einer so eindrucksvollen Phalanx von Dementierern bin ich zum ersten Mal in meinem Leben geneigt, nicht bloß an die Existenz von Erzengeln, sondern sogar an deren Prognosen zu glauben. Aber na, wir werden es ja erleben.

Ein sehr starkes Argument

Der Parteivorsitzende der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands, Stefan Engel, äusserte sich in seiner Begrüßungsrede zum 3. Zentralen Delegiertentag des Bundes Kommunistischer Intellektueller zu einigen großen Fragen unserer Zeit, vor allem zur Zukunft der Welt und der MLPD. Zwar, sagt der Parteivorsitzende, mit der Stationierung der neuen NATO-Atomraketen in Europa

> wird die akute Gefahr eines atomaren III. Weltkrieges heraufbeschworen.

Aber ... und nun wendet der Parteivorsitzende eine beliebte rhetorische Auflockerung des genialen georgischen Klassikers an, indem der Redner scheinbar eine Frage an sich selbst richtet ... :

> Heißt das aber nun, daß wir uns in akuter Kriegsgefahr befinden, wie es teilweise in der ROTEN FAHNE zu lesen war oder auch in Zuschriften aus dem BKI

jener BKI, auf dessen Kongress der Parteivorsitzende soeben redet und der eine sogenannte Nebenorganisation der MLPD für unreife kleinbürgerliche Elemente ist

zum Ausdruck kommt, und was sich jetzt auch in der Entschließung an den 3. ZDT wiederfindet?

Atemloses Schweigen. Alle Delegierten ahnen schon, daß der Parteivorsitzende jetzt mitteilen wird, daß die ihnen vorliegende Entschließung in Wahrheit ein Dreck ist. Richtig geraten:

> Diese Auffassung von einer gegenwärtigen akuten Kriegsgefahr ist falsch. Sie entspringt nicht der konkrete Analyse der konkreten Situation,

Logo, wo sie doch falsch ist!

> sondern der ängstlichen Verzagtheit und der systematischen Einschüchterung durch die Bourgeoisie ... Tatsächlich ist die Politik der beiden Supermächte momentan noch nicht auf eine unmittelbare militärische Konfrontation ausgerichtet.

Weil nämlich, sagt der Parteivorsitzende, die „subjektiven Faktoren" für einen Atomkrieg „nicht ausreichen".

> Der entscheidende Faktor für die Kriegführung der Imperialisten ist letztlich die Gewinnung der Massen für ihre Kriegsziele.
> **Deshalb berührt die Einschätzung, ob es sich um eine akute Kriegsgefahr handelt oder nicht, die Frage des Vertrauens in die Kraft der Massen und in die Überzeugungskraft der Partei und ihrer revolutionären Linie.**
> (Rote Fahne, 31.12.83)

So wie die Massen 1914 und 1939 den imperialistischen Schlächtern in den Arm gefallen sind, als diese einen Weltkrieg entfesseln wollten, und so, wie jeder US-Präsident von den Massen davon gejagt wurde, der Soldaten nach Vietnam schicken wollte, so wird es auch in ewiger Zukunft — wieso denn bloß „momentan", Genosse Parteivorsitzender?! — sein. Dafür bürgt die Überzeugungskraft und die revolutionäre Linie der MLPD.

Ein streng logischer Beweis

-mathias- denkt in der Augsburger Alternativzeitung „Podium" (Januar 1984) laut darüber nach, wie es mit der Welt weitergehen könnte und was die Friedensbewegung dazu tun könnte.

> Gedankenspiel: Wie würde man wohl reagieren, wenn mit Sicherheit feststünde, im Sommer '84 wird der dritte Weltkrieg beginnen, wenn die derzeitige militärpolitische Entwicklung nicht augenblicklich gestoppt wird? Es würde wohl kaum ein Berufstätiger, Schüler oder Student

Und was ist mit den Hausfrauen und den Rentnern?!

> an seinem Arbeitsplatz verweilen, sondern entweder die Flucht ergreifen **oder die militärischen Einrichtungen zu vernichten suchen, und dies mit allen Mitteln!** Dies könnte durchaus zu einer Art Bürgerkrieg führen zwischen US-Streitkräften und deutschen US-Anhängern auf der einen Seite und „Rüstungsvernichtern" auf der anderen. Und wenn nicht zum Bürgerkrieg, so doch zum totalen Chaos. Aus diesem Gedankenspiel läßt sich die Folgerung ableiten, daß obige Forderung, also mit dem Schlimmsten zu rechnen, relativiert werden muß.

Richtig: Ein Krieg und schon gar ein Atomkrieg in Europa kann in absehbarer Zeit gar nicht drohen. Denn würde er drohen, so müßten wir ja alles, buchstäblich alles, tun, um ihn zu verhindern. Das gäbe dann aber Bürgerkrieg und Chaos. Weil wir das nicht wollen, kann auch gar kein Krieg drohen. Quod erat demonstrandum. Oder mit den Worten des „Friedensforschers" Egbert Jahn:

> Ruhig und gelassen frische, grüne Bäumchen pflanzen inmitten von Raketenwäldern, selbst wenn für 1984 glaubhaft der nukleare Holocaust angekündigt wäre, das ist unsere Aufgabe.
> (taz, 2.9.83)

Ein Volk, das schon zweimal vor dem Bürgerkrieg mehr Angst hatte als vor dem Weltkrieg, geht unbeirrbar seinen Weg.

Truppen-Betreuung

Bob Hope, der von der Presse hartnäckig als Komiker bezeichnet wird, hat zum Weihnachtsfest vor US-Soldaten im Libanon seine Possen gerissen. Fotos zeigen den 80jährigen Truppen-Betreuer mit Armee-Stahlhelm — vermutlich der witzigste Moment seines ganzen Programms. Die Presse vergißt nicht zu erwähnen, daß Bob Hope schon während der Kriege in Korea und Vietnam auf den Schlacht-Feldern für gute Laune gesorgt hat. Welch ein Abschluß wäre es, wenn es dem Veteranen demnächst auch noch vergönnt sein dürfte, den 3. Welktkrieg einzutingeln. Da werden sich die zuständigen Politiker aber ganz schön beeilen müssen. Immerhin, der Mann ist schließlich schon 80.

Vertrauensbildend

In Stockholm soll demnächst eine völlig überflüssige Konferenz namens KVAE, Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa, beginnen. Für unsere Regierung ein weiterer Beweis, daß der Ost-West-Dialog as usual weitergeht und es also überhaupt nichts ausmacht, daß jetzt Pershing II und Cruise Missile in Stellung gebracht werden. Für Springer ein Anlaß, einen seiner giftigsten Köter von der Leine zu lassen: Matthias Walden. Der ist schon seit mehr als 20 Jahren dabei, den von Hitler verpfuschten Rußland-Feldzug doch noch zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Fast jedes Stichwort ist ihm recht, um zielsicher sein „Ceterum censeo Karthaginem esse delendam" anzusteuern. Das geht zum Beispiel so: Das Stichwort ist „Vertrauensbildung". Wenn zu diesem Zweck extra eine Konferenz veranstaltet wird, darf man wohl ein derzeit bestehendes Mißtrauen voraussetzen, das es zu überwinden gilt. Daß der Osten keinen Grund zum Mißtrauen gegen uns hat, ist von vornherein klar, weil die NATO **„strikt und zweifelsfrei auf Verteidigung fixiert ist"**. Bleibt also nur noch unser Mißtrauen gegen den Osten. Und das, zählt Walden auf, ist ja nun wirklich mehr als begründet:

> ... die gewalttätige Zerschlagung der russischen Bürgerrechtsbewegung, die Kriegsführung gegen Afghanistan, die brisanten Waffenlieferungen an Syrien, der Würgegriff gegen die freiheitsbegehrenden Polen, die Knebelung der Tschechoslowakei, die gewaltsame fortgesetzte Teilung Deutschlands, die Versklavung der baltischen Staaten — das alles und vieles andere hat Mißtrauen begründet. Daraus folgt: **Vertrauen wäre nur herstellbar, wenn diese Tatbestände revidiert würden.**
> (Welt, 9.12.83)

Nämlich die genannten Punkte und auch die vielen anderen ungenannten Punkte. Wobei die vielen anderen im Kommentar nicht ausdrücklich aufgeführten Punkte vielleicht sogar noch interessanter sind als die aufgezählten. Die baltischen Staaten wurden ja schon erwähnt, aber was soll — zum Beispiel — mit der Ukraine werden? Nochmals O-Ton Matthias Walden:

> Heute mag es utopisch klingen, aber unabhängig von der Realisierbarkeit führt kein Weg an der Erkenntnis vorüber: Ein demokratisches Rußland, das alle Territorien seiner Kriegs- und Nachkriegsbeute in die Freiheit entließe, würde allein Vertrauen rechtfertigen. Rußland ist reich an Bodenschätzen ...

Womit Walden endlich am Punkt der Punkte angekommen ist, dem sich kein anständiger Publizist oder Politiker anders als auf dem Umweg über Freiheit und Frieden nähert.

Ist nämlich die Sowjetunion aufgelöst — über die Realisierbarkeit schweigen wir uns heute lieber noch aus — und ist ein gerupftes Rußland endlich wieder Teil der freien Welt, so können wir uns mit den vom kommunistischen Joch befreiten reichen Bodenschätzen befassen:

> Dann bekämen Kredite aus der Wirtschaftskraft der westlichen Länder ihren ideellen und materiellen Sinn, **und Deutschland, das dann in Selbstbestimmung wiedervereinigt wäre, könnte mit einer Hilfe nach dem Modell des Marshall-Planes vorangehen ...** So wie die Dinge heute liegen, ist das Stichwort von den vertrauensbildenden Maßnahmen leider nur Konferenzgeschwätz, das den Blick auf die Wirklichkeit trübt.

Damit hat er recht. Mit einem Staat, der Leute wie Walden frei herumlaufen und publizieren läßt, lohnt es sich wirklich nicht, auch nur ein einziges Wort über vertrauensbildende Maßnahmen zu wechseln.

> **„Diffamierung der USA": Noten für Klausurarbeit annulliert**
>
> **Die Schulbehörde annulliert die Noten für eine Klausurarbeit, die am 10. November in einem Grundkurs Geschichte am Gymnasium Ohlstedt geschrieben wurde! Der Senat findet das vorgegebene Thema „weder fachhistorisch noch unterrichtsmethodisch angemessen".**
> Der Abgeordnete Gert Boysen (CDU) hatte sich über die vorgegebene, zu belegende Arbeitsthese der Lehrerin empört: „Der Anspruch der USA auf Weltherrschaft läßt sich auch in den politischen Grundsätzen des Potsdamer Abkommens erkennen ..." Boysen: „Das ist eine Diffamierung der Vereinigten Staaten!" Disziplinar-Maßnahmen gegen die Lehrerin werden geprüft.
>
> aus: „Bild" v. 29.12.83

Anmerkung

„Ceterum censeo Karthaginem esse delendam", zu deutsch: *„Außerdem bin ich der Ansicht, daß Karthago zerstört werden muß."* Mit diesem Standardsatz nervte der römische Politiker Cato den Senat, wann immer er ans Mikrophon trat. Bereits zweimal hatten Rom und die nordafrikanische Metropole langjährige Kriege gegeneinander geführt, die das aufsteigende römische Imperium für sich entscheiden konnte, aber immer noch sahen die aggressivsten Vertreter der römischen Bourgeoisie in Karthago eine Handelskonkurrenz. Cato's Penetranz hatte schließlich Erfolg: Im Jahre 146 v.u.Z. wurde die Stadt dem Erdboden gleichgemacht.
An diesen Vorgang knüpft das bekannte Gedicht Bert Brechts an:

Das große Karthago führte drei Kriege.
Es war noch mächtig nach dem ersten,
noch bewohnbar nach dem zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.

Gemeint ist selbstverständlich Deutschland. Brecht's Gleichnis ist insofern etwas schief, weil der dritte Krieg mit Rom, der mit Karthagos Zerstörung endete, von diesem zweifelsfrei nicht provoziert war, was man von den deutschen Bemühungen zur Veranstaltung des Dritten Weltkriegs nicht gerade sagen kann.

Noch mehr Vertrauensbildung

Auch in Mittelamerika müssen noch viele Tatbestände revidiert werden, um Vertrauen herzustellen. Kommentator R.H. sinniert in der „Frankfurter Allgemeinen":

> Aus Zentralamerika kommen Nachrichten, die auf die Notwendigkeit schwieriger Entscheidungen schließen lassen — Entscheidungen, die in Washington zu fällen sind. Ähnlich wie im Nahen Osten sieht sich die Weltmacht ... Das praktische Scheitern einer Interventionspolitik mit zu geringen Mitteln steht im Falle Libanon ...
> Die Nachrichten aus El Salvador sind alarmierend. Die einigen Dutzend Militärberater ... haben immer noch nicht ausgereicht ...
> Zugleich lassen die Rechnungen, die die Menschenrechtsausschüsse über Guatemala und Salvador aufstellen, kaum eine Chance, die Probleme der Regierungen dieser Länder den amerikanischen Wählern schmackhaft zu machen. So ist anzunehmen ..., daß Washington sich weiter um unbeliebte oder gar im Kongreß undurchsetzbare Entscheidungen drücken muß und faktisch die Entwicklung auf ein Verfaulen der Lage angelegt ist: diese müßte dann so häßlich werden, daß damit die amerikanische Bevölkerung aufzurütteln wäre.

> **Denn die Staatsräson der nordamerikanischen Großmacht erheischte schon im neunzehnten Jahrhundert, daß die Landenge mit ihren Kanalmöglichkeiten unter fester militärischer Kontrolle des Nordens bleibe. Alles andere war immer nur Verbrämung, zum Teil mit fragwürdigen Mitteln, dieses Ziels, das nun einmal zum Lebensinteresse des großen Landes gehört.**
> (FAZ, 4.1.84)

Vertrauen ist gut, militärische Kontrolle ist besser. Alles andere war immer nur Verbrämung. Ein FAZ-Kommentator kann heute auf solchen Schnickschnack verzichten. Ob irgendeines Menschen Phantasie ausgereicht hätte, sich am 8. Mai 1945 so etwas vorzustellen?

Je verrückter, umso sicherer

Manchem wird sich schon die Frage aufgedrängt haben, warum sich das Großkapital, dessen Repräsentanten doch sonst nicht auf den Kopf gefallen sind, Politiker wie Reagan oder Kohl leistet. Cay Graf Brockdorf hat in der Welt (29.12.83) eine zumindest bemerkenswerte Erklärung parat:

> Rogers ist bei einem möglichen Einsatz von Nuklearwaffen

in Europa

> nicht frei, er bedarf als Oberbefehlshaber einer Koalitionsarmee der Zustimmung der NATO-Partner. Damit ist noch immer nicht entschieden, ob er solche Waffen einsetzen kann.: Die letzte Entscheidung liegt ... beim Präsidenten der USA. Diese Tatsache wirkt im Sinn der NATO-Strategie der „flexible response", deren Ziel es ist, dem Gegner Rätsel über die möglichen Reaktionen des Angegriffenen aufzugeben. Ein einzelner — der Präsident — ist schwerer berechenbar als ein Gremium, das sich bei verschiedenartigen Interessenlagen unter Umständen unter massiven Druck setzen ließe. Auf diese Weise wird nach Ansicht der NATO mit Hilfe der neuen Waffen politische Stabilität in Europa erreicht.

Stabilität durch maximale Unberechenbarkeit — ein auf den ersten Blick verblüffender Gedanke. Aber warum eigentlich nicht? Es käme auf einen Versuch drauf an. Nachher sind wir schlauer.

Reagan's Lieblingsbuch

Was liest der Präsident der USA, wenn er gerade nicht die Johannes-Apokalypse und das Buch Daniel liest? Die US-Zeitschrift „People" fragte ihn kürzlich nach seinem Lieblingsbuch. Ronald Reagan nannte „The Third World War — August 1985" von General John Hackett, geschrieben schon 1978.

In dem Buch passiert u.a. Folgendes: Im Juli 1985 dringen sowjetische Streitkräfte weit nach Jugoslawien vor, um dort ein loyales Regime einzusetzen. Von Italien aus werden US-Truppen nach Jugoslawien geschickt, um den sowjetischen Vormarsch zu stoppen.

Dem Szenario ist bis zu diesem Punkt ein haarsträubender Realismus nicht abzusprechen. Es ähnelt dem, das als kriegsauslösend der NATO-Übung „Wintex '81" zugrunde gelegt wurde. Aber von nun an explodiert Hacket's Phantasie: der Warschauer Pakt startet (es ist mittlerweile der 4. August 1985) eine große Offensive gegen die Zentralregion der NATO, also vor allem gegen die BRD. Sie wird nach anfänglichen östlichen Erfolgen von der NATO aufgehalten und zerschlagen. Nun kommt, was kommen muß: die Russen verlieren den Kopf — und werfen eine Atombombe auf Birmingham (Großbritannien). Was sie sich davon eigentlich versprechen, ist ein Rätsel, das sich nur dem intimen Kenner der russischen Säle zu öffnen vermag. Der Westen antwortet mit Festigkeit und Geschlossenheit, indem er zwei Atomraketen auf Minsk abschießt. Damit hatten die Russen offenbar überhaupt nicht gerechnet: sie kuschen sofort! Der Vize-Chef des KGB (Vertreter einer konspirativ organisierten ukrainisch-nationalistischen Fraktion) stürzt die Regierung durch einen Putsch und bietet die Kapitulation an. Die Sowjetunion ist in voller Auflösung. Die

Donnerstag, 29. Dezember 1983 - Nr. 303 - DIE WELT

POLITIK

Die Sowjetarmisten sind feige und scheuen den Kampf Mann gegen Mann

Dann kann ja nichts mehr schiefgehen

Ukraine, Kasachstan, Usbekistan und andere Sowjetrepubliken erklären ihre Unabhängigkeit. Der Weg ist frei für eine neue Weltfriedensordnung, die nur noch von den USA und von einer mit ihnen verbündeten chinesisch-japanischen „Sphäre" bestimmt wird.

Das hört sich wirklich ganz anders an als die intelektuellen Miesmachereien über angebliche Folgen eines Atomkriegs. Kein Wunder, daß der Präsident an diesem Buch viel Spaß hat und das Spiel endlich einmal ausprobieren möchte.

Sicherheitsrisiko

Der ranghöchste General der Bundeswehr, Stellvertretender Oberkommandierender der NATO in Europa, „ist über homosexuelle Neigungen gestolpert" (BILD). Die Beweislast ist erdrückend:

> Ein hoher MAD-Beamter gestern: „Wir haben stichhaltige, jeder Überprüfung standhaltige

ein interessanter Druckfehler ...

> Beweise mit verschiedenen Zeugen." Aus dem 50-Seiten-Dossier geht hervor, daß Kiesling öfter im Lokal „Pimpernell" am Kölner Rudolfsplatz oder bei „Charly" in Essen auftauchte. Er soll mit „Hallo Günther" w ä r m s t e n s begrüßt worden sein.

Was sehr standhaltig ist und in keinem MAD-Dossier fehlen darf.

> Auch in anderen e i n s c h l ä g i g e n Lokalen im Ruhrgebiet, in Düsseldorf und Köln sei „Günther von der Bundeswehr" gern gesehener Gast gewesen sein.
> Ein MAD-Beamter: „Wir wissen inzwischen auch, daß er in Berliner homosexuellen Kreisen verkehrte. Dort sollen Fotos von dem Ex-General kursieren." (BILD, 7.1.84)

Der General war also, sagt Verteidigungsminister Wörner, von dem Fotos in der einschlägigen Springer-Presse kursieren sollen, „erpreßbar, zum Beispiel für Spionage". Das hätte „verheerende Folgen für die westliche Allianz gehabt".

Menschlich tragisch, gewiß. Und eigentlich verboten ist es ja auch gar nicht mehr, was der General da getan haben soll. Aber man muß auch den Verteidigungsminister verstehen: Der Job eines Generals besteht darin, im Ernstfall Tausende von Männern in den Tod zu kommandieren, der zudem zu vielen ganz anders als schnell und schmerzlos kommen wird. An der Bereitschaft eines Generals, diese Aufgabe unter allen nur denkbaren Umständen zu erfüllen, darf es im Interesse unserer Sicherheit nicht den kleinsten Zweifel geben. Da ist ein General, dem der Verdacht anhängt, er könnte Männer l i e b e n , wirklich ein Sicherheitsrisiko ungeheuren Ausmaßes. Wenn den Verteidigungsminister überhaupt ein Vorwurf zu treffen hat, dann der der Inkonsequenz: Auch Generäle, die Frauen, Kinder oder Hunde lieben — wobei nicht unbedingt an Sex gedacht werden muß — konfrontieren unsere Sicherheit mit dem verheerenden Risiko, daß sie in unserer allerschwersten Stunde vielleicht doch nicht das dann Notwendige tun könnten. Es ist gar nicht auszudenken! Wo bleiben die weiteren MAD-Dossiers?

Denkmalspflege

In Hamburg steht an einem Knotenpunkt mitten in der Stadt ein Schandfleck von beträchtlichen Ausmaßen. Es handelt sich um einen Hohn auf die Gefallenen des Ersten Weltkriegs. Das Unding in Gestalt eines größenwahnsinnigen Suppenwürfels trägt die inzwischen weit über Hamburg hinaus berüchtigte Inschrift **„Deutschland muss leben, und wenn wir sterben müssen"**. Im Zeitalter von EG und NATO wird es gewiß keinen einzigen bundesdeutschen Politiker geben, der öffentlich dem Sterben deutscher Soldaten im Ersten Weltkrieg — nämlich vor allem im Kampf gegen unsere heutigen Verbündeten — ausgerechnet jenen Sinn zuerkennen würde, den das Unding ausschreit. Daß „Deutschland" auch an der Niederlage nicht gestorben ist und daß es für „Deutschland" höchstwahrscheinlich weit besser gewesen wäre, jenen Krieg gar nicht erst anzufangen — gemeint ist hier durchaus das „Deutschland" eines vom Großkapital inspirierten Nationalismus — wird ja niemand ernstlich in Frage stellen wollen.

Und doch: der Spruch ist immer noch da, obwohl das Unding längst mit viel Farbe und Friedensliebe zu einem Antikriegsdenkmal umfunktioniert worden ist. Man könnte sich vielleicht wundern, warum nicht Hamburgs Sozialdemokraten gleich in den allerersten Jahren nach der — unverdienten — Befreiung vom Faschismus eine ihrer wichtigsten Verpflichtungen darin sahen, den Schadfleck wegzuräumen. Man k ö n n t e , aber man s o l l t e nicht. Denn das Unding mit dem zum Massenmord antreibenden Spruch ist ja überhaupt kein Anachronismus, sondern ist lebendigste Ideologie unseres Staates und unserer Bundeswehr; die Existenzrettung des Vaterlandes erfordert immer noch und schon wieder die Bereitschaft zum Massensterben. Es ist also nichts als ein ehrliches Bekenntnis zum wahren Wesen dieser Gesellschaft, wenn die Hamburger CDU aufjault wie ein ganzer Chor getretener Hunde, sobald es um die Beseitigung oder auch nur „zeitgemäße Umgestaltung" des Schandflecks geht.

Denen aber, die sich im Geiste einer auf den Heldentod gar nicht mehr so heißen Zeit die Köpfe über eine „zeitgemäße Umgestaltung" zerbrechen, sei hier eine Empfehlung mitgeteilt. Vier Zeilen, als z u s ä t z l i c h e Inschrift angebracht, könnten das Unding zu einem Sinnträger machen:

Der Wahn ist unsterblich
für den ihr gestorben.
Er ist nicht mehr erblich,
er wird erworben.

Die vier Zeilen stehen bei Karl Kraus, in seiner „Fackel" vom Mai 1930. Die Überschrift lautet dort: „E n t s c h ä d i g u n g".



Jean Bruller (Vercours) L'Animateur (aus dem „Literatur-Kalender" des Aufbau-Verlags, 1976)

Fakire für den Frieden

Mit dem Beginn der Raketen-Stationierung ist die Friedensbewegung weder tot noch resigniert. Im Gegenteil! Während nahezu alle Friedensgruppen anhaltenden Andrang melden und die DKP den Ergebnissen ihres 5. Thälmann-Aufgebots (Verdreifachung der Mitgliederzahl bis 1990) äußerst gefaßt entgegensieht, zeigt eine neue Welle phantasievoller gewaltfreier Aktionen, daß es der Friedensbewegung sehr ernst ist mit ihrem Willen, den Herrschenden den Gehorsam und die Loyalität aufzukündigen. Mögen einige Beispiele für alle stehen.

+ Wieviele SDAJler passen in eine Telefonzelle? Unter diesem heiteren Motto stand eine Gehorsamsaufkündigung in Herne. 28 SDAJler zeigten, daß man es sich für den Frieden gelegentlich ruhig mal etwas unbequem machen sollte. Die Aktion brachte zwei Einträge ins Guiness-Buch der Rekorde: Für die größte Zahl von Menschen in einer Telefonzelle und für die kleinste atomwaffenfreie Zone.

+ Ein Mitglied des Bundesvorstands der Grünen will ein Vierteljahr lang nur bei ‚Rot' die Straße überqueren: „Jetzt habe ich oft genug gesagt, daß unser Widerstand nicht vor der Straßenverkehrsordnung haltmacht. Einmal muß ja praktisch damit angefangen werden."

+ Drei Aktive einer kirchlichen Friedensgruppe in Holzminden (Niedersachsen) wollen sich — vorerst unbefristet — an jedem Tag dreimal aufs Allerheftigste selbst peitschen, „wie unser Martin Luther es auch gemacht hat".

+ Die Sängerin Ulla M. aus Hamburg hat über Weihnachten im Garten der Eltern ihres Freundes gezeltet, um sich für den Frieden „extrem zu erkälten". Da das Vorhaben an dem eher frühlingshaften Wetter scheiterte, will Ulla M. die Aktion zu Weihnachten 1984 wiederholen.

+ Eine Bundestagsabgeordnete hat angekündigt, im neuen Jahr ihre Auslandsflüge über Brüssel a l l e i n anzutreten.

+ Punky Tina R. (15) aus Hannover geht jetzt — bis auf weiteres — einmal in der Woche in eine totale Popper-Disco. Ihre kleine Schwester „Monkey" (12) will nicht zurückstehen: Sie wird sich mindestens 14 Tage lang nur von Kaviar ernähren. Diese Aktion unter dem Motto „Kotzen für den Frieden" soll voraussichtlich im März stattfinden.

+ Eine Friedensgruppe aus fünf Männern und zwei Frauen ist am 1. Januar zu einem, pardon, „Langen Marsch" aufgebrochen, der sie bis nach Comiso (Sizilien) führen soll. Die Gruppe will dort am 1. April den Versuch unternehmen, eine Atomrakete unbrauchbar zu machen. (Die anfängliche Formulierung „zerstören" wurde nach tagelangen Diskussionen fallengelassen). Jedes Mitglied der Aktionsgruppe wird auf dem Friedensmarsch einen halben Zentner Kartoffeln mitschleppen, um auf den Zusammenhang ihrer Aktion mit „unserer Mutter Erde" hinzuweisen. Als Werkzeug befinden sich Schaumgummi-Hämmerchen im Gepäck, „weil wir keinerlei Mißverständnisse über den gewaltfreien Charakter unserer Aktion zulassen wollen."

+ Einer vom Leitenden Gremium der KB-angekündigten Aktion „Grippe für den Frieden" haben sich, nach bisherigen Informationen, nur zwei LG-Mitglieder angeschlossen. Eine ähnliche Aktion im Herbst 1983 war erfolgreicher verlaufen. Also vielleicht doch erste Anzeichen von Resignation und Aktionsmüdigkeit?

+ Zum Schluß ein Blick auf einige heftig umstrittene Aktionsplanungen: Der Sprecher der Friedensbewegung, Jo L., bereitet sich zur Zeit auf einen 50-tägigen Marathon-Dialog in der Evangelischen Akademie Loccum vor. Sein Partner soll Helmut Kohl sein. Eine Zusage des Bundeskanzlers steht jedoch noch aus. Die geplante Aktion ist wegen ihrer „selbstmörderischen Radikalität" in der Friedensbewegung auf Unverständnis und Proteste gestoßen.

Mehrere Göttinger Theologie-Studenten haben angekündigt, sich zu Ostern ans Kreuz nageln zu lassen. Die Aktion soll unter dem Motto „Auch die andere Wange ..." stehen. Die Aktion soll unbefristet durchgeführt werden, bis sich die Regierungen von mindestens drei Großmächten bereit erklärt haben, für Frieden auf Erden einzutreten.

Anhaltende kontroverse Debatten wird es voraussichtlich auch in den kommenden Monaten um das Strategiepapier einer Friedensgruppe aus Niederschelderhütte (NRW) geben: Sie schlägt kurzerhand vor, jeden Widerstand gegen die neuen NATO-Raketen wie auch generell gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO ultimativ und unbefristet einzustellen. N o c h überzeugender und glaubwürdiger könne die Friedensbewegung ihre Leidenswilligkeit nicht zur Schau stellen.

Bisherige Ergebnisse der Weihnachtsspendensammlung

V., Pulheim	400,-
CW., Heidelberg	1.000,-
PH., Hamburg	40,-
Gruppe Braunschweig	260,-
NIB	350,-
Gruppe Würzburg	500,-
Gruppe Hannover	350,-
H.S., Stuttgart	1.350,-
P.S., Hamburg	50,-
W.N., Westberlin	150,-
T.R., Essen	500,-
K.T., Westberlin	200,-
NBG	50,-
J.M., Hamburg	50,-
C.W.	800,-
T.H., Hamburg	50,-
D., Bielefeld	400,-
Gruppe Frankfurt	715,-
K. + G., Hamburg	500,-
R.S., Hamburg	500,-
J., Emden	100,-
R.K.,	200,-
F.P.	50,-
M., Hannover	50,-
A.S., Bochum	50,-
S.F., Nürnberg	50,-
U., Bochum	100,-
Gruppe Bremerhaven	1.100,-
R.P.	150,-
Rudi und Angelika	200,-
Gruppe Bremen	120,-
Gruppe Köln	250,-
H.C.	5.000,-
w., Hamburg	100,-
r., Hamburg	50,-
Vo., KB Hamburg	500,-
Ga., KB Hamburg	500,-
Ga., Antirep., Hambg., Urlaubsgeldspende	600,-
Je., Kinderbereich Hamburg	50,-
Kinderbereich Fahrkostenersparnis	210,-
Bezirk Eimsbüttel	750,-
H.K., Heidelberg	50,-
Hochschulgruppe Göttingen	300,-
R.M., Druckgenosse	1.000,-
Gesundheitsbereich, Hamburg	20,-
Hj., Antimil., Hamburg	1.500,-
Antimilbereich, Hamburg	500,-
B., Antirep., Hamburg	30,-
E., Antirep., Hamburg	50,-
I., Antirep., Hamburg	200,-
Kirchenkommission, Hamburg	250,-
Ch., Lehrerbereich	400,-
N., Kinderbereich	500,-
P., Chemiegenosse	50,-
B.K., Westberlin	140,-
A.G., Hamburg	140,-
M.S.	20,-
Summe vom 1.12.83 bis 11.1.84:	**23.545,-**

Kirchenkommission, Hamburg 250,-
Ch., Lehrerbereich 400,-
N., Kinderbereich 500,-
P., Chemiegenosse 50,-
B.K., Westberlin 140,-
A.G., Hamburg 140,-
M.S. 20,-
Summe vom 1.12.83 bis 11.1.84: 23.545,-

MEW-Sachregister erschienen

Wer die Klassiker zu Rate ziehen will, was zur *Französischen bürgerlichen Revolution* geschrieben haben oder zur *Lage der Frau im Kapitalismus* oder über das *Proletariat im Kapitalismus / Herausbildung seines Klassenbewußtseins* oder oder und und..., der konnte sich bei Lenin schon immer gut und leicht bedienen. Das fast 700seitige Sachregister mit jeweils fünf, zehn, manchmal bis zu hundert Verweisen zu einem Stichwort erschließt die Lenin-Werke vorzüglich.

Recht blöd stand jedoch bisher da, wer entsprechend in den blauen Bänden nachschlagen wollte. Geplant worden war ein Marx-Engels-Wörterbuch bzw. Sachregister schon in den 20er Jahren von Rjasanow; es existieren eine Anzahl von Spezialregistern, teils in gedruckter Form, teils nur als Unikat in bestimmten Archiven mehr oder weniger zugänglich; in der DDR wurde in den 50er und 60er Jahren eine Zettelkartei mit rund 500.000 Nachweisen als Grundlage eines Marx-Engels-Wörterbuches erarbeitet, die jedoch auf der (ersten) Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) fußt, und von der m.W. bisher erst zwei (dem allgemeinen Publikum nicht zugängliche) Probebände erschienen sind. So war der deutschsprachige Leser der MEW auf die Sachregister verwiesen, die einigen wenigen Bänden der MEW beigegeben sind und konnte sich ansonsten, wollte er die Entwicklung einer bestimmten Position über die Jahrzehnte hinweg verfolgen, durch die gesamten MEW hindurchfressen.

Jetzt hat zwar nicht alle Not ein Ende — Lesen, Denken und Revolution machen muß mensch immer noch selbst — , aber das suchende Irren durch die rund 25.000 Seiten der MEW hat ein Ende: Dieser Tage ist das **„Sachregister Marx/Engels Werke"** erschienen. Ziel der Veröffentlichung des Sachregisters ist es, *„den geschichtlichen Prozeß der Herausbildung und Entfaltung des Marxismus differenziert zu erschließen, den Zusammenhang der theoretischen und praktischen Dimensionen eines Werkes inmitten der Geschichte der Wissenschaften und der internationalen Arbeiterbewegung aufdecken zu helfen und die Einheit der Elemente des wissenschaftlichen Sozialismus sichtbar werden zu lassen...*

Es erfaßt erstmals alle in der Marx-Engels-Werkausgabe wiedergegebenen Schriften unter Einschluß der beiden Teile des Ergänzungsbandes." (Editorischer Hinweis, S. VII f.).

Lob und Preis also dem Zusammensteller der 3.410 Stichworte, Willi H e r f e r t h (tätig beim Institut für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands). Preis und Lob auch der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der ... das hatten wir schon, woselbst das Sachregister als Typoskript 1979 erschienen ist. Tadel allerdings dem Pahl-Rugenstein-Verlag, der das Register nun auch als Typoskript hat drucken lassen. Die Scheibmaschinentype wäre ja noch zu akzeptieren (und auch die Tippfehler halten sich in Grenzen); eine Strafe für die Augen ist es jedoch, daß - im Gegensatz zum Lenin-Register, das so lese- wie findefreundlich zweispaltig gesetzt ist - in diesem MEW-Register die Zahlenkolonnen über die ganze Buchbreite gehen, so daß pro Zeile ein gutes Dutzend Zahlen (Band- bzw. Seitennachweise) aufzunehmen sind. Besondere Freude macht das dort, wo es sich um eine Vielzahl von Nachweisen zu einem Stichwort handelt und die ganze Seite aus einem unübersichtlichen Zahlenmeer besteht.

Die Entscheidung des Verlages für die Übernahme des Typoskripts mag darin begründet gewesen sein, daß die Kosten für den Satz des Werkes eingespart werden sollten. Eine solche Überlegung wäre jedoch höchst kurzsichtig: Ein Sachregister für die MEW ist „eine Anschaffung fürs Leben", und da gibt der Kenner doch lieber sechzig Westmark für solide Ware hin als die jetzt geforderten vierzig für ein soches Typoskript. (Der Pahl-Rugenstein-Verlag ist hiermit freundlich aufgefordert, für diesen sachdienlichen Hinweis der AK-Redaktion ein Exemplar des Registers porto- und auch sonst kostenfrei zuzustellen).

K., Hamburg

Sachregister zu den Werken von Karl Marx und Friedrich Engels
3.410 Stichworte, zusammengestellt von Willi Herferth
Editorische Vorbemerkung und Einleitung in deutscher, englischer, französischer, spanischer und italienischer Sprache
Herausgegeben und eingeleitet von Hans Jörg Sandkühler
LXIV, 918 Seiten, in Kunstleder gebunden, DM 38.-
ISBN 3-7609-0783-0

Buchbesprechung
Mit dem Surfboard in die Zukunft
Ich möchte den AK-Leser/inne/n das Buch „Der Schockwellenreiter" von John Brunner empfehlen. Und zwar
ihm bei alldem verdammt gut." (65) Ach ja, und dies: „Nicht zum erstenmal war er froh, daß er ...das Vermö-
Abgrundsdorf!); beim letzten Drittel mochte ich nicht mehr aufhören.
Das bestechendste Merkmal des Bu-

Buchbesprechung

Mit dem Surfboard in die Zukunft

Ich möchte den AK-Leser/inne/n das Buch **„Der Schockwellenreiter"** von John Brunner empfehlen. Und zwar v.a. aus zwei Gründen:

— Das Buch behandelt fundiert und geschliffen die Frage, welche Folgen bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen haben können, deren Tragweite uns heute erst langsam klar wird. Zu diesen Entwicklungen gehört einerseits die gerade anlaufende umfassende Computerisierung/Verkabelung, die tendenziell auf ein riesiges Datennetz hinausläuft, dessen Zugriff die Menschen sich nicht mehr entziehen können. Andererseits gehört dazu die enorme Beschleunigung sozialer Prozesse bzw. sozialen Wandels. (Dieser Wechsel, sein Tempo, ist auch einer der Gründe der sog. Sinnkrise, einer zunehmenden Desillusionierung weiter Bevölkerungskreise bezüglich ihrer Aussicht, jemals Subjekt ihrer Geschichte zu werden.)

Den theoretischen Hintergrund zu diesem Roman lieferte der amerikanische Schriftsteller Alvin Toffler mit seinem Buch „Der Zukunftsschock", das Anfang der 70er Jahre erschien und auch als preis- und lesenswerte Taschenbuchausgabe im Goldmann-Verlag vorliegt.

— Einer der bestimmenden Faktoren des Gangs der Story ist eine glückliche Liebe (wie „Beziehungen" ja vielleicht mal wieder heißen werden). Nicht als kitschige Beigabe zwecks leichterer Identifikation, sondern als eine produktive Tätigkeit, die zum Motor der Geschichte wird. *„Liebe ist die Kunst, etwas zu produzieren mit den Fähigkeiten des anderen."* (Brecht, Prosa, Bd. 2, S. 407). Das Buch enthält eine bemerkenswerte Verbindung von Ideen über gesellschaftliche und individuelle Entwicklungsprozesse.

„We live so fast" (Heaven 17)

Die Story: USA, ca. 2010. Das ganze Land ist verkabelt. Praktisch jedes Haus hat einen Computerterminal. Es gibt kein Wettrüsten mehr. Es ist sehr unüblich, längere Zeit am gleichen Ort zu bleiben. Wechselnde Jobs, wechselnde Lebensstile, wechselnde Beziehungen — für den Preis mehr oder weniger häufiger Reizüberladungsschocks. Die Möglichkeit, das eigene Leben selber zu gestalten: fast null.

Nickie Haflinger ist Flüchtling aus der Eliteakademie Tarnover. (Er verabscheut z.B. die dortige Genchirurgie.) Er ist speziell begabt: Am Computer ist er brillant, und er vermag Reizüberladungsschocks leicht zu verknusen. Er ist der Schockwellenreiter. *„Wie ein Delphin auf der Bugwelle eines Schiffes mitschwimmt, ... so reitet er auf der Schockwelle einer immer rascher sich ändernden Gegenwart. Und es geht ihm bei alldem verdammt gut."* (65) Ach ja, und dies: *„Nicht zum erstenmal war er froh, daß er ...das Vermögen besaß, seine Kapazität zu intensivem emotionalen Engagement so zu bremsen, daß er sich mit bloßer Zuneigung zufriedengeben konnte."* (55)

Nickie flüchtet aber nicht nur, sondern er hat ein Ziel: Er sucht den Punkt, von dem aus er die Welt aus den Angeln heben kann.

In einer seiner wechselnden Identitäten lernt er die Tochter einer Konzernmanagerin kennen. *„'Anscheinend fasziniert dich Kate, Sandy', sagte Ina schließlich in säuerlichem Tonfall zu ihm. Mesmerisiert wäre vielleicht die bessere Bezeichnung dafür."* (86) (Mesmerismus — Lehre vom tierischen Magnetismus, Anm. der Red.). Kurz darauf verhilft Kate Nickie zur Flucht vor den Bullen. Sie flüchten in eine Pauschalzone. (Die Orte in dieser Zone waren ursprünglich die Notlager der Überlebenden des Großen Bay-Bebens, das halb Kalifornien zerstörte. Da die Wirtschaftskraft der USA zur Herstellung des alten Zustands nicht reichte, wurde die Not zur Tugend gemacht. In den Pauschalzonen wird den Bewohner/inne/n der niedrigere Lebensstandard finanziell ausgeglichen.)

In dieser Zone stoßen sie auf Abgrundsdorf. Abgrundsdorf ist eine Modellgemeinde (u.a.) ökologischen Zuschnitts. Unsere beiden Helden verlieben sich in diesen Ort.

Abgrundsdorf ist auch die Heimat des Offenen Ohrs, *„das ausschließlich die Dienstleistung des Zuhörens erbringt. Wir veranlassen keine Maßnahmen, greifen in nichts ein und führen keine Unterhaltungen. Wenn sie in irgendeiner Hinsicht Hilfe wünschen, setzen sie sich mit den normalen Hilfsdiensten in Verbindung."* (193) Durch das Offene Ohr sind die Abgrundsdörfler darüber auf dem laufenden, was ‚draußen' vorgeht.

Haflinger vereitelt den Versuch der Regierung, die Abhörsicherung des Offenen Ohrs zu knacken. Beim darauf folgenden Angriff auf das Dorf verliert er die Nerven. *„Verlust des Selbstbeherrschungsvermögens, das es mir so lange ermöglichte, nach Belieben die Identität zu wechseln. Es verflog in dem Moment, ging mit dem Wind dahin, als ich die Person schlug, der ich auf der Welt am allerletzten weh zu tun wünschte."* (197) Kate verläßt Nickie. Nickie verläßt Abgrundsdorf und wird geschnappt. Er wird ins Tarnover überführt und einem Verhörspezialisten übergeben. Haflinger ist am Ende, so scheint es...

Weiter möchte ich die Story nicht verraten, dazu ist sie zu spannend. Nur soviel: Ich fand das erste Drittel des Buchs anstrengend. Brunner hat einen sehr intellektuellen Stil. Mensch muß sich einlesen. Das zweite Drittel war schon fesselnd (Die Beschreibung von Abgrundsdorf!); beim letzten Drittel mochte ich nicht mehr aufhören.

Das bestechendste Merkmal des Buches ist m.E. seine Vielschichtigkeit: es ist eine temporeiche, spannende und plausible Abenteuergeschichte, ein Entwicklungsroman, eine Erörterung bestimmter Thesen über gesellschaftliche Entwicklungtendenzen, eine Liebesgeschichte und nicht zuletzt ein großer Spaß.

Djangos Ende — ein neuer Anfang

Am Anfang ist Nickie Haflinger so eine Art Lone Rider. *„Ich glaube langsam, daß du niemals ernsthaft Hilfe bei anderen suchtest, weil du befürchtet hast, schließlich könntest du derjenige sein, der Hilfe leistet."* (150) Seine Weiterentwicklung beginnt, als er sich Kate anvertraut. *„Um Rat zu fragen, war in seinem Leben genauso ungewöhnlich wie das Eingestehen von Fehlern. Und es wühlte nicht minder auf. Aber er mußte sich an so beunruhigende Erfahrungen gewöhnen, wenn er den Kopf obenauf behalten wollte."* (138)

Später, in Abgrundsdorf, lernt er weiter: *„(Kate): ‚Dies Bewußtsein, daß jeder dazu bereit ist, zu helfen. Ich hatte ja gehört, daß das möglich sein soll. Aber ich dachte, es sei längst aus der Mode geraten.' er nickte versonnen. ‚Und überdies hat man das Gefühl, daß es niemandem Schande macht, sich helfen zu lassen. Das gefällt mir am meisten.' "* (183/84)

Zum Schluß plädiert das Buch für die These, die Computertechnologie sei unter bestimmten Voraussetzungen (gesellschaftliche Kontrolle, wirkliche Informationsfreiheit etc.) ein Sprungbrett zu einer neuen Stufe gesellschaftlicher Entwicklung. *„Stellen sie sich einmal vor, wie peinlich das sein muß, kommen alle die Bestechungen heraus, die ganzen Schmierereien, sämtliche unversteuerten Gelder, die nicht im jährlichen Geschäftsbericht für die Aktionäre auftauchen..."* (269)

Brunner setzt diesen Gedanken der peinlichen Informationsfreiheit um. Wie er die möglichen Konsequenzen vorführt..., nun, ich habe schallend gelacht. Brunner at his best!

Selten hat mensch die Möglichkeit, 5,80 DM besser anzulegen. So du dies immer noch nicht tun willst: *„Verschwenden sie keinen Gedanken ans Morgen; das ist ihr gutes Recht. Aber beklagen sie sich nicht, wenn es plötzlich da ist und sie haben nichts mitzureden."* (103)

Phantomias, z.Zt. Köln 20.11.83

John Brunner, Der Schockwellenreiter, (Shockwave Rider), Heyne 3667, ISBN 3-453-30584-1, 5,80 DM